



BOLIVIEN IM UMBRUCH

Der schwierige Weg
der Neugründung

QUETZAL



LEIPZIG

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2010

Bolivien im Umbruch

Der schwierige Weg der Neugründung

Herausgegeben

von

*Peter Gärtner, Monika Grabow
Muruchi Poma, Florian Quitzsch
Sven Schaller, Gabriele Töpferwein*

Erster Halbband

QUETZAL LEIPZIG e.V.
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e.V.

2010

gefördert durch



Diese Publikation wurde mit Mitteln des
Evangelischen Entwicklungsdienstes e.V. (EED) (Bonn) und der
Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.
(Berlin) gefördert

ISBN 978-3-89819-352-8

© *ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e.V. 2010*

Harkortstraße 10

04107 Leipzig

Telefon: (0341) 9 60 85 31

Telefax: (0341) 2 12 58 77

RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

© *QUETZAL. Leipziger Lateinamerika Verein e.V. 2010*

Waldstraße 6

04105 Leipzig

Telefon: (0341) 2 51 60 89

Kontakt@Quetzal-Leipzig.de

Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler / Gabriele Töpferwein

Titelfoto: Daniel Caballero/ABI. »Spirituelle« Amtseinführung von Evo Morales, des wieder
gewählten Präsidenten Boliviens, am 21. Januar 2010 in den Überresten der Stadt Tiawanaku

Karten: Carlos de Ugarte

Redaktion: Lutz Höll/Peter Gärtner

Typographie/Layout/Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH

Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

Inhalt

Erster Halbband

Vorwort.....	9
I. Politik und Geschichte	11
PETER GÄRTNER	
Die Neugründung Boliviens	
Historische Dimensionen eines politischen Projekts	13
NANCY ROMER	
Basisdemokratie und soziale Bewegungen in Bolivien	
Ein lateinamerikanisches Experiment	99
ROMINA LUZ HERMOZA CACSIRE	
Der Prozess der Verfassunggebung und die neue Verfassung	
Neugründung oder Reform?	135
ANDREAS HETZER	
Eine konfliktreiche Beziehung	
Politik und Medien bei der Neugründung Boliviens	166
MURUCHI POMA	
Der Beginn einer neuen Etappe	
Die Wahlen vom 6. Dezember 2009 und 4. April 2010	187
II. Wirtschaft und Gesellschaft.....	213
GABRIELE TÖPFERWEIN	
Bevölkerung, Migration und Regionen	
Soziodemographische Differenzierungsprozesse in Bolivien	215

SVEN SCHALLER

Ländliche Armut, Dualismen und die indigene Frage

Ein halbes Jahrhundert Agrarreform in Bolivien 252

MURUCHI POMA

Qhapaq ñan und convivir bien

Eine Analyse des Wirtschaftsmodells der MAS 297

LUIS SANDOVAL / MARK WEISBROT

Naturressourcen, Zentralstaat und Regionen

Autonomie- und Verteilungskonflikte in Bolivien 337

Zweiter Halbband

Inhalt 359

Vorwort 363

III. Autonomie und Ethnizität 365

SEBASTIAN MATTHES

Cambas vs. Collas?

Ethnisierung des Politischen und Rassismus in Bolivien 367

FLORIAN QUITZSCH

Autonomie als Elitenprojekt

Santa Cruz zwischen nationaler Wirtschaftsmacht und regionaler politischer Abkapselung 400

JHONNY LAZO ZUBIETA

Die Mojeños in Beni

Von der ethnischen zur politischen Identität 430

SIMÓN YAMPARA HUARACHI

Das neue bolivianische Staatsmodell

Eine kritische Reflexion aus der Perspektive der andinen *ayllus* 467

RENÉ MICHALSKY

Bolivianische Identitäten im Wandel

Interkulturalität im 21. Jahrhundert 493

IV. Umwelt und internationale Beziehungen 525

JORGE CHOQUEHUANCA / CARLOS DE UGARTE

***Vivir bien* als neues Entwicklungsprinzip?**

Die Umweltpolitik der Regierung Morales 527

BETTINA SCHORR

Ernüchterung nach der Euphorie

Bolivians drogenpolitische Reformen und ihre Folgen 545

INGO NIEBEL

Zwischen Entwicklungshilfe und Umsturz

Deutsche Stiftungen in Bolivien 562

ROBERT LESSMANN

Zwischen Kontinuität und Neuorientierung

Die internationale Politik Boliviens 591

Rezensiert

Vier aktuelle Publikationen über das neue Bolivien 617

Anhang 659

Chronologie 661

Kleines Bolivien-Lexikon 669

Politische Parteien und Organisationen Boliviens 689

Karten 695

Abkürzungsverzeichnis 703

Weiterführende Literatur 705

Autoren und Übersetzer 717

In Erinnerung an
MANFRED KOSSOK (1930-1993)
und
JÜRGEN KÜBLER (1931-2009)

Vorwort

Dieser Sammelband über Bolivien ist das Ergebnis einer kollektiven Anstrengung, deren Fundament die enge inhaltliche und organisatorische Kooperation zwischen dem Leipziger Lateinamerikaverein »Quetzal« und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen bildete. Ausgangspunkt war die Idee, mehr aus dem Bolivien-Dossier des Quetzal-Online-Magazins zu machen. Dem war auch geschuldet, dass die daran Beteiligten in doppelter Eigenschaft den »harten Kern« des Projektes bildeten: als Herausgeber und Autoren dieses Bandes. Durch die Vermittlung von Muruchi Poma und Wencke Dittmann gelang es zudem, fünf bolivianische Autoren zu gewinnen, die dem Band einen interkulturellen Erfahrungshintergrund verleihen. Welch hohen Stellenwert die Einbeziehung dieser Perspektive im Gesamtkonzept besitzt, wird nicht zuletzt daran deutlich, dass die indigenen Völker sowohl des bolivianischen Tieflandes (Beitrag von Jhonny Lazo) als auch die des Altiplano (Beitrag von Simón Yampara) würdig vertreten sind. Auch die Umweltthematik hätte ohne die Mitarbeit von Jorge Choquehuanca und Carlos de Ugarte von der Schutzgebietsbehörde SERNAP unberücksichtigt bleiben müssen.

Eine dritte Gruppe wird durch Autoren aus Deutschland repräsentiert, die weitere Politikfelder thematisch abdecken, welche für eine fundierte Analyse der aktuellen Situation in Bolivien unabdingbar sind: Andreas Hetzer (Medien), Robert Lessmann (internationale Beziehungen), Sebastian Matthes (Ethnizität und Rassismus), René Michalsky (Identität und Interkulturalität), Ingo Niebel (deutsche Stiftungen in Bolivien) und Bettina Schorr (Drogenpolitik). Das Spektrum der Beiträge wird durch zwei Übersetzungen von US-amerikanischen Publikationen ergänzt. Nancy Romer berichtet auf der Grundlage eigener Erfahrungen und Gespräche über die sozialen Bewegungen und die beiden Mitarbeiter des *Center for Economic and Policy Research* (CEPR) in Washington, Luis Sandoval und Mark Weisbrot, widmen sich der zentralen Thematik der Naturressourcen.

An dieser Stelle sei auch den Übersetzern gedankt, ohne deren Hilfe und Einsatz das Projekt zum Scheitern verurteilt gewesen wäre: Christine Fischer, Elisa Gärtner, Anja Kanbach, Gerhard Mertschenk, Jürgen Mirtschink, Franziska Pfab, Katja Schmiedgen, Ariane Stark, René Steffen. Die Koordinierung

dieses Arbeitsbereichs oblag Monika Grabow, die ebenfalls zum Kreis der Herausgeber zählt. Dank gebührt ebenfalls dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und der Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Berlin) für ihre finanzielle Förderung.

Da der konzeptionelle Aufbau des Sammelbandes aus dem Inhaltsverzeichnis ersichtlich ist, seien nur noch einige knappe Bemerkungen zu unserem Anliegen und Anspruch gestattet. Wir haben uns bemüht, nicht nur eine kompetente, sondern auch aktuelle und leserfreundliche Publikation vorzulegen. Ob und wie dies gelungen ist, müssen die Leser entscheiden. Der letzte Teil des zweiten Halbbandes enthält sowohl einen relativ umfangreichen Rezensionsteil als auch einen Anhang mit Chronologie, Begriffserklärungen im Stil eines kleinen Lexikons sowie weiteren Informationen, die das Ganze abrunden. Das Anliegen dieser »Dienstleistung« für den interessierten Leser besteht vor allem darin, die Aktualität, Einordnung und Verständlichkeit der Einzelbeiträge zu verbessern. So kann sich jeder Leser anhand der vier Rezensionen zu aktuellen Veröffentlichungen über Bolivien selbst ein Bild davon machen, inwieweit wir mit der Umsetzung dieses Anliegens erfolgreich waren. Dass wir mit dem Redaktionsschluss Mitte September 2010 ein Höchstmaß an Aktualität erreichen konnten, ist nicht zuletzt dem hohen Engagement von Lutz Höll zu danken, in dessen Händen die Endredaktion und das Layout des Doppelbandes lagen.

Zugleich haben wir uns darum bemüht, der Geschichte den ihr gebührenden Platz einzuräumen. Dies war vor allen dort erforderlich, wo zentrale Aspekte der Neugründung Boliviens wie Staatlichkeit (Peter Gärtner), Verfassunggebung (Romina Luz Hermoza Cacsire), Bevölkerungsentwicklung (Gabriele Töpferwein), Agrarreform (Sven Schaller), Wirtschaft (Muruchi Poma) und regionale Autonomie (Florian Quitzsch) behandelt werden. Der Tribut an die Geschichte findet seinen Niederschlag oftmals in der größeren Seitenzahl der betreffenden Beiträge. Wir hoffen dennoch, dass dies vom Leser als Bereicherung denn als Belastung empfunden wird. Struktur und Konzept des vorliegenden Sammelbandes spiegeln ein weiteres „Markenzeichen“ wider: die Vielfalt der – teilweise kontrovers diskutierten - Perspektiven, stilistischen Varianten, des Alters, der Herkunft und der fachlichen Verankerung der 19 Autoren. Auch in diesem Punkt obliegt es dem Leser, inwiefern er dies als Vorteil wertet und nutzt. Bei der Lektüre von »Bolivien im Umbruch. Der schwierige Weg der Neugründung« wünschen wir allen viel Freude beim Gewinnen neuer Einsichten.

Die Herausgeber
Leipzig, 16. September 2010

I. Politik und Geschichte

PETER GÄRTNER

Die Neugründung Boliviens Historische Dimensionen eines politischen Projekts

Im Jahr 1825 erlangte Bolivien nach langen Jahren des Krieges gegen die spanische Kolonialmacht den Status eines unabhängigen Landes. Wenn heute, 2010 – zweihundert Jahre nach der ersten Unabhängigkeitserklärung – nicht nur von einer »Neugründung« (*Refundación*) die Rede ist, sondern diese mit einer neuen Verfassung und einem neuen, plurinationalen Staatsverständnis auch begonnen hat, dann wirft dies ein Reihe grundlegender Fragen auf. Weshalb ist ein solches Projekt notwendig geworden und warum gerade jetzt? Auf welchen Fundamenten wurde Bolivien errichtet? Was kann davon für die Neugründung genutzt werden? Wie gestaltet sich das Kräfteverhältnis zwischen Protagonisten und Gegnern im Prozess der Neugründung? Und wie weit muss dieser reichen, um der weiteren Entwicklung des Landes wieder Stabilität und Nachhaltigkeit zu geben?

Die Beantwortung dieser Fragen impliziert einen Rückblick in die Geschichte, wobei das Spannungsverhältnis von Kontinuität und Bruch ebensolche Probleme aufwirft wie die Wechselwirkung von Struktur und Akteur. Interpretationen und Imaginationen, die bis vor kurzem von fest gefügter Gewissheit schienen, geraten plötzlich ins Wanken und was sich gestern noch unbemerkt unter der Oberfläche anstaute, bricht nun mit eruptiver Kraft hervor. Aber schon die bisherigen Stereotype, die über Bolivien im Umlauf waren, werfen bei näherem Hinsehen Fragen auf. Einerseits gilt das Land im Herzen Südamerikas in Hinblick auf zahlreiche Indikatoren ökonomischer und sozialer Entwicklung als permanentes Schlusslicht der Region, andererseits haben seine Bewohner mehr als einmal ihren Widerstandswillen und ihre schöpferische Gestaltungskraft bewiesen, wenn es darum ging, neue Wege aus der Unterentwicklung zu suchen. Selbst die oft beklagte politische Instabilität wird durch jahrzehntelange Phasen der Stabilität konterkariert, was angesichts der enormen sozialen, ethnischen und regionalen Spannungen, die Bolivien seit der Kolonialzeit prägen, keineswegs selbstverständlich

ist.¹ Zweifler brauchen sich nur die Geschichte Kolumbiens, Zentralamerikas oder Argentinens vor Augen zu führen.

Mit seiner Neugründung² wagt sich Bolivien zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf ein Terrain vor, das es geradezu in eine Pionierrolle zwingt. Der Abschied vom gescheiterten Konzept des homogenen Nationalstaats, die Rückgewinnung der nationalen Souveränität über Wirtschaft und Naturressourcen nach zwei Jahrzehnten neoliberaler Strukturanpassung in einer Ära entfesselter Globalisierung sowie die neuartige Protagonistenrolle der indigenen und sozialen Bewegungen im Prozess der Neugründung belegen dies nachdrücklich.³ Sowohl die Größe der Herausforderungen und Probleme als auch die gewaltigen Möglichkeiten eines Neuanfangs verlangen danach, die aktuelle Hoffnung zum historischen Erbe in Bezug zu setzen. Gab es in der 200jährigen Geschichte des unabhängigen Boliviens ähnliche Momente, in denen eine Neugründung auf der Tagesordnung stand? Wenn ja, wie wurden sie genutzt und was unterscheidet sie von der heutigen Neugründung? Und welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es zwischen der Neugründung Boliviens und analogen Prozessen in anderen Ländern des andinen Amerika?⁴ Bevor all den aufgeworfenen Fragen nachgegangen wird, seien noch einige Implikationen hervorgehoben, die sich daraus ergeben, dass sich die Neugestaltung Boliviens im Spannungsfeld von Politik und Geschichte vollzieht.

-
- 1 Vgl.: George Gray Molina: *State-Society Relations in Bolivia: The Strength of Weakness*. In: John Crabtree / Laurence Whitehead (eds.): *Unresolved Tensions. Bolivia – Past and Present*. Pittsburgh 2008. S. 109-124.
 - 2 Inzwischen sind auch erste deutschsprachige Publikationen zu diesem Thema erschienen, die – wie auch der von Crabtree und Whitehead herausgegebenen Sammelband (siehe Anmerkung 1) – in diesem Band rezensiert sind. Vgl.: Tanja Ernst / Stefan Schmalz (Hrsg.): *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales*. Baden-Baden 2009; Robert Lessmann: *Das neue Bolivien. Evo Morales und seine demokratische Revolution*. Zürich 2010.
 - 3 Die Wahl von Evo Morales zum ersten indigenen Präsidenten Südamerikas und der von ihm eingeleitete Prozess der Neugründung Boliviens markiert auf paradigmatische Weise den Beginn einer neuen Etappe der Entwicklung der indigenen Bewegungen Lateinamerikas, die dadurch geprägt ist, dass nunmehr der Umbau des Staates in den Fokus rückt. Vgl.: José Bengoa: *¿Una segunda etapa de la Emergencia Indígena en America Latina?* In: *Cuadernos de Antropología Social*, No. 29/ 2009. S. 7-22.
 - 4 Whitehead ist meines Wissens der erste, der sich an einen historischen Vergleich der verschiedenen Versuche der Neugründung in Bolivien unternommen hat, wobei er sich besonders auf die Revolution von 1952 konzentriert hat. Vgl.: Laurence Whitehead: *Conclusion: Bolivia's latest »Refoundation«*. In: John Crabtree / Laurence Whitehead (eds.): *Unresolved Tensions*. S. 255-269. Zum Vergleich der Neugründung Boliviens mit analogen Prozessen in Ecuador und Venezuela vgl.: Michael Shifter / Daniel Joyce: *Bolivia, Ecuador y Venezuela, la refundación andina*. In: *Política Exterior*. Num. 123. Mai / Juni 2008. S. 55-66.

1. Die Neugründung Boliviens im Spannungsfeld von Politik und Geschichte

Im März 2010 fand in La Paz eine dreitägige Konferenz zum Thema »Geschichte, aktuelle Situation und Entkolonialisierung« statt, die von der Zeitschrift »Pukara« initiiert wurde und an der zahlreiche indigene Intellektuelle und Politiker teilnahmen. Bereits die Themenwahl macht deutlich, wie eng die gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen mit dem Ringen um Diskurshegemonie bei der (Neu-) Interpretation der bolivianischen Geschichte verzahnt sind. Alle Akteure, Protagonisten wie Gegner der Neugründung, bemühen die Geschichte, um ihre Standpunkte und Aktionen zu legitimieren.⁵ »In Bolivien nimmt die Geschichte einen zentralen Platz bei der Legitimation der politischen Projekte und der Konstruktion der Subjekte und Identitäten ein, wobei die jeweilige Lesart den Sinn der politischen Kämpfe bestimmt.«⁶ Je überzeugender dieser Rückgriff auf die Historie ausfällt, desto größer sind die Chancen, eine breite Anhängerschaft zu finden. Auch die jeweilige Bestimmung von Richtung, Prioritäten, Tiefe und Reichweite der Neugründung erfordern eine historische Legitimation. Umgekehrt wird erst im historischen Vergleich deutlich, vor welchen Herausforderungen Bolivien bei seiner Neugründung steht.

5 Vgl.: Historia, coyuntura y descolonización. Katarismo e indianismo en el proceso político del MAS en Bolivia. Fondo Editorial Pukara. Edición electrónica. La Paz 2010. Wenige Monate später ist in Zusammenarbeit von Le Monde Diplomatique und der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Interviewsammlung publiziert worden, in der ebenfalls das »Projekt der Entkolonialisierung« im Mittelpunkt stand. Vgl. Maristella Svampa / Pablo Stefanoni / Bruno Fomillo: Balance y perspectivas. Intelectuales en el primer gobierno de Evo Morales. La Paz 2010. In der Gegenüberstellung beider Publikationen wird deutlich, dass nunmehr die Auseinandersetzungen darüber, wer das »richtige« Projekt der Entkolonialisierung vertritt und wie weit dieses inzwischen vorangeschritten ist, ins Zentrum rücken. Das Regierungslager (vgl. ebenda) wird dabei unter Berufung auf die Geschichte und das Erbe des Katarismo heftig kritisiert. Einige der Kritiker gehen soweit, die indigene Identität von Evo Morales in Frage zu stellen und ihn als Verräter an den Pranger zu stellen. (Vgl.: Historia, coyuntura y descolonización ... S. 96, 149f.) Die Angriffe auf das Projekt der Neugründung in Gestalt des Aufbaus eines plurinationalen Staates erfolgen zumeist von der Position eines Nationalismus, der Mestizen und »Weiße«, teilweise sogar die indigenen Ethnien des Oriente (»nacionalismo kolla« – ebenda, S. 11) ausschließt.

6 Rossana Barragán: Legitimidad de la historia o historia de legitimidades en la disputa por la capital de la República. Lecturas sobre la »Revolución del 16 de Julio de 1809« en el siglo XIX, en el 52 y en la actualidad. In: Guadalupe Soasti Toscano (comp.): Política, participación y ciudadanía en el proceso de Independencia en la América Andina. Quito 2008. S. 79. Übersetzung des Autors.

Folgende Problemfelder stehen dabei im Zentrum der Auseinandersetzungen um die Gestaltung des Verhältnisses von Politik und Geschichte im Prozess der Neugründung:

Erstens: Die Neugründung Boliviens ist vor allem auf die Neubestimmung der Rolle und des Charakters des Staates fokussiert.⁷ Das Ringen um deren Gestaltung umfasst unterschiedliche Ebenen. Dabei prallen einerseits die verschiedenen Interpretationen über den bolivianischen Staat in Geschichte und Gegenwart aufeinander, andererseits ist der Staat selbst gleichermaßen Objekt und Subjekt dieser Auseinandersetzungen. Es rücken Problemfelder und Konfliktlinien in den Vordergrund, die zwar seit der Unabhängigkeit die Geschichte Boliviens bestimmt haben, die jetzt aber neu interpretiert und gewichtet werden. Die Gründe dafür sind vielfältig: Zum einen haben alle bisherigen Staatsmodelle versagt. Die Serie des Scheiterns reicht vom oligarchischen Staat der *Rosca* über den Entwicklungsstaat von 1952 bis zum neoliberalen »Wettbewerbsstaat« von 1985. Keinem ist es gelungen, die bis in die Kolonialzeit zurückreichenden Deformationen und Defizite zu beheben. Dies gilt in erster Linie für die Abhängigkeit und Verwundbarkeit Boliviens als Rohstoffexporteur sowie die gleichberechtigte Integration der indigenen Bevölkerung auf der Grundlage der Anerkennung ihrer Identität. Auch das Problem der regionalen Heterogenität, das sich als Konstante durch die Geschichte Boliviens zieht, nun aber die Existenz des Staates zu gefährden droht, verdeutlicht diese Einschätzung.

Aus dem Versagen des bolivianischen Staates, der gemeinhin als schwach angesehen wird, resultieren immer wieder Krisen, die sich periodisch in Kriegen, Gebietsverlusten und Rebellionen entladen. Das Novum der Staats- und Gesellschaftskrise, die dem Prozess der Neugründung vorausging, besteht darin, dass die indigene Bevölkerungsmehrheit erstmals in der Geschichte Boliviens direkt den kolonialen Charakter des Staates infrage stellt. Dabei

7 Vgl.: PNUD Bolivia: Informe Nacional sobre Desarrollo Humano 2007. El Estado del Estado en Bolivia. La Paz 2007. Generell geht es darum, strukturelle und historische Defizite der Staatsbildung zu überwinden. Vgl. dazu aus andiner Perspektive: Jeremy Adelman: *Unfinished States: Historical Perspectives on the Andes*. In: Paul W. Drake / Eric Hershberg (eds.): *State and Society in Conflict. Comparative Perspectives on Andean Crises*. Pittsburgh 2006. S. 41-73. Diese Defizite sieht Álvaro García Linera, Vizepräsident Boliviens, auf vier zentralen Feldern: Erstens im Ausschluss der indigenen Bevölkerungsmehrheit; zweitens in der Dominanz des Zentralstaates auf Kosten der Regionen; drittens im Fehlen der gesellschaftlichen Verfügungsgewalt über die natürlichen Ressourcen; viertens in der Abhängigkeit Boliviens und in seiner einseitigen Ausrichtung auf den Export von Rohstoffen. Das Ziel der Neugründung Boliviens in Gestalt eines Plurinationalen Staates, der nach Meinung von García Linera ein integraler Staat im Sinne Antonio Gramscis sein soll, besteht in der nachhaltigen Überwindung dieser Defizite. Vgl.: Álvaro García Linera: *Discurso del Vicepresidente del Estado Plurinacional de Bolivia*. 22. Januar 2010.

treten die indigenen und sozialen Bewegungen nicht nur als Protagonisten eines *Ciclo Rebelde* (2000–2005) hervor, sondern verbinden die Forderung nach der Gründung eines plurinationalen Staates mit dem Kampf um die Rückgewinnung der nationalen Souveränität über die natürlichen Ressourcen. Die Crux besteht jedoch darin, dass auch die regionalen Eliten des bolivianischen Oriente die Krise in ihrem Sinne zu nutzen suchen. Die Heterogenität der sozialen Bewegungen, schwankende Kräfteverhältnisse und Fehler der neuen Regierung unter Evo Morales tragen dazu bei, dass sich die Situation im September 2008 fast bis zum Bürgerkrieg zuspitzt.

Zweitens: Eng verbunden mit der Neubestimmung von Rolle und Charakter des Staates ist die Frage nach der nationalen Identität. Diese gestaltet sich vor allem deshalb als permanentes Problem der bolivianischen Geschichte, weil alle bisherigen Versuche der Nationenbildung dem westlichen »Vorbild« einer homogenen Nation zu folgen versuchten und die ethnische Heterogenität der Bevölkerung als unbedingt zu überwindendes Hindernis ansahen. Die Neugründung Boliviens, die erstmals dem plurinationalen Charakter des Landes Rechnung trägt, ist der vorläufige Endpunkt einer »Ethnisierung des Politischen«.⁸ Diese »Ethnisierung des Politischen« wiederum resultiert aus der Politisierung der indigenen Bevölkerungsmehrheit, die damit auf das Scheitern des bisherigen *Nation-building* reagiert und es offen legt. Kern des Identitätsproblems ist die Fortexistenz einer »kolonialen Situation« für die indigenen Ethnien, innerhalb derer Aymara und Quechua zwar deutlich überwiegen, zu der aber auch 34 Gruppen im östlichen Tiefland zählen. Das westliche Nationenverständnis der traditionellen Elite, der tagtägliche Rassismus, die wirtschaftliche, soziale und politische Benachteiligung sind allesamt Bestandteil dieser »kolonialen Situation«, der sich die indigenen Völker Boliviens ausgesetzt sahen und sehen.

8 Vgl.: Christian Büschges / Joanna Pfaff-Czarnecka (Hrsg.): Die Ethnisierung des Politischen. Identitätspolitik in Lateinamerika, Asien und den USA. Frankfurt a. M. / New York 2007. In diesem Sammelband wird zwar der Fall Bolivien nicht behandelt, er vermittelt aber wichtige Kenntnisse über Grundzüge dieses Prozesses. Zudem ermöglichen die darin enthaltenen lateinamerikanischen Fälle (Ecuador, Peru, Mexiko, Guatemala) eine vergleichende Einordnung der »Ethnisierung des Politischen« in Bolivien. Wer sich für eine historisch angelegte Kritik des Nation-building im mittleren Andenraum interessiert, dem sei folgende Arbeit empfohlen: Volkmar Blum: Hybridisierung von unten. Nation und Gesellschaft im mittleren Andenraum. Münster 2001. Blum sieht in einer »Hybridisierung der Nation von unten« (vgl. ebenda. S. 179–198), die auf der Anerkennung von Multikulturalismus und Pluryethnizität beruht, ein zukunftsfähiges Konzept des Nation-building – nicht zuletzt deshalb, um so den Gefahren von Essentialisierung, Fundamentalismus und Konfliktaufladung entgegenzuwirken. Inwiefern sich jedoch die Fortschritte, die den Prozess der »Ethnisierung des Politischen« in Bolivien während der letzten zehn Jahre geprägt haben, in eine »Hybridisierung von unten« einbinden lassen, wird die Zukunft zeigen müssen.

Sie reagierten darauf in den vergangenen Jahrhunderten einerseits mit Anpassung und wechselndem »Identitätstausch«, andererseits mit verdecktem Widerstand und offener Rebellion. Diese zyklisch verlaufende und dabei teilweise wechselnde Identitätsbestimmung der indigenen Bevölkerung zwischen De- und Re-Etnisierung liefert auch den Stoff für Kontroversen um den nationalen Charakter Boliviens.⁹ Auch wenn die Zahlenangaben über den Anteil der indigenen Völker schwanken, ist ihr Streben, bei Wahrung ihrer indigenen Identität sowohl staatlich als auch gesellschaftlich als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt zu sein, eine Konstante in der wechselvollen Geschichte Boliviens.

Das Identitätsproblem in Bolivien hat aber noch mehr Komponenten und Facetten. Neben dem bereits erwähnten Regionalismus, den manche Autoren sogar für den »Hauptwiderspruch« der nationalen Geschichte halten¹⁰, spielen sozialpsychologische Traumata infolge schwerer Gebietsverluste und blutiger Kriegsniederlagen (Pazifik- und Chacokrieg) sowie die historischen Ambivalenzen der Staatsgründung eine wichtige Rolle. Die Neugründung Boliviens als »Vielvölkerstaat«, so die offizielle deutsche Übersetzung der neuen Staatsbezeichnung *Estado Plurinacional*, ist der erste Versuch in der Geschichte Boliviens, der Vielfalt der Identitäten gerecht zu werden und ihnen ein gemeinsames »Dach« zu geben.

Drittens: Die Neugründung Boliviens kann nur gelingen, wenn ihr eine Neubestimmung der künftigen Entwicklungsrichtung zugrunde liegt. Sie ist eng verbunden mit der Suche nach einem neuen Platz in einer Welt, die Probleme von planetarischer Dimension wie Klimawandel, Energiekrise, Hunger und Armut zu bewältigen hat. Zugleich verbinden sich diese globalen Fragen mit der Notwendigkeit, wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit im eigenen Land durchzusetzen.

Mit der von den indigenen Völkern immer wieder geforderten »Entkolonialisierung des Wissens« geht die Rückgewinnung und Verbreitung einer neuen Weltsicht einher, die einerseits in der indigenen *cosmovisión* wurzelt,

9 Vgl.: Xavier Albó: The »Long Memory« of Ethnicity in Bolivia and Some Temporary Oscillations. In: John Crabtree / Laurence Whitehead (eds.): Unresolved Tensions. S. 13-34; Carlos Torazo Roca: Let the Mestizos Stand Up and Be Counted. In: Ebenda. S. 35-50; Diego Zavaleta Reyes: Oversimplifying Identities: The Debate over What Is Indígena and What Is Mestizo. In: Ebenda. S. 51-60. Jeder der Autoren vertritt bezüglich der »ethnischen Identität« Boliviens eine andere Position. Während Albó den indigenen Charakter Boliviens betont, plädiert Torazo Roca für eine mestizische Identität. Zavaleta hingegen verweist auf den multiplen und je nach Situation wechselnden Charakter von Identitäten. Jeder der drei Autoren beruft sich bei seiner Argumentation auf statistische Erhebungen oder Umfragen.

10 Vgl.: José Luis Roca: Regionalism Revisited. In: Ebenda. S. 65-82.

deren Fortschritts- und Entwicklungsverständnis andererseits den globalen Problemen Rechnung trägt.¹¹

Allerdings sieht sich Bolivien gerade auf diesem zukunftsentscheidenden Feld enormen Herausforderungen gegenüber. Neben der Frage seiner Ressourcen und Kapazitäten stellt sich auch die Frage nach den Spielräumen, die es als kleines, armes und exportabhängiges Land gegenwärtig hat. Zu schaffen ist die Neuausrichtung des Entwicklungsweges nur, wenn neben der Mobilisierung eigener Kräfte von außen Hilfe und Unterstützung kommt. Die jüngst in Cochabamba abgehaltene Klimakonferenz (20.-22. April 2010) zeigt anschaulich die Möglichkeiten, die Bolivien hat, einem neuen Welt- und Entwicklungsverständnis zum Durchbruch zu verhelfen.¹²

Die Neugründung Boliviens ist als ein längerer Prozess zu verstehen, in dessen Verlauf neue Lösungen für die oben genannten zentralen Problemfelder gefunden werden müssen, die einerseits bis tief in die koloniale Vergangenheit zurückreichen, an denen sich aber andererseits die weitere Zukunft des Landes und seiner Bewohner entscheidet. Wie der rasante Aufstieg von Santa Cruz zum neuen ökonomischen Zentrum Boliviens und der damit verbundenen Regionalkonflikt zeigen, ist die Neugründung nicht zuletzt der wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Dynamik der letzten Jahrzehnte geschuldet. Neue Akteure ringen mit- und gegeneinander darum, wie und wohin sich Bolivien entwickeln soll. Neu und keineswegs widerspruchsfrei sind nicht zuletzt solche institutionellen Innovationen wie die verschiedenen Autonomieformen, die in der Verfassung von 2009 ihren Niederschlag gefunden haben. Will man die ganze Komplexität der Neugründung Boliviens besser verstehen, kommt man nicht umhin, ihre historischen Dimensionen herauszuarbeiten, in denen sich sowohl die Last der ungelösten Probleme der Vergangenheit als auch die Größe der neuen Herausforderungen zeigt.

11 Vgl.: Tatiana Roa Avendaño: El Sumak Kawsay como expresión de la descolonialidad del poder. 19. Januar 2009. URL: <http://www.censat.org/noticias/2009/1/19/El-Sumak-Kawsay-como-expresion-de-la-descolonialidad-del-poder/> (Abruf 16. April 2010). Siehe auch die Beiträge von Muruchi Poma, Simón Yampara sowie von Jorge Choquehuanca und Carlos de Ugarte in diesem Band.

12 Vgl. dazu den Beitrag von Robert Lessmann in diesem Band.

2. Vom kreolischen Traum ins nationale Trauma: Aufstieg und Fall des oligarchischen Staates

Die Geburtstunde Boliviens schlug 1825 mit der Befreiung von der spanischen Kolonialherrschaft. Die neue Republik, die nach Simón Bolívar, dem Helden des lateinamerikanischen Unabhängigkeitskampfes, benannt worden war¹³, verdankt ihre Existenz der Befreiung von außen. Regiert wurde sie von einer kleinen kreolischen Elite, die sich an europäischen und nordamerikanischen Vorbildern orientierte und die wenig Interesse hatte, an den sozialen und ökonomischen Verhältnissen etwas zu ändern. Es ist in erster Linie der Widersprüchlichkeit dieser Elite geschuldet, dass das neue Staatswesen für die Mehrheit seiner Bewohner keine wirkliche Befreiung brachte und erst mit der Revolution von 1952 seinen oligarchischen Charakter abstreifte.

In Spanisch-Amerika wurden diejenigen Spanier bzw. Europäer, die dort geboren wurden und lebten, als Kreolen bezeichnet. In der sozialen Rangleiter standen nur die in Europa geborenen Spanier (*peninsulares*), die die wichtigsten Ämter der Kolonialbürokratie bekleideten, über ihnen. Im 18. Jahrhundert entwickelten die Kreolen immer stärker eine Identität als Amerikaner, vor allem, um sich von den Europa-Spaniern, von denen sie sich diskriminiert fühlten, abzugrenzen. In der segregierten Kolonialgesellschaft, in der sich der soziale Status mit der ethnischen Herkunft weitgehend deckte, galten sie aufgrund ihrer europäischen Abstammung als »Weiße« und stellten somit den größten Teil der kolonialen Elite, ohne aber selbst die politische Macht ausüben zu können. Bereits hier wird die mehrfache Ambivalenz der kreolischen Identität deutlich: Amerikaner durch Geburt und Europäer durch Abstammung, fühlten sie sich sowohl gegenüber den »echten« Europäern (d. h. den Spaniern des Mutterlandes) als auch gegenüber den »echten« Amerikanern (»Indios«) zurückgesetzt bzw. unsicher.

Als Kronzeuge für das Selbstverständnis der amerikanischen Kreolen sei hier Simón Bolívar angeführt, der zur Eröffnung des Kongresses in Angostura am 15. Februar 1819 erklärte: »Wir dagegen bewahren [im Unterschied zu den Nationen Europas – P. G.] nicht einmal die Spuren dessen, was einmal war; wir sind keine Europäer, wir sind keine Indianer, sondern eine Menschengattung halb zwischen den Eingeborenen und den Spaniern. Amerikaner durch Geburt und Europäer durch Rechte, befinden wir uns in der miss-

13 Marie-Danielle Demélas sieht in dieser Namenswahl ein Indiz für die strikte Zurückweisung des kolonialen Erbes durch die kreolische Elite, deren »demiurgischen Ambitionen« Ausdruck eines typisch bolivianischen »utopischen Voluntarismus« waren. Vgl.: Marie-Danielle Demélas: *La Invención Política. Bolivia, Ecuador, Perú en el siglo XIX*. Lima 2003. S. 275, 281ff.

lichen Lage, den Urbewohnern die Besitztitel streitig zu machen und uns in dem Land, welches uns auf die Welt kommen sah, gegen die Opposition der Eindringlinge behaupten zu müssen; unser Fall ist also äußerst verworren und ungewöhnlich. Mehr noch, unser Los war immer nur rein passiv, wir besaßen nie eine eigene staatliche Existenz ...«¹⁴

Ihre herausgehobene soziale und ökonomische Stellung als Teil der kolonialen Elite trennt die Kreolen von den anderen Amerikanern, nämlich den Mestizen, den Afroamerikanern und den »Indios«. Die Paradoxie der *Independencia*¹⁵ besteht gerade darin, dass sie den Kreolen die noch fehlende politische Macht brachte, was aber den sozialen Graben, der vor allem ethnisch definiert und rassistisch legitimiert ist, nur noch weiter vertieft.

Die Situation der »Indios«, die in der Kolonialgesellschaft als Eroberte den Gegenpol zu den kolonialen Eroberern bildeten, ist in anderer Weise widersprüchlich. Einerseits stellten sie die Hauptquelle der Steuereinnahmen dar und als zwangsweise rekrutierte Arbeitskräfte waren sie ein unverzichtbarer Bestandteil der Kolonialwirtschaft. In dieser doppelten Eigenschaft wurden sie sowohl von der Kolonialverwaltung als auch von den Kreolen massiv ausgebeutet und bildeten das unterste Basissegment der sozialen Pyramide. Andererseits genossen sie als Untertanen der spanischen Krone einen gewissen Schutz und ihre Siedlungen waren von denen der übrigen Bevölkerung räumlich getrennt, was zu einer relativen Autonomie führte. Dieser ambivalente Sonderstatus manifestierte sich im Dualismus zweier getrennter Teilgesellschaften: neben der *república de españoles* gab es eine *república de indios*. In der *Audiencia* von Charcas, die 1825 unter den Namen Bolivien unabhängig wurde, bildeten – wie heute auch – die indigenen Völker die Mehrheit der Einwohner. Da – wie in den meisten Teilen Spanisch-Amerikas (mit Ausnahme der Karibik) – Massensklaverei eine geringe ökonomische

14 Simón Bolívar: Rede von Angostura am 15. Februar 1819. Mit einem Essay von Ullrich K. Preuss. Hamburg 1995. S. 12. An anderer Stelle (ebenda, S. 23-26) hebt Bolívar die »Mischung« und »Mannigfaltigkeit der Herkunft« der Bevölkerung sowie die »heterogene Gesellschaft« in den um staatliche Unabhängigkeit ringenden Kolonien hervor, grenzt sich dabei aber zugleich vom »Modell im Norden Amerikas« ab, was er mit der »unvergleichbaren Verschiedenartigkeit« Anglo- und Spanisch-Amerikas begründet (ebenda, S. 19-23). Seine Argumentation läuft letztlich darauf hinaus, dass die ethnisch-identitäre Vielfalt und Vermischung Spanisch-Amerikas der Einführung der politischen Gleichheit entgegensteht (vgl. ebenda, S. 25, 40f.): »Auf so viel Gutes waren wir nicht vorbereitet ...« (ebenda, S. 22). Vgl. zur Biographie Bolívars Norbert Rehrmann: Simón Bolívar. Die Lebensgeschichte des Mannes, der Lateinamerika befreite. Berlin 2009.

15 Bezeichnung für die Unabhängigkeitsrevolution(en) in Lateinamerika, die vor 200 Jahren begonnen haben und seit 2008 im Rahmen des Bicentenario von Politik und Wissenschaft gewürdigt werden. Zur jüngsten deutschsprachigen Gesamtdatstellung vgl. Stefan Rinke: Revolutionen in Lateinamerika. Wege in die Unabhängigkeit 1760-1830. München 2010.

Rolle spielte, blieb die Zahl der Afroamerikaner relativ gering. Obwohl der Anteil der »mestizos« im Ergebnis kultureller wie biologischer »Vermischung« zahlenmäßig stetig anwuchs, blieb diese Bevölkerungsgruppe im Wesentlichen auf die Städte beschränkt, wo sie als Handwerker, Tagelöhner, Bedienstete oder kleine Händler ihren Lebensunterhalt verdienten.

Die politischen Ambitionen der Kreolen reduzierten sich im Kern darauf, die ungefochtene Spitzenposition der Gesellschaft zu erlangen und zu sichern: einerseits durch die politische Unabhängigkeit von Spanien, andererseits durch die Konservierung der kolonialgesellschaftlichen Strukturen. Allerdings ging ihr Traum, dies mit dem Projekt des modernen Nationalstaates verbinden zu können, nicht auf. Verfassungsrechtlich als politische Nationen freier Staatsbürger entworfen, waren die ökonomischen, sozialen und ethnischen Grundlagen der neuen Republiken viel zu ungleich und heterogen, um diesen hehren Normen zu entsprechen. Das neue Vaterland war eines, das von Kreolen konzipiert, geschaffen und regiert wurde (*patria de criollos*). Zwar gab es nun einen Staat namens Bolivien, der von Spanien unabhängig war, aber eine bolivianische Nation gab es nicht.¹⁶ Weil es der Staat auch im weiteren Verlauf seiner Formierung nicht vermochte, sich wenigstens nachträglich zu »nationalisieren«, wurde aus dem kreolischen Traum ein Trauma verlorener Kriege, politischer Instabilität und territorialer Verluste. Selbst das daraus erwachsende Nationalbewusstsein und die damit verbundene Revolution von 1952 entwickelten nicht genug Integrationskraft, um aus der ethnischen, kulturellen und regionalen Vielfalt der Bolivianer eine homogene Nation zu formen. Auf den folgenden Seiten soll aufgezeigt werden, warum dies nicht gelingen konnte.

2.1. *Aus Charcas wird Bolivien: Staatsgründung auf schwankendem Fundament*

Bereits bei der Gründung Boliviens wird deutlich, mit welchen Problemen und Defiziten der neue Staat belastet war. Im historischen Rückblick tritt klar zutage, warum die Entkolonialisierung eine der zentralen Säulen im gegenwärtigen Prozess der Neugründung darstellt. In diesem Unterabschnitt soll auf drei Themen eingegangen werden, die zeigen, auf welchem schwankendem Fundament Bolivien errichtet wurde. Dabei geht es zum ersten um die Paradoxien der Unabhängigkeit, zum zweiten um das koloniale Erbe und zum dritten um die Konföderation Boliviens mit Peru. Die gemeinsame Klammer wird durch die Jahre 1809 (erste Unabhängigkeitserklärung) und 1841

¹⁶ Vgl.: Marie-Danielle Demélas: *La invención política*. S. 305.

(Ende der Konföderation) markiert. Nach Meinung des britischen Historikers und Bolivien-Experten James Dunkerley stehen beide Daten für Anfang und Ende des ersten Gliedes in einem Zyklus von Revolutionen, die Bolivien in den letzten beiden Jahrhunderten im Positiven wie Negativen geprägt haben. Die »Nationale Revolution« von 1952 bildet das zweite und die 2006 begonnene Neugründung Boliviens das dritte Glied dieses Zyklus'.¹⁷

Aber bereits die Periodisierung der ersten Revolution wirft Fragen auf, um deren Beantwortung inzwischen heftige Debatten entbrannt sind. Diese kreisen vor allem um folgende Probleme: Wann beginnt der Kampf gegen das spanische Kolonialregime: 1809 oder doch schon dreißig Jahre früher mit der »Großen Rebellion« von 1780 bis 1782?¹⁸ In welchem Verhältnis steht diese zur *Independencia*? Wie erklärt sich das Paradox, dass in La Paz am 16. Juli 1809 zwar erstmals in Spanisch-Amerika die Unabhängigkeit ausgerufen wurde, Bolivien aber 1825 als letztes Gebiet der spanischen Festlandkolonien diese zu erlangen vermochte? Und weshalb ist es den Bewohnern von Charcas¹⁹ nicht gelungen, sich selbst zu befreien? War Bolivien überhaupt reif für die Unabhängigkeit? Und warum ist der Versuch, zusammen mit dem Nachbarland Peru die weitere Entwicklung auf ein breiteres und stabileres Fundament zu stellen, gescheitert?

Die Frage, ob und wie die »Große Rebellion« und die *Independencia* zusammenhängen, wird nicht erst seit heute diskutiert. Auch das Argument, dass der 1809/ 1810 begonnene Unabhängigkeitskampf im Aufstand von 1780/ 1781 seinen Vorläufer hat, ist nicht neu. Neu ist vielmehr, dass dieses Argument in einer Auseinandersetzung vorgebracht wird, in der zwei gegensätzliche Geschichtsbilder aufeinanderprallen, und dass es dazu dient, die Neugründung Boliviens historisch zu legitimieren. Kontrovers debattiert werden zum einen Charakter und Stoßrichtung der »Großen Rebellion«, zum anderen deren Einbindung in den antikolonialen Befreiungskampf.

17 Vgl.: James Dunkerley: *Bolivia: Revolution and the Power of History in the Present. Essays.* London 2007. S. 26-34.

18 Bei der »Großen Rebellion« handelt es sich um den Höhepunkt in einen Zyklus von Erhebungen der indigenen Bevölkerung in Südperu und Charcas, dem heutigen Bolivien. Vgl. dazu besonders: O'Phelan Godoy: *Un siglo de rebeliones anticoloniales: Perú y Bolivia, 1700-1783.* Lima 1988. Weitere Literaturangaben finden sich bei Peter F. Klarén: *Nación y sociedad en la historia del Perú.* Lima 2004. S. 544-546. Im folgenden werden Verlauf und Bedeutung dieser Rebellion kurz beleuchtet.

19 Während der spanischen Kolonialherrschaft gehörte das Territorium Boliviens zur Audiencia von Charcas. Diese war bis 1776 Bestandteil des Vizekönigreichs Peru und wurde dann dem neugegründeten Vizekönigreich Rio de la Plata angegliedert. Gegen Ende der Kolonialherrschaft kam die Bezeichnung »Alto Peru« (Hoch- oder Oberperu) stärker in Gebrauch. Vgl.: José de Mesa / Teresa Gisbert / Carlos Mesa Gisbert: *Historia de Bolivia.* La Paz 2007 (sexta edición). S. 127-134, 211, 221-238.

In der ersten Frage treffen eine »interkulturelle« und eine »rassenkämpferische« Interpretation aufeinander. Die Anhänger der »interkulturellen« Auffassung betonen den gemeinsamen Kampf von »Indios«, Mestizen und Kreolen gegen die »schlechte Regierung« des Kolonialregimes.²⁰ In der Gegenargumentation, bei der sich paradoxerweise indianistische »Revisionisten«²¹, die Vertreter der traditionellen Nationalgeschichtsschreibung²² und Historiker der neuen Genozidforschung²³ treffen, wird hingegen die ethnische Feindschaft zwischen Indigenen und Kreolen hervorgehoben. Beide Interpretationsrichtungen können sich dabei auf entsprechende Ereignisse berufen. Dies liegt darin begründet, dass die »Große Rebellion« zeitliche, regionale, ethnische und soziale Verschiebungen aufweist, die von anfänglichen antikononialen Gemeinsamkeiten hin zu späteren Anzeichen eines »Rassenkrieges« (*guerra de razas*) reichen. Selbst in der »peruanischen« Phase²⁴ unter Füh-

20 Vgl.: Peter F. Klarén: *Nación y sociedad en la historia del Perú*. S. 152ff.; Herbert S. Klein: *Bolivia. – The Evolution of a Multi-Ethnic Society*. New York / Oxford 1992. S. 75.

21 Vgl. dazu die Artikel zur Rolle von Pedro Domingo Murillo, einem wohlhabenden Kreolen, bei der Niederschlagung des Aufstandes von 1781 in der Zeitschrift *Pukara*, Nr. 9 (Juli – Aug. 2006) und Nr. 33 (Juli – Aug. 2008). Als Anführer der Junta von 1809 in La Paz und Autor der durch sie verkündeten Unabhängigkeitserklärung gilt Domingo Murillo in der traditionellen Nationalgeschichtsschreibung als Held der bolivianischen Unabhängigkeitsbewegung. In den beiden Artikeln wird belegt, dass dieser sich aktiv bei der Verfolgung und Bestrafung der indigenen Führer des Aufstandes hervorgetan hat.

22 Als Beispiel sei Alcides Arguedas mit seiner »Historia General de Bolivia, el Proceso de la Nacionalidad« von 1922 angeführt, von dem auch die rassistisch begründete These vom »kranken Volk« (*pueblo enfermo*) stammt. In seiner Interpretation war die Unabhängigkeit in erster Linie das Werk der kreolischen Elite, die in Gegnerschaft zu den Spaniern stand. In der Historiographie der »Nationalen Revolution« von 1952 (Montenegro, Abecia) wird die Protagonistenrolle der kreolischen und mestizischen Massen hervorgehoben. Beiden ist gemeinsam, dass die indigene Bevölkerung als eigenständig handelndes Subjekt ausgeblendet wird. Vgl. dazu Rossana Barragán: *Legitimidad de la historia o historia de legitimidades*.

23 Vgl.: Nicholas A. Robins: *Genocide and Millennialism in Upper Peru. The Great Rebellion of 1780-1782*. Westport (Conn.) 2002; David Cahill: *Genocide from Below: The Great Rebellion of 1780-82 in the Southern Andes*. In: Dirk Moses (ed.): *Empire, Colony, Genocide. Conquest, Occupation, and Subaltern Resistance in World History*. New York / Oxford 2008. S. 403-423.

24 Vgl.: Peter F. Klaren, *Nación y sociedad en la historia del Perú*. S. 156/ 157. Er unterscheidet innerhalb dieser noch einmal jene Phase des Aufstandes, die bis zum Ende der Belagerung von Cuzco reicht (*fase cuzqueña*), von den nachfolgenden Etappen der »Großen Rebellion«. Der zweite Teil der »peruanischen Phase« endet mit der Hinrichtung von Tupac Amaru am 18. Mai 1781. Danach verlagert sich das Zentrum des Aufstandes nach Oberperu (Charcas), wo im August 1780 ebenfalls eine Erhebung der indigenen Bevölkerung unter Führung von Tomás Catari begonnen hatte. Ein Teil der Anhänger von Tupac Amaru vereinigte sich im August / September 1781 mit den Truppen von Tupac Catari, der nach der Hinrichtung von Tomás Catari die Führung des Aufstandes in Oberperu übernommen hatte. Vgl. speziell zum Verlauf der »Großen Rebellion« in Oberperu: Nicholas A. Robins: *Genocide and Millennialism in Upper Peru*.

rung von Tupac Amaru (4. November 1780–18. Mai 1781), die in den ersten Monaten von einer ethnisch-kulturellen Allianz von Indigenen, Mestizen und Kreolen getragen wurde, mehren sich nach der Aufhebung der Belagerung von Cuzco am 10. Januar 1781 die Anzeichen, dass sowohl in der indigenen Führung als auch in der indigenen Massenbasis der Erhebung eine antikreolische, mit millennialistischen Erwartungen verbundene Haltung an Boden gewinnt, der eine mehrheitliche Hinwendung der Kreolen zum spanischen Kolonialregime vorausgegangen war. In Charcas, wo der Aufstand erst nach der Hinrichtung von Tomás Catari (15. Januar 1781) und Tupac Amaru (18. Mai 1781) im Zuge der Belagerung von La Paz unter Tupac Catari und Andrés Tupac Amaru (mit Unterbrechung vom 14. März bis 17. Oktober 1781) seinen Höhepunkt erreichte, erlangten die antikreolischen Tendenzen ein noch größeres Gewicht.²⁵ Die Belagerung von La Paz durch mehr als 40.000 »Indios« mit hohen Verlusten unter der Stadtbevölkerung (ca. 10.000 Tote) hat sich tief in die »lange Erinnerung« der Bevölkerung Boliviens eingepägt. Im erinnerungspolitischen Diskurs fällt die Bewertung dieses Ereignisses jedoch höchst kontrovers aus: Für die einen gilt es als Symbol der Widerstandskraft und der Stärke der indigenen Bevölkerung, während es für die anderen das Menetekel eines jederzeit wieder möglichen »Rassenkrieges« an die Wand malt. Im Prozess der »Ethnisierung des Politischen« stellt die Persönlichkeit von Tupac Katari für die indigene Bevölkerung im Allgemeinen und die Ayмара im Besonderen den zentralen historischen Bezugspunkt dar. Die bei seiner Hinrichtung am 13. November 1781 verkündete Prophezeiung, dass er in der Gestalt von Millionen zurückkehren werde, hat sich für viele mit dem Übergang ins neue Jahrtausend erfüllt.

Die jeweilige Interpretation der *Gran Rebelión* gibt schließlich auch den Ausschlag, ob und wie der Aufstand zum 1809 beginnenden Unabhängigkeitskampf in Bezug gesetzt wird. Die Feststellung, die in der von führenden indigenen Intellektuellen herausgegebenen Zeitschrift »Pukara« getroffen wird, bringt den argumentativen Zusammenhang mit folgenden Worten auf den Punkt: »In der Rebellion von 1781 gab es keine Kreolen, und in der Re-

25 Die bolivianische Historikerin Silvia Rivera Cusicanqui hebt hervor, dass die indigenen Rebellionen des Zyklus von 1771-1781 eine Überwindung des Kolonialismus und eine neue Gesellschaft für alle zum Ziel gehabt hätten. Erst nachdem die Kreolen, die ihre Privilegien nicht in einer »ethnischen Demokratie« verlieren wollten, die Allianz verlassen hatten, kam es zu einer Radikalisierung der indigenen Führer unter ethnischen Vorzeichen. Vgl.: Silvia Rivera Cusicanqui: *Violencia e interculturalidad. Paradojas de la etnicidad en la Bolivia de hoy*. La Paz 2007. S. 4. Vgl. dazu ausführlicher: Forrest Hylton / Sinclair Thomson: *Revolutionary Horizons: Past and Present in Bolivian Politics*. London / New York 2007. S. 38-43 sowie David Cahill: *Genocide from Below*. S. 412ff.

volution von 1809 gab es keine Indios.«²⁶ Bei der Bewertung des emanzipatorischen Charakters beider Zäsuren scheiden sich demzufolge ebenfalls die Geister: Aus indigener Sicht stellt 1781 den eigentlichen Bruch mit dem Kolonialregime dar, während für die offizielle Historiographie Boliviens seit der Unabhängigkeit das Jahr 1809 die entscheidende Zäsur bildet. Im Kern geht es in der Kontroverse »1781 = indigene Rebellion vs. 1809 = kreolische Revolution« darum, welchen Stellenwert die Geschichte der indigenen Völker in der »Nationalgeschichte« Boliviens besitzt. Zugespitzt kann man sogar fragen, ob sich mit Blick auf die indigene Geschichte, die ja viel umfassender als Kolonial- und Nationalgeschichte ist, eine solche »nationale« Verengung der Geschichte Boliviens aufrechterhalten lässt.

Klar ist jedenfalls, dass diese historische Debatte, die gerade erst begonnen hat und ohne Zweifel eine politische Dimension besitzt, im weiteren Prozess der Neugründung an Bedeutung gewinnen wird. 1781 ist der Ausgangspunkt der Aufspaltung (Bifurkation) in zwei unterschiedliche Erinnerungskulturen von langer Dauer (*memoria larga*) – diejenige der indigenen Völker und diejenige der nicht-indigenen Minderheit(en), wobei letztere in Gestalt der Nationalgeschichtsschreibung bis zu Beginn des 21. Jahrhunderts dominiert hat. Erst mit dem *Ciclo Rebelde* (2000-2005) kann die *memoria larga* der indigenen Völker die Diskurshoheit der *memoria larga* von 1809 brechen. Ein nicht intendiertes Nebenprodukt im »Kampf der Diskurse« ist der rassistisch-regionalistische Elitendiskurs im Oriente (*Nación Camba*).²⁷ Die 2006 begonnene Neugründung bietet nunmehr die Chance, die Bifurkation von 1781 zu überwinden; mehr noch: die gleichberechtigte Zusammenführung der unterschiedlichen Erinnerungskulturen und Identitätsdiskurse ist eine unverzichtbare Voraussetzung für das Gelingen der »Refundación« Boliviens.

Eines sollte ebenfalls klar sein: Wie auch immer 1781 oder 1809 interpretiert werden, ohne 1781 sind weder 1809 und 1825 noch das Ende der Konföderation von 1841 zu erklären. So stellt 1781 einen zentralen Teil der Erklärung des »Unabhängigkeitsparadoxons« dar. Dieses lässt sich mit den beiden Zäsuren von 1809 und 1825 zeitlich umreißen und besteht darin, dass zwar auf dem Boden des heutigen Bolivien die erste Unabhängigkeitserklärung Spanisch-Amerikas verkündet wurde, Bolivien aber zugleich das letzte Land unter den spanischen Festlandkolonien war, das von der Kolonialherrschaft befreit wurde – zudem eine Befreiung, die von außen kam. Um eine befriedigende Erklärung für dieses »Unabhängigkeitsparadoxon« zu finden, ist

26 Vgl. Ausgabe Nr. 9, 7. Juli – 7. August 2006.

27 Vgl. dazu die Beiträge von Florian Quitzsch und Sebastian Matthes in diesem Band.

zwar der Rückgriff auf 1781 unabdingbar, genügt aber nicht, wie die jüngsten Debatten im Umfeld des *Bicentenario* deutlich machen. Generell gilt erstens, dass die Unabhängigkeitsrevolutionen in Spanisch-Amerika (*Independencia*) zu den revolutionären Umbrüchen in Spanien, Frankreich und Nordamerika in Beziehung zu setzen sind. Zweitens muss zwischen aufständischen und loyalen Kolonien unterschieden werden, wobei die Politik Spaniens gegenüber den kreolischen Eliten einen Schlüsselfaktor der Unabhängigkeit darstellt.²⁸ Die Schlussfolgerungen, die die spanische Historikerin Marta Iruozqui mit Blick auf die Debatten des *Bicentenario* zieht, gelten für Bolivien in besonderem Maße: Obwohl die Unabhängigkeit ohne externe Faktoren nicht zu erklären ist, kann sie nicht vereinfachend als Kopie ausländischer Modelle interpretiert werden. Ungeachtet dessen, dass das Nationenverständnis der kreolische Staatsgründer ebenso wie in Westeuropa und den USA ein politisches ist, wird dies jedoch durch die Identität der Kreolen konterkariert. Diese beruht auf ethnischer Abgrenzung und drückt der künftigen Nation ihren Stempel auf (*patria de criollo*).²⁹ Insofern lässt sich das bolivianische »Unabhängigkeitsparadoxon« weiter fassen: als Widerspruch zwischen dem Ideal einer politischen Nation gleicher Staatsbürger und der Realität ethnisch-kultureller Spaltung, die gerade durch die kreolische Gründungselite vertieft und zementiert wird. Staat und Nation geraten damit zueinander in Gegensatz. Erstens entsteht ein Staat ohne Nation, der zweitens so konzipiert ist, dass alle seine nachträglichen Bemühungen um nationale Identität und Integration die ethnisch-kulturellen und regionalen Konflikte letztendlich weiter zuspitzen statt sie zu lösen.

Bereits in Hinblick auf die *Independencia* tritt das Dilemma der Kreolen klar zutage. Einerseits bot sich durch die revolutionären Umbrüche in Europa, die auch das spanische Mutterland erfassten und die Monarchie in eine tiefe Krise stürzten, unverhofft die Möglichkeit, die eigenen Machtansprüche zu realisieren. Andererseits drohte das Gespenst des »Rassenkrieges«. Dieses hatte 1781 reale Gestalt angenommen und dazu geführt, dass die Kreolen mehrheitlich Schutz bei der spanischen Kolonialmacht gesucht hatten. Hin und her gerissen zwischen ihrer rassistisch verstärkten Furcht vor einem »Indioaufstand« und ihren antikononialen Gelüsten konnten sich die Kreolen zu keiner klaren Position durchringen, was sich in häufigem Frontenwechsel und der inneren Spaltung in königstreue und aufständische, liberale und konservative Fraktionen manifestierte. Kristallisationspunkte dieser inneren

28 Vgl. den Beitrag von Marta Iruozqui. In: Armando Martínez / Manuel Chust (eds.): *Una independencia, muchos caminos. El caso de Bolivia (1808-1826)*. Castelló de la Plana 2008. S. 19-20.

29 Vgl.: Ebenda. S.20.

Fraktionierung der Kreolen waren einerseits die häufigen politischen Umbrüche in Spanien³⁰, andererseits regionale Sonderinteressen.

1781 hatte aber noch eine andere Wirkung auf das Verhältnis zwischen »Indios« und Kreolen. Nach der Niederschlagung des Aufstandes liquidierte die spanische Kolonialmacht die indigene Elite, die bis dahin als Teil der Kolonialelite gegolten und als Mittler zwischen den »Republiken« der »Indios« und der »Spanier« fungiert hatte. An ihre Stelle traten Kreolen oder Mestizen. Die Zerschlagung der indigenen Elite vollzog sich einmal durch physische Vernichtung, zum anderen durch die Abschaffung der durch sie ausgeübten Ämter und Funktionen. Außerdem war sie – wie auch die kreolische Elite – in der Frage des Verhältnisses zur Kolonialmacht gespalten. So konnte diese Tupac Amaru nur deshalb so schnell besiegen, weil sie auf mächtige und treue Vasallen wie den Kaziken Mateo Pumacahua zählen konnte. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass dieser sich 1813 auf die Gegenseite schlug und nun gegen die Spanier kämpfte.

Die historische Niederlage der »Großen Rebellion« hatte zur Folge, dass die indigene Bevölkerung von Unter- und Oberperu (heute die Staaten Peru und Bolivien) in der *Independencia* keine zentrale Rolle spielte. Zwar kommen neuere Arbeiten zu dem Schluss, dass sie durchaus eigene Interessen und Ziele durchsetzen konnte, wobei sie den »Indiotribut« geschickt als Verhandlungsinstrument zu nutzen wusste und durch flexible Allianzen mit den beiden Hauptkontrahenten ihre Handlungsspielräume wahren oder erweitern konnte.³¹ Die Kehrseite bestand jedoch darin, dass oftmals »Indios« gegen »Indios« kämpften und der antikoloniale Kampf der indigenen Gemeinschaften in lokalen Erhebungen verpuffte. Dieser Konstellation war es geschuldet, dass Oberperu 15 Jahre lang vor allem als Schlachtfeld im hin-

30 Die wichtigsten Zäsuren der wechselfollen Entwicklung in Spanien während der Independencia der amerikanischen Kolonien sind durch folgende Ereignisse markiert:

1808 – Krise der Monarchie und Beginn des spanischen Unabhängigkeitskrieges gegen Napoleon

1812 – Verabschiedung der liberalen Verfassung von Cadix durch die Cortes

1814 – Vertreibung der Franzosen und Rückkehr Ferdinands VII. auf den Thron (Sieg des Absolutismus)

1820 – Erhebung und Sieg der Liberalen, Spanien wird – gegen den Widerstand von Ferdinand VII. – wieder konstitutionelle Monarchie

1823 – Einmarsch von Truppen der Heiligen Allianz und Rückkehr des Absolutismus

Vgl.: Peer Schmidt (Hrsg.): *Kleine Geschichte Spaniens*. Bonn 2005, S. 253-273; zu den Auswirkungen auf Spanisch-Amerika und Oberperu vgl. Armando Martínez / Manuel Chust (eds.): *Una independencia, muchos caminos*. Besonders die S. 25-48, 119-156, 169-173.

31 María Luisa Soux: *Tributo, constitución gaditana y renegociación del pacto colonial*, in: Guadalupe Soasti Toscano (comp.): *Política, participación y ciudadanía en el proceso de Independencia en la América Andina*. Quito 2008. S. 225-251.

und her wogenden Kampf zwischen den Spaniern und den von außen intervenierenden *Libertadores* diente.

Der Verlauf der *Independencia* in Bolivien lässt sich in fünf Phasen unterteilen: In der ersten Phase (1808-1810) kam es zur Bildung von Juntas in den wichtigsten Städten, zuerst in Chuquisaca, dem heutigen Sucre (25. Mai 1809) und La Paz (16. Juli 1809). Dabei ging es in erster Linie darum, auf die Krise der spanischen Monarchie zu reagieren. Nach anfänglichen Irritationen, die auch den langen Kommunikationswegen geschuldet waren, sprach sich die Mehrheit der Juntas für die Autonomie innerhalb des spanischen Imperiums aus. In der zweiten Phase (1810-1816) war Oberperu ein heiß umkämpftes Schlachtfeld, auf dem der Vizekönig von Peru und Unabhängigkeitsarmeen vom Rio de la Plata um die Vorherrschaft kämpften. In dieser Zeit entstanden auch mehrere Guerillas, von denen sich bis zur Befreiung 1825 aber nur eine halten konnte. Die dritte Phase (1816-1823) war durch die Dominanz Perus gekennzeichnet. Wegen der liberalen Revolution von 1820 in Spanien kam es unter den Königstreuen im Vizekönigreich Peru zur Spaltung in Absolutisten und Konstitutionalisten. Zu letzteren zählte Vizekönig de la Serna selbst. In der vierten Phase (1823/25) erlangte Oberperu sogar den traurigen Ruhm, letzte Bastion der Absolutisten (Olañeta) zu sein. 1825 wurde Oberperu schließlich von Bolívars Gefolgsmann José Antonio Sucre befreit.³²

Zum kolonialen Erbe zählen neben der ethnisch-kulturellen Spaltung der Bevölkerung sowie der Konservierung der ererbten Sozial- und Wirtschaftsstrukturen durch die kreolische Aristokratie auch die lange Suche Boliviens nach seiner geopolitischen Identität und territorialen Gestalt. Noch 1992 stellte W. Queiser Morales in ihrem Buch die Frage, ob Bolivien lediglich ein »geographischer Zufall der Unabhängigkeit« sei und ob es zu »einer Nation« werden könne.³³ Diese Skepsis resultiert nicht nur aus der ethnischen, kulturellen, geographischen und regionalen Vielfalt des Landes, sondern ist auch der historischen Tatsache geschuldet, das die *Audiencia* Charcas, nachdem sie ca. 250 Jahre fester Bestandteil des Vizekönigreichs Peru gewesen war, im Zuge der »Bourbonischen Reformen« 1776 kurzerhand dem neu geschaffenen Vizekönigreich Rio de la Plata zugeschlagen worden war.

32 Maria Luisa Soux: La independencia desde una perspectiva institucional: el caso de Alto Perú. In: Armando Martínez Garnica (ed.): Independencia y transición a los estados nacionales en los países andinos: Nuevas perspectivas. Bucaramanga / Bogotá 2005. S. 201-223.

33 Waltraud Queiser Morales: Bolivia – Land of Struggle. Boulder et. al. 1992. S. 29. Diese Bemerkung bezieht sich nicht nur auf die Befreiung durch Sucre, der bis 1828 Boliviens erster Präsident war und die politische Vorherrschaft der »Kolumbianer« in den ersten Jahren der Unabhängigkeit symbolisierte. Wie unsicher die Zukunft von Oberperu nach der Befreiung 1825 war, zeigen die damals erwogenen Optionen, die von einem Anschluss an Peru, Argentinien oder Brasilien bis zur Gründung eines eigenen Staates reichten. Vgl. S. 177-203.

Als 1810 Buenos Aires den Spaniern den Kampf ansagte, wurde Charcas von den Kolonialbehörden wieder an Peru angegliedert. Nicht zuletzt um diesen neuerlichen Wechsel zu manifestieren, kam seitdem die Bezeichnung Ober- bzw. Hochperu (Alto Perú) immer mehr in Gebrauch. Die engen Verbindungen zwischen Unter- und Oberperu waren jedoch nicht in erster Linie administrativer Natur. Sie reichen vielmehr bis weit in die vorkoloniale Zeit zurück und haben in den vielen geographischen, kulturellen, ethnischen und wirtschaftlichen Ähnlichkeiten des zentral-andinen Raums ein solides Fundament. Nicht zuletzt deshalb gab es immer wieder Versuche von beiden Seiten, dieser räumlichen Einheit politisch zu entsprechen. Dabei ging die Initiative zumeist von Peru aus – in der Hoffnung, auf diese Weise die alte imperiale Herrlichkeit zurück zu holen.³⁴ Den nachhaltigsten und folgenreichsten Versuch startete jedoch 1836 Andrés de Santa Cruz y Calahumana, der erst unter San Martín und dann unter Bolívar für die Befreiung Lateinamerikas gekämpft hatte und seit 1829 Präsident Boliviens war.

In seiner Person und Politik zeigt sich die historische Ambivalenz der nationalstaatlichen Existenz Boliviens erstmals in ihrer ganzen Reichweite: Zum einen verkörpert Santa Cruz die reale Möglichkeit, Bolivien als stabilen und erfolgreichen Staat zu etablieren, zum anderen verweist sein tragisches Scheitern auf die immensen Schwierigkeiten und Hindernisse, die einem solchen Projekt entgegenstehen. Nachdem die beiden ersten Präsidenten, Simón Bolívar (1825) und Antonio José de Sucre (1826-1828), die aus Venezuela stammten und als *Libertadores* dem Land die Unabhängigkeit gebracht hatten, es angesichts der anstehenden Probleme vorgezogen hatten, nach Kolumbien zurückzukehren, fiel ihrem Nachfolger Santa Cruz die Rolle des »eigentlichen Erbauers der Nation«³⁵ zu.

Während seiner Regierungszeit 1829-1839 erlebte Bolivien tatsächlich ein Jahrzehnt des Aufbaus und der Stabilität, was sich angesichts der folgenden

34 Den letzten ernsthaften Versuch von peruanischer Seite unternahm Agustín Gamarra 1841. Zuvor hatten sich peruanische Militärs mehrfach in die Fraktionskämpfe der bolivianischen Elite eingemischt. Im Ergebnis einer solchen Intervention musste Sucre 1828 als Präsident zurücktreten und das Land verlassen. Auch die Unabhängigkeit Boliviens 1825 war auf starken Widerstand aus Peru getroffen. Letztlich war Peru in dieser Zeit selbst zu zerstritten und schwach, um seine imperialen Träume in die Tat umzusetzen. Die Niederlage von Gamarra gab zugleich den Ausschlag im Kampf der Elitefraktionen von Lima und der Sierra Südpurus. Vgl.: Inge Buisson-Wolff: El »Ejército Libertador« y la formación del Estado Boliviano, 1825-1828. In: Inge Buisson-Wolff: Staat, Gesellschaft und Nation in Hispanoamerika, Ausgewählte Aufsätze, Frankfurt a. M. 1999. S. 129-141 sowie Armando Martínez / Manuel Chust (eds.): Una independencia, muchos caminos., S. 177-178, 183-203, 223-225, 231, 236f.

35 José de Mesa / Teresa Gisbert / Carlos Mesa Gisbert: Historia de Bolivia. S. 290.

vierzig Jahre (1841-1880), die durch eine »permanente Staatskrise«³⁶ gekennzeichnet waren, als große Ausnahme erweisen sollte. Die Schaffung eines starken Boliviens war jedoch für Santa Cruz nur der erste Schritt. Nachdem er die Versuche Argentiniens, Bolivien mit Verweis auf die Zugehörigkeit von Oberperu zum Vizekönigreich Rio de la Plata (ab 1776) zu annektieren, erfolgreich abgewehrt hatte, rückte die Idee einer pan-andinen Union mit Peru in den Vordergrund. Santa Cruz fühlte sich insofern zu Recht zu einer solchen Mission berufen, da er nicht nur den Titel eines Großmarschalls von Peru führte, sondern 1826/ 27 selbst für kurze Zeit Präsident jenes Landes gewesen war.

Zehn Jahre später kam es schließlich zur Gründung einer Bolivianisch – Peruanischen Konföderation, wobei sich Santa Cruz die innere Spaltung des Nachbarlandes zunutze machte. Vom legitimen peruanischen Präsidenten José Orbegoso um Hilfe gebeten, besiegte er dessen Kontrahenten Agustín Gamarra, der den Süden Perus beherrschte, und Felipe Santiago Salaverry, der in Zentralperu die Macht ausübte. Nachdem Kongresse in Nord- und Südperu sowie in Bolivien entsprechende Beschlüsse gefasst hatten, schlossen sich die drei Staaten im Juni 1836 unter der Führung von Santa Cruz zur Konföderation zusammen. Dies rief Chile und Argentinien auf den Plan. Obwohl die konföderierten Truppen die Invasionsversuche der beiden Nachbarländer zunächst abwehren konnten, gelang Chile schließlich mit Hilfe von Gamarra 1839 der Sieg. Santa Cruz floh nach Ecuador ins Exil und musste seinen Traum von einem geeinten Andenstaat begraben. Gamarra unternahm nun seinerseits den Versuch, die beiden Länder durch den Anschluss Boliviens unter peruanischer Vorherrschaft zu vereinen. In der Schlacht von Ingavi im November 1841 erlitt er jedoch eine schwere Niederlage und verlor sein Leben. Die Trennung zwischen Bolivien und Peru war damit besiegelt.

1841 markiert für James Dunkerley, einem anerkannten britischen Historiker, zugleich das Ende der ersten Revolution in der bolivianischen Geschichte, die 1809 mit der antikolonialen Proklamation von Pedro Domingo Murillo in La Paz ihren Anfang genommen hatte und 32 Jahre später mit dem Zerfall der Konföderation endgültig gescheitert war.³⁷ Bedenkt man zudem, dass Bolivien (ebenso wie Peru) die Unabhängigkeit nicht aus eigener

36 Thomas Pampuch / Agustín Echalar: *Bolivien*. München 1987. S. 47-49; Herbert S. Klein: *Bolivia. – The Evolution of a Multi-Ethnic Society*. S. 120ff.

37 Vgl. zur Konföderation James Dunkerley: *Bolivia: Revolution and the Power of History in the Present*. S. 30 / 31; Cristóbal Aljovín de Losada: *El Ejército de la Confederación Perú Boliviana (1836-1839)*. In: Armando Martínez Garnica (ed.): *Independencia y transición a los estados nacionales en los países andinos: Nuevas perspectivas*. Bucaramanga / Bogotá 2005. S. 133-152.

Kraft, sondern dank der militärischen Siege der beiden *Libertadores* erlangt hatte, stellt sich mit Nachdruck die Frage, wie Ausbleiben bzw. Scheitern der »Gründungsrevolution« des zentralandinen Landes zu erklären sind. Bei der Suche nach einer befriedigenden Antwort rücken die Konstruktionsfehler des bolivianischen Staates ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

2.2. »Indiofrage« und Staatsbürgerschaft: Die Baufehler des oligarchischen Staates

Die Baufehler des oligarchischen Staates sind bereits in den Gründen für das Scheitern der Konföderation zu erkennen. Bei seinem Versuch, durch den Zusammenschluss von Bolivien und Peru die künftige Entwicklung beider Länder auf ein solides Fundament zu stellen, sah Santa Cruz sich mit heftigen Widerständen konfrontiert. Sieht man von den äußeren Faktoren ab, dann sind dies in erster Linie folgende: die ethnisch-kulturelle Heterogenität, die sich gegenüber der indigenen Bevölkerung in rassistischen Vorurteilen manifestierte, der tief verwurzelte Regionalismus, die desolate, auf Rohstoffexport ausgerichtete Wirtschaft und die schwache Präsenz des Staates innerhalb des nationalen Territoriums.³⁸ All diese strukturellen Hindernisse bildeten in ihrer Gesamtheit das koloniale Erbe, ohne dessen Überwindung die Unabhängigkeit unvollendet bleiben musste.

Am Problem der Staatsbürgerschaft, dem im Kern das »Indioprobem« zugrunde liegt, lassen sich der Umgang des neuen Staates mit dem kolonialen Erbe und die daraus resultierenden Baufehler besonders anschaulich darstellen. Kurz nach der Unabhängigkeit von Spanien (1827) hatte Bolivien mit einem Territorium von 2,3 Mio km² etwa 1,1 Mio Einwohner. Davon

38 Vgl.: Cecilia Méndez: *Incas Sí, Indios No: Apuntes para el estudio del nacionalismo criollo en el Perú*. Instituto de Estudios Peruanos. Documento de Trabajo. No. 56. Lima 2000 (2da. edición). Die Autorin belegt überzeugend, dass die kreolische Elite von Lima ihre Ablehnung der Konföderation mit Bolivien mit einem rassistischen Diskurs begründete. Dabei wird zum einen das Argument angeführt, dass Santa Cruz ein »Indio« sei (seine Mutter gehörte zur Aymara-Elite), zum anderen wird behauptet, dass Bolivien ein »Indio-Land« sei. Außerdem wird er als »Eroberer« (conquistador) dargestellt (vgl. S. 15-21). Unterstützung fand Santa Cruz vor allem im südandinen Raum sowie bei einem Teil der peruanischen Liberalen. In Bolivien stand vor allem die Aristokratie von Chuquisaca (später Sucre) der Konföderation ablehnend gegenüber. Die Negierung des »Indio« bei gleichzeitiger Betonung der imperialen Vergangenheit des Inkareiches bildete den Ausgangspunkt für das rassistische Nationenverständnis der kreolischen Elite Perus. Zur Spaltung der bolivianischen Elite in Bezug auf die Konföderation vgl. José Luis Roca: *Estatalidad: entre la pugna regional y el institucionalismo*. In: Rossana Barragán / José Luis Roca: *Regiones y poder constituyente en Bolivia*. Cuaderno de Futuro. La Paz 2005. S. 69-77.

waren 800.000 »Indios«, 200.000 »Weiße«, 100.000 Mestizen und etwa 7.000 Schwarze (Sklaven und Freie).³⁹ In der jungen Republik gab es nur wenige Städte, deren Einwohnerzahl selbst im besten Fall (La Paz) 40.000 nicht überschritt.⁴⁰ Für die kreolische Elite bestand das Hauptproblem darin, dass sie aus einer Bevölkerung, die zu drei Vierteln aus »Indios« bestand, eine Nation nach westlichem Vorbild formen wollte.⁴¹ Der einzige Ausweg, der sich aus ihrer Sicht aus diesem »nationalen Gründungsdilemma« bot, lässt sich auf die Formel »nationality without citizenship«⁴² bringen. Damit sind Konzept und Praxis einer Nation gemeint, in der die Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung nicht als Staatsbürger galt: Im Sinne des westlichen Verständnisses einer politischen Nation waren zwar alle, die im Lande geboren worden waren, Bolivianer, aber nur eine kleine Minderheit besaß den Status eines Staatsbürgers.⁴³

Andere Autoren beschreiben diese Praxis der ethnischen Politik in Bolivien mit der Formel »Harmonie der Ungleichheiten«.⁴⁴ Dahinter verbirgt sich eine Auffassung, in der einerseits der offensichtliche Tatbestand ethnischer – und daraus resultierender sozialer wie politischer – Ungleichheit keineswegs ignoriert, dieser aber andererseits unter Verweis auf die pragmatische Umsetzung der Politik gegenüber der indigenen Bevölkerung relativiert wird. Die bolivianische Elite sei aufgrund ihrer permanenten Schwäche auf klas-

39 Alfredo Moreno Cebrián / Asención Martínez Riaza: Peru, Hochperu, Bolivien. In: Walther Bernecker et al. (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Lateinamerikas. Band 2. Stuttgart 1992. S. 288.

40 Die anderen Städte waren Cochabamba mit 30.000, Chuquisaca mit 12.000, Potosí mit 9.000 und Oruro mit 4.600 Einwohnern. Vgl.: Herbert S. Klein: Bolivia. – The Evolution of a Multi-Ethnic Society. S. 104f.

41 Vgl.: Marie-Danielle Demélas: La Invencción Política. S. 361ff.

42 Forrest Hylton / Sinclair Thomson: Revolutionary Horizons: Past and Present in Bolivian Politics. S. 48.

43 Vgl.: Rossana Barragán: Ciudadanía y elecciones, convecciones y debates. In: Rossana Barragán / José Luis Roca: Regiones y poder constituyente en Bolivia. S. 286ff. Als Bolivianer galten alle, die im Land geboren worden waren, während die Staatsbürgerschaft an bestimmte Eigenschaften (Bildungsgrad, Eigentum, öffentliche Anerkennung) und daraus resultierende Rechte (Wahlrecht) gebunden war.

44 Diese Formulierung geht auf den früheren bolivianischen Präsidenten Bautista Saavedra (1917) zurück und wurde von der spanischen Historikerin Marta Irurozqui in ihrer 1994 erschienenen Arbeit als Titel verwendet. George Gray Molina, Koordinator des UNDP-Berichts über den bolivianischen Staat (siehe Anmerkung 6), hat mit Verweis auf Irurozqui unter dieser Überschrift 2007 ein Arbeitspapier im Centre for Research on Inequality, Human Security and Ethnicity (CRISE) veröffentlicht, in dem er die (inter-)ethnische Politik in Bolivien im gesamten 20. Jahrhundert analysiert. Vgl. Marta Irurozqui: Armonía de las desigualdades: Elites y conflictos de Poder en Bolivia, 1880-1920. Lima 1994; George Gray Molina: Ethnic Politics in Bolivia: »Harmony of Inequalities« 1900-2000. CRISE Working Paper No. 15. Oxford. Feb. 2007.

sen- und ethnisch übergreifende Allianzen angewiesen und hätte deshalb – oftmals wider Willen – eine Politik des distributiven Ausgleichs und der (partiellen) politischen Inklusion praktiziert. Dies erkläre auch den zyklischen Wechsel zwischen interethnischen Allianzen und Konflikten sowie zwischen Perioden ethnischer Politisierung und Zeiten der »De-Ethnisierung« der bolivianischen Politik.⁴⁵

In Hinblick auf die Neugründung Boliviens ist diese Debatte über die Ex- bzw. Inklusion der indigenen Bevölkerungsmehrheit deshalb von besonderer Relevanz, weil es dabei im Kern um den kolonialen Charakter des Staates geht. Die These von der »Entkolonialisierung« wiederum stellt ein, wenn nicht das Schlüsselargument für die Begründung der historischen Notwendigkeit und Reichweite des politischen Projekts der Neugründung dar. Um zu einer verifizierbaren Entscheidung im Richtungsstreit »Apartheid« vs. »Harmonie«⁴⁶ und damit in der Frage der Fortdauer des Kolonialstaats in Bolivien zu gelangen, bedarf es einer genaueren Darstellung der wechselvollen Geschichte der Beziehungen zwischen Staat, Elite und indigener Bevölkerungsmehrheit.⁴⁷ In diesem Rahmen lässt sich dann auch die eingangs aufgeworfene Frage der Staatsbürgerschaft klären.

In Hinblick auf die indigene Bevölkerungsmehrheit ist diese Frage mit zwei anderen Grundfragen der bolivianischen Geschichte verbunden: mit der Agrarfrage und dem »Indioproblem«. Dies verweist auf ein kolonial er-

45 Vgl.: Ebenda. S. 2-3.

46 Der Begriff der Apartheid wird von Pablo Mamani verwendet, wobei er u. a. auf eine Bemerkung von Evo Morales, dass Bolivien das »Südafrika von Südamerika« sei, verweist. Vgl.: Pablo Mamani Ramirez: Das Ritual der indigenen Machtergreifung in Bolivien: Evo Morales und die Infragestellung des Selbstbildes der kolonialen Macht. In: Tanja Ernst / Stefan Schmalz (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens? S. 67-78.

47 Zu den wichtigsten Arbeiten, die sich mit diesem Thema beschäftigen, zählen – neben den bereits zitierten (siehe Anmerkungen 1, 6, 8, 41-43) – folgende: Xavier Albó: Movimientos y poder indígena en Bolivia, Ecuador y Peru. La Paz 2008; Laura Gotkowitz: A Revolution for our Rights. Indigenous Struggles for Land and Justice in Bolivia, 1880-1952. Durham / London 2007; Marta Irurizqui Victoriano: »A bala, piedra y palo«. La construcción de la ciudadanía política en Bolivia 1826-1952. Sevilla 2000; Brooke Larson: Andean Highland Peasants and the Trials of Nation Making during the Nineteenth Century. In: Frank Salomon / Stuart Schwartz (eds.): The Cambridge History of the Native Peoples of the Americas. Volume III. South America. Part 2. Cambridge et al. 1999. S. 558-703; José Antonio Lucero: Struggle of Voice. The Politics of Indigenous Representation in the Andes. Pittsburgh 2008; Pilar Mendieta Pareda: Indígenas en Política. Una mirada desde la historia. La Paz 2008; Silvia Rivera Cusicanqui: »Oprimidos pero no vencidos«: Luchas del campesinado aymara y quechwa 1900-1980. La Paz 2003; Esteban Ticona Alejo: Pueblos indígenas y Estado boliviano. La larga historia de conflictos. In: *Gazeta de Antropología*. No. 19 / 2003; Alberto Zalles Cueto: De la revuelta campesina a la autonomía política: la crisis boliviana y la cuestión aymara. In: *Nueva Sociedad* Nr. 182. Nov. / Dez. 2002. S. 106-120. Vgl. auch Tabelle 2 im Anhang dieses Beitrages.

erbtes Dilemma des Staates, der sich in den ersten Jahrzehnten seiner Existenz gezwungen sah, sich hauptsächlich über die »Indiosteuer« (*contribución de indios*) zu finanzieren. Dass er sich dieser kolonialen Institution bediente, war zum einen dem Verfall und der Stagnation des traditionellen Silberbergbaus, zum anderen der starken Position der indigenen Dorfgemeinschaften (*comunidades indígenas, ayllus*) geschuldet. Zugleich zeigt sich darin die historische Schwäche von Staat bzw. Elite in Bolivien. Die »Indiosteuer« funktionierte in Bezug auf die Beziehungen Staat – Indigene als ein »Pakt der Gegenseitigkeit« (*pacto de reciprocidad* – T. Platt), der bis in die 1860er hinein die Basis für eine »pax comunal« bildete. Die Gegenseitigkeit bestand darin, dass der Staat im Gegenzug für die Entrichtung der »Indiosteuer«, für die der Fortbestand der *comunidades indígenas* die entscheidende Voraussetzung war, diesen Existenzrecht und Schutz gewährte. Seitens der indigenen Bevölkerung war die korporative Wechselbeziehung zwischen Staat und *comunidades* zugleich der entscheidende Zugang zur politischen Einflussnahme und Partizipation. Mit Verweis auf ihren Status als *vecinos*⁴⁸ und Angehörige der *comunidades*, der durch den Akt der Steuerzahlung an den Staat »materialisiert« wurde, begründeten sie ihren Anspruch auf die kollektive wie individuelle Staatsbürgerschaft.

Ein weiterer Mechanismus, der bis 1899 Bestand hatte, waren temporäre politische und militärische Allianzen zwischen den *comunidades* und Fraktionen der Elite, die um die Staatsmacht kämpften. Der »revolutionäre Pakt« zwischen MNR und Bauern (1952-1964) kann ebenso wie der »postrevolutionäre Pakt« zwischen Armee und Bauern (*Pacto Militar Campesino* – 1964-1974) als Fortsetzung dieser Praxis interpretiert werden, wobei es allerdings des Hinweises auf eine wichtige Modifikation bedarf: Paradoxerweise sah der Staat die ländliche indigene Bevölkerung nur in ihrer Eigenschaft als Bauern (*campesinos*) als Paktpartner an, was die Negierung der ethnischen Identität dieser Bevölkerungsgruppe seitens des Staates impliziert. Auf diese Phase der »De-Ethnisierung«, die in der Revolution von 1952 ihren Ausgangspunkt hat, wird später noch zurückzukommen sein.⁴⁹

48 Vgl. zum Konzept des vecino als Staatsbürger Rossana Barragán: Ciudadanía y elecciones, convecciones y debates. S. 281ff. Dieses Konzept lag der Festlegung der Staatsbürgerschaft in der Verfassung von Cadix 1812 zugrunde. Als vecinos galten Mitglieder kollektiver Zusammenschlüsse bzw. Institutionen, die i.d.R. Familienoberhäupter waren. Strittig ist allerdings, inwiefern dieses Konzept in Bolivien angewendet wurde.

49 In diesem Zusammenhang ist auf den Wandel der Kategorie des »Indio« zu verweisen. Mit dem Bedeutungsverlust der »Indiosteuer« ab Mitte des 19. Jahrhunderts fand eine Begriffsverschiebung statt, die sich darin manifestierte, dass »Indio« zunehmend mit »campesino« gleichgesetzt wurde und auf diese Weise immer mehr als soziale Kategorie verwendet wurde. Dies implizierte, dass der »Indio« nicht nur auf der untersten Stufe der sozialen Leiter

Mit mehreren gesetzlichen Vorstößen zwischen 1866 und 1880, die das Verbot und die Auflösung der *comunidades* zum Ziel hatten, kündigten der Staat bzw. die ihn regierenden Fraktionen der Elite die *pax comunal* auf. Ökonomischer Hintergrund waren der Guano- und später der Silberboom, die dem Staat eine neue Einkommensquelle verschafften. Da der »Indiotribut« damit an Bedeutung verloren hatte, nutzte die Oligarchie dies für einen massiven Angriff auf das Land der indigenen Dorfgemeinschaften. Dank einer ersten Allianz der *comunidades* mit einem Teil der Elite, die 1871 zum Sturz von Präsident Mariano Melgarejo führte, und wegen der Niederlage Boliviens im Pazifikkrieg 1880 zeitigte diese erste Welle der staatlichen Offensive auf die *comunidades* erst in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhundert ihre Wirkungen, die sich in erster Linie in einer Expansion des privaten Großgrundbesitzes (*latifundismo*) aufkosten der indigenen Dorfgemeinschaften niederschlugen. Letztere reagierten darauf mit Aufständen (1892-1899) und einem neuerlichen Bündnis mit den Liberalen unter Führung von José Manuel Pando (1898/ 1899). Den Hintergrund bildete der Elitekonflikt zwischen regierenden Konservativen und oppositionellen Liberalen, der eng mit dem regionalen Nord-Süd-Konflikt zwischen La Paz, der Hochburg der Liberalen, und Sucre, dem Zentrum der Konservativen, verbunden war. Vordergründig ging es im so genannten *Guerra Federal* (1898/ 1899) um den Sitz der Hauptstadt. Aber wie schon um 1871 bildete eine Veränderung in der Wirtschaft des Landes die Basis des neuerlichen Elite- und Regionalkonflikts: Die Erschöpfung der Silberminen im Süden (Sucre und Potosí) ging Mitte der 1890er Jahre mit dem Beginn der Zinnära einher. Da die wichtigsten Zinnvorkommen im Norden (in den Departements La Paz und Oruro) lagen, war damit eine Verschiebung der regionalen und politischen Kräfteverhältnisse verbunden. Der nun wirtschaftlich aufstrebende Norden kämpfte unter Führung der Liberalen gegen die ökonomisch geschwächte Silberaristokratie des Südens um die Staatsmacht. Diesen Machtkampf konnten die Libera-

stand, sondern zugleich als rassistisch minderwertig galt. Die Gleichsetzung von »Indio« und »campesino« ermöglichte dann ab 1952 das »Verschwinden« des »Indio«, indem alle »Indios« zu »campesinos« erklärt wurden. Vgl. Barragán, Rossana: ¿Categoría fiscal o categoría social? La Campesinización del Indio. In: Hans-Joachim König: Estado-nación, Comunidad indígena, Industria. Cuadernos de Historia Latinoamericana. AHILA 2000. S. 143-167. Zur sozioökonomischen Differenzierung der indigenen Bevölkerung im 19. Jahrhundert als Ansatzpunkt für die Ex- bzw. Inklusion in den Nationalstaat vgl. Langer, Eric: Bringing the Economic Back In: Andean Indians and the Construction of the Nation-State in Nineteenth-Century Bolivia. In: Journal of Latin American Studies. 41 (2009). S. 527-551. Zur Kategorie des »Indio« in Geschichte und Gegenwart Lateinamerikas vgl. Hans-Joachim König (ed.): El indio como sujeto y objeto de la historia latinoamericana. Pasado y presente. Frankfurt a. M. / Madrid 1998.

len im April 1899 vor allem deshalb für sich entscheiden, weil ihnen eine Aymara-Armee unter Führung von Pablo Zárate Willka militärisch zur Seite stand. In der Hoffnung, den Erfolg der ersten Allianz von 1871 wiederholen zu können, hatten sich die *comunidades* für das Bündnis mit den Liberalen entschieden. Ihr Hauptmotiv war die faktische Neuauflage des *pacto de reciprocidad* zur Vereidigung und Rückgewinnung ihres Landbesitzes. Diese Hoffnung wurde durch die Liberalen jedoch bitter enttäuscht. Aufgebrachte Aymara hatten in der Nacht vom 28. Februar zum 1. März 1899 in Mohoza über hundert Soldaten, die zu den Truppen Pandos gehörten, getötet. Der Führer der Liberalen nutzte dies als Vorwand, um die Allianz – allerdings erst nach dem Sieg über die Konservativen im April 1899 – aufzukündigen. Mehr noch: Er stellte Pablo Zárate Willka und andere indigene Führer vor Gericht und ließ sie zum Tode verurteilen. Die physische Liquidierung der früheren Verbündeten war zugleich das Signal für eine neue Expansion des *latifundismo*, diesmal vor allem zum Nutzen der liberalen Elite, die bis 1920 das Land regierte.⁵⁰

1899 stellt im Verhältnis von Staat und indigener Bevölkerung in mehrfacher Hinsicht eine Zäsur dar: Der Sieg der Liberalen im Elitekonflikt, die Ausschaltung der *comunidades* als militärischer Faktor von nationaler Reichweite und die neuerliche Expansion des Großgrundbesitzes führten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer asymmetrischen Konfrontation zwischen der expandierenden Staatsmacht und den immer mehr marginalisierten Indigenen, die während der Krise des oligarchischen Staates (1935-1952) nur punktuell durch reformorientierte Militärs und oppositionelle Parteien (Linke, MNR) aufgebrochen werden konnte. In diesen 50 Jahren versuchte die indigene Bevölkerung mit einer Kombination verschiedener Strategien, ihren Anspruch auf nationale Integration zu verteidigen. Von zentraler Bedeutung waren dabei die Abwehr der Angriffe auf den indigenen Landbesitz und die Anerkennung als gleichberechtigte Staatsbürger. Einerseits kam es immer wieder zu Rebellionen (*Ciclo Rebelde* 1910-1930 und 1947)⁵¹, andererseits bediente sich die indigene Bevölkerung in zunehmendem Maße neuer legaler Möglichkeiten und Spielräume, kombiniert mit der geschickten Ausnutzung informeller Mechanismen des Klientelismus.

50 Zum Massaker von Mohoza, seiner Vorgeschichte und seinen Folgen, sowie zur Quellenlage der bis heute kontrovers interpretierten Ereignisse vgl. besonders die vier Beiträge von Mendieta. In: Pilar Mendieta: *Indígenas en Política*. S. 75-184.

51 Vgl. dazu Silvia Rivera Cusicanqui: »Oprimidos pero no vencidos«. S. 78-91, 102-109. Speziell zur Rebellion in Chayanta vgl. Forrest Hylton: *Tierra común: Caciques, artesanos e intelectuales radicales y la rebelión de Chayanta* (1927). In: Derselbe et al.: *Ya es otro tiempo el presente. Cuatro momentos de insurgencia indígena*. La Paz 2005. S. 133-195. Zum Zyklus von 1947 vgl. Laura Gotkowitz: *A Revolution for our Rights*. S. 233-267.

Die Verknüpfung der verschiedenen Strategien lässt sich anhand der Bewegung der *caciques apoderados* anschaulich darstellen⁵²: Anknüpfend an die Kolonialzeit und die Vereidigung des Kommunallandes im 19. Jahrhundert hatte sich ab Beginn des 20. Jahrhunderts schrittweise ein landesweites Netzwerk von alten wie neuen indigenen Führern herausgebildet, deren Aufgabe vor allem darin bestand, die Rechte ihrer *comunidades* unter Nutzung der legalen Möglichkeiten einzufordern. In diesem Zusammenhang besaß die Forderung nach selbst verwalteten Bildungseinrichtungen (Warisata, Vacas) eine Schlüsselrolle, da zum einen diese Strategie nur durch Kenntnis der institutionellen Möglichkeiten und ein hohes Bildungsniveau der *apoderados* umzusetzen war; zum anderen bildete der Zugang zur Bildung aus der Sicht der indigenen Bevölkerung die wichtigste Voraussetzung zur individuellen Erlangung der Staatsbürgerschaft. Die staatsbürgerlichen Rechte, vor allem das aktive und passive Wahlrecht, waren in Bolivien bis zur Revolution 1952 auf eine kleine Minderheit beschränkt. Wählen durften nur jene, die lesen und schreiben konnten sowie über ein bestimmtes Einkommen verfügten. Damit war die indigene Bevölkerungsmehrheit von der Ausübung der wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte de facto ausgeschlossen.

Da diese Festlegungen nicht immer eingehalten wurden und in Einzelfällen auch öffentlich anerkannte Persönlichkeiten davon befreit werden konnten, gab es zwar eine gewisse Durchlässigkeit der Zugangsbarrieren zur vollen Staatsbürgerschaft. Dennoch sprechen die Zahlen der Wahlbevölkerung für sich: Während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stieg sie von 42.228 (1904) auf 126.123 (1951), was einem Bevölkerungsanteil von 2,6 bzw. 4,1 Prozent entspricht. Erst das allgemeine Wahlrecht, das in der Revolution von 1952 erkämpft werden konnte, brachte einen Durchbruch: Bei den Wahlen 1956 schnellten die entsprechenden Werte auf 955.349 Stimmberechtigte bzw. 28,7 Prozent empor.⁵³

Das Massaker von Mochoza war nicht nur ein Wendepunkt in der Allianz zwischen den aufständischen Aymara und den gegen die konservative Regierung kämpfenden Liberalen, sondern zugleich der Ausgangspunkt für einen rassistischen Diskurs, der in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die politische Debatte des Landes beherrschte. Er war von der Furcht der Elite und eines großen Teils der nichtindigenen Bevölkerung vor einem indigenen Aufstand, der in ihren Augen nur in einer *guerra de razas* münden konnte, geprägt. Zugleich galt die indigene Bevölkerung als Haupthindernis einer modernen Entwicklung Boliviens, das unbedingt beseitigt werden

52 Vgl.: Ebenda. S. 43-68 sowie Pilar Mendieta: *Indígenas en Política*. S. 185-212.

53 Vgl.: Rossana Barragán: *Ciudadanía y elecciones, convecciones y debates*. S. 299/300.

musste. In der Frage, ob und wie dies zu realisieren sei, gingen die Meinungen auseinander: Debattiert wurde darüber, ob Bolivien mit einem derartigen ethnischen Erbe überhaupt in der Lage sei, mit den Nachbarländern gleichzuziehen und ob die Integration der indigenen Bevölkerung besser mit Zwang oder durch Kompromissen zu bewerkstelligen wäre. Aber selbst die Anhänger des Indigenismus, die letzteres bevorzugten, vertraten die Meinung, dass die Rettung Boliviens letztlich in der Akkulturation der indigenen Bevölkerung per *mestizaje* liege.⁵⁴ Allerdings zeigte die Debatte auch das ganze Dilemma des oligarchischen Staates in der »Indiofrage«: Das »Indio-*problem*« wurde zum Kern der nationalen Frage erklärt und damit politisch enorm aufgewertet. Zugleich rückten jene Verhältnisse in den Blick, die eine »Zivilisierung des Indio« verhinderten. Auf diese Weise wurde jedoch die Oligarchie als Hauptnutznießler des Elends und der Ausbeutung der indigenen Bevölkerung erkennbar. In dem Maße, wie das »Indio-*problem*« öffentliche Aufmerksamkeit genoss, wuchs die Gefahr, dass die Oligarchie und ihr Staat als das eigentliche Hindernis für die nationale Entwicklung erkannt und bekämpft wurden. Wollte man also das »Indio-*problem*« wirklich lösen, führte kein Weg mehr an der Beseitigung der Oligarchie und ihres Staates vorbei.⁵⁵ Mit dem Chacokrieg (1932-1935) trat der antinationale Charakter des oligarchischen Staates offen zutage: Er hatte in doppelter Hinsicht versagt – sowohl in der »Indiofrage« als auch bei der Verteidigung der territorialen Integrität. Bolivien war trotz einer staatlichen Existenz von mehr als einhundert Jahren immer noch keine Nation und konnte unter oligarchischer Herrschaft auch keine werden..

2.3. Vom Pazifik- zum Chacokrieg: Nationales Trauma und Staatskrise

Die dramatische Niederlage Boliviens im Chacokrieg gegen das arme und isolierte Paraguay war lediglich das letzte Glied in einer langen Kette von territorialen Verlusten an alle fünf angrenzenden Staaten (siehe Tabelle 1).

54 Vgl.: Angela Dencker: *Der Indio in der bolivianischen Gesellschaft und Literatur der Jahrhundertwende*. Frankfurt a. M. 1983. Die Autorin zeigt anschaulich, dass sowohl das »Integrationspostulat« der Anhänger des Indigenismo als auch das »Ausrottungspostulat« der extremen Rassisten im liberalen Diskurs angelegt sind (S. 87-101).

55 Vgl.: René Zavaleta Mercado: *Bolivia: Crecimiento de la idea nacional*. La Habana 1967. S. 23/24.

Tabelle 1: Gebietsverluste Boliviens⁵⁶

abgetreten an	Größe des Gebietes (in km ²)	Jahr des Verlustes	Art/Grund des Verlustes
Chile	120.000	1904 (1879/80)	Kriegsniederlage
Brasilien	490.430	1860, 1867, 1903, 1958	Abtretung bzw. Verkauf
Peru	250.000	1909	Grenzstreitigkeiten
Argentinien	170.758	1897	Grenzstreitigkeiten
Paraguay	234.000	1935	Kriegsniederlage
Summe	1.265.188		
Territorium (seit 1958)	1.098.581		

Am Beginn des nationalen Traumas stand der Verlust des Zugangs zum Meer im Ergebnis des Pazifikkrieges 1879-1884.⁵⁷ In diesem hatte Bolivien an der Seite Perus gegen Chile gekämpft, war aber nach der ersten und einzigen militärischen Konfrontation mit den Streitkräften des südlichen Nachbarlandes (23. März 1879 in Calama) ausgeschieden. Obwohl sich Peru noch bis 1883 gegen die chilenische Armee weiter zur Wehr setzte, verlor es wichtige Küstengebiete (Tarapacá, Arica, z. T. Tacna). Auch Bolivien musste seine Küstenprovinz (Antofagasta) Chile überlassen. Da diese jedoch den einzigen direkte Zugang des Andenlandes zum Meer bildete, waren die Folgen sehr viel dramatischer als für Peru, das trotz seiner Verluste nach wie vor über eine lange Küsten mit wichtigen Häfen (Callao) verfügte. Seit diesem kollektiven Trauma hängen die Bolivianer dem Traum von der »Rückkehr ans Meer« nach. Die Verluste im Pazifikkrieg wogen nicht zuletzt deshalb so schwer, weil Bolivien mit Arica auch den einzigen »natürlichen« Hafen verloren hatte.⁵⁸

56 Zu den Gebietsverlusten vgl. Herbert S. Klein: Bolivia. – The Evolution of a Multi-Ethnic Society. S. 102, 134-139, 145 sowie José de Mesa / Teresa Gisbert / Carlos Mesa Gisbert: Historia de Bolivia. S. 331, 343-356, 399-400, 417, 431-443. Eine Karte dazu befindet sich im Anhang des Doppelbandes.

57 Vgl. zum Pazifikkrieg (wegen der reichen Salpetervorkommen in der Atacama, die sich Chile als Sieger aneignen konnte, auch als Salpeterkrieg bezeichnet) William F. Sater: Andean Tragedy: Fighting the War of the Pacific, 1879-1884. Lincoln et al. 2007.

58 Dieser gehörte bis dahin zwar zu Peru, jedoch lief der Großteil der bolivianischen Exporte seit der Kolonialzeit über diesen Hafen. Kurz nach der Unabhängigkeit hatten sich die Einwohner Aricas für den Anschluss an Bolivien entschieden, was Bolívar jedoch abgelehnt hatte. Während der Konföderation hatte es Santa Cruz versäumt, die Frage der Zugehörigkeit Aricas im Sinne Boliviens zu regeln. Mehrere bolivianische Vorstöße, über Arica wieder einen Zugang zum Meer zu finden, scheiterten am Veto Perus. Laut Friedensvertrag gehört Arica zwar zu Chile, alle Veränderungen seines territorialen Status bedürfen aber der Zustimmung Perus. Vgl.: Ronald Bruce St. John: Same Space, Different Dreams: Bolivia's Quest for a Pacific Port. In: The Bolivian Research Review. Vol. 1. Number 1. July 2001.

Seit dem Verlust seiner 560 Kilometer langen Küste fühlt sich Bolivien als »eingesperrtes Land«. Die sozial-psychologischen Folgen des Pazifikkrieges, die sich – in Verbindung mit den nachfolgenden Gebietsverlusten – zu einem »Nationalgefühl der Verwundbarkeit und Schwäche« und einer »kognitiven Introvertiertheit« der Bolivianer entwickelt haben⁵⁹, wiegen wohl noch schwerer als die ökonomischen Verluste, obgleich die reichen Bodenschätze der Atacama aus bolivianischer Sicht die entscheidende Kriegsursache darstellen.⁶⁰

Vergleicht man Ursachen und Folgen des Pazifikkrieges mit denen des Chacokrieges, durch den ein mehr als 50 Jahre währendes »Konglomerat von Niederlagen«⁶¹ seinen vorläufigen Abschluss fand, so zeigen sich erstaunliche Parallelen.

Zum einen sind die Bezüge zu ökonomischen Faktoren zu nennen. In beiden Fällen war der Kampf um Bodenschätze ein wichtiges Motiv für den Ausbruch der Kriegshandlungen, auch wenn sich im Falle des Chacokrieges die Vermutungen über reiche Erdölvorkommen im strittigen Grenzgebiet nachträglich als falsch erweisen sollten. Eine weitere Ähnlichkeit zeigt sich in der Rolle des Auslandskapitals, das in allen Ländern, die sich im jeweiligen

59 Vgl.: Jan Eduard Augener: Subregionale Integration und Außenpolitik in der neoliberalen Epoche in Lateinamerika. Bolivien, Brasilien, Chile und Costa Rica im Vergleich: Münster 2008, S. 226ff. Das von Augener beschriebene Nationalgefühl bildet zusammen mit dem »Indioproblem« eine der beiden zentralen Säulen des bolivianischen Nationalismus. Dieser resultiert vorrangig aus der Selbstwahrnehmung der Bolivianer, keine (vollwertige) Nation zu sein. Sein Ziel ist deshalb die Schaffung einer solchen. Staatsschwäche und die daraus resultierenden territorialen Verluste nebst dem Dauerproblem des Regionalismus, sowie die Persistenz einer starken und widerständigen indigenen Bevölkerung bilden aus der Sicht dieses Nationalismus das Grunddilemma Boliviens. Deshalb ist in der Überschrift dieses Abschnitts auch von einem nationalen Trauma die Rede, auch wenn der Weg der Nationenwerdung noch lang ist. Der »neue Nationalismus« nach dem Chacokrieg stellt eine wichtige Etappe auf diesem Weg dar. Zum bolivianischen Nationalismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vgl. Irma Lorini: *El nacionalismo en Bolivia de la pre y posguerra del Chaco (1910-1945)*. La Paz 2006.

60 Vgl. zu den unterschiedlichen Sichtweisen Boliviens und Chiles über Ursachen und Folgen des Pazifikkrieges: Eduardo Cavieres / Fernando Cajias: *El Gran Quiebre: La Guerra del Pacífico. Sus contextos y sus efectos*. In: dieselben (coord.): *Chile-Bolivia, Bolivia-Chile: 1820-1930. Desarrollos políticos, económicos y culturales*, Valparaíso 2008. S. 125-162. Dort kann man auch wichtige Fakten und Argumente zur Bedeutung Aricas nachlesen. Vgl. dazu auch: Víctor Peralta Ruiz / Marta Irurozqui Victoriano: *Por la Concordia, la fusión y el unitarismo. Estado y caudillismo en Bolivia, 1825-1880*. Madrid 2000. S. 117-123.

61 Jan Eduard Augener: *Subregionale Integration und Außenpolitik*. S. 226.

Krieg als Feinde gegenüberstanden, aktiv war.⁶² Es machte seinen Einfluss auf die jeweiligen Regierungen geltend, um seine ökonomischen Interessen zu wahren bzw. durchzusetzen. Im Pazifikkrieg führte dies in der Frage des Verhältnisses zu Chile zur Spaltung der bolivianischen Elite; im Chacokrieg kamen die gegensätzlichen Interessen zwischen der britischen Royal Dutch Shell, die in Paraguay tätig war, und der US-amerikanischen Standard Oil, die in Bolivien nach Ölvorkommen suchte, zum Tragen. Eine dritte Parallele sind die politischen Folgen der Kriegsniederlage. Nach dem Pazifikkrieg war das Regime der Militär-Caudillos so schwer angeschlagen⁶³, dass es der zivilen Herrschaft der Oligarchie, die zunächst von der konservativen Silberaristokratie des Südens (1880-1899), später von der *Rosca* der Zinnbarone (1899-1952) dominiert wurde, weichen musste. Der Chacokrieg wiederum stürzte den oligarchischen Staat, an dessen Spitze damals die Republikaner als Nachfolger der Liberalen standen, in seine tiefste Krise (1935-1952). Zu Recht gilt der Chacokrieg deshalb als Geburtshelfer der »Nationalen Revolution« von 1952, die den oligarchischen Staat schließlich zerschlug.

Als vierte Gemeinsamkeit ist das Scheitern aller Versuche einer »Neugründung« unter oligarchischen bzw. reformistischen Vorzeichen zu nennen. Im Sinne ersterer werden die Zäsuren von 1880 und 1899 teilweise interpretiert, für die zweite Kategorie stehen sowohl der »Militärsozialismus« (1936-1939) als auch die Allianz von militärischen

62 Im Falle des Pazifikkrieges handelte es sich in erster Linie um britische Anleger und Unternehmen, die in allen drei an Krieg beteiligten Ländern tätig waren. Besonders eng waren die Beziehungen zur Regierung und zu einheimischen Partnern in Chile, während die Haltung gegenüber der peruanischen Regierung, die eine protektionistische Politik verfolgte, eher feindlich war. In Bolivien selbst verfügte das britisch-chilenische Kapital vor allem im Bergbausektor über starken Einfluss. Im Chacokrieg konkurrierten britische und US-amerikanische Firmen im Ölsektor gegeneinander, wobei erstere vor allem in Bolivien, letztere in Paraguay aktiv waren. Allerdings spielte die transnational ausgerichteten Bergbauunternehmen eine gewichtigere Rolle. Die Ölfunde im Chaco wurden erst gegen Ende des Krieges gemacht. Vgl.: Eduardo Cavieres / Fernando Cajias: *El Gran Quiebre*. S. 132-136, 140-154; Herbert S. Klein: *Parties and Political Change in Bolivia*. S. 153.

63 Vgl. zur Periode der Caudillo-Herrschaft: Víctor Peralta Ruiz / Marta Irurozqui Victoriano: *Por la Concordia, la fusión y el unitarismo*. Die Historiographie über Bolivien ist sich darin einig, dass diese Periode 1880 mit der Niederlage Boliviens im Pazifikkrieg endet. Unterschiedliche Auffassungen gibt es über deren Beginn. Von einigen Autoren wird dieser erst nach dem Scheitern der Konföderation unter Santa Cruz, also um 1840 angesetzt (vgl. Waltraud Queiser Morales: *Bolivia – Land of Struggle*. S. 42ff.). Auch Dunkerley (2007) räumt der Regierungszeit von Santa Cruz (1829-1839) eine Ausnahmestellung ein. Bei José de Mesa / Teresa Gisbert / Carlos Mesa Gisbert: *Historia de Bolivia*. findet sich auf den Seiten 656 / 657 eine Übersicht über die damals regierenden Präsidenten.

(RADEPA⁶⁴) und zivilen Reformern (MNR⁶⁵) unter Villarroel (1943-1946). Fünftens ist beiden Kriegen gemeinsam, dass sie das »goldene Zeitalter« des oligarchischen Staates zeitlich umrahmen. Dieser gewann nach dem Salpeterkrieg deutlich an Konturen und modernisierte sich, nach dem Chacokrieg begann seine Agonie, die sich bis zur Revolution von 1952 hinzog.

Die Zeit nach 1880 war mit mannigfaltigen Neuerungen verbunden: Die Armee hatte als Machtfaktor weitgehend an Bedeutung verloren, die politische Ordnung stabilisierte und zivilisierte sich, die Herausbildung der beiden Großparteien, Konservative und Liberale, nahm schärfere Konturen an und es wurden regelmäßige Wahlen durchgeführt. Auch die technische Modernisierung von Infrastruktur und Bergbau machte rasche Fortschritte. Die Landwirtschaft erlebte im Zuge der Hazienda-Expansion, die zum Generalangriff auf die subsistenzwirtschaftlichen indianischen Gemeinschaften ansetzte, einen fundamentalen Wandel.

Mit der »Generation von 1880« erlebte Bolivien erstmals ein »goldenes Zeitalter« in Literatur und Kunst und selbst der Niedergang des Silberbergbaus, seit der spanischen Eroberung wichtigstes Exportgut, konnte durch den Übergang zum Zinnabbau und –export erfolgreich kompensiert werden. Die Kehrseite dieser Entwicklung bestand darin, dass die tradierten Strukturen weiter fortbestanden und im Zuge einer weitgehenden Oligarchisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik lediglich erweitert, flexibilisiert und an die neuen Erfordernisse angepasst wurden: Verändern, damit alles beim Alten blieb.

64 Bei RADEPA (Abkürzung für »Razón de Patria«) handelte es sich um eine militärische Geheimgesellschaft junger Offiziere, die 1934 in paraguayische Kriegsgefangenschaft geraten waren. Im Bündnis mit der MNR (siehe nächste Anmerkung) stürzte sie im Dezember 1943 die konservative Regierung von Peñaranda. Der Führer von RADEPA, Major Gualberto Villarroel, regierte bis zum 14. Juli 1946, an dem er durch eine aufgebrachte Menschenmenge gelyncht wurde. Vgl.: Herbert S. Klein: *Parties and Political Change in Bolivia*. S. 366-382; Irma Lorini: *El nacionalismo en Bolivia*. S. 166-226.

65 Die Nationalistisch-Revolutionäre Bewegung (Movimiento Nacional Revolucionario – MNR) wurde im Januar 1941 gegründet und führte später die Revolution von 1952 an. Ihre beiden wichtigsten Führer, Víctor Paz Estensorro und Hernán Siles Zuazo hatten seitdem mehrmals das Amt des Präsident Boliviens inne. Bis 2003 zählte die MNR trotz zahlreicher Spaltungen und innerer Konflikte zu den wichtigsten Parteien des Landes. Zur Entstehung und Entwicklung der MNR bis 1952 vgl.: Herbert S. Klein: *Parties and Political Change in Bolivia*. S. 337-402.

Tabelle 2: *Präsidenten und Parteienlandschaft zwischen Pazifikkrieg und Chacokrieg*⁶⁶

Präsident	Amtszeit	Regierungspartei	Oppositionsparteien
Narciso Campero (M*)			
Aniceto Arce (1. Vizepräs.)	1880-1884	Beginn der Ära der Konservativen**	Liberale***
Gregorio Pacheco	1884-1888	Konservative	Liberale
Aniceto Arce	1888-1892	Konservative	Liberale
Mariano Baptista	1892-1896	Konservative	Liberale
Severo Fernández Alonso	1896-1899	Konservative	Liberale
Regierungsjunta unter José Manuel Pando (M)	1899	Beginn der Ära der Liberalen	Konservative
José Manuel Pando (M)	1899-1904	Liberale	Konservative
Ismael Montes (M)	1904-1909	Liberale	Liberale Dissidenten
Eliodoro Villazón	1909-1913	Liberale	
Ismael Montes (M)	1913-1917	Liberale	Republikaner****
José Gutiérrez Guerra	1917-1920	Liberale	Republikaner
Regierungsjunta unter Bautista Saavedra	1920-1921	Beginn der Ära der Republikaner	
Bautista Saavedra	1921-1925	Republikaner	
Felipe Segundo Guzmán	1925-1926	Republikaner	
Hernando Siles Reyes	1926-1930	Republikaner	
Ministerjunta	1930	Republikaner	
Regierungsjunta unter Carlos Blanco Galindo	1930-1931	Republikaner	
Daniel Salamanca	1931-1934	Republikaner	
José Luis Tejada Sorzano	1934-1936	Liberale	

* M – Militär.
** Die Konservative Partei (*Partido Conservador*) wurde 1884 gegründet und löste sich 1905 auf. Seine Führer waren Repräsentanten der Silberoligarchie.
*** Die Liberale Partei (*Partido Liberal*) wurde 1883 gegründet, verlor aber ab 1920 stark an Bedeutung.
**** Die Republikanische Partei (*Partido Republicano*) wurde 1914 von dissidenten Liberalen und versprengten Konservativen gegründet und stand in Opposition zu den Liberalen. 1934 änderte die Partei ihren Namen in Sozialistische Republikanische Partei (*Partido Republicano Socialista* – PRS). Der Flügel unter Führung von Daniel Salamanca hatte schon 1920 die Genuine Republikanische Partei (*Partido Republicano Genuino* – PRG) ins Leben gerufen.

66 Eigene Zusammenstellung auf der Basis von José de Mesa / Teresa Gisbert / Carlos Mesa Gisbert: *Historia de Bolivia*. S. 657 und Herbert S. Klein: *Parties and Political Change in Bolivia*. S. 410/ 411.

Die »Zinnbarone«, die bis zur Revolution von 1952 an der Spitze der bolivianischen Gesellschaft standen, bildeten nunmehr den neuen Kern der Oligarchie, deren Machtposition jedoch auf den alten Sozialstrukturen beruhte. Der mächtigste unter ihnen war Simon Patiño, Besitzer der größten Zinnmine des Landes. Er beschäftigte etwa 10.000 Arbeiter und kontrollierte ca. die Hälfte der nationalen Zinnproduktion. Die andere Hälfte teilten sich die Aramayos, eine einflussreiche Familie aus der Ära des Silberbergbaus, und ein aus Europa stammender Unternehmer namens Mauricio Hochschild. Die Machtfülle der drei Oligarchen lässt sich daran ermessen, dass Bolivien lange Zeit der zweitgrößte Zinnproduzent der Welt war, Zinn den Export dominierte und damit nicht nur die Haupteinnahmequelle des Landes darstellte, sondern vom Zinnsektor auch die wichtigsten Impulse für die insgesamt zögerliche und einseitige Modernisierung Boliviens ausgingen. Sowohl die Herausbildung einer städtischen Mittelschicht als auch das Entstehen einer Arbeiterbewegung resultierten in erster Linie aus der Dominanz des Zinnbergbaus. Diese neuen Entwicklungen unterstrichen aber eher die Rückständigkeit des Landes als diese infrage zu stellen. So war Bolivien 1950 immer noch ein agrarwirtschaftlich geprägtes Land. Der Anteil der Bevölkerung, der in Städten mit mehr als 5000 Einwohnern lebte, hatte sich seit 1900 lediglich von 14,3 Prozent auf 22,8 Prozent vergrößert, während 72 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig waren, die allerdings nur ein Drittel des Nationalproduktes erbrachte. Die Analphabetenrate lag bei 69 Prozent und die Mehrheit der Bevölkerung war kaum in die Wirtschaft integriert. Innerhalb des Agrarsektors kontrollierten jene 6 Prozent der Eigentümer 92 Prozent der nutzbaren Fläche, während sich 60 Prozent der Kleineigentümer insgesamt 0,2 Prozent dieser Fläche teilen mussten. Diese typische Latifundio-Minifundio-Struktur zeichnete sich durch eine niedrige Produktivität und riesige Flächen brachliegenden Großgrundbesitzes aus.⁶⁷

Wie zerbrechlich und verwundbar diese Wirtschafts- und Sozialordnung war, offenbarte 1929 ausbrechende Weltwirtschaftskrise. Unter den vier führenden Zinnproduzenten (zu denen außerdem noch Nigeria, Malaya und Indonesien gehörten) war Bolivien dasjenige Land, das aufgrund des niedrigeren Erzgehaltes und der höheren Transportkosten am teuersten produzierte und deshalb vom Sturz der Zinnpreise am härtesten betroffen war.⁶⁸ Der Einbruch des Zinnexports riss alle vom Zinn abhängigen Gruppen und Institutionen – Mittelschichten, Arbeiter, Behörden, Staatsorgane – mit in den Abgrund. Die sozialen Unruhen nahmen zu und die Regierung geriet immer

67 Vgl. zur Situation 1950: Herbert S. Klein: Bolivia. – The Evolution of a Multi-Ethnic Society. S. 127ff.

68 Vgl.: Ebenda. S. 179.

mehr unter Druck. Dies war dann für den damals amtierenden Präsidenten Daniel Salamanca auch der entscheidende Grund, mit dem Krieg gegen Paraguay die Flucht nach vorn anzutreten. Allerdings erwies sich seine Hoffnung, das Nachbarland schnell und mit geringen eigenen Verlusten besiegen zu können, als höchst folgenreicher Trugschluss. Der so genannte Chacokrieg entwickelte sich für Bolivien zu einer noch weitaus größeren Katastrophe als der Salpeterkrieg. Von den 200.000 Soldaten, die gegen Paraguay mobilisiert wurden, starben 50.000 und 20.000 wurden gefangen genommen. Die Kriegskosten beliefen sich auf 228 Millionen US-Dollar. Auch Paraguay, das den Krieg nach opferreichen Kämpfen für sich entscheiden konnte, zahlte einen hohen Preis: 40.000 Tote, 2.500 Gefangene und 128 Millionen Dollar Kriegskosten.⁶⁹

Noch dramatischer als Verlauf und Ausgang des Krieges gestalteten sich seine ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen. Mit ihm endeten nicht nur die Expansionsphasen des Zinnbergbaus und der Haziendawirtschaft, sondern auch das gesamte oligarchische Machtssystem geriet in eine Dauerkrise, von der es sich bis zur Revolution von 1952 nicht mehr erholen sollte. Eine neue Generation, die »Chaco-Generation«, bestimmte künftig das politische Leben Boliviens und setzte neue Themen, die die zentralen Problemfelder und Konflikte des Landes benannten, auf die nationale Agenda: Indianerfrage, Arbeiterfrage, Landfrage und das Problem der ökonomischen Abhängigkeit.

»Bolivien trat in den Chacokrieg als eine sehr traditionelle, unterentwickelte und exportorientierte Ökonomie ein und wies auch nach dem Konflikt noch dieselben Charakteristika auf. Es veränderte sich allerdings von einer der – in Hinblick auf radikale Ideologien und Gewerkschaftsorganisation – am wenigsten mobilisierten Gesellschaften Lateinamerikas zu einer der fortgeschrittensten. Der Krieg zerstörte das traditionelle Glaubenssystem und bewirkte ein fundamentales Überdenken der Natur der bolivianischen Gesellschaft. Das Ergebnis dieser Veränderung eines elitär geprägten Denkens war die Schaffung einer revolutionären politischen Bewegung, die einige der radikalsten Ideen enthielt, die auf dem Kontinent entstanden. Der Krieg schuf auch ein Klima für die Entwicklung einer der mächtigsten, unabhängigsten und radikalsten Arbeiterbewegungen der Amerikas. Aus dieser Perspektive

69 Vgl.: José de Mesa / Teresa Gisbert / Carlos Mesa Gisbert: *Historia de Bolivia*. S. 442. Eine umfassende Darstellung des Kriegsverlaufs bietet Bruce W. Farcau: *The Chaco War. Bolivia and Paraguay, 1932-1935*. Westport (Conn.) / London 1996.

ist der Chacokrieg, wie der Pazifikkrieg vor ihm, einer der entscheidenden Wendepunkte in der Geschichte Boliviens.«⁷⁰

Wohl haben beide für Bolivien so verlustreiche Kriege dem Andenland zugleich neue Chancen eröffnet, allerdings wurden diese nach dem Chacokrieg konsequenter genutzt als in der Zeit nach 1880. Es genügt bereits ein kurzer Blick auf jene Schlüsselperiode zwischen dem Chacokrieg und der durch ihn maßgeblich beförderten Revolution von 1952, um dies zu belegen. Schon kurz nach dem Ende des Krieges übernahm eine Militärjunta unter Oberst David Toro im Mai 1936 die Regierung und nationalisierte am 13. März 1937 unter dem Banner eines »Militärsozialismus«, der aber eher populistische und nationalistische Züge trug, die US-amerikanische Standard Oil Co. Diese erste Nationalisierungsmaßnahme Lateinamerikas führte zur Gründung der staatlichen Erdölgesellschaft *Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos* (YPFB), die nach der Wahl von Evo Morales erneut die Kontrolle über die Erdöl- und Erdgasvorkommen Boliviens übernommen hat. Von der David Toro nachfolgenden Regierung unter Oberst Germán Busch (1937-1939) wurde der nationalistische Kurs mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung, einer neuen Arbeitgesetzgebung, einer Bildungsreform und Maßnahmen, die die Rolle des Staates in der Wirtschaft stärkten, fortgesetzt. Nach dem plötzlichen, bis heute nicht völlig aufgeklärten Tod von Busch im August 1939 rissen die Zinnmagnaten wieder der Steuer herum. Deren Herrschaft wurde zwar 1943 bis 1946 noch einmal herausgefordert, konnte dann aber noch bis 1952 verlängert werden.

Auch die Parteienlandschaft geriet mit dem Chacokrieg in Bewegung. Nachdem sich bereits 1934 im argentinischen Exil die trotzkistisch orientierte Revolutionäre Arbeiterpartei (*Partido Obrero Revolucionario* – POR) gegründet hatte, kam es im Vorfeld der Wahlen von 1940 zur Bildung der marxistischen Bewegung Bolivianischen Linksfront (*Frente de Izquierda Boliviana*), deren Kandidat mit 10.000 von 58.000 Stimmen mehr als einen Achtungserfolg erzielte. Daraus ging dann Mitte der 1940er Jahre die prosovjetsch ausgerichtete Partei der Revolutionären Linken (*Partido de la Izquierda Revolucionaria* – PIR) hervor. In diesen Umbruch des Parteiensystems reiht sich auch die Gründung der MNR 1941 ein.⁷¹

70 Herbert S. Klein: Bolivia. – The Evolution of a Multi-Ethnic Society S. 187. Eigene Übersetzung.

71 Vgl.: Herbert S. Klein: Parties and Political Change in Bolivia. S. 334-368. Das genannte Werk ist immer noch eine der besten Darstellungen über die politische Entwicklung in Bolivien zwischen 1880 und 1952. Dort findet der interessierte Leser auch entsprechende Kapitel zum Chacokrieg, zum Militärsozialismus, zur Regierung Villarroel und zu den vergeblichen Restaurationsversuchen der Oligarchie im Vorfeld der Revolution von 1952.

Tabelle 3: *Präsidenten und Parteienlandschaft während der Krise der oligarchischen Republik*⁷²

Präsident	Amtszeit	Regierung	Opposition
David Toro	1936-1937	«Militärsozialismus» ⁷³	traditionelle Parteien
Germán Busch	1937-1939	«Militärsozialismus» ⁷³	traditionelle Parteien
Carlos Quintanilla	1939-1940	Übergangsregierung	
Enrique Peñaranda	1940-1943	Concordia*	MNR, PIR
Gualberto Villarroel	1943-1946	RADEPA-MNR	FDA**
Regierungsjunta unter Nestór Guillén	1946	Übergangsregierung	
Regierungsjunta unter Tomás Monje	1946-1947	PURS***-PIR	MNR, POR
Enrique Hertzog	1947-1949	PURS-PIR	MNR, POR
Mamerto Urriolagoitia	1949-1951	PURS-PIR	MNR, POR
Hugo Ballivián Rojas	1951-1952	Militärdiktatur	MNR, POR

* *Concordia* wurde als Bündnis von Liberaler Partei, Genuiner Republikanischer Partei und Sozialistischer Republikanischer Partei im März 1939 gegründet und stand unter der Führung des Liberalen Alcides Argüedas.

** Der Antifaschistisch-Demokratische Front (*Frente Democrática Antifascista* – FDA), die im November 1944 gegründet wurde, gehörten neben den beiden republikanischen Parteien PRS und PRG sowie der PIR die Liberale Partei an. Später traten noch der Gewerkschaftsverband CSTB und der Studentenverband FUB bei.

*** In der Partei der Sozialistisch-Republikanischen Einheit (*Partido de la Unión Republicana Socialista* – PURS) schlossen sich 1946 die beiden republikanischen Parteien PRS und PRG zusammen.

Ohne den Chacokrieg und seine Folgen bleibt die Revolution von 1952 ein Buch mit sieben Siegeln.⁷³ Zum einen hat die Niederlage gegen Paraguay den

72 Eigene Zusammenstellung auf der Basis von José de Mesa / Teresa Gisbert / Carlos Mesa Gisbert: *Historia de Bolivia*. S. 657 / 658 und Herbert S. Klein: *Parties and Political Change in Bolivia*. S. 305, 381, 388, 410 / 411.

73 Vgl.: Ebenda. S. xii. Dunkerley (James Dunkerley: *Bolivia: Revolution and the Power of History*. S. 230ff.) wendet ein, dass ab 1946 die sozio-politischen Konflikte im Bergbausektor die politische Dynamik bis 1952 bestimmten. Gotkowitz (Laura Gotkowitz: *A Revolution for our Rights*. S. 281ff.) hebt die Kontinuität der sozialen und politischen Auseinandersetzungen im Agrarsektor vor und nach 1952 hervor. Außerdem verweist sie auf die kulturellen Ursprünge der Revolution. In diesem Zusammenhang macht sie darauf aufmerksam, dass auch in der Frage der Staatsbürgerschaft die Entwicklung vor 1952 zu berücksichtigen sei (Ebenda. S. 283). In der neueren Forschung werden also einerseits die vorrevolutionären Entwicklungen stärker in die Erklärung des Verlaufs der Revolution einbezogen. Andererseits wird die Vielfalt der Ursachen der Revolution hervorgehoben. Dies steht nicht im Gegensatz zur Betonung des Zäsurcharakters des Chacokrieges, ergänzt diese aber.

oligarchischen Staat in eine tiefe Existenzkrise gestürzt, von der es sich nicht wieder erholen sollte. In der bolivianischen Gesellschaft gewann die Erkenntnis immer mehr an Boden, dass die Oligarchie nicht in der Lage war, die »nationale Frage« zu lösen. Vielmehr galt sie der »Chaco-Generation« als Sinnbild der »Anti-Nation«. Zum zweiten beförderte der Chacokrieg eine neue gesellschaftliche und politische Dynamik, die sich sowohl im Aufstieg neuer Akteure als auch im Aufbrechen gesellschaftlicher, ethnischer und regionaler Schranken zeigte. Die »Indios« wurden durch den Krieg aus ihrer Isolation gerissen und von der übrigen Gesellschaft nun ebenfalls als Teil der Nation wahrgenommen. Zum dritten stellte der Chacokrieg die Geburtsstunde eines »neuen Nationalismus«⁷⁴ dar, der später der Revolution in mehrfacher Weise die Richtung vorgab. Ziel war die Schaffung einer homogenen, mestizischen Nation. Um dies zu erreichen, mussten bei der Integration der indigenen Bevölkerung neue Wege beschritten werden. Zugleich hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass dies ohne Eingriffe in die Ökonomie nicht möglich war. Nicht zu unrecht gilt deshalb der »ökonomische Nationalismus als Herz des Militärreformismus«.⁷⁵

Unter der Ägide der militärischen Reformer begann der Angriff auf den oligarchischen Staat. Die Nationalisierung der Ölvorkommen, die neue Verfassung von 1938⁷⁶ und der Indigena-Kongress von 1945⁷⁷ forderten die Oligarchie heraus und vertieften die Staatskrise. Allerdings zeigten sich sowohl im Scheitern der Militärreformismus (1946) als auch im Staatsstreich gegen den Wahlsieg der MNR (1951), dass der Oligarchie mit Reformen nicht beizukommen war. Als die MNR seinerseits den Putsch vom 9. April 1952 auflöste, verwandelte sich dieser innerhalb weniger Tage in einen bewaffneten Volksaufstand. Mit dem Sieg dieses Aufstandes begann die zweite Revolution Boliviens, die wie bis dahin kein anderer soziopolitischer Prozess die bestehenden Strukturen erschütterte und zum Teil umwälzte. Allerdings zeigte sich dessen Führungskraft, die MNR, weder fähig noch willens, diesen Weg der revolutionären Umgestaltung konsequent zu Ende zu gehen.

74 Waltraud Queiser Morales. *Bolivia – A Land of Struggle*. S. 57.

75 Ebenda. S. 61

76 Vgl.: Laura Gotkowitz: *A Revolution for our Rights*. S. 114-130.

77 Vgl.: Pilar Mendieta: *Indigenas en Política*. S. 213-231; Laura Gotkowitz *A Revolution for our Rights*. S. 192-232.

3. *Gescheiterte Neugründung – Von der Revolution zur neoliberalen Wende*

Dieser innere Widerspruch der Revolution von 1952 liefert auch den Schlüssel für die historische Begründung der Notwendigkeit der Neugründung über 50 Jahre später. Ihre historische Bedeutung liegt zweifellos in der Zerschlagung des oligarchischen Staates und in der Neugestaltung solch zentraler Bereiche wie der Landwirtschaft und dem Bergbau. Auch in der Frage der Staatsbürgerschaft wurde ein Durchbruch erzielt. Die bolivianische Revolution zeichnete sich durch eine breite Mobilisierung der Subalternen und die Radikalität ihrer Aktionen aus. Zu Recht wird sie deshalb in eine Reihe mit den beiden anderen sozialen Revolutionen Lateinamerikas im 20. Jahrhundert – Mexiko 1910 und Kuba 1959 – gestellt.⁷⁸ Nimmt man die drei Felder der Neugründung – Staat, Identität, Entwicklung – als Bezugspunkt, dann muss man konstatieren, dass die »Nationale Revolution« von 1952 einen ernstzunehmenden Versuch der Neugründung Boliviens darstellt.

Im Rückblick zeigt sich jedoch zugleich, dass Reichweite und Radikalität dieser Neugründung nicht genügten, um mit dem kolonialen Erbe in Gänze zu brechen. Der »Staat von 1952« wurde als Entwicklungsstaat konzipiert und unterschied sich damit zwar vom oligarchischen Staat der Vergangenheit. Gegenüber der indigenen Bevölkerung agierte er jedoch noch immer als Kolonialstaat. Dies wird besonders an der Neubestimmung der nationalen Identität deutlich. Ziel des *Nation-building* von 1952 war die Schaffung einer

78 Vergleichende Studien über die Revolutionen in Mexiko 1910 und Bolivien 1952 finden sich in: Merilee Grindle / Pilar Domingo (eds.): *Proclaiming Revolution: Bolivia in Comparative Perspective*. Cambridge (Mass.) / London 2003. Alan Knight analysiert in seinem Beitrag »The Domestic Dynamics of the Mexican and Bolivian Revolutions Compared« (S. 54-90) die inneren Aspekte, während Ken Lehman («Broken but not Broken: Mexico and Bolivia – Factoring the United States into the Revolutionary Equation». Ebenda. S. 91-113) speziell auf die Rolle der USA eingeht. Ähnliche Vergleiche zwischen der bolivianischen Revolution, die in der vergleichenden Revolutionsforschung zumeist als bürgerlich-demokratisch oder nationalistisch charakterisiert wird, und der kubanischen Revolution von 1959, deren sozialistischer Charakter eine neue Qualität darstellt, finden sich hingegen kaum. Im Rahmen des Interdisziplinären Zentrums für Vergleichende Revolutionsforschung (IZR) der Karl-Marx-Universität Leipzig ist der bolivianische Fall mit den Revolutionen in Guatemala (1944-1954), Nicaragua (1979) und El Salvador (1980) vergleichend untersucht worden. Vgl. Hegemonie und Bündnis in Revolutionen Lateinamerikas. Bolivien – Guatemala – Nikaragua – El Salvador. Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung, Lehrheft 9. Leipzig 1984. Neben den Einzeldarstellungen, die im bolivianischen Fall aus der Feder von Peter Fellenberg stammen, sei besonders auf den einleitenden Beitrag von Jürgen Kübler verwiesen (»Lateinamerikanische Revolutionen nach 1945 im Vergleich«, S. 7-19). Eine überarbeitete Fassung unter dem Titel »Antiimperialistisch-demokratische und sozialistische Revolution in Lateinamerika« ist nachzulesen unter: Kossok, Manfred (Hrsg.): *Vergleichende Revolutionsgeschichte – Probleme der Theorie und Methode*. Berlin 1988. S. 249-264.

mestizischen Nation, in der auch die indigene Bevölkerung aufgehen sollte. Für die Gewährung der Staatsbürgerschaft forderte der Staat von ihr die Preisgabe der eigenen Identität. Mit der Agrarreform erhielt der geforderte Identitätswechsel vom *indígena* zum *campesino* zwar eine materielle Basis, die sich aber als nicht tragfähig erweisen sollte. In dem Maße, wie die Integrationseffekte der Revolution von 1952 nachließen, trat die Identitätsfrage wieder in den Vordergrund: Im Zeichen des *Katarismo* folgte auf die Phase der De-Ethnisierung ab Ende der 1960er Jahre eine Rückbesinnung auf die indigene Identität.

Auch in Hinblick auf das Entwicklungsmodell vermochte die Revolution nicht mit dem kolonialen Erbe zu brechen. Dies zeigt sich zum einen in der Fortexistenz der kolonialen »Extraktionsmaschine«, die vom Staat nur übernommen wurde. Zum anderen gab die Revolutionsführung schon bald (1955) dem Druck der USA nach und lenkte den Umgestaltungsprozess in seichtere Gewässer, wo er schließlich versandete.

In der Folge setzte die restaurierte Armee mit dem Putsch von 1964 einen Schlusspunkt hinter das Revolutionsexperiment, ohne an den grundlegenden Parametern des »Staates von 1952« etwas zu ändern. Selbst der Pakt mit den bewaffneten *campesinos*, bis dahin die letzte Machtbasis des MNR, wurde vom Militär bis 1974 fortgesetzt. Danach geriet das Regime der Militärs immer mehr in Bedrängnis, bis es 1982 endgültig dem Demokratisierungsdruck der Bolivianer nachgeben musste. 1985 erhielt der »Staat von 1952« mit dem Übergang zur »Neuen Ökonomischen Politik« den Todesstoß, wofür nicht zuletzt der Verfall der Zinnpreise gesorgt hatte. Die auf breiter Front durchgezogenen neoliberalen Reformen trugen das ihre dazu bei, die einst starken Gewerkschaften zu zerschlagen. Unter dem Druck neuer sozialer Bewegungen geriet nun der neoliberale Staat ab 2000 in die Krise, die im Dezember 2005 in den überwältigenden Wahlsieg von Evo Morales mündete. Das offensichtliche Scheitern sowohl des »Staates von 1952« als auch seiner neoliberalen Fortsetzung von 1985 hatte nach über 50 Jahren erneut die Neugründung Boliviens auf die Tagesordnung gesetzt.

3.1. Neugründung im Zeichen der »Nationalen Revolution«?⁷⁹

Als die bewaffneten Volksmassen unter Beteiligung der *Caribineros* nach erbitterten Kämpfen in La Paz und Oruro, bei denen 490 Menschen getötet und über 1.000 verletzt wurden, schließlich den Widerstand der Armee gebrochen hatten, war der Weg für eine tiefgreifende Veränderung der bolivianischen Gesellschaft endlich offen. Bereits am 21. Juli 1952 wurde das allgemeine Wahlrecht für jeden volljährigen Bürger eingeführt. Die Zahl der Wähler vergrößerte sich damit sprunghaft von 130.000 (1951) auf 960.000 (1956). Diese Ausweitung der staatsbürgerlichen Rechte auf alle erwachsenen Bolivianer und Bolivianerinnen wurde durch eine Bildungsreform flankiert.⁸⁰ Die zweite einschneidende Maßnahme bestand in der Verstaatlichung der Minen Ende Oktober, womit über 80 Prozent der Exporteinnahmen und alle natürlichen Ressourcen in Staatseigentum übergingen.⁸¹ Mit der Gründung des staatlichen Bergbauunternehmens COMIBOL wurde den Bergleuten in Gestalt des *Cogobierno* ein weitgehendes Mitspracherecht eingeräumt. Die dritte Säule der Revolution bestand in der Dekretierung der Agrarreform, die zwar erst im August 1953 erfolgte, der jedoch eine Welle spontaner Landbesetzungen vorangegangen war. Bis 1964 vergaben die drei MNR-Regierungen 6.121.175 ha Land an 164.000 *Campesino*-Familien, was zur Folge hatte, dass die Klasse der traditionellen *Hacendados* zerschlagen wurde und sich eine neue Klasse kleinbäuerlicher Landeigentümer herausbildete.⁸² Die Durchsetzung der revolutionären Maßnahmen erfolgte auf der Grundlage von macht-

79 In der bolivianischen Geschichtsschreibung wird die Revolution von 1952 überwiegend als »Nationale Revolution« charakterisiert. Vgl. José de Mesa/ Teresa Gisbert/ Carlos Mesa Gisbert: *Historia de Bolivia*. S. 491-510. US-amerikanische Autoren haben dies zumeist übernommen: Vgl. Robert J. Alexander: *The Bolivian National Revolution*. New Brunswick 1958; Herbert S. Klein: *Origenes de la Revolución Nacional Boliviana – La crisis de la Generación del Chaco*. La Paz 1968. Weitere englischsprachige Darstellungen von Relevanz sind: James Dunkerley: *Rebellion in the Veins. Political Struggle in Bolivia, 1952-1982*. London 1984 sowie James Malloy: *Bolivia, the Uncompleted Revolution*. Pittsburgh 1970. Zu den wenigen deutschsprachigen Arbeiten vgl. besonders: Magda von der Heydt-Coca: *Die bolivianische Revolution von 1952*. Köln 1982 sowie Peter Fellenberg: *Charakter und Etappen der Bolivianischen Revolution 1952 bis 1955/56*. Diss. Leipzig 1983.

80 Vgl.: Manuel. E. Contreras: *A Comparative Perspective on Education Reforms in Bolivia: 1950-2000*. In: Merilee Grindle / Pilar Domingo (eds.): *Proclaiming Revolution*. S. 259-286. In diesem Band ist auch ein Beitrag enthalten, der das Bildungsproblem in den Jahrzehnten vor der Revolution behandelt. Vgl. Brooke Larson: *Capturing Indian Bodies, Hearths and Minds: »El hogar campesino« and Rural School Reform in Bolivia, 1920s – 1940s*. In: Ebenda. S. 183-209.

81 Vgl.: James Dunkerley: *Rebellion in the Veins. Political Struggle in Bolivia, 1952-1982*. London 1984. S. 54-65.

82 Vgl. zur Agrarreform im historisch-vergleichenden Rückblick: John Vargas Vega (coord.):

politischen Veränderungen, die eine direkte Folge der Volkserhebung vom April 1952 waren. Zum einen wurde die Armee auf die eher symbolische Zahl von 500 Mann reduziert, während zum anderen die bewaffneten Arbeiter- und Bauernmilizen zum entscheidenden Machtfaktor aufrückten. In der Summe bewirkten alle diese Veränderungen eine Dynamik, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet war⁸³:

1. Von links wurde die kleinbürgerliche Revolutionsführung durch den 1952 gegründeten Gewerkschaftsverband COB, dessen kämpferischen Kern die *Mineros* bildeten, massiv unter Druck gesetzt. Hinter ihrem anerkannten Führer Juan Lechín sammelten sich all jene Kräfte, die für eine Vertiefung und Fortführung des revolutionären Prozesses eintraten. Dies wurde für den MNR vor allem deshalb zum Problem, weil die galoppierende Inflation (900 Prozent), die wirtschaftlichen Einbrüche im Ergebnis der andauernden Auseinandersetzungen im Agrar- und Bergbausektor sowie die Präsenz der bewaffneten Volksmassen die verschreckten Mittelschichten veranlasste, sich von der ursprünglich von ihnen favorisierten Partei (MNR) ab- und der rechten Falange Socialista Boliviano (FSB)⁸⁴ zuzuwenden.

2. Als einziges Gegengewicht blieb der MNR-Führung nur die Gewinnung und Vereinnahmung der Bauernschaft. Dabei kam ihr zugute, dass sich die indianische Landbevölkerung im Ergebnis der Agrarreform immer mehr zu einer konservativen Kraft entwickelte, die wenig Interesse an den radikalen Forderungen der städtisch geprägten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zeigte. Die Rechnung der MNR-Spitze, über eine Allianz mit der Bauernschaft dem Druck von links entgegenzuwirken und den Verlust der Zustimmung aus den Mittelschichten auszugleichen, ging bei den ersten Wahlen, die nach dem Umsturz von 1952 unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts 1956 stattfanden, auch auf. Mit überwältigenden 82 Prozent der abgegebenen Stimmen (790.000 gegenüber 130.000 für die FSB) war Siles Zuazo der klare Sieger. Er folgte damit Paz Estenssoro im Präsidentenamt.

3. Neben den inneren Akteuren spielten die USA eine zentrale Rolle bei der Bestimmung des weiteren Kurses der Revolution. Anders als im Falle

Proceso agraria en Bolivia y América Latina. La Paz 2003. Zur Agrarproblematik bis zur Gegenwart vgl. den Beitrag von Sven Schaller in diesem Band.

83 Vgl.: Herbert S Klein: Bolivia. – The Evolution of a Multi-Ethnic Society. S. 235ff.

84 Die FSB war 1937 im chilenischen Exil gegründet worden. Ihre Mitglieder sympathisierten mit den Franco-Faschisten in Spanien. Während der Revolutionsära war sie die stärkste Oppositionspartei und wurde deshalb von den MNR-Regierungen jener Jahre politisch verfolgt. Danach verlor sie an Bedeutung. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass eine linke Abspaltung von der FSB unter der Bezeichnung »Bewegung zum Sozialismus« zum Namensgeber der heutigen Regierungspartei von Evo Morales wurde. Vgl.: Herbert S. Klein: Parties and Political Change in Bolivia. S. 301f.

Guatemalas, wo sie dafür sorgten, dass die Revolution 1954 blutig niedergeschlagen wurde, gingen sie in Bolivien nicht auf konterrevolutionären Konfrontationskurs. In der MNR-Führung unter Paz Estenssoro erkannten sie vielmehr jene Kraft, mit deren Hilfe eine »kommunistisch« inspirierte Radikalisierung der Revolution in Richtung Sozialismus verhindert werden konnte. Dem kamen drei Faktoren entgegen: Zum einen waren US-amerikanische Interessen weder von der Agrarreform noch von den Nationalisierungen direkt betroffen, was sowohl bei der guatemalteckischen Revolution von 1944 bis 1954 als auch bei der kubanischen Revolution von 1959 anders war. In diesen beiden Ländern warfen die USA ihr ganzes Gewicht in die Waagschale, um die Revolution zu zerschlagen: im ersten Falle erfolgreich, im zweiten trotz aller Anstrengungen bis heute nicht. Zum anderen war Bolivien aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur in hohem Maße abhängig und verwundbar. Dies wurde noch dadurch verstärkt, dass die Agrarreform nicht die erhoffte Produktivitätssteigerung bei der Nahrungsmittelproduktion bewirkte. Im Gegenteil, die Abhängigkeit Boliviens von teuren Nahrungsmittelimporten war Ende der 1950er Jahre deutlich höher als vor Beginn der Revolution. Im Schlüsselsektor Bergbau zeichnete sich zudem mit dem Übergang in die 1960er Jahre eine Erschöpfung der Minen und eine deutliche Erhöhung der Produktionskosten ab, was COMIBOL in die Krise stürzte. All dies nutzten die USA, um über entsprechende Hilfsangebote die MNR-Führung weiter nach rechts zu drängen. Als dritter Faktor ist der Antikommunismus der führenden Politiker des MNR zu nennen.

Die fortgesetzte Rechtsentwicklung der MNR fand ihren Niederschlag in der erneuten Wahl (1960, 1964) von Paz Estenssoro zum Präsidenten. Beide Wahlen waren begleitet von internen Flügelkämpfen und Spaltungen des MNR. Den logischen Schlusspunkt dieser Entwicklung bildete dann der Militärputsch vom November 1964, nur wenige Monate nach Beginn der dritten Amtsperiode von Paz Estenssoro.

Die Bilanz dieser zweiten Revolution in der Geschichte Boliviens fällt ambivalent aus. Zum einen markiert sie einen klaren Bruch mit der oligarchischen Vergangenheit. Die politische wie ökonomische Vorherrschaft der Zinnbarone wurde per Enteignung gebrochen und der Großgrundbesitz weitgehend zerschlagen. Die bewaffneten Volksmassen erkämpften sich erstmals Partizipationsmöglichkeiten, die sie auch aktiv im Sinne der Mitgestaltung des Transformationsprozesses nutzten. Auf der anderen Seite blieb die Revolution inkonsequent und damit unvollendet. Nachdem in den ersten beiden Jahren nach dem April-Aufstand die wichtigsten revolutionären Veränderungen durchgesetzt waren, begann der Prozess zu stagnieren. Die MNR-Führung unter Paz Estenssoro setzte alles daran, um den Einfluss der

mobilisierten Volksmassen zurückzudrängen. Die sozioökonomischen Umgestaltungen erwiesen sich als unzureichend, um mit der kolonial ererbten Abhängigkeit zu brechen, was am wachsenden Einfluss der USA auf die Geschichte Boliviens deutlich zu erkennen ist.

Tabelle 4: Regierungen und Präsidentschaftswahlen der Revolutionsära (1952-1964)⁸⁵

Präsident (alle MNR)	Amtszeit	Wahlsieger (Stimmen)	Zweitplatzierter (Stimmen)
Víctor Paz Estenssoro	1952-1956	1951: 54.129 (42,9 %)	ASD*: 40.381 (32,0 %)
Hernán Siles Zuazo	1956-1960	1956: 787.202 (85,0 %)	FSB**: 130.669 (14,0 %)
Víctor Paz Estenssoro	1960-1964	1960: 735.619 (76,1 %)	PRA***: 139.713 (14,5 %)
Víctor Paz Estenssoro	1964	1964: 1.114.717 (97,9 %)	kein Gegenkandidat

* Die Wahl von 1951 hatte noch vor der Revolution stattgefunden. Der Regierungsantritt des MNR wurde durch die Machtübernahme der Militärs verhindert, was ein wesentlicher Auslöser der Revolution war. Den zweiten Platz belegte die 1947 gegründete Acción Social Democrática, die ab 1960 eng mit der FSB zusammenarbeitete.

** Falange Socialista Boliviana

*** Partido Revolucionario Auténtico – Abspaltung des MNR unter Führung von Walter Guevara Arze

Die Historiker streiten sich bis heute, ob die Revolution 1956, 1960 oder erst 1964 ihren Abschluss fand. Das resultiert vor allem daraus, dass sie anders als in Guatemala nicht durch einen klar auszumachenden Gegenschlag der Konterrevolution zerschlagen worden ist. Im Falle Boliviens sollte man deshalb besser vom allmählichen Versanden der Revolution sprechen. Schon lange bevor die MNR 1964 weggeputscht wurde, hatte die Revolution selber ihr kurzes Leben ausgehaucht.

Die Ambivalenz der Revolution zeigt sich besonders am Beispiel der nationalen Identität, die neben den Fragen der staatlichen Konsolidierung und der gesellschaftlichen Integration das dritte zentrale Problem der Nationalstaatsbildung in Bolivien darstellt. Auf der einen Seite zeichnete sich die Revolution von 1952, die deshalb auch als »Nationale Revolution« bezeichnet wird, durch ein hohes Maß an Identitätsstiftung aus. Unter dem Banner der

⁸⁵ Eigene Zusammenstellung auf der Basis von José de Mesa / Teresa Gisbert / Carlos Mesa Gisbert: *Historia de Bolivia*. S. 503-510 und Wilhelm Hofmeister / Sascha Bamberger: *Bolivien*. In: Dieter Nohlen (Hrsg.): *Handbuch der Wahldaten Lateinamerikas und der Karibik*. Opladen 1993. S. 101-126.

Schaffung einer mestizischen Nation wurde der indigenen Bevölkerung erstmals ein Integrationsangebot gemacht, das durch die Agrarreform materiell untermauert und in Gestalt des politischen Paktes zwischen MNR und Bauernschaft institutionell abgesichert wurde. Die negativ belastete Bezeichnung »*indio*« wurde aus dem offiziellen Diskurs verbannt und durch den ethnisch neutralen und durch die Revolution positiv aufgewerteten Begriff des »*campesino*« ersetzt.

Die Kehrseite der Medaille bestand darin, dass das Integrationsversprechen von der indigenen Bevölkerung erstens einen hohen Preis verlangte, nämlich die Aufgabe oder zumindest Rückstufung der eigenen, ethnisch definierten Identität zugunsten der sozial definierten Zugehörigkeit zur mestizisch verstandenen Nation. Zweitens konnte dieses Angebot nicht eingelöst werden. Schon bald zeigte sich, dass der »innere Kolonialismus« die Revolution überdauerte hatte, was sich sowohl im Fortleben rassistischer Auffassungen und Verhaltensmuster gegenüber der indigenen Bevölkerung als auch in deren sozioökonomischer Marginalisierung manifestierte. Die ungelöste »Indianerfrage« sollte dann auch zu einem entscheidenden Sprengsatz beim Ausbruch des *Ciclo Rebelde* (2000-2005) und zum zentralen Anstoß für die »Neugründung« Boliviens werden, die beide zusammen den Kern der dritten Revolution Boliviens bilden.

3.2. Von Barrientos zu Banzer: Das Militär übernimmt die Staatsgeschäfte

Die Zeit zwischen dem Ende der zweiten und dem Auftakt der dritten Revolution in der Geschichte Boliviens lässt sich einmal in die Periode der Militärdiktaturen, die von 1964 bis 1982 reicht⁸⁶, und zum zweiten in die Ära der »paktierten Demokratie«, die 1985 beginnt und mit dem Sturz von Gonzalo Sánchez de Lozada im Oktober 2003 ihr Ende findet, unterteilen. In den dazwischen liegenden Jahren, von 1982 bis 1985, amtierte eine Mitte-Links-Koalition, der es jedoch nicht gelang, die Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen und die deshalb noch vorzeitig das Handtuch werfen musste. Mit dem Regierungswechsel im Jahre 1985 erfolgte zugleich der Übergang zum Neoliberalismus, der – in engster Symbiose mit dem System der »paktierten Demokratie« – die Entwicklung Boliviens für die nächsten beiden Jahrzehnte bestimmen sollte.

86 Vgl. zur Periode der Militärdiktaturen: James Dunkerley: *Rebellion in the Veins*. S. 120-344; Herbert S. Klein: *Bolivia. – The Evolution of a Multi-Ethnic Society*. S. 246-268.

Die beiden herausragenden Gestalten unter den Militärdiktatoren während der »Zeit der Generale«⁸⁷ waren René Barrientos⁸⁸ und Hugo Banzer⁸⁹. Barrientos hatte im November 1964 gegen den gerade erst gewählten Paz Estenssoro geputscht und damit einen definitiven Schlusspunkt hinter die Revolution von 1952 gesetzt. Allerdings war er klug genug, um bestimmte, machtsichernde Mechanismen und Maßnahmen aus der Revolutionszeit zu übernehmen. Die wohl wichtigste bestand in der Fortführung des Paktes mit der Bauernschaft, diesmal in Gestalt des »*Pacto Militar Campesino*« (PMC), der zehn Jahre lang eine zentrale Bedeutung für die Absicherung der Militärdiktatur haben sollte. Seine Hauptgegner sah Barrientos in der immer noch starken Gewerkschaftsbewegung und insbesondere in den kämpferischen Bergarbeitern. Im September 1965 kam es im Minenzentrum Catavi zu einem blutigen Massaker an den Bergarbeitern, das über 200 Menschenleben forderte. Seine zweite konterrevolutionäre Mission erfüllte das Regime mit der Zerschlagung der Guerilla-Zelle von Ernesto Ché Guevara. Dieser hatte Ende 1966 damit begonnen, in Nancahuazú, südlich von Santa Cruz, einen Guerilla-Fokus aufzubauen, den die Armee jedoch vorzeitig entdeckte. Nach einem dramatischen Überlebenskampf wurde Ché Guevara am 8. Oktober 1967 leicht verwundet gefangengenommen und einen Tag später auf Befehl von Barrientos ermordet. Wie eng die nachsorgende und die präventive konterrevolutionäre Stoßrichtung des Barrientos-Regimes miteinander verzahnt waren, zeigt das Massaker vom 24. Juni 1967. Als die *Mineros* von Catavi und Siglo XX an diesem Tag beschlossen hatten, den Guerilleros einen Tageslohn zu spenden, kam dem die Armee mit einem Blutbad zuvor. Das Massaker kostete über 100 Männer, Frauen und Kinder das Leben.⁹⁰

Im Zyklus der bolivianischen Militärregimes gab es nach dem unerwarteten Tod von Barrientos am 27. April 1969 zwar einen »kurzen Sommer der Anarchie«, der aber mit dem Putsch gegen den linksgerichteten General Juan José Torres, der nur zehn Monate regierte, sein schnelles Ende fand. Oberst Hugo Banzer, der mit dem Sturz von Torres und der blutigen Unterdrückung des zu dessen Verteidigung mobilisierten Volkswiderstandes das Ruder wieder hart nach rechts riß, regierte sieben Jahren lang, von 1971 bis 1978, das Land als Diktator. Ihm kam besonders der wirtschaftliche Aufschwung zu-

87 Thomas Pampuch / Agustín Echalar: Bolivien. S. 65ff.

88 Vgl. zu Barrientos: James Dunkerley: *Rebellion in the Veins*. S. 120-157; Dunkerley, James: *Bolivia: Revolution and the Power of History*. S. 187-213.

89 Vgl. speziell zur Diktatur von Banzer: Jutta Deide: *Ideologie und Legitimation einer abhängigen Militärdiktatur: das Beispiel der Regierung Banzer in Bolivien (1971-1978)*. Frankfurt a. M. 1981.

90 Vgl.: James Dunkerley: *Rebellion in the Veins*. S. 134ff. Speziell zur Guerilla von Nancahuazú vgl. Ernesto Ché Guervara: *Escritos y discursos*. Tomo 3. La Habana 1977.

gute, den Bolivien aufgrund günstiger Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt in den ersten Jahren des »Banzerato« erlebte. Wohl auch aus diesem Grund riskierte es Banzer, 1974 im Tal von Cochabamba mit Waffengewalt gegen protestierende Bauern vorzugehen. Mit dem Blut der über 100 Menschen, die bei diesem Massaker starben, wurde der Pakt zwischen Militär und Bauern, der auch von Banzer propagiert worden war, ad absurdum geführt.

Tabelle 5: Militärdiktatur und Transition (1964-1982)⁹¹

Präsident	Amtszeit	Herkunft und politische Richtung
René Barrientos Ortuño	1964-1969	Militär (rechts)
Alfredo Ovando Candia	1969-1970	Militär (links)
Juan José Torres	1970-1971	Militär (links)
Hugo Bánzer Suárez	1971-1978	Militär (rechts)
Juan Pereda Asbún	1978	Militär (rechts); Putsch nach gefälschten Wahlen (9. Juli 1978), um sich die Macht in der Nachfolge von Banzer zu sichern
David Padilla Arancibia	1978-1979	Militär (institutionalistisch)
Wálter Guevara Arze	1979	MNR, Interimspräsident aufgrund des knappen Wahlausgangs zwischen Hernán Siles und Víctor Paz (Juni 1979)
Alberto Natusch Busch	1979	Militär
Lidia Gueiler Tejada	1979-1980	MNR, verfassungsmäßige Interimspräsidentin nach Scheitern der Putschregierung von Alberto Natusch Busch
Luis García Meza	1980-1981	Militär (rechts); Putsch nach dem Wahlsieg von Hernán Siles (Juni 1980)
Celso Torrelío	1981-1982	Militär (rechts), Fortsetzung der Diktatur von García Meza
Guido Villosio Calderón	1982	Militär, übergab die Macht an den Wahlsieger von 1980, Hernán Siles (UDP)

Unter den zumeist rechten, repressiven Militärregierungen, deren Ära – mit kleinen Unterbrechungen – bis 1982 anhielt, setzte eine Polarisierung ein, die sich sowohl in der Spaltung der MNR als auch in der Gründung neuer Parteien niederschlug. Während der sich »authentisch« nennende rechte Parteiflügel unter Paz Estenssoro die Kollaboration mit den Militärs suchte, nahm der linke Flügel unter Führung von Siles Zuazo in Gestalt der National-Revolu-

⁹¹ Eigene Zusammenstellung auf der Basis von José de Mesa / Teresa Gisbert / Carlos Mesa Gisbert: *Historia de Bolivia*. S. 658; Wilhelm Hofmeister / Sascha Bamberger: *Bolivien und James Dunkerley: Rebellion in the Veins*. S. 249ff.

tionären Bewegung der Linken (*Movimiento Nacionalista Revolucionario de Izquierda* – MNRI), die 1972 im chilenischen Exil gegründet worden war, den Kampf gegen die Banzer-Diktatur auf. Als wichtigste parteipolitische Kraft im Ringen um die Demokratisierung des Landes entwickelte sich das Linksbündnis »Demokratische und Volkseinheit« (*Unión Democrática y Popular* – UDP), dem neben MNRI und der Kommunistischen Partei des Landes die 1971 gegründete Bewegung der Revolutionären Linken (*Movimiento de Izquierda Revolucionaria* – MIR) angehörte.

Aber auch Banzer musste begreifen, dass er das Rad der Geschichte nicht anhalten konnte. Ein Hungerstreik von über 1000 Menschen, von einer Welle der Sympathie und Unterstützung im ganzen Land getragen, zwang ihn 1978 zum Rücktritt.⁹² Jedoch brachten die folgenden Wahlen im Juli dem Land weder Ruhe noch Demokratie. Obwohl die UDP dreimal hintereinander (1978, 1979, 1980) bei Wahlen erfolgreich war, verhinderten Wahlfälschung und Putsch die Regierungsübernahme. Ex-Diktator Hugo Banzer (1926-2002) hatte sich 1979 zur Gründung einer eigenen Partei, der Nationaldemokratischen Aktion (*Acción Nacionalista Democrático* – ADN), entschlossen, um unter veränderten Bedingungen alle politischen Optionen nutzen zu können. Die Zeitspanne zwischen 1978 und 1982 war die instabilste und chaotischste in der Geschichte der Republik. In viereinhalb Jahren standen neun Präsidenten an der Spitze der Regierung, davon nur zwei, die verfassungsmäßig gewählt wurden.⁹³ Unter den übrigen, die sich entweder an Macht geputscht hatten oder durch Wahlfälschung ins höchste Staatsamt gelangten, erwies sich General Luis García Meza als der schlimmste. Unter seiner Herrschaft (Juli 1980 bis August 1981) begann eine Phase brutalster Machtausübung und unbegrenzter Korruption. García Meza erwarb sich aufgrund seiner Brutalität und seiner Kontakte zur Drogen-Mafia rasch den Ruf eines »Narco-Faschisten«, was selbst der Armee zuviel war.⁹⁴ Um keinen weiteren Ansehensverlust zuzulassen, sorgte sie nach einigem Hin und Her schließlich dafür, dass die Regierung im Oktober 1982 an Hernán Siles Zuazo übergeben wurde.

92 Vgl.: Felix Feliciano Muruchi Poma, Linda Farthing, Benjamin Kohl. *Minero con poder de dinamita. La vida de un activista boliviano*. La Paz, Bolivia, 2009. S. 172

93 Vgl.: José de Mesa / Teresa Gisbert / Carlos Mesa Gisbert: *Historia de Bolivia*. S. 368ff.

94 Vgl.: James Dunkerley: *Rebellion in the Veins*. S. 292-344.

3.3. *Re-Ethnisierung der sozialen und politischen Kämpfe im Zeichen des Katarismo*

Die Krise der »Staates von 1952«, die in der Bankrotterklärung der Militärs gipfelte, zeigte sich auf dem Feld der Identitätspolitik besonders deutlich. Im Ergebnis der Revolution war es dem bolivianischen Staat zunächst erfolgreich gelungen, seine Politik der De-Ethnisierung gegenüber der indigenen Bevölkerung durchzusetzen. Dies war einerseits auf die neuen Integrationsangebote zurückzuführen, die seitens des Staates in Aussicht gestellt wurden und die in Gestalt solcher zentralen Errungenschaften der Revolution wie allgemeines Wahlrecht, Agrar- und Bildungsreform ihr wichtigstes Fundament hatten. Andererseits erlebte Bolivien im Gefolge der Revolution eine Phase intensiven sozialen Wandels, die sich in einer zunehmenden Migration vom Land in die Stadt, in der Ausweitung der Ware-Geld-Beziehungen, in der Forcierung der kulturellen *Mestizaje* und im Ausbau der nationalen Kommunikationsnetze äußerte. Beides schien darauf hinzudeuten, dass der Traum der MNR-Führung von einer homogenen mestizischen Nation endlich Wirklichkeit werden sollte:

»Das Land, in dem die Indios durch Großgrundbesitzer regiert wurden, würde mit der Revolution verschwinden. Diese Herren sollten sich in Bourgeois und Demokraten, und die Indios in Staatsbürger verwandeln, die in eine souveräne, unabhängige und egalitäre Nation integriert waren, welche auf dem soliden Fundament des Binnenmarktes und der Wiederbelebung der Exportwirtschaft durch den Staat beruhte. Der Indio würde auch infolge der *Mestizaje*, der Verbreitung der spanischen Sprache, der Migration und der Parzellierung der Dorfgemeinschaften verschwinden, ebenso wie sich seine Spuren in den Museen und kulturellen Manifestationen der neuen Nation verlieren würden. Es sollte auch das Wort ›Indio‹ aus der offiziellen Sprache verschwinden, um damit den Übergang zur Staatsbürgerschaft und zur Homogenisierung zu belegen, wie ihn sich die Anführer der Revolution ersehnten.«⁹⁵

Es trat jedoch genau das Gegenteil ein. Unter der indigenen Bevölkerung machte sich immer mehr die Enttäuschung darüber breit, dass sie sich trotz aller Fortschritte als »Fremde im eigenen Land« behandelt sah. Im Alltag wurde sie ungeachtet aller Integrationsrhetorik und der von ihr erbrachten Anpassungsleistungen weiterhin diskriminiert und ausgegrenzt. Diese frustrierenden Erfahrungen machte besonders die jüngere Generation, die

95 Silvia Rivera Cusicanqui: *Luchas campesinas contemporáneas en Bolivia: El movimiento »Katarista«, 1970-1980*. In: Zavala Mercado, René (comp.): *Bolivia hoy*. México D.F. 1983. S. 130.

in ihrem Streben nach sozialer Mobilität frühzeitig an rassistisch definierte Grenzen stieß. Ende der 1960er Jahre kam es zur Bildung erster kultureller Organisationen, die in der Rückbesinnung auf das Inka-Reich und den antikolonialen Widerstand einen Weg sahen, die eigene Identität neu zu bestimmen. Die Erinnerung an Tupac Katari, den legendären Führer der »Großen Rebellion« von 1781, wurde zur wichtigsten Quelle der Re-Ethnisierung. Unter dem Einfluss der indianistischen Konzepte des Schriftstellers Fausto Reinaga⁹⁶ formierten sich kulturell-politische Organisationen, die sich explizit auf das unabgegotene Erbe von Tupac Amaru bezogen und dies auch in ihren Selbstbezeichnungen deutlich machten.

Die neue Bewegung, die schnell unter dem Namen des *Katarismo* bekannt wurde, hatte verschiedene Wurzeln: junge, unzufriedene Intellektuelle, Bauern, die in die Städte migriert waren und sich dort ein besseres Leben erhofften, eine neue Generation von Bauernführern in den *comunidades*, die im Militär-Bauern-Pakt (PMC) ein Instrument politischer Bevormundung erkannt hatte.

Ende der 1960er Jahre zunächst auf kulturellem Gebiet aktiv, wandten sich die *Kataristas* dann der Arbeit in den *Campesino*-Verbänden zu und gründeten eigene Parteien. Die frühzeitige Zersplitterung der Bewegung war nicht zuletzt auf die vielfältigen Ursprüngen und Aktionsfeldern des *Katarismo* zurückzuführen. Standen sich anfangs radikale, indianistische Politiker und eher moderate, »kataristische« Gewerkschafter, die die ethnische mit der klassenkämpferischen Perspektive zu verbinden suchten, gegenüber, wandelte sich das Bild im Laufe der Jahre. So spaltete sich die Revolutionäre Bewegung Tupaj Katari (*Movimiento Revolucionario Tupaj Katari* – MRTK),

⁹⁶ Fausto Reinaga war auch der Gründer der Indio-Partei Boliviens (*Partido Indio de Bolivia*). Im Unterschied zum *Indigenismo*, der eine Konzeption nicht-indigener Intellektueller und Politiker darstellt, ist der *Indianismo* Bestandteil der Neubestimmung der Identität der indigenen Völker selbst. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass der *Indianismo* die Unvereinbarkeit von westlicher und indigener Zivilisation postuliert. Während der *Indigenismo* letztlich auf die Assimilation der indigenen Bevölkerung abzielt, lehnt dies der *Indianismo* strikt ab und betont stattdessen die ethnisch-kulturelle Differenz gegenüber der nicht-indigenen Bevölkerung. In Bolivien kann der *Katarismo* als radikalste Variante des *Indianismo* gelten, auch wenn im innerkataristischen Diskurs zum Teil zwischen *Indianismo* und *Katarismo* differenziert wird. Hier sehen sich die Anhänger des *Indianismo* selbst als die radikalere Variante gegenüber dem gemäßigeren *Katarismo*. Vgl.: Hugo Cancino: *Indianismo, Modernidad y Globalización*. Paper. Aalborg Universität 2005. Zum innerkataristischen Diskurs vgl.: *Historia, coyuntura y descolonización. Katarismo e indianismo en el proceso político del MAS en Bolivia*. Fondo Editorial Pukara. Edición electrónica. La Paz 2010. Zu den verschiedenen Begriffen vgl. auch: Vera Hartwig: *Indianer? Indigen? Indígenas? Indigenismus? Indianidad?* In: *Quetzal – Magazin für Politik und Kultur in Lateinamerika*. Heft Nr. 8. August 1994. S. 2-6.

die die Gewerkschaftsarbeit favorisierte und in der ethnischen Frage eher gemäßigte Positionen vertrat, schon bald in zwei Fraktionen, die sich Ende der 1970er Jahre dem Linksbündnis UDP bzw. der MNR als jeweilige Bündnispartner anschlossen. Die Indio-Bewegung Tupaj Katari (*Movimiento Indio Tupaj Katari* – MITKA) war in der ethnischen Frage radikaler. Sie lehnte jede Zusammenarbeit mit Parteien oder Organisationen der q'aras⁹⁷ ab und betonte die Befreiung der »Indios«, wobei sie diesen negativ konnotierten Begriff positiv umdeutete. Anfang der 1990er Jahre ging aus der MITKA die Gurilla-Armee Tupaj Katari (*Ejército Guerrillero Tupaj Katari* – EGTK) hervor, die mit bewaffneten Aktionen Aufsehen erregte, jedoch bald von Armee und Polizei zuschlagen wurde.⁹⁸

Während den Anstrengungen der *Kataristas*, mit eigenen Parteien politischen Einfluss zu gewinnen, kaum Erfolg beschieden war, konnten sie in den Bauern-Gewerkschaften während der 1980er Jahre deutlich an Boden gewinnen. Unter der Führung von Genaro Flores fand im März 1978 in La Paz der nationale Kongress der Nationalen Konföderation der Landarbeiter und Bauern Boliviens (*Confederación Nacional de Trabajadores Campesinos de Bolivia* – *Tupac Katari*) zusammen, der endgültig mit den Praktiken des PMC brach und den *Kataristas* die Hegemonie in der bolivianischen Bauernbewegung sicherte.⁹⁹ Dabei waren die Massaker der Banzer-Diktatur gegen die bäuerliche Bevölkerung im Valle de Cochabamba im Jahr 1974, die den Bruch des PMC besiegelt und zur Desillusionierung auch der Quechua-Sektoren geführt hatten, von zentraler Bedeutung. Die wachsende Stärke der *Kataristas* widerspiegelte sich in der Gründung der Einheitsgewerkschaft der Landarbeiter und Bauern Boliviens (*Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia* – CSUTCB) und in deren Aufnahme in den Gewerkschaftsdachverband COB. »Diese ›Indianisierung‹ der Arbeiter-Gewerkschaften, die bis dahin durch die ausschließliche Fixierung auf den Klassencharakter geprägt waren, welche auf den Kongress von Pulacayo 1946 zurückging, stellte vielleicht einen der wichtigsten ideologischen Erfolge der Kataristen-Bewegung dar.«¹⁰⁰

97 Q'ara ist die pejorative Bezeichnung der Quecha und Aymara für Weiße und Mestizen. Der Name geht auf Begriffe wie »glatt« oder »nackt« zurück und bezieht sich vor allem auf den Mangel an andiner Kultur und Ethik.

98 Vgl.: Rafael Archondo: Comunidad y divergencia de miradas en el Catarismo. In: Umbralos No. 7. La Paz, Juli 2000. S. 123-127.

99 Vgl.: Silvia Rivera Cusicanqui: Luchas campesinas contemporáneas en Bolivia. S. 146-163.

100 Ebenda. S. 159. Die unbestreitbaren Erfolge des Katarismo werden durch die zahlreichen organisatorischen Spaltungen und Rivalitäten zwischen wichtigen Führungspersonlichkeiten konterkariert. Xavier Albó zeigt dies anschaulich anhand der politischen Biografien von drei Aymara-Politikern: Víctor Hugo Cárdenas Conde, der als Führer der kleinen kataristi-

Diese Aussage lässt sich dahingehend verallgemeinern, dass die entscheidende Langzeitwirkung des *Katarismo* auf der Ebene des politisch-historischen Diskurses liegt und in der nachhaltigen Re-Ethnisierung der sozialen Bewegungen Boliviens besteht. Es ist maßgeblich sein Verdienst, dass die »Erinnerung von kurzer Dauer« (*memoria corta*) an die Revolution von 1952 zunehmend der »Erinnerung von langer Dauer« (*memoria larga*) weichen musste. Während sich bei ersterer die Erinnerungen an die Erfolge (Agrarreform, Bauerngewerkschaften, Landbesetzungen, Wahlrecht) mit den negativen Erfahrungen (wachsender Assimilierungsdruck, fortbestehender Rassismus, mangelnde Partizipationsmöglichkeiten) die Waage hielten, bezog sich die *memoria larga* in positiver Weise auf das präkoloniale Erbe und den antikolonialen Widerstand, der in der Person von Tupac Katari seine symbolische Inkarnation gefunden hatte. Im Zentrum stand die Wahrnehmung, dass die »koloniale Situation« für die indigene Bevölkerungsmehrheit auch nach der Errichtung der Republik Bolivien fortexistierte. Zugleich verband sich die Erinnerung an Tupac Katari mit der mobilisierenden Kraft der Erkenntnis, dass die indigenen Völker gegenüber den Kreolen und Mestizen nach wie vor in der Überzahl waren und es jetzt darauf ankam, den »schlafenden Riesen« zu wecken. Das Wissen um die Fortdauer des Kolonialismus – diesmal im republikanischen Gewand – dominierte den Prozess der Identitätsfindung, der Ende der 1960er Jahre begonnen hatte und schließlich im überwältigenden Wahlsieg von Evo Morales im Dezember 2005 gipfelte. Ausschlaggebend für die Aktivierung der »langen Erinnerung« war nicht zuletzt das Scheitern des Staats- und Nationenprojekts des MNR und des ihm zugrunde liegenden Entwicklungsmodells. Trotz aller Fortschritte, die die Revolution von 1952 für die Situation der indigenen Bevölkerung bewirkt hatte, erwiesen sie sich nicht als nachhaltig genug, um bei ihr einen dauerhaften Identitätswechsel herbeizuführen. Die strukturelle Ursache für das Scheitern des »mestizischen Nation-building« von 1952 lag letztlich darin begründet, dass es den kolonialen Charakter des Staates lediglich neu kodierte statt ihn zu überwinden. Ethnisch begründete Ausgrenzung, Diskriminierung und Armut bildeten nach wie vor die Grunderfahrung der Aymara, Quechua, Guaraní sowie der anderen indigenen Ethnien.¹⁰¹

schen Partei *Movimiento Revolucionario Tupaj Karari de Liberación* (MRTKL) während der ersten Präsidentschaft von Gonzalo Sánchez de Lozada (1994-1997) Vizepräsident Boliviens war; Evo Morales, erster indigener Präsident des Landes, sowie Felipe Quispe, der Anfang der 1990er Jahre Führer der EGTK war, später an der Spitze der CSUTCB und 2000 eine eigene Partei, die Indígena-Bewegung Pachakuti (MIP), gründete. Vgl. Xavier Albó: *Cuatro semblanzas aymaras contemporáneos*. La Paz 2002.

101 Vgl. Ebenda. S. 163-168.

Jedoch erwies sich der *Katarismo* trotz aller Verdienste um die Rückbesinnung auf die »lange«, indigene Identität nicht als fähig, selbst den Prozess der Neugründung anzuführen. Dazu war er organisatorisch zu sehr gespalten, in seiner sozialen Basis nicht breit genug und in seiner politischen Programmatik zu begrenzt. Sein diskursives und organisatorisches Erbe erfuhr Ende der 1990er Jahre seine Aufhebung (im dialektischen Sinne) in der Bewegung zum Sozialismus (*Movimiento al Socialismo* – MAS von Evo Morales. Diese war als »politisches Instrument« der Bewegung der Kokabauern gegründet worden, entwickelte sich während des *Ciclo Rebelde* (2000-2005) zur Partei der sozialen Bewegungen insgesamt und wurde schließlich von diesen bis an die Spitze des Staates getragen. Die so gewonnene politische Macht nutzte die MAS, um die Forderung nach der Neugründung Boliviens, die zuvörderst auf die endgültige Überwindung des Kolonialstaates zielte, mit Leben zu erfüllen. Obwohl der *Katarismo* als eigenständiger Faktor kaum noch präsent ist, erfüllt sich auf diese Weise sein Vermächtnis. Will man diese Entwicklung genauer verstehen, kommt man nicht umhin, Aufstieg und Scheitern des neoliberalen Projektes, das auf seine Weise ebenfalls die Neugründung Boliviens anvisiert hatte, einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

3.4. *Neue Ökonomische Politik und paktierte Demokratie: Neugründung im Zeichen des Neoliberalismus?*

Die Zeit zwischen dem Regierungsantritt von Siles Zuazo 1982 und der Wahl von Paz Estenssoro im Juli 1985 ist von einer tiefen ökonomischen Krise – verbunden mit einer Hyperinflation, politischer Polarisierung und sozialer Unruhe – gekennzeichnet. Bereits im Vorfeld der Wahlen bricht die UDP auseinander und die ihr angehörenden Parteien spalten sich mehrfach, was schließlich in die Atomisierung der »alten Linken« mündet. Lediglich die MIR überlebt als relevante politische Kraft. Nutznießer dieser turbulenten Umbruchphase ist jene neoliberale Elitenkoalition aus gewendeten Politikern, in der USA ausgebildeten Technokraten und politisch aktiven Unternehmern, die durch Gonzalo Sánchez de Lozada (von den Bolivianern kurz Goni genannt) personifiziert wird. Als Architekt, graue Eminenz und später auch Hauptakteur der Umsetzung des neoliberalen Projektes in Bolivien war Goni zunächst höchst erfolgreich. Unter seiner Federführung wurde Bolivien zum Musterland der neoliberalen Ära in Lateinamerika.

Der Werdegang des bekannten Unternehmers, der seine Jugend in den USA verbracht hatte, symbolisiert nicht nur das enge Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft bei der Implementierung des »Washington Consen-

sus« in Bolivien, welches sich dort in der Symbiose von faktierter Elite-Demokratie und neoliberalen Reformen manifestiert hatte. Gleichermäßen symbolhaft verkörpert er Aufstieg, Niedergang und Krise des neoliberalen Projektes insgesamt. Nach seiner Wahl zum Senator von Cochabamba 1985 machte das langjährige MNR-Mitglied rasch politische Karriere: Senatspräsident, Planungsminister unter Paz Estenssoro (1985-1989), Erstplatzierter bei den Wahlen von 1989 (jedoch nicht zum Präsidenten gewählt), nach der darauf folgenden Wahl dann doch Präsident Boliviens von 1993 bis 1997, schließlich 2002 wiedergewählt. Als Planungsminister hatte Goni zusammen mit dem bekannten Weltbankberater Jeffrey Sachs die neoliberale Schocktherapie entworfen. Als Präsident setzte er ein weitreichendes Reformprogramm um, dessen Eckpfeiler die Privatisierung der wichtigsten staatlichen Unternehmen in der spezifisch bolivianischen Variante der Kapitalisierung (*capitalización*)¹⁰², die Förderung eines neoliberalen Multikulturalismus¹⁰³ sowie soziale Reformen der »zweiten Generation« bildeten.¹⁰⁴

Die damit verbundenen Versprechen einer sozialen Abfederung und eines künftigen ökonomischen Wohlstands sorgten zusammen mit den traumatischen Erfahrungen der Hyperinflation und der Wirtschaftskrise Anfang der 1980er Jahre, die der Mitte-Links-Regierung von Siles Zuazo angelastet wurden, zunächst dafür, dass sich kaum Widerstand regte. Die Vetomacht der Gewerkschaften war im Zuge des Niedergangs des Bergbaus, der 1985 zur Entlassung von über 20.000 Bergleuten geführt hatte, gebrochen worden. Andere soziale oder politische Kräfte wie die Indígena-Bewegung hatte Goni mit Zugeständnissen und offizieller Anerkennung auf seine Seite gezogen.

Unter der ersten Regierung von Sánchez de Lozada (1993-1997) wurden Reformen der »zweiten Generation« initiiert, die die neoliberale Strukturanpassung auf ökonomischem Gebiet absichern und stabilisieren sollten. Hervorzuheben ist vor allem die Verfassungsreform vom August 1994, mit der erstmals der multiethnische und plurikulturelle Charakter Boliviens anerkannt wurde. Von zentraler politischer Bedeutung war zudem das *Ley de Participación Popular* (LPP) vom April 1994, in dessen Rahmen 311 neue Gemeindeverwaltungen geschaffen wurden, die über 20 Prozent des nationalen Mehrwertsteueraufkommens verfügten sowie erstmals selbst Steuern erheben durften. Mit dem neuen Gesetz erfolgte auch erstmals die rechtliche

102 Vgl.: Benjamin Kohl / Linda Farthing: *Impasse in Bolivia. Neoliberal hegemony and popular resistance*. London / New York 2006. S. 103-124.

103 Zum dieser Variante des Multikulturalismus vgl. besonders: Nancy Gray Postero: *Now We Are Citizens. Indigenous Politics in Postmulticultural Bolivia*. Stanford 2007, S. 1-20, 123-163 (hier in Zusammenhang mit dem *Ley de Participación Popular*).

104 Vgl.: Benjamin Kohl / Linda Farthing: *Impasse in Bolivia*. S. 84-102, 125-148.

Anerkennung indigener Repräsentationsformen seitens des Staates. Dem neuen Multikulturalismus trug auch die Bildungsreform vom Juli desselben Jahres Rechnung, die die zweisprachige Grundschulausbildung garantierte. Selbst an die brisante Aufgabe der Weiterführung der Agrarreform wagte sich die Regierung. Mit dem *Ley INRA* von 1996 erhielten die indigenen Völker des Oriente Rechtstitel für die von ihnen besiedelten Territorien. Gleiches sollte für andere Formen der traditionellen Landnutzung der indigenen Bevölkerung gelten.

Allerdings erwiesen sich die genannten Reformen schon bald als zweischneidige Maßnahmen. Die in sie gesetzten Hoffnungen, den sozialen Protest zu kanalisieren und die politische Basis des neoliberalen Projektes zu erweitern, erfüllten sie immer weniger, wie sich vor allem in den Auseinandersetzungen um die Weiterführung der Agrarreform zeigte. Vielmehr zeitigten sie nicht intendierte Folgen, die den ursprünglichen Absichten zuwiderliefen. So wurden die Neuerungen des LPP von der indigenen Bevölkerung genutzt, um auf lokaler Ebene eigene Machtstrukturen aufzubauen oder zu legitimieren. Besonders erfolgreich war in dieser Hinsicht die Cocalero-Bewegung des Chapare, die für die anstehenden Gemeindewahlen eine eigene politische Organisation gründete, aus der wenig später die MAS hervorging. 1997 zogen vier direkte gewählte Vertreter der Kokabauern des Chapare, unter ihnen auch Evo Morales, in das Parlament ein.¹⁰⁵

Der Sieg des Neoliberalismus zeigte sich auch im Schicksal der linken Parteien. Nach dem Zerfall der UDP besaß allein die MIR noch politisches Gewicht – dies jedoch um den Preis der Anpassung an die Spielregeln der »paktierten Demokratie«. Von einer linken Kraft, die im Kampf gegen die Militärdiktaturen einen hohen Blutzoll entrichtet hatte, mutierte sie innerhalb kürzester Zeit zum Hauptbündnispartner von Ex-Diktator Banzer, der – nachdem er Paz Zamora 1989 ins höchste politische Amt verholfen hatte – seinerseits 1997 mit Hilfe des MIR Präsident des Landes wurde. Die seit 1985 geübte Praxis wechselnder politischer Pakte zwischen den drei traditionellen Parteien (MNR, ADN, MIR) gibt dieser Etappe des bolivianischen Parteiensystem ihren Namen (siehe Tabelle 6). Ende der 1980er Jahre entstanden zwei neue, als neopopulistisch eingestuft Parteien: die *Unión Cívica Solidaridad* (UCS) und die *Conciencia de Patria* (CONDEPA). Ab 1997 erlangte die rechtsgerichtete Neue Revolutionäre Kraft (*Nueva Fuerza Revolucionaria* – NFR), die bei den Wahlen 2002 aus dem Stand den dritten Platz belegen

105 Vgl. zu den genannten Reformen und ihren ambivalenten Wirkungen neben der bereits erwähnten Literatur besonders Rüdiger Horst: Zielkonflikte zwischen Demokratie und ökonomischer Stabilität in Bolivien, in: Jäger, Thomas (Hrsg.): Bolivien – Staatszerfall als Kollateralschaden. Wiesbaden 2009. S. 137-144.

Tabelle 6: Überblick über die Regierungskoalitionen 1985-2003 (»paktierte Demokratie«)¹⁰⁶

Amtsperiode	Bezeichnung des Regierungspaktes	Präsident	Partei des Präsidenten*	Koalitions partei(en)	wichtige Oppositionsparteien
1985-1989	Pacto por la Democracia	Paz Estensorro	MNR (2.) 26,4%	ADN	MIR, MNRI,
1989-1993	Acuerdo Patriótico	Paz Zamora	MIR (3.) 19,6%	ADN	MNR, MBL
1993-1997	Pacto por la Gobernabilidad y el Cambio	Sánchez de Lozada	MNR (1.) 33,8%	UCS, MBL	ADN, MIR, CONDEPA
1997-2002	Compromiso por Bolivia	Bánzer/ Jorge Quiroga	ADN (1.) 22,3%	MIR, UCS, CONDEPA	MNR, MBL, IU
2002-2003	Plan Bolivia	Sánchez de Lozada	MNR (1.) 22,46%	MIR, UCS; NFR MAS, MIP	

* Die Zahl in der Klammer gibt die Platzierung der Partei bei den Wahlen an. Der Präsident wurde durch das Parlament gewählt, wobei die Auswahl unter den Kandidaten der drei bzw. zwei bestplatzierten Parteien getroffen werden konnte.

konnte, größere Bedeutung.¹⁰⁷ In den drei Neugründungen manifestierte sich zwar die wachsende Unzufriedenheit der Bolivianer mit dem System der »paktierten Demokratie«, ungeachtet aller Anti-Establishment-Rhetorik reichten sie sich aber recht schnell als Mehrheitsbeschaffer der traditionellen Pakt-Parteien in dieses ein. Der Ende der 1990er Jahre einsetzende Nieder-

106 Eigene Zusammenstellung auf der Basis von Betilde Muñoz-Pogossian: *Electoral Rules and the Transformation of Bolivian Politics. The Rise of Evo Morales*. New York 2008. S. 37-79, 88-141, 154-157 sowie Tabelle 7. Bei Muñoz-Pogossian findet der Leser eine sehr gute Analyse der verschiedenen Pakte und ihrer Umsetzung. Interessant ist auch die Bezeichnung der ersten beiden Pakte als »Bolivia's Founding Pacts« (Ebenda, S. 31ff.).

107 Zu den genannten drei Parteien und ihrer Zuordnung zum Neopopulismus vgl.: Stephanie Alenda: *Dimensiones de la movilización en torno a Consciencia de Patria: Hacia un modelo explicativo de un caso de neopopulismo boliviano*. In: *Revista de Ciencia Política*. Vol. XXIII (2003) 1. S. 119-135; Fernando Mayorga: *Neopopulismo y democracia en Bolivia*. In: *Revista de Ciencia Política*. Vol. XXIII (2003) 1. S. 99-118; Salvador Romero Ballivián: *CONDEPA y UCS: El declive del neopopulismo boliviano*. In: *Revista de Ciencia Política*. Vol. XXIII (2003) 1. S. 67-98.

gang von UCS und CONDEPA legte die Krise des Eliteprojekts der »paktierten Demokratie« offen.¹⁰⁸

Die »paktierte Demokratie« beruhte auf zwei wichtigen Voraussetzungen. Die beteiligten Parteien stellten die Ein- und Durchführung neoliberaler Reformen, wie sie im »Washington Consensus« zusammenfasst waren, nicht infrage, sondern verstanden sich vielmehr als aktive Protagonisten dieses neuen Wirtschaftsmodells. Der ökonomische Konsens wurde ergänzt und flankiert durch die Tatsache, dass von links weder in Gestalt relevanter politischer Parteien noch per Einflussnahme durch soziale Bewegungen eine Gefahr für die Umsetzung dieses Kurses bestand.

Dieser »demokratische Neoliberalismus«¹⁰⁹, in dem jede der drei dominanten Parteien (MNR, ADN, MIR) eine spezifische Funktion ausübte und dem ein hohes Maß an politischer Stabilität zu Eigen war, brachte ein Parteiensystem hervor, das sich durch folgende Merkmale auszeichnete (siehe dazu auch Tabelle 7):

Tabelle 7: Wahlen 1985 – 2002¹¹⁰

Parteien	1985	1989	1993	1997	2002
MNR	26,40	23,07	33,80	18,20	22,46
MIR	8,90	19,64	siehe Acuerdo	16,80	16,32
ADN	28,60	22,60	Patriótico	22,26	3,40
Acuerdo Patriótico				20,00	
MBL			5,10	3,09	
MNRI	4,80				
CONDEPA		11,20	13,60	17,16	0,37
UCS			13,10	16,11	5,51
IU		7,21		3,71	
NFR					20,91
MAS					20,94
MIP					6,09

Erstens: Bis 1997 bereitete es den drei traditionellen Parteien keinerlei Schwierigkeiten, zusammen die absolute Mehrheit der Stimmen zu erhalten, die meist (außer 1993) über der 60 Prozent-Marke lag. Dabei stellten MIR

108 Einen guten Überblick über das politische System Boliviens bietet Stefan Jost: Das politischen System Boliviens. In: Klaus Stüwe / Stefan Rinke (Hrsg.): Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung. Wiesbaden 2008. S. 86–113.

109 Fernando Mayorga: Partidos políticos y democracia en Bolivia. August 2008, S. 11.

110 Vgl. zu den jeweiligen Wahlergebnissen: Ebenda. S. 30–31.

und ADN jeweils einmal (1989-1993 bzw. 1997-2002) den Präsidenten, der MNR gelang dies insgesamt dreimal (1985-1989, 1993-1997 und 2002-2003). Allerdings markierte die letzte MNR-Regierung, die 2003 durch eine breite Protestbewegung gestürzt wurde, bereits das nahe Ende der »paktierten Demokratie«.

Zweitens: Mit dem Übergang in die 1990er Jahre zeigten sich erste Verschleißerscheinungen der drei »Paktparteien«. In den Wahlen von 1993 und 1997 konnten neu gegründete neopopulistische Parteien (CONDEPA, UCS, NFR) bis zu einem Drittel der Wählerstimmen gewinnen. Daraufhin entschlossen sich die traditionellen Parteien, diese als neue Partner in den Reigen der »paktierten Demokratie« aufzunehmen. Einerseits sind Auftauchen und Erfolg von UCS, CONDEPA und später auch der NFR als nicht zu übersehende Zeichen für den Verschleiß der traditionellen Parteien und damit der »paktierten Demokratie« insgesamt zu werten. Andererseits hatten die neopopulistischen Parteien selbst kein langes Leben. Nachdem die Führer von UCS und CONDEPA tot waren, zerfielen sie oder verloren stark an Einfluss.

Drittens: Mit den Wahlen von 2002 geriet die »paktierte Demokratie« schließlich in eine existentielle Krise, die sie nicht überleben sollte. Sie manifestierte sich vor allem im überraschenden Erfolg der MAS unter Führung von Evo Morales, der auf Anhieb knapp hinter dem Wahlsieger MNR, allerdings auch knapp vor der rechtspopulistischen NFR den zweiten Platz belegen konnte. Somit stimmten für die beiden neuen Parteien MAS (gegründet 1999) und Indigena-Bewegung Pachakuti (*Movimiento Indígena Pachakuti* – MIP; gegründet am 14. November 2000) 27 Prozent der Wähler. Dieser Erfolg von Parteien, die beiden dem neoliberalen Staat den Kampf angesagt hatten, sprengte den Gründungskonsens der »paktierten Demokratie«. Zugleich verschwand mit der ADN, die nur auf 3,4 Prozent der Stimmen kam, die erste der traditionellen Parteien in der politischen Bedeutungslosigkeit. Hatte der unerwartete Wahlerfolg der MAS 2002 das System ins Wanken gebracht, so brach es nach dem überwältigenden Sieg von Evo Morales 2005 endgültig zusammen.

Mit der paktierten Elite-Demokratie ist zugleich der Versuch der bolivianischen Elite gescheitert, das Land im Ergebnis neoliberaler Struktur-reformen auf neue Grundlagen zu stellen. Wohl hatte sie es vermocht, die Wirtschaft des Landes im Sinne des Washington Consensus umzukrempeln. In ihrem Bemühen, dies politisch und sozial abzusichern, erlitt sie jedoch völligen Schiffbruch. Vielmehr führte diese Transformation unter neoliberalen Vorzeichen dazu, dass auf den Trümmern der traditionellen Arbeiter- und Bauernbewegung neue soziale und politische Akteure entstanden, die

dem neoliberalen Staat unter dem Banner einer Rück- und Neubessinnung auf ihre indigene Identität den Kampf angesagt haben. Dass sie dabei so erfolgreich waren, liegt nicht zuletzt darin begründet, dass im Zuge der Krise des neoliberalen Staates dessen koloniale Grundmuster immer deutlicher zutage traten. Was als Abwehrkampf gegen die sozialen Zumutungen des Neoliberalismus begonnen hatte, weitete sich zur Massenbewegung für die Neugründung Boliviens aus.

4. *Bolivien als Vielvölkerstaat. Neugründung im Zeichen der Ethnisierung des Politischen*

Drei Jahre später – bei den vorgezogenen Wahlen vom Dezember 2005 – konnte Evo Morales, der Präsidentschaftskandidat des MAS, sensationelle 54 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen.¹¹¹ Er war mit einem Programm angetreten, das versprach, die zentralen Forderungen der sozialen Bewegungen umzusetzen: die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, die Nationalisierung der natürlichen Ressourcen und die Durchführung einer Bodenreform. Seine erste Amtszeit bis Anfang 2010 war vom Kampf um die Durchsetzung dieses Reformprogramms bestimmt. Im Zentrum der Auseinandersetzungen stand die Ausarbeitung der neuen Verfassung, mit der die Neugründung des Landes vollzogen werden sollte. Die Hauptgegner dieser Neugründung, die die endgültige Überwindung des Kolonialismus zum Ziel hatte, sammelten sich unter dem Banner der Regionalautonomie für die reichen Departements des *Media Luna*. Das Ansinnen der dortigen Eliten bestand darin, sich den Zugriff auf die wichtigsten Ressourcen, vor allem Erdgas, zu sichern und in ihrem Machtbereich eine Agrarreform zu verhindern. Im September 2008 hatte sich die Konfrontation so weit zugespitzt, dass Bolivien kurz vor dem Bürgerkrieg und dem Zerfall des Landes stand.¹¹² Durch Kompromisse bei der Verabschiedung der neuen Verfassung und vor allem Dank der Unterstützung des Regierungskurses durch die Mehrheit der Bevölkerung konnte diese Gefahr abgewendet werden. Seit

111 Vgl.: Pablo Stefanoni / Hervé Do Alto: Evo Morales – de la coca al Palacio. Una oportunidad para la izquierda indígena. La Paz 2006; Muruchi Poma: Evo Morales. Die Biografie. Leipzig 2007; Betilde Muñoz-Pogossian: Electoral Rules and the Transformation of Bolivian Politics. The Rise of Evo Morales. New York 2008.

112 Aus dieser Perspektive wird Bolivien im Sammelband von Thomas Jäger analysiert. Vgl.: Derselbe (Hrsg.): Bolivien – Staatszerfall als Kollateralschaden. Wiesbaden 2009; vgl. dazu ferner: Ulrich Goedeking: Auf dem Weg in die Liga der Krisenstaaten. In: Sabine Kurtenbach et al. (Hrsg.): Die Andenregion – Neuer Krisenbogen in Lateinamerika. Frankfurt a. M. 2004. S. 297-312.

Februar 2009 ist Bolivien endlich ein Vielvölkerstaat (*Estado Plurinacional*). Der überwältigende Erfolg von Evo Morales bei den Wahlen zehn Monate später eröffnet in den nächsten vier Jahren die Chance, den schwierigen Weg der Neugründung fortzusetzen. Es geht dabei um nichts Geringeres als die Lösung der historischen Grundprobleme des Landes: interner Kolonialismus, Regionalismus, Armut, Rückständigkeit und Abhängigkeit. Um Klarheit über die historischen Dimensionen dieses Projektes zu gewinnen, sollen Grundlagen, Fortschritte, Charakter und Hindernisse der Neugründung im Folgenden einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

4.1. *Ciclo Rebelde: Ein Sieg der sozialen Bewegungen über den Kolonialstaat?*

Dass Evo Morales am 18. Dezember 2005 unerwartet eindeutig die Wahlen gewinnen konnte, hat seinen entscheidenden Grund in den Erfolgen der sozialen Bewegungen, deren Aktionen das Land seit Beginn des Jahres 2000 in Atem hielten und den Rücktritt von zwei Präsidenten erzwangen. Ausgangspunkte des auch als *Ciclo Rebelde*¹¹³ bekannt gewordenen Umbruchs waren Pole des Widerstandes, die sich paradoxerweise im Ergebnis der neoliberalen Reformen herausgebildet hatten. Den medienwirksamen Auftakt bildete der »Wasserkrieg«, den die Bevölkerung von Cochabamba klassen- und parteiübergreifend gegen die die Privatisierung der städtischen Wassergesellschaft führte und schließlich auch gewann. Während die Anti-Privatisierungs-Allianz von Cochabamba spontan entstanden war und nach Durchsetzung ihrer Forderungen ebenso schnell auseinanderfiel, hatte sich im selben Departement, im Chapare, eine andere Form des sozialen Widerstandes formiert, der tiefere Wurzeln hatte und nachhaltiger Wirkungen zeitigte: die *Cocalero*-Bewegung unter Führung von Evo Morales. Auch hier hatten die neoliberalen Reformen Pate gestanden. Als nämlich mit dem Einbruch der Weltmarktpreise für Zinn 1985 mehr als 20.000 *Mineros* entlassen wurden, gingen viele von ihnen in den Chapare, um sich dort durch den Anbau von Kokablättern eine notdürftige Existenz zu sichern. Die kampfgeprobten Bergleute brachten sowohl ihre Militanz als auch ihre Organisationserfahrungen in den Aufbau eigenständiger Gewerkschaften ein, die nicht nur zum Rückgrat der überlebensnotwendigen kommunalen Strukturen, sondern zugleich zu Hauptak-

113 Zum *Ciclo Rebelde* vgl: Raquel Gutiérrez Aguilar: Los ritmos del Pachakuti. La Paz 2008; César Rojas Ríos: Democracia de alta tensión. Conflictividad y cambio social en la Bolivia del siglo XXI. La Paz 2007; Álvaro Zapata: Ciudadanía, clase y etnicidad. Un estudio sociológico sobre la acción colectiva en Bolivia a comienzos del siglo XXI. La Paz 2006.

teuren des Widerstandes gegen die »Politik der verbrannten Erde« wurden, mit der die Regierung auf US-amerikanischen Druck versuchte, die Kette der Drogenökonomie vom falschen Ende her aufzurollen.

Aus der Stärke der *Cocalero*-Bewegung speiste sich auch maßgeblich der überraschende Erfolg der MAS, der sich zwei Jahre später, im Juni 2002 bei den Wahlen knapp nur knapp dem Sieger Gonzalo Sánchez de Lozada geschlagen geben musste. Die Wahlergebnisse zeigten zweierlei: Erstens hatten die sozialen Bewegungen nicht nur den Sprung auf die politische Bühne geschafft, sondern sich dort innerhalb kürzester Zeit erfolgreich als nationale Kraft etabliert; zweitens hatten sie damit erstmals seit 1985 das Kartell der traditionellen, dem Neoliberalismus verpflichteten Parteien gesprengt. Diese versuchten zwar, durch die Bildung einer »Megakoalition« die MAS außen vor zu halten, aber schon ein Jahr später, im Oktober 2003, erhielt das System der »paktierten Demokratie« den Gnadenstoß. Nachdem es bereits im Februar die von der Regierung geplanten Steuererhöhungen zu einer neuen Welle sozialer Proteste geführt hatten, verlor diesmal Goni den als »Gas-krieg« bezeichneten Kampf um die Nationalisierung der Gasvorkommen und musste sich vor dem Volkszorn nach Miami flüchten.

Die neue Regierung unter Carlos Mesa verfügte nicht mehr über nennenswerten parlamentarischen Rückhalt und musste deshalb sogar auf die Unterstützung der MAS zurückgreifen, der den parlamentarischen Kampf erfolgreich mit außerparlamentarischen Aktionen verband. In den nächsten beiden Jahren ging es vor allem darum, die *Agenda de Octubre* durchzusetzen, die neben der Nationalisierung die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung mit dem Ziel der Neugründung Boliviens enthielt. Als Mesa nach dem Gas-Referendum vom Juli 2004 bezüglich der Nationalisierung eine zögerliche und schwankende Position einnahm, war es nur noch eine Frage der Zeit, bis auch er sich gezwungen sah, im Juni 2005 zurückzutreten. Der Übergangsregierung unter Eduardo Rodríguez, der bis dahin das Amt des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes innehatte, fiel die Aufgabe zu, vorgezogene Neuwahlen zu organisieren.

Die zentrale Rolle der sozialen Bewegungen bei der Überwindung des traditionellen politischen Systems und beim Widerstand gegen die neoliberalen Reformen weist dem Andenland einen besonderen Platz innerhalb der »Linkswende« zu, die inzwischen fast alle Länder Lateinamerikas erfasst hat. Immer deutlicher erweist sich Bolivien als Epizentrum des Kampfes um Alternativen zum Neoliberalismus. Vom Ausgang dieses Kampfes wird maßgeblich das künftige Schicksal Lateinamerikas bestimmt werden. Will man sowohl die zentrale Bedeutung Boliviens in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen auf dem Kontinent als auch die dem zugrunde liegenden Beson-

derheiten genauer bestimmen, kommt man nicht umhin, den *Ciclo Rebelde* zu analysieren. An dieser Stelle muss es jedoch aus Platzgründen genügen, die Richtung einer solchen Analyse skizzenhaft aufzuzeigen. Betrachtet man den *Ciclo Rebelde* aus historisch-vergleichender Perspektive, dann gelangt man zu dem Schluss, dass er ohne den Bezug zum Jahrhunderte währenden Widerstand der indigenen Bevölkerungsmehrheit gegen den Kolonialismus nicht zu verstehen ist. Auch nach der Erlangung der Unabhängigkeit wurde von der herrschenden weißen bzw. mestizischen Elite ein »innerer Kolonialismus« praktiziert, der trotz der Fortschritte, die die Revolution von 1952 bewirkt hat, bis heute fortbesteht. Diese »lange Geschichte« des antikolonialen Widerstandes verbindet sich mit der »kurzen Geschichte« des Widerstandes gegen den Neoliberalismus. Dies resultiert daraus, dass den *indígenas* im Zuge der neoliberalen »Pluri-Multi-Politik«¹¹⁴ zwar bestimmte Rechte eingeräumt wurden, ohne aber an den kolonial ererbten Strukturen der Unterdrückung und Diskriminierung etwas zu ändern. Im Gegenteil: Unter den neoliberalen Reformen hatte vor allem die indigene Bevölkerung zu leiden und durch das System der »paktierten Demokratie« blieb diese auch weiterhin von den maßgeblichen politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Diese Dualität der historischen Wurzeln des *Ciclo Rebelde* setzt sich auf anderen Feldern fort:¹¹⁵

Erstens ist die Identität der Subalternen sowohl durch ethnische als auch soziale Aspekte geprägt, die sich auf unterschiedliche und widersprüchliche Weise miteinander und mit anderen Identitäten (nationale, regionale, lokale, antiimperialistische) verbinden. Dieser Pluralismus der verschiedenen Identitäten ist zugleich Ursache und Spiegelbild der Vielfalt der sozialen Bewegungen Boliviens.

Zweitens gibt es einen doppelten Fokus in der Geographie des Widerstandes. Diese ist zum einen durch einen Stadt-Land-Nexus der sozialen Bewegungen geprägt; zum anderen zeigt sie sich in der Symbiose verschiedener Migrationsströme (entlassene Bergarbeiter, verarmte Landbevölkerung), die sowohl im urbanen Umfeld von El Alto als auch im ländlichen Kolonisierungsgebiet des Chapare ihre regionalen Brennpunkte haben. Ähnliches ließe sich auch für Santa Cruz als immer attraktiver werdende Zielregion

114 Als Pluri-Multi-Politik wird in Bolivien die Politik des neoliberalen Multikulturalismus bezeichnet, der durch Zugeständnisse in kulturell-ethnischen Fragen die indigenen Akteure zu spalten und zu kanalisieren versuchte. Damit sollte der grundlegende Strukturbruch mit dem kolonialen Staat verhindert werden.

115 Vgl. zu den folgenden Punkten: Marta Cabezas: Caracterización del »ciclo rebelde« 2000-2005. In: Jesús Espasandín López / Pablo Iglesias Turrión (cords.): Bolivia en movimiento. Acción colectiva y poder político. Spanien 2007. S. 189-219.

der Binnenmigration konstatieren. Zudem spiegelt sich die regionale Polarisierung zwischen westlichem Hochland (Altiplano) und östlichem Tiefland (Oriente) in den indigenen und sozialen Bewegungen selbst wider.

Drittens zeichnet sich der *Ciclo Rebelde* durch eine organisatorische Zweigleisigkeit aus, die durch das Spannungsverhältnis von Kooperation und Konkurrenz zwischen »politischem Instrument« (Partei) und sozialen Basisbewegungen gekennzeichnet ist. Dieser Dualismus der Organisationsformen findet in der erfolgreich angewandten Doppelstrategie der Verbindung von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf seinen Niederschlag.

Viertens speist sich daraus ein Dualismus konkurrierender politischer Agenden und Projekte, wobei die von der MAS und den sozialen Bewegungen vertretene *Agenda de Octubre* (von 2003) den Kern eines nationalen Projektes darstellt, während die von Santa Cruz und den anderen Departements des *Media Luna* getragene *Agenda de Enero* (von 2005) einen regionalen Zuschnitt hat, der zwischenzeitlich separatistische Züge angenommen hatte. Hinter beiden Projekten stehen zudem antagonistische Akteure (Subalterne vs. Oligarchie), was den gegenwärtigen Auseinandersetzungen ihre besondere Schärfe gibt.

Nur wenn es den Protagonisten des *Ciclo Rebelde* gelingt, glaubhaft als Verteidiger der nationalen Einheit zu agieren, hat die Revolution, die derzeit durch das Patt mit der regionalistisch fixierten Konterrevolution nach ersten Anfangserfolgen ins Stocken geraten ist, eine Chance. Die Erfahrungen des *Ciclo Rebelde* sind dafür zwar unverzichtbar, bedürfen aber aufgrund einer anderen machtpolitischen Konstellation und der drohenden Gefahr für die Einheit des Landes einer grundlegenden Erweiterung. Die entscheidende Frage wird darin bestehen, ob und wie es den Kräften, die für eine revolutionäre Neugründung Boliviens eintreten, gelingt, die oben aufgezeigten Dualismen dafür produktiv zu machen. Sollten sie daran scheitern, dann scheidet nicht nur die dritte bolivianische Revolution. Eine solche Niederlage dürfte dann auch katastrophale Konsequenzen für ganz Lateinamerika haben.

4.2. Eine Regierung der sozialen Bewegungen: Illusion oder Innovation?

Der Anspruch der Regierung von Präsident Evo Morales, eine »Regierung der sozialen Bewegungen« sein zu wollen, ist beides gleichermaßen – neu und anspruchsvoll. In ihm spiegeln sich zwei Entwicklungen wider: Zum einen die tragende Rolle der sozialen Bewegungen im Kampf gegen den Neoliberalismus und beim zweifachen Wahlsieg des MAS, zum anderen

die Besonderheiten des Aufstiegs der Regierungspartei und des politischen Werdegangs des neuen Präsidenten. In der Person von Evo Morales bündeln sich Prozesse und Eigenschaften, die ihn selbst aus der Gruppe der linken Präsidenten Lateinamerikas herausheben. Als anerkannter Führer der Kocabauern Boliviens war er für die Regierungen in Washington und La Paz lange Zeit eine »persona non grata«. Mehr noch als dies gilt seine indigene Herkunft als Novum nicht nur in der Geschichte Boliviens, sondern ganz Südamerikas. Will man die wechselseitigen Beziehungen zwischen Evo Morales, seiner Regierung und den sozialen Bewegungen genauer verstehen, kommt man nicht umhin, die MAS und ihre zwar kurze, aber wechselhafte Geschichte genauer zu betrachten.

Bereits die formelle Kennzeichnung der MAS als Partei greift zu kurz. Ihr voller Name »Bewegung zum Sozialismus – Politisches Instrument für die Souveränität der Völker« (*Movimiento al Socialismo – Instrumento Político para la Soberanía de los Pueblos*) verweist auf ein erstes, zentrales Spezifikum dieser Organisation, die sich bis heute als politischer Arm der sozialen Bewegungen versteht. Der Grundstein dafür wurde im März 1995 auf einem Kongress verschiedener sozialer Bewegungen in Santa Cruz gelegt.¹¹⁶ Aufgrund ihrer negativen Erfahrungen mit den etablierten Parteien sowie der Erfordernisse des Kampfes um ihre Rechte waren fünf einflussreiche Bauern- und Indígena-Bewegungen zu dem Schluss gelangt, sich ein eigenes »politisches Instrument« zu schaffen. Dieses erhielt zunächst die Bezeichnung »Versammlung für die Souveränität der Völker« (*Asamblea por la Soberanía de los Pueblos – ASP*) und stand unter der Führung des Quechua-Bauernfunktionärs Alejo Véliz. Vor dem Hintergrund der wachsenden Stärke

116 Vgl. zu diesem Kongress: Muruchi Poma: Evo Morales. S. 108-110. Bei den genannten Organisationen handelt es um folgende: die Einheitsgewerkschaft der Landarbeiter und Bauern Boliviens (*Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia – CSUTCB*), der Gewerkschaftsverband der Siedler Boliviens (*Confederación Sindical de Colonizadores de Bolivia – CNCB*), der Nationale Verband der Landarbeiterinnen Boliviens – Bartolina Sisa (*Federación Nacional de Mujeres Campesinas Bartolina Sisa – FNMCB-BS*), die Koordination der Sechs Verbände der Tropen von Cochabamba (*Coordinadora de las Seis Federaciones del Trópico de Cochabamba – CSFTC*) und der Dachverband der Indígenas Ostboliviens (*Confederación de Indígenas del Oriente de Bolivia – CIDOB*). Andere Quellen nennen außerdem noch die Koordination der Ethnischen Völker von Santa Cruz (*Coordinadora de los Pueblos Étnicos de Santa Cruz – CPESC*), lassen dafür aber die Gewerkschaft der *Cocaleros* (CSFTC) weg. Vgl. Yuri F. Tórrez / María Teresa Zegada et al.: *Movimientos sociales en tiempos de poder. Articulaciones y campos de conflicto en el gobierno del MAS (2006-2007)*. La Paz 2008. S. 41 mit Verweis auf Pablo Stefanoni / Hervé Do Alto: *Evo Morales*. S. 3. Eine ausführliche Darstellung aller wichtigen sozialen Bewegungen bietet: Álvaro García Linera (coord.): *Sociología de los movimientos sociales en Bolivia. Estructuras de movilización, repertorios culturales y acción política*. La Paz 2004.

der *Cocalero*-Bewegung unter Führung von Evo Morales führten die damit verbundenen persönlichen wie politischen Rivalitäten 1998 zur Spaltung der ASP und zur Gründung des IPSP. Die neue Organisation übernahm dann im Januar 1999 aus partei- und wahlrechtlichen Gründen den Namen einer linken Splitterpartei, des *Movimiento Al Socialismo* – MAS. Damit war der MAS-IPSP geboren, der aufgrund seiner sozialen und lokalen Basis in den Koka-Anbaugebieten der Tropenregion von Cochabamba (Chapare) bis zu den Wahlen 2002 vor allem als Partei der Cocalero-Bewegung galt.¹¹⁷

Der erdrurtschartige Erfolg der MAS, die aus dem Stand knapp hinter der MNR mit ca. 21 Prozent der Stimmen den zweiten Platz belegte, war sowohl das Ergebnis des 2000 einsetzenden Protestzyklus als auch der Öffnung der Partei. In dieser zweiten Etappe, die bis zum überwältigenden Wahlsieg vom Dezember 2005 reicht, vollzog sich eine Reihe von Veränderungen. Nunmehr fungierte die Parlamentsfraktion, in der linke Intellektuelle an Einfluss gewonnen hatten, als wichtigstes Machtzentrum innerhalb der MAS-IPSP. Die Partei selbst profilierte sich immer mehr als nationales Koordinations- und Führungszentrum der sozialen Kämpfe des *Ciclo Rebelde*, was neben der klugen Strategie vor allem der Übernahme und Bündelung von drei zentralen Diskurse bzw. Strömungen der sozialen Bewegungen geschuldet war.¹¹⁸

Eine erste Strömung wird durch den revolutionären Nationalismus repräsentiert, der seinen Ursprung in der Revolution von 1952 hat. Sein diskursiv-programmatisches Profil ist antiimperialistisch ausgerichtet und stellt die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität in den Mittelpunkt. Dementsprechend kommt dem Staat eine zentrale Rolle bei der Neuausrichtung des Wirtschafts- und Entwicklungsmodells zu. Angesichts der Zunahme des Regionalismus im Oriente verteidigt besonders diese Strömung die Einheit des bolivianischen Staates. Die zweite Komponente artikuliert sich über einen indigenistischen Diskurs in der Tradition des Katarismo. Dieser rückt die Rückgewinnung und Aufwertung der indigenen Identität ins Zentrum der politischen und programmatischen Debatte. Ihr Hauptanliegen sieht diese Strömung in der Überwindung des internen Kolonialismus. Als dritte Richtung ist schließlich die marxistische Linke zu nennen. Sie wird vor allem von jenen Intellektuellen verkörpert, die nach dem Niedergang der traditionellen Linksparteien und der Implosion des realen Sozialismus politisch heimatlos geworden waren und nun auf einen erneuerten Sozialismus hofften. Für sie

117 Vgl. zum Gründungskongress der MAS-IPSP: Muruchi Poma: Evo Morales. S. 112-114. In der genannten Biografie findet sich auch eine ausführliche Darstellung der weiteren Entwicklung der Partei. Vgl. außerdem: Hervé Do Alto: El MAS-IPSP boliviano, entre movimiento social y partido político. In: análisis político. no. 62. Bogotá Jan.-April 2008. S. 27-30.

118 Vgl.: Ebenda. S. 30-31.

bildet der Klassenkampf nach wie vor einen wichtigen Bezugspunkt, auch wenn sie der »Ethisierung des Politischen« Tribut zollen (müssen).

Aus der Synthese dieser drei Diskurse ist das Konzept der »revolución democrática y cultural« hervorgegangen, mit dem der gesellschaftliche Transformationsprozess in Bolivien durch die MAS-Führung auf den Begriff gebracht wird. Dabei fällt auf, dass man nur selten Führungsmitglieder auf eine Strömung festlegen kann. Vielmehr bedienen sich Evo Morales und Álvaro García Lineras – wie viele andere MAS-Politiker auch – verschiedener Diskurse, um sich entsprechend den konkreten Bedingungen zu positionieren und bestimmte Akteure anzusprechen. Deshalb greifen solche Kategorien wie »indianischer Sozialismus« (Ströbele-Gregor), »Ethno-Populismus« (Gratius) oder »indigener Nationalismus« (Stefanoni) zu kurz, um die MAS in seiner Gesamtheit zu charakterisieren. So wie Evo Morales verschiedene Identitäten verkörpert¹¹⁹, ist die MAS ein »Mischprodukt«¹²⁰ und damit eine »Organisation *sui generis*«¹²¹. Die Diskussion darüber, ob die MAS eher traditionell zu nennen sei¹²² oder ob Begriffe wie »neue Linke« bzw. »Neopopulismus«¹²³ besser geeignet sind, führt da nicht weiter. Es ist gerade die Kombination verschiedener Diskurse und die programmatische Offenheit, die die MAS bislang in die Lage versetzt haben, das Projekt der Neugründung Boliviens voranzutreiben und dabei die Einheit des Landes zu wahren.¹²⁴

Neben diesen inneren Spezifika der MAS als Organisation *sui generis* haben verschiedene äußere Bedingungen bewirkt, dass er innerhalb so kurzer

119 Vgl.: Ulrich Goedeking / Moira Zuazo: Konfliktszenarien und soziopolitische Akteure in Bolivien. Berlin. Oktober 2006. S. 18.

120 Pablo Stefanoni: El nacionalismo indígena como identidad política: La emergencia del MAS-IPSP (1995-2003). Buenos Aires 2003. S. 27.

121 Marta Harnecker / Federico Fuentes: MAS-IPSP. Instrumento político que surge de los movimientos sociales. 2008. S. 8.

122 Vgl.: Sven Harten: ¿Hacia un partido »tradicional«? Un análisis del cambio organizativo interno en el Movimiento Al Socialismo (MAS) en Bolivia. Nuevo mundo mundos nuevos 2007.

123 Pablo Stefanoni: El nacionalismo indígena como identidad política. S. 29 / 30.

124 Vgl. zu den Strömungen und Diskursen im MAS: Yuri F.Tórriz / María Teresa Zegada et al.: Movimientos sociales en tiempos de poder. S. 55-57; Do Alto, Hervé: Zwischen Indígena-Utopie und Wirtschaftspragmatismus, die MAS erobert die Macht, in: Inprekorr Nr. 410/411, Januar/ Februar 2006; Ulrich Goedeking / Moira Zuazo: Konfliktszenarien und soziopolitische Akteure in Bolivien. S. 15-17; Fernando Mayorga: Nacionalismo e indigenismo en el MAS: los desafíos de la articulación hegemónica. Erstmals publiziert in: Revista de Ciencias Sociales Decursos. Año VIII. Número 15-16. Dic. 2006. S. 23. Bei Torres/ Zegada und Goedeking/ Zuazo findet sich für die erste Strömung die Bezeichnung »nacional-popular« bzw. »gewerkschaftlich-popular«. Für die beiden letztgenannten Autoren stellt der revolutionäre Nationalismus das politische Projekt der MAS dar.

Zeit zu stärksten Partei Boliviens werden und im Dezember 2005 mit 54 Prozent der Stimmen einen überwältigenden Wahlerfolg erzielen konnte. Zum einen waren das neoliberale Wirtschaftssystem und das Parteiensystem der »paktierten Demokratie« in eine tiefe Krise geraten, was spätestens 2002 allen Bolivianern klar geworden sein dürfte. Als zweiter Faktor sind die politischen Spielräume zu nennen, die das Gesetz der Volksbeteiligung (*Ley de Participación Popular*) von 1994 neuen Akteuren auf der lokalen Ebene eröffnete. Wie die Geschichte der MAS zeigt, bildeten seine Erfolge bei den Kommunalwahlen von 1999 ein entscheidendes Sprungbrett für den Durchbruch im nationalen Rahmen. Drittens konnte die MAS vor allem in den ländlichen Gebieten punkten. Dies war wiederum einem Mix unterschiedlicher Faktoren geschuldet: Als politisches Instrument wichtiger Bauern- und Indigenenbewegungen, die vor allem außerhalb der Städte ihre soziale Basis hatten, gab er einem großen Teil der bolivianischen Bevölkerung, der bis dahin kein eigenes politisches Mitspracherecht hatte, eine eigene Stimme. Neben der »Ethnisierung« bildete der strukturell bedingte Stadt-Land-Konflikt, dessen Ursprünge bis in die Kolonialzeit zurückreichen, die wichtigsten Grundlagen für den raschen und durchschlagenden Aufstieg der MAS. Das kluge und überzeugende Agieren während des *Ciclo Rebelde* gab dann den Ausschlag, dass die absolute Mehrheit der bolivianischen Wähler Evo Morales das politische Mandat zur Neugründung des Landes übertrug.¹²⁵

Nach der Amtseinführung von Evo Morales im Januar 2006 bekam die Frage, welche Rolle den sozialen Bewegungen im Prozess der Neugründung zukommt, eine zusätzliche Dimension. Seitens der Regierung wurde sie damit zu beantworten versucht, dass sie als »Regierung der sozialen Bewegungen« agieren wolle. Angesichts der Breite und Vielfalt dieser Bewegungen sowie der Unterschiede ihrer Haltung gegenüber der MAS-Regierung musste sich die Umsetzung dieses hehren Anliegens schwierig gestalten. Die Erfahrungen des *Ciclo Rebelde* konnten nicht einfach auf die neue Periode der Neugründung übertragen werden. In der politischen Praxis finden sich verschiedene Formen des Verhältnisses zwischen Regierung und sozialen Bewegungen.

Zum einen wurden führenden Persönlichkeiten der sozialen Bewegungen wichtige Ämter in den zentralen Staatsorganen (Regierung, Parlament, Verfassungsgebende Versammlung) übertragen. So kamen sieben der 16 Minister der ersten Regierung von Evo Morales aus den sozialen Bewegungen. Zum anderen schuf die Regierung formelle wie informelle Mechanismen, um die

125 Vgl.: Moira Zuazo: ¿Cómo nació el MAS? La ruralización de la política en Bolivia. La Paz, Junio 2008. S. 18-34.

sozialen Bewegungen in den politischen Entscheidungsprozess einzubinden. Die Ergebnisse dieser Bemühungen fielen jedoch sehr unterschiedlich aus. Neben den Organisationen, die zu den Mitbegründern der MAS als »politisches Instrument« und damit zum inneren Kern der Allianz mit der Regierung gehören (CSUTCB, CIDOB, Colonizadores, Cocaleros, Campesino-Frauenverband, Rentner)¹²⁶ kommt ein zweiter Kreis von Organisationen, die wie der Verband der Nachbarschaftsräte von El Alto (*Federación de Junta Vecinales* – FEJUVE) oder die Bergarbeitergewerkschaft (*Federación Sindical de Trabajadores Mineros de Bolivia* – FSTMB) als Unterstützer der Regierung gelten.¹²⁷ Eine dritte Gruppe unterstützt zwar den Transformationsprozess, wahrt jedoch zugleich eine gewisse Selbstständigkeit gegenüber der Regierung.¹²⁸ Schließlich gibt es Organisationen wie den Gewerkschaftsdachverband (*Central Obrera Boliviana* – COB und den Nationalen Verband der Bergarbeiterkooperativen (*Federación Nacional de Cooperativistas Mineros* – FENCOMIN), die die Regierung in Frage stellen, aber nicht in »struktureller Konfrontation« zu ihr stehen.¹²⁹ Die Frage der Haltung gegenüber Evo Morales und seiner Regierung hat auch dazu geführt, dass einige der Organisationen wie COB, CSUTCB und die Landlosenbewegung (*Movimiento sin Tierra* – MST) deshalb gespalten sind.

In den Jahren 2006 bis 2010 ist deutlich geworden, dass ungeachtet der immer wieder auftretenden Konflikte mit der Regierung und von Rivalitäten innerhalb der sozialen Bewegungen letztere in kritischen Situationen das Projekt der Neugründung aktiv verteidigt und vorangetrieben haben. Ein entscheidender Garant dafür, dass Vielfalt und Breite der sozialen Bewegungen dem Gesamtprozess bisher zum Vor- und nicht zum Nachteil geraten sind, stellt zweifellos das integrative Wirken von Evo Morales dar. Mehr noch aber dürfte die Erklärung darin zu suchen sein, dass die zentralen Reformprojekte – neue Verfassung, Agrarreform, Nationalisierung der Naturressourcen, Autonomien – von der Mehrheit des bolivianischen Volkes aktiv unterstützt wird. Sowohl der Regierung als auch den sozialen Bewegungen sollte zugleich bewusst sein, dass die Allianz zwischen beiden kein Automatismus ist und nur auf der Basis gegenseitigen Respekts funktionieren kann. Gerade weil der Prozess der Neugründung mit der Verabschiedung

126 Vgl.: Yuri F.Tórrrez / María Teresa Zegada et al.: *Movimientos sociales en tiempos de poder*. S. 88-91.

127 Vgl.: Ebenda. S. 91-95.

128 Dazu zählen: Regionale Arbeiterzentrale von El Alto (Central Obrera Regional El Alto – COR El Alto), die Wasserkoordinierung (Coordinadora del Agua) und der Nationalrat der Ayllus und Marcas von Kollasuyu (Consejo Nacional de Ayllus y Marcas de Qullasuyu – CONAMAQ). Vgl. Ebenda. S. 95-98.

129 Vgl.: Ebenda. S. 98-99.

der neuen Verfassung erst begonnen hat, bedarf es nach wie vor der Stärke und Selbstständigkeit der sozialen Bewegungen. Als Verteidiger und Wächter geben sie dem Prozess der Neugründung die notwendige Stabilität und Schubkraft.¹³⁰

4.3. Neugründung 2010: Reform oder Revolution?

Seit Februar 2009 trägt Bolivien die offizielle Bezeichnung eines Vielvölkerstaates (*Estado Plurinacional*). Mit der neuen Verfassung, die zuvor – am 25. Januar – nach zweieinhalb Jahren heftiger Kontroversen per Referendum in Kraft gesetzt worden war, ist die Neugründung Boliviens juristisch vollzogen. Der Abschied vom Konzept des Nationalstaates, bei dem die Nation über den Staat definiert und als homogene Einheit gesehen wird, stellt einen klaren Bruch mit der Vergangenheit dar. In dieser Hinsicht weist der bolivianische Transformationsprozess zweifellos revolutionäre Züge auf. Zugleich hat er sich im Rahmen demokratischer Institutionen und Prozeduren vollzogen. Von einer Zerschlagung tradierter Eigentums- und Machtstrukturen, wie sie für Revolutionen typisch sind, kann trotz der tiefgreifenden Veränderungen seit 2006 nicht die Rede sein. Weder wurden Armee, Polizei oder Justiz als Institutionen des *Ancien régime* zertrümmert noch konnte die oligarchisch strukturierte Elite des Oriente ökonomisch und politisch entmachtet werden. Inwiefern die neue Verfassung genutzt werden kann, um dies nachzuholen, bleibt eine offene Frage. Insofern ist die Neugründung Boliviens ein nicht abgeschlossener Reformprozess. Um die Vielschichtigkeit und Ambivalenz des Gesamtprozesses begrifflich auf den Punkt zu bringen, eignet sich wohl noch am besten die Kategorie der »Reformrevolution«.¹³¹

130 Es mehren sich jedoch die Stimmen, die vor den negativen Folgen der Unterordnung der sozialen Bewegungen unter die Regierung warnen. Vgl. als eine der aktuellsten Publikationen Moira Zuazo: ¿Los movimientos sociales en el poder? El gobierno del MAS en Bolivia. In: Nueva Sociedad. No. 227. Mai-Juni 2010. S. 120-135.

131 Vgl.: Raul Zelik: Venezuelas »bolivarianischer Prozess«. Mit Gilles Deleuze in Caracas. In: Prokla Nr. 142. Jg. 36 (März 2006) 1. S. 34. Für Zelik besteht das wichtigste Kennzeichen der »Reformrevolution« in Venezuela darin, dass sie einerseits mit den bestehenden politischen Strukturen grundlegend bricht, aber andererseits nicht den Rahmen der Rechtsstaatlichkeit verlassen will. Zwar ist schon dies ein neuartiger Balanceakt, der seine wahre Belastungsprobe aber erst dann erlebt, wenn auf dieser Grundlage eine soziale und ökonomische Transformation durchgesetzt werden soll. In der aktuellen Bolivien-Literatur wird »Revolution« oft in Verbindung mit »Demokratie« gebracht, was inhaltlich in eine ähnliche Richtung wie »Reformrevolution« weist. Vgl. steilevertretend für die gängige Argumentation: Cletus Gregor Barié: Bolivia: ¿Cuánta revolución cabe en la democracia? FRIDE Commentario. März 2007; Rafael Baustista: Pensar Bolivia. Del Estado colonial al Estado plurinacional. El

Will man ein klareres Bild des »emanzipatorischen Quantensprungs«¹³² gewinnen, den das »neue Bolivien« von Evo Morales verkörpert, dann sollen die bislang erreichten Veränderungen zur Systemkrise, welche den Prozess der Neugründung geradezu erzwungen hat, in Bezug gesetzt werden. Wenn wir Lessmann¹³³ folgen, dann handelt es sich um eine fünffache Krise: Die sozioökonomische Krise ist am deutlichsten sichtbar. Bolivien ist in dieser Hinsicht immer noch das Schlusslicht Südamerikas, wie sowohl die Indikatoren des Index' für menschliche Entwicklung (HDI) als auch die verschiedenen Einkommens- und Verteilungsbilanzen belegen. Die zweite Krise ist sozio-kultureller Art. Obwohl Bolivien das »indianischste« Land Südamerikas ist, zielte die staatliche Politik seit der Unabhängigkeit auf die Assimilation der indigenen Bevölkerung. Dies lief für diese darauf hinaus, dass erst der Verzicht auf die indigene Identität den vollen Zugang zur Staatsbürgerschaft ermöglichte. Dieser strukturell bedingte Missstand wurde erst mit der neuen Verfassung überwunden. Als dritte Krise nennt Lessmann die Legitimationskrise der Parteien und des politischen Systems, die zwei Seiten hat. Die erste zeigt sich im Zerfall der traditionellen Parteien und der Überlebtheit zentraler verfassungsrechtlicher Normen der Vergangenheit. Die dominante Stellung der MAS verweist auf die zweite Seite. Vieles deutet darauf hin, dass einerseits die Partei von Evo Morales ihre führende Rolle behalten wird, andererseits aber neue Parteien links und rechts von ihr an Bedeutung gewinnen werden. Eine vierte Krise manifestiert sich im Regionalkonflikt, bei dem sich soziale, ethnisch-kulturelle, ökonomische und politische Widersprüche überschneiden und miteinander verbinden. Diese Krise hatte Bolivien zwischenzeitlich an den Rand des Bürgerkriegs gebracht und besitzt immer noch ein hohes Konflikt- und Polarisierungspotential. Die fünfte Krisendimension zeigt sich in der Frage der nationalen Souveränität. Boliviens internationale Stellung war lange Zeit von hoher Abhängigkeit gegenüber äußeren Akteuren (USA, internationale Finanzorganisationen, Geberländer) und asymmetrische Handels- und Wirtschaftsbeziehungen gekennzeichnet. Zwar hat sich dies in den letzten vier Jahren teilweise zum besseren gewandelt, ohne dass aber die alte »Extraktionsmaschine«, die bis in die Kolonialzeit zurückreicht, überwunden werden konnte.

In der Gesamtschau wird zweierlei deutlich: In Bolivien ist ein tiefgreifender Umbruch- und Transformationsprozess in vollem Gange. Seine wich-

proceso de revolución democrático-cultural: 2003-2009. La Paz 2009; Yesko Quiroga: Bolivien: Revolution in der Demokratie? In: Lateinamerika Analysen 14. Hamburg 2 / 2006. S. 75-111; Carlos Torazo Roca: Bolivia: revolución democrática. La Paz 2006.

132 Robert Lessmann: Das neue Bolivien. S. 13/14.

133 Vgl.: Ebenda. S. 15-22.

tigsten Ergebnisse liegen auf der Akteurs- und institutionellen Ebene. Die »Ethisierung des Politischen« hat vor allem einen grundsätzlichen Wandel der interethnischen und interkulturellen Beziehungen bewirkt. Dadurch ist ein Prozess der Entkolonialisierung in Gang gesetzt worden, dessen Ausgang noch offen ist.¹³⁴ Die Rückgewinnung der Würde und des Selbstbewusstseins der indigenen Bevölkerung darf wohl als irreversibel angesehen werden. Auch das Modell des homogenen Nationalstaates gehört in Bolivien endgültig der Vergangenheit an. Das Land hat die Verfügungsgewalt über seine Naturressourcen wieder erlangt und die neue Regierung sorgt für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Zur Gesamtbilanz gehört jedoch eine zweite Seite. Diese besteht darin, dass viele der alten Strukturen und Verhaltensmuster noch nicht überwunden sind. Im Alltag trägt der Rassismus weiter seine bitteren Früchte und kann – wie die Konflikte in der Hauptstadtfrage und im Oriente zeigen – jederzeit in offene Gewalt umschlagen. Die alten Eliten mögen angeschlagen sein, verfügen aber nach wie vor über Macht und Einfluss. Es darf bezweifelt werden, dass sie ihre Ansprüche zurückschrauben werden und jeden Gedanken an Revanche aufgegeben haben. Die Herausforderungen, denen sich Regierung und soziale Bewegungen gegenüber sehen, sind enorm.¹³⁵ Die größte besteht darin, einen neuen Entwicklungspfad einzuschlagen. Ebenso wie in der Autonomiefrage, wo viele verschiedene Neuerungen noch unverbunden nebeneinander existieren, bedarf es in der Frage des Wirtschafts- und Entwicklungsmodells eines schlüssigen Gesamtkonzepts. Wie sollen die Prinzipien des »Vivir bien« mit Leben erfüllt werden und wie vertragen sie sich mit einem ökonomischen System, in dem der Rohstoffexport immer noch die tragende Säule bildet und auf absehbare Zeit bleiben wird? Diese und andere Grundfragen, die die Zukunft Lateinamerikas und darüber hinaus betreffen, stehen auch vor anderen Ländern und Akteuren. Ein wichtiger Hinweis, wie die Neugründung Boliviens mit der Gestaltung von Zukunftsfragen mit globaler Reichweite verbunden werden kann, war die Klimakonferenz in Cochabamba im April 2010. In dem Maße, wie sich die Krise des globalen Kapitalismus verschärft und mit den Erfordernissen einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Entwicklung der Menschheit

134 Vgl.: Álvaro García Linera: El Estado en transición. Bloque de poder y punto de bifurcación. In: Álvaro García Linera: La potencia plebea. Acción colectiva e identidades indígenas, obreras y populares en Bolivia. La Paz 2008. S. 392-412; Derselbe: Punto de bifurcación y consolidación del nuevo Estado. In: Maristella Svampa / Pablo Stefanoni / Bruno Fomillo: Balance y perspectivas. Intelectuales en el primer gobierno de Evo Morales. La Paz 2010; Bret Gustafson: La educación y el resurgimiento indígena en Bolivia: Desafíos al proyecto de 'descolonización'. In: Moraña, Mabel (ed.): Cultura y cambio social en América Latina, Madrid / Frankfurt a. M. 2008. S. 91-111.

135 Vgl.: Maristella Svampa / Pablo Stefanoni / Bruno Fomillo: Balance y perspectivas.

in Konflikt gerät, gewinnen Länder wie Bolivien neue Gestaltungsmöglichkeiten. Ob und wie sie genutzt werden können, hängt nicht zuletzt davon ab, wie entschieden sich Politiker, Wissenschaftler, soziale Bewegungen, Staaten und internationale Organisationen für den notwendigen globalen Wandel einsetzen und wie überzeugend ihre Konzepte sind. Der Beitrag des neuen Bolivien ist dabei unverzichtbar.

Anhang

Tabelle 8: Historische Etappen der Staatsbildung in Bolivien

	Etappe	Ökonomische Basis	Stellung der Elite	Regionale Hegemonie	Staat – Nation
I.a	Caudillismo (1840-1880) beendet durch Pazifikkrieg (1879/ 1880)	Indio-Tribut	Elitenkonflikte Pakt Staat – <i>Comunidades</i> Schlüsselrolle des Militärs	Nord-Süd-Achse (La Paz-Sucre/ Potosí)	Durchsetzung der »patria de criollo« (interner Kolonialismus)
I.b	»oligarchische Demokratie« (1880-1930) beendet durch Chaco- Krieg (1932-1935)	Silberboom (1870-1900) Beginn der Zinnära (1900 ff.); Expansion des Latifundismus	Silbermagnaten Zinnbarone (<i>Rosca</i>) Latifundisten	innerhalb der Nord- Süd-Achse erst Sucre (bis 1899), dann La Paz dominant	Konsolidierung des oligarchischen Staates
I.c	»Patt- und Pendelphase« (1936- 1952) beendet durch Revolution von 1952	Fortsetzung der Zinnära	Machtkampf Mittelschichten vs. Oligarchie Schlüsselrolle des Militärs	La Paz	Krise des oligarchischen Staates Aufstieg des mestizischen Nationalismus

II.a	»Nationale Revolution« (1952-1964) beendet durch Militärputsch	Fortsetzung der Zinnära Nationalisierung des Bergbaus und Agrarreform Integration des Oriente	neue politische Elite (MNR) erst Schlüsselrolle (bis 1956), dann Kanalisierung der sozialen Bewegungen	La Paz	Staat von 1952 mit mestizischem Projekt der Nation
II.b	Militär-Regimes (1964-1982) beendet durch demokratische Transition (1982-1985)	Krise u. Ende der Zinnära neuer agroindustrieller Latifundismus und Förderung der Kohlen- wasserstoffe im Oriente	neue ökonomische Elite (Oriente) Schlüsselrolle des Militärs	Entstehung der West- Ost-Achse (La Paz-Cochabamba- Santa Cruz)	Militarisierter Entwicklungsstaat
II.c	Neoliberale Paktidemokratie (1985-2003) beendet durch Ciclo Rebelde (2000-2005)	Beginn der Gas- und Soja-Ära	Elitenpakt und Krise der traditionellen Parteien Schlüsselrolle der sozialen Bewegungen (ab 2000)	Oriente als neues ökonomisches Zentrum	Neoliberaler Staat mit Paktidemokratie und Multikulturalismus
III.	Neugründung (seit 2006)	Fortsetzung der Gas- und Soja-Ära	Elitenwechsel Schlüsselrolle der sozialen Bewegungen	Kampf und Patt der Autonomen	Plurinationaler Staat

I. Oligarchischer Staat und sein Scheitern (1825-1952)

II. National-revolutionärer Staat und sein Scheitern (1952-2005)

III. Neugründung (seit 2006)

Zusammengestellt von Peter Gärtner.

Tabelle 9: Etappen im Verhältnis zwischen Staat und indigener Bevölkerung

Periodisierung	Politik des Staates gegenüber den Indígenas	Situation und Aktionen der Indígenas
Fortsetzung des Kolonialpaktes (1825-1860)	»Indiosteuer« <i>Pacto de Reciprocidad</i>	<i>Pax Comunal</i> Beginn der Bewegung der <i>Apoderados</i>
Übergangsphase/ Ende des Caudillismo (1860-1880)	Dekret gegen comunidades (1866) Sturz von Melgarejo (1871) <i>Ley de Exvinculación</i> (1874) Pazifikkrieg (1879/ 80)	1. Allianz gegen Melgarejo (1871)
Herrschaft der Konservativen/ Silberära (1880-1899)	erste Welle der »Latifundisierung« Elitekonflikt Konservative – Liberale <i>Guerra Federal</i> 1898/ 1899 Diskurs: <i>guerra de razas</i>	Aufstände (1892-1899) 2. Allianz gegen Konservative (1898/ 1899) eigenes politisches Projekt von Zarate Massaker von Mochoza (Feb. 1899)
Herrschaft der Liberalen (1900-1920)	Fortgesetzte Aneignung des Kommunallandes Zinnära (Rosca)	Verteidigung des Kommunaleigentums durch <i>Caciques Apoderados</i>
Republikanische Partei & Chacokrieg (1920-1935)	»Befriedung« der ländlichen Gebiete während des Chacokrieges neue Allianzen	Ciclo Rebelde 1910-1930: Jesus de Machaca (1921) Rebellion von Chayantia (1927)
Krise des oligarchischen Staates (1935-1952)	Verfassung 1938 Indigena-Kongreß 1945 Sturz von Villarreal 1946 Bürgerkrieg 1949	Landschulen (Warisata, Vacas) Furcht der städtischen Bevölkerung vor dem <i>guerra de razas</i> <i>Ciclo Rebelde</i> (1947)

<p>Nationale Revolution (1952-1964)</p>	<p>Projekt der »mestizischen Nation« (allgemeines Wahlrecht, Agrarreform, Nationalisierung, Bildungsreform)</p>	<p>De-Ethnisierung Landbesetzungen <i>Sindicatos agrarios</i> Bauernmilizen</p>
<p>Militärdiktatur (1964-1982)</p>	<p>Krise des Staates von 1952 <i>Pacto Militar Campesino</i> (PMC) Massaker im Tal von Cochabamba (1974) – Ende des PMC Kolonisierung des Oriente</p>	<p>Aufstieg des Katarismus (Zusammenfluss zweier Strömungen: bäuerlich-gewerkschaftlich und städtisch-kulturell) Beginn der Re-Ethnisierung (ab Ende der 1960er Jahre)</p>
<p>Neoliberale Strukturereformen (1985-2000)</p>	<p>Paktierte Demokratie Pluri-Multi-Politik Neo-Populismus Anti-Drogen-Politik Sozialer Wandel</p>	<p>Demobilisierung/ Rückzug: Nischen (Kokaanbau im Chapare) Migration (Stadt, Oriente) aber: Marsch für Land und Würde 1990, Dauerkonflikt in den Koka-Anbau-Gebieten</p>
<p>Krise des neoliberalen Staates (2000-2005)</p>	<p>Konfrontation Autonomiediskurs im Oriente</p>	<p><i>Ciclo Rebelde</i> (2000-2005) Aufstieg des MAS (Wahlen 2002, 2005) Diskurs: »Zwei Bolivien«</p>
<p>Beginn der Neugründung (2006-2010)</p>	<p>Regierung der sozialen Bewegungen, Reformen</p>	<p>Indigene Bewegungen als soziale Hauptbasis der »demokratisch-kulturellen Revolution«</p>

Zusammengestellt von Peter Gärtner.

Literatur

- Adelman, Jeremy: Unfinished States: Historical Perspectives on the Andes. In: Drake, Paul W. / Hershberg, Eric (eds.): State and Society in Conflict. Comparative Perspectives on Andean Crises. Pittsburgh 2006. S. 41-73.
- Albó, Xavier: Movimientos y poder indígena en Bolivia, Ecuador y Peru. La Paz 2008.
- Albó, Xavier: The »Long Memory« of Ethnicity in Bolivia and Some Temporary Oscillations. In: Crabtree, John / Whitehead, Laurence (eds.): Unresolved Tensions. Bolivia – Past and Present. Pittsburgh 2008. S. 13-34.
- Albó, Xavier: Cuatro semblanzas aymaras contemporáneos. La Paz 2002.
- Albó, Xavier: Andean People in the Twentieth Century. In: Salomon, Frank / Schwartz, Stuart (eds.): The Cambridge History of the Native Peoples of the Americas. Volume III. South America. Part 2. Cambridge et al. 1999. S. 765-871.
- Alenda, Stephanie: Dimensiones de la movilización en torno a Consciencia de Patria: Hacia un modelo explicativo de un caso de neopopulismo boliviano. In Revista de Ciencia Política. Vol. XXIII (2003) 1. S. 119-135.
- Aljovín de Losada, Cristóbal: El Ejército de la Confederación Perú Boliviana (1836-1839). In: Martínez Garnica, Armando (ed.): Independencia y transición a los estados nacionales en los países andinos: Nuevas perspectivas. Bucaramanga / Bogotá 2005. S. 133-152.
- Archondo, Rafael: Comunidad y divergencia de miradas en el Catarismo. In: Umbrales No. 7. La Paz. Juli 2000. S. 120-132.
- Arze, José Roberto / Gómez de Aranda, Blanca: Contribución académica a la historiografía boliviana: exposición bibliográfica. La Paz 2000.
- Arze Aguirre, René Danilo / Mendoza Pizarro, Javier / Trigo O'Connor d'Arlach, Eduardo: La guerra de la independencia al derecho y al revés : nueve aportes para comprender mejor el nacimiento de Bolivia. La Razón. Agosto de 2008. La Paz 2008.
- Augener, Jan Eduard: Subregionale Integration und Außenpolitik in der neo-liberalen Epoche in Lateinamerika. Bolivien, Brasilien, Chile und Costa Rica im Vergleich. Münster 2008.
- Barié, Cletus Gregor: Bolivia:¿Cuánta revolución cabe en la democracia? FRIDE Commentario. März 2007.
- Barragán, Rossana: Hegemonías y »Ejemonías«: la relaciones entre el Estado Central y las Regiones (Bolivia, 1825-1952). In: Iconos Num. 34. Quito Mai 2009. S. 39-51.

- Barragán, Rossana: Más allá lo mestizo, más allá de lo aymara: organización y representaciones de clase y etnicidad en el comercio callejero en la ciudad de La Paz. In: Kingman Garcés, Eduardo (comp.): Historia social urbana. Espacios y flujos. Quito 2009. S. 293-321.
- Barragán, Rossana: Bolivia: Bridges and Chasms. In: Poole, Deborah (ed.): A Companion to Latin American Anthropology. Oxford / Malden 2008. S. 32-55.
- Barragán, Rossana: Legitimidad de la historia o historia de legitimidades en la disputa por la capital de la República. Lecturas sobre la »Revolución del 16 de 1809« en el siglo XIX, en el 52 y en la actualidad. In: Soasti Toscano, Guadalupe (comp.): Política, participación y ciudadanía en el proceso de Independencias en la América Andina. Quito 2008 (KAS). S. 59-83.
- Barragán, Rossana: ¿Categoría fiscal o categoría social? La Campesinización del Indio. In: König, Hans-Joachim: Estado-nación, Comunidad indígena, Industria. Cuadernos de Historia Latinoamericana. AHILA 2000. S. 143-167.
- Barragán, Rossana: Indios, mujeres y ciudadanos. Legislación y ejercicio de la ciudadanía en Bolivia (siglo XIX). La Paz 1999.
- Barragán, Rossana et al. (comp.): El siglo XIX. Bolivia y América Latina. La Paz 1997.
- Barragán, Rossana / Roca, José Luis: Regiones y poder constituyente en Bolivia. Cuaderno de Futuro. La Paz 2005.
- Baustista, Rafael: Pensar Bolivia. Del Estado colonial al Estado plurinacional. El proceso de revolución democrático-cultural: 2003-2009. La Paz 2009.
- Bengoa, José: ¿Una segunda etapa de la Emergencia Indígena en América Latina? In: Cuadernos de Antropología Social. No. 29/ 2009. S. 7-22.
- Bieber, León: Bolivien, in: Bernecker, Walther et al. (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Lateinamerikas. Band 3. Stuttgart 1996. S. 821-845.
- Blanes Jiménez, José / Calderón Gutiérrez, Fernando / Dandler Hanhart, Jorge Erwin: Formación y evolución del espacio nacional. Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (PNUD). La Paz 2003 (2. Auflage).
- Blum, Volkmar: Hybridisierung von unten. Nation und Gesellschaft im mittleren Andenraum. Münster 2001.
- Bolívar, Simón: Rede von Angostura am 15. Februar 1819. Mit einem Essay von Ullrich K. Preuss. Hamburg 1995.
- Bonilla, Heraclio: El futuro del pasado. Las coordenadas de la configuración de los Andes. 2 Bde. Lima 2005.
- Bopp, Franziska / Ismar, Georg (Hrsg.): Bolivien – Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin 2006.

- Botero, Felipe / Rodríguez, Juan Carlos: Grande no es sinónimo de fuerte. Los partidos y la reforma política. In: Tanaka, Martín (ed.): La nueva coyuntura crítica en los países andinos. Lima 2009. S. 49-70.
- Buisson-Wolff, Inge: El »Ejército Libertador« y la formación del Estado Boliviano, 1825-1828. In: Buisson-Wolff, Inge, Staat, Gesellschaft und Nation in Hispanoamerika. Ausgewählte Aufsätze. Frankfurt a. M. 1999. S. 129-141.
- Buisson-Wolff, Inge: Geschichtsverständnis und Nationalismus in der bolivianischen Revolution. In: Buisson-Wolff, Inge, Staat, Gesellschaft und Nation in Hispanoamerika. Ausgewählte Aufsätze. Frankfurt a. M. 1999. S. 211-228.
- Burgos, Elizabeth: Bolivia o la pasión nacional. In: Nuevo Mundo – Mundos Nuevos. Número 5 / 2005.
- Büschges, Christian / Pfaff-Czarnecka, Joanna (Hrsg.): Die Ethnisierung des Politischen. Identitätspolitik in Lateinamerika, Asien und den USA. Frankfurt a. M. / New York 2007.
- Cahill, David: Genocide from Below: The Great Rebellion of 1780-82 in the Southern Andes. In: Dirk Moses (ed.): Empire, Colony, Genocide. Conquest, Occupation, and Subaltern Resistance in World History. New York / Oxford 2008. S. 403-423.
- Calderón, Fernando: Más plural, más progresiva... La consolidación democrática en Bolivia. In: Pensamiento Iberoamericano No. 14. Madrid. Juli-Dezember 1988. S. 47-51.
- Campero Prudencio, Fernando (dir.): Bolivia en el siglo XX. La formación de la Bolivia contemporánea. La Paz 1999.
- Cancino, Hugo: Indianismo, Modernidad y Globalización. Paper. Aalborg Universitet 2005.
- Canessa, Andrew: Natives Making Nation. Gender, Indigeneity, and the State in the Andes. Tucson 2005.
- Cavieres, Eduardo / Cajias de la Vega, Fernando (coord.): Chile – Bolivia, Bolivia – Chile: 1820-1930. Desarrollos políticos, economicos y culturales. Valparaiso 2008.
- Crabtree, John / Whitehead, Laurence (eds.): Unresolved Tensions. Bolivia – Past and Present. Pittsburgh 2008.
- Demélas, Marie-Danielle: La Invención Política. Bolivia, Ecuador, Perú en el siglo XIX. Lima 2003.
- Dencker, Angela: Der Indio in der bolivianischen Gesellschaft und Literatur der Jahrhundertwende. Frankfurt a. M. 1983.

- Do Alto, Hervé: El MAS-IPSP boliviano, entre movimiento social y partido político. In: análisis político. no. 62. Bogotá. Jan.-April 2008. S. 25-43.
- Do Alto, Hervé: Zwischen Indígena-Utopie und Wirtschaftspragmatismus. Die MAS erobert die Macht. In: Inprekorr Nr. 410 / 411. Januar / Februar 2006.
- Dunkerley, James: Bolivia: Revolution and the Power of History in the Present. Essays. London 2007.
- Dunkerley, James: Rebellion in the Veins. Political Struggle in Bolivia, 1952-1982. London 1984.
- Ernst, Tanja / Schmalz, Stefan (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Baden-Baden 2009.
- Espasandín López, Jesús / Iglesias Turrión, Pablo (cords.): Bolivia en movimiento. Acción colectiva y poder político. 2007.
- Farcau, Bruce W.: The Chaco War. Bolivia and Paraguay, 1932-1935. Westport (Conn.) / London 1996.
- Fellenberg, Peter: Charakter und Etappen der Bolivianischen Revolution 1952 bis 1955/56. Diss. Leipzig 1983.
- Gamarra, Eduardo A.: Bolivia: Managing Democracy in the 1990s. In: Domínguez, Jorge I. / Lowenthal, Abraham F. (eds.): Costructing Democratic Governance. South America in the 1990s. Baltimore / London 1996. S. 72-98.
- García Linera, Álvaro: Discurso del Vicepresidente del Estado Plurinacional de Bolivia. 22. Januar 2010.
- García Linera, Álvaro: La potencia plebea. Acción colectiva e identidades indígenas, obreras y populares en Bolivia. La Paz 2008.
- García Linera, Álvaro (coord.): Sociología de los movimientos sociales en Bolivia. Estructuras de movilización, repertorios culturales y acción política. La Paz 2004.
- Goedeking, Ulrich / Zuazo, Moira: Konfliktszenarien und soziopolitische Akteure in Bolivien. Berlin 2006.
- Gotkowitz, Laura: A Revolution for our Rights. Indigenous Struggles for Land and Justice in Bolivia, 1880-1952. Durham / London 2007.
- Gratius, Susanne: La »tercera ola populista« de América Latina. FRIDE Working Paper No. 45. Madrid. Oktober 2007.
- Gray Molina, George: Ethnic Politics in Bolivia: »Harmony of Inequalities« 1900-2000. CRISE Working Paper No. 15. Oxford. Februar 2007.

- Grindle, Merilee / Domingo, Pilar (eds.): *Proclaiming Revolution: Bolivia in Comparative Perspective*. Cambridge (Mass.) / London 2003.
- Gustafson, Bret: *la educación y el resurgimiento indígena en Bolivia: Desafíos al proyecto de 'descolonización'*. In: Moraña, Mabel (ed.): *Cultura y cambio social en América Latina*, Madrid / Frankfurt a. M. 2008. S. 91-111.
- Gutiérrez Aguilar, Raquel: *Los ritmos del Pachakuti*. La Paz 2008.
- Harnecker, Marta / Fuentes, Federico: *MAS-IPSP. Instrumento político que surge de los movimientos sociales*. La Paz 2008.
- Harten, Sven: *¿Hacia un partido »tradicional«? Un análisis del cambio organizativo interno en el Movimiento Al Socialismo (MAS) en Bolivia*. Nuevo mundo mundos nuevos 2007.
- Hartwig, Vera: *Indianer? Indigen? Indígenas? Indigenismus? Indianidad?* In: *Quetzal – Magazin für Politik und Kultur in Lateinamerika*. Heft Nr. 8. August 1994. S. 2-6.
- Heydt-Coca, Magda von der: *Die bolivianische Revolution von 1952*. Köln 1982.
- Historia, coyuntura y descolonización. *Katarismo e indianismo en el proceso político del MAS en Bolivia*. Fondo Editorial Pukara. Edición electrónica. La Paz 2010.
- Hurtado, Javier: *Katarismo*. La Paz 1991 (1986)
- Hylton, Forrest / Thomson, Sinclair: *Revolutionary Horizons: Past and Present in Bolivian Politics*. London / New York 2007
- Hylton, Forrest et al.: *Ya es otro tiempo el presente. Cuatro momentos de insurgencia indígena*. La Paz 2005.
- Irurozquí, Marta: *Cuando Charcas devino en Bolivia. Algunas reflexiones sobre el cambio político*. In: Frasset, Ivana / Slemían, Anurúa (eds.): *De las independencias iberoamericanas a los estados nacionales (1810-1850). 200 años de historia*. Madrid/ Frankfurt a. M. 2009. S. 153-179.
- Irurozqui Victoriano, Marta: *Ciudadanos armados o traidores a la patria? Participación indígena en las revoluciones bolivianas de 1870 y 1899*. In: *Iconos 26*. Quito. Sept. 2006. S. 35-46.
- Irurozqui Victoriano, Marta: (eda.): *La mirada esquiwa. Reflexiones históricas sobre la interacción del Estado y la ciudadanía en los Andes (Bolivia, Ecuador y Perú), siglo XIX*. Madrid 2005.
- Irurozqui Victoriano, Marta: *La ciudadanía en debate en América Latina. Discusiones historiográficas y una propuesta teórica sobre el valor público*

- de la infracción electoral. Instituto de Estudios Peruanos. Documento de Trabajo No. 139. Lima 2004.
- Irurozqui Victoriano, Marta: »A bala, piedra y palo«. La construcción de la ciudadanía política en Bolivia 1826-1952. Sevilla 2000.
- Irurozqui Victoriano, Marta: Conservadores sí, liberales también. Formación de los partidos políticos en Bolivia, 1880-1899. In: Malamud, Carlos: Partidos políticos y elecciones en América Latina y la península ibérica, 1830-1930. Madrid 1995. S. 113-144.
- Irurozqui Victoriano, Marta: Armonía de las desigualdades: Elites y conflictos de Poder en Bolivia, 1880-1920. Lima 1994.
- Irurozqui Victoriano, Marta: Las elites bolivianas y la cuestión nacional. 1992. S. 203-215.
- Jacobsen, Nils / Aljovín de Losada, Cristóbal (eds.): Political cultures in the Andes, 1750-1950. Durham (NC) 2005.
- Jäger, Thomas (Hrsg.): Bolivien – Staatszerfall als Kollateralschaden. Wiesbaden 2009.
- Jost, Stefan: Das politische System Boliviens. In: Stüwe, Klaus / Rinke, Stefan (Hrsg.): Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung. Wiesbaden 2008. S. 86-113.
- Klarén, Peter F.: Nación y sociedad en la historia del Perú. Lima 2004.
- Klein, Herbert S.: Bolivia. – The Evolution of a Multi-Ethnic Society. New York / Oxford 1992.
- Klein, Herbert S.: Parties and Political Change in Bolivia, 1880-1952. Cambridge et al. 1969.
- Kohl, Benjamin / Farthing, Linda: Impasse in Bolivia. Neoliberal hegemony and popular resistance. London / New York 2006.
- König, Hans-Joachim (ed.): El indio como sujeto y objeto de la historia latinoamericana. Pasado y presente. Frankfurt a. M. / Madrid 1998.
- Kübler, Jürgen: Antiimperialistisch-demokratische und sozialistische Revolution in Lateinamerika. In: Kossok, Manfred (Hrsg.): Vergleichende Revolutionsgeschichte – Probleme der Theorie und Methode. Berlin 1988. S. 249-264.
- Kurtenbach, Sabine et al. (Hrsg.): Die Andenregion – Neuer Krisenbogen in Lateinamerika. Frankfurt a. M. 2004.
- Langer, Eric: Bringing the Economic Back In: Andean Indians and the Construction of the Nation-State in Nineteenth-Century Bolivia. In: Journal of Latin American Studies. 41 (2009). S. 527-551.

- Langer, Eric: *Economic Change and Rural Resistance in Southern Bolivia, 1880-1930*. Stanford 1989.
- Larson, Brooke: *Democratic Progress or Peril? Indigenous and Popular Mobilization in Bolivia*. In: Bland, Gary / Arnson, Cynthia J. (eds.): *Democratic Deficits: Addressing Challenges to Sustainability and Consolidation around the World*. Washington D.C. 2009. S. 183-194.
- Larson, Brooke: *Andean Highland Peasants and the Trials of Nation Making during the Nineteenth Century*. In: Salomon, Frank / Schwartz, Stuart (eds.): *The Cambridge History of the Native Peoples of the Americas*. Volume III. South America. Part 2. Cambridge et al. 1999. S. 558-703.
- Laserna, Roberto: *Entre el ch'enko y el rentismo: subdemocracia y subdesarrollo en Bolivia*. In: Tanaka, Martín (ed.): *La nueva coyuntura crítica en los países andinos*. Lima 2009. S. 213-250.
- Lessmann, Robert: *Das neue Bolivien. Evo Morales und seine demokratische Revolution*. Zürich 2010.
- Lorini, Irma: *El nacionalismo en Bolivia de la pre y posguerra del Chaco (1910-1945)*. La Paz 2006.
- Lucero, José Antonio: *Struggle of Voice. The Politics of Indigenous Representation in the Andes*. Pittsburgh 2008.
- Madrid, Raúl: *Indigenous Parties and Democracy in Latin America*. In: *Latin American Politics and Society*. Vol. 47 (winter 2005) 4. S. 161-179.
- Madrid, Raúl: *The rise of ethno-populism in Latin America*. In: *Latin American Politics and Society*. 60 (April 2008) 3. S. 475-508.
- Mansilla, H. C. F.: *La Revolución de 1952 en Bolivia: Un intento reformista de modernización*. In: *Revista de Estudios Políticos (Nueva Epoca)*. Num. 17. Sep.-Oct. 1980. S. 117-128.
- Marchena Fernández, Juan: *Los procesos de independencia en los países andinos: Ecuador y Bolivia*. In: Chust, Manuel / Serrano, José Antonio (eds.): *Debates sobre las independencias iberoamericanas*. Madrid / Frankfurt a. M. 2007. S. 159-199.
- Martínez Garnica, Armando (ed.): *Independencia y transición a los estados nacionales en los países andinos: Nuevas perspectivas*. Bucaramanga / Bogotá 2005.
- Martínez, Armando / Chust, Manuel (eds.): *Una independencia, muchos caminos. El caso de Bolivia (1808-1826)*. Castelló de la Plana 2008.
- Mayorga, Fernando: *El gobierno de Evo Morales: nacionalismo e indigenismo en tiempos de cambio*. In: Tanaka, Martín (ed.): *La nueva coyuntura crítica en los países andinos*. Lima 2009. S. 125-151.

- Mayorga, Fernando: Partidos políticos y democracia en Bolivia. August 2008.
- Mayorga, Fernando: Nacionalismo e indigenismo en el MAS: los desafíos de la articulación hegemónica. Erstmals publiziert in: Revista de Ciencias Sociales Decursos. Año VIII. Número 15-16. Dic. 2006.
- Mayorga, Fernando: Neopopulismo y democracia en Bolivia. In: Revista de Ciencia Política. Vol. XXIII (2003) 1. S. 99-118.
- Medio siglo de la Revolución Nacional de 1952. III Congreso Nacional de Sociología. Revista de Sociología. No. 24. La Paz 2003.
- Méndez, Cecilia: Incas Sí, Indios No: Apuntes para el estudio del nacionalismo criollo en el Perú. Instituto de Estudios Peruanos. Documento de Trabajo. No. 56. Lima 2000 (2da. edición).
- Mendieta Pareda, Pilar: Indígenas en Política. Una mirada desde la historia. La Paz 2008.
- Mesa, José de / Gisbert, Teresa / Mesa Gisbert, Carlos: Historia de Bolivia. La Paz 2007 (sexta edición).
- Miller, Rory: Peru, Bolivien, Chile 1830-1920. In: Bernecker, Walther et al. (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Lateinamerikas. Band 2. Stuttgart 1992. S. 619-679.
- Mires, Fernando: La rebelión permanente. Las revoluciones sociales en América Latina. México D.F. et al. 1988.
- Moreno Cebrián, Alfredo / Martínez Riaza, Asunción: Peru, Hochperu, Bolivien. In: Bernecker, Walther et al. (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Lateinamerikas. Band 2. Stuttgart 1992. S. 249-302.
- Moreno, Isabel / Aguirre, Mariano: Refounding the State in Bolivia. FRIDE Working Paper No. 31. Madrid. Januar 2007.
- Muñoz-Pogossian, Betilde: Electoral Rules and the Transformation of Bolivian Politics. The Rise of Evo Morales. New York 2008.
- Muruchi Poma, Felix Feliciano / Farthing, Linda D. / Kohl, Benjamin B.: Minero con poder de dinamita. La vida de un activista boliviano. La Paz 2009.
- Pampuch, Thomas / Echalar, Agustín: Bolivien. München 1987.
- Peralta Ruiz, Víctor / Irurozqui Victoriano, Marta: Por la Concordia, la fusión y el unitarismo. Estado y caudillismo en Bolivia, 1825-1880. Madrid 2000.
- Petras, James / Veltmeyer, Henry: What's Left in Latin America? Regime Change in New Times. Farnham (England) / Burlington (USA) 2009.
- PNUD / FES-ILDIS / Plural: Tenemos pechos de bronce ... pero no sabemos nada. Memoria de la Conferencia Internacional: Revoluciones a los cincuenta años de la Revolución Boliviana. La Paz 2003.

- PNUD Bolivia: Informe Nacional sobre Desarrollo Humano 2007. El Estado del Estado en Bolivia. La Paz 2007.
- Poma, Muruchi: Evo Morales. Die Biografie. Leipzig 2007.
- Postero; Nancy Gray: Now We Are Citizens. Indigenous Politics in Postmulticultural Bolivia. Stanford 2007.
- Postero; Nancy Gray: Articulations and Fragmentations: Indigenous Politics in Bolivia. In: Postero, Nancy Gray / Zamosc, León (eds.): The Struggle for Indigenous Rights in Latin America. Brighton / Portland 2004. S. 189-216.
- Queiser Morales, Waltraud: Bolivia – Land of Struggle. Boulder et. al. 1992.
- Quiroga, Yesko: Bolivien: Revolution in der Demokratie? In: Lateinamerika Analysen 14. Hamburg 2 / 2006. S. 75-111.
- Rehrmann, Norbert: Simón Bolívar. Die Lebensgeschichte des Mannes, der Lateinamerika befreite. Berlin 2009.
- Richard, Nicolás: Mala Guerra: los indígenas en la Guerra del chaco, 1932-1935. Asunción del Paraguay / Paris 2008.
- Rinke, Stefan: Revolutionen in Lateinamerika. Wege in die Unabhängigkeit 1760-1830. München 2010.
- Rivera Cusicanqui, Silvia: Ch'ixinakax utxiwa: Prácticas y pensamientos descolonizadoras. In: Le Monde Diplomatique – Bolivia. Dez. 2009.
- Rivera Cusicanqui, Silvia: Violencia e interculturalidad. Paradojas de la etnicidad en la Bolivia de hoy. La Paz 2007.
- Rivera Cusicanqui, Silvia: »Oprimidos pero no vencidos«: Luchas del campesinado aymara y quechwa 1900-1980. La Paz 2003.
- Rivera Cusicanqui, Silvia: Luchas campesinas contemporáneas en Bolivia: El movimiento »Katarista«, 1970-1980. In: Zavalta Mercado, René (comp.): Bolivia hoy. México D.F. 1983. S. 129-168.
- Robins, Nicholas A.: Genocide and Millennialism in Upper Peru: The Great Rebellion of 1780 – 1782. Westport (Conn.) / London 2002.
- Rojas Ríos, César: Democracia de alta tensión. Conflictividad y cambio social en la Bolivia del siglo XXI. La Paz 2007.
- Romero Ballivián, Salvador: CONDEPA y UCS: El declive del neopopulismo boliviano. In: Revista de Ciencia Política. Vol. XXIII (2003) 1. S. 67-98.
- Salomon, Frank / Schwartz, Stuart (eds.): The Cambridge History of the Native Peoples of the Americas. Volume III. South America. Part 2. Cambridge et al. 1999.
- Sater, William F.: Andean Tragedy: Fighting the War of the Pacific, 1879 – 1884. Lincoln et al. 2007.

- Schmidt, Peer (Hrsg.): *Kleine Geschichte Spaniens*. Bonn 2005.
- Sevilla, Rafael/ Benavides, Ariel (Hrsg.): *Bolivien – Das verkannte Land*. Bad Honnef 2001.
- Shifter, Michael / Joyce, Daniel: *Bolivia, Ecuador y Venezuela, la refundación andina*. In: *Política Exterior*. Num. 123. Mai / Juni 2008. S. 55-66.
- Soruco Sologuren, Ximena: *Estado plurinacional – pueblo, una construcción inédita en Bolivia*. In: *OSAL*. Buenos Aires. CLACSO. Año X (Okt. 2009) No. 26. S. 19-33.
- Soux, María Luisa: *Tributo, constitución gaditana y renegociación del pacto colonial*. In: Soasti Toscano, Guadalupe (comp.): *Política, participación y ciudadanía en el proceso de Independencias en la América Andina*. Quito 2008 (KAS). S. 225-251.
- Soux, María Luisa: *La independencia desde una perspectiva institucional: el caso de Alto Perú*. In: Martínez Garnica, Armando (ed.): *Independencia y transición a los estados nacionales en los países andinos: Nuevas perspectivas*. Bucaramanga / Bogotá 2005. S. 201-223.
- St. John, Ronald Bruce: *Same Space, Different Dreams: Bolivia's Quest for a Pacific Port*. In: *The Bolivian Research Review*. Vol. 1 (Juli 2001) 1.
- Stefanoni, Pablo: *El nacionalismo indígena como identidad política: La emergencia del MAS-IPSP (1995-2003)*. Buenos Aires 2003.
- Stefanoni, Pablo / Do Alto, Hervé: *Evo Morales – de la coca al Palacio. Una oportunidad para la izquierda indígena*. La Paz 2006.
- Ströbele-Gregor, Juliana: *Kanon mit Gegenstimme – Soziale Bewegungen und Politik in Bolivien*. In: Schmalz, Stefan / Tittor, Anne (Hrsg.): *Jenseits von Subcommandante Marcos und Hugo Chávez*. Hamburg 2008. S. 129-141.
- Ströbele-Gregor, Juliana: *Indigene Emanzipationsbewegungen in Lateinamerika*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 51-52/ 2006. 18. Dezember 2006. S. 5-11.
- Svampa, Maristella / Stefanoni, Pablo / Fomillo, Bruno: *Balance y perspectivas. Intelectuales en el primer gobierno de Evo Morales*. La Paz 2010.
- Tanaka, Martín (ed.): *La nueva coyuntura crítica en los países andinos*. Lima, 2009.
- Tapia, Luis: *La coyuntura de la autonomía relativa del estado*. La Paz 2009.
- Ticona Alejo, Esteban: *Pueblos indígenas y Estado boliviano. La larga historia de conflictos*. In: *Gazeta de Antropología*. No. 19 / 2003.
- Torazo Roca, Carlos: *Bolivia: revolución democrática*. La Paz 2006.

Tórrez, Yuri F. / Zegada, María Teresa et al.: Movimientos sociales en tiempos de poder. Articulaciones y campos de conflicto en el gobierno del MAS (2006-2007). La Paz 2008.

Van Cott, Donna Lee: Bolivia: The Construction of a Multiethnic Democracy. In: Wiarda, Howard J. / Kline, Harvey F. (eds.): Latin American Politics and Development. Boulder 2007. S. 345-363.

Whitehead, Laurence: La democracia frustrada de Bolivia, 1977-1980. In: O'Donnell, Guillermo / Schmitter, Philippe C. / Whitehead, Laurence (comp.): Transiciones desde un gobierno autoritario. America Latina. Buenos Aires et al. 1988. S. 79-111.

Wolff, Jonas: Zwischen Demokratisierung und Destabilisierung: Die indigenen Bewegungen in Bolivien und Ecuador als Herausforderung der real-existierenden Demokratie. In: Bopp, Franziska / Ismar, Georg (Hrsg.): Bolivien – Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin 2006. S. 247-278.

Zalles Cueto, Alberto: De la revuelta campesina a la autonomía política: la crisis boliviana y la cuestión aymara. In: Nueva Sociedad 182. Noviembre / Diciembre 2002. S. 106-120.

Zapata, Álvaro: Ciudadanía, clase y etnicidad. Un estudio sociológico sobre la acción colectiva en Bolivia a comienzos del siglo XXI. La Paz 2006.

Zavaleta Mercado, René (comp.): Bolivia hoy. Mexiko 1983.

Zavaleta Mercado, René: Bolivia: Crecimiento de la idea nacional. La Habana 1967

Zuazo, Moira: ¿Cómo nació el MAS? La ruralización de la política en Bolivia. La Paz 2008.

Zuazo, Moira: ¿Los movimientos sociales en el poder? El gobierno del MAS en Bolivia. In: Nueva Sociedad. No. 227. Mai-Juni 2010. S. 120-135.

NANCY ROMER

Basisdemokratie und soziale Bewegungen in Bolivien

Ein lateinamerikanisches Experiment

Eine neue Allianz demokratisch gewählter Regierungen mit sozialistischer Programmatik bildet sich in Lateinamerika heraus. Handelsabkommen, die überregionale Bündnisse ermöglichen, werden geschlossen. Venezuela, Ecuador und in bedeutsamen Maße Argentinien, Chile, Nicaragua und Brasilien betreiben eine Politik zur Stärkung der Armen und fordern die US-amerikanische und neoliberale Hegemonie heraus. Andere Nationen folgen ihnen.

Unter diesen synergetischen Bewegungen ist kein Land in Lateinamerika besser geeignet, ein demokratischer sozialistischer Staat zu werden als Bolivien. Das Land besitzt alle potentiellen Elemente einer mächtigen sozialen Bewegung, ist reich an Kultur- und Organisationsformen. Seine Einwohner zählen zu den ärmsten in Südamerika. Bolivien hat den größten Anteil indigener Bevölkerung in der Region, die mehr Regierungen als alle anderen Nationen in der Hemisphäre gestürzt hat. Das Land besitzt reiche, wenn auch bisher unberührte, natürliche Ressourcen, die es gerecht zu verteilen gilt, um die Lage seiner Einwohner zu verbessern. Es verfügt wahrscheinlich über die vielseitigsten und effektivsten basisorientierten, egalitären Organisationen der Welt.¹

Im Dezember 2005 wählte eben diese Bewegung ihren ersten indigenen Präsidenten, Evo Morales. Dessen Partei, die Bewegung zum Sozialismus (*Movimiento al Socialismo* – MAS) errang eine Mehrheit in der Nationalversammlung. Viele bolivianische Aktivisten sprechen eher von einem »radikalen Humanismus« als von einer strikt klassenbasierten Gesellschaft. Sie betonen die Stärke einer multiplen Führung und Bewegung sowie einer

1 Vgl.: Raul Zibechi, zitiert in: Benjamin Dangl: *The Price of Fire: Resource Wars and Social Movements in Bolivia*. Oakland (CA) 2007.

»pluri-nationalen« Gesellschaft, die Ideen und Stärke durch ihre Vielfalt gewinnt. Viele suchen nach einer Bewegung, die Kontrolle ausübt, statt einer Partei oder Regierung, die die Macht ergreift.² Um all diese Ziele wird hart gerungen.

Der Kampf um die Zukunft Boliviens wirft die fundamentale Frage nach der sozialistischen Transformation auf. Werden die Basisbewegungen erfolgreich ihre Unabhängigkeit gegenüber der Regierung erreichen, weiterhin Macht von unten zur Geltung bringen sowie die Nationalisierung der natürlichen Ressourcen, die ökonomische Entwicklung, die Umverteilung von Land, grundlegende Veränderungen in der Verfassung und den Ausbau des öffentlichen Sektors durchsetzen können? Sind diese Veränderungen angesichts der Einschüchterung und Bedrohung (und des möglichen militärischen Vordringens) durch die nationalen Eliten, die die Interessen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der US-Botschaft vertreten, möglich? Gelingt es, die vielfältigen Visionen des sozialistischen Projekts, die von den indigenen Einwohnern, Arbeitern, Bauern, den städtischen, ländlichen und anderen Regionen artikuliert werden, in ausreichender Solidarität zusammenzufassen, um sich gegen die Kräfte der Reaktion und das linke Sektierertum durchzusetzen? Kann eine hinreichend vielgestaltige Wirtschaftsentwicklung durchgesetzt werden, um die materiellen Bedingungen für einen angemessenen Lebensstandard für alle zu schaffen? Das sind die großen Fragen, die von den Bewegungen, politischen Akteuren und der Politik in Bolivien (mehr oder weniger) eine Antwort verlangen. Die Art der Beantwortung wird einen enormen Einfluss auf die Beschaffenheit und das Ergebnis des gesamtsozialistischen Projektes in Lateinamerika haben.

Der Angriff des Neoliberalismus auf das bolivianische Volk

Der Neoliberalismus wird von den lateinamerikanischen Linken als »Raubtierkapitalismus« bezeichnet.³ Dieses Projekt der internationalen Unternehmungsklassen begann 1973 mit einem Frontalangriff auf den Wohlfahrtsstaat in Chile und wurde durch das faschistische, neoliberale Regime Pinochets unterstützt. In der Ersten Welt führte seine Durchsetzung zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung und zum Rückgang des öffentlichen Sektors. Wäh-

2 Vgl.: Silvia Rivera Cusicanqui / Forrest Hylton / Pablo Mamani / Oscar Olivera: Bolivia Today: Struggles over Decolonization and Collective Resources. Vorlesungen an der New York University. 10. September 2007.

3 Vgl.: Gerardo Renique: Introduction to Latin America Today: The Revolt Against Neoliberalism. In: *Socialism and Democracy*. Somerville (MA) 19(2005)3. S. 1-11.

rend der 1980er Jahre verfeinerten Reagan und Thatcher diese Ideologie und wandten sie schonungslos in der Dritten Welt und im Besonderen in Lateinamerika an. Das Ziel des neoliberalen Programms ist es, Geld von unten nach oben zu pressen, von den Armen zu den Reichen. Es forciert ein Pro-Unternehmensklima, indem Gesetze dahingehend geändert werden, dass Unternehmen leicht Land und Industrie übernehmen und Arbeiter entlassen können. Kleine Bauern werden von Grund und Boden vertrieben und große Farmen geschaffen, die chemische Mittel einsetzen, die schädlich für Umwelt, Arbeiter und Konsumenten sind. Staatliche Dienstleistungen werden eliminiert und/oder privatisiert und soziale Rechte, welche die Menschen zuvor hart erkämpft haben, verweigert. Das Unglück der Dunkelhäutigen wird verschärft und der Rassismus als Mittel für soziale Spaltung genutzt. Regierungen werden gekauft und verkauft und gefügig gemacht. Große Mediengiganten wollen uns davon überzeugen, dass »es keine Alternative gibt«. Wie David Harveys Theorie der Kapitalakkumulation durch Enteignung besagt, führen sie ein Programm zur Wohlstandsmehrung bei Reichen und ein ungerechtes Programm für alle anderen ein. Ein Programm, bei dem die Reichen den Gewinn ernten und die Armen die Haftung übernehmen. Sie beten zum Gott des »Marktes« und reden uns ein, dies sei »common sense«.⁴

Bolivians »Perfekter Sturm«

Das von Landmassen umschlossene Bolivien war schon immer ein Land mit großen Naturreichtümern (historisch Silber und Zinn, neuerdings auch Erdgas) und starker politischer Unterdrückung. Wie andere kolonialisierte Menschen auch, sahen die Indios und später die Mestizen, wie die Früchte ihrer Arbeit in die Erste Welt gebracht wurden, ursprünglich durch Monarchien, dann durch Konzerne, die ihre Ressourcen stahlen, ihre Regierungen korrumpierten und sich lokaler Eliten bedienten, die ihre Geschäfte übernahmen. Der Großteil dieser Eliten waren hellhäutige Bolivianer, aber nicht immer.

Der massive Einsatz des Rassismus durch den Kapitalismus war ein ständiges Thema in Boliviens Geschichte. Wegen seiner großen indigenen Bevölkerung sind viele, die sich Mestizen nennen, ebenso dunkelhäutig; Kultur, nationale Monumente und Schätze, Musik und Tanz, Essen, Praktiken des politischen Protests sind in ihrem indigenen Erbe verwurzelt. Während

⁴ Vgl.: David Harvey: *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford 2006; vgl. auch: Naomi Klein: *The Shock Doctrine: The Rise of Disaster Capitalism*. New York 2007.

indigene Menschen kontinuierlich verdrängt, unterdrückt und ausgebeutet wurden, blieb ihre Kultur weitgehend unberührt und diente als Quelle von Ideen, Solidarität, Organisationsmethoden und Kraft. Aber, wie fast überall auf der Welt, haben die Dunkelhäutigen die geringste Macht und den niedrigsten Status und sind viel häufiger von Armut betroffen.

Seit den 1980ern verursachten die vom IWF, von der Weltbank und von der US-Botschaft durchgesetzten Strukturanpassungsprogramme, die zur Schuldentilgung dienten, Massenentlassungen von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, im Bildungs-, Gesundheits-, Transport- und Versorgungswesen. Durch die Aufhebung internationaler Kapitalschranken setzte eine Kapitalflucht von weniger profitablen Arbeitsmärkten wie Bolivien in Länder mit gefügigeren Arbeitern wie China ein und führte zur Entlassung von 35.000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Fallende Zinnpreise und der Kampfgeist der politisch mächtigen Bergarbeitergewerkschaft dienten als Begründung für die Entlassung tausender Bergleute: 1985 gab es noch 30.000 von ihnen, 1987 nur noch 7.000. Die neuen »Pro-Unternehmer«-Gesetze erlaubten Landkauf durch ausländische oder lokale Investoren ebenso wie eine Überflutung des Marktes mit billigen, subventionierten US-Agrarprodukten. Dies ruinierte die Klein- und Subsistenzwirtschaft. Neu privatisierte öffentliche Dienstleistungen in Energie-, Transport-, und Versorgungsbetrieben ermöglichten multinationalen Konzernen die Kontrolle über elementare Bereiche der Wirtschaft und führten zur Entlassung weiterer 14.000 Beschäftigter in diesen Industriebereichen. Bei einer Bevölkerung von knapp 9 Millionen, wovon über die Hälfte unter 18 Jahre alt ist, hatten diese Entlassungen ein enormes Gewicht. Von ihrem Land und ihrem Arbeitsplatz vertrieben, überfluteten Arbeitslose auf der Suche nach einer Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, die Städte und bildeten Slums an deren Rändern. Die meisten der Jobs, die sie fanden, waren im informellen Sektor und oft weit unter dem Existenzminimum angesiedelt. Sie verkauften Waren auf lokalen Märkten, oft 8-12 Stunden täglich in Verkaufsständen sitzend. Viele arbeiteten in kleinen Familienunternehmen, in denen Aufträge für Fertigungsarbeiten ausgeführt werden. Der Reallohn der Bolivianer sank in dieser Zeit deutlich.⁵ Die Migration bolivianischer Arbeiter nach Argentinien, Brasilien, Peru, die USA und Spanien, die von dort Geld (*remesas*) überwiesen, erhielt viele Familien am Leben. Die Mehrheit der Betroffenen gehörte der indigenen Bevölkerung an.

5 Vgl.: Susan Spronk: Roots of Resistance to Urban Water Privatization in Bolivia: The »New Working Class«, the Crisis of Neoliberalism, and Public Services. In: International Labor and Working Class History. Cambridge 71(2006)1. S. 8-28; Benjamin Kohl / Linda Farthing: Impasse in Bolivia: Neoliberal Hegemony and Popular Resistance. New York 2006.

Die hemmungslosen Aktivitäten der Regierungseliten, die die Interessen der US-amerikanischen und europäischen Konzerne repräsentierten, führten zu Gegenreaktionen und zum gemeinsamen Handeln der wichtigsten Sektoren der Gesellschaft. Diese mündeten schließlich in einem »perfekten Sturm« der Revolution in Bolivien. Die Bevölkerungsgruppen, die diesen Umbruch zu ihrem Vorteil nutzten, waren die indigenen Einwohner, die Gewerkschaften und die an den Rand gedrängten Arbeiter, Kokabauern, Landlosen, Frauen und Studenten, die sich in einer »Re-Artikulation« linker indigener Kräfte vereinten.⁶ Dieser Prozess vollzog sich im Zeitraum von 2000 bis 2005. Sein Ziel bestand in der Beseitigung der gemeinsamen Quelle der Unterdrückung.

Ogleich die Neoliberalen eher ökonomische und politische Machtressourcen zum Regieren nutzen, wenden sie Methoden gewaltsamer Unterwerfung an, falls diese Mittel versagen. Die Ermordung hunderter Demonstranten und Aktivisten durch die Regierung stärkte deren Entschlossenheit nur noch. Ihre sektorübergreifende Einheit basierte auf einer gemeinsamen Analyse des Neoliberalismus, der sich des Rassismus und lokaler Handlanger bediente. Die Armen und die Arbeiterklasse, die Dunkelhäutigsten der Gesellschaft, deren Rechte die Regierung vor so langer Zeit aufgehört hatte zu respektieren, taten sich zusammen, um ihre eigene Regierung zu bilden und ihr Leben in die Hand zu nehmen. Dies führte zur ersten revolutionären Bewegung des 21. Jahrhunderts, die in der Wahl einer sich selbst als sozialistisch bezeichnenden Regierung endete.⁷ Im Folgenden werden alle Sektoren der Bewegung sowie die Dynamiken einschließlich der Erfolge und Misserfolge der neuen Regierung wie auch der Volksbewegung seit der Wahl betrachtet.

Die indigene Bevölkerung

Der vielleicht wichtigste Akteur in diesem Bericht ist die riesige, ausgegrenzte und von Armut geplagte indigene Bevölkerung, die sich in den letzten 25 Jahren um die großen Städte angesiedelt hat. Mit den beschriebenen Veränderungen in der Beschäftigung und durch die Verstädterung kam es zu Verschiebungen im Selbstverständnis der politischen Akteure von klassenorientierten Organisationen wie Gewerkschaften hin zu territorialbasierten Organisationen, die meist auf den ethnisch und rassistisch begründeten Aus-

6 Vgl.: Jeffrey Webber: The Bolivia Left and Indigenous People Join in Struggle. In: Monthly Review. New York 57(2005)4. S. 34-48.

7 Vgl.: Adolfo Gilly: Bolivia: A 21st Century Revolution. In: Socialism and Democracy. Somerville (MA) 19(2005)3. S. 41-54.

schluss aus der Gesellschaft sowie die natürlichen Ressourcen fokussiert waren. Diese Organisationen wurden sowohl von den indigenen und Bauernbewegungen als auch den arbeitsplatzbasierten Gewerkschaften inspiriert, mit denen sie eng verbunden waren.⁸

La Paz hat eine Einwohnerzahl von 800.000 und liegt 3.600 Meter über dem Meeresspiegel. El Alto befindet sich unmittelbar oberhalb von La Paz, direkt unterhalb des internationalen Flughafens, auf einer Höhe von ca. 4.100 Metern. 1950 betrug die Bevölkerung von El Alto 11.000 Einwohner; 2001 lautete die offizielle Angabe 650.000, aber viele schätzen die Bevölkerung von El Alto auf annähernd 1 Million.⁹ Seine geographische Lage zwischen der Hauptstadt und dem internationalen Flughafen ist strategisch entscheidend und bietet somit eine taktisch günstige Möglichkeit – den »*bloqueo*« bzw. die Straßenblockade. Durch diese Maßnahme wird der Verkehr auf den Hauptstraßen gestoppt – und eröffnet der größtenteils indigenen Bevölkerung von El Alto eine direkte Machtressource. Die enge Verbundenheit mit ihren indigenen Wurzeln, ihren Dörfern und ländlichen Gemeinschaften, ihre soziale Isolation von der übrigen Gesellschaft von La Paz und Bolivien, die Diskriminierung und der Rassismus, die sie täglich erfahren müssen, hat die Menschen von El Alto gestärkt und dazu geführt, sich auf ihre eigene Stärke zu besinnen und eigene Zukunftsvisionen zu entwickeln.

Während der letzten 20 Jahre erlebten die Menschen in Bolivien eine starke Verschlechterung ihres Lebensstandards und einen Zusammenbruch ihrer traditionellen Gemeinschaften und Familien. Jetzt leben in El Alto 67 Prozent unterhalb der Armutsgrenze, 60 Prozent haben keine sanitären Einrichtungen in ihren Häusern, 60 Prozent sind unter 25 Jahre alt und nur 10 Prozent über 50. 69 Prozent der Erwachsenen sind im informellen Sektor oder in Zeitarbeit beschäftigt – meist in Familienunternehmen, und 43 Prozent sind Lohnarbeiter, größtenteils in der Produktion und in häuslichen Diensten. Sie bilden den größten Teil der Bevölkerung, eine arme, unbequeme, abgeschlossene, junge und zu einem gewissen Grad verzweifelte Gruppe. Ihre

8 Vgl.: Susan Spronk: Roots of Resistance to Urban Water Privatization in Bolivia: The »New Working Class«, the Crisis of Neoliberalism, and Public Services. In: International Labor and Working Class History. Cambridge 71(2006)1. S. 8-28. Obwohl der Großteil der indigenen Bevölkerung nicht in El Alto lebt, verkörpert El Alto deren aktuelle Stärke, da sie hier am besten organisiert und politisch präsent ist. Vgl.: Silvia Rivera Cusicanqui: Reclaiming the Nation: Roots of Rebellion. In: Vijay Prashad / Teo Ballve (Hrsg.): Dispatches From Latin America: On the Frontlines Against Neoliberalism. Cambridge (MA) 2006.

9 Vgl.: Adolfo Gilly: Bolivia: A 21st Century Revolution. In: Socialism and Democracy. Somerville (MA) 19(2005)3. S. 41-54. Vgl. außerdem: Kathryn Hicks, Anthropologin, promoviert zum Thema der Frauenbewegungen in El Alto, persönliche Kommunikation. November 2006.

Häuser und Märkte sind unbeschreiblich dicht gedrängt; der meist informelle Handel dominiert das Gemeindeleben.¹⁰ Der Warenaustausch bewegt sich von und zu ihren städtischen und ländlichen Gemeinden und Familien und viele Händler sind eng an ihr Dorf angebunden. Nicht wenige Dorfvorsteher wohnen hauptsächlich in El Alto, was die engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen El Alto und dem Großteil der Hochland-Aymara belegt.¹¹ Wenn Probleme in einem bestimmten Dorf auftreten, stehen die Alteños¹² diesem bei und verteidigen es. Diese Solidarität ist Teil der sozialen und politischen Netzwerke, die Identität und politische Aktion innerhalb der Nation vereinen.

Raul Zibechi beschreibt die sich ausbreitenden, horizontalen, erweiterten Familienunterkünfte und Straßen wie in El Alto, die neue Formen von Lebens-, Produktions- sozialen und politischen Räumen schaffen. Von diesem neuen Raum aus organisieren sich die zuvor verdrängten oder »ranglosen« Menschen. Neuer städtischer Aktivismus erwächst aus der Kraft, nicht mehr in der Hand der Konzerne und des Staates zu sein, außerhalb von deren hierarchischen Lohnstrukturen und Strukturen der sozialen Kontrolle, außerhalb des geographischen Rasters, das die kapitalistischen Städte vereint.¹³ Der heftige Widerstand der Alteños zeigt sich immer wieder. Sie haben die Fußgängerbrücken zerstört, von denen aus das repressive Militär die Bewohner ausspioniert und beschossen hat. Somit konnten die Militärs nur noch über die Straßen in die Gemeinden gelangen und wurden dort direkt mit den Einwohnern konfrontiert.

Zibechi verdeutlicht, dass die Logik der Betriebe und des Kapitalismus eine Homogenisierung und hierarchische Organisation der Arbeitermassen

10 Vgl.: Adolfo Gilly: Bolivia: A 21st Century Revolution. In: Socialism and Democracy. Somerville (MA) 19(2005)3. S. 41-54. Vgl. außerdem: Sian Lazar: El Alto, Ciudad Rebelde: Organizational Bases for Revolt. In: Bulletin of Latin American Research. Oxford 25(2006)2. S. 183-199. 74 Prozent der Bevölkerung von El Alto bezeichnen sich selbst als Aymara und für viele von ihnen ist Aymara ihre erste und oft auch einzige Sprache. Die Analphabetenquote ist sehr hoch.

Die beteiligten Hauptorganisationen - Einheitsgewerkschaft der Landarbeiter und Bauern Boliviens (Confederación Sindical Unica de los Trabajadores Campesinos de Bolivia - CSUTCB); Verband der Straßenverkäufer/ Kleinhändler; Verband der Nachbarschaftsräte (Federación de Juntas Vecinales - FEJUVE), Verband der Elternräte (Federación de Padres de Familia - FEDEPAF); Regionale Arbeiterzentrale (Central Obrera Regional - COR) - sind alle lokal und national vernetzt.

11 Vgl.: Xavier Albó: El Alto: Mobilizing Block by Block. In: NACLA Report on the Americas. New York 40(2007)4. S. 34-38.

12 Bewohner von El Alto.

13 Vgl.: Raul Zibechi: Subaltern Echoes: Resistance and Politics »Desde el Sotano«. In: Socialism and Democracy. Somerville (MA) 19(2005)3. S. 13-39.

bedeutet. Nach Kapitalflucht, Massentlassungen und Stilllegung der Betriebe und des Wohlfahrtsmodells sehen wir dann einen Wandel hin zu Heterogenität und horizontalen Strukturen und Beziehungen. In El Alto verfügen die 400 bis 550 Nachbarschaften über eine enge Vertretungs- und Dienstleistungsstruktur (Verband der Nachbarschaftsräte – FEJUVE). Es gibt an Schulen angebundene Elternberatungen, die parallel lokale und stadtweite Organisationen haben, sowie Partizipation, die vielfältige Erfahrungen und ein lokales »organisches« Führungssystem hervorbringt. Ein System »rotierender Demokratie« hat sich entwickelt, in welchem die Teilhabe innerhalb jeder Familie, jedes Blocks oder jeder Nachbarschaft hin zur nächsten Organisationsebene regelmäßig wechselt oder rotiert. Dadurch wird eine breite Eingebundenheit und politische Bildung ebenso wie ein regelmäßiger Wechsel von Anführern erreicht. Es wird eingeschätzt, dass eine höhere Anzahl an Anführern solider und schwerer zu korrumpieren oder zu töten ist.¹⁴ Anders als die Gewerkschaften, die zu den hierarchischen Strukturen der kapitalistischen Arbeitswelt tendieren, sind Entscheidungsfindung und Macht in diesen nachbarschaftlichen Strukturen viel horizontaler. Anwesenheit ist Pflicht, aber sobald das Treffen beginnt, breitet sich eine tiefe demokratische Vision aus.

Alteños haben vor langer Zeit aufgehört, im Alltag von der bolivianischen Regierung abhängig zu sein und etablierten eine parallele Regierung: Sie erheben Steuern und stellen direkte Dienstleistungen für die Menschen zur Verfügung. Sie haben sogar eine lokale, indigene und extralegale Struktur, in welcher sie Kriminelle vor Gericht stellen und nach indigenen, nicht festgeschriebenen Gesetzen bis hin zum Todesurteil verhandeln, wenn sie die Kriminellen für schuldig befinden.¹⁵ Das ist die Machtbasis der El Altos: Menschen, die durch Kapitalismus und Rassismus ausgebeutet und fallengelassen werden, sowie die Räume und Organisationen, die sie sich zum Widerstand und Wiederaufbau schaffen.¹⁶ Zibechi vertritt die Meinung, dass

14 Vgl.: Silvia Rivera Cusicanqui / Forrest Hylton / Pablo Mamani/ Oscar Olivera: Bolivia Today: Struggles over Decolonization and Collective Resources. Vorlesungen an der New York University. 10. September 2007; Linda Farthing: Anniversary Interview with Silvia Rivera Cusicanqui. In: NACLA Report on the Americas. New York 40(2007)4. S. 4-9.

15 Vgl.: Sian Lazar: El Alto, Ciudad Rebelde: Organizational Bases for Revolt. In: Bulletin of Latin American Research. Oxford 25(2006)2. S. 183-199.

16 Nach der Naturkatastrophe von Hurrikan Katrina und der darauf folgenden, nicht naturgegebenen Katastrophe der US-Regierung, die armen Schwarzen aus der Stadt zu verbannen, haben sich diese Menschen in Survivor Councils (Räte der Überlebenden) versammelt und horizontale gemeindebasierte Strukturen geschaffen, die darauf ausgerichtet sind, als Opposition direkt handlungsfähig gegenüber der Regierung zu sein. Die Art der Wohnungsbeschaffung, sich illegal leer stehende, staatliche Gebäude anzueignen, erinnert an Organisationsweisen in El Alto. Es überrascht nicht, dass die Aktivisten der New Orleans

Marxismus allein nicht den Weg nach vorn erklären kann. Eher wird sich eine neue Mischung von Theorie, Ideen und Praxis zur Führung und Erläuterung der Volksbewegung durchsetzen. Wirkliche Herausforderungen kommen weniger von Organisationen, die kapitalistische Organisationen widerspiegeln; sie können vielleicht nur von Strukturen kommen, die insgesamt von verschiedenen Körperschaften geformt werden.¹⁷

Mit diesen engen organisatorischen Strukturen, interner Bildung und politischer Solidarität, die oft von anderen übersehen werden¹⁸, hat El Alto regelmäßig seine »politischen Muskeln« bezüglich Fragen wie Autonomie, Ausbeutung und Regierungsgrundsätzen spielen lassen. Die Taktik des »*bloqueo*« nutzend, haben sich zehntausende Menschen organisiert, um gemeinschaftlich ihre Macht auf eine Art und Weise zu nutzen, die geschichtlich tief verwurzelt ist und ihrer Zukunftsvision entspricht. Die Kataristabewegung, benannt nach dem berühmten indigenen Kämpfer Tupac Katari aus dem 18. Jahrhundert, begann Mitte der 1970er Jahre und folgte auf eine Untersuchung der indigenen Ausbeutung und des Ausschlusses aus der Gesellschaft. Dieser Einfluss trug wesentlich zur Schaffung einer Allianz aus Indigenen und Arbeitern bei.

Der »Schwarze Februar« 2003, massive Straßendemonstrationen von Arbeitern, indigener Bevölkerung, progressiven Fachkräften und Bourgeoisie, sowie Studenten und Dozenten, wurde von Highschool-Schülern aus El Alto organisiert. Diese Bewegung schloss sich mit den entsprechenden Bewegungen aus La Paz zusammen. Sie sprachen sich gegen weitere Einkommens-

Survivor Council arm und schwarz sind und aus Kulturen mit dichten, weitreichenden Familienstrukturen kommen, die durch die Gesetzgebung aus finanziellen Interessen zerstört wurden. Selbst ihre Allianz mit Gastarbeitern (meist Latinos) über Arbeiterzentren spiegelt die Koalition der Arbeiter und der indigenen Bevölkerung wieder, wie sie für Bolivien und den Großteil Lateinamerikas gilt und hier beschrieben wurde.

17 Vgl.: Raúl Zibechi: Subaltern Echoes: Resistance and Politics 'Desde el Sotano. In: Socialism and Democracy. Somerville (MA) 19(2005)3. S. 13-39. »Kommunale Ratsversammlungen«, unterstützt von Hugo Chávez in Venezuela, sind parallele Strukturen, die notwendige Dienstleistungen von der Nachbarschaft für die Nachbarschaft organisieren, vorschlagen und durchführen. Das bereitet die Menschen auf eine große Teilhabe am politischen Leben des Landes vor. Lokaler »natürlicher« Führungsgeist wird durch diese Strukturen entwickelt und befördert die breite Bewegung für politischen und sozialen Wandel. Zudem weisen die Strukturen und Traditionen in El Alto starke Ähnlichkeiten mit denen in Oaxaca (Mexiko) auf: Bei beiden überwiegen indigene Gemeinschaften, die alternative öffentliche Dienstleistungen entwickelt haben und durch traditionell erwartete Freiwilligendienste unterstützt werden. In Oaxaca wird dies »tequio« genannt.

18 Vgl.: Nancy Davies: The People Decide: Oaxaca's Popular Assembly. Natick (MA) 2007; Aníbal Quijano: The Challenge of the »Indigenous Movement« in Latin America. In: Socialism and Democracy. Somerville (MA) 19(2005)3. S. 55-78; Silvia Rivera Cusicanqui: Q & A, Brecht Forum. New York City. 11. Nov. 2007.

steuern aus und prangerten die Illegitimität der (alten) Regierung an. Im »Roten Oktober« 2003 erneut an Kraft gewinnend, verdrängte die gleiche Koalition endgültig den verhassten Präsidenten »Goni« Lozada. Die Akteure verlangten die Verstaatlichung der Gasvorkommen des Landes sowie die Schaffung einer neuen Verfassung, welche die Rechte und Organisationen der indigenen Völker anerkennt.

2005 nahmen eben diese vereinten Kräfte an einem Generalstreik teil, der von den indigenen *Alteños* angeführt wurde: Sie umzingelten La Paz und blockierten seine Straßen, um die Frage der Verstaatlichung des Gases zu klären. Dies führte zum Rücktritt des Präsidenten Carlos Mesa und zur Neuwahl des Präsidenten.¹⁹

Auseinandersetzungen mit dem bolivianischen Militär fanden fortwährend statt, wurden aber immer wieder durch die indigenen Frauen entschärft. Sie breiteten die indigene Flagge als Tischtuch aus, auf welchen sie Speisen mit den Soldaten teilten, um sie sinnbildlich Willkommen zu heißen und auch ihre Überlegenheit im Kampf zu demonstrieren.²⁰ Vereint mit parallelen Verbindungen in anderen Teilen des Landes führte dieser massive koordinierte Kampf, der über zwei Millionen Menschen auf die Straßen brachte, zum Fall zweier (pro-) neoliberaler Regierungen und letztlich zur Wahl von Evo Morales, dem ersten indigenen und sozialistischen Präsidenten in der Geschichte Boliviens.

In diesen Aktionen fand Boliviens Symbol der Infragestellung kolonialer Herrschaft seine erneute Verkörperung: 1781 versammelten Tupac Katari (wie sein Ebenbild Tupac Amaru, beide indigene Revolutionäre aus den Anden) und Bartolina Sisa die Aymara vor La Paz und belagerten es wochenlang. Silvia Rivera Cusicanqui, Expertin für bolivianische revolutionäre Bewegungen, weist darauf hin, dass »der Alptraum der indianischen Belagerung weitergeht, um den Schlaf des bolivianischen Kreolentums zu stören.«²¹ Die Angst vor den »schwarzen Massen« zeigt sich in den Gedanken der regierenden Elite, reflektiert den enormen Rassismus und die offensichtlich große reale Zahl auf der Seite der Indigenen. Die Regierenden scheinen Angst vor der Rache der Bevölkerung zu haben.

19 Vgl.: Jeffrey Webber: The Bolivia Left and Indigenous People Join in Struggle. In: Monthly Review. New York 57(2005)4. S. 34-48.

20 Vgl.: Silvia Rivera Cusicanqui / Forrest Hylton / Pablo Mamani / Oscar Olivera: Bolivia Today: Struggles over Decolonization and Collective Resources. Vorlesungen an der New York University. 10. September 2007. Organisationen von Feministinnen und Frauen sind Teil der männlich dominierten Bewegung und kämpfen Seite an Seite mit dieser.

21 Silvia Rivera Cusicanqui: Oprimidos pero no vencidos: Luchas del campesinado aymara y qhechwa, 1900-1980. La Paz 2003; Adolfo Gilly: Bolivia: A 21st Century Revolution. In: Socialism and Democracy. Somerville (MA)19(2005)3. S. 41-54.

Gewerkschaftlicher Kampfgeist

Bolivien hat eine lange Geschichte von Gewerkschaften und Organisationen. Seit den 1930er Jahren führte eine Reihe linker Gruppen eine militante gewerkschaftliche Vereinigung an, die den linken Flügel der bolivianischen Politik bildeten. Besonders die Bergarbeitergewerkschaft war sehr mächtig, ideologisch, oft in utopischem Sinne sozialistisch und stand an der Spitze der Bolivianischen Arbeiterzentrale (Central Obrera Boliviana – COB).²² Die Arbeiterbewegung und die indigenen Bauern waren gemeinsam die zentralen Akteure bei der Durchsetzung einer demokratischen Revolution im Jahr 1952. Der Erfolg dieser Revolution, organisiert durch die Nationalistische Revolutionäre Bewegung (Movimiento Nacionalista Revolucionario - MNR), bestand im Übergang der Kontrolle von der Oligarchie zu einer Allianz der Mittelschichten, qualifizierter Arbeitskräfte, Stadtbewohner, Arbeiter und Bauern, welche eine Reihe wichtiger Reformen durchsetzte. Sie verstaatlichte die Minen und die Standard Oil Co. in Bolivien, bildete lokale Mitbestimmungsstrukturen und führte eine Landreform durch. Die mangelnde Verankerung der neuen Gesetze, der Ausschluss der indigenen Bevölkerung aus Machtpositionen und die fortgesetzte Vormacht US-amerikanischer und multinationaler Konzerne hatten letztlich zur Folge, dass sich die Volksbewegungen zu andauernden Wellen des Aufruhrs vereinigten. Wie auch immer, das erzeugte eine geschichtliche Erinnerung an die Möglichkeit der Revolution für Arbeiter und Bauern und bereitete den Boden für ihre Bündnisse und Politik.

Seit den 1950ern war die hauptsächliche Organisationsform in Bolivien die Gewerkschaft: Die blinden Bettler hatten eine Gewerkschaft, Eisverkäufer und die Beschäftigten an jedem akzeptablen Arbeitsplatz ebenso wie die Bauern. Zusätzlich zur Vertragsaushandlung für ihre Mitglieder spielten die Gewerkschaften eine große Rolle im sozialen und politischen Kampf – die Aktivisten waren größtenteils sozial eingestellt, sie sahen die Notwendigkeit größerer Kämpfe, um Siege im Kampf um die Rechte der Arbeiter zu erringen. Die Gewerkschaften der Bergarbeiter und der Lehrer, beide stark von Marx, Lenin und Trotzki sowie sozialistischen Utopisten beeinflusst, waren wichtige Akteure in der historischen Arbeiterbewegung, die sich in Bolivien entwickelte. Das organisatorische und ideologische Fundament der gewerkschaftlichen Bewegung hat alle anderen progressiven Bewegungen in Bolivien beeinflusst.²³

22 Vgl.: Xavier Albó: El Alto: Mobilizing Block by Block. In: NACLA Report on the Americas. New York 40(2007)4. S. 34-38.

23 Vgl.: Rafael Puente, ein ehemaliger Akademiker, Kokabauer, einst stellvertretender Minister

Aber seit den 1970er Jahren begann die Bedeutung der betriebsbasierten Gewerkschaften für das politische Leben in Bolivien in qualitativer und quantitativer Hinsicht abzunehmen. In den 1990ern kam es zu infolge von Kapitalflucht zu attraktiveren Märkten und strukturellen Anpassungsmaßnahmen zu Massenentlassungen. Die Menschen verarmten stark. Die große Arbeiterbewegung, die in der Gewerkschaft der Bergleute in Potosí und Oruro verkörpert war, zersplitterte infolge der Abwanderung der Arbeitskräfte, ihrer Machtbasis, die in den Städten und im landwirtschaftlichen Chapare Beschäftigung suchten.²⁴

1990 waren neun von zehn neuen Jobs im informellen Sektor angesiedelt.²⁵ Des Weiteren wurden infolge von Änderungen im Arbeitsrecht in den 1990er Jahren Gewerkschaften in Betrieben mit weniger als 20 Arbeitern verboten. Diese Situation schuf eine »neue Arbeiterklasse«, die sich von früheren Varianten unterschied. Doch sie konnte sich organisieren und war politisch dynamisch.²⁶

Mitte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts zogen einige bolivianische Gewerkschafter, darunter Oscar Olivera, ehemaliger Arbeiter einer Schuhfabrik und Präsident des zentralen Arbeitsgerichts in Cochabamba, Bilanz. Nach der Untersuchung der Veränderungen zogen sie die Schlussfolgerung, dass nur noch wenige Arbeiter in größeren Betrieben arbeiteten, die meisten Beschäftigten Teilzeit- oder Zeitarbeiter waren und das eigene Zuhause, die Gemeinde sowie die informelle Wirtschaft zum hauptsächlichen Arbeitsort geworden war. Weiter wurde festgestellt, dass die Organisation der Arbeiter in traditionellen Gewerkschaften nicht mehr funktioniert. Um ihre Relevanz beizubehalten und ihre historische Rolle als Verteidiger der Arbeiterklasse wiederzuerlangen, waren sie besser beraten, sich in den Gemeinden zu organisieren, wo politische Handlungen wahrscheinlicher waren. So fiel die Entscheidung, die Fähigkeiten und Möglichkeiten der Gewerkschafter zu

der Regierung Morales und jetzt Evos Verantwortlicher für Volksbildung. Persönliches Interview, Cochabamba, November 2007. Vgl. außerdem: Domitila Barrios de Chungara: *Let Me Speak! Testimony of Domitila, a Woman of the Bolivian Mines*. New York 1978; June Nash: *We Eat the Mines and the Mines Eat Us*. New York 1979; James Dunkerly: *Rebellion in the Veins: Political Struggle in Bolivia 1952-1982*. London 1984; Benjamin Kohl/ Linda Farthing: *Impasse in Bolivia: Neoliberal Hegemony and Popular Resistance*. New York 2006.

24 Vgl.: Leslie Gill: *Teetering on the Rim: Global Restructuring, Daily Life, and the Armed Retreat of the Bolivian State*. New York 2000.

25 Vgl.: Lourdes Benería: *Shifting the Risk: New Employment Patterns, Informalization and Women's Work*. In: *International Journal of Politics, Culture and Society*. New York 15(2001)1. S. 27-53.

26 Vgl.: Susan Spronk: *Roots of Resistance to Urban Water Privatization in Bolivia: The 'New Working Class', the Crisis of Neoliberalism, and Public Services*. In: *International Labor and Working Class History*. Cambridge 71(2006)1. S. 8-28.

nutzen, einen neuen Ort und eine neue Organisationsform zu schaffen, um die verarmte Arbeiterklasse zu vertreten und zu führen.²⁷

Wasserkriege – Territoriale Organisation für Pachamama (Mutter Erde)

Wie bei vielen Bewegungen im globalen Süden, an denen die Arbeiter und andere Sektoren beteiligt waren, galt ein wichtiger Kampf dem Wasser.²⁸ In Cochabamba, wie auch im restlichen Bolivien, wurde das Wassersystem vor allem in ärmeren Gemeinden von einzelnen Familien und Gemeinschaften erbaut und unterhalten und später durch die Stadt zusammengeführt. Als die alte Regierung den Verkauf des Wassersystems an das private Unternehmen Aguas de Tunari, eine Tochtergesellschaft des US-Konzerns Bechtel, verkündete, erwachte die Bevölkerung. Den Menschen war es sogar verboten, Regenwasser aufzufangen, da dies eine Konkurrenz zum privaten Wassersystem darstellte.

Im Kampf, der 1999 begann, wurde eine »*Coordinadora*« oder Versammlung organisiert, um, wie es die Bolivianer nannten, einen »Wasserkrieg« zu führen. 2000 war die *Coordinadora de Defensa del Agua y de la Vida* (Kordinierungskomitee zur Verteidigung des Wassers und des Lebens) zu einer Bewegung angewachsen, in der Vertreter aus verschiedenen Stadtvierteln in Cochabamba sowie Gewerkschaften, Kirchen, Universitäten und Schulen, Bauern und NGOs vertreten waren. Die örtlichen Bewohner, die *Cochabambinos*, wussten, dass die Privatisierung des Wassersystems, das sie mit ihren eigenen Händen gebaut hatten und ihnen von ihren Ahnen und Mutter Erde anvertraut worden war, steigende Preise für Wasser bedeutet, welche sie nicht würden bezahlen können.²⁹

Die *Coordinadora* wurde zum Kern des Kampfes, welcher zehntausende *Cochabambinos* in einer horizontalen, nicht hierarchischen Struktur vereinte. Die *Coordinadora* veranstaltete Treffen, meist unter freiem Himmel, wo hunderte, manchmal tausende Menschen Strategien und Taktiken diskutier-

27 Vgl.: Oscar Olivera, ehemaliger Arbeiter einer Schuhfabrik, Gewerkschaftsvorsitzender, Vorsitzender der zentralen Arbeiterversammlung von Cochabamba. Persönliches Interview, November 2006. Vgl. außerdem Oscar Olivera (mit Tom Lewis): *Cochabamba! Water War in Bolivia*. Cambridge (MA) 2004.

28 Vgl.: Vandana Shiva: *Water Wars: Privatization, Pollution, and Profit*. Cambridge, (MA) 2002; William Tabb: *Resource Wars*. In: *Monthly Review*. New York 59(2007)7. S. 32-42. Benjamin Dangl (*The Price of Fire*,) bezieht sich im Titel seines Buches auf die Kosten natürlicher Ressourcen und grundlegender Bedürfnisse des Lebens, wie z. B. Wasser, Gas, Land, Arbeit.

29 Vgl.: Benjamin Kohl / Linda Farthing: *Impasse in Bolivia: Neoliberal Hegemony and Popular Resistance*. New York 2006.

ten, in offenen Vertretungen abstimmt, Konsens erreichen und dann die Teilnehmer in ihre Gruppen entsandten, um zu handeln. Die Struktur und Umsetzung von Entscheidungen waren spontan aber mächtig, da die Menschen die Bedeutsamkeit, Ernsthaftigkeit und Kraft ihrer Anstrengungen fühlten. Die Treffen dauerten oft viele Stunden oder gar Tage.³⁰

In der *Coordinadora* manifestierte sich die notwendige Vereinigung zwischen städtischen und ländlichen politischen Akteuren, die beide stärkte.³¹ Diese städtisch-ländliche, Multi-Klassen- und »territorial-basierte« Allianz bezog »neue soziale Subjekte« mit ein, im Besonderen Gewerkschaften außerhalb der traditionellen Arbeiterbewegung und selbst nachbarschaftliche Verbindungen. Álvaro García Linera, ein Sozialist und jetzt Vizepräsident von Bolivien, beschrieb die neuen Formen der Organisation wie die *Coordinadora* folgendermaßen: Sie »schaffen keine Grenzen zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern auf die Art und Weise, wie Gewerkschaften es taten«. ³² Susan Spronk weist darauf hin, dass »dieser Einschätzung zufolge Gewerkschaften mit ihrem Kampf um legale Verträge, mit geschlossener Mitgliedschaft und hierarchischer Führungsstruktur nicht mehr länger das Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, im Besonderen derjenigen in informellen Arbeitsformen, vertreten ... die *Coordinadora* ... ist ein besseres Mittel, die Arbeiterklasse zu organisieren, weil das einzige Kriterium für Mitgliedschaft die aktive Teilnahme am täglichen Kampf war«. ³³

Massiven friedlichen zivilen Streiks und Straßenblockaden, welche die Region um Cochabamba abriegelten, wurde mit Gewalt (über 100 Verletzte) und Verhaftungen der Anführer durch Regierungskräfte begegnet. Massendemonstrationen dauerten an und fanden im Hochland (inklusive La Paz und El Alto) durch Bauern und im Chapare (Region in der Nähe von Cochabamba) ein Echo. Letztendlich gab die Regierung auf und annullierte die Privatisierungsvorhaben in Anbetracht dieser starken und umfassenden Be-

30 Vgl.: Oscar Olivera (mit Tom Lewis): Cochabamba! Water War in Bolivia. Die Strukturen und Treffen der Coordinadora ähneln stark denen der APPO-Volksversammlungen in Oaxaca (Mexico) vom Sommer und Herbst 2006. Vgl. dazu: Nancy Davies: The People Decide: Oaxaca's Popular Assembly, Natick (MA) 2007.

31 Vgl.: Oscar Olivera: Bolivia Today: Struggles over Decolonization and Collective Resources. Vortrag an der New York University. 10. September 2007.

32 Álvaro García Linera (Hrsg.): Sociología de los movimientos sociales en Bolivia. La Paz 2004. S. 621ff. Vgl. außerdem: Álvaro García Linera: La potencia plebea. Acción colectiva y identidades indígenas, obreras y populares en Bolivia. Buenos Aires 2008. S. 269-329.

33 Susan Spronk: Roots of Resistance to Urban Water Privatization in Bolivia: The »New Working Class«, the Crisis of Neoliberalism, and Public Services. In: International Labor and Working Class History. Cambridge 71(2006)1. S. 2.

wegung zum Schutz der natürlichen Ressourcen, in der sich die Menschen spontan und eigenständig organisiert hatten.

Dieser Prozess der Massenorganisation durch eine *Coordinadora* wurde in Cochabamba und anderen Teilen Boliviens 2003 im »Gaskrieg« wiederholt, in welchem die Bolivianer sich erneut gegen ihre Not erhoben und verlangten, dass der große Reichtum des Landes, jetzt Erdgas oder Erdöl (durch Mutter Erde bereitgestellt), den Menschen zurückgegeben werden sollte: Sie verlangten die Nationalisierung der Gasvorkommen. Diese Forderung fand im ganzen Land Widerhall und führte zu einem landesweiten Referendum über die Verstaatlichung des Erdgases und über den Rücktritt von Präsident Lozada.³⁴

In La Paz geriet die Privatisierung des Wassers 2005 abermals in den Fokus, als die Preise des privatisierten Wassers dramatisch stiegen und den umliegenden Gebieten von El Alto die Versorgung vorenthalten wurde. Ein Generalstreik in El Alto, in erster Linie organisiert durch den Regionalverband der Gewerkschaften (COR) und die nachbarschaftlichen Organisationen (FEJUVE), bewirkte die Rückführung des Wassersystems in staatliche Hände. Territoriale Organisationen, die die Kontrolle natürlicher Ressourcen, den »Preis des Feuers«, als Lebensnotwendigkeit forderten, verfestigten sich.

Kokabauern (Cocaleros)

Die Kokabauern oder *Cocaleros* aus dem nahen Chapare, Boliviens fruchtbarstem und meist gemäßigten Gebiet, waren Verbündete der Gewerkschaften, Arbeiter und Einwohner von Cochabamba. Die Bevölkerung des Chapare stieg, als Privatisierung und Schließung der Minen eine Massenmigration bewirkten und meist indigene Bergarbeiter in den Anbaugebieten verstärkt Koka anbauten, eines der wenigen gewinnbringenden Agrarprodukte. Bereits in vorkolonialer Zeit war das Kauen von Kokablättern eine heilige und gemeinschaftliche Tradition der indigenen Bevölkerung in Bolivien, die Koka wie Koffein nutzt: Das Kauen der Blätter des Kokastrauchs hält wach, ermöglicht, viele Stunden ohne Essen zu arbeiten, dämpft den Appetit, hält in den kalten Anden warm und spendet Energie. Bolivianer nehmen eine große Anzahl Kokablätter zu sich, kauen sie stundenlang intensiv bis sie zu einer Masse werden, saugen den Saft heraus und genießen ihn.³⁵

34 Vgl.: Sian Lazar: El Alto, Ciudad Rebelde: Organizational Bases for Revolt. In: Bulletin of Latin American Research. Oxford 25(2006)2. S. 183-199.

35 Vgl.: Silvia Rivera Cusicanqui / Forrest Hylton / Pablo Mamani / Oscar Olivera: Bolivia Today: Struggles over Decolonization and Collective Resources. Vorlesungen an der New

Während des neoliberal bedingten wirtschaftlichen Rückgangs zog es viele entlassene Bergleute und andere Arbeiter auf die Kokafarmen in den Chacare. Ehemalige Minenarbeiter erhielten 150 US-Dollar Abfindung und gaben die Hälfte davon für Kokasamen aus, um mit dem Anbau dieser robusten Feldfrucht zu beginnen. *Cocalero*-Gewerkschaften entwickelten sich zu einer mächtigen Machtbasis am Markt und in Gemeinden. Sie bildeten bewaffnete Selbstverteidigungskomitees zum Schutz ihrer Familien gegen Programme der Kokavernichtung durch Militär und Einheiten zur Aufstandsbekämpfung, die von den USA unterstützt wurden.³⁶ Sechs große *Cocalero*-Gewerkschaften vereinten sich letztlich innerhalb der Konföderation der Gewerkschaften der Bauern in Bolivien (CSUTCB), welche als Hauptakteur im nationalen Widerstand gegen den Neoliberalismus galt.³⁷ Die Gewerkschaften der Kokabauern lehnten die Nutzung und den Verkauf von Koka für den Export als Kokain ab. Der Markt, welchen sie verteidigten, war inländisch und vielschichtig.³⁸ Dennoch beteiligten sich einige *Cocaleros* am Welthandel von Kokain für die USA und andere Märkte. Der US-amerikanische »Krieg gegen die Drogen« gab der bolivianischen Regierung den geeigneten Vorwand für die Unterdrückung der wachsenden Bewegung landwirtschaftlicher Arbeiter. Diese forderten die Möglichkeit, sich einen Lebensunterhalt auf dem Land zu verdienen und das Recht zu haben, Land zu besitzen und darauf anzubauen, was sie wünschen. Koka war einer der wenigen überlebensfähigen Anbaukulturen und die Kokabauern waren nicht bereit, sich diese nehmen zu lassen. Für sie war der US-amerikanische »Krieg gegen die Drogen« ein Krieg gegen die Bauern. Es war definitiv ein Krieg gegen die Anführer der Bauernbewegung, da viele von ihnen verhaftet wurden, darunter einige, die jetzt Regierungsmitglieder sind. Wie der jetzige »Antiterrorkrieg« der USA ermöglichte der »Antidrogenkrieg« die Zerschlagung jeglicher politischen Opposition gegen die einheimische Regierungselite. Die USA lehnten sogar die Nutzung von Koka für Essen, Kleidung und medizinische Zwecke ab.

York University. 10. September 2007. Diese Praxis wurde stark von Unternehmen gefördert, die wollten, dass ihre Minenarbeiter lange Zeit ohne Pause arbeiten. Kokablätter waren ihr Ersatz für die Kaffeepause ohne Pause. Koka war auch die »geheime« Zutat für die jetzt in Ungnade gefallene und allgegenwärtige Coca-Cola (Museo de Coca, La Paz, Bolivia).

36 Vgl.: Federico Fuentes: The Struggle for Bolivia's Future. In: Monthly Review. New York 59(2007)3. S. 95-109.

37 Vgl.: Benjamin Kohl / Linda Farthing: Impasse in Bolivia: Neoliberal Hegemony and Popular Resistance. New York 2006.

38 Vgl.: Silvia Rivera Cusicanqui / Forrest Hylton / Pablo Mamani / Oscar Olivera: Bolivia Today: Struggles over Decolonization and Collective Resources. Vorlesungen an der New York University. 10. September 2007.

In klassisch gegenläufiger Weise führte die neoliberale Ausweitung der Ausbeutung örtlicher Ressourcen (z. B. in der Holz- und Kautschukgewinnung) zu einer erhöhten landesweiten Nachfrage für Koka bei den bolivianischen Arbeitern in diesen Branchen.³⁹ Aus der Vereinigung der Basisorganisationen der *Cocaleros*, Bäuerinnen und indigenen Einwohner erwuchs die Versammlung für die Souveränität der Völker (*Asamblea para la Soberanía de los Pueblos* – ASP), welche zwei *Cocalero*-Anführer, Felipe Quispe und Evo Morales, an ihre Spitze berief. Die bewährte Effektivität und Stärke der *Cocaleros* und ihr Wille zur Selbstverteidigung bündelte Themen der indigenen, Arbeiter- und nationalen Souveränität zu einem mächtigen Ganzen. Um an den Wahlen teilnehmen zu können, bildeten sie die Bewegung zum Sozialismus (*Movimiento al Socialismo* – MAS), die bei ihrer ersten landesweiten Wahl 2002 den Sieg um zwei Prozent knapp verpasste. 2005 organisierte die MAS erfolgreich den Wahlsieg von Evo Morales, dem ersten indigenen Präsidenten des Landes und ein Symbol für die Unabhängigkeit Lateinamerikas von der US-Hegemonie.⁴⁰

Landlosenbewegung

In geographischer und organisatorischer Hinsicht ähneln sich die *Cocaleros* und die landlosen Bauern, die sich in der Landlosenbewegung (*Movimiento Sin Tierra* – MST) organisiert haben. International mit »Weg der Bauern« (*Via Campesina*) und mit dem brasilianischen MST als stärkster Bewegung in diesem Bereich verbunden, haben die Bauern ähnliche Erfahrungen mit dem globalen Kapital im Neoliberalismus gemacht, welches sich ihr Land angeeignet, sie obdachlos gemacht und ihren Lebensraum und ihre Lebensweise zerstört hat. MST-Bolivien ist vorrangig in Zentralbolivien organisiert – im Chapare und im Osten, um das konservative Santa Cruz herum.

Die MST-Bolivien, die sich an intensiven Landesbesetzungen, Massendemonstrationen und Märschen durch das ganze Land beteiligte, erfuhr bei der Forderung nach einer Landreform und deren konsequenter Umsetzung durch andere progressive Kräfte Unterstützung. Genau an dem Tag, als die MST-Aktivisten ihren landesweiten Marsch beendeten und in La Paz eintrafen, am 26. November 2006, erließ der bolivianische Kongress eine neue Agrarreform, durch die der Übergabeprozess von Land, welches nicht von

39 Vgl.: Martin Arostegui: Bolivian farmers demand right to coca industry: »If Coca-Cola can do it, why can't we« In: The Washington Times. 12. April 2007.

40 Vgl.: Federico Fuentes: The Struggle for Bolivia's Future; Benjamin Kohl / Linda Farthing: Impasse in Bolivia: Neoliberal Hegemony and Popular Resistance. New York 2006.

den großen Landbesitzern genutzt wurde, an die landlosen Bauern eingeleitet wurde. Dies löste selbstverständlich viele Kontroversen und Ängste unter den Landbesitzern aus.⁴¹

Unlängst begannen die Bauern von MST-Bolivien mit der Entwicklung von Bauernkooperativen und -kollektiven, in deren Rahmen sie sich an den verschiedenen Prozessen in der Landwirtschaft beteiligten. Diese Experimente auf kollektiven Bauernhöfen sind demokratisch angelegt, aber sehr bescheiden. Den Bauerngemeinschaften mangelt es an grundlegender Versorgung und sie sind weit von den Märkten entfernt, was das Leben beachtlich erschwert. Zudem sind sie ständiges Ziel von Angriffen durch Schläger und Rechte. Ihre erfinderische Volksbildung, die auf Theorien des Italiener Antonio Gramsci und des Brasilianers Paulo Friere zurückgeht, schafft die nötige politische Infrastruktur und Gemeinschaft zur Verbesserung der Rechte der Bauern. Auch in diesem Punkt spiegeln sie die ähnlichen Strategien aus Brasilien und anderen Nationen mit einer starken Bauernbewegung wider.⁴²

Die bolivianische Frauenbewegung

Wie in vielen anderen Entwicklungsländern während der 1980er und 1990er Jahre breiteten sich in der politischen Szene Boliviens viele Arten von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus, einige mehr, andere weniger produktiv.⁴³ NGOs nach dem Modell westlich-liberaler Frauenorganisationen versuchten sich in der Bildung einer Frauenbewegung, die die Lage der Frauen verbessern sollte. Oft verbunden mit der Politik der bolivianischen Elite und Machtstrukturen der UNO ignorierten sie entweder die Interessen der bolivianischen Frauen oder versuchten ihre Interessen ohne deren Teilnahme zu vertreten. Autonome lateinamerikanische Feministinnen bezeichnen dieses Phänomen als »gender technocracy«.⁴⁴ Während einige bolivianische Frauen

41 Vgl.: Roger Burbach, *Confrontation in Bolivia Over Agrarian Reform*. Nov. 30, 2006; Nicole Fabricant: *Localizing the Global: Exploring the Role of popular education in the Landless Peasant Movement-Bolivia*. Spencer Dissertation Fellowship Proposal. Dec. 6, 2006.

42 Vgl.: Benjamin Dangel: *The Price of Fire: Resource Wars and Social Movements in Bolivia*. Oakland (CA) 2007; Nicole Fabricant: *Localizing the Global: Exploring the Role of popular education in the Landless Peasant Movement-Bolivia*. Spencer Dissertation Fellowship Proposal. Dec. 6, 2006.; Abdurazack Karriem: *Marching As to War: A letter from Brazil to South Africa About Landlessness, Agrarian Reform and social Movement Struggles Against Neoliberalism*. In: *Revista Nera*. São Paulo 8(2005)6.

43 Vgl.: Kevin Healy: *Llamas, Weavings, and Organic Chocolate: Multicultural Grassroots Development in the Andes and Amazon of Bolivia*. Notre Dame 2001.

44 Vgl.: Karin Monasterios: *Bolivian Women's Organizations in the MAS Era*. In: *NACLA - Report on the Americas*. New York 40 (2007)2. S. 33-37.

aus der Mittelschicht und weibliche Fachleute diesen NGOs angehörten, war dies bei den meisten Frauen aus der Arbeiterklasse, den armen und indigenen Frauen nicht der Fall.

Dennoch bildeten sich einige wirkliche Frauenorganisationen als Antwort auf die patriarchalischen Verhältnisse und die Marginalisierung, die bolivianische Frauen erlebten. Basierend auf einer Politik der Entkolonialisierung und radikalen Demokratisierung artikulierten die Frauenorganisationen einen Mix aus pro-indigener, pro-Arbeiter, anti-neoliberaler und antipatriarchalischer Politik. Frauen waren Schlüsselfiguren in allen Bewegungen, die sich zusammenfanden, um die neue Regierung zu bilden und spielten eine besonders wichtige Rolle in den Gemeinderäten und Bauernbewegungen. Mit umfassenden Aktivitäten gewannen sie auch an Erfahrungen und Selbstbewusstsein. Die anarcho-feministischen »Schaffende Frauen« (*Mujeres Creando*) verstehen sich selbst als autonom, sind aber mit den anderen progressiven Teilen der Bewegung verbunden. *Mujeres Creando* erstreben einen Dialog, welcher die täglichen Erfahrungen der Frauen als Reflektion der Strukturprobleme und des gesellschaftlichen Ausschlusses aufdeckt. Ihre einfallsreichen Straßenaktionen und Kommunikationsprozesse haben das Bewusstsein und die Teilnahme militant erzogener Frauen erhöht. Sie halfen, patriarchalische Verhältnisse in der Bewegung aufzudecken, obgleich diese in ihrem frühen Stadium zumindest theoretisch, wenn auch nicht praktisch, weitestgehend in der Bewegung akzeptiert waren.

Die Feministische Versammlung, die indigene und städtische Organisationen vereint, ist eine parallele Organisation der Bewegung für die Verfassungsgebende Versammlung und hofft auf eine umfassendere Vertretung der Frauen in der neuen Verfassung und eine größere Fokussierung auf die Rolle der Frau in der Gesellschaft. Sie versucht außerdem zu zeigen, wie Kolonialismus in der Gesellschaft internalisiert und reproduziert wird. Silvia Rivera Cusicanqui, eine bekannte Feministin mit starkem indigenen Bezug, sieht die schöpferische Macht der Frauen in vielen Organisationen und Bewegungen. Sie erkennt aber auch, dass die »linke Mestizenperspektive«, wie sie durch den Vizepäsidenten García Linera vertreten wird, einer liberalen Vorstellung des weiblichen Bürgers folgt, welche nicht in ausreichendem Maße den Erfordernissen der Umgestaltung entspricht.⁴⁵

45 Vgl.: Linda Farthing: Anniversary Interview with Silvia Rivera Cusicanqui. In: NACLA: Reports on the Americas. New York 40(2007)4. S. 4-9.

Studenten, Lehrer, Universitäten

Bolivians umfangreiches System staatlicher weiterführender Bildung, die historisch von den Gewerkschaften und anderen progressiven Kräften politisch unterstützt wurde, war von einer Finanzkürzung und Privatisierung betroffen, wie sie die gesamte Hemisphäre noch nicht erlebt hatte. Die größte staatliche Universität in La Paz, die Universidad Mayor de San Andrés, ist drastisch unterfinanziert, mit einem Mangel an allem, beginnend bei Computern (nur einer in jeder Abteilung) bis hin zu Schreibtischen und Stühlen. Die Studenten sind arm, kommen aus der Arbeiterklasse und sind ausdauernd genug, um eine lange Zeit – oft zehn Jahre – für den Abschluss ihres Studiums arbeiten. Privilegiertere Bolivianer schicken ihre Kinder an private Universitäten oder ins Ausland. Per Satzung sind die großen staatlichen Universitäten in den Städten Boliviens selbstverwaltet und angeblich keinen staatlichen Interventionen ausgesetzt. Die hauptsächliche Politik und die Führung werden durch einen Rat aus Studenten und Fachbereichen bestimmt, die durch die jeweiligen Abteilungen organisiert sind.⁴⁶

Vereinigungen der Fachbereiche, der Verwaltungsangestellten und Studentenvertretungen sind alle in landesweite Organisationen eingebunden und spielen zu verschiedenen Zeitpunkten verschiedene Rollen an verschiedenen Orten. Die Bürokratisierung und Verknöcherung der Gewerkschaften in Bolivien findet sich besonders an den Universitäten. Zibechi erklärt, dass die Bürokratie der Gewerkschaften die Organisation des Kapitalismus imitiert und sie unfähig macht, das System herauszufordern, das sie eigentlich verändern wollen.⁴⁷ Studentische Vereinigungen, meist beeinflusst von Trotzki, mit noch weiter links angesiedelten Ansichten, haben wenig bewirkt. Möglicherweise durch ihre etwas privilegierte Klassenstellung bedingt, nehmen universitäre Aktivisten meist erst dann an Kämpfen teil, wenn diese schon in vollem Gange sind. Das traf für Studenten in El Alto weniger zu, die im Rahmen der Bewegung der Jugend des Oktobers (Movimiento Jóvenes de Octubre) für eine Erweiterung der staatlichen Universität in El Alto kämpften und gewannen. Diese Universität stellt eine intellektuelle und organisatorische

46 Diese Verwaltungseinheiten wählten ihre eigenen Vorsitzenden. Vollzeit-Fakultäten haben ein Minimum von 15 Jahren Anstellung, extremes Arbeitspensum und schlechte Bezahlung. Eine Aushilfe auf Teilzeit verdient noch weniger.

47 Vgl.: Raúl Zibechi: Subaltern Echoes: Resistance and Politics 'Desde el Sotano. In: Socialism and Democracy. Somerville (MA) 19(2005)3. S. 13-39.

Verbindung zwischen Studenten und Fakultäten mit der Gemeinschaft um sie herum her.⁴⁸

Während der Zeit der strukturellen Anpassung in den 1980er und 1990er Jahren litten die bolivianischen staatlichen Universitäten sehr unter den endlosen Kürzungen in den Fachbereichen, beim Personal, beim Gehalt und den kaum vorhandenen Studienbezügen. In der Vergangenheit waren die Fachbereiche, das Personal und die Studierenden viel mehr in die Gemeinschaft eingebunden – in Politik und Dienstleistungen, aber der neoliberale Einfluss hat dies beendet. Zugangstests mit hohem finanziellen Aufwand wurden eingeführt und stark konkurrierende Zulassungsgebühren etablierten sich, die offen für Korruption waren. Die Regierung versuchte, den Lehrplan zu beeinflussen, um die Bedürfnisse der Konzerne statt der Gemeinde zu bedienen und reduzierte den Lehrkörper mit dem Resultat, dass jetzt 80 Prozent der Kurse durch Dozenten in Teilzeit abgedeckt werden. Das spiegelt die Muster der westlichen Hemisphäre, wenn nicht gar der ganzen Welt wider.⁴⁹ Trotz der »autonomen« Strukturen war eine starke indirekte Einflussnahme seitens der Regierung zu verzeichnen. Während der Erhebungen von 2000, 2003 und 2005 gab es viel studentischen Aktivismus und Radikalismus. Die Abteilungen und Lehrkräfte hielten sich zunächst zurück, beteiligten sich aber später.⁵⁰ Die Universitätsakteure brachten sich in der *Coordinadora* in Cochabamba und die Gemeinderäte in El Alto und Umgebung ein. Während der Protestwelle 2005 stellte die Universidad Autónoma de San Simón in Cochabamba Räume für zentrale Konferenzen und Treffen der *Coordinadora* und anderer Organisationen bereit, diente als Ort der Kommunikation und des Kampfes und hieß die Massen in ihrer eigenen staatlichen Universität

48 Vgl.: Carlos Revillas und Marcos Antonio Grizonan Alarcon. Persönliches Interview La Paz. Nov. 2006.

49 Vgl.: Nancy Romer: Initiative for Democratic Education in the Americas. In: Liberty Tree: Journal of the Democratic Revolution. Herbst 2007; Stanley Aronowitz: The Knowledge Factory: Dismantling the Corporate University, and Creating True Higher Learning. Boston 2000; Jennifer Washburn: University Inc.: The Corporate Corruption of Higher Education. New York 2005.

50 Viele studentische Aktivisten an der San Andrés Universität, die in El Alto leben, setzen ihre politische Tätigkeit auch zu Hause um. Viele meinen, die Bildung auf der Straße durch die politischen Bewegungen war fundierter und vielleicht wichtiger als alles, was sie je im Unterricht gelernt haben. Vgl. Carlos Revillas und Marcos Antonio Grizonan Alarcon. Persönliches Interview La Paz. Nov. 2006.

willkommen.⁵¹ Regelmäßige Streikaktionen während der ersten fünf Jahre dieses Jahrhunderts erschwerten den Abschluss des Studiums.⁵²

Aber die Universitäten wurden eher zu sicheren Häfen als zu Schlachtschiffen. Im Gegensatz dazu stellte die Vereinigung der Lehrer öffentlicher Schulen (Unter- und Oberschule), deren Arbeitsleben viel stärker proletarisiert war und deren Schüler ärmer waren, sehr bedeutsame politische Akteure auf der bolivianischen Bühne dar. Sie spiegelten die immer wiederkehrende Rolle der Lehrervereinigungen in ganz Lateinamerika wider, die sich mit ihrer Aufgabe identifizieren, oft in die Gemeinschaften der Arbeiterklasse eingebunden sind und mit ideologischer Intensität kämpfen.⁵³ Ganz ähnlich zeigten auch die Schüler der weiterführenden Schulen, vor allem jene aus El Alto, eine viel aggressivere und ausdauernde politische Präsenz, verglichen mit ihren privilegierteren Kommilitonen vom College. Die neue Regierung hat begonnen, das staatliche Schulsystem wieder aufzubauen, der Bedarf ist enorm.

Evo Morales hat versprochen, 30 Prozent des Gewinns aus dem nationalisierten Gas in die staatlichen Universitäten zu investieren und die Gelder gleichermaßen auf Infrastruktur, Forschung und außeruniversitäre Projekte zu verteilen. Dieser Wiederaufbau des öffentlichen Sektors und vor allem die Einbindung von Dienstleistungen für die Gemeinden fordern die neoliberalen Grundsätze, die die staatlichen Universitäten geschwächt hatten, erneut heraus. Bisher sind die Fakultäten und Lehrkräfte voller Hoffnung und zufrieden mit der neuen Regierung.

Regionale Unterschiede und die Antwort der Rechten

Bolivien umfasst viele verschiedene Regionen mit unterschiedlichen politischen und sozialen Ausrichtungen. Das Andenhochland, inklusive La Paz und El Alto (mit einem Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes) ist größtenteils arm und indigen. Es umfasst die wichtigsten Bergbaugebiete wie

51 Studentenverbindungen haben demokratisch gewählte Sprecher, meist aus einer Reihe trotzkistischer Gruppen, mit unterschiedlichen Ergebnissen (Interviews mit ungefähr 15 studentischen Aktivisten aus vier unterschiedlichen staatlichen Universitäten in ganz Bolivien im Nov. 2006).

52 Rafael Puente, früherer Cocalero und jetzt Kabinettsmitglied, berichtet, dass all diese neoliberalen Attacken ein gewisses Maß an Korruption und Resignation in die Fakultäten eingebracht haben und die Qualität der Lehre, selbstverständlich mit vielen Ausnahmen, gesunken ist. Bei Abwesenheit einer starken politischen Bewegung an der Universität stellt sich Korruption ein.

53 Vgl. www.idea.org, Internetseite für die Initiative demokratischer Bildung in Amerika.

Potosí und Oruro. Der Chapare und Cochabamba, in den Bergen und Tälern in der Mitte Boliviens gelegen, sind ebenso indigen geprägt. Beide Regionen haben wirtschaftlich am stärksten gelitten und militante und progressive Volksbewegungen hervorgebracht.

Das Tiefland im tropischen Osten Boliviens hat eine andere Geschichte. Es ist die reichste Region des Landes, mit großen Öl- und Gasreserven, fruchtbarem Land und der wenig umfangreichen Industrie, die in Bolivien noch besteht. Es ist zudem der Ort der größten Latifundien bzw. von agrarindustriellen Großbetrieben, die im Besitz von Oligarchen sind. Santa Cruz, die größte Stadt dieser Region, die sich selber als am stärksten mestizisch bezeichnet, war das Herz der Gegenreaktionen von rechter Seite gegen die MAS und die Präsidentschaft von Evo Morales. Kulturell scheint Santa Cruz Miami näher zu sein als La Paz. Dort werden Menschen aus »dem Westen«, womit indigene Menschen aus La Paz, El Alto, Potosí und sogar Cochabamba gemeint sind, öffentlich verunglimpft. Als Region lehnten sie die Kandidatur von Evo Morales ab, wählten Vertreter der rechten Parteien und verweigerten sich den Reformen der neuen Regierung.⁵⁴

Die Cruceños⁵⁵ verlangen »Autonomie« vom restlichen Bolivien und wollen die Gewinne aus den reichen Öl- und Gasvorkommen unter regionaler Kontrolle behalten. Dies würde die Zukunft der Wirtschaft des Landes untergraben. Sie verlangen zudem eine Zweidrittelmehrheit im Kongress für alle Gesetzesänderungen, was den Rechten die Möglichkeit einbrächte, alle Vorschläge zu blockieren, mit denen sie nicht einverstanden sind. Es gibt ständig Gerüchte, dass »*los indios*« rachsüchtig die Macht ergreifen und Evo die groß angelegte Enteignung von jedermanns Land und Haus durch die Landlosen betreibt. Die rechten Cruceños wenden militanten Kampfmethoden der Linken an und nutzen auch Hungerstreiks sowie nachgestellte Hinrichtungen indigener Menschen, die »Evo« und »Linera« darstellen. Ein weiteres Mittel war die Massendemonstration zur Christusstatue, mit bis zu einer Million Teilnehmern direkt vor Weihnachten, um sich der Amtsführung und den Reformen von Evo zu widersetzen. Organisationen wie die Jugendunion von Santa Cruz (Union Juvenil Cruceñista) und das Bürgerkomitee Pro Santa Cruz (Comite Cívico Pro-Santa Cruz) spielen eine entscheidende politische Rolle und unterstützen finanziell so manche gewalttätige Auseinandersetzung mit indigenen Menschen aus dem Westen, die Anhänger der

54 Vgl.: Bret Gustafson: Spectacles of Autonomy and Crisis: Or, What Bulls and Beauty Queens have to do with Regionalism in Eastern Bolivia. In: Journal of Latin American Anthropology. Miami 11(2006)2. S. 349-377.

55 Einwohner von Santa Cruz.

MAS sind.⁵⁶ Oscar Olivera behauptet, dass die Rechten zwei miteinander zusammenhängende Ziele haben: Den neuen Staat zu destabilisieren und Angst zu verbreiten. Dies wird durch die ihnen nahestehenden Massenmedien unterstützt.⁵⁷

Derzeit ist das Land extrem polarisiert, Ost gegen West, Indigene gegen Mestizen, Reich gegen Arm. Die ökonomische Dimension scheint wie immer das größte Gewicht zu haben, wohingegen andere Dynamiken, besonders die ethnische Zugehörigkeit, eher ein Vorwand sind, um die Armen und die Werktätigen unter den Cruceños für die Unterstützung der Rechten zu gewinnen. Nicole Fabricant berichtet ein Jahr nach der Wahl von Evo vor Ort aus Santa Cruz: »Das Land ist komplett polarisiert. Cruceños (Bewohner von Santa Cruz), die die Amtsführung von Evo unterstützten und die Machtpositionen innehatten, gaben kürzlich auf. Es gibt Gespräche über Bürgerkrieg, paramilitärische Gruppen patrouillieren die Straßen auf und ab, um die indigenen Organisationen, linke NGOs etc. im Auge zu behalten.«⁵⁸

Die neue MAS Regierung: Entschlusskraft, Widersprüche und Fehler

Jeder, der in einer erfolgreichen Bewegung zur Erlangung öffentlicher Macht teilgenommen hat, ob Gewerkschaftsführung oder Regierung, weiß, dass die Planung und Forderung von Veränderung einfacher ist, als die tatsächliche Umsetzung. Das Gewicht des Gesetzes bringt formale Macht mit sich und lässt die Frage aufkommen, ob und wie die Kräfte auszubalancieren sind, um einen politischen Handlungsraum zu schaffen und ob und wann die alten Machtstrukturen aufzubrechen sind, um neue einzuführen. Allianzen und Handlungen, in großem und kleinem Rahmen, sind entscheidend. Und ein Zeitfenster (*window of opportunity*) steht nur so lange offen, bis rechte oder linke Kräfte gegen die offizielle Macht handeln. Da die Volksbewegungen die wahre Grundlage der neuen Macht bilden, werden Ziele, Ideologie, Führungskräfte und Strategien durch diese bestimmt. Zeiten offizieller Macht sind berauschend, aber auch hart für alle Akteure in diesem großen und bedeutsamen Drama.

56 Das Wort »kolla« wird als rassistisches Beiwort benutzt. »Kollas« steht in Kontrast zu »Cambas«, einem freundlicheren Begriff aus Santa Cruz. Vgl. ebenda; Simón Romero: In Bolivia's Affluent East, Anger at Morales Is Growing. In: *New York Times*. 26. Dez. 2006.

57 Oscar Olivera: Vorlesung an der Cornell School of Industrial and Labor. 14. September 2007.

58 Vgl.: Nicole Fabricant, persönliche E-Mail-Korrespondenz. 21. Januar 2007.

Die Ziele der Volksbewegung, die Evo an die Macht brachte, sind: 1) die zuvor verweigerte Stärkung indigener Bevölkerung; 2) die Rückeroberung der natürlichen Ressourcen, z. B. Wasser, Gas, Öl, Wald, Land als Gemeingut und nicht als Handelsware; und 3) die Restrukturierung des politischen Systems zur Schaffung von Gleichheit, Anerkennung von Unterschieden und Transparenz. Um diese großen Ziele gewaltfrei zu erreichen, muss die Regierung ständig die Volksbewegung mobilisieren und Angriffe der Gegenseite minimieren. Das ist ein ziemlicher Balanceakt – und vielleicht ein unmöglicher. Dies wird erschwert durch eine Partei, deren Grundlage die breite Masse der Bevölkerung ist, die aber nicht genügend Raum für Debatten über Strategie und Taktik zur Verfügung stellt. Die relative Neuheit der MAS, ihre miteinander konkurrierenden Kräfte und ihre politische Heterogenität, erschweren eine klare Orientierung. Die Auseinandersetzung über die Bedeutung und die spezifische Rolle der Partei, in diesem Falle der MAS, als eine Wahlpartei und nicht als eine avantgardistische oder politische Partei, ist endlos, aber ausschlaggebend, um einen Weg nach vorn zu bestimmen.

Mit der Amtseinführung von Evo Morales im Januar 2006 signalisierte die MAS ihre zweifache Loyalität: Zum einen gegenüber der indigenen Bewegung (durch ein Ritual in Tiwanaku, dem Ursprungsort indigener Macht) und zum anderen gegenüber der bolivianischen Nation (mit der offiziellen Vereidigung in La Paz). Traditionell gekleidet hieß der Präsident die Volksbewegung im Staat willkommen, indem er Veränderungen versprach. Aber schon bald nach diesem feierlichen Akt war ein erstes verdächtiges Zeichen wahrzunehmen. Im Februar/ März 2006 traten die Arbeitnehmer der privatisierten Fluglinie LAN in La Paz in Streik und forderten die Verstaatlichung einer bankrotten Fluglinie. Zunächst unterstützte Evo die Arbeiter, doch als sie die Fluglinie übernehmen wollten, wurden sie vom Militär gestoppt. Für die Arbeitnehmer von LAN war dies eine Weigerung Evos, Gesetze im Namen sozialer Gerechtigkeit zu brechen. Andere sahen darin eine öffentliche Verpflichtung der Regierung zum Rechtsstaat: Wenn die Gesetze den Menschen nicht dienen, muss man sie ändern. Aber das wird sich in der Zukunft zeigen. Schließlich treten solche Probleme immer wieder auf. Olivera berichtet, dass »Evo in einem Haus sitzt, dass nicht das seine ist« ... vielmehr führt er eine Regierung an, die kapitalistische Gesetze durchsetzt.⁵⁹

59 Laut Evos Erklärung war es nicht verfassungskonform, diese Handlung zu erlauben. Zudem erklärte er, dass die Fluglinie korrupt sei und er keine »Nationalisierung von Korruption« anstrebe. Diese »gesetzestreu« Methoden hatten sich bereits durch die ursprünglich beschwichtigende Rolle der MAS vor der Amtsenthebung des Präsidenten Mesa 2005 angedeutet. Die MAS sucht oft eher nach einer »legalen« als einer revolutionären Lösung. Einige halten dies für einen Vorteil, andere sagen, das führe zu ihrem Untergang. In Cochabamba

Das Erbe des Neoliberalismus und die extreme Armut der Menschen haben einige schmerzliche Spaltungen in der Arbeiterklasse hervorgebracht. Es gibt gegenläufige Interessen der »neuen Arbeiterklasse«, welche die öffentlichen Dienstleistungen und natürlichen Ressourcen kontrollieren und ein Maximum für ihr Gemeinschaftsgeld haben will. Aber dies kollidiert oft mit den Forderungen der Arbeiter in den Industrien der »alten Arbeiterklasse« nach mehr Arbeitsplätzen mit höherer Bezahlung und mehr Gegenleistungen (Benefits) in diesen Wirtschaftszweigen. Arme Menschen in der »neuen Arbeiterklasse« meinen, dass Arbeiter im öffentlichen Service wesentlich mehr verdienen als durchschnittliche Arbeiter. Nicht eingehaltene Abmachungen zwischen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstleistungssektors und Kräften zur Unterstützung der Privatisierung haben offenkundig die Einheit der Arbeiter beschnitten.⁶⁰ Dieser Widerspruch ist zudem einem dauerhaften Mangel staatlicher Unterstützung für bestimmte öffentliche Dienstleistungen geschuldet. Die »Leute« enden damit, ein System zu verwalten, das seine eigenen Arbeiter reduzieren will!

Im Gegensatz dazu hat Evo die wirtschaftliche Unterstützung für Militär und Polizei erhöht. Anders als Chávez, der aus dem venezolanischen Militär kam, wurde Evo Morales als »der Andere« seitens des bolivianischen Militärs betrachtet. Er war der Anführer jener Kräfte, die durch das Militär zerschlagen werden sollten. Obgleich einige Teile des Militärs die MAS unterstützten, befürchteten Berater, dass das Militär Hauptakteur in einem Zusammenschluss mit den Rechten für einen Putsch sein könnte.⁶¹ Evo stärkte seine Beziehungen zum Militär, indem er 28 der am stärksten rechtsgerichteten Offiziere in den Ruhestand entließ und Angehörige der mittleren Rängen beförderte. Er öffnete die Militärakademie für indigene Bewerber und ließ neue Unterkünfte bauen. Evo gab dem Militär eine zentrale Rolle bei der Nationalisierung der Gasfelder und Zinnindustrie und übertrug ihm die Verantwortung für 25 neue technische Zentren für Industrieentwicklung. Damit schuf er eine Allianz zwischen dem Militär und der Bewegung für Nationalisierung na-

beispielsweise führte die Legalität der Wasserkriege dazu, dass ein öffentliches Wassersystem durch die Kooperativen der Einwohner geschaffen werden konnte; aber Unterfinanzierung hat verhindert, dass das System auch in arme Gegenden ausgeweitet werden konnte, die dies dringend benötigen. Es kam zu Konflikten zwischen diesen Menschen und denen, die für das Wassersystem arbeiteten und wesentlich besser bezahlt waren, als ein durchschnittlicher Arbeiter in Cochabamba. Vgl. Oscar Olivera: Vorlesung an der Cornell School of Industrial and Labor.

60 Vgl.: Susan Spronk: Roots of Resistance to Urban Water Privatization in Bolivia: The »New Working Class«, the Crisis of Neoliberalism, and Public Services. In: *International Labor and Working Class History*. Cambridge 71(2006)1. S. 8-28.

61 Vgl.: Rafael Puente. Persönliches Interview Nov. 2007.

türlicher Ressourcen. Des Weiteren bildete er Allianzen zwischen dem Militär und den Bauern bei den Ordnungskräften von Demonstrationen, so dass sie gemeinsam den Prozess der Verfassunggebenden Versammlung begleiten und die Bauern wiederbewaffnet werden konnten.⁶²

Ein anderes Beispiel dieser Widersprüche zeigt sich bei den Bergarbeitern. Während der Jahre, in denen die Bergwerke teilweise privatisiert wurden, die Zinnpreise extrem sanken und tausende Arbeiter entlassen wurden, bildeten einzelne Minenarbeiter kleine Kooperativen zur Arbeit in den Bergwerken. Eine kleine Anzahl blieb in den Gewerkschaften und arbeitete weiter für die noch nationalisierten Minen. Jetzt, wo die internationalen Zinnpreise wieder stark angestiegen sind und die Arbeit in den Bergwerken wieder lohnenswert ist, verschärft sich die Konkurrenz zwischen den Kooperativen und den gewerkschaftlich organisierten Bergarbeitern derart, dass es Anfang Oktober 2006 zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung in Huanuni im Departement Oruro kam. 17 Menschen starben, Dutzende wurden verletzt. Die Staatspolizei musste einschreiten, um die blutigen Auseinandersetzungen zu beenden – manche sagen, um die Aktivisten zu zügeln. Beide Bergarbeitergruppen waren Anhänger von Evo und der MAS. Aber sie fühlten sich benutzt von Evos Anliegen, beide Seiten zu besänftigen. Wenn Arbeitsplätze rar und körperlich belastend (Minenarbeiter sterben an Lungenkrankheiten oder Unfällen innerhalb von 10 Jahren nach Arbeitsbeginn) und wenige Alternativen vorhanden sind, können Gruppen, die sich unter anderen Umständen vereinen, einander bis auf den Tod bekämpfen, um arbeiten und dadurch überleben zu können.⁶³

Zudem kann die Art und Weise, in welcher Evo Anführer der Volksbewegung ernannt, weitere Komplikationen hervorrufen. Der erste Minister für Bergbau war Präsident der Kooperativen und später wurde dieser durch einen Gewerkschaftsführer ersetzt. Letzterer war klug genug, 4.000 Bergarbeiter aus Kooperativen für die neu eröffneten verstaatlichten Minen anzuwerben und somit allmählich Frieden zu stiften.

Branchenspezifische Führer in Regierungsverantwortung zu haben, führt zu weiteren Schwierigkeiten. Nur wenige neue Regierungsmitglieder hatten die Erfahrungen, um den Wechsel in ein Regierungsamt zu bewältigen, welcher in beide Richtungen verlaufen kann. Aber Evo fand es notwendig, viele alte Regierungsmitglieder, oft Weiße und Mestizen, zur Verstärkung einzubinden. Vizepräsident Linera, ein weißer, gut gebildeter Bolivianer mit

62 Vgl.: Federico Fuentes: *The Struggle for Bolivia's Future*.

63 Vgl.: April Howard / Benjamin Dangl: *Tin War in Bolivia: Conflict Between Miners Leaves 17 Dead*. In: *Upside Down World*. 10. Okt. 2006.

einer radikalen Geschichte⁶⁴ verärgerte mit seinem Ansatz zu einer effektiveren Regierung viele Anführer aus der Volksbewegung, die sich verdrängt fühlten. Andere Anführer der Volksbewegung, so der Gewerkschaftsführer Oscar Olivera, der beim Wasserkrieg in Cochabamba eine aktive Rolle gespielt hatte, traten aus der Regierungsverantwortung aus. Sie sahen ihre Rolle weiter in der Organisation an der Basis, um Druck seitens der Linken auf die Regierung auszuüben. Viele Auswechslungen in der Regierung erschweren die Umsetzung notwendiger Veränderungen. Unterdessen schwankt die zerbrechliche Regierung, attackiert von der Rechten, zwischen der Kritik der Linken und dem Wunsch, die Ordnung zu wahren.

Herausforderungen für Evo Morales und die MAS

Was vor Evo, der MAS und der Wahlrevolution liegt, sind die kritischen Aufgaben einer wirklichen Landreform, einer Verfassungsgebenden Versammlung, regionaler Autonomie, der Verstaatlichung natürlicher Ressourcen und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. Die Anforderungen an die Regierung, die durch eine Bewegung aus indigenen Einwohnern, Landlosen und Arbeitern an die Macht gekommen ist, umfasst das Versprechen einer Verfassungsgebenden Versammlung zur besseren Vertretung der Armen und Arbeiter, insbesondere der indigenen, die Einbeziehung ihrer Organisationen und die Ausweitung der Entscheidungsprozesse unter ihnen. Diese Anforderungen sind sehr schwer umzusetzen. Selbst einige Anhänger glauben, der Prozess der Verfassungsgebenden Versammlung ist nur eine geschichtliche Illusion, die die wahren revolutionären Veränderungen – wie Landreform, Verstaatlichung natürlicher Ressourcen und Industrien sowie drastische Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit – nur aufschiebt. Die ersten acht Monate des Prozesses wurden damit verschwendet, über Regeln und Abläufe zu streiten. Manche befürchten eine dauerhafte Blockade⁶⁵, unablässig begleitet von Autonomiedebatten, die von den Rechten betrieben werden.

64 Obgleich Linera bei der Guerrilla Tupac Katari war und von der Regierung im Gefängnis gefoltert wurde, sehen manche die Rückkehr der »Weißen« in hohe Regierungspositionen als Rückschritt, Linera selbst inbegriffen. Vgl. Pablo Mamani in: Silvia Rivera Cusicanqui / Forrest Hylton / Pablo Mamani / Oscar Olivera: Bolivia Today: Struggles over Decolonization and Collective Resources. Vorlesungen an der New York University. 10. September 2007..

65 Vgl.: Pablo Mamani: Political Change in Bolivia. Q & A at Brecht Forum. NYC. 11. Sept. 2007.

Obleich die gestiegenen Gewinne aus der verstaatlichten Gas- und Ölindustrie wie auch aus den Minen Teile des benötigten Kapitals geschaffen haben⁶⁶, liegt es nahe, dass die Wirtschaft Boliviens noch viel produktiver und vielfältiger werden muss, um die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern. Viele der indigenen Aktivisten und Arbeiter befürchten, dass durch die Verhandlungen Evos mit den multinationalen Konzernen die neoliberale Politik weiterhin wirksam bleibt. Aber der Präsident fühlt, dass er bis zu einem gewissen Punkt mit den Kapitalisten verhandeln und Kompromisse schließen muss, um einige Finanzmittel im Land zu halten, wenigstens zeitweilig. Viele bolivianische Aktivisten kritisieren Evos schwache Ergebnisse in den Verhandlungen: Das Land sei Anteilseigner von 51 Prozent der Gasvorkommen, habe aber nur wenige Finanzmittel für echte Verbesserungen wie z. B. für Pipelines und den Ausbau der Infrastruktur zur Gasförderung. Somit sei es weiterhin abhängig von den kapitalistischen Partnern. Die Gewinne aus den staatlichen Gasreserven sind in die Höhe geschneit und werden weiter wachsen. Der derzeitige Stand ist jedoch weit entfernt von einer völligen Übernahme der Gasindustrie, die viele erwartet haben.⁶⁷

Zudem ist in größerem Maße eine umfangreiche und vielfältige Wirtschaftsentwicklung notwendig, um Arbeitsplätze zu schaffen, die Wirtschaft im globalen Handel zu stärken und die Auswanderung bolivianischer Arbeiter nach Argentinien, Brasilien, in die USA und nach Europa zu stoppen.

Vizepräsident Álvaro García Linera hat das Konzept des »Andinen Kapitalismus« vorgeschlagen und meint, dass dessen Einführung radikale Auseinandersetzungen vermeiden könnte, indem die Ängste der Rechten und die der Kooperativen beschwichtigt werden. Trotz ihrer historisch linken Wurzeln hat die reale Politik einer Regierung, die genauestens von nationalen und internationalen Eliten beobachtet wird, ihre Position verändert. Präsident Evo Morales präsentiert sich auf der Weltbühne als ein behutsam sprechender, bescheidener Bauer, kritisch gegenüber der US-Politik, aber bereit, mit allen zusammen zu arbeiten. Er steht in starkem Kontrast zu Hugo Chávez aus Venezuela, der bei jeder Gelegenheit verbal mit Bush wetteifert. Vielleicht wird sein milder Stil dienlich sein, solange dieser von echter Stärke in der Politik gesichert wird, die den Menschen dient.⁶⁸

66 Vgl.: Mark Weisbrot / Luis Sandoval: Bolivia's Challenges. Center for Economic and Policy Research (CEPR).

67 Vgl.: Benjamin Dangl: The Price of Fire: Resource Wars and Social Movements in Bolivia. Oakland (CA) 2007.

68 Der Besuch Evos im Oktober 2007 in New York City bei der UN-Vollversammlung ermöglichte ihm, auf einigen großen öffentlichen Veranstaltungen zu sprechen, inklusive zweier großer TV-Sendungen, Jon Stewarts The Daily Show und Amy Goodmans Democracy Now. Seine Auftritte waren ziemlich brillant und wurden gut aufgenommen, gaben aber nicht die

Eine Landreform wurde, obgleich umstritten, im Kongress erlassen. Der Ablauf der Gesetzesverfahren und die ständige Gefährdung aus dem östlichen Flachland gefährden die Umsetzung dieses Gesetzes. Im Dezember 2006 feierten die landlosen Bauern ihren parlamentarischen Sieg, aber mittlerweile sorgen sie wegen der Verhandlungen Evos mit den politischen Rechten aus dem Flachland. Wird er gegen diese Feinde gerechterer Landverteilung standhalten? Um eben diese Kräfte zu beruhigen, sicherte die Regierung den Landbesitzern eine Sieben-Jahres-Frist zu, um ihr Brachland zu entwickeln. Er gibt ihnen somit großen politischen Raum und hindert zugleich die Landlosen daran, das zu bekommen, wofür sie kämpften und was sie so dringend brauchen.⁶⁹ Die US-Regierung nutzt erneut strategisch die Ausrottung von Koka, um Evos Regierung in die Knie zu zwingen. Bolivianische Streitkräfte dienten dazu, kleine aber bedeutsame Anteile der Kokavernichtung insbesondere in den Nationalparks, wo der Anbau verboten ist, durchzusetzen. In den Augen der *Cocaleros* ist dies schändlich.⁷⁰

All dies wirft die Frage auf, ob – und falls ja, in welchem Zeitrahmen – eine sozialistische Gesellschaft friedlich und aus einem kapitalistischen Rahmen heraus geschaffen werden kann. Die Basis der indigenen Bevölkerung, Arbeiter, Bauern und Landlosen zusammenzuhalten und gleichzeitig auf einen Sozialismus hinzuarbeiten, ist in der Tat eine Herkulesaufgabe. Silvia Rivera Cusicanqui weist darauf hin, dass die Macht des Staates und der Medien die Regierungspartei und deren Anführer stärken, aber nicht die Bewegung.⁷¹ Falls das Ziel Sozialdemokratie nach skandinavischem Stil heißt (Andenkapitalismus), dann ist dies vielleicht möglich. Das könnte ausreichen, um die Massen aus tiefer Armut zu heben und die indigenen Einwohner anzuerkennen, sofern dies durch die internationalen Machtstrukturen zugelassen wird. Falls ein revolutionierter, vielleicht revolutionärer Staat, der seinen Menschen durch Kontrollfunktionen der Arbeiter und Bauern dient, das Ziel

vielen Schwierigkeiten und Fehlritte seiner Amtszeit wieder. Vgl. auch Evo Morales: Let's Respect Our Mother Earth. Brief an die Repräsentanten der Vereinten Nationen. 26. Sept. 2007.

69 Vgl. Pablo Mamani in: Silvia Rivera Cusicanqui / Forrest Hylton / Pablo Mamani / Oscar Olivera: Bolivia Today: Struggles over Decolonization and Collective Resources. Vorlesungen an der New York University. 10. September 2007.

70 Vgl.: Roger Burbach: Confrontation in Bolivia Over Agrarian Reform. Nov. 30, 2006. Seit Beginn 2007 kam es zu Vorfällen zwischen den *Cocaleros* und dem Programm der USA zur Kokavernichtung. Der rechtsorientierte Präfekt von Cochabamba setzte die Polizei ein, um die Demonstrationen der *Cocaleros* zu verhindern oder zu stören. Diese verlangten als Antwort den Rücktritt des Präfekten, welcher daraufhin nach Santa Cruz in die Arme der dortigen Rechten floh.

71 Vgl.: Silvia Rivera Cusicanqui: Q & A, Brecht Forum. NYC. 11. September 2007.

sein soll, ist ein schrittweises Vorgehen möglicherweise nicht hilfreich. Und was würde in Anbetracht der heutigen Weltmächte daraus werden?

Der internationale Zusammenhang

Die Bolivianer sagen allgemein, dass die US-Botschaft Evo und die MAS gescheitert, gestürzt und zerstört sehen will. Die US-amerikanische Unterstützung bei dem versuchten Staatsstreich in Venezuela vor fünf Jahren und dem erfolgreichen Umsturz in Chile vor 35 Jahren; das fortwährende Leid, dass den Volksbewegungen in Mittelamerika in den 1980ern und 1990ern von Militärdiktaturen und Todesschwadronen zugefügt wurde, die ebenfalls von den USA unterstützt wurden, sowie vieles mehr bestätigte ihnen über die Jahre, dass die US-Regierung absolut bereit ist, denen zu helfen, die eine demokratisch gewählte Regierung in Bolivien stürzen würden.⁷²

Mit Hugo Chávez und seinem Sozialismus des 21. Jahrhunderts, der, wie er sagt, durch Jesus, Marx und Trotzki sowie Castro und Galbraith inspiriert ist⁷³, die Wahl von Rafael Correa in Ecuador, Michelle Bachelet in Chile und Lula da Silva in Brasilien (trotz seiner neoliberalen Gefälligkeiten in Gestalt von Schuldenzahlung an den Internationalen Währungsfonds – IWF – und gemeinsamen Projekten mit Washington, DC) – bilden alle ein linkes Mosaik in Lateinamerika. Bolivien und Venezuela haben ein Joint Venture in der Gas- und Ölindustrie bekannt gegeben. Venezuela, Bolivien und Ecuador erklärten die Gründung einer »Bank des Südens, welche als progressive Alternative zur Weltbank und zum IWF dienen soll. Es liegt ein Antrag für eine Land- und Flusshandelsverbindung von den Regenwäldern des Amazonas bis zur Pazifikküste Ecuadors vor – ein neuer »Panamakanal«. Telesur, ein pan-lateinamerikanischer TV-Sender wurde in Venezuela in Betrieb genommen und soll die Abhängigkeit Lateinamerikas von den Unternehmer-Medien für ihre Berichterstattung reduzieren.⁷⁴ MERCOSUR entstand als Südamerikanischer Handelsblock. Im Dezember 2006 verabschiedeten

72 Vgl.: Greg Grandin: *Empire's Workshop: Latin America, the United States, and the Rise of the New Imperialism*. New York 2007; John Perkins: *Confessions of an Economic Hit Man*. San Francisco 2004. Es sollte zudem vermerkt werden, dass Bolivien erfolgreich an einer Verbesserung der UN-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker vom September 2007 beteiligt war.

73 Vgl.: Greg Grandin: Chávez: Galbraithiano. In: *The Nation*. 15. Okt. 2007.

74 Dies ist sehr wichtig, denn in einem Land wie Bolivien mit einer linken Regierung haben die Menschen nach wie vor nur Zugang zu unternehmerischen, rechtsorientierten Medien, die das sozialistische Projekt der Regierung untergraben. Vgl. auch: Noam Chomsky: *Latin America Declares Independence*. In: *International Herald Tribune*. 3. Oktober 2006.

wichtige südamerikanische Führer bei einem Treffen in Cochabamba einen Plan zur Bildung einer Allianz für ein Bolivarianisches Lateinamerika (*Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América* – ALBA) nach dem Vorbild der Europäischen Union. All dies verweist auf das Potential für ein starkes, linksgerichtetes und vereintes Südamerika. Evos Ankündigung, dass das bolivianische Militär schrittweise die Zusammenarbeit mit dem Institut für Sicherheitszusammenarbeit (*Western Hemisphere Institute for Security Cooperation* – WINSEC) einstellen wird, verstärkt diese Bindungen. Das WINSEC war früher unter dem Namen *School for the Americas* als wichtiges Trainingszentrum für Aufstandsbekämpfung in Lateinamerika bekannt und besaß eine Schlüsselstellung bei der Durchsetzung der US-Außenpolitik.

Dem Galgenhumor der Bolivianer zufolge ist das einzig Positive am Krieg im Irak, dass George Bush weder Venezuela noch Bolivien überfallen kann: Er kann keine weitere Front eröffnen. Aber die USA können ökonomisch, politisch und organisatorisch einen Putschversuch unterstützen. Der rechte Flügel in Bolivien, der sich bereits so sehr mit Miami identifiziert, hofft und plant zweifelsohne, dass dies passiert. Jetzt, wo das Gespenst des Sowjet-Kommunismus nicht mehr existiert, wird die Realität des sozialistischen Südamerika auf jede erdenkliche Weise durch die US-Regierung und die Interessen multinationaler Konzerne bekämpft werden.

Aber viele bolivianische Aktivisten sehen den Weg nach vorn als einen Prozess, der einen großen Teil der Klassen-, Rassen- und Geschlechterkämpfe sowie eine Anerkennung von Hybridität einbeziehen wird. Sie erkennen die Notwendigkeit der weiteren Organisation der Basisbewegungen und einer ständigen Wiederholung der Forderungen. Viele wissen, dass dies viel Zeit kosten wird und sind auf diesen langen Weg vorbereitet. Für Silvia Rivera Cusicanqui sind Spannungen ein Zeichen für Leben. Für Oscar Olivera muss sich die Bewegung wie Wasser fortbewegen: Transparent, in ständigem Fluss und beschwingt.⁷⁵ Internationale Solidarität ist für die Bolivianer, die in starkem Maße durch ihre Armut und geographische Lage (umschlossen von Land mitten in Südamerika) isoliert sind, entscheidend. Die Unterstützung durch US-Aktivisten in Gestalt von Mobilmachungen gegen Bechtel, jenem Großkonzern, der das Wassersystem in Cochabamba erworben hatte, spielte eine wichtige Rolle in den Wasserkriegen. Gegen diese internationale Solidarität zu arbeiten, spiegelt die Ignoranz der US-Amerikaner und der US-amerikanischen Linken gegenüber der sich herausbildenden Revolution im Süden wider. Bolivianer und andere südamerikanische Linksbewegungen

75 Vgl.: Silvia Rivera Cusicanqui / Oscar Olivera: Political Change in Bolivia. Brecht Forum. NYC. 11. September 2007.

haben eine große Aufgabe vor sich, den Nordamerikanern etwas beizubringen, vor allem in Hinblick auf die Verbindung von Führung und Interessen der farbigen indigenen Bevölkerung mit denen der Arbeiterklasse. Die südamerikanischen Linksbewegungen haben es verstanden, durch Methoden der Volksbildung die Massen auf internationale und regionale politische Dynamiken vorzubereiten. Sie haben kreative Organisationsstrukturen und Wege wachsender Bewegung geschaffen, die das Bedürfnis und den Willen der Menschen auffangen, für eine lohnenswerte neue Welt zu kämpfen.

Wir haben die Aufgabe, unsere eigenen Leute über die wahre Rolle der USA aufzuklären, die diese bei der Herausbildung von »Demokratien« im internationalen Raum spielt. Wir müssen die Stimmen unserer Kameraden verstärken, wenn sie uns darum bitten. Jede Form US-amerikanischer Aggression gegen die zerbrechlichen sozialistischen Staaten im Süden muss ins Rampenlicht gerückt werden. Sie brauchen unsere Unterstützung und ein Minimum an Schutz. Wir brauchen ihr Wissen, ihre Organisationsfähigkeiten und ihre Hoffnung.

Anmerkung

Ich möchte Nicole Fabricant für ihre Unterstützung bei meiner Reise durch Bolivien danken, die dazu diente, über 30 Aktivist:innen in vielen politischen Bereichen zu befragen. Der Zugang, die Informationen und die Perspektiven, die sie mir vermittelte, ermöglichten diesen Artikel. Vielen Dank auch an Gerardo Renique für Hinweise und Einsichten über Ideen und Literaturquellen.

Übersetzung aus dem Englischen: Elisa Gärtner

Quelle: *New Politics*. Vol. XI (Winter 2008) No. 4. Mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift und der Autorin.

Literatur

Albó, Xavier: *El Alto: Mobilizing Block by Block*. In: *NACLA Report on the Americas*. New York 40(2007)4. S. 34-38.

Aronowitz, Stanley: *The Knowledge Factory: Dismantling the Corporate University, and Creating True Higher Learning*. Boston 2000.

Arostegui, Martin: *Bolivian farmers demand right to coca industry: »If Coca-Cola can do it, why can't we?«*. In: *The Washington Times*. 12. April 2007.

- Barrios de Chungara, Domitila: *Let Me Speak! Testimony of Domitila, a Woman of the Bolivian Mines* New York 1978.
- Benería, Lourdes: *Shifting the Risk: New Employment Patterns. Informalization and Women's Work*. In: *International Journal of Politics, Culture and Society*. New York 15(2001)1. S. 27-53.
- Burbach, Roger: *Confrontation in Bolivia Over Agrarian Reform*. 30. Nov. 2006.
- Chomsky, Noam: *Latin America Declares Independence*. In: *International Herald Tribune*. 3. Okt. 2006.
- Dangl, Benjamin: *The Price of Fire: Resource Wars and Social Movements in Bolivia*. Oakland (CA) 2007.
- Davies, Nancy: *The People Decide: Oaxaca's Popular Assembly*. Natick (MA) 2007.
- Dunkerly, James: *Rebellion in the Veins: Political Struggle in Bolivia 1952-1982*. London 1984.
- Fabricant, Nicole: *Localizing the Global: Exploring the Role of popular Education in the Landless Peasant Movement-Bolivia*. Spencer Dissertation Fellowship Proposal. 6. Dez. 2006.
- Farthing, Linda: *Anniversary Interview with Silvia Rivera Cusicanqui*. In: *NACLA Report on the Americas*. New York 40(2007)4. S. 4-9.
- Fuentes, Federico: *The Struggle for Bolivia's Future*. In: *Monthly Review*. New York 59(2007)3. S. 95-109.
- García Linera, Álvaro (Hrsg.): *Sociología de los movimientos sociales en Bolivia*. La Paz 2004.
- García Linera, Álvaro: *La potencia plebea. Acción colectiva y identidades indígenas, obreras y populares en Bolivia*. Buenos Aires 2008.
- Gill, Leslie: *Teetering on the Rim: Global Restructuring, Daily Life, and the Armed Retreat of the Bolivian State*. New York 2000.
- Gilly, Adolfo: *Bolivia: A 21st Century Revolution*. In: *Socialism and Democracy*. Somerville (MA)19(2005)3. S. 41-54.
- Grandin, Greg: *Empire's Workshop: Latin America, the United States, and the Rise of the New Imperialism*. New York 2007.
- Grandin, Greg: *Chávez: »Galbraithiano«*. In: *The Nation*. 15. Okt. 2007.
- Gustafson, Bret: *Spectacles of Autonomy and Crisis: Or What Bulls and Beauty Queens have to do with Regionalism in Eastern Bolivia*. In: *Journal of Latin American Anthropology* Miami 11(2006)2. S. 349-377.

- Harvey, David: *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford 2006.
- Healy, Kevin: *Llamas, Weavings, and Organic Chocolate: Multicultural Grassroots Development in the Andes and Amazon of Bolivia*. Notre Dame 2001.
- Howard, April / Dangl, Benjamin: *Tin War in Bolivia: Conflict Between Miners Leaves 17 Dead*. In: *Upside Down World*. 10. Okt. 2006.
- Karriem, Abdurazack: *Marching As to War: A letter from Brazil to South Africa About Landlessness, Agrarian Reform and social Movement Struggles Against Neoliberalism*. In: *Revista Nera*. São Paulo 8(2005)6.
- Klein, Naomi: *The Shock Doctrine: The Rise of Disaster Capitalism*. New York 2007.
- Kohl, Benjamin / Farthing, Linda: *Impasse in Bolivia: Neoliberal Hegemony and Popular Resistance*. New York 2006.
- Lazar, Sian: *El Alto, Ciudad Rebelde: Organizational Bases for Revolt*. In: *Bulletin of Latin American Research*. Oxford 25(2006)2. S. 183-199.
- Mamani, Pablo: *Political Change in Bolivia*. Q & A at Brecht Forum. NYC. 11. Sept. 2007.
- Monasterios, Karin: *Bolivian Women's Organizations in the MAS Era*. In: *NACLA: Report on the Americas*. New York 40(2007)2. S. 33-37.
- Morales, Evo: *Let's Respect Our Mother Earth*. Brief an die Repräsentanten der Vereinten Nationen. 26. Sept. 2007.
- Nash, June: *We Eat the Mines and the Mines Eat Us*. New York 1979.
- Olivera, Oscar (mit Tom Lewis): *Cochabamba! Water War in Bolivia*. Cambridge (MA) 2004.
- Olivera, Oscar: *Bolivia Today: Struggles over Decolonization and Collective Resources*. Vortrag an der New York University. 10. September 2007.
- Quijano, Anibal: *The Challenge of the »Indigenous Movement« in Latin America*. In: *Socialism and Democracy*. Somerville (MA) 19(2005)3. S. 55-78.
- Perkins, John: *Confessions of an Economic Hit Man*. San Francisco 2004.

- Renique, Gerardo: Introduction to Latin America Today: The Revolt Against Neoliberalism. In: *Socialism and Democracy*. Somerville (MA) 19(2005)3. S. 1-11.
- Rivera Cusicanqui, Silvia Q & A, Brecht Forum, New York City, Nov. 11, 2007.
- Rivera Cusicanqui, Silvia / Olivera, Oscar: Political Change in Bolivia. Brecht Forum. NYC. 11. September 2007.
- Rivera Cusicanqui, Silvia: Reclaiming the Nation: Roots of Rebellion. In: Prashad, Vijay / Ballve, Teo (Hg.): *Dispatches From Latin America: On the Frontlines Against Neoliberalism*. Cambridge (MA) 2006.
- Rivera Cusicanqui, Silvia: »Oprimidos pero no vencidos«: Luchas del campesinado aymara y qhechwa, 1900-1980. La Paz 2003.
- Rivera Cusicanqui, Silvia / Hylton, Forrest / Mamani, Pablo / Olivera, Oscar: *Bolivia Today: Struggles over Decolonization and Collective Resources*. Vorlesungen an der New York University. 10. September 2007.
- Romer, Nancy: Initiative for Democratic Education in the Americas. In: *Liberty Tree: Journal of the Democratic Revolution*. Herbst 2007.
- Romero, Simon: In Bolivia's Affluent East, Anger at Morales Is Growing. In: *New York Times*. 26. Dez. 2006.
- Shiva, Vandana: *Water Wars: Privatization, Pollution, and Profit*. Cambridge (MA) 2002.
- Spronk, Susan: Roots of Resistance to Urban Water Privatization in Bolivia: The »New Working Class«, the Crisis of Neoliberalism, and Public Services. In: *International Labor and Working Class History*. Cambridge 71(2006)1. S. 8-28.
- Tabb, William: Resource Wars. In: *Monthly Review*. New York 59(2007)7. S. 32-42.
- Washburn, Jennifer: *University Inc.: The Corporate Corruption of Higher Education*, New York 2005.
- Webber Jeffrey: The Bolivia Left and Indigenous People Join in Struggle. In: *Monthly Review*. New York 57(2005)4. S. 34-48.
- Weisbrot Mark / Sandoval Luis: *Bolivia's Challenges*. Center for Economic and Policy Research (CEPR).
- Zibechi, Raúl: Subaltern Echoes: Resistance and Politics 'Desde el Sotano. In: *Socialism and Democracy*. Somerville (MA) 19(2005)3. S. 13-39.

ROMINA LUZ HERMOZA CACSIRE

Der Prozess der Verfassunggebung und die neue Verfassung Neugründung oder Reform?

Eine Nation kann das Recht, etwas anzustreben, weder anordnen noch es sich versagen, und was auch immer ihr Wille sei, sie kann nicht das Recht verlieren, ihn immer dann zu ändern, wenn es ihr Interesse erfordert.

Emmanuel Sieyès¹

Einleitung

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden die Verfassungen Lateinamerikas bei der Erklärung der Unabhängigkeit von Spanien durch den Willen des Volkes, der sich in Kongressen, Konventionen oder Verfassunggebenden Versammlungen zeigte, angenommen. Diese Institutionen ergriffen ihrerseits die ursprüngliche verfassunggebende Macht für die Organisation der Staaten in republikanischer Form.²

In den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts übernahmen viele Länder der Region wieder die Demokratie als Regierungsform; folgerichtig lebte erneut das klassische Verfassungsrecht auf, und es entstand die Option eines zeitgenössischen Sozialverfassungsrechts. Trotzdem begann im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in der lateinamerikanischen Region die Suche nach ei-

1 Sieyès: Ce qu'on auroit dû faire. Principes à cet égard. In: *Qu'est-ce que le Tiers-Etat?* 1789. S. 79.

2 Vgl.: Alan R. Brewer-Carías: La Reforma Constitucional en América Latina y el control de constitucionalidad, in: Fundación de Derecho Público, Universidad Valle del Mombay: Libro Homenaje al padre José del Rey Fajardo S.J. Tomo II. Caracas 2005. S. 980

nem anderen Modell des Staates und des Regierungssystems.³ Die Ursache dafür lag in der Strukturkrise, die sich in einigen Staaten in Lateinamerika ausgebreitet und zu einer Krise der Verfassung geführt hatte.

Diese allgemeine Krise war das Ergebnis der Nichtbefriedigung sozialer Forderungen (einschließlich der Forderungen der indigenen Bevölkerung) und der Veränderungen in der Struktur des modernen Staates.⁴

Die Argumente, die diese Behauptung stützen können, sind die folgenden:

- a) Verlust der Glaubwürdigkeit, des Vertrauens und des Respekts des Bürgers gegenüber dem Staat in Folge von dessen fehlender Präsenz;
- b) Ausschluss und Marginalisierung eines breiten Teiles der Bevölkerung nicht nur vom wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben des Staates, was sich in der Höhe des Armutsindex und der Arbeitslosenquote widerspiegelte, sondern auch vom verfassungsrechtlichen System;
- c) Verlust der Glaubwürdigkeit, der Repräsentanz und der Legitimierung der Regierenden, Delegierten und der politischen Parteien, was zu einer Krise des politischen Systems und der Repräsentanz der demokratischen Regierung führte;
- d) Ineffizienz bei der Durchsetzung von Gerechtigkeit sowie Schwierigkeiten beim Zugang zum Rechtssystem, das in einigen Fällen den anderen verfassten Gewalten untergeordnet wurde und eine Krise des Rechtssystems nach sich zog.⁵

Ein weiteres Argument für die generelle Krise des Staates wäre die Ungleichheit in der Verteilung des Reichtums, was in der Konsequenz zu einer Unausgewogenheit in der sozialökonomischen Entwicklung führte.

Bolivien gehört zu den lateinamerikanischen Staaten, die sich mit diesen Problemen konfrontiert sahen, und das hat zur Infragestellung und dann folgerichtig zur Krise seiner Verfassung geführt.

In der Tat, die Verfassung als grundlegende Rechtsordnung des Staates und der Gesellschaft umfasst nach Häberle »die Einbeziehung der verfassten Gesellschaft, wenn auch sicherlich nicht im Sinne des Identitätsbegriffes, das heißt, es ist nicht allein der Staat, der verfasst ist (Die Verfassung ist nicht nur die Verfassung >des Staates<)<«. Ebenso »beinhaltet sie die Grund-

3 Vgl.: José Ma. Serna de la Garza: *Procesos Constituyentes contemporáneos en Latinoamérica – Tendencias y Perspectivas*. México 2009. S. 641.

4 Vgl.: Pedro De Vega: *Estudios Políticos Constitucionales*. México 2004. S. 293f.

5 Vgl.: José Ma. Serna de la Garza: *Procesos Constituyentes contemporáneos en Latinoamérica*. S. XI f.

strukturen der pluralen Gesellschaft, wie zum Beispiel, die Beziehungen der gesellschaftlichen Gruppen untereinander und zum Bürger (Toleranz!)«.⁶ Er weist außerdem darauf hin, dass »für den Bürger, die Verfassung nicht nur ein Gesetzestext oder ein normativer ‚Regulierungsmechanismus‘ ist, sondern auch Ausdruck eines kulturellen Entwicklungsstadiums, Mittel zur kulturellen Selbstdarstellung des Volkes, Spiegel seines Erbes und Basis seiner Hoffnungen«.⁷

Dieses Konzept ging im Verlaufe der Geschichte im bolivianischen Volk nicht verloren. Die Nichterfüllung seiner sozialen Forderungen ließ es die Funktionsfähigkeit seiner Verfassung mehrmals neu aufwerfen. Denn es fühlte, dass das Recht nicht vollständig aus der Verfassung hervorging und dass das in Übereinstimmung mit den Verfassungsnormen hervorgegangene Recht nicht als effizient zur Lösung seiner Probleme angesehen werden konnte.⁸

In diesem Sinne stellte die bolivianische Bevölkerung fest, dass das Gesetz von einer »allgemeinen und abstrakten Regel für alle« zu einer konkreten Regel geworden war, zu einem Akt der politischen Bestätigung, bei dem man oft eine Übereinkunft mit den privaten Interessengruppen beobachtete.⁹ Daraus entsprang die Forderung nach der Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, um einen neuen Verfassungstext zu erarbeiten, der ihren Forderungen entspreche.

Dieser Artikel untersucht den verfassungsgebenden Prozess der letzten Jahre in Bolivien und in groben Zügen die heute gültige Verfassung nicht nur unter historisch-politischen, sondern auch unter juristischen Aspekten. Das Thema wird aus drei Perspektiven analysiert. Zuerst erfolgt eine kurze Darstellung der historisch-verfassungsrechtlichen Entwicklung der Verfassungsprozesse in Bolivien seit der Unabhängigkeit. Ziel ist es, den Kontext zu kennen, in dem sich diese verfassungsgebenden Prozesse entwickelten, und zu verstehen, welches die Motive für die Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung waren, bevor der verfassungsgebende Prozess selbst untersucht wird. Der zweite Punkt umfasst die Rolle, die der verfassungsgebende Prozess und die Institution der Verfassungsgebenden Versammlung im letzten Jahrzehnt spielte, wobei auch auf die Konflikte und den fehlenden Konsens

6 Peter Häberle: *El Estado Constitucional*. México 2003. S. 3.

7 Ders.: *México y los contornos de un derecho constitucional común americano: ius commune americanum*. In: Peter Häberle / Markus Kotzur: *De la soberanía al Derecho Constitucional Común: Palabras clave para un diálogo Europeo-Latinoamericano*. México 2003. S. 6.

8 Vgl.: Pedro De Vega: *Estudios Políticos Constitucionales*. S. 294; vgl.: José Antonio Rivera Santivañez: *Reformas constitucionales y justicia constitucional*. In: Konrad Adenauer Stiftung: *Anuario de Derecho Constitucional Latinoamericano*, Uruguay 2009. S. 127f.

9 Vgl.: Pedro De Vega: *Estudios Políticos Constitucionales*. S. 294.

zwischen den Kräften, aus denen sich damals die Versammlung zusammensetzte, eingegangen wird. Schließlich stellen sich in einem dritten Punkt die Fragen zur Legalität und Legitimität der Verfassung, um zuletzt einen kritischen, aber konstruktiven Blick auf die neue Politische Verfassung Boliviens im Zusammenhang mit der »Neugründung« zu werfen. Das heißt, die neue Verfassung wird daraufhin analysiert, ob sie die Parameter erfüllt, die eine »Neugründung« des Staates rechtfertigen, oder ob in der neuen Verfassung lediglich ein Reformprozess vonstatten ging.

Vorgeschichte des bolivianischen verfassungsgebenden Prozesses

Seit der ersten bolivianischen Verfassung (1826) nach Erlangung der Unabhängigkeit konnte man beobachten, dass die Kreolen und Mestizen keinen Staat errichten wollten, in dem die indigenen Völker die Grundlage der Gesellschaft wären, sondern dass sie weiterhin das spanische Kolonialmodell verfolgten. Das heißt, es gab keinen sozialen und politischen Pakt in Übereinstimmung mit der gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wirklichkeit der bolivianischen Gesellschaft, die ethnisch und kulturell vielfältig war.¹⁰ Man beabsichtigte kein politisch-soziales Projekt des Staates, sondern, ganz im Gegenteil, man festigte die wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht der bereits existierenden Oligarchie, vor allem der Feudalelite des Silberbergbaus und der Großgrundbesitzer. Beispielsweise gründete sich die Verfassung von 1826 zwar auf den unumstößlichen Wert der Freiheit, was sich auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene aber als nicht sozial erwies, denn obwohl die Sklaverei abgeschafft wurde, hielt man die Ausbeutung der indigenen Bevölkerung zugunsten der wirtschaftlichen Interessen der oligarchischen Gruppen aufrecht.¹¹

10 Vgl.: José Antonio Rivera Santiviáñez: *Análisis de la nueva Constitución Política del Estado*. In: José Ma. Serna de la Garza (Coordinador): *Procesos Constituyentes contemporáneos en Latinoamérica – Tendencias y Perspectivas*. México 2009. S. 92.

11 Vgl.: Ders.: *Las tendencias del proceso constituyente en Bolivia*. In: José Ma. Serna de la Garza (Coordinador): *Procesos Constituyentes contemporáneos en Latinoamérica – Tendencias y Perspectivas*. México 2009. S. 69f. Der gleiche Autor fährt dann mit der Wirtschaftsstruktur Boliviens fort, die damals auf den Prinzipien des Liberalismus beruhte: »... man definierte die private Aneignung an den Produktionsmitteln und den Schutz der Rechte auf freies Unternehmertum und Handel dergestalt, dass keine produzierenden Mimen im Eigentum des Staates blieben, sondern in die Hände der neuen entstehenden Oligarchie übergingen, während der Boden für die landwirtschaftliche Produktion in den Händen der Großgrundbesitzer blieb.«

Erwähnenswert ist, dass in Bolivien die Verfassungsgebung mehrfach von ihren republikanischen Anfängen ausging (nach 1825), jedoch gleichzeitig versucht wurde, während der reformerischen verfassungsgebenden Prozesse die politische, wirtschaftliche und soziale Macht in den Händen der traditionellen Feudaloligarchie des Silberbergbaus und der neuen Elite des Zinnbergbaus sowie der Großgrundbesitzer zu konsolidieren (von 1835 bis 1931).¹²

Nach dem Chacokrieg trachtete man angesichts der Erhebungen und Rebellionen der Bauern, die die Anerkennung ihrer Rechte wie auch ihre Integration in das Verfassungssystem forderten, danach, den alten Staat durch einen Sozial- beziehungsweise einen Wohlfahrtsstaat zu ersetzen. Das kann man in den verfassungsgebenden Prozessen von 1931 und 1961 beobachten. Obwohl der Verfassungskonvent von 1938 begann, in der Verfassung neue Normen zu verankern, deren Richtlinien zur Schaffung eines sozialen Rechtsstaates führten¹³, war das nicht wirksam genug. Vielmehr gab die real existierende Lage den Indigenen, Bauern, Arbeitern, Bergarbeitern, Studenten und progressiven sozialen Schichten¹⁴ den Anlass zur Revolution von 1952.

Mit dem Sieg der nationalistischen Revolution wurde im Verfassungskonvent von 1961 beabsichtigt, den sozialen Rechtsstaat zu konsolidieren. Das sollte durch die Einführung des Allgemeinen Wahlrechts und durch Klassenbündnisse auf der politischen Ebene sowie durch die Verankerung eines Systems der Sozialversicherung u.a.¹⁵ erfolgen. Auch die Durchführung von Reformen im Bildungswesen, der Eingriff des Staates in die Planung und Leitung der Wirtschaft mit der Möglichkeit zur Übernahme wesentlicher Produktionsmittel im Bergbau bei gleichzeitiger Anerkennung und Garantierung des Privateigentums und die Neuverteilung des Bodens zugunsten der Bauern und Indigenen standen auf der Agenda.¹⁶ Trotz einer erheblichen Anzahl von Verfassungsreformen wurden die Probleme jedoch nicht gelöst.

12 Vgl.: Ebenda. S. 71f.

13 Man versuchte, ökonomische und soziale Verfassungsprinzipien festzulegen, die auf die Integration der ärmsten sozialen Sektoren gerichtet waren. Zum Beispiel wurde in der Verfassung von 1938 eine Wirtschaftsordnung angestrebt, die den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit entspräche und die darauf gerichtet sei, allen Bewohnern eine würdige Existenz als Mensch zu sichern (Art. 106). Außerdem erließ die Sozialordnung Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter (Art. 122). Ein anderes Beispiel ist, dass der Staat rechtlich die Existenz der indigenen Gemeinschaften anerkannte und gewährleistete (Art.165).

14 Vgl.:Ebenda. S. 73ff. Mehr zur Revolution von 1952, siehe: Franco Gamboa Rocabado: *Itinerario de la esperanza y el desconcierto – Ensayos sobre política, sociedad y democracia en Bolivia*, Bolivia 2001. S. 9ff.

15 Vgl.: Juan Cristóbal Urioste Nardin: *La Constitución Política del Estado en la Historia*. In: KAS, *Reflexión crítica a la nueva Constitución Política del Estado*. Bolivia 2009. S. 79.

16 Vgl.: José Antonio Rivera Santivañez: *Las tendencias del proceso constituyente en Bolivia*. S. 77.

So konnten zum Beispiel trotz der Einführung des Allgemeinen Wahlrechts Frauen oftmals nicht wählen, weil die erforderlichen Bedingungen dafür nicht geschaffen waren, wofür die Überwindung des patriarchalischen, machistischen Standpunktes eine wesentliche Voraussetzung gewesen wäre. Außerdem war die materielle Einbeziehung der indigenen Völker in das Verfassungssystem nicht gegeben.¹⁷ Später kam es dann zum Putsch und mit ihm zu einer langen Periode der Militärdiktaturen.

Rivera bemerkt: »Bolivien war, wie die Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder, nicht demokratisch aufgebaut und hatte deshalb keine adäquate Entwicklung seines Verfassungssystems. Seine republikanische Geschichte war charakterisiert durch eine politische und institutionelle Instabilität infolge der Staatsstriche, also der bewaffneten militärischen oder zivil-militärischen Erhebungen, die *De-facto*-Regime unter Missachtung des demokratischen Rechtsstaates schufen ...«. ¹⁸ Einige dieser *De-facto*-Regime vertraten dabei offen die Interessen ökonomischer Machtgruppen.¹⁹ Mit der Herstellung der bolivianischen Demokratie nach den Militärdiktaturen im Jahr 1982 wurde die alte Verfassung von 1967 wieder in Kraft gesetzt. Diese Verfassung, auch wenn sie in Rechtsauffassungen besser als ihre Vorgänger war²⁰, verlor allerdings mit der Zeit zunehmend ihre Legitimität. Sie stellte einen sozialpolitischen Pakt dar, in dem die Sektoren der sozialen Mehrheit, wie die indigenen Völker und die bäuerlichen Gemeinschaften, aber auch die Organisationen der Arbeiter ausgeschlossen oder marginalisiert wurden²¹, wodurch sich die strukturelle Krise des bolivianischen Staates manifestierte.²²

Prozess der Verfassunggebung und Verfassunggebende Versammlung

Angesichts dieser Situation²³ forderten die ausgeschlossenen und randständigen Schichten einen neuen Pakt, in dem ihre Integration in die Verfassung

17 Vgl.: Ders.: *Hacia una nueva Constitución – Luces y sombras del proyecto modificado por el Parlamento. Bolivia 2008.* S. 35.

18 Ders.: *Las tendencias del proceso constituyente en Bolivia.* S. 63.

19 Vgl.: Ders.: *Hacia una nueva Constitución.* S. 7. Nach Angaben des Autors hat Bolivien seit seiner Gründung als Republik bis 1980, 200 Staatsstriche erlitten.

20 Vgl.: International IDEA: *El Estado de la opinión, Informe Nacional sobre Desarrollo Humano 2007. Bolivia 2007.* S. 152

21 Vgl.: José Antonio Rivera Santiviáñez: *Hacia una nueva Constitución.* S. 8.

22 Siehe S. 1 zu den Argumenten für die Ursachen der Strukturkrise des bolivianischen Staates.

23 Vgl.: Tanja Ernst (Hrsg.): *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Baden-Baden 2009.* S. 127ff.

und die Erfüllung ihrer Forderungen bestätigt würden, woraufhin sich die Forderung nach einem reformierenden verfassungsgebenden Prozess in einem demokratischen Umfeld und in einem rechtstaatlichen Kontext entwickelte – der Ruf nach einer Verfassungsgebenden Versammlung.²⁴

Ab dem Jahr 2000, in dem sich die Regierungskrise des damaligen Präsidenten Banzer Suárez mit dem sogenannten »Wasserkrieg« in Cochabamba verschärfte, gewann die Forderung nach einer neuen Verfassung immer mehr an Stärke.²⁵ Das führte zusammen mit den Konflikten von 2003 (»Gaskrieg«)²⁶ dazu, dass die Legitimität der Institutionen des Staates wie auch die Legitimität der politischen Parteien als einziger Vermittler zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat in Frage gestellt wurde.²⁷

Im Gegensatz zu den Forderungen nach einer Verfassungsgebenden Versammlung vonseiten der marginalisierten Gruppen traten die Vertreter des traditionellen politischen Systems für eine Verfassungsreform durch den Nationalkongress (Parlament) ein, also für eine in der Verfassung vorgesehene

24 Für weitere Hinweise vgl.: José Antonio Rivera Santiviáñez: Las tendencias del proceso constituyente en Bolivia. S. 78ff.

25 Vgl.: Raquel Gutiérrez Aguilar / Dunia Mokrani Chávez: Asamblea Constituyente en Bolivia: ¿Reformar o refundar el Estado?. In: Programa de las Américas Reporte, 1. Juli 2006. S. 1; vgl.: Matías Franchini: Asamblea Constituyente en Bolivia: Génesis, Evolución y conflicto en el Cambio. In: CADAL-Documentos, Año V. Nr. 74. 5. Juni 2007. S. 4. Die Forderung nach einer neuen Verfassung zwang die Regierung, dem Nationalkongress eine Reihe von Reformen vorzulegen, um danach einen Bürgerrat – Consejo Ciudadano – zu bilden (23.04.2001), der die verschiedenen Vorschläge und/oder Gesichtspunkte der verschiedenen sozialen Schichten systematisieren sollte. Das führte zum Gesetz über die Notwendigkeit von Verfassungsreformen, welches am 1. August 2002 von Präsident Jorge Quiroga beschlossen wurde. Vgl.: Hugo San Martín Arzabe: El proceso de reforma constitucional en Bolivia. In: Konrad Adenauer Stiftung: Anuario de Derecho Constitucional Latinoamericano. México 2004. S. 368ff.

26 Der Krise vom Oktober 2003 gingen die Ereignisse vom Februar 2003 voraus, als Präsident Sánchez de Lozada eine Einkommenssteuer zur Deckung des Zahlungsdefizits verabschiedete, was nicht der Wirklichkeit und den Lebensbedingungen in Bolivien entsprach. Das führte zu einer Meuterei der Polizei, die höhere Gehälter forderte, und endete in einer Schießerei mit dem Militär. Im Oktober des gleichen Jahres folgte der Protest in El Alto, bei dem es unter anderem um das Gas ging, und der mit dem Rücktritt von Sánchez de Lozada endete. Vgl.: Franco Gamboa Rocabado: La Asamblea Constituyente en Bolivia. Evaluación de su funcionamiento, contradicciones y consecuencias. In: Konrad Adenauer Stiftung: Reflexión crítica a la nueva Constitución Política del Estado. Bolivia 2009. S. 22; vgl.: Ulrich Goedeking / Mora Zuazo: Konfliktszenarien und soziopolitische Akteure in Bolivien. Studien zur Länderbezogenen Konfliktanalyse. Berlin 2006. S. 9; vgl.: Raúl Prada Alcoreza: Horizontes de la Asamblea Constituyente. Bolivien Studies Journal/ Revista E. Volumen 6. Issue 1. Abril-Mayo 2006. S. 102ff.

27 Vgl.: International IDEA: El Estado de la opinión, Informe Nacional sobre Desarrollo Humano 2007. S. 153; vgl.: H.C.F. Mansilla: Limitaciones, condicionantes y posibilidades de la Asamblea Constituyente en Bolivia. In: Revista Venezolana de Ciencia Política, Número 27/ enero-junio 2005. S. 78-79.

Verfahrensweise.²⁸ Dabei zeigten sich zwei Positionen: Die erste schlug einen radikalen Wechsel des bisher gültigen alten Modells vor, nämlich nun eine Wirtschaft auf der Grundlage staatlicher Eingriffe in die Planung und Leitung²⁹, während die zweite für die Institutionalisierung des sozialen und demokratischen Rechtsstaates in einer liberalen Marktwirtschaft eintrat.³⁰

Auf der Grundlage der verschiedenen Forderungen wurde die Verfassungsreform von 2004 durchgeführt, die auf der Verfassung von 1994 basierte. Zu den hauptsächlichen Reformen gehörten: Die Anerkennung Boliviens als multiethnischer und plurikultureller Staat auf der Grundlage der Einheit und Solidarität aller Bolivianer³¹; die Integration der ursprünglichen indigenen Völker und Gemeinschaften in die soziale Struktur des Staates, die Anerkennung ihrer gewählten Vertreter und die Befugnis zur Anwendung ihrer eigenen Normen, was die Anerkennung des Gewohnheitsrechts und der gemeinschaftlichen Rechtsprechung beinhaltet, wie auch die Respektierung ihres Lebensraumes; die Schaffung des Verfassungsgerichtes als oberste Institution zur rechtlichen Auslegung der Verfassung; die Schaffung des Ombudsmanns als Organ unter anderem zur Verteidigung, Forderung, Verbreitung und Einhaltung der Menschenrechte.³²

Diese Verfassungsreformen waren, obwohl sie einen großen Schritt zur Anerkennung der Rechte der indigenen Völker darstellten, nicht ausreichend

28 In der Tat, wie Carpizo hinweist, gibt sich das Volk selbst oder durch seine Vertreter die Verfassung. Sie kann geändert oder reformiert werden – mit den dafür in ihr vorgesehenen Schritten: »Rechtsordnung, Verfassung und Rechtsstaat werden in einer Demokratie geschaffen, oder es gibt sie nicht als solche«. Vgl.: Jorge Carpizo: Concepto de democracia y sistema de gobierno en América Latina. In: Revista Latinoamericana de Derecho. Año IV. Núm. 7-8. enero-diciembre, 2007. S. 244. Ebenso entspringt die Verfassungsreform der notwendigen Weiterentwicklung der Verfassung angesichts neuer sozialer Forderungen, die Veränderungen in der Verfassung bedingen. Vgl.: Hugo San Martín Arzabe: El proceso de reforma constitucional en Bolivia. S. 367f.

29 Vgl.: José Antonio Rivera Santivañez: Las tendencias del proceso constituyente en Bolivia. S. 79.

30 Ein Beispiel dafür ist, dass Bolivien durch das Präsidialdekret (Decreto Supremo) Nr. 21060 vom 29.08.1985, verstärkt durch weitere Gesetze und Dekrete zwischen 1993 und 1997, ein neoliberales Wirtschaftsmodell übernahm, das einen Prozess der zunehmenden Privatisierung und Kapitalisierung öffentlicher Unternehmen ermöglichte, darunter der Sektoren Erdöl und Erdgas, Elektrizität und Telekommunikation. Vgl.: Jorge Asbun Rojas: El proceso constituyente actual en Bolivia. La constante tensión entre Libertad y autoritarismo. In: José Ma. Serna de la Garza (Coordinador): Procesos Constituyentes contemporáneos en Latinoamérica – Tendencias y Perspectivas. México 2009. S. 33, 35.

31 Durch die Verfassungsreform von 2004 (Gesetz Nr. 2630) wird Bolivien als »als ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat« bezeichnet.

32 Vgl.: José Antonio Rivera Santivañez: Las tendencias del proceso constituyente en Bolivia. S. 80ff.; vgl.: Jorge Asbun Rojas: El proceso constituyente actual en Bolivia. La constante tensión entre Libertad y autoritarismo. S. 32ff.

angesichts anderer weiter bestehender und nicht erfüllter sozialer Forderungen.

Das bolivianische Volk wollte Veränderungen, aber im Rahmen des verfassungsmäßigen demokratischen Rechtsstaates und unter Ausübung der verfassungsgebenden Gewalt. Die verfassungsgebende Gewalt wird verstanden als »Wille oder Energie eines Volkes zur Annahme einer Politischen Verfassung des Staates«. ³³ Oder, wie Pablo Lucas Verdú sagt: »Verfassungsgebende Gewalt ist der ursprüngliche, außerordentliche und souveräne Wille einer Gemeinschaft, die die grundlegenden Normen für die Organisation und das Funktionieren ihres politischen Zusammenlebens bestimmt«. ³⁴ Geht man von der Prämisse aus, dass der Träger der verfassungsgebenden Gewalt das Volk ist ³⁵, hat es trotzdem nicht die Möglichkeit, direkt an der Erarbeitung des Verfassungstextes mitzuarbeiten. Denn die direkte Beteiligung aller Bürger bleibt unmöglich. ³⁶ Das macht es erforderlich, über eine Zahl von Vertretern zu verfügen, die sich in einer Verfassungsgebenden Versammlung mit der Ausarbeitung des Textes befassen. ³⁷ Ziel war die Schaffung eines neuen politischen Paktes der Integration. ³⁸

Die damals amtierende Regierung entschied sich hingegen, nicht mit dem gültigen Verfassungssystem zu brechen, sondern einen verfassungsgebenden Prozess auf der Grundlage demokratischer Prinzipien und im Rahmen des Rechtsstaates zu entwickeln. ³⁹

33 Ebenda. S. 9.

34 Pablo Lucas Verdú: *Curso de Derecho Político*, Volumen II. Madrid 1983. S. 583. Für eine ausführliche Erklärung der Verfassungsgewalt als Konzept siehe Jorge Asbun Rojas: *El proceso constituyente actual en Bolivia*. S. 9-11; Jaime Cárdenas Gracia: *El constituyente como restricción y como radicalidad democrática*. In: David Cienfuegos Salgado/ Miguel Alejandro López Olvera: *Estudios en Homenaje a don Jorge Fernández Ruiz, Derecho Constitucional y Política*. México 2005. S. 165ff.

35 Vgl.: Peter Häberle: *El Estado Constitucional*. S. 130.

36 Häberle präzisiert: »Man darf nicht vergessen, dass das Volk vor allem eine Ansammlung von Bürgern ist«. Ebenda. S. 159.

37 Vgl.: Jorge Asbun Rojas: *El proceso constituyente actual en Bolivia*. S. 11.

38 Vgl.: José Antonio Rivera Santivañez: *Las tendencias del proceso constituyente en Bolivia*. S. 85.

39 Erwähnenswert ist, dass trotz der damals in Bolivien herrschenden sehr schwierigen Umstände das bolivianische Volk der Überzeugung war, dass die Demokratie die beste Regierungsform sei. Auch wenn man nicht behaupten kann, dass die Demokratie in der politischen Kultur der Bolivianer verankert ist, so glaubte man zumindest an sie. Vgl.: *International IDEA: El Estado de la opinión, Informe Nacional sobre Desarrollo Humano 2007*. S. 156; Vgl.: H.C.F Mansilla: *Apuntes en torno a la cultura contitucional en Bolivia*. In: *Revista Ecuador Debate*. N° 70, abril 2007. S. 174. Evo Morales erklärte bei der Übernahme der Präsidentschaft 2006, dass er eine »Revolution in der Demokratie« machen werde. Vgl.: Jorge Asbun Rojas: *El proceso constituyente actual en Bolivia*. S. 42.

Erst mit der Wahl von Evo Morales zum Präsidenten Boliviens im Jahr 2005 eröffnete sich die Möglichkeit für die Bildung einer Verfassungsgebenden Versammlung. Dabei gab es zwei zentrale Anliegen: die Forderung zur Verteidigung der natürlichen Ressourcen und die Forderungen zur Integration der indigenen Völker.

Dem gegenüber strebten die bürgerlichen Regionalkomitees nach Anerkennung der Autonomie der Departements, also nach einer politisch-administrativen Dezentralisierung und Umverteilung der politischen Macht zugunsten der Regionen.

Morales versuchte, den Forderungen der indigenen Völker durch die Bildung einer Verfassungsgebenden Versammlung nachzukommen. Die Opposition, aus konservativen Parteien gebildet, sah nun ebenfalls in der Verfassungsgebenden Versammlung eine Möglichkeit, ihr wichtigstes Ziel, die regionale Autonomie, zu erreichen.⁴⁰ Nach vielen Auseinandersetzungen kam man zu einer Übereinkunft, und das Parlament beschloss am 6. März 2006 das *Gesetz zur Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung* (Gesetz Nr. 3364), das durch den gewählten Präsidenten Evo Morales verkündet wurde.⁴¹

Eine einberufende Institution eröffnete am gleichen Tag mit dem formalen Beschluss zur Bildung der Verfassungsgebenden Versammlung den Prozess der neuen Verfassunggebung. Außerdem war sie dafür zuständig, einen normativen Rahmen für die Wahl der Mitglieder, das Wahlsystem und das Quorum bei den Entscheidungen festzulegen.⁴²

Das Gesetz Nr. 3364 legte die Zahl der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung auf 255 fest. Demnach kämen 210 aus den 70 Wahlkreisen, die das Nationale Wahlgericht bestätigt hatte, das wären drei Mitglieder je Einerwahlkreis (zwei für die meist gewählte Partei und einer für die zweitstärkste Kraft). Die restlichen 45 Vertreter würden wie folgt gewählt: fünf in jedem Departement-Wahlkreis mit mehreren Kandidaten (sog. Mehrmandatswahlkreise), das heißt zwei Vertreter für die Mehrheit und jeweils einer für die zweit-, die dritt- und die viertstärkste Kraft.⁴³ Zudem bestimmte das Gesetz, dass für die Annahme des Verfassungstextes eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder der Versammlung – in Übereinstimmung mit Artikel 25 der gültigen Verfassung⁴⁴ – notwendig sei und dass sich die

40 Vgl.: Carlos Romero Bonifaz: Los ejes de la Constitución Política del Estado Plurinacional de Bolivia. In: IDEA Internacional: Miradas. Nuevo texto constitucional. Bolivia 2010. S. 21; vgl.: Franco Gamboa Rocabado: Dilemas y conflictos sobre la Constitución en Bolivia – Historia Política de la Asamblea Constituyente. La Paz 2009. S. 50ff.

41 Der Kongress verabschiedete dieses Gesetz einstimmig am 4. März 2006.

42 Vgl.: Asbun Rojas Jorge: El proceso constituyente actual en Bolivia. S. 12f.

43 Art. 14 des Gesetzes 3364 vom 6. März 2006.

44 Art. 25 des Gesetzes 3364.

Dauer der Versammlung bis ein Jahr nach ihrer Einberufung belaufe.⁴⁵ Nach ihrem Abschluss habe dann die Exekutive innerhalb von 120 Tagen ein Verfassungsreferendum anzusetzen, bei dem das Volk mit absoluter Mehrheit den von der Verfassungsgebenden Versammlung vorgelegten Entwurf bestätigen müsse.⁴⁶

Mit dem Gesetz zur Einberufung der Versammlung wurde auch das *Gesetz zur Durchführung des mit der Verfassungsgebenden Versammlung verbundenen Nationalen Referendums über die Autonomie der Departements* (Gesetz 3365) verkündet – als Antwort auf die Forderungen der Bürger- und sozialen Bewegungen nach einer tiefgehenden politischen Dezentralisierung.⁴⁷

Bei der Wahl der Mitglieder zur Verfassungsgebenden Versammlung am 2. Juli 2006 gewann die MAS die Unterstützung von mehr als 50 Prozent der Wähler und stellte mit 137 Vertretern die Mehrheit in der Versammlung. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Zusammensetzung der Versammlung ein neues Bild vermittelte; es waren Führer der bisher ausgeschlossenen Schichten vertreten, und der Anteil der Frauen war bemerkenswert (insgesamt 88). Man muss ebenfalls unterstreichen, dass die Mehrheit vorher weder parlamentarische Erfahrungen, noch große politische Verantwortung im nationalen Maßstab besaß.⁴⁸

Die Verfassungsgebende Versammlung, deren Aufgabe die komplette Reform der Verfassung war und die dafür einen neuen politischen und sozialen Pakt der Integration eingehen musste, sah sich folgenden Aufgaben gegenüber:⁴⁹

1. Schaffung von Grundlagen für die Überwindung der Strukturkrise des Staates auf demokratischem Wege. Unter Beteiligung der Bürger mussten in einer demokratischen Debatte unter Einbeziehung aller sozialen Schichten und Akteure Lösungen für die Krise gefunden werden.
2. Annahme eines neuen sozialen und politischen Paktes, in dem die Grundregeln des friedlichen Zusammenlebens und des demokratischen Aufbaus der bolivianischen Gesellschaft verankert werden und der die soziale, politische und wirtschaftliche Stabilität garantiert.

45 Art. 24 des Gesetzes 3364.

46 Art. 26 des Gesetzes 3364.

47 Vgl.: José Antonio Rivera Santiviáñez: *Hacia una nueva Constitución*. S. 9.

48 Vgl.: Franco Gamboa Rocabado: *La Asamblea Constituyente en Bolivia*. S. 28f. Für weitere Angaben zu den Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung siehe: Xavier Albó: *Datos de una encuesta. El perfil de los constituyentes*. In: Tinkazos, marzo. Volumen 11. Número 23-24/2008. S. 49-64.

49 Vgl.: José Antonio Rivera Santiviáñez: *Las tendencias del proceso constituyente en Bolivia*. S. 87f.

3. Schaffung der Grundlagen für eine gerechte Verteilung und Neuverteilung des gesellschaftlichen Reichtums⁵⁰, bei denen der Staat rechtlicher Eigentümer des Bodens, des Untergrundes und des Luftraumes sowie der erneuerbaren und nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen bleibt.
4. Schaffung der Grundlagen der nationalen Einheit, bei der die ethnische und kulturelle Verschiedenheit, die Gleichstellung der Geschlechter und der Generationen respektiert werden. Schaffung von Mechanismen zur Integration der indigenen Völker und bäuerlichen Gemeinschaften sowie aller Gesellschaftsschichten, die bisher ausgeschlossen oder marginalisiert waren.⁵¹
5. Aussöhnung zwischen Staat und Bürger. Der Staat muss durch die territoriale Aufteilung der politischen Machtausübung das Vertrauen des Bürgers und seine Glaubwürdigkeit wiedererlangen.

Beim Punkt 4 muss man jedoch berücksichtigen, dass bereits durch Art. L 1 des Gesetzes 2631, das 2004 die Verfassung reformierte, der multiethnische und plurikulturelle Charakter Boliviens anerkannt wurde. Art. 222 legte fest, dass die Vertretung des Volkes durch die politischen Parteien, Bürgervereinigungen und indigenen Völker ausgeübt wird. Außerdem heißt es in Art. 224: »Die politischen Parteien und/ oder Bürgervereinigungen und/ oder indigenen Völker können Kandidaten vorschlagen als Präsident, Vizepräsident, Senatoren oder Abgeordnete, Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung, Stadträte, Bürgermeister und Gemeindevertreter, in Gleichberechtigung und bei Erfüllung der dafür festgelegten Bedingungen.«

Zudem erkennt bereits das Gesetz über die Volksbeteiligung (*Ley de Participación Popular*) N° 1551 vom 20. April 1994 die Volksbeteiligung durch indigene, bäuerliche und städtische Gemeinschaften am juristischen, politischen

50 Der Bericht des UN-Sonderberichterstatters Jean Ziegler unterstreicht die Armut in Bolivien (60 % Arme und 40 % in extremer Armut), die Unterjochung der Landarbeiter, darunter der indigenen, auf den Latifundien oder in den agroindustriellen Betrieben im Oriente unter feudalen Arbeitsweisen und Bedingungen der Knechtschaft oder Halbsklaverei. Außerdem wird das damals aktuelle Wirtschaftsmodell für die wirtschaftliche Anpassung und die Privatisierung verantwortlich gemacht. Vgl.: United Nations: A/HRC/4/30/Add.2, Preliminary note on the mission to Bolivia (06. June 2007). Paragraf 4 und 5.

51 Ein Beispiel dafür findet sich im »Vorschlag für eine neue politische Verfassung des Staates« der Nationalen Versammlung originärer indigener, bäuerlicher und Siedlerorganisationen Boliviens vom 5. August 2006. Deren Repräsentanten treten für die Schaffung eines plurinationalen Staates als Modell der politischen Organisation (Seite 4) ein, weil dieses Modell »die direkte Vertretung der originären indigenen und bäuerlichen Völker und Nationen an der öffentlichen Gewalt nach ihren Sitten und Gebräuchen und der Bürger durch das allgemeine Wahlrecht beinhaltet«. In: <http://www.constituyentesoberana.org/3/propuestas/osio/pactodeunidad.pdf>

und wirtschaftlichen Leben des Landes (Art. 1) an. Es bestätigt die Territorialen Basisorganisationen (*Organizaciones Territoriales de Base – OTB*) und ihre Repräsentanten in den Dorfgemeinschaften, indigenen Völkern und nachbarlichen Gemeinschaften, die sich auf Bräuche stützen oder durch Statuten geregelt sind (Art. 2 Absatz I und II), als Subjekte der Volksbeteiligung.⁵²

Es stellt sich somit die Frage, warum diese Punkte nicht einfach aus den Ergänzungen der alten Verfassungen übernommen wurden. Durch weitergehende Gesetze hätten die Rechte der indigenen Völker im Detail verbessert und geregelt werden können.

Bei der Analyse der Verfassungsgebenden Versammlung lässt sich festhalten, dass sie das wichtigste historische Ereignis der letzten 50 Jahre in Bolivien darstellte. Für die Bolivianer »war die Verfassungsgebende Versammlung ein ‚Prozess der Teilhabe‘ mit dem Ziel, die ‚politische Verfassung des Staates zu reformieren‘, um ‚die Bedürftigen zu unterstützen‘, bei dem die ‚Forderungen‘ aller gesellschaftlichen Schichten gehört und berücksichtigt wurden«⁵³. Ungeachtet der Tatsache, dass die Verfassungsgebende Versammlung weitgehend unbekannt war, bewertete die Bevölkerung sie schon a priori positiv⁵⁴, da sie diese mit einem »Sinn für Gerechtigkeit« und »einer Hoffnung für die Zukunft« verknüpfte.⁵⁵

Jedoch war die Entwicklung der Verfassungsgebenden Versammlung während ihres Verlaufes durch eine weitgehende Polarisierung der Standpunkte gekennzeichnet. *Rivera* schreibt dazu: »[...] einerseits gibt es die Tendenz, den sozialen und demokratischen Rechtsstaat zu konsolidieren, wie er sich im verfassungsgebenden Prozess der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts ausgeprägt hat, und andererseits die Tendenz zur Neugründung des Staates auf der Grundlage der ideologischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entkolonialisierung, um einen neuen einheitlichen, plurinationalen und gemein-

52 Eine kritische Analyse des Gesetzes zeigt, dass sich die Wirkung dieser Organisationen lediglich auf repräsentative Aufgaben (Befugnis zur Kontrolle und Beaufsichtigung, Zugang zu Informationen, Vorschlagsrecht) gegenüber der Gemeindeverwaltung beschränkt, ohne jegliche Entscheidungsbefugnisse zu haben. Vgl.: Juliana Ströbele-Gregor: *Ley de Participación Popular y movimiento popular en Bolivia*. In: Peter Hengstenberg / Karl Kohut / Günther Maihold: *Sociedad civil en América Latina – Representaciones de intereses y Gobernabilidad*. Caracas 1999. S. 4f.

53 Vgl.: International IDEA: *El Estado de la opinión, Informe Nacional sobre Desarrollo Humano 2007*. S. 165.

54 Vgl.: Ebenda, S. 166.

55 Vgl.: Ebenda, S. 167.

schaftlichen Staat zu schaffen, der für die nicht nur ethnische und kulturelle sondern vor allem nationale Vielfalt steht [...]«. ⁵⁶

Man kann das auch folgendermaßen sehen: Einerseits, die im Westen des Landes beheimatete gesellschaftliche Macht mit ihren sozialen Ansprüchen, und andererseits die wirtschaftliche Macht vor allem im Osten und Süden des Landes, die die politische Dezentralisierung (Autonomie) fordert. ⁵⁷

Die Tätigkeit der Verfassungsgebenden Versammlung konnte unter den gegebenen Bedingungen keine optimale Entwicklung nehmen. Dazu zählte vor allem der gesellschaftliche Druck, der die Einbeziehung der Forderungen in den Verfassungstext verlangte und der auch eine gefährliche revanchistische Ausrichtung hatte, da er auf die Wiederherstellung der Rechte bestimmter sozialer Schichten gerichtet war. ⁵⁸ Außerdem verzichteten die sozialen Schichten, die in der Verfassungsgebenden Versammlung in der Mehrheit waren und für die Neugründung des Staates auf der Grundlage der Entkolonialisierung eintraten, auf den Dialog mit den anderen sozialen Gruppen der Opposition ⁵⁹, und auch die Opposition hatte kein Interesse an einem Konsens. ⁶⁰ Zu all dem kam noch die fehlende Organisation und Planung der Arbeit, was dazu führte, dass die Vertreter in der Versammlung die Redaktion des Verfassungstextes nicht in der durch das Gesetz zu ihrer Einberufung festgelegten Zeit schafften. ⁶¹ Jost schreibt dazu: »Der bolivianische Verfassungsprozess war sicherlich eines der inhaltlich am schlechtesten vorbereiteten und am

56 José Antonio Rivera Santiviáñez: Las tendencias del proceso constituyente en Bolivia. S. 88.

57 Vgl.: Ders.: *Hacia una nueva Constitución*. S. 10; Vgl.: Franco Gamboa Rocabado: Dilemas y laberintos políticos: La Asamblea Constituyente en Bolivia desde dentro. In: *Bolivien Studies Journal*. Revista E., Volumen 7. Issue 1, setiembre-octubre 2007. S. 21f.; vgl.: Tanja Ernst: Zwischen Rhetorik und Reformen - die »Neugründung« Boliviens. In: *Lateinamerika Analysen* 17. Hamburg, Februar 2007. S. 191-193.

58 Vgl.: Franco Gamboa Rocabado: *La Asamblea Constituyente en Bolivia. Evaluación de su funcionamiento, contradicciones y consecuencias*. S. 44. In diesem Sinne erklärte Carlos Mesa Gisbert, Expräsident von Bolivien: »Anstatt ein neuer sozialer Pakt zu sein, ist die Bolivianische Verfassung eine Abrechnung mit der Geschichte. Jede Abrechnung führt zu Revanche, zu Rache, und zweifellos kann die Zukunft nicht auf Revanche und Rache aufgebaut werden«. Interview mit *El Tiempo*, Kolumbien (05. Oktober 2008).

59 Vgl.: José Antonio Rivera Santiviáñez: *Las tendencias del proceso constituyente en Bolivia*. S. 88; vgl.: Stefan Jost: Kritische Anmerkungen zum bolivianischen Verfassungsprozess. In: Tanja Ernst / Stefan Schmalz (Hrsg.): *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales*, Baden-Baden 2009. S. 34; vgl.: Franco Gamboa Rocabado: *Dilemas y conflictos sobre la Constitución en Bolivia*. S. 86ff., 104ff.

60 Vgl.: Thomas Jäger: *Das Zwei-Ebenen-Sicherheitsdilemma: Politische Repräsentation, territoriale Integrität und nationale Identität. Staatsschwäche und die Rolle externer Akteure in Bolivien*. In: Thomas Jäger (Hrsg.): *Bolivien – Staatszerfall als Kollateralschaden*. 2009. S. 16.

61 Vgl.: Franco Gamboa Rocabado: *La Asamblea Constituyente en Bolivia*. S. 41.

chaotischsten durchgeführten lateinamerikanischen Verfassungsprojekte der vergangenen Jahrzehnte«. ⁶²

Am 21. Juni 2007, dem Tag, an dem die Redaktionskommissionen die Abschlussberichte für die neue Verfassung vorlegen mussten, präsentierten nur 5 der 21 Kommissionen ihre Arbeit. Da die Frist für die Verfassungsgebende Versammlung zudem abgelaufen war, musste der Kongress intervenieren und ihre Verlängerung beschließen. ⁶³

Die neue Verfassung Boliviens: eine kritische Sicht

Nach dieser Einmischung des Kongresses und wegen der nachfolgenden Handlungen der Verfassungsgebenden Versammlung, vor allem die Art und Weise des Beschlusses des Verfassungsentwurfs, stellte man die Legalität und Legitimität der neuen Verfassung in Frage. Aus juristischer Sicht entwickelten sich die Fakten, auf die man sich dabei berief, wie folgt:

Zunächst einmal war das juristische Fundament der Verfassungsgebenden Versammlung in Art. 4, Absatz I⁶⁴ und Art. 232⁶⁵ der gültigen Verfassung und im Gesetz zur Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung 3364 festgelegt. Das heißt, die Festlegung über ihre Einsetzung, Organisation und Arbeit wurde durch diese Normen geregelt. ⁶⁶ Bis hierher verlief auch alles im verfassungsrechtlichen Rahmen und in transparenter Form. Aber, wie bereits erwähnt, auf Grund der Mängel in der Organisation und Planung einschließlich der fehlenden Erfahrung der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung und, nicht zu vergessen, wegen des fehlenden Konsenses

62 Stefan Jost: Kritische Anmerkungen zum bolivianischen Verfassungsprozess. S. 34.

63 Vgl.: Franco Gamboa Rocabado: La Asamblea Constituyente en Bolivia. S. 44f., 37. Zur Tätigkeit der Kommissionen, siehe: Franco Gamboa Rocabado: Dilemas y conflictos sobre la Constitución en Bolivia. S. 190ff. 242ff.

64 Art. 4 Abs. 1 der Verfassung von 1967: »Prinzip der Repräsentation. I. Das Volk führt keine Verhandlungen und regiert nicht, außer durch ihre Repräsentanten und die per Gesetz geschaffenen Behörden.«

65 Art. 232 der Verfassung von 1967: »Die vollständige Reform der Politischen Verfassung des Staates liegt in der ausschließlichen Kompetenz der Verfassungsgebenden Versammlung, die durch ein besonderes Gesetz einberufen wird, das die Art und Weise der Wahl ihrer Mitglieder regelt. Es wird mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Mitglieder des Ehrenwerten Nationalkongresses beschlossen, und der Präsident der Republik besitzt kein Vetorecht.«

66 Die innere Organisation, die Funktionsweise der Verfassungsgebenden Versammlung, die Zusammensetzung der Leitungsgremien und der Arbeitskommissionen, die Art und Weise der Abstimmung, wurden unter anderem durch die ziemlich polarisierende Allgemeine Satzung der Verfassungsgebenden Versammlung geregelt. Vgl.: Franco Gamboa Rocabado: Dilemas y conflictos sobre la Constitución en Bolivia. S. 86ff., 127ff., 142ff.

und der Auseinandersetzungen zwischen ihnen während der Sitzungsperiode wurde die Übergabe des Textentwurfs der Verfassung innerhalb der durch das Gesetz 3364 vorgegebenen Frist, also bis zum 6. August 2007, unmöglich.

In dieser Situation verabschiedete das Parlament am 4. August 2007 das Gesetz N° 3728 (*Änderungsgesetz des Gesetzes N° 3364 vom 6. März 2006 über die Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung*). Dieses Gesetz brachte unter anderem zwei wichtige Änderungen: a) es verlängerte den Tagungszeitraum der Verfassungsgebenden Versammlung bis zum 14. Dezember 2007⁶⁷, und b) es legte fest, dass die Verfassungsartikel, die bei der Detailabstimmung nicht zwei Drittel der Stimmen erreichen, einer Volksabstimmung zur Klärung unterworfen werden.⁶⁸

Dieses Gesetz wäre ein erster Kritikpunkt, da es nicht der gültigen Verfassung entsprach. Der Nationalkongress hatte nur das Recht, das Gesetz zur Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung mit Zwei-Drittel-Mehrheit zu beschließen. Nachdem es in Kraft getreten war, war seine Aufgabe beendet. Als er das Gesetz 3728 verabschiedete, verstieß der Kongress gegen Art. 232 der Verfassung.⁶⁹

Ein weiterer Aspekt ist die Erweiterung der Funktionen der Versammlung. Wie Rivera erklärt, wurde mit der Verlängerung des Mandats der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung die Souveränität des Volkes und der Wille der bolivianischen Bürgerinnen und Bürger missachtet, da diese im Juli 2006 die Vertreter zur Verfassungsgebenden Versammlung für die Dauer eines Jahres gewählt hatten. Dieses Mandat war nicht verlängerbar, genauso wenig, wie es das Mandat des Präsidenten der Republik und der Senatoren und Abgeordneten ist. Der Einzige, der das Recht hat, ein Mandat zu verlängern, ist das Volk und nicht der Nationalkongress. Mit der Verabschiedung des Gesetzes 3728 verstieß der Kongress gegen Art. 1 Absatz I, Art. 2 und Art. 4 der Verfassung⁷⁰ und die Verfassungsgebende Versammlung war mit einem Zuständigkeitsmangel behaftet.⁷¹

Weitere Fakten zeigen, dass in der Verfassungsgebenden Versammlung die Konflikte nicht gelöst wurden. Der Höhepunkt war das Thema der Haupt-

67 Art. 1 des Gesetzes 3728.

68 Art. 1, Nr. 2, in Übereinstimmung mit dem Dritten und Vierten Art. des Gesetzes 3728.

69 Vgl.: José Antonio Rivera Santiviáñez: *Hacia una nueva Constitución*. S. 11.

70 Vgl.: Ebenda. S. 11.

71 Vgl.: Ders.: *Reformas constitucionales y justicia constitucional*. S. 145; vgl.: Horacio Andaluz: *La estructura del sistema jurídico boliviano y las relaciones entre las fuentes de su derecho según la constitución vigente*. In: *Revista de Derecho de la Pontificia Universidad Católica de Valparaíso*. XXXIII (Valparaíso, Chile, 2do. Semestre 2009). S. 457ff.

stadt Boliviens, das dazu führte, das es zur Unterbrechung der bis zu diesem Zeitpunkt geleisteten Arbeit kam.⁷²

Am 24. November 2007 berief die MAS eine Dringlichkeitssitzung (Plenarsitzung) der Verfassungsgebenden Versammlung ein, aber nicht in dem für die Beratungen vorgesehen Ort, sondern unter Polizeischutz in der Militärschule »Edmundo Andrade« in Sucre. Außerhalb des Tagungsortes kam es zu Zusammenstößen zwischen Bewohnern und Ordnungskräften. Die Bewohner forderten, den Punkt, dass Sucre die Hauptstadt Boliviens bleibt, auf die Tagesordnung zu setzen. In dieser Situation nahm die Verfassungsgebende Versammlung, in Abwesenheit vieler Mitglieder der Opposition, das Inhaltsverzeichnis des Verfassungsentwurfs »en gros« an. Währenddessen forderte die Gewalt außerhalb des Tagungsortes das Leben von drei Personen, und es gab Hunderte von Verletzten.⁷³

Diese Tatsache wäre der zweite Kritikpunkt, da die Annahme der Verfassung »en gros« mehrere Verfahrensweisen nicht einhielt, darunter folgende: a) Die irreguläre Zurücknahme der Berichte der Minderheit, was gegen den Zweiten Art. Nr. 1 des Gesetzes 3728 verstieß.⁷⁴ Nachdem die Berichte der Kommissionen vorlagen, unterließ man außerdem die Redaktion des Abschlusstextes des Entwurfes. Daraus kann man schließen, dass den Verfassungsvertretern der Abschlusstext des Entwurfes nicht bekannt war. Deshalb auch lediglich die Annahme des Inhaltsverzeichnisses und nicht des gesamten Textes, wie es das erwähnte Gesetz vorschrieb. b) der Umzug vom Theater Gran Mariscal in die Militärschule. Gemäß der Zweiten Schlussbestimmung des Gesetzes 3728 war die Präsidentin der Verfassungsgebenden Versammlung ermächtigt, im Falle des Risikos von Aggressionen oder Akten der Gewalt gegen Mitglieder die Sitzungen zu suspendieren, aber es ist keine Rede von Verlegung.⁷⁵

72 Vgl.: Franco Gamboa Rocabado: Dilemas y conflictos sobre la Constitución en Bolivia. S. 268.

73 Vgl.: Ebenda. S. 269; vgl.: Jorge Asbun Rojas: El proceso constituyente actual en Bolivia. S. 48f.; vgl.: José Antonio Quiroga Trigo: La Constitución y el proyecto de poder del MAS. In: International IDEA: Comentarios a la propuesta constitucional aprobada por la Asamblea Constituyente boliviana. Bolivia 2008. S. 56.

74 Zweiter Artikel des Gesetzes 3728: »1) Zum Abschluss ihrer Tätigkeit und im Falle der Uneinigkeit werden die Kommissionen zwei Berichte erarbeiten: einen der Mehrheit, der von der absoluten Mehrheit ihrer Mitglieder angenommen wird, und einen anderen der Minderheit, als Vorschlag mit der zweitgrößten Stimmenanzahl, unter der Voraussetzung, dass dieser nicht von Mitgliedern der Verfassungsgebenden Versammlung vorgelegt oder unterstützt wird, die der Fraktion angehören, die für den Mehrheitsvorschlag verantwortlich ist. Die Versammlung verabschiedete im Plenum beide Berichte gemeinsam.«

75 Zweite Schlussbestimmung des Gesetzes 3728, zweiter Paragraph: »Gibt es Risiken oder Akte der Gewalt, die die Unversehrtheit der Verfassungsvertreter bedrohen und ihren Zu-

Wegen der fragwürdigen Verlegung der Sitzung am 24. November 2007 verabschiedete der Nationalkongress am 28. November des gleichen Jahres das Gesetz 3792, das verfügte:

»Artikel Eins – Artikel 6 des Gesetzes 3364 wird durch folgenden Text geändert: ‚Der Präsident der Verfassungsgebende Versammlung wird ermächtigt, Sitzungen an jedem beliebigen Ort des nationalen Territoriums einzu-berufen.«

Der Nationalkongress verabschiedete damit erneut ein Gesetz, ohne dafür zuständig zu sein. Durch diese Maßnahmen unterliefen der Verfassungsgebenden Versammlung Verfahrensfehler.⁷⁶

Danach, am 8. Dezember des gleichen Jahres, wurde eine Plenarsitzung in die Technische Universität Oruro für die detaillierte Annahme des Verfassungsentwurfs einberufen.⁷⁷ Von Sonnabend 8. bis Sonntag 9. Dezember nahm man »en detail« die 411 Artikel des Verfassungsentwurfes an. Asbun berichtet darüber:

»[Der] Verfassungsentwurf hat 411 Artikel, 9 Übergangsbestimmungen, dazu noch zwei Abschaffungs- und Aufhebungsbestimmungen. Ihn innerhalb von 16 Stunden ohne jegliche Analyse und ohne Debatte der Mitglieder oder der Gesellschaft anzunehmen, ist ein Aspekt, der natürlich nicht den Prinzipien der Demokratie entspricht und der eine breite, transparente und echte Diskussion der Themen, die die Bürger angehen, erfordert«.⁷⁸

Die Annahme »en gros« mit der bloßen Verlesung des neuen Textentwurfs der Verfassung am 24. November 2007 in der Militärschule in Sucre und die spätere Annahme der Verfassung »en detail« am 9. November des

gang zum Tagungssaal verhindern, setzt die Präsidentschaft in Übereinstimmung mit den Mitgliedern der Leitung die Sitzung aus bis die erforderlichen Bedingungen für die Sicherheit gegeben sind, die den Zugang derer ermöglichen, die am Betreten der Geländes der Verfassungsgebenden Versammlung gehindert werden«. Vgl.: Jorge Asbun Rojas: El proceso constituyente actual en Bolivia. S. 48f.

76 Vgl.: José Antonio Rivera Santiváñez: Reformas constitucionales y justicia constitucional. S. 145.

77 Wie gezeigt, wurde die Sitzung für die Annahme des Verfassungsentwurfs »en detail« wie im Falle der Annahme des Verfassungsentwurfs »en gros« erneut einberufen, ohne die vorgeschriebene Frist einzuhalten, die die eigene Sitzungsordnung vorschreibt, das heißt, mit einem Vorlauf von achtundvierzig Stunden. Vgl.: José Antonio Rivera Santiváñez: Hacia una nueva Constitución. S. 11f.; vgl.: Jorge Asbun Rojas: El proceso constituyente actual en Bolivia. S. 49; vgl.: José Antonio Quiroga Trigo: La Constitución y el proyecto de poder del MAS. S. 56.

78 Jorge Asbun Rojas: El proceso constituyente actual en Bolivia. S. 49; vgl.: José Antonio Rivera Santiváñez: Hacia una nueva Constitución. S. 12; vgl.: José Antonio Quiroga Trigo: La Constitución y el proyecto de poder del MAS. S. 56. Die große Mehrheit der Opposition (72 Vertreter) war nicht anwesend. Vgl.: Franco Gamboa Rocabado: Dilemas y conflictos sobre la Constitución en Bolivia. S. 269.

gleichen Jahres zeigen, dass der Prozess der Verfassungsgebung offenbar nicht untadelig war. Das zeigte sich besonders an den bereits erwähnten Umständen, also den Konflikten, der Abwesenheit und den Schwierigkeiten bei den Sitzungen.⁷⁹

Nachdem das Projekt unter diesen Bedingungen angenommen war, gab es einen harten Widerstand von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, zu denen die Bürgerbewegungen und die Departmentverwaltungen des Ostens gehörten. Schließlich wurde der Dialog zwischen den politischen Kräften eröffnet. Man vereinbarte, Anpassungen am Verfassungsentwurf vorzunehmen sowie das Gesetz über die Einberufung einer Volksabstimmung über Art. 398 des Entwurfes und einer Volksabstimmung zur Ratifizierung der Verfassung anzunehmen.⁸⁰ Die Einarbeitung der Anpassungen wurde wieder durch den Nationalkongress vorgenommen, der beschloss, den Art. 232 der noch gültigen Verfassung zu modifizieren. Dabei stützte er sich auf die authentische Auslegung der Verfassung, wie sie in Art. 233 festgelegt war. Durch das Gesetz 3941 vom 21. Oktober 2008 wurde Artikel 232 wie folgt geändert:

»Art. 232, Abs. II: Nach Beendigung des Prozesses der Verfassungsgebung und nach Erhalt des Vorschlages für die Verfassung zur Vorlage an das souveräne Volk kann der Ehrenwerte Nationalkongress die erforderlichen Anpassungen auf der Grundlage des Willens des Volkes und des nationalen Interesses vornehmen. Dies wird durch ein Sondergesetz des Kongresses, mit den Stimmen von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten, angenommen.«

Bei einer teilweise Reform der Verfassung muss man aber gemäß Art. 230 und 231 in zwei Schritten vorgehen: Erstens, muss ein Gesetz zur Erklärung der Notwendigkeit der Verfassungsreform und zweitens das Gesetz über die Reform der Verfassung verabschiedet werden. Beides erfolgte nicht.⁸¹ Nachdem die Befugnis des Nationalkongresses festgelegt war, »zum Prozess der Verfassungsgebung beizutragen und erforderliche Anpassungen an dem von der Verfassungsgebenden Versammlung beschlossenen Text vorzunehmen«, wurde ebenfalls am 21. Oktober 2008 das Gesetz 3942 verabschiedet. Dadurch werden laut Art. 2 »die Anpassungen durch den Ehrenwerten Nationalkongress angenommen und in den Textentwurf der Politischen Verfassung des Staates aufgenommen«. Daran erkennt man, dass das gesamte Vorgehen nicht mit dem übereinstimmte, was in der Verfassung festgelegt

79 Vgl.: Néstor Pedro Sagiúes: Notas sobre el poder constituyente irregular. In: Konrad Adenauer Stiftung: Anuario de Derecho Constitucional Latinoamericano, Uruguay 2009. S. 161.

80 Vgl.: Franco Gamboa Rocabado: Dilemas y conflictos sobre la Constitución en Bolivia. S. 269ff.

81 Vgl.: José Antonio Rivera Santiváñez: Hacia una nueva Constitución. S. 12.

war.⁸² Aus den dargelegten Gründen darf man die verfassungsgemäße und rechtliche Gültigkeit der Bedingungen bezweifeln.⁸³

Der Verfassungsentwurf warf ebenfalls die Frage nach seiner Legitimität auf, da er nicht das Ergebnis eines Prozesses der Übereinkunft und des Konsenses war, sondern des Diktats einer Tendenz über eine andere. Deshalb kann er kaum als ein wirklich gesellschaftlicher und politischer Pakt angesehen werden.⁸⁴

Man muss aber auch betonen, dass die Verfassungsgebende Versammlung während ihrer Sitzungsperiode nicht nur mit den Konflikten zwischen ihren Mitgliedern zu kämpfen hatte, sondern auch unter dem Druck ihrer Parteien und der Gesellschaft stand. Für die Gesellschaft war sie verantwortlich für die Erarbeitung eines Verfassungstextes, mit dem man ein Programm entwickeln kann zur Beendigung der allgemeinen Armut, der wirtschaftlichen Unterentwicklung und der sozialen Ausgrenzung. Mansilla schreibt:

»Die neue Verfassung musste nicht nur ein perfektes Werk des Verfassungsrechts sein, sondern ein adäquates Instrument der öffentlichen Politik für eine lange und leuchtende Zukunft.«⁸⁵

Schließlich wurde die Politische Verfassung Boliviens am 25. Januar 2009 in einer Volksabstimmung mit 61,4 Prozent der Stimmen angenommen.⁸⁶

Der größte Teil der Diskussionen über die neue Verfassung dreht sich um die eingeführten Änderungen in der Struktur des Staates und die Einordnung der bolivianischen Bürger, das heißt der besonderen Anerkennung, die den Rechten der indigenen Völker zuteil wird. Es ist offensichtlich unmöglich, die 411 Artikel der neuen Magna Charta im Detail zu analysieren, deshalb sollen

82 Vgl.: Stefan Jost: Kritische Anmerkungen zum bolivianischen Verfassungsprozess. S. 38.

83 Vgl.: José Antonio Rivera Santiviáñez: *Hacia una nueva Constitución*. S. 12.

84 Vgl.: Ders.: *Análisis de la nueva Constitución Política del Estado*. S. 89; vgl.: Ders.: *Hacia una nueva Constitución*. S. 12; vgl.: Stefan Jost: Kritische Anmerkungen zum bolivianischen Verfassungsprozess. S. 34ff. Interessant ist, was Sagüés zeigt: »Es ist nicht legitim, gegen die gesetzlichen Verfahren der Reform zu verstoßen unter dem politischen Vorwand, dass die Annahme des neuen Dokumentes durch das Volk jede Handlung und jeden Gesetzesinhalt rechtfertigt. Das kann überzeugend in einer Rousseau'schen Gesellschaft bzw. plebiszitären Massengesellschaft sein, in der die *volonté général*, wie in einem Kult, angebetet wird, [...] aber es gehört nicht zu einer Demokratie, die durch das Recht, das heißt durch die Herrschaft des Gesetzes perfektioniert wird.« Néstor Pedro Sagüés: *Notas sobre el poder constituyente irregular*. S. 161.

85 H.C.F. Mansilla: *Asamblea Constituyente: Refundación de la república o reformas parciales*. In: http://www.unifr.ch/ddp1/derechopenal/tribuna/tr_20080616_39.pdf. (Ohne Datum). S. 7.

86 Vgl.: Stefan Jost: Kritische Anmerkungen zum bolivianischen Verfassungsprozess. S. 41 Fn. 12.

nur einige Punkte behandelt werde, vor allem mit dem Blick auf die Frage der »Neugründung« des Staates.

Bevor man feststellt, ob es eine »Neugründung« des Staates gibt oder nicht, muss man bestimmen, was das bedeutet. Was versteht man unter »Neugründung«? Laut Wörterbuch der Königlichen Akademie der Spanischen Sprache (*Real Academia Española*) bedeutet das Wort »Neugründung« »Handlung und Ergebnis einer radikalen Umwandlung der ideologischen Prinzipien einer Gesellschaft oder Institution, um sie neuen Zeiten oder Zielen anzupassen«. Die nächste Frage wäre: Was versteht man unter »Neugründung des Staates«? Autoren wie Rivera sagen, dass im bolivianischen Kontext die Neugründung des Staates ein Modell ist, »das auf der ideologischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entkolonialisierung basiert, um einen neuen plurinationalen, gemeinschaftlichen Einheitsstaat zu schaffen, der nicht nur die ethnische und kulturelle, sondern vor allem die nationale Vielfalt widerspiegelt, mit einer pluralen Wirtschaft, die ein Zusammenleben staatlicher, privater und gemeinschaftlicher Initiative ermöglicht, bei Vorherrschaft des Staates in der Kapitalakkumulation und der gemeinschaftlichen Initiativen in der Produktion gesellschaftlichen Reichtums«. ⁸⁷ Andere Autoren wie Ernst/Schmalz weisen die »Neugründung Boliviens« als das Ziel der Reorganisation der staatlichen Institutionen, der politischen Organisation des Landes und des Wirtschafts- und Entwicklungsmodells aus. ⁸⁸ Mit diesen Informationen kann man nun untersuchen, ob es in der neuen Verfassung Elemente gibt, die der gegebenen Definition einer »Neugründung des Staates« entsprechen.

Die Veränderung in der Struktur des Staates wäre der erste zu untersuchende Punkt, um zu bestimmen, ob es wirklich eine radikale Veränderung im Modell der politischen Organisation gab. Nach Art. 1 der neuen Verfassung ist Bolivien »ein plurinationaler, gemeinschaftlicher einheitlicher sozialer Rechtsstaat« (*Estado Unitario Social de Derecho Plurinacional Comunitario*). Der Plurinationale Staat als neues politisches Organisationsmodell ist nach seinen Verfechtern »ein soziales und politisches Organisationsmodell zur Entkolonialisierung der Nationen und Völker, das die territoriale Autonomie bekräftigt, wiedererlangt und stärkt«. ⁸⁹ Seine Anhänger haben dieses Modell gewählt, um eine »Neugründung des Staates« zu unterstützen, denn

87 José Antonio Rivera Santiviáñez: Las tendencias del proceso constituyente en Bolivia. S. 88.

88 Vgl.: Tanja Ernst/ Stefan Schmalz (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. S. 10.

89 José Antonio Rivera Santiviáñez: Análisis de la nueva Constitución Política del Estado. S. 101.

es würde eine »konstitutionelle Entkolonialisierung« bedeuten.⁹⁰ Art. 1 der vorherigen Verfassung charakterisierte Bolivien als »frei, unabhängig, souverän, multiethnisch und plurikulturell, in der Form einer einheitlichen Republik«. Ungeachtet der Debatten, zu denen diese Konzepte führen könnten, würde dieses Modell des Plurinationalen Staates eine wichtige Veränderung darstellen, denn es ersetzt die Republik. Die bolivianische Bevölkerung sah diese als Repräsentanten des »kolonialen und neoliberalen Staates« an und warf ihr außerdem den »Missbrauch gegenüber den indigenen Völkern«⁹¹ vor. Es würde also zu einer bedeutenden Veränderung in der Struktur des Staates kommen und so dem Begriff »Neugründung des Staates« entsprechen.

Ein weiteres Element bezieht sich auf das Regierungssystem. Die Verfassung von 1967 nahm das demokratische und partizipative Modell als Regierungsform an (Art.1). In der neuen Verfassung wird als Regierungsform die »demokratische, partizipative, repräsentative und gemeinschaftliche Form mit gleichen Bedingungen für Männer und Frauen« genannt (Art. 11 Abs. II). Der Begriff »gemeinschaftliche Demokratie« versteht sich laut Verfassungslehre als Regierungsform, in der Staat und Gesellschaft die Entscheidungen gemeinsam treffen. Im Falle Boliviens, das seine neue Gestalt auf die Anerkennung der indigenen Völker gründet, werden den *indígenas* Mechanismen der Teilhabe und der ihnen eigenen Verfahren entsprechend ihrer Sitten und Gebräuche eingeräumt. Hier gibt es eine Veränderung von großer Bedeutung. Ebenso imposant ist der Wandel, unter dem sich die Gleichberechtigung in der Beteiligung der Frau vollzog, so wie das beispielsweise die Zusammensetzung der Verfassungsgebenden Versammlung zeigte, in der 88 Frauen vertreten waren. Das ist eine Tatsache, die es vorher in der bolivianischen Verfassungsgeschichte nicht gab.⁹²

Auch das Wirtschaftsmodell wurde verändert. Nach Art. 132 der Verfassung von 1967 »muss die Organisation der Wirtschaft zutiefst den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit entsprechen, die darauf zielen, für alle Bewohner eine Existenz zu sichern, die einem Menschen würdig ist«. In der gegenwärtigen Verfassung, Art. 306 Abs. I, »ist das bolivianische Wirtschaftsmodell plural und zielt darauf ab, die Lebensqualität und das *Gute Leben* aller Boli-

90 Vgl.: Raúl Prada Alcoreza: Horizontes del Estado Plurinacional. In: IDEA Internacional: Miradas. Nuevo texto constitucional. Bolivia 2010. S. 110.

91 Vgl.: Raúl Prada Alcoreza: Horizontes del Estado Plurinacional. S. 110; vgl.: Jorge Lazarte R.: El debate sobre el plurinacionalismo en la Asamblea Constituyente de Bolivia. In: Konrad Adenauer Stiftung: Reflexión crítica a la nueva Constitución Política del Estado. Bolivia 2009. S. 214.

92 Vgl.: Carlos Böhr Irachola: Introducción al nuevo sistema constitucional boliviano. In: IDEA Internacional: Miradas. Nuevo texto constitucional. Bolivia 2010. S. 59ff.

vianer zu verbessern«. Letzten Endes muss man sich auch auf die Reorganisation stützen, die die staatlichen Institutionen Boliviens erfahren haben.

Daher beobachtet man in der Tat, dass sich die neue Verfassung als Modell erweist, das den Staat »entkolonialisiert« und eine Gesellschaft Gleicher aufbauen will. Das Konzept eines plurinationalen gemeinschaftlichen Einheitsstaates stellt somit ein Schlüsselement für eine »Neugründung des Staates« dar. Außerdem ist es die Grundlage für die ökonomische, politische, soziale und institutionelle Strukturierung des bolivianischen Staates. Andererseits beinhaltet das Modell der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Organisation des Staates Elemente des klassischen und zeitgenössischen Verfassungsrechts⁹³, auch wenn sie bedeutenden Veränderungen unterliegen und nicht dem Grundtypus der Verfassungs- oder politischen Theorie entsprechen. Man muss aber anerkennen, dass die bolivianische Verfassung großen Veränderungen unterlag, die als »radikal« angesehen werden können.

Kann man damit behaupten, dass es in Bolivien eine »Neugründung des Staates« gab? Angesichts der Tatsachen kann man das nicht leugnen.

In Bezug auf die Situation der indigenen Völker ist die Stärkung ihrer Rechte in der gegenwärtigen Verfassung sehr bemerkenswert. In der gültigen Charta Magna hat man den Rechten der indigenen, ursprünglich bäuerlichen Nationen und Völker ein ganzes Kapitel gewidmet (Erster Teil, Titel II, Art. 30 bis Art. 32), und es sind weitere Rechte in der Verfassung zu finden. Man muss aber betonen, dass die Indigenen schon nach der Reform von 1994 rechtlichen Schutz in der vorhergehenden Verfassung hatten. Im Art. 171 heißt es:

»Artikel 171 – Anerkennung der Rechte der indigenen Völker

I. Im Rahmen des Gesetzes werden anerkannt, respektiert und geschützt die sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechte der indigenen Völker, die auf dem nationalen Territorium leben, insbesondere hinsichtlich des ursprünglichen gemeinschaftlichen Bodens, wobei ihnen der Gebrauch und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen, ihrer Identität, Werte, Sprachen, Bräuche und Institutionen garantiert werden.

II. Der Staat erkennt als juristische Personen die indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften und die bäuerlichen Vereinigungen und Gewerkschaften an.

III. Die natürlichen Autoritäten der indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften können Aufgaben der Verwaltung und der Anwendung eigener Normen als alternative Konfliktlösung ausüben in Übereinstimmung mit ihren Sitten

93 In diesem Sinne teile ich die Analyse von Rivera. Vgl.: José Antonio Rivera Santiviáñez: Las tendencias del proceso constituyente en Bolivia. S. 89.

und Gebräuchen, immer dann, wenn sie nicht dieser Verfassung und den Gesetzen zuwiderlaufen. Das Gesetz stellt die Übereinstimmung dieser Funktionen mit den Befugnissen des Staatsgewalt her.«

Ein völlig neues Element ist die Einbeziehung der indigenen, originär-bäuerlichen Rechtsprechung⁹⁴ (Zweiter Teil, Viertes Kapitel, Art. 190 bis Art. 192). Von einem radikalen Wandel bei der Behandlung der indigenen Völker in der Verfassung zu sprechen erweist sich als schwierig, denn einerseits wurden diese Rechte bereits durch die vorhergehende Verfassung anerkannt, andererseits ist aber die Schaffung einer eigenen Jurisdiktion für die Anwendung des Rechts und zur Lösung von Konflikten wirklich ein neues Element, vielleicht sogar eine radikale Veränderung.

Man muss die Anerkennung und Einbeziehung ihrer Rechte in die Verfassung betonen. Die Geschichte dieser Völker und Nationen ist durch eine schreckliche Ausgrenzung gekennzeichnet.⁹⁵ Aber man kann sehen, dass die Elemente, gegen die sie kämpften, in der aktuellen Verfassung erneut, aber dieses Mal zu ihren Gunsten vorhanden sind. Bei der Betonung der Identität der indigenen Völker hat man in der Verfassung eine Kategorisierung der gesellschaftlichen Sektoren vorgenommen. Das kann man zum Beispiel bei den Rechten sehen, die man besonders für die indigenen, originär-bäuerlichen Nationen und Völker festgelegt hat, und die *de facto* eine unterschiedliche Behandlung der Bürger und Bürgerinnen Boliviens bedeuten.⁹⁶ Außerdem hat man bei der Anerkennung der Existenz ihres Wesens als ursprüngliche bäuerliche und indigene Nationen und Völker die Anerkennung andere sozialer Gruppen vergessen, wie zum Beispiel die urbanen Schichten in kleinen, mittleren und großen Städten. Diese Schichten, die als Mittelschichten und Mestizen definiert werden, fühlen sich ausgeschlossen⁹⁷ von einem Staat, bei dem die hegemoniale Ausübung der politischen Macht sich auf einen Sektor konzentriert: die indigenen und bäuerlichen Völker.⁹⁸

Wenn auf das Konzept des Plurinationalen Staates verwiesen wird, offenbart es sich am besten in Art. 3: »Die bolivianische Nation besteht in ihrer Gesamtheit aus Bolivianern und Bolivianerinnen, den indigenen, originär-bäuerlichen Nationen und Völkern und den interkulturellen und afrobolivi-

94 Auf Spanisch: Jurisdicción Indígena Originaria Campesina.

95 Diese Erfahrung spürt man in der Präambel der aktuellen Verfassung: »Wir überlassen den kolonialen, republikanischen und neoliberalen Staat der Vergangenheit.«

96 Vgl.: H.C.F. Mansilla: Crítica y análisis de la estructura y organización funcional del Estado. In: IDEA International: Miradas. Nuevo texto constitucional. Bolivia 2010. S. 133

97 Vgl.: Carlos Cordero Carraffa: Nueva Constitución, nuevo gobierno, nuevo Estado. In: IDEA International: Miradas. Nuevo texto constitucional. Bolivia 2010. S. 79.

98 Vgl.: José Antonio Rivera Santiviáñez: Las tendencias del proceso constituyente en Bolivia. S. 90.

anischen Gemeinschaften, die gemeinsam das bolivianische Volk bilden.« In diesem Kontext ist es jedoch schwierig festzustellen, zu welcher Nation die urbanen Gemeinschaften gehören. Sie besitzen zwar eine gemeinsame Vergangenheit und Kultur, aber sie gehören zu keiner der indigenen, originär-bäuerlichen Nationen.⁹⁹

Man sollte dabei auch über den Inhalt von Art. 234 Nr.7 nachdenken, in dem es eine der Voraussetzungen für einen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst ist, »mindestens zwei der offiziellen Sprachen des Landes zu beherrschen«. Viele Angehörige der urbanen Schicht sprechen nicht zwei Sprachen. Man muss zudem berücksichtigen, dass ein großer Teil der städtischen Bevölkerung keine mehrsprachige Ausbildung hatte.¹⁰⁰ Doch sie wären nicht die einzigen Betroffenen. Die Menschen, die einer indigenen Nation angehören und nur ihre Sprache sprechen, können ebenfalls keine öffentliche Stelle besetzen.

Die Schichten, die vorher ausgegrenzt und marginalisiert waren, trachteten danach, ihre Rechte durch die neue Verfassung zu schützen und zu garantieren. Es gilt aber zu berücksichtigen, dass die Ungleichheiten einen alten historisch-sozialen Ursprung haben und nicht einfach durch eine neue Verfassung beseitigt werden können.¹⁰¹ So lässt sich heute beobachten, wie die Ungleichheit erneut mit der Ausgrenzung sozialer Schichten beginnt, die in städtischen Gebieten leben und in ihrer Mehrzahl Mestizen sind. Es liegt in der Verantwortung der zuständigen Institutionen, diese Punkte zu beheben.

Zusammenfassung

Die historische Entwicklung der Verfassungen Boliviens, von der Annahme der Verfassung von 1826 über die Revolution von 1952 bis zur Verfassungsgebenden Versammlung, die 2006 einberufen wurde, war nicht das Ergebnis eines gesellschaftspolitischen Paktes unter demokratischer Beteiligung der Bürger, das heißt der verschiedenen sozialen Schichten, aus denen Bolivien besteht, sondern der neuen Oligarchie, die nach der Unabhängigkeit entstand. Das entsprach nicht der sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Realität der bolivianischen Gesellschaft. Man versuchte deshalb, mit der Verfassungsgebenden Versammlung einen Ausweg aus all diesen Problemen zu finden. Während ihrer gesamten Sitzungsperiode war sie gekenn-

99 Vgl.: Ders: *Análisis de la nueva Constitución Política del Estado*. S. 105.

100 Vgl.: Ebenda. S. 106.

101 Vgl.: H.C.F Mansilla: *Limitaciones, condicionantes y posibilidades de la Asamblea Constituyente en Bolivia*. S. 84.

zeichnet durch Auseinandersetzungen zwischen der hegemonialen Macht der MAS und der Opposition des »Halbmondes«. Es fehlte an einem gemeinsamen Willen, zu Übereinkünften zu kommen. Für die Verfassungsgebende Versammlung waren sowohl ein Mangel an Organisation und Planung als auch fehlende Erfahrung bei der Erarbeitung des neuen Verfassungstextes charakteristisch. Sie stellte aber gleichzeitig einen großen Fortschritt in der politischen Teilnahme bisher ausgegrenzter Schichten, darunter der Frauen, dar. Die Umstände, unter denen die Verfassung »en gros« und »en detail« verabschiedet wurde, waren weit von einem transparenten Prozess entfernt. Man kann ihre Legalität und Legitimität anzweifeln, weil sie nicht Ergebnis von Konsens und Absprache waren, die einen wirklich sozialen und politischen Pakt aller Schichten und Akteure des Staates widerspiegeln, sondern die Aufoktroierung einer Tendenz über eine andere. Die Frage, ob es mit dieser Verfassung eine »Neugründung des Staates« gab, kann anhand der Analyse zustimmend beantwortet werden. Entscheidend ist hierfür die Feststellung, dass es zu einer radikalen Veränderung der ideologischen Prinzipien der Gesellschaft und teilweise der Institutionen kam. Allerdings übersah die Verfassung in dem Bestreben, die Rechte der indigenen Völker zu schützen und zu garantieren, dass sie damit die vor allem aus Mestizen bestehenden urbanen Schichten ausgrenzte, eine Ausgrenzung, gegen die die indigenen Völker vorher selbst gekämpft hatten.

Letztendlich muss man zu dem Schluss kommen, dass sich mit der Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung die Hoffnungen der Bevölkerung auf die Schaffung einer neuen Verfassung richteten, mit der alle Probleme wie Armut, Ausgrenzung und fehlende Möglichkeiten gelöst würden. Das war das Bild, das die Regierung von Evo Morales zeichnete. Offenkundig können Probleme wie Armut, Ausgrenzung sowie fehlende Möglichkeiten aber nicht den Mängeln eines Verfassungstextes zur Last gelegt werden, sondern der ineffizienten Arbeit der öffentlichen Behörden.

Übersetzung aus dem Spanischen: Jürgen Mirtschink

Literatur

- Albó, Xavier: Datos de una encuesta. El perfil de los constituyentes, in: Tinkazos, marzo, Volumen 11, Número 23-24. Bolivia 2008. S. 49-64.
- Andaluz, Horacio: La estructura del sistema jurídico boliviano y las relaciones entre las fuentes de su derecho según la constitución vigente. In:

- Revista de Derecho de la Pontificia Universidad Católica de Valparaíso. XXXIII (Valparaíso, Chile, 2do. Semestre). 2009. S. 455-496.
- Asamblea Nacional de organizaciones indígenas, originarias, campesinas y de colonizadores de Bolivia: Propuesta para la nueva Constitución Política del Estado (Documento). Sucre. Vom 5. August 2006. URL: <http://www.constituyentesoberana.org/3/propuestas/osio/pactodeunidad.pdf>
- Asbun Rojas, Jorge: El proceso constituyente actual en Bolivia. La constante tensión entre Libertad y autoritarismo. In: Serna de la Garza, José Ma. (Coordinador): Procesos Constituyentes contemporáneos en Latinoamérica – Tendencias y Perspectivas. 1ra. Edición. Universidad Nacional Autónoma de México. México 2009. S. 3-61.
- Böhrt Irahola, Carlos: Introducción al nuevo sistema constitucional boliviano. In: IDEA International: Miradas. Nuevo texto constitucional. IDEA. Bolivia 2010. S. 37-66.
- Brewer-Carías Allan R.: La Reforma Constitucional en América Latina y el control de constitucionalidad. In: Fundación de Derecho Público, Universidad Valle del Momboy, Libro Homenaje al padre José del Rey Fajardo S.J. Editorial Jurídica Venezolana. Tomo II. Caracas 2005. S. 977-1011.
- Cárdenas Gracia, Jaime: El constituyente como restricción y como radicalidad democrática. In: Cienfuegos SalgadoDavid/ López Olvera Miguel Alejandro: Estudios en Homenaje a don Jorge Fernández Ruiz, Derecho Constitucional y Política. 1ra. Edición. Universidad Nacional Autónoma de México. México 2005. S. 165-196.
- Carpizo, Jorge: Concepto de democracia y sistema de gobierno en América Latina. In: Revista Latinoamericana de Derecho, Año IV, Núm. 7-8, enero-diciembre. 2007. S. 213-269.
- Cordero Carraffa Carlos: Nueva Constitución, nuevo gobierno, nuevo Estado. In: IDEA International: Miradas. Nuevo texto constitucional. IDEA. Bolivia 2010. S. 67-89.
- De Vega, Pedro: Estudios Políticos Constitucionales. 1ra. Ed.. UNAM. México 2004.
- Ernst Tanja: Zwischen Rhetorik und Reformen - die »Neugründung« Boliviens. In: Lateinamerika Analysen 17, Hamburg: ILAS, Februar. 2007. S. 177-197.

- Ernst, Tanja / Schmalz, Stefan (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales, 1. Aufl., Studien zu Lateinamerika. Band 1. Nomos. Baden-Baden 2009.
- Franchini, Matías: Asamblea Constituyente en Bolivia: Génesis, Evolución y conflicto en el Cambio. In: CADAL-Documentos, Año V, Nr. 74, 5. Juni 2007.
- Gamboa Rocabado, Franco: La Asamblea Constituyente en Bolivia. Evaluación de su funcionamiento, contradicciones y consecuencias. In: Konrad Adenauer Stiftung: Reflexión crítica a la nueva Constitución Política del Estado. Konrad Adenauer Stiftung. Bolivia 2009. S. 19-65.
- Gamboa Rocabado, Franco: Dilemas y conflictos sobre la Constitución en Bolivia – Historia Política de la Asamblea Constituyente. KAS. La Paz 2009.
- Gamboa Rocabado Franco: Dilemas y laberintos políticos: La Asamblea Constituyente en Bolivia desde dentro, in: Bolivien Studies Journal/ Revista E., Volumen 7, Issue 1, septiembre-octubre. 2007. S. 1-26.
- Gamboa Rocabado, Franco: Itinerario de la esperanza y el desconcierto – Ensayos sobre política, sociedad y democracia en Bolivia. La Paz 2001.
- Goedeking, Ulrich / Zuazo, Mora: Konfliktszenarien und soziopolitische Akteure in Bolivien. Studien zur Länderbezogenen Konfliktanalyse, FES, Berlin 2006. 34 S.
- Gutiérrez Aguilar, Raquel/ Mokrani Chávez, Dunia: Asamblea Constituyente en Bolivia: ¿Reformar o refundar el Estado? In: Programa de las Américas Reporte, 1 de julio 2006. El Programa de las Américas del IRC.
- Häberle, Peter: El Estado Constitucional. 1ra. Ed.. UNAM. México 2003.
- Häberle, Peter: México y los contornos de un derecho constitucional común americano: ius commune americanum. In: Häberle, Peter / Kotzur, Markus: De la soberanía al Derecho Constitucional Común: Palabras clave para un diálogo Europeo-Latinoamericano. Universidad Autónoma de México. México 2003. S. 1-83.
- International IDEA: El Estado de la opinión, Informe Nacional sobre Desarrollo Humano 2007. Bolivia.
- Interview mit Carlos Mesa Gisbert. In: El Tiempo: La constitución de Evo es ilegal. El Tiempo vom 5. Oktober 2008. URL: <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-3124726>

- Jäger, Thomas: Das Zwei-Ebenen-Sicherheitsdilemma: Politische Repräsentation, territoriale Integrität und nationale Identität. Staatsschwäche und die Rolle externer Akteure in Bolivien. In: Jäger Thomas (Hrsg.): Bolivien – Staatszerfall als Kollateralschaden. Wiesbaden 2009. S. 13-36.
- Jost, Stefan: Kritische Anmerkungen zum bolivianischen Verfassungsprozess. In: Ernst Tanja/ Schmalz Stefan (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. 1. Aufl. Studien zu Lateinamerika. Band 1. Nomos. Baden-Baden 2009. S. 33-45.
- Lazarte R., Jorge: El debate sobre el plurinacionalismo en la Asamblea Constituyente de Bolivia. In: Konrad Adenauer Stiftung: Reflexión crítica a la nueva Constitución Política del Estado. KAS. Bolivia 2009. S. 193-234.
- Lucas Verdú, Pablo: Curso de Derecho Político. Volumen II. Ed. Tecnos. Madrid 1983.
- Mansilla, H.C.F.: Crítica y análisis de la estructura y organización funcional del Estado. In: IDEA International: Miradas. Nuevo texto constitucional. IDEA. Bolivia 2010. S. 125-138.
- Mansilla, H.C.F.: Apuntes en torno a la cultura constitucional en Bolivia. In: Revista Ecuador Debate, N° 70, abril. Centro Andino de Acción Popular CAAP. Quito 2007. S. 169-184.
- Mansilla, H.C.F.: Limitaciones, condicionantes y posibilidades de la Asamblea Constituyente en Bolivia. In: Revista Venezolana de Ciencia Política, Número 27/ enero-junio. 2005. S. 75-94.
- Mansilla, H.C.F.: Asamblea Constituyente: Refundación de la república o reformas parciales. (ohne Datum). In: http://www.unifr.ch/ddp1/derechope-nal/tribuna/tr_20080616_39.pdf
- Nolte, Detlef (unter Mitarbeit von Philipp Horn): Verfassungspopulismus und Verfassungswandel in Lateinamerika, GIGA Focus Lateinamerika, Nummer 2. 2009. S. 1-8.
- Patzi Paco Félix: Constitución Política del Estado Plural. In: IDEA International: Miradas. Nuevo texto constitucional. IDEA. Bolivia 2010. S. 241-251.
- Prada Alcoveza, Raúl: Horizontes del Estado Plurinacional. In: IDEA International: Miradas. Nuevo texto constitucional. IDEA. Bolivia 2010. S. 109-124.
- Prada Alcoveza, Raúl: Análisis de la nueva Constitución Política del Estado, in: Crítica y emancipación, Revista Latinoamericana de Ciencias Sociales. Año 1, N° 1. CLACSO. Buenos Aires 2008. S. 35-50.

- Prada Alcoreza, Raúl: Horizontes de la Asamblea Constituyente. *Bolivien Studies Journal/ Revista E.*, Volumen 6, Issue 1, Abril-Mayo. 2006.
- Quiroga Trigo, José Antonio: La Constitución y el proyecto de poder del MAS. In: *International IDEA, Comentarios a la propuesta constitucional aprobada por la Asamblea Constituyente boliviana, International IDEA. Bolivia 2008. S. 55-75.*
- Rivera Santiváñez, José Antonio: Análisis de la nueva Constitución Política del Estado. In: *Serna de la Garza, José Ma. (Coordinador): Procesos Constituyentes contemporáneos en Latinoamérica – Tendencias y Perspectivas. 1ra. Edición. Universidad Nacional Autónoma de México. México 2009. S. 165-196.*
- Rivera Santiváñez, José Antonio: Las tendencias del proceso constituyente en Bolivia. In: *Serna de la Garza, José Ma. (Coordinador): Procesos Constituyentes contemporáneos en Latinoamérica – Tendencias y Perspectivas. 1ra. Edición. Universidad Nacional Autónoma de México. México 2009. S. 63-90.*
- Rivera Santiváñez, José Antonio: Reformas constitucionales y justicia constitucional. In: *Konrad Adenauer Stiftung: Anuario de Derecho Constitucional Latinoamericano. KAS. Uruguay 2009. S. 125-150.*
- Rivera Santiváñez, José Antonio: Hacia una nueva Constitución – Luces y sombras del proyecto modificado por el Parlamento. *KAS. Bolivia 2008.*
- Romero Bonifaz, Carlos: Los ejes de la Constitución Política del Estado Plurinacional de Bolivia. In: *IDEA International: Miradas. Nuevo texto constitucional. IDEA. Bolivia 2010. S. 19-36.*
- Sagüés Néstor, Pedro: Notas sobre el poder constituyente irregular. In: *Konrad Adenauer Stiftung: Anuario de Derecho Constitucional Latinoamericano. KAS. Uruguay 2009. S.151-164.*
- San Martín Arzabe, Hugo: El proceso de reforma constitucional en Bolivia. In: *Konrad Adenauer Stiftung: Anuario de Derecho Constitucional Latinoamericano. KAS. México 2004. S. 367-380.*
- Serna de la Garza, José Ma. (Coordinador): *Procesos Constituyentes contemporáneos en Latinoamérica – Tendencias y Perspectivas. Universidad Nacional Autónoma de México. México 2009.*
- Sieyès, Emmanuel-Joseph: Ce qu'on auroit dû faire. Principes à cet égard, in: *Qu'est-ce que le Tiers-Etat?. 1789. S. 70-93.*
- Ströbele-Gregor, Juliana: Ley de Participación Popular y movimiento popular en Bolivia. In: *Hengstenberg Peter/ Kohut Karl/ Maihold Günther: Socie-*

dad civil en América Latina – Representaciones de intereses y Gobernabilidad. Nueva Sociedad. Caracas 1999. S. 133-146.

United Nations. A/HRC/4/30/Add.2. Preliminary note on the mission to Bolivia. (vom 06. Juni 2007).

Urioste Nardin, Juan Cristóbal: La Constitución Política del Estado en la Historia. In: Konrad Adenauer Stiftung: Reflexión crítica a la nueva Constitución Política del Estado. Konrad Adenauer Stiftung. Bolivia 2009. S. 69-106.

ANDREAS HETZER

Eine konfliktreiche Beziehung Politik und Medien bei der Neugründung Boliviens

Zur Problemkonstellation: Medien, Macht und Demokratisierung

Es gehört zu den Grundannahmen der Politikwissenschaft, dass eine funktionsfähige Demokratie von der kommunikativen Verfasstheit einer Gesellschaft wesentlich beeinflusst wird. »Kommunikationsbeziehungen zwischen politischen Funktionsträgern und Bürgern, zwischen Bürgern untereinander oder zwischen Funktionsträgern und der (organisierten) Öffentlichkeit gehören zu den kulturellen Grundlagen der Demokratie.«¹ Diese vielfältigen Beziehungen setzen ein komplexes Kommunikationssystem voraus, das alle Akteure in die Lage versetzt, wechselseitig miteinander in Austausch zu treten. Nach Möglichkeit sind demnach alle denkbaren Kommunikationsformen darin vereint und von allen Beteiligten gleichberechtigt nutzbar, um den demokratischen Grundgedanken der Egalität auch auf die Kommunikationsrechte zu übertragen. Die Ausgestaltung der kommunikativen Beziehungen hat Konsequenzen sowohl für die Politikvermittlung an die Bürger als auch für die Kontrolle und Legitimation politischer Herrschaft, indem die Interessen der Bürger an die politischen Entscheidungsträger weitergeleitet und als Input in das politische System eingespeist werden.² Die verfassungsrechtlich verankerte Informations- und Meinungsfreiheit gilt in demokratischen Gesellschaften als historische Errungenschaft, welche die Autonomie eines

1 Armin Grunwald et al: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, Bd. 18. Berlin 2006. S. 57.

2 Vgl.: Jürgen Gerhards: Öffentlichkeit. In: Otfried Jarren / Ulrich Sarcinelli / Ulrich Saxer (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen 1998. S. 268.

jeden Bürgers, sich eine eigene Meinung zu staatlichen Angelegenheiten zu bilden, garantiert.

Sich auf größere Territorien erstreckende politische Gemeinschaften bedürfen zwangsläufig der massenmedialen Vermittlung, um gesamtgesellschaftliche Problemlagen zu thematisieren und zu erörtern. Demzufolge besteht die Primärfunktion von Massenmedien aus normativer Sicht in der Herstellung einer politischen Öffentlichkeit, in der gesellschaftlich relevante Themen und Meinungen zur Sprache kommen, damit sich die Bürger ein eigenes Bild von den Problemlagen machen können. Diese Öffentlichkeit vermittelt zwischen dem politischen System und der Gesellschaft und ist dann als defizitär zu charakterisieren, wenn sie die Pluralität gesellschaftlicher Positionen nicht umfassend abbildet. Zwar sehen sich die Medien gezwungen, zwangsläufig aus der Fülle an Informationen eine Auswahl zu treffen, jedoch hängen bestimmte Selektionsmechanismen eng mit der kapitalistischen Produktionsweise selbst zusammen. Bei einem kommerziellen Mediensystem sind die Medienprodukte immer durch ihren Doppelcharakter gekennzeichnet, indem sie nämlich einerseits Programm- und andererseits Werbeträger sind. Die privaten Medien verfolgen primär das Ziel, die Werbeeinnahmen zu maximieren, so dass das Publikum selbst zur Ware und für seine Aufmerksamkeit gegenüber den Werbebotschaften mit der kostenlosen Nutzung des Programms belohnt wird. Die Möglichkeit, mit der Mehrfachverwertung von Inhalten und Standardisierungsprozessen satte Renditen zu erzielen, führt in der Medienbranche zu massiven Konzentrationsprozessen. Das Programm gestaltet sich zwangsläufig so, dass sich damit eine finanzstarke Käuferschicht angesprochen fühlt, deren Kaufkraft für die Werbeindustrie interessant ist. Die privaten Rundfunkanstalten sehen sich daher eher als kommerzielle Dienstleister, die reinweg nach dem Kalkül der Gewinnmaximierung arbeiten, statt als Institutionen zur Gewährleistung einer politischen Öffentlichkeit zu fungieren. Aufklärerisches Ideal und kapitalistische Wirklichkeit lassen sich an diesem Punkt nur begrenzt miteinander vereinbaren.

Neben dieser Funktionslogik privat-kommerzieller Medien verkompliziert sich die Situation zusätzlich, wenn Medien nicht nur als Forum für verschiedene Meinungen, sondern darüber hinaus selbst als eigenständige politische Akteure auftreten, die sich aktiv in das Geschehen einmischen.³

3 Vgl.: Barbara Laubenthal: »Der Tod braucht keine Papiere« – Die Rolle der Printmedien bei den Protesten illegaler Einwanderer in Spanien. In: Barbara Pfetsch / Silke Adam (Hrsg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen. Wiesbaden 2008. S. 269; vgl. Erick R. Torrico Villanueva: La narrativa periodística desorganizadora: La prensa en la crisis de hegemonía en Bolivia. Ponencia presentada en el XII Encuentro Latinoamericano de Facultades de Comunicación Social. FELAFACS Pontificia Universidad Javeriana. Bo-

»Die Marktmechanismen des Mediensystems verbieten eine naive, pauschale Sicht auf Medien als Gemeinwohlrepräsentanten im politischen Prozess. Vielmehr liegt gerade in der Verknüpfung von politischen, ideologischen und ökonomischen Macht- und Marktpositionen ein nicht unterschätzbares Problempotential von Medien als Institutionen im Politikprozess von modernen westlichen und neuen Demokratien.«⁴ Die Analyse der kommunikativen Verfasstheit einer Gesellschaft sollte aus diesem Grund stets als politische Ökonomie der Medien angelegt sein, um die wechselseitige Durchdringung von Politik, Medien und Gesellschaft nicht aus dem Blick zu verlieren. Es »ist zu erwarten, dass die Art und Weise, wie kommuniziert wird und welche Transmissionssysteme dabei zur Anwendung kommen, Auswirkungen auf die Qualität der Demokratie selbst haben wird.«⁵ Dieser qualitative Aspekt steht auch bei der Betrachtung der demokratischen Aus- und Umgestaltung des bolivianischen Systems im Vordergrund. Ich möchte zeigen, dass sich die zu beobachtende Spaltung und Polarisierung der bolivianischen Gesellschaft in der Ausgestaltung des Mediensystems widerspiegelt. Die Medien werden dem Anspruch, als kommunikative Vermittlungsinstanzen im Konflikt zu agieren, nicht gerecht, weil sie in Verbindung mit den traditionellen Machtelementen stehen und zur hegemonialen Durchsetzung ihrer Interessen beitragen. Dieses Verhältnis ist aber keineswegs als statisch zu interpretieren, sondern reagiert auf politische Konjunkturen, von denen die Medien als Akteure im politischen Prozess nicht unberührt bleiben.

Charakterisierung des bolivianischen Mediensystems

Bezogen auf die Einwohnerzahl kann Bolivien im quantitativen Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern mit einer breiten Palette an verschiedenen Publikations- und Rundfunkorganen aufwarten. »Bolivien ist weltweit eines jener Länder mit der höchsten Medienverbreitung in Relation zu seiner Bevölkerungsgröße.«⁶ Verschiedenen Quellen zufolge finden sich auf

gotá 2006. URL: <http://www.dialogosfelafacs.net/75/articulos/pdf/75ErickTorrico.pdf> (Abruf 25.08.2009).

- 4 Barbara Pfetsch / Silke Adam: Die Akteursperspektive in der politischen Kommunikationsforschung – Fragestellungen, Forschungsparadigmen und Problemlagen. In: Dies. (Hrsg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen. Wiesbaden 2008. S. 22.
- 5 Ralf Lindner: Politischer Wandel durch digitale Netzwerkkommunikation. Strategische Anwendung neuer Kommunikationstechnologien durch kanadische Parteien und Interessengruppen. Wiesbaden 2007. S. 72.
- 6 Adalid Contreras Baspineiro: De enteros y medios de comunicación. Tendencias en la oferta y el consumo mediático en Bolivia. La Paz 2005. S. 31. Übersetzung von Andreas Hetzer.

bolivianischem Territorium über fünfzig Zeitungen (davon erscheint weniger als die Hälfte täglich), um die 220 Fernsehkanäle, wovon einige wenige im gesamten Staatsgebiet zu empfangen sind, und bis zu 600 größtenteils auf Mittel- und Kurzwelle sendende Radiostationen.⁷ Laut aktuellen Zahlen kommen ungefähr ein Radioempfänger auf sieben und ein Fernsehapparat auf neunzehn Einwohner, wobei der Zugang weit darüber liegen dürfte, wenn man die kollektive Nutzung berücksichtigt.⁸ Zwischen acht und 18 Prozent lesen täglich eine Tageszeitung.⁹ Bei den Printpublikationen handelt es sich überwiegend um ein urbanes Elitemedium, das gemessen an seiner Reichweite einen überproportionalen Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger hat. In den peripheren und ländlichen Regionen findet so gut wie keine logistische Versorgung mit Printpublikationen statt, und auch der terrestrische Empfang von TV-Sendern beschränkt sich teilweise auf ein bis zwei Kanäle. Die durchschnittliche Mediennutzung in den Großstädten ist aber durchaus vergleichbar mit westlichen Industrieländern.

Tabelle 1: Mediengebrauch nach sozialökonomischer Situation, Alter und Geschlecht (Angaben in Prozent)¹⁰

Sozialökonomische Situation				Alter					Geschlecht	
Ober-/ schicht	Mittel-/	Unter-18-25	26-35	36-45	46-55	56-65	+65	Mann	Frau	
69,8	78,1	73,8	74,8	79,8	77,4	73,1	69,8	61,9	75,8	72,8

Geschichtlich lässt sich die Entwicklung des Mediensystems in mehrere Phasen unterteilen.¹¹ Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden die

7 Vgl.: Ebenda. S. 23ff.; María René Duchén: Bolivia. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): KAS Democracy Report 2008. Media and Democracy. Vol. II. Berlin 2008. S.145; Ronald Grebe: Evo Morales y los medios. Herausgegeben von CIESPAL. Chasqui. Revista Latinoamericana de Comunicación. No. 98 / 2007. S. 147ff. URL: <http://chasqui.comunica.org/content/view/552/142/> (Abruf 27.11.2008).

8 Vgl.: Ronald Grebe: Medios de Comunicación en Bolivia: Situación y Perspectiva. In: Ders. (Hrsg.): Los actores políticos en la transición boliviana. La Paz 2008. S. 147ff.

9 Vgl.: María René Duchén: Bolivia. S. 147; Ronald Grebe: Das Mediensystem Boliviens. In: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.): Internationales Handbuch Medien 2004/2005. 27. Auflage. Baden-Baden 2004. S. 792.

10 Vgl.: Erick R.Torrico Villanueva: Análisis de los resultados del segundo estudio nacional sobre democracia y valores en Bolivia. Corte Nacional Electoral. La Paz 2005. S. 28.

11 Vgl.: Rafael Archondo: Medios de comunicación en Bolivia. Una conversación con Rafael Archondo. In: Diego Ayo (Hrsg.): Democracia boliviana: un modelo para des armar. 32 entrevistas. La Paz: 2007. S. 531f.

Tageszeitungen *El Diario* und *La Razón*, die zu einer Ausdifferenzierung des Pressesystems beitrugen. Sie waren privatwirtschaftlich organisiert und konnten eine gewisse Unabhängigkeit vom Staat für sich in Anspruch nehmen, auch wenn einzelne Presseerzeugnisse bereits im Chaco-Krieg (1932-1935) zur Propaganda politisch instrumentalisiert wurden. Einen tiefen Einschnitt stellt die »Nationale Revolution« von 1952 dar. Der Eingriff des Staates tangierte private Interessen im Medienbereich insofern, als dass die Nationalistisch-Revolutionäre Bewegung (*Movimiento Nacional Revolucionario* - MNR) unter Victor Paz Estenssoro die traditionsreiche Tageszeitung *La Razón* aus La Paz schloss und die Zeitung *Los Tiempos* aus Cochabamba mundtot machte. Die Militärdiktatur schließlich schränkte die Meinungsfreiheit vollkommen ein und zensierte die Medieninhalte. In der Phase danach begann in Bolivien ab 1982 der Übergang zur Demokratie, in dem sich die Medien völlig frei entfalten konnten. Sie standen nun unter dem Schutz des Staates, der sich zur Garantie der Pressefreiheit verpflichtet sah. Etwa ab 1989 setzte eine erste wirtschaftliche Konzentrationsphase ein, die gekennzeichnet war durch eine horizontale Verflechtung privater Akteure, indem Zeitungen und Zeitschriften von finanzstarken Unternehmern aufgekauft wurden. Um die Jahrtausendwende behaupteten sich die wichtigsten Konzerne und konsolidierten ihre Geschäftstätigkeiten im Medienbereich. Darüber hinaus drangen die Medienunternehmer in andere Wirtschaftsfelder vor und wurden im Banken- und Versicherungssektor, in der Lebensmittelindustrie oder in der Industrielandwirtschaft aktiv (diagonale Konzentration). Ab 2001 trat dann erstmalig mit PRISA aus Spanien ein internationaler Medienkonzern in den bolivianischen Markt ein, wobei dieser ansonsten reinweg von nationalen Unternehmern dominiert wurde und bis heute keine internationale Verflechtung aufweist. Spätestens ab 2005 kann man von einer Sättigung des Medienmarktes sprechen, der sich durch hohe Zutrittsbarrieren auszeichnet. Es ist seitdem nur noch eine Binnendifferenzierung möglich, die durch die Gründung neuer regionaler Medienangebote vonstatten geht.¹² Die Regionalisierung von Medienangeboten zeigt sich beispielsweise darin, dass die Auflagenstärke der Presse sehr stark mit bestimmten Verbreitungsgebieten korreliert (z. B. *El Deber* in Santa Cruz, *La Razón* in La Paz, *Los Tiempos* in Cochabamba, *El Correo del Sur* in Sucre). Keine der Tageszeitungen verfügt somit über ein Meinungsmonopol bezogen auf das gesamte Staatsgebiet. Beim Fernsehen ist eine regionale Spezifik erkennbar, indem die Sender mit nationaler Reichweite verschiedene Nachrichtensendungen für unterschiedliche Städte aufbereiten.

12 Vgl.: Ebenda.

Es zeigt sich also, dass die Privatisierung und Kommerzialisierung keineswegs ein völlig neues Phänomen in Bolivien darstellt, sondern ein langer Prozess ist, der von mehreren historischen Zäsuren unterbrochen wurde. Die Kräfteverhältnisse zwischen Staat und Markt lassen sich aus dieser Perspektive als dynamisch charakterisieren. Die freie Entfaltung der ökonomischen Kräfte seit 1985 hängt nicht zuletzt mit einem Machtverlust des Staates im Zuge neoliberaler Reformen zusammen. Damit geht eine gering ausgeprägte Regulierungsdichte des Mediensektors einher.

Den wohl wichtigsten Bestandteil der Mediengesetzgebung zur Unabhängigkeit der Presse bildet das Druckgesetz von 1925, das *Ley de imprenta*. Oberste Priorität der insgesamt 71 Artikel hat in Art. 1 die Garantie der Pressefreiheit ohne Vorzensur, die bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung im Januar 2009 keine Erwähnung im wichtigsten Gesetzeswerk des Staates fand. Darüber hinaus gibt es Hinweise zur Haftung und Strafe bei Pressedelikten nach dem Strafgesetzbuch und zur Kennzeichnungspflicht der Verfasser von Veröffentlichungen. Seit 1979 existiert parallel dazu das Berufsgesetz für Journalisten, das *Ley de profesión de los periodistas*, das das Rahmenwerk für die journalistische Arbeit und Ausbildung darstellt.¹³

Eine entscheidende Neuerung für die Zulassung und Lizenzierung der Rundfunkfrequenzen entstand 1995 mit dem Telekommunikationsgesetz, dem *Ley de telecomunicaciones*. Dieses war notwendig geworden, da seit den 1980er Jahren das unkontrollierte Wachstum privater Sendeanstalten ohne staatliche Regulierung stark zugenommen hatte und eine Neuordnung des Frequenzspektrums nicht mehr zu umgehen war. Diese Aufgabe übertrug man der neu gegründeten Aufsichtsbehörde *Superintendencia de Telecomunicaciones* (SITTEL), die für Hörfunk und Fernsehen im gesamten nationalen Sendebereich verantwortlich zeichnete. Mit dem Regierungsdekret vom 9. April 2009 wurde die Behörde durch die *Autoridad de Fiscalización y Control Social de Telecomunicaciones y Transportes* (ATT) ersetzt, was vorerst nichts an den gesetzlichen Rahmenbedingungen ändert. Damit löste die Regierung die vormals existierenden allgemeinen und sektorspezifischen Aufsichtsorgane im Zuge des Staatsumbaus auf. Kritiker sehen darin einen Verstoß gegen den Art. 299 der neuen Verfassung, der die Kompetenzverteilung zwischen Zentralstaat und den autonomen territorialen Einheiten festschreibt. Das Telekommunikationsgesetz legt darüber hinaus die öffentliche Ausschreibungspflicht von Konzessionen und Lizenzen für neue Sender fest. Bemerkenswert ist, dass es außer diesem Gesetz keine weiteren Bestimmun-

13 Vgl.: María René Duchén: Bolivia. S. 149; ausführlich vgl. Luo Cajias: Normativa para la Legislación en Comunicación: Insuficiencias, Obsolescencias y Ausencias. La Paz 2007.

gen zum Rundfunk gibt, wie sie beispielsweise in Deutschland im Rundfunkstaatsvertrag und in den Landesmediengesetzen festgehalten sind. Das *Ley de Telecomunicaciones* beschränkt sich überwiegend auf die technischen Aspekte der Rundfunkordnung und wurde unter Beteiligung der Medienbesitzer ausformuliert, ohne dabei Journalisten und Medienmacher zu berücksichtigen. Die Interessen der Medieneigner spiegeln sich insofern wider, als dass es nur wenige Regelungen zu Werbezeiten und Jugendschutz beinhaltet, die in der Version von 1995 analog zur Vorgängerversion des Gesetzes von 1971 adaptiert wurden.¹⁴ Diese Deregulierung ist nur im Zusammenhang »mit der Einführung des Modells der wirtschaftlichen Strukturanpassungspolitik und der Rekonfiguration des kapitalistischen Systems im Land«¹⁵ zu verstehen. Die überwiegende Selbstregulierung des Mediensektors bei staatlicher Abstinenz ermöglichte die Dominanz des kommerziellen Medienmodells. Die parallel zur Einführung des Gesetzes vollzogene Privatisierung des staatlichen Telefonanbieters übertrug die Verantwortung der medialen Programmangebote an das freie Spiel der Marktkräfte und etablierte das neoliberale Modell auch in der Medienindustrie.

Die geringe Regulierungsdichte des Mediensektors und die Erklärung der Medien zu Feinden des politischen Wandels durch Evo Morales haben Anfang 2010 zu verstärkten Diskussionen über eine neue Mediengesetzgebung geführt. Während die einen eine »mediale Diktatur« nach dem Vorbild Venezuelas befürchten, sehen die anderen eine Notwendigkeit der Anpassung der Medienregulierung an den modernen demokratischen Staat und die veränderten medialen Produktions- und Konvergenzprozesse. Solange allerdings kein konkreter Gesetzesvorschlag der Regierung vorliegt, bleiben die Befürchtungen reine Spekulation.

Medienbesitzverhältnisse und politische Verflechtungen

Damit sind die wichtigsten Rahmenbedingungen zum Verständnis momentaner Medienbesitzverhältnisse angedeutet. Die Leitmedien in Bolivien befinden sich zu ca. 84 Prozent in den Händen privater Akteure¹⁶, die entweder selbst als Politiker auftreten oder zur nationalen Oligarchie gehören und wichtige Wirtschaftssektoren dominieren. »Die offene staatliche Zensur, die während der Zeit der Militärdiktaturen in den meisten Ländern des Kontinents die Arbeit der Medien massiv und gewaltsam beschnitt, ist einem sehr

¹⁴ Vgl.: Ronald Grebe: Das Mediensystem Boliviens. S. 794.

¹⁵ Adalid Contreras Baspineiro: De enteros y medios de comunicación. S. 15f.

¹⁶ Vgl.: Ebenda. S. 70; Erick R. Torrico Villanueva: La narrativa periodística desorganizadora.

viel komplexeren und subtileren Zusammenspiel von Markt- und Machtstrukturen gewichen.«¹⁷ Unter diesen Umständen kann man konstatieren, dass eine Überparteilichkeit und Unabhängigkeit der massenmedialen Berichterstattung nicht stattfinden kann.

Dabei hat die politische Instrumentalisierung der Medien auch nach der Revolution und der Militärdiktatur eine gewisse Tradition. Mario Mercado beispielsweise war früher Senator, einer der führenden Köpfe der Partei Nationale Demokratische Aktion (*Acción Democrática Nacional* - ADN) und in den 1970ern, während der Diktatur Hugo Banzers, Bürgermeister der Stadt La Paz. Neben seinen unternehmerischen Tätigkeiten als größter Goldminenbesitzer Boliviens und seinem Engagement beim populären Fußballclub *Bolívar* aus La Paz war er Herausgeber der Tageszeitung *Última Hora*, die quasi als Parteipostille fungierte. Das wohl prägnanteste Beispiel ist die Zeitung *Hoy*, die sich ebenso wie *Radio Méndez* im Besitz des Parteiführers Carlos Reich Serrate von der *VR-9 de Abril* befand. Er verschaffte sich mittels dieser Medien einen Vorteil im Wahlkampf. Die bereits erwähnte Tageszeitung *La Razón* wiederum ließ sich vor den Oppositionskarren gegen die Regierung unter Jaime Paz Zamora von der Bewegung der Revolutionären Linken (*Movimiento de Izquierda Revolucionaria* - MIR) spannen, wohingegen die MIR später die Tageszeitung *Hoy* kaufte und mit dieser eine breite Gegenkraft zur Regierung unter Gonzalo Sánchez de Lozadas von der MNR aufzubauen versuchte. *Hoy* wurde später von Samuel Doria Medina von der Partei Nationale Einheit (*Unidad Nacional* - UN) übernommen, der bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005 den dritten Platz belegte. Darüber hinaus ließen sich für die Vergangenheit zahllose weitere Verbindungen zwischen Parteipolitikern und Medien anführen. Rafael Archondo¹⁸ ist als Medienexperte Boliviens der Meinung, dass sich heutzutage keine Parteimedien mehr fänden, da die Nähe zur Regierung bei jedem Amtswechsel mit einem Verlust an Glaubwürdigkeit einherginge. Er bescheinigt den Medien einen Zugewinn an Autonomie und eine ablehnende Haltung gegenüber einer zu starken Vereinnahmung durch die Politik. Schaut man aber auf die momentanen Besitzverhältnisse der Medienlandschaft Boliviens, so bedarf diese Sichtweise zumindest einer genaueren Differenzierung.

17 Bert Hoffmann: Editorial: Medien und ihre Mittel. In: Karin Gabbert et al (Hrsg.): Medien und ihre Mittel. Jahrbuch Lateinamerika 28. Münster 2004. S. 7.

18 Vgl.: Rafael Archondo: Medios de comunicación en Bolivia. S. 539.

Tabelle 2: Die wichtigsten Eigentümergruppen von Kommunikationsmitteln¹⁹

Eigentümer-TV gruppe	Radio	Presse	Andere Massen- kommunikations- mittel	Beteiligung
PRISA	ATB (Red nacional)	- La Razón (La Paz) - Nuevo Dia (Santa Cruz) - El Pais (Tarija) - Extra (La Pas)	- Portal Bolivia.com - La Gaceta Juridica - Revista Cosas	RTP
LIDER (CANELAS- RIVERO)		- El Deber (Santa Cruz) - La Prensa (La Paz) - Correo del Sur (Sucre) - El Potosi (Potosi) - El Altano (El Alto) - El Nuevo Sur (Tarija) - El Norte (Montero) - Gente (Cochabambu)		PAT
MONASTE RIO	UNITEL (Red nacional)			Kuljis, Duran
KULJIS	Red Uno (Red nacional)			Monasterio, Durán)
DURÁN	Megavisión	El Mundo (Santa Cruz)		Monasterio, Kuljis
ASBÚN	Canal 5 (La Paz)	Opinion (Cochabamba)		Participación accionara en Illiami de Co- Municaciones

19 Vgl.: Adalid Contreras Baspineiro: De enteros y medios de comunicación. S. 73f. Aktualisierung im fortlaufenden Text.

Da das Pressesystem mit Ausnahme der seit Jahresbeginn 2009 erscheinenden staatlichen Tageszeitung *Cambio* privatwirtschaftlich organisiert ist und sich die Organe entweder im Besitz von einzelnen Familien oder von Unternehmen befinden, muss die Finanzierung ausschließlich über die Verkaufserlöse und die Werbung von kommerziellen Unternehmen sowie öffentlichen und staatlichen Einrichtungen infrage gestellt werden. Die Verkaufserlöse machen nur ca. ein Drittel der Gesamteinnahmen aus und auch die Werbeetats reichen nicht immer zur Kostendeckung, so dass die meisten Titel nur durch Finanzspritzen der Besitzer und Aktionäre überleben können.²⁰ Diese extreme Abhängigkeit lässt eine selbstbestimmte editorische Linie kaum zu.

Das wohl mächtigste Medienimperium Boliviens ist *El Grupo Líder*, die den Familien Canelas aus Cochabamba und Rivero aus Santa Cruz gehört. Sie vereinigen die auflagenstärksten Zeitungen des Landes wie *Los Tiempos* aus Cochabamba, *El Deber* aus Santa Cruz und *La Prensa* aus La Paz ebenso wie die neueren Regionalausgaben wie *El Altoño*, *El Potosí*, *El Nuevo Sur* aus Tarija, *El Correo* aus Sucre und *El Norte* aus Montero unter ihrem Dach. Hinzu kommen die englischsprachige Ausgabe von *Los Tiempos*, die in Washington kostenlos vertrieben wird²¹, und 40 Prozent Besitzanteile am TV-Sender *Red Periodistas Asociados Televisión* (PAT), den der ehemalige Präsident Carlos D. Mesa gegründet hat. Die Familien blicken auf eine lange Tradition im Printmediensektor zurück. Pedro Rivero wirkte darüber hinaus als Funktionär beziehungsweise als Botschafter in Frankreich und bei der UNESCO für die Regierungen Banzer, Quiroga sowie Sánchez de Lozada.²² Die damit verbundenen Interessen können über das breite mediale Netzwerk artikuliert werden und somit durchaus meinungsbildend wirken, da sie potenziell ein breites Publikum über diese Kommunikationskanäle erreichen. Beispielhaft hat das Team des Observatorio de los Medios de La Paz (ONADEM) über einen Zeitraum von anderthalb Jahren anhand der Berichterstattung über die Verfassengebende Versammlung nachgewiesen, dass andere Tageszeitungen 42 Prozent der Leitartikel exakt reproduzierten. Diese »Verlagskoordination« beschränkte sich dabei nicht nur auf eine Unternehmensgruppe, sondern beinhaltete Kooperationen zwischen konkurrierenden Unternehmen. Daran lässt sich vermuten, dass in Bezug auf den verfassungs-

20 Vgl.: Ronald Grebe: Das Mediensystem Boliviens. S. 793.

21 Vgl.: Ebenda. S. 793.

22 Vgl.: Edgar Ramos Andrade: Manipulicidío. Tomo I: Medios de comunicación privados, »discurso perfecto«, lamento político. Bolivia siglo XXI. La Paz 2009 (Manuskript). S. 18; Observatorio de Medios de la Agencia periodística del Mercosur (OMAP): La Gestión de Evo Morales en la Prensa Boliviana. Ciudad de La Plata 2006. S. 6ff.

gebenden Prozess gemeinsame politische Interessen bei den verschiedenen Eignern bestanden.

Der zweite wichtige Multimediakonzern auf dem bolivianischen Markt war bis 2009 die von Jesús de Polanco geführte internationale Holding PRISA (*Promotora de Informaciones S.A.*) mit Hauptsitz in Spanien. Das Unternehmen ist weltweit aufgestellt und hat in den letzten Jahren seine Aktivitäten auf dem lateinamerikanischen Markt intensiviert, u.a. in Mexiko, Venezuela und Kolumbien. PRISA kaufte sich in das Medienkonglomerat von Raúl Garafulic ein, der neben der *Grupo Líder* den Aufbau eines Medienduopols in Bolivien vor Augen hatte. Garafulic seinerseits nutzte die Medien, um die Privatisierung der staatlichen Fluglinie Lloyd Aéreo Boliviano zu forcieren und in seinen Unternehmenskomplex zu integrieren. Seine immensen Investitionstätigkeiten konnte er jedoch allein nicht mehr schultern, so dass er auf den Zufluss von frischem Kapital aus Spanien angewiesen war.²³ PRISA unterstand mit *La Razón* eine der auflagenstärksten Tageszeitungen Boliviens. Darüber hinaus kontrollierte der Konzern das Boulevardblatt *Extra*, die zweitwichtigste Tageszeitung in Santa Cruz, *El Nuevo Día*, die Tageszeitung *El País* in Tarija und besaß Anteile am TV-Sender ATB. PRISA ist dafür bekannt, dass sie mit der Regierung Sánchez de Lozada sympathisierte und die ökonomischen Interessen der in Bolivien tätigen spanischen Unternehmen verteidigt. Hinter der medialen Kampagne für die Ausbeutungsrechte der Erdgas- und Erdölressourcen durch internationale Konzerne standen handfeste wirtschaftliche Motive, da zwischen dem Medienkonzern und dem spanischen, in Bolivien aktiven Energiegiganten Repsol finanzielle Verbindungen bestehen.²⁴ PRISAs Ambitionen, das Mediennetzwerk in Bolivien auszuweiten, blieben jedoch begrenzt, da sich in einem kleinen Markt wie Bolivien nur geringe Renditen erzielen lassen.²⁵ Das Potenzial der Mehrfachverwertung und Kosteneinsparung innerhalb der Holding brachte immer schon einen Marktvorteil mit sich, der nicht unterschätzt werden darf. 2009 entschied sich PRISA aufgrund finanzieller Probleme der Unternehmensgruppe seine Aktivitäten in Bolivien komplett aufzugeben. *El Nuevo Día* in Santa Cruz wurde an den Unternehmer und Großgrundbesitzer Branko Marinkovic verkauft und in *El Día* umbenannt. Er stand als Präsident dem *Comité pro Santa Cruz* vor, das für seine radikalen Autonomieforderungen bekannt ist. Darüber hinaus werden Marinkovic Verbindungen zur terroristischen Separatistenorganisation ehemaliger Jugoslawienkämpfer in Santa

23 Vgl.: Adalid Contreras Baspineiro: De enteros y medios de comunicación. S.78.

24 Vgl.: Edgar Ramos Andrade: Manipulicidío. S. 21f.; OMAP: La Gestión de Evo Morales en la Prensa Boliviana. S. 12f.

25 Vgl.: Rafael Archondo: Medios de comunicación en Bolivia. S. 536.

Cruz nachgesagt²⁶, die im April 2009 im Tiefland operierte und von der Polizei aufgedeckt wurde. Die führende Tageszeitung der Hauptstadt, *La Razón*, und die Anteile am Kanal ATB verkaufte PRISA nach neuesten Berichten der Tageszeitungen zu einem Großteil an den venezolanischen Unternehmer Carlos Gil.²⁷ Seitdem gibt es Spekulationen über eine regierungsfreundlichere Linie der Medienorgane, weil Gil angeblich gute Kontakte zur Regierung Chávez haben soll.

Die restlichen wichtigen Printmedien befinden sich sowohl in Besitz von bekannten Familien mit Namen wie Carrasco (*El Diario* in La Paz) oder Dúran (*El Mundo* in Santa Cruz) als auch großer Unternehmen wie *Coooperativa Boliviana de Cementos - COBOCE* (*Opinión* in Cochabamba). Die Tageszeitung *La Misión* im Bundesstaat Beni gehört sogar dem Senator der Oppositionspartei PODEMOS, Wálter Guiteras, der während der letzten Amtszeit Banzers Minister war.²⁸ Im TV-Sektor zeigt sich ein ähnliches Bild. Landesweit sind im Jahr 2009 nur einige wenige Sender zu empfangen. Laut Meinungsumfragen von 2007 wird fast ein Drittel der Gesamtzuschauerzahl von der kommerziellen Sendergruppe UNITEL erreicht. UNITEL wird vom ehemaligen Senator der MNR, Osvaldo Monasterios, Landbesitzer und Viehzüchter aus Santa Cruz, geleitet. In Santa Cruz hat der Sender mit über 50 Prozent Reichweite sogar eine absolute Monopolstellung inne. Ein Viertel des nationalen Marktanteils wird vom bereits erwähnten Sender ATB gehalten. Eine ähnliche Reichweite um die 20 Prozent erreicht der Fernsehkanal *Red Uno*. Dieser befindet sich in den Händen des Landbesitzers und Großunternehmers Ivo Kuljis, der der Partei Solidarische Bürgerunion (*Unión Cívica Solidaridad* - UCS) angehörte und ehemaliger Vizepräsidentenchaftskandidat von Manfred Reyes Villa bei den Wahlen 2002 war. Etwas abgeschlagen mit unter 10 Prozent Zuschaueranteil ist *Boliviación*, ein Sender, der vor kurzem von einem mexikanischen Medienmogul aus Miami, Ángel Remigio González, gekauft wurde. Die restlichen 15 Prozent verteilen sich u.a. auf die Sender PAT des Pressemonopolisten *Grupo Líder* und der Unternehmerfamilie Daher sowie den staatlichen Kanal *Televisión Boliviana* (TVB). Letzterer untersteht der Abteilung für Kommunikation im Präsidialministerium und wird durch Mittel aus dem Staatshaushalt und Werbung finanziert.²⁹ Die kirchlichen und universitären TV-Kanäle und die kleineren Gewerkschaftssender spielen nur eine marginale Rolle.

26 Vgl.: *La Razón*, 05.05.2009. Branko Marinkovic identificado financiador de terrorismo separatista.

27 Vgl.: *El Deber*, 19.11.2009. Vacaflor dice que el dueño de *La Razón* es un venezolano.

28 Vgl.: Ronald Grebe: *Das Mediensystem Boliviens*. S. 792.

29 Vgl.: María René Duchén: *Bolivia*. S. 147ff.

Damit lassen sich zwei wesentliche Entwicklungen bei der Ausdifferenzierung des Mediensystems konstatieren. Erstens kann eine begrenzte Tendenz zur Herausbildung von Senderketten oder multimedialen Konglomeraten beobachtet werden. Der Medienmarkt ist unter zahlreiche Unternehmer aufgeteilt, die nur in Ansätzen Verflechtungen miteinander aufweisen. Der Internationalisierungsgrad beziehungsweise der Einfluss von Global Players bleibt gering. Es handelt sich damit um einen sehr stark national orientierten Medienmarkt. Das hat einige Autoren zu der These verleitet, von »schwachen Unternehmern«³⁰ zu sprechen, weil es keinen vergleichbaren Medientitanen wie die mexikanische *Televisa* oder die argentinische *Grupo Clarín* gibt. Entscheidender für die momentane Konfliktsituation in Bolivien scheinen mir aber nicht allein die Größe und die internationalen Aktivitäten der Unternehmen zu sein, sondern der qualitative Verflechtungsgrad zwischen Politik, Medien und Wirtschaft.³¹ Denn zweitens lässt sich aus politökonomischer Perspektive festhalten, dass es zwar keine Parteimedien wie noch vor zehn Jahren gibt, sich die Marktteilnehmer jedoch entweder direkt aus dem politischen System rekrutieren oder indirekt über wirtschaftliche Interessen mit politischen Akteuren kooperieren. Es ist zwar zu kurz gegriffen, wollte man die Medienbesitzer als einen homogenen Block ansehen, aber gemeinsame Wirtschaftsinteressen liegen auf der Hand, was dazu führt, dass sie den Reformen der Regierung Morales skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen. Besonders beim TV gibt es enge Geschäftsverbindungen zwischen den reichweitenstärksten und regierungsfeindlichen Oppositionssendern UNITEL und Red Uno sowie *Megavisión* aus Santa Cruz. Deren Eigentümer wehren sich vehement gegen die Einmischung in ihre Geschäftsbereiche und nutzen dafür ihren Zugang zur medialen Agenda.³² Bezieht man die Daten einer Umfrage mit ein, in der zwischen 50 und 60 Prozent der Befragten im Oriente das Fernsehen als primäre Informationsquelle nutzen³³, so dürfte deren Gewicht zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung erheblich sein. Archondo hält jedoch deren Einflusspotenzial auf nationaler Ebene für begrenzt, da sie in erster Linie zur »Verteidigung der Interessen der ›Cruceñidad«³⁴ funktionalisiert würden. Das Autonomiereferendum jedoch zeige, dass diese Medien keinesfalls in der Lage seien, einen hegemonialen Konsens in der Bevölkerung herzustellen. Es komme damit zu einer stärkeren regionalen Ausrichtung der Medien. Die durchaus richtige Beobachtung wiegt aber in

30 Vgl.: Rafael Archondo: Medios de comunicación en Bolivia. S. 536.

31 Vgl.: Adalid Contreras Baspineiro: De enteros y medios de comunicación. S. 73.

32 Vgl.: Ebenda. S. 106.

33 Vgl.: Erick R.Torrico Villanueva: Análisis de los resultados del segundo estudio nacional sobre democracia y valores en Bolivia. S. 42.

der aktuellen Situation Boliviens umso schwerer, weil in der Pattsituation zwischen Hoch- und Tiefland eine Verständigung dringlicher denn je ist. Eine regionale Isolation und Abspaltung im Mediendiskurs hilft da keineswegs weiter.

Der Beitrag der Medien zur Verschärfung des politischen Konfliktes

Erick Torrico macht mit seiner Beschreibung der Medienentwicklung der letzten Jahre auf den zunehmenden Neutralitätsverlust aufmerksam.³⁴ Anfangs fungierten die privaten Medien noch als »Räume der Sichtbarmachung der Politik«, indem sie auch außerhalb der Wahlzeiträume über politische Themen und Personen berichteten. Mit der zunehmenden politischen Frustration und dem Vertrauensverlust in politische Persönlichkeiten erhoben die Medien selbst ihre Stimme und beeinflussten den Ausgang politischer Wahlen und Entscheidungen über die gezielte Manipulation der öffentlichen Meinung. Schließlich entwickelten sie sich selbst zu »politischen Protagonisten«, indem sie die Rolle von Parteien als intermediäre Organisationen zwischen Staat und Gesellschaft einnahmen und diese ersetzten. Damit einher ging das Phänomen, dass immer mehr Journalisten selbst zu Politikern aufstiegen und das Metier wechselten.

Die enge Verknüpfung von politischen und medialen Akteuren stellt eine reale Gefahr für eine unabhängige und überparteiliche Berichterstattung dar, weil somit ein kritisches und distanzierendes Verhältnis zu den politischen Entscheidungsträgern unmöglich wird. Die Reformagenda der Regierung Morales zur Verstaatlichung der Ressourcen, zur Umverteilung des Bodens und zur Verfassungsgebenden Versammlung tangiert unmittelbar die Interessen der Eigentümer der Medien, die aus Branchen wie der Vieh- und Landwirtschaft, des Finanz- oder Energiesektors kommen. »Die Bolivien teilende, politische Polarisierung zwischen zwei diametral entgegengesetzten Sichtweisen darüber, wie das Land geführt werden sollte, hat auch Medien und Journalisten dazu gebracht, Informationen zu politisieren und Positionen in einer ›militanten‹ Weise zu verteidigen. [...] Es gibt wenige Journalisten und Medien, denen es möglich ist, oder die versuchen, eine neutrale Position einzunehmen.«³⁵ Ziel einiger Privatmedien ist es, den politischen Gegner Evo Morales als Person abzuwerten und ein Klima der politischen und sozialen

34 Vgl.: Erick R. Torrico Villanueva: La narrativa periodística desorganizadora.

35 María René Duchén: Bolivia. S. 148, 153.

Instabilität zu inszenieren.³⁶ Detaillierte und systematische Inhaltsanalysen des bereits erwähnten Medienobservatoriums zeigen, inwieweit die Medien für eine Verzerrung und Ausblendung der politischen Realitäten des Landes verantwortlich gemacht werden können. Auch wenn das Urteil über die Presse weniger gravierend ausfällt als über das Fernsehen, so konzentriert sich die Presseberichterstattung auf negative und sensationslüsterne Nachrichten, die nicht zu einer Beilegung politischer Konflikte beitragen. Im Gegenteil, es fehlt häufig eine Kontextualisierung der Ereignisse, und es mangelt an einer tiefen Recherche, so dass das Wesen und die Ursache der Auseinandersetzung nicht vermittelt werden können.³⁷ Die Medien sind also keineswegs nur Opfer der Polarisierung des Landes, sondern haben diese durch ihr Handeln befördert. Die editorische Linie richtet sich nach den Interessen der bis dato herrschenden Oligarchie und verdeutlicht die ethnische Komponente des sozialen Konflikts. Die Diskrepanz zwischen der Präsenz der Indigenen auf der politischen Bühne und der mangelnden Erörterung ihrer Forderungen führt zu einer verzerrten Abbildung gesellschaftlicher Widersprüche. Erick Torrico spricht in diesem Kontext von »vielen Medien, wenigen Besitzern und wenigen Stimmen«.³⁸ Dadurch werden Ungleichheits- und Machtverhältnisse auch im Kommunikationsprozess offensichtlich und spiegeln jahrhundertelange Exklusionsmechanismen wider.³⁹ »Diese Situation führt zu einem System der sozialen Isolation zwischen verschiedenen Logiken der Aneignung der Krise, zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsprojekten und zwischen rassistischen und separatistischen Akteuren, die in ihrer Gesamtheit mehr zur materiellen, rechtlichen und symbolischen Spaltung des Landes beitragen als zu seiner Integration.«⁴⁰

Die Reaktion der Regierung auf die mediale Herausforderung

Mit dem Aufbau regierungsnaher Medien versucht die Regierung Morales den Herausforderungen in diesem Bereich zu begegnen. Bisher beschrän-

36 Vgl. César Fuentes; Evo: »Los medios quieren destrozar al gobierno«. El papel de la prensa burguesa y de los líderes de opinión »liberales«. In: Juguete Rabioso 2006. S. 1. URL: <http://www.bolpress.com/art.php?Cod=2006100305> (Abruf 11.12.2008).

37 Vgl.: ONADEM (Hrsg.): Medios a la vista. Informe sobre el periodismo en Bolivia 2005-2008. La Paz 2009; COMUNICAN – La Asociación Latinoamericana para la Comunicación Social: Observatorio de Medios de Comunicación. Elecciones presidenciales Bolivia 2005. URL: <http://www.observatoriodemedios.org.ve/investigaciones.asp> (Abruf 18.11.2009).

38 Zitiert nach: Adalid Contreras Baspineiro: De enteros y medios de comunicación. S. 79.

39 Vgl.: OMAP: La Gestión de Evo Morales en la Prensa Boliviana. S. 16.

40 Adalid Contreras Baspineiro: De enteros y medios de comunicación. S. 20.

ken sich die medienpolitischen Reformen auf den Ausbau beziehungsweise die Wiederaneignung staatlicher Kommunikationskanäle und der Förderung von Initiativen, die weder kommerziell noch staatlich sein sollen. Darüber hinaus wurden mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung gesetzliche Rahmenbedingungen geändert.

Die Regierung verfügt derzeit über einen staatlichen Fernsehsender *Televisión Boliviana*, über den reichweitenstarken Hörfunkkanal *Red Patria Nueva* und mit der *Agencia Boliviana de Información* (ABI) über eine Nachrichtenagentur, die nur im Internet verfügbar ist. Die z.T. veralteten Sendeanlagen sollen modernisiert und das Programm attraktiver gestaltet werden, um ein größeres Publikum erreichen zu können. Seit Januar 2009 hat Evo Morales darüber hinaus mit *Cambio* eine von der Regierung kontrollierte Tageszeitung ins Leben gerufen. Der bolivianische Staat beteiligt sich außerdem am multinationalen Nachrichtensender *Telesur (Nueva Televisión del Sur SA)*. Das Unternehmen wurde von Venezuela 2005 auf Initiative des Weltsozialforums gegründet und versteht sich mit seiner Kombination aus Informations-, Bildungs- und Unterhaltungssendungen als gegenhegemoniales Projekt zum nordamerikanischen Nachrichtensender CNN. Die starke Variationsbreite der Programmqualität und die geringen Zuschauerzahlen offenbaren allerdings die starke Diskrepanz zwischen dem Anspruch des Senders und der Wirklichkeit.

Das wohl ambitionierteste und kostspieligste Projekt der Regierung Morales wurde mit der Unterzeichnung des Vertrages mit dem chinesischen Konsortium *Great Wall Industries Corporation* (CGWIC) am 1. April 2010 zur Installation eines bolivianischen Telekommunikationssatelliten mit dem Namen »*Túpak Katari*« avisiert. Die Regierung erhofft sich davon einen Quantensprung im Telekommunikationssektor, u.a. eine hundertprozentige Netzabdeckung in der Festnetz- und Mobilfunktelefonie, Internetzugang auf dem gesamten nationalen Territorium sowie eine Verbesserung der Reichweite privater und staatlicher Kommunikationsmedien und einen Sprung ins Zeitalter des digitalen Fernsehens. Für die Installation des Satelliten, die Ausbildung von Fachkräften zur Steuerung und den Aufbau irdischer Überwachungsstationen veranschlagt man mindestens drei Jahre.

Auch den Aufbau eines kommunitären Radionetzwerks unterstützt die Regierung, allerdings müssen sich diese Radios selbst finanzieren. Die *Reglamento de Servicios de Telecomunicaciones en Áreas Rurales* vom 20. Juni 2007 lässt den rechtlichen Status im Unklaren, da es sich nicht um ein rechtswirksames Dekret handelt. Auf Grundlage dieses Reglements hat die Regierung begonnen, mit der finanziellen und technischen Unterstützung Venezuelas ein *Sistema Nacional de Radios de Pueblos Originarios* aufzubauen, auf des-

sen Grundlage 30 indigene Radios entstanden sind. Damit soll den entlegenen Indigenen-Gemeinden eine eigene Kommunikationsinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden, die sich via Satellitenverbindung des staatlichen Radios auf das gesamte Staatsgebiet erstrecken soll. Zwar verweist die Regierung immer wieder darauf, dass die Radios unabhängig seien, aber ihre Funktionsweise lässt sie eher als politisches Instrument der MAS erscheinen. Ihre Aufgabe sehen Regierungsvertreter wie der ehemalige Kommunikationsbeauftragte Núñez darin, den Neugründungsprozess Boliviens zu stärken und die Interessen der indigenen Organisationen und sozialen Bewegungen, die an die MAS gekoppelt sind, zu vertreten.

Der entsprechende Rechtsrahmen zur Ausgestaltung einer neuen Kommunikationsordnung ist in der neuen Verfassung festgehalten. Dem Art. 107 ist zu entnehmen, dass der Staat das Recht auf Kommunikation und Information zu gewährleisten hat. Folglich muss der Staat für die Bereitstellung von Kommunikationsmöglichkeiten für seine Bürger sorgen. Vor diesem Hintergrund gewinnt der Ausbau der kommunitären Medien durch die Regierung Morales eine besondere Legitimation. Im selben Artikel ist weiterhin das Verbot der Vorzensur erwähnt, das der vorherige Verfassungstext nicht vorsah.

Einiges an Konfliktpotenzial enthält der Art. 108 Abs. I, der die Medien inhaltlich auf Prinzipien wie Wahrheit und Verantwortung verpflichtet.⁴¹ Dieser Absatz bietet jedweder Regierung Instrumentalisierungsmöglichkeiten, da ihr die Definitionsmacht über diese Prinzipien obliegt und solche Maximen eher in journalistischen Selbstverpflichtungskodizes zu verankern wären. In Abs. 3 des Art. 108 setzen sich die Schwierigkeiten des Gesetzeswerkes fort, da dieser Monopol- und Oligopolbildung im Bereich der Massenmedien untersagt. Die Explikation, wann ein Medienmonopol erreicht ist, bleibt in diesem Absatz unbeantwortet. Was in Deutschland auf untergeordneter Ebene im Rundfunkstaatsvertrag durch Zuschauerreichweiten festgelegt ist und kartellrechtliche Bestimmungen tangiert, wird hier auf verfassungsrechtlicher Ebene zu regulieren versucht. In dieser Hinsicht stellen die Artikel über die Kommunikationsstruktur der Medien durchaus eine Gefahr für deren Freiheit dar, da der Verfassungstext die Einflussnahme politischer Entscheidungsträger eröffnet.

Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit eines medialen Gegenpols zu den privaten Anstalten muss man den Ausbau des staatlichen Medienapparates mit Sorge betrachten. Die begründete Kritik an der mangelnden

41 Asamblea Constituyente de Bolivia: Nueva Constitución Política del Estado. Aprobada en grande, detalle y revisión. 2007. URL: <http://www.laconstituyente.org> (Abruf 28.11.2008).

Distanz der kommerziellen Medien zu politischen Akteuren sind ebenso auf regierungsnahen Medien zu übertragen, die direkt dem Präsidialministerium unterstehen. Die Unabhängigkeit der Medien ist unter diesen Umständen nicht gewährleistet.

Schlusswort

Ohne eine mediale Berichterstattung, die sich einer voreiligen Parteinahme enthält und alle gesellschaftlichen Stimmen zu Wort kommen lässt, wird die momentane Spaltung des Landes weiter verschärft. Als Blockaden zur Verwirklichung einer demokratischen Öffentlichkeit habe ich einerseits die privaten Medienbesitzstrukturen und die Instrumentalisierung der Kommunikationskanäle durch Parteimitglieder beziehungsweise -anhänger identifiziert. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass sich die Medien selbst als Akteure in politische Diskurse einmischen und diese zu gestalten versuchen. Die Schaffung alternativer Kommunikationskanäle, die nicht nach dem Marktprinzip funktionieren, ist für die Demokratisierung der politischen Öffentlichkeit eine unumgängliche Voraussetzung. Die Ansätze medienpolitischer Initiativen unter der neuen Regierung machen deutlich, dass sowohl medienrechtliche Rahmenbedingungen als auch der Ausbau des staatlichen Mediensystems oberste Priorität genießen. Dies ist jedoch nicht unproblematisch, da damit zwar Aufklärungsarbeit geleistet, aber ebenso Regierungspropaganda betrieben werden kann. Die Rolle der Medien als Vermittlungsakteure mit einer gewissen Distanz zu den politisch und wirtschaftlich Handelnden wird damit stark eingeschränkt, was ein schwerwiegendes Hindernis für den demokratischen Transformationsprozess darstellt. Die Politisierung der Medien verlangt von den Rezipienten eine besondere Sensibilität gegenüber der medial hergestellten Wirklichkeit. Die Wahl- und Abstimmungsergebnisse der letzten Monate und Jahre haben aber deutlich gemacht, dass mediale Machtverhältnisse sich nicht zwangsläufig auf der politischen Bühne widerspiegeln müssen und die Wähler nicht zu manipulieren sind. Es besteht eine Diskrepanz zwischen Mediendiskurs und öffentlicher Meinung, auf welche die Medien reagieren. Unter momentanen Umständen lässt sich ein Richtungswechsel einiger Medien beobachten, was aus Interviews des Autors dieses Artikels mit Leitern von Medienunternehmen hervorgeht. In der Zeit zwischen 2006 und 2008, als die Verfassungsgebende Versammlung tagte und die Autonomiereferenden in den Departements Santa Cruz, Beni, Pando und Tarija 2008 durchgeführt wurden, fand eine starke Mobilisierung oppositioneller Kräfte statt, die ein Großteil der Medien unterstützte. Diese beurteilen die Verfassung

als illegitim und als gescheitert, während man die Autonomiebewegungen befürwortet. Seit den darauf folgenden Wahlerfolgen der MAS beziehungsweise der Regierung Morales und der Verabschiedung der Verfassung per Referendum 2009 ist die Opposition gespalten und konsterniert. Da mit diesen Niederlagen eine rigorose Oppositionshaltung spätestens ab 2009 politisch als auch ökonomisch für die Medien keinen Sinn mehr macht, beschränken sie sich auf die kritische Kommentierung bis hin zur ablehnenden Haltung politischer Maßnahmen der »Neugründung des Staates«. Sie passen sich an die politische Konjunktur des Landes an, um die Glaubwürdigkeit bei dem Großteil der den Wandel unterstützenden Bevölkerung nicht vollkommen einzubüßen. Die sich verändernden Diskursmuster können aber keineswegs darüber hinweg täuschen, dass der Antagonismus zwischen privaten und staatlichen Medien fortbesteht, der seine Ursachen in der politischen und ökonomischen Struktur des Mediensystems hat. Dies bleibt wohl vorerst so, solange die Eliten des Landes die sich ständig verändernden privaten Besitzstrukturen dominieren. Denn die Beschaffenheit des Mediensystems ist ohne einen Verweis auf die historische Pfadabhängigkeit nicht zu erklären. Die Dynamik des Verhältnisses zwischen Politik und Medien wird daher auch in Zukunft mit Spannung zu beobachten sein.

Literatur

Archondo, Rafael: Medios de comunicación en Bolivia. Una conversación con Rafael Archondo. In: Ayo, Diego (Hg.): Democracia boliviana: un modelo para des armar. 32 entrevistas. La Paz: 2007. S. 531-540.

Asamblea Constituyente de Bolivia: Nueva Constitución Política del Estado. Aprobada en grande, detalle y revisión. 2007. URL: <http://www.laconstituyente.org> (Abruf 28.11.2008).

Cajias, Luoe: Normativa para la Legislación en Comunicación: Insuficiencias, Obsolescencias y Ausencias. La Paz 2007.

COMUNICAN – La Asociación Latinoamericana para la Comunicación Social: Observatorio de Medios de Comunicación. Elecciones presidenciales Bolivia 2005. URL: <http://www.observatoriodemedios.org.ve/investigaciones.asp> (Abruf 18.11.2009).

Contreras Baspineiro, Adalid: De enteros y medios de comunicación. Tendencias en la oferta y el consumo mediático en Bolivia. La Paz 2005.

- Duchén, María René: Bolivia. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): KAS Democracy Report 2008. Media and Democracy. Vol. II. Berlin 2008. S. 145-154.
- Fuentes, César: Evo: »Los medios quieren destrozar al gobierno«. El papel de la prensa burguesa y de los líderes de opinión »liberales«. In: Juguete Rabioso 2006. URL: <http://www.bolpress.com/art.php?Cod=2006100305> (Abruf 11.12.2008).
- Gerhards, Jürgen: Öffentlichkeit. In: Jarren, Otfried / Sarcinelli, Ulrich / Sauer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen 1998. S. 268-274.
- Grebe, Ronald: Das Mediensystem Boliviens. In: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.): Internationales Handbuch Medien 2004 / 2005. 27. Auflage. Baden-Baden 2004. S. 791-804.
- Grebe, Ronald: Evo Morales y los medios. Herausgegeben von CIESPAL. Chasqui. Revista Latinoamericana de Comunicación. No. 98 / 2007. URL: <http://chasqui.comunica.org/content/view/552/142/> (Abruf 27.11.2008).
- Grebe, Ronald: Medios de Comunicación en Bolivia: Situación y Perspectiva. In: Grebe, Horst (Hrsg.): Los actores políticos en la transición boliviana. La Paz 2008. S. 139-174.
- Grunwald, Armin et al: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag. Bd. 18. Berlin 2006.
- Hoffmann, Bert: Editorial: Medien und ihre Mittel. In: Gabbert, Karin et al (Hrsg.): Medien und ihre Mittel. Jahrbuch Lateinamerika 28. Münster 2004. S. 7-12.
- Laubenthal, Barbara: »Der Tod braucht keine Papiere« – Die Rolle der Printmedien bei den Protesten illegaler Einwanderer in Spanien. In: Pfetsch, Barbara / Adam, Silke (Hrsg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen. Wiesbaden 2008. S. 266-284.
- Lindner, Ralf: Politischer Wandel durch digitale Netzwerkkommunikation. Strategische Anwendung neuer Kommunikationstechnologien durch kanadische Parteien und Interessengruppen. Wiesbaden 2007.
- ONADEM (Hrsg.): Medios a la vista. Informe sobre el periodismo en Bolivia 2005-2008. La Paz 2009.

Observatorio de Medios de la Agencia periodística del Mercosur (OMAP): La Gestión de Evo Morales en la Prensa Boliviana. Ciudad de La Plata 2006.

Pfetsch, Barbara; Adam, Silke: Die Akteursperspektive in der politischen Kommunikationsforschung – Fragestellungen, Forschungsparadigmen und Problemlagen. In: Dies. (Hrsg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen. Wiesbaden 2008. S. 9-26.

Ramos Andrade, Edgar: Manipulicidio. Tomo I: Medios de comunicación privados, »discurso perfecto«, lamento político. Bolivia siglo XXI. La Paz 2009 (Manuskript).

Sandoval, Vania / Gil, Karen: Una mirada editorial común sobre la Asamblea Constituyente. In: ONADEM (Hg.): Medios a la vista. Informe sobre el periodismo en Bolivia 2005-2008. La Paz 2009. S. 75-82.

Torrigo Villanueva, Erick R.: Análisis de los resultados del segundo estudio nacional sobre democracia y valores en Bolivia. Corte Nacional Electoral. La Paz 2005.

Torrigo Villanueva, Erick R.: La narrativa periodística desorganizadora: La prensa en la crisis de hegemonía en Bolivia. Ponencia presentada en el XII Encuentro Latinoamericano de Facultades de Comunicación Social. FELAFACS Pontificia Universidad Javeriana. Bogotá 2006. URL: <http://www.dialogosfelafacs.net/75/articulos/pdf/75ErickTorrigo.pdf> (Abruf 25.08.2009).

MURUCHI POMA

Der Beginn einer neuen Etappe

Die Wahlen vom 6. Dezember 2009 und 4. April 2010

Einleitung

Der 6. Dezember 2009 wird als historisches Datum in die Geschichte eingehen, weil das Wahlergebnis den zweiten notwendigen Schritt zur Herausbildung einer legislativen Gewalt darstellt, die die Neue Politische Verfassung des Plurinationalen Staates Bolivien mit Gesetzen ausfüllt. Zugleich ist es das Datum für den Beginn der Autonomien, und dieses Mal – gemeinsam mit denen auf Departementsebene – auch für die der originären Völker. Nach der kolonialen und republikanischen Ära sind sie nun innerhalb des gesetzlichen Rahmens ihres Territoriums wiedererstanden. Die andere Seite der Medaille ist zudem, dass die oligarchische Rechte eine ihrer schwersten Wahlniederlagen erlitten hat und möglicherweise niemals mehr ihr Haupt erheben wird, zumindest nicht unter den Bedingungen des Machtmonopols, das sie vorher innehatte. Der politische und kulturelle Wandel in Bolivien ist nicht aus einer bewaffneten Erhebung heraus erwachsen. Die »Revolution per Abstimmung« war eines der Kennzeichen dieses Prozesses. Dennoch können wir feststellen, dass die politischen und ökonomischen Reformen eher nach rechts ausschlagen. Das revolutionäre Profil des Wandels nutzt sich mit der Zeit ab und verliert an Schärfe. Die für tiefgreifende Veränderungen einmalig günstigen Machtverhältnisse werden leichtfertig verspielt.

Seit dem 18.12.2005 wurden die Bolivianer mehrfach an die Urnen gerufen. Die aufstrebende Partei MAS – an der Spitze der gesellschaftlichen Organisationen stehend – gewann zwei der Allgemeinen Wahlen (18.12.2005 und 06.12.2009). Die regionale Gouverneurswahl von Scukusaca am 29.06.2008, ging zugunsten der Oligarchie aus. Vier Volksabstimmungen wurden von der Partei des Indigenen Morales beherrscht: Das Referendum über die Verfassungsgebende Versammlung (02.07.2006), das Abwahlreferendum

(10.08.2008), die Volksabstimmungen über die Begrenzung von Landbesitz und die Verfassung (25.01.2009) und das Referendum über die Autonomie der Departements (06.12.2009) sowie das über regionale und originäre Autonomie (06.12.2009). Die Opposition setzte sich in zwei Befragungen teilweise durch: beim illegalen Autonomiereferendum (04.05.2008) und beim Abwahlreferendum am 10.08.2008, bei dem sie vier Präfekturen verteidigen konnte, aber zwei verlor.

Dennoch erhielt die siegverwöhnte MAS bei den Gouverneurswahlen vom 04.04.2010 von den radikalisierten Wählern Boliviens einen Dämpfer. Weder bei den Gouverneurs- noch bei den Bürgermeisterwahlen konnte sie ihr Ziel erreichen. Die Wähler verdarben Morales und Linera das Siegesfest, sehr zur Freude der rechten Medien.

Alle Wahlen stellten eine enorme Anstrengung dar, auch finanziell. Wenn man aber schon von Ausgaben spricht, so würden wir dann sagen, es ist besser, Beträge in Millionenhöhe auszugeben als Blut zu vergießen; lieber nach kapitalistischer Art unökonomisch handeln als unmenschlich zu sein. Aber es sind eben keine Ausgaben, sondern Investitionen. Eins der ärmsten Länder der Erde gestattetete sich den Luxus, Millionen und Abermillionen US-Dollar in sein demokratisches und kulturelles Leben zu investieren.

1. Die Ergebnisse der Wahlen vom 06. Dezember 2009

1.1. Landesweite allgemeine Wahlen

An den Allgemeinen Wahlen des Präsidenten, des Vizepräsidenten, der Abgeordneten und Senatoren des Plurinationalen Staates Bolivien beteiligten sich folgende politische Parteien:

Präfektenoligarchie

Fortschrittsplan für Bolivien – Nationale Konvergenz (Plan Progreso para Bolivia – Convergencia Nacional – PPB – CN)

Reyes Villa (*1955) stand zusammen mit *Leopoldo Fernández*, dem ehemaligen Präfekten von Pando, an der Spitze der Kandidatenliste dieser Partei.

Gemäßigte rechte Mitte

Nationale Einheit (Unidad Nacional – UN). Ihre führenden Kandidaten waren der Unternehmer *Samuel Doria Medina* (*1958) und der aus Santa Cruz stammende *Gabriel Helbing Arauz*, ehemaliger Führer der Arbeitergewerk-

schaftszentrale des Departements Santa Cruz (Central Obrera Departamental de Santa Cruz – COD).

Soziale Allianz (Alianza Social – AS). *René Juaquino* (*1966), ehemaliger Bürgermeister von Potosí, war der Kandidat für das Präsidentenamt. Sein Berater Filemón Escobar ist ein ehemaliges MAS-Mitglied. Ihm stand der Geistliche *Charles Suárez* zur Seite, von Beruf Ökonom.

Sozialdemokratisches Bolivien (Bolivia Social Democrata – BSD). Diese politische Richtung wurde von *Rime Choquehuanca* (*1974) angeführt. An seiner Seite stand die unbekannte *Nora Castro Retamozo*. Choquehuanca war Staatsanwalt für Korruptionsbekämpfung.

Bewegung der sozialpatriotischen Einheit (Movimiento de Unidad Social Patriótica – MUSPA). Die Kandidaten unter diesem Zeichen waren *Ana María Flores* (*1953) und *Javier Nuñez del Prado*.

Linke und Indigene

Bündnis für die Neugründung Boliviens (Alianza para la Refundación de Bolivia – MAS-IPSP) *Evo Morales Ayma* (*1959) und *Álvaro García Linera* stellten sich zum zweiten Mal zur Wahl.

Völker für die Freiheit und Souveränität (Pueblos por la Libertad y Soberanía - PULSO). Unter diesem Zeichen stellten sich der Quechua-Indio *Alejo Véliz Lazo* (*1957) als Kandidat für das Präsidentenamt und der unbekannte *Pablo Valdez Molina* als Vizepräsident zur Wahl.

GENTE. Diese Gruppierung wurde von *Román Loaysa* (*1948) angeführt. Ihm folgte *Porfirio Quispe Choque*. Loaysa ist ein Abtrünniger der MAS.

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, gewann die MAS mit 64,22 Prozent. Ihr erklärtes Ziel war es, die Zweidrittelmehrheit in der Plurinationalen Gesetzgebenden Versammlung zu erreichen. Auf der Grundlage der Berechnung der Sitzverteilung übertrifft sie dieses Ziel mit 72 Prozent der Senatoren und 67 Prozent der Abgeordneten (siehe Tabelle 3). In derselben Tabelle sehen wir, dass die MAS sich mit 55 uninominalen Parlamentariern durchsetzte.¹ Das bedeutet, dass in den konkreten Bezirken die Wähler gut informiert waren und sich – in beträchtlichem Ausmaß – gegen eine »gesplittete« Stimmabgabe entschieden.

Der PPB gewann lediglich in drei Departements. Tarija, das ursprünglich als sein Bollwerk galt, ging an die MAS. Anhand der Zahl von 20 uninominalen Abgeordneten wird ersichtlich, dass dem PPB in den Wahlbezirken,

1 Dabei handelt es sich um Abgeordnete, die in einem bestimmten Wahlbezirk nominiert und gewählt wurden. Obwohl sie einer Partei angehören, erscheinen sie nicht in der Parteienliste.

d. h. in den regionalisierten Zonen, keine Bedeutung zukommt, denn diese Partei errang nur in Pando und Beni mehr uninominale Abgeordnete als die MAS; in Santa Cruz gab es ein Unentschieden (siehe Tabelle 3). Die Überraschung war Pando, wo sich Leopoldo Fernández trotz starken Gegenwindes durchsetzte.

Apropos uninominale Abgeordnete: Die AS errang zwei Sitze, weshalb man sie als eine Partei von regionaler Bedeutung bezeichnen kann. Die UN errang dagegen nicht einen einzigen uninominalen Abgeordneten. Ihre drei plurinominalen Parlamentarier erklären sich durch den (geringen) Einfluss der Partei in zwei Departements (Santa Cruz und La Paz).

1.2. Die Wahlen im Ausland

Zum ersten Mal in der Geschichte Boliviens hatte am 6. Dezember 2009 ein Teil der im Ausland ansässigen Bolivianer die Möglichkeit, an den Wahlen teilzunehmen. Bekanntlich leben ungefähr 2,5 Millionen Bolivianer außerhalb von Bolivien. Die Opposition und der Nationale Wahlgerichtshof übten Druck aus, um eine möglichst geringe Wahlbeteiligung der Bolivianer im Ausland zu erzielen. Sie fürchteten, dass eine hohe Stimmabgabe der MAS zugute käme. Der Übergangswahlordnung gemäß (Artikel 47)² war vorgesehen, »maximal 6 Prozent des Nationalen Wahlregisters« im Ausland zu erfassen, d. h. Wähler im Ausland zur Teilnahme an der Wahl zu berechtigen. Tatsächlich trugen sich nur 3,2 Prozent ein, wenn man von der Anzahl der 5.139.554 eingeschriebenen Staatsbürger (also den wahlberechtigten Bürgern) ausgeht. Es hätten sich 308.373 Personen einschreiben lassen sollen, aber laut Nationalem Wahlgerichtshof³ machte nur die geringe Zahl von 169.096 wahlberechtigten Personen davon Gebrauch. Die Machenschaften des Wahlgerichtshofs – siehe den Fall Fernández, Kandidat des PPB⁴, und die faktische Ausgrenzung einer halben Million eingeschriebener Wähler aus dem Wahlkampf – warfen einen Schatten auf den Erfolg der Einschreibung in das Wahlregister.⁵

2 Gesetz Nr. 4021, Übergangswahlordnung. U.P.S. Editorial. April 2009, Bolivien.

3 Corte Nacional Electoral. <http://www.cne.org.bo/> (Protokoll landesweite Stimmenauszählung Allgemeine Wahlen 2009) (Abruf 12.02.2010).

4 http://www.amigo-latino.de/indigena/noticias/newsletter_4/267_elector_ru.html (Abruf 14.02.2010).

5 http://www.amigo-latino.de/indigena/noticias/newsletter_4/264_aelector_ru.html (Abruf 14.02.2010).

Allerdings konnten weder der von Oppositionsparteien ausgeübte Druck noch die Manipulierung durch den Gerichtshof die Tendenz zur Stimmabgabe für den Favoriten beeinträchtigen. Die MAS errang in Brasilien, Argentinien und Spanien einen überzeugenden Sieg. In den USA erhielt der PPB die absolute Mehrheit.

Tabelle 2: Abstimmungsergebnisse im Ausland (in Prozent)

	Ausland gesamt	Argentinien	Brasilien	Spanien	USA
MAS	75,77	92,13	94,95	48,21	31,05
PPB	18,44	3,19	2,73	43,04	61,04
UN	3,05	1,42	0,07	6,075	7,5
AS	0,89	1,01	0,33	0,94	0,75
PULSO	0,30	0,24	0,07	0,49	0,36
MUSPA	1,19	1,63	0,39	0,88	0,40
BSD	0,16	0,16	0,11	0,18	0,23
GENTE	0,20	0,23	0,14	0,19	0,06

Quelle: Die Tabelle wurde vom Verfasser auf der Grundlage der offiziellen Angaben des Nationalen Wahlgerichtshofs (CNE) erstellt (Protokoll der Nationalen Stimmenausrählung der allgemeinen Wahlen und Referenden 2009).

1.3. Die Wahl der originären Abgeordneten

77 der 130 Abgeordneten sind uninominale Abgeordnete. Von ihnen sind sieben originäre Vertreter der Besonderen Eigenständigen Indigenen Bauerngebiete (*Circunscripciones Especiales Indígena Originario Campesinas – IOC*). Und genau dort kam es zu einer Überraschung. Sechs der Originären Abgeordneten sind von der MAS und einer vom PPB. Letzterer wurde im Departement Pando gewählt (siehe Tabelle 3). Die Partei der Oligarchie hat einen Indigenen als Parlamentarier. Was für eine Überraschung!

Dieses Ergebnis in Pando, wo die originären Bewohner ihren Repräsentanten aus den Reihen der Oppositionspartei wählten, bringt die ganze politische Logik durcheinander. Die geringe Anzahl von nur sieben Parlamentariern – nicht 18 oder 14, wie es die indigenen Organisationen gefordert hatten – ist aber gerade dem Druck der Opposition geschuldet. Die MAS hatte nachgegeben, um den Wahlprozess in Gang zu bringen, was sie aber fast den Bruch mit ihren Basisgruppen gekostet hätte. »Das Massaker von El

Tabelle 3: *Parlamentarier nach politischen Parteien*

	Beni	Chuqui- saca	Cocha- bamba	La Paz	Oruro	Pando	Potosi	Santa Cruz	Tarija	insgesamt
MIAS										
Senatoren	2	3	3	4	4	2	4	2	2	26
Plurinominale Abgeordnete	2	3	5	9	2	1	6	3	2	33
Uninominale Abgeordnete	2	4	9	16	6	1	7	7	3	55
Abgeordnete insgesamt	4	7	14	25	8	2	13	10	5	88
PPB										
Senatoren	2	1	1	-	-	2	-	2	2	10
Plurinominale Abgeordnete	1	2	3	2	1	-	-	7	1	17
Uninominale Abgeordnete	4	2	2	-	-	3	-	7	2	20
Abgeordnete insgesamt	5	4	5	2	1	3	-	14	3	37
UN										
Plurinominale Abgeordnete	-	-	-	2	-	-	-	1	-	3
Uninominale Abgeordnete	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgeordnete insgesamt	-	-	-	2	-	-	-	1	-	3
AS										
Plurinominale Abgeordnete	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Uninominale Abgeordnete	-	-	-	-	-	-	1	-	1	2
Abgeordnete insgesamt	-	-	-	-	-	-	1	-	1	2
<i>Sonderwahlbezirke</i>										
MIAS	1	-	1	1	1	-	-	1	1	6
PPB	-	-	-	-	-	1	-	-	-	1

*Cochabamba.

Quelle: Die Tabelle wurde vom Verfasser auf der Grundlage der offiziellen Angaben des Nationalen Wahlgerichtshofs (CNE) erstellt (Protokoll der Nationalen Stimmenausrählung der allgemeinen Wahlen und Referenden 2009).

Porvenir«, bei dem indigene Bauern ums Leben kamen, geschah in Pando. Allein diese beiden Tatsachen sollten reichen, um uns zu fragen, wieso es zu diesem Ergebnis kam. Die politische und Parteienlogik ist den originären und indigenen Einwohnern fremd. Schon die Wahl der Quechua-Frau Sabina Cuellar in Sucre zeigte diese Verhaltensweise teilweise auf. Andererseits ist es ebenfalls eine Tatsache, dass die Opposition das indigene Thema demagogisch abhandelt und handhabt. Mehr noch, sie wollte es regionalisieren und so die Amazonasbewohner gegen die Andenbewohner in Stellung bringen, sie gegeneinander ausspielen.

Unter diesen sieben indigenen Vertretern gibt es keinen Aymara oder Quechua, denn sie wurden implizit als Mehrheiten angesehen. Aus diesem Grunde wurden weder in Potosí noch in Chuquisaca, wo die Bevölkerung mehrheitlich quechuastämmig ist, Sonderwahlbezirke für originäre Einwohner eingerichtet. In La Paz, wo die Mehrheit zu den Aymara gehört, ist der Sonderwahlbezirk der Existenz von Afrobolivianern, Moseten, Leco, Kallawayá, Takana und Araona⁶ geschuldet. In der Auflistung der indigenen Nationen und Völker der Übergangswahlordnung erscheinen nur die Minderheiten.

1.4. Eigenständige Indigene Bauernautonomie (AIOC)

Wenn es etwas Neues bei den Wahlen des besagten Datums gibt, dann ist es genau diese Selbstbestimmung der Indigenen auf der Grundlage und dank der beschlossenen Neuen Politischen Plurinationalen Verfassung Boliviens. Die so sehr herbeigesehnte Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit fand – zum Teil – in der Durchführung der Referenden über die AIOC ihren Ausdruck.

Der Weg, um zu diesem Ziel zu gelangen, war – wie aus den bisher vorliegenden Informationen hervorgeht – verschlungen. Die ständigen Kämpfe der indigenen Einwohner führten schließlich zur Errichtung eines komplizierten Gesetzessystems: Gesetz Nr. 1101 über die Menschenrechte der indigenen Völker (30.10.2007)⁷, die Neue Charta Magna (25.01.2009)⁸, die Übergangs-

6 <http://www.cne.org.bo/> (Abruf 12.02.2010).

7 Das Gesetz beinhaltet die auf der am 13. September 2007 in New York abgehaltenen 62. Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen (UNO) angenommenen 46 Artikel der Erklärung der Vereinten Nationen über die Menschenrechte der indigenen Völker. Mehr Informationen auf: http://www.amigo-latino.de/indigenas/derecho_indigena_01.pdf (Abruf 12.02.2010).

8 Art. 289ff. der Neuen Politischen Verfassung des Plurinationalen Staates.

wahlordnung (14.04.2009)⁹ und das Oberste Dekret 231 (02.08.2009)¹⁰. Durch einen einzigen Präsidentialakt des indigenen Präsidenten Evo Morales errangen sie die oben erwähnten gesetzlichen Grundlagen ihrer Autonomie. Das ist eine Errungenschaft beispiellosen historischen Ausmaßes.

Mit diesem Gesetzspaket auf dem Rücken machten sich die indigenen Einwohner Boliviens auf die Suche nach ihrer AIOC. Dem Jesuiten Javier Albó¹¹ zufolge hätten potenziell ungefähr 226 Munizipien¹² mit mehrheitlich originärer Bevölkerung einen Antrag auf ein AIOC-Referendum stellen können. Gerade einmal 19 taten es. Der Nationale Wahlgerichtshof, in diesem Fall mit Zustimmung der Departementsgerichte, bestätigte aber nur Anträge von lediglich 12 Munizipien.¹³ Albó wies auf die Schwierigkeiten hin, auf die die Indigenen stießen: Innerhalb von 15 Tagen sollten sie Unterschriften von 10 Prozent ihrer eingeschriebenen Wahlberechtigten sammeln. Die Zeit dafür war sehr kurz bemessen, zudem sollten sie eine von zwei Dritteln des Stadtrates bestätigte Kommunalverordnung vorweisen, also etwas, das von Interessen anderer gesellschaftlicher Kreise des Munizipiums abhing. Letzteres, vor allem im Falle der indigenen Völker im Osten, hat viel mit den Interessen der Großgrundbesitzer zu tun. Diese Latifundienbarone haben auf die eine oder andere Art die Munizipien in der Hand und beherrschen die Departementsräte, weshalb man sich leicht vorstellen kann, dass sie die Autonomiebestrebungen der Indigenen torpedierten. Deshalb überrascht es nicht, dass von drei Munizipien (Gutiérrez, Lagunillas und Charagua), die einen Antrag stellten, nur Charagua sein Ziel erreichte. Im Falle von Gutiérrez war es der Bürgermeister, Alfonso Álvarez Ávila, der die Kommunalverordnung bezüglich der Einberufung eines Referendums vor dem Wahlgerichtshof von Santa Cruz¹⁴ anfocht.

Nachdem die politischen und verwaltungstechnischen Klippen umschiffert waren, ließ am Tag der Befragung das Ergebnis ein gespaltenes Gefühl bei den Indigenen aufkommen. Sie freuten sich zwar, dass es 11 Munizipien ge-

9 Kapitel VII, Dritte Endfassung des Gesetzes Nr. 4021.

10 Oberstes Dekret 231 vom 02. August 2009, es regelt die Dritte Endfassung des Gesetzes Nr. 4021 vom 14. April 2009, Übergangswahlordnung, in der die Voraussetzungen und die Verfahrensweisen für die Einberufung und Durchführung des am 6. Dezember 2009 durchzuführenden kommunalen Konsultationsreferendums für die Annahme der Form der Eigenständigen Indigenen Bauernautonomien festgelegt sind. (Vgl. auch: www.abi.bo)

11 http://cipca.org.bo/index.php?option=com_content&task=view&id=1588&Itemid=1 (Abruf 10.11.2009).

12 Landkreise.

13 Die nicht bestätigten Munizipien sind: Turco, Santiago de Andamarca, Corque und San Pedro de Condo (Oruro); Gutiérrez, Lagunillas (Santa Cruz) und Inquisivi (La Paz)

14 http://www.laprensa.com.bo/noticias/16-10-09/noticias.php?nota=16_10_09_poli4.php (Abruf 10.02.2010).

schaft hatten, sich mit der Zustimmung zur AIOC durchzusetzen. Mit 92 Prozent Ja-Stimmen trug Chipaya die Siegespalme davon. Aber überrascht und sauer waren sie, weil das Munizipium Curhauara de Carangas im Departement Oruro sich für das »Nein« entschieden hatte. Was war geschehen? Schon die Kosten der Referenden waren problematisch¹⁵, und nun dieses Ergebnis. Es bleibt ein Rätsel, bei dessen Lösung viel Tinte vergossen werden würde, um den Grund bzw. die Stimmung für dieses Wahlverhalten herauszufinden. Wenn das Munizipium im Osten Boliviens läge, hätte das Ergebnis leicht mit dem Art und Weise erklärt werden können, wie die Oligarchen die Sache handhabten. So einfach ist Politik aber nicht. Das genannte Munizipium liegt inmitten einer Aymara-Bevölkerung an der Grenze zu Chile. Derzeit müssen wir uns mit der Information begnügen, dass »mehr als 500 Migrationsstaatsbürger, die in Chile leben, die Grenze überschritten hatten, um ihre Stimme abzugeben.«¹⁶ Natürlich kann diese Anzahl einen Einfluss auf die 2.342 abgegebenen Stimmen gehabt haben. Aber warum stimmten sie mit »Nein«? Bei anderer Gelegenheit werden wir diesen Umstand erklären.

1.5. Departementautonomie und Region

Fünf Departements und eine Region waren Schauplatz von Autonomiereferenden. Am 2. Juli 2006 wurde das Volk Boliviens befragt, ob es autonome Gebiete wünscht. Die fünf Departements, die jetzt in den Autonomien aufgehen, hatten sie damals abgelehnt. Das war eine politische Entscheidung der MAS. Damals wie heute argumentiert Evo Morales, dass die Oligarchie sich an die Spitze der Autonomiebestrebungen stellte, weil sie nach Unabhängigkeit strebte, was im Grunde genommen eine Loslösung von Bolivien bedeuten würde. Die Oligarchie gewann damals in vier Departements: Tarija, Pando, Santa Cruz und Beni. Nach der Annahme der neuen Verfassung konnten sie den nächstfolgenden Schritt machen. Aber sie preschten vor. Am 4. Mai 2008 riefen die Präfekturen und Bürgerkomitees dieser Departements zu illegalen Referenden über die Annahme ihrer Autonomiestatuten auf. Sie erzielten überwältigende Ergebnisse, aber die Abstimmungen waren nicht durch die geltenden Gesetze gedeckt. Die Regierung wies sie ganz entschieden zurück. Da nun die neue Magna Charta angenommen war, in der die

15 Laut Erbol beliefen sich die Kosten, die von den Munizipien aufzubringen waren, auf ca. 27.000 €. Vgl.: Referendos por autonomía indígena municipal costarán más de Bs217 mil. <http://www.erbol.com.bo/noticia.php?identificador=2147483920970> (Abruf 10.02.2010).

16 http://www.constituyentesoberana.org/3/noticias/autonomias/122009/091209_1.html (Abruf 10.02.2009).

Tabelle 4: Ergebnisse indigener Autonomiereferenden

Departments/Munizipien	Autonomie akzeptiert	Zustimmung in Prozent
<i>Department La Paz</i>		
Charazani	Ja	86 %
Jesús de Machaca	Ja	56 %
<i>Department Santa Cruz</i>		
Charagua	Ja	55 %
<i>Department Oruro</i>		
Chipaya	Ja	92 %
San Pedro de Totora	Ja	74 %
Pampa Aullagas	Ja	84 %
Salinas de García Mendoza	Ja	75 %
Curahuara de Carangas	Nein	45 %
<i>Department Potosi</i>		
Chayanta	Ja	60 %
<i>Department Chuquisa</i>		
Huacaya	Ja	54 %
Tarabuco	Ja	90 %
Villa Mojocoya	Ja	88 %
Quelle: Die Tabelle wurde vom Verfasser auf der Grundlage der offiziellen Angaben des Nationalen Wahlgerichtshofs (CNE) erstellt (Protokoll der Nationalen Stimmenausrählung der allgemeinen Wahlen und Referenden 2009).		

Autonomierechte geregelt werden, drängte die Regierung die Opposition wiederholt dazu, in einen Dialog einzutreten, um die Autonomien mit Leben zu erfüllen. Die Antwort war ein kategorisches »Nein«. Jetzt, da die neun Departements und die Region El Chaco sich entschlossen haben, einen autonomen Status anzunehmen, verrät das beredte Schweigen der zuvor so streitbaren Verteidiger der Autonomie, dass Evo Morales recht hatte.

Tabelle 5: Regionale und Departementautonomien

	Ja	Nein
Beni	73,8*	26,1*
Chuquisaca	84,63	15,37
Cochabamba	80,34	19,66
La Paz	78,42	21,58
Oruro	75,69	24,31
Pando	57,6*	42,3*
Potosi	81,0	18,35
Santa Cruz	71,1*	28,8*
Tarija	60,7*	39,2*
Region Chaco	80,4	19,55

Quelle: Die Tabelle wurde vom Verfasser auf der Grundlage der offiziellen Angaben des Nationalen Wahlgerichtshofs (CNE) erstellt (Protokoll der Nationalen Stimmenausrählung der allgemeinen Wahlen und Referenden 2009).

* Die Zahlen beziehen sich auf frühere abgehaltene Referenden. (http://www.la-razon.com/versiones/20091207_006934/nota_249_920691.htm). Die anderen Zahlen zeigen Ergebnisse vom 06.12.2009

2. Letztes Aufbäumen der bolivianischen Rechten?

Sehr wahrscheinlich ist es das letzte Auftreten der extremistische, rückschrittliche und rassistische Züge aufweisenden bolivianischen Rechten auf der politischen Bühne Boliviens. Reyes Villa als Präsidentschaftskandidat und Leopoldo Fernández als Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten waren die Prototypen dieser Rechten. Beide waren an den Militärdiktaturen beteiligt: Fernández war Minister unter dem Diktator Banzer Suárez, und Villa, ein ehemaliger Armeehauptmann, war Leibwächter von Luís García Meza.

Dem historisch belegten Bild als Antidemokraten widersprechend, das sicherlich in den politischen Kreisen Boliviens gut bekannt war, gaben sich diese Protagonisten der Rechten kurioserweise den Anschein, Opfer des »totalitären Projekts« der MAS zu sein. In der Tat wurde Leopoldo Fernández, damals Präfekt des Departements Pando, am 16. September 2008 nach dem »Massaker von El Porvenir« in Pando, bei dem 18 Bauern ums Leben kamen, in Untersuchungshaft genommen. Zum Zeitpunkt seiner Registrierung als Kandidat gab es weder eine Anklageschrift noch ein Urteil. Erst Mitte Oktober 2009, als der Wahlprozess voll im Gange war, erhob die Staatsanwalt-

schaft formell Anklage.¹⁷ Diese anormale Situation nutzte er aus, um sich in eine Opferrolle zu begeben. Der Analytiker Torrico Gumucio hatte recht, als er darauf hinwies, dass die Wahlkampfstrategie dieser Rechten darin bestand, sich als Opfer auszugeben.¹⁸ Richtig wäre gewesen, die bolivianische Justiz zu entlarven, aber das war nicht ihre Absicht. Ganz im Gegenteil, die Regierung sollte als Prototyp der Ungerechtigkeit dastehen. Fernández, der »politische Häftling«, war das perfekte medienwirksame Aushängeschild. Aber wer sollte dieses »politische Produkt« kaufen? In Bolivien war allgemein bekannt, dass der damalige Präfekt in das »Massaker von El Porvenir« verwickelt war, also in etwas, das die Justiz aufklären sollte. Die Botschaft vom »politischen Häftling« war demnach gar nicht so sehr an die bolivianische Bevölkerung gerichtet. Es war Reyes Villa, der uns enthüllte: »Die ganze Welt soll wissen, dass es in diesem Land keine Gerechtigkeit gibt, er ist ungerechtfertigt inhaftiert, das Volk weiß von dieser Situation.«¹⁹ Die Welt? Ja, die Opferrollenstrategie war auch an die Welt gerichtet. Das positive internationale Bild der indigenen Regierung sollte beschädigt werden. Dieses Kalkül der Herabwürdigung verweist auf Spuren, die zu Beratern aus dem Norden führen.

Einige Zeilen weiter oben haben wir unter Bezugnahme auf die Zielsetzung dieser Strategie schon etwas dazu ausgeführt. D. h., diese Strategie wurde mit derselben Zielsetzung in Bolivien verfolgt. Die skrupellose Aufmerksamkeit, die die Massenmedien dem angeblichen »politischen Häftling« zuteil werden ließen, führt uns zu der Schlussfolgerung, dass man in diesem Land den größtmöglichen Medienrummel veranstalten wollte. In diesem Spiel war die Rolle der Machtinstanzen, auf die man Einfluss hatte, gut eingeplant. In der Tat gab es eine Art Pakt zwischen der Verzögerungstaktik der Justiz, dem Wohlwollen des Nationalen Wahlgerichtshofes (CNE)²⁰ und dem konzertierten Medienrummel um die Forderung nach Meinungsfreiheit für einen Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten.

All diese Bemühungen waren umsonst. Das Wahlbarometer, d. h. die Umfragen, wich nicht von dem Stand ab, den es im ersten Monat des Wahlkampfes angezeigt hatte. Aber in der PPB wusste man von Beginn des Wahlprozesses an, dass die Wahlaussichten äußerst schlecht waren. Hier nun ergibt

17 http://www.laprensa.com.bo/noticias/21-10-09/noticias.php?nota=21_10_09_poli2.php
(Abruf 21.10.2009).

18 <http://evolucion-bolivia.blogspot.com/2009/11/bolivia-la-estrategia-de-la-derecha.html>
(Abruf 07.02.2010).

19 http://www.laprensa.com.bo/noticias/01-09-09/noticias.php?nota=01_09_09_poli2.php
(Abruf 10.02.2010).

20 Tani Tani: http://www.amigo-latino.de/indigena/noticias/newsletter_4/267_elector_ru.html
(Abruf 10.02.2010).

sich unausweichlich die Frage, welches Ziel sie verfolgten. Wollten sie wirklich einen zweiten Wahlgang herbeiführen, in dem sich dann die Waage zu ihrem Gunsten neigen würde, wie sie ankündigten? Doch ihre politischen Schritte offenbarten eine andere Strategie. Sehen wir uns dieses politische Vorgehen näher an.

Einmal mehr wurde deutlich, dass die Rechten nicht einmal in ihrem eigenen Block Demokratie praktiziert. Es setzten sich die Stärksten und Cleversten durch. Diese Geschichte können uns sicherlich der Indigene Víctor Hugo Cárdenas, der in den 1990er Jahren als Vizepräsident an der Seite von Gonzalo Sánchez de Lozada stand, und auch der ehemalige Senatspräsident Oscar Ortiz Antelo in all ihren Einzelheiten erzählen. Die so sehr angestrebte »Einheitsfront« der Rechten wurde von den ehemaligen Präfekten zunichte gemacht, bevor sie das Licht der Welt erblickte, und das vor den Augen derjenigen, die sie schmieden wollten. Jimena Costa, die von Leopoldo Fernández aus dem Gefängnis heraus vorgeschlagene Politologin und Analytikerin, war die erste, die absprang. Cárdenas, den man mit dem Scherz in den April schickte, er könne der Kandidat sein, zog sich sehr verärgert zurück. Ortiz, von dem erzählt wird, er gehöre der Loge der »Caballeros del Oriente« (Ritter des Ostens) an²¹, schloss sich der UN an. Germán Antelo, Mitglied der MNR, der Gerüchten zufolge der Loge »Los Tobarichi«²² angehört, wurde Parteigänger von Reyes Villa.

Nach der Wahlniederlage suchten die Protagonisten einen Sündenbock. Reyes Villa schätzte unter Bezugnahme auf seinen nächsten Mitbewerber Doria Medina ein, dass es eine »Zersplitterung der Stimmen« gegeben habe. Der Indigene Cárdenas ist wie viele Kommentatoren aus dem rechten Lager der Meinung, dass das getrennte Auftreten von PPB und UN »zum Sieg der MAS beigetragen« habe.²³ Und der Analytiker Carlos Toranzo fragte die Rechten, »warum sie nicht gemeinsam gehandelt und sich nicht zusammengeschlossen habe«. Das war ein Seitenhieb gegen Medina, den »Betonmann«, der so genannt wird, weil er Besitzer eines Zementwerkes ist. Ganz zufällig vergaß man eine durchgeführte Meinungsumfrage, bei der potentielle UN-Wähler angaben, im Fall einer Nichtbeteiligung der UN nicht automatisch für Reyes Villa zu stimmen. Einige meinten sogar, dass sie dann auf die Seite der MAS wechseln würden. In der Politik münden Addition und Subtraktion nicht immer in ein eindeutiges arithmetisches Ergebnis. Die beschworene Polarisierung der bolivianischen Gesellschaft existierte in Wirklichkeit nicht.

21 Vgl.: <http://bolivia.indymedia.org/node/46145> (Abruf 07.02.2010).

22 Vgl.: Ebenda.

23 http://www.la-razon.com/versiones/20091207_006934/nota_249_920693.htm (Abruf 07.12.2009).

Sie existierte lediglich in den Köpfen der Politiker. Die aus dem rechten Lager gesellten sich zum extremen Flügel, aber die Mehrheit der Bevölkerung hatte begriffen, dass sie nicht mehr in die Vergangenheit zurückkehren wollte, und sah die bessere Alternative in der MAS mit einem Indigenen an der Spitze.

In der Tat befand sich der harte Kern der bürgerlichen Opposition aus Oligarchen und Präfekten nach Überschreiten der demokratischen Grenzen bereits in Auflösung. Da blitzte der fehlgeschlagene »zivilgesellschaftliche Staatsstreich der Präfekten« vom September 2008 auf. Später wurden sie bei terroristischen Abenteuern überrascht. Am 16. April 2009 wurde die von dem Terroristen Eduardo Rózsa angeführte subversive Truppe unschädlich gemacht. Diese beiden politischen Ereignisse bedeuteten in der Tat das Scheitern des politischen Abspaltungsvorhabens. Aus diesem Grunde war es absurd, diesen terroristischen Vorfall als Strategie gegen die Regierung zu benutzen.

Die Rechte trat in der Tat bei den Wahlen mit einem Projekt an, das bereits ein Scherbenhaufen war. Dieses Projekt wurde unter der Maske der »Media luna«²⁴ dargeboten, aber dahinter versteckte sich die Abspaltung. Man sollte sich in Erinnerung rufen, dass es der Opposition bei den Präsidentschafts- und Präfektenwahlen 2005 gelang, sechs Präfekturen zu erringen. Die Quechua-Frau Sabina Cuellar, eine Befürworterin des »Halbmonds«, siegte bei der Präfektenwahl in Chuquisaca am 29. Juni 2008. Die Herrschaft über sieben Departements dauerte gerade einmal 42 Tage. Beim Abwahlreferendum am 10.08.2008 wurden nur fünf Präfekten im Amt bestätigt. Zu diesem Zeitpunkt schätzten die Verantwortlichen des Projekts ein, dass die Verwirklichung desselben gefährdet war. Und so beschlossen sie, zur Umsetzung der Ergebnisse der in den Departements des »Halbmonds« verfassungswidrig durchgeführten Autonomiereferenden überzugehen. Im September des Jahres starteten sie den »zivilgesellschaftlichen Staatsstreich der Präfekten« und besetzten staatliche Einrichtungen. Der »Putsch« endete mit dem »Massaker von El Porvenir« am 11. September 2008, mit der Ausweisung des USA-Botschafters Goldberg und der Festnahme des Präfekten von Pando. Der »Halbmond« blieb auf vier Departements beschränkt (Santa Cruz, Tarija, Beni und Chuquisaca). Die Volksabstimmung über die Begrenzung von Landbesitz und die Verfassung vom 25. Januar 2009 bekräftigte diese Situation: Das »Nein« setzte sich gerade mal in vier Departements durch. Die subversiven Aktivitäten der Gruppe um Eduardo Rózsa waren die letzten Versuche derer, die die Abspaltung betrieben.

24 Deutsch: Halbmond. Bezeichnung für die Departements des östlichen Tieflands (Pando, Beni, Santa Cruz und Tarija)

Letztendlich verloren die prominenten Anführer des »Halbmonds« nach dem langsamen Dahinscheiden des Projekts ihre Legitimation gegenüber der breiten Masse ihrer Gefolgsleute. Einige wurden sogar »arbeitslos«. Deshalb überrascht es nicht, dass Marinkovic, ehemaliger Vorsitzender des Bürgerkomitees von Santa Cruz, Bolivien bereits am 26. Juni 2009²⁵ verließ, d. h. lange bevor die Kandidatenlisten vorgelegt wurden. Selbst Reyes Villa scheint den Wahlkampf bereits mit für die Flucht gepackten Koffern aufgenommen zu haben. Es wurde bekannt, dass er sich schon lange vor Beginn des Wahlkampfes seiner Immobilien in Cochabamba entledigt hatte. In den letzten Tagen vor dem 6. Dezember dementierte er wiederholt öffentlich, dass er die Absicht hätte, sich in die USA abzusetzen. Nach neun Tagen, d. h. am 15. Dezember 2009, war er bereits dort eingetroffen.

Wenn sich die oligarchische Rechte bereits im Zerfallsprozess befand, als es an die Wahlen ging, konnte nicht erwartet werden, dass sie mehr Engagement als unbedingt nötig aufbringen würde, um ihre politischen Kräfte in den Resten des so genannten »Halbmonds« weitest möglich zu erhalten. Es scheint, als hätten sie ihre Überlegungen schon mehr auf die Gouverneurswahlen am 04. April 2010 als auf die Präsidentschaftswahlen 2009 gerichtet. Desweiteren kann nicht ausgeschlossen werden, dass globale Pläne wie eine Intervention in Bolivien von außen existieren.

3. Die Strategien der Siegerpartei MAS

Die strategischen Fehler des Konkurrenten, in diesem Fall der oligarchischen Rechten, erklären nur zum Teil die Ursachen für den Wahlsieg der MAS. Die günstigen Umstände galten auch für Loaysa von GENTE, Véliz von PULSO und sogar für Joaquino von der AS. Jedoch erzielten diese »Taxi-Parteien« – so nennt man in Bolivien die Parteien, deren Mitglieder zusammen in ein Taxi passen – niederschmetternde Ergebnisse. So schnell wie sie auftauchten, so schnell verschwanden sie wieder.

Zudem muss darüber gesprochen werden, warum die MAS schon zum Auftakt des Wahlprozesses bei der originären Bevölkerung Boliviens einen Popularitätsvorsprung genoss. Das Anwachsen dieses Wahlphänomens seit 2002 kann folgendermaßen zusammengefasst werden: Die MAS und Evo katalysierten aufs Beste die soziale, wirtschaftliche und rassistische Ausgrenzung der traditionalistischen Politiker Boliviens. Während der gesamten

25 <http://www.bolpress.com/art.php?Cod=2010020303&PHPSESSID=19e7258d3dc6bc0b1bf0b0f3778d759b> (Abruf 08.02.2010).

Wahlperiode 2009 wurde diese Rolle unter besten Bedingungen aufrechterhalten. Es gab keinen besseren Gegenentwurf.

Deshalb ist es gut zu wissen, warum die MAS nicht nur ihren Triumph vom 18. Dezember 2005 wiederholte, sondern ihn noch übertraf. Worauf ist dieser Zuwachs zurückzuführen? Es gibt also weitere Gründe, die erklären, worauf dieser durchschlagende Erfolg von Evos Partei beruht.

Allein schon die Tatsache, sich beim Wahlgerichtshof unter dem Namen »Allianz für die Neugründung Boliviens« (*Alianza para la Refundación de Bolivia – MAS-IPSP*) eingetragen zu haben, lässt ihre Strategie erkennen. Und nicht nur das. Bei den Wahlen in den letzten Jahren machte diese Partei anderen Bündnissen²⁶ den Garaus. Die MAS selber stellt ein Konstrukt dieser Politikform dar. Niemand zweifelte daran, dass sie ihren traditionellen Kurs weiter verfolgen würde. Aber wir wurden von der Elastizität überrascht, mit der die Partei des Indigenen Bündnispolitik betrieb. Diese Elastizität nahm geographische Dimensionen an und dehnte sich bei der Wahl selbst auf Räume der Konkurrenten aus.

Entscheidend für den bedeutsamen Durchbruch bei der Gewinnung von Anhängern (geographische Dimension) war die Hinwendung zum Osten Boliviens. Die Presse bestätigte die Anwesenheit prominenter Regierungspolitiker im bolivianischen Osten: Präsidentschaftsminister Quintana in Pando, Verteidigungsminister San Miguel in Beni und Tarija, Vizepräsident Linera in Santa Cruz. Und Evo als Präsident reiste durch das ganze Land. Führende Funktionäre von Massenorganisationen, die zugleich Mitglieder der MAS sind, traten ebenfalls im Departement Santa Cruz auf, wo – nach La Paz – der größte Teil der bolivianischen Bevölkerung konzentriert ist.

Abgesehen von der Anwesenheit der Regierungsbeauftragten mit ihrer Arbeitsgruppe in Santa Cruz hatte es bis zum Beginn des Wahlprozesses dort keine öffentlich bekannten Aktivitäten gegeben. Bekanntlich widerstanden die gesellschaftlichen Organisationen des »Plans 3.000« – eine Art Zitadelle innerhalb der Stadt mit 240.000 aus dem Westen des Landes stammenden Personen – ganz allein den Angriffen der politischen und Bürgerorganisationen der Oligarchie. Nicht eine Spur Unterstützung von Seiten der MAS oder von Evo Morales, berichten Politiker und Journalisten, die dieser Zitadelle einen Besuch abstatteten. Es gab auch realistische Politiker, die vor dem gewaltigen Wirtschafts- und Medienapparat der Präfektur und des Bürgerkomitees nicht auf die Knie gingen. »Santa Cruz Somos Todos« (Wir alle sind

26 Pablo Stefano zieht es vor, für diese Politikform den Begriff »pactos corporativos« (korporative Pakte) zu verwenden. Vgl.: *Le Monde Diplomatique*. Bolivianische Ausgabe. Año 2, número 21 nueva época-diciembre 2009. S. 3. Wir sind der Auffassung, dass es authentischer ist, von den Begriffen auszugehen, die die Autoren selber verwendeten.

Santa Cruz) war die repräsentativste Organisation. Ihre Mitglieder gehören der Mittel- und Oberschicht der Stadt an. Aus dieser Organisation stammt die gegenwärtige Abgeordnete Betty Asunta Tejada Soruco. Dasselbe trifft auf den Kandidaten für das Gouverneursamt von Santa Cruz, Jerjes Justiniano Talavera, zu. Aber der regionale Widerstand dieser politischen Kräfte, die keinerlei Hilfe von außen erhielten, konnte nicht im Geringsten den wirtschaftlichen und politischen Einfluss der politischen Kräfte aufwiegen, die die Opposition landesweit und seitens der Präfektur auf regionaler Ebene ausübte. Es vergingen wertvolle vier Jahre, bis begriffen wurde, dass eine in den Regionen erfolgreiche Strategie in diesen selbst erarbeitet werden muss. In der Tat litt die MAS unter einer zentralistischen Blindheit, und sie vernachlässigte den politischen Hinterhof eben dieser Oligarchie. Schließlich wurde das begriffen, und die Regierung erkannte die unleugbare und dringliche Bedeutung der geographischen Dezentralisierung ihrer politischen Arbeit.

Die rechtzeitige und zweckmäßige Öffnung hin zur Gruppe »Wir alle sind Santa Cruz« offenbarte eine weitere Strategie in der politischen Arbeit der MAS. Man hatte aus der Praxis gelernt, dass es nötig ist, Bündnisse mit politischen Kräften und Persönlichkeiten zu schmieden, die nicht mit der Opposition einverstanden waren, die aber auch kritische Positionen gegenüber der Regierungspolitik vertraten. Wir beziehen uns dabei auf die praktische Lehre, weil theoretische Ansätze durchaus vorlagen. Felix Patzi, ein hochrangiges Führungsmitglied der MAS, hatte schon einige Zeit zuvor postuliert, dass man operativ »Bereiche aus anderen Systemen, selbst wenn diese im Widerspruch zum eigenen System stehen« an das eigene politische System ankoppeln könne.²⁷ Aber die politische Praxis war weit entfernt von seinen politischen Lehrsätzen. Bis zur Wahlkampagne waren die Regierungsanhänger mit der eigenen Nabelschau beschäftigt, und jegliche Kritik, egal woher sie kam, wurde sofort zurückgewiesen. Der Übergang von einer engstirnigen Schwarz-Weiß-Politik zu einer differenzierteren öffnete Türen zu Teilen der Mittel- und Oberschicht mit realistischen Ansichten. Die gegenwärtige Senatorin Ana Maria Romero aus La Paz, Carlos Navia aus Beni und Edwin Ribero aus Tarija traten als Verbündete der MAS-Partei in Erscheinung²⁸. Allerdings waren verschiedene Kräfte innerhalb der MAS beunruhigt und unzufrieden mit dieser Vorgehensweise.

Aber die MAS-Führung ging mit ihrer elastischen Bündnispolitik bis zum Äußersten. Von einem Tag zum anderen betrat sie die öffentliche Arena

27 Felix Patzi Paco: Sistema Comunal Una Propuesta Alternativa al Sistema Liberal. La Paz 2004. S. 166.

28 http://www.laprensa.com.bo/noticias/05-09-09/noticias.php?nota=05_09_09_poli4.php (Abruf 05.09.2009).

zusammen mit prominenten Vertretern der ehemaligen *Unión Juvenil Cruceñista* (Jugendverband Santa Cruz). Diese, bekannt als Schlägertypen, die die »Indios« verprügelt, mit Fußtritten misshandelt und erniedrigt hatten, waren plötzlich sogar in den Medien der Oligarchie zusammen mit ihren ehemaligen Opfern und MAS-Funktionären mit in Siegerpose emporgerecteten Armen zu sehen. Täter und Opfer gemeinsam zu erblicken, war eine Mediensensation. Früher verfeindet, jetzt verbrüderet; das erscheint unglaublich und paradox. Dieses Mal protestierten die Beunruhigten und Unzufriedenen heftig. Sie warfen sich wie »bockige Kinder« auf den Boden. Evo hielt ihnen entgegen, dass man Stimmen brauche, um die Wahlen zu gewinnen.

Es sei daran erinnert, dass die MAS diese in die breite Öffentlichkeit getragene Bündnispolitik in verstärktem Maße betrieb, nachdem bekannt wurde, dass die Umfragen der Partei nur geringe Chancen einräumten. Sie gingen nicht über 28 Prozent hinaus.²⁹ Die Regierungsanhänger stellten fest, dass das anfängliche Bündnis mit der Gruppierung »Wir alle sind Santa Cruz« nicht ausreichte. Aber wie konnte in Santa Cruz der stagnierende politische Einfluss der MAS wieder ausgeweitet werden, um mehr als 50 Prozent der Stimmen zu erreichen? Man musste in die Öffentlichkeit kommen, indem die Reihen der Konkurrenten aufgebrochen wurden. Vom Medienstandpunkt aus gesehen war das ein genialer politischer Schachzug. Es war eine Politshow, an der die Moral der oligarchischen Opposition zerbrach. In ihren Reihen breitete sich Panik aus. Die Oligarchen und ihre Gefolgsleute wachten mit Albträumen auf. Die Anführer der indigenen Massen erschienen als die »personifizierte Versöhnung«. Immer hatte man ihnen vorgehalten, sie seien Revanchisten, jetzt zeigten sie, dass sie das nicht waren. Viele Wähler in Santa Cruz überzeugte das. Die bis ans Äußerste gehende Bereitschaft zu Bündnissen trug dazu bei, mehr Wähler an sich zu ziehen, obwohl es insgesamt noch nicht für einen Sieg reichte. Denselben Effekt hatten die Zusammenkünfte Lineras mit den Unternehmern aus Santa Cruz. In der Praxis wurde durch die Bündnispolitik auch das Feindbild zerstört, das die Oligarchie von der MAS als angeblichem Feind aller Nicht-Hochland-Bewohner gemalt hatte. Aber es gab auch eine andere Seite der Medaille: Die politischen Räume, die Parlamentssitze, stehen nicht unbegrenzt zur Verfügung. Die Indigenen aus dem Osten mussten ihre Politikräume wieder preisgeben.

Eine weitere Wahlstrategie der MAS war die Annäherung an die Arbeiterorganisationen in den Städten. Der Bolivianische Gewerkschaftsbund (*Central Obrera Boliviana* – COB), die Bergarbeitergewerkschaft (*Federación Sindical de Trabajadores Mineros de Bolivia* – FSTMB) und andere Dachor-

29 <http://www.laprensa.com.bo/noticias/05-10-09/index.php> (Abruf 05.10.2010).

ganisationen waren von der MAS in die Planung von Wahlbündnissen einbezogen worden. In diesem Rahmen war das in die Öffentlichkeit getragene Treffen mit Veteranen der Bergarbeiterbewegung wie Simón Reyes und Víctor López interessant. Und dieses Ereignis fand in Cochabamba statt, also dort, wohin sich der ehemalige Berater der MAS, Filemón Escobar, ebenfalls ehemaliger Bergarbeiterführer aus dem gleichen Lager, zurückgezogen hatte. Das waren Kampfgefährten der ruhmreichen Bergarbeitergewerkschaft und des Bolivianischen Gewerkschaftsbundes. Und wir sollten nicht vergessen, dass Escobar die Absicht hatte, sich um das Amt als Gouverneur dieses Departements zu bewerben. Als Berater von Joaquino von der AS war er in den Medien präsent; jedoch erzielte diese Partei im Departement Cochabamba gerade einmal 1,14 Prozent. Dieses Ergebnis stellte seinem politischen Rezept ein armseliges Zeugnis aus. Der auch von ihm geteilte und verteidigte interessante Vorschlag des »Prinzips der gegenseitigen Ergänzung von Gegensätzlichem«³⁰ scheint in der politischen Praxis nicht zu funktionieren, zumindest nicht bei Wahlprozessen, in die manchmal unberechenbare Faktoren hineinspielen. Aus theoretischen Analysen hervorgegangenes Gerede wie die angebliche »Verschlissenheit der MAS und von Evo«³¹ wurde von der politischen Praxis widerlegt.

Natürlich gab es auch Bündnisaktivitäten, die weder von der Presse noch von den Regierungsleuten öffentlich gemacht wurden. Das trifft auf die Linksparteien zu. Stillschweigend aber zuverlässig gaben die Parteien sozialistischer bzw. kommunistischer Färbung den Kandidaten der Bewegung zum Sozialismus breite Rückendeckung. Darüber hinaus ist die zufällige Namensgleichheit von Interesse. Nur wenige wissen, dass die MAS nicht als sozialistische Bewegung geboren wurde.³² Jedoch hat sie sich mit ihrer aufmerksamen Hinwendung zu den Bedürfnissen der von der vorangegangenen neoliberalen Politik ausgegrenzten Mehrheiten wirklich das Attribut »sozialistisch« verdient. Dabei spielten auch die engen Beziehungen der Regierung Evo Morales mit Hugo Chávez in Venezuela und Fidel Castro in Kuba eine nicht zu unterschätzende Rolle. Kehren wir aber zu den sozialistischen Strömungen in Bolivien zurück, um zu sehen, wie bei wenigen Gelegenheiten eine ganz eigene Front geschmiedet wird. Um damit zu beginnen: In der Antiimperialistischen Revolutionären Allianz (*Alianza Revolucionaria Antiimperialista* – ARA) sind die beiden kommunistischen Parteien vertreten, die sich Mitte der 1960er Jahre getrennt und sich bis aufs Messer bekämpft

30 Filemón Escobar: *De la Revolución al Pachakuti*. La Paz 2008. S. 13.

31 Ebenda. S. 304

32 Für weitere Informationen vgl.: Muruchi Poma: *Evo Morales Die Biografie*. Leipzig 2007. S. 112.

hatten. Auch verschiedene andere sozialistische Strömungen sind Teil dieser Front. Die MAS und diese Parteien befahren denselben Fluss, aber in verschiedenen Booten. Jetzt sind alle im selben Boot. Sie stehen zusammen in der Plurinationalen Gesetzgebenden Versammlung, in der Exekutive und an anderen Stellen politischer Entscheidungen. In diesem Sinne ist es durchaus korrekt, davon zu sprechen, dass es auch einen Mehrparteienstaat gibt. Und möglicherweise kommt diesem Umstand größeres Gewicht zu als seinem plurinationalen Charakter.

Diese Analyse wäre unvollständig, ohne den engen Verbündeten der MAS zu erwähnen, die »Bewegung Ohne Angst« (*Movimiento Sin Miedo* – MSM). Während die weiter oben angeführten Parteien sozialistischer Prägung im öffentlichen Leben Boliviens kaum sichtbar sind, hat die MSM, die sich mit linken Strömungen identifiziert, Gewicht und tritt stark in Erscheinung. Juan del Granado, ihr höchster Vertreter, war Bürgermeister, und zwar von keinem geringeren Ort als dem Regierungssitz La Paz. Ein anderer prominenter Vertreter dieser Partei, die in der Bewegung Freies Bolivien (*Movimiento Bolivia Libre* – MBL) ihren Ursprung hat und sich Ende der 1990er Jahre von dieser abgespalten hatte, war auch im Rathaus von Cochabamba präsent. In der Tat hatte die Partei des Indigenen Morales dank der MSM von Beginn an (2005) direkte Verbindung zur Mittel- und Oberschicht. Sie waren im selben Boot, einige Ministerien wurden von dieser Partei geleitet. Sie waren dort als Brüder, als »ñañas«, wie man in Bolivien zu sagen pflegt. Jedoch kam eine Neuauflage des »Bruder-Bündnisses« für die Wahlen 2009 per se nicht zustande.

Die Partei von Juan del Granado erwog anfänglich, allein in den Wahlkampf zu ziehen, darauf wiesen Meinungsäußerungen von prominenten Vertretern dieser Partei hin. Wer hätte besser als sie selbst die Unzufriedenheit der Mittelschicht messen können. Zwar waren sie die unerbittlichsten Verteidiger der ursprünglichen Bevölkerung und kämpften bis aufs Äußerste gegen die Neoliberalen. Aber angesichts der mangelhaften bzw. fehlenden Professionalität von Evo und den Führern der gesellschaftlichen Organisationen zeigten sie sich frustriert. Sie sahen, dass ihnen das politische Banner der Autonomien aus den Händen glitt. Die oligarchische Opposition ließ dieses an der Spitze ihrer Massenkundgebungen entfalten und wehen. Sie waren schockiert, als sie erfuhren, dass der ehemalige zweite Mann in der Geschichte der MAS, Santos Ramírez, in den größten Korruptionsskandal verwickelt war, der die Partei von Evo Morales erschütterte. Kurz und gut: Sie hatten ihre Gründe, alleine zu den Wahlen antreten zu wollen. Auf einem Parteitag wurde auch über diese Möglichkeit diskutiert. Aber die politische Rationalität des Moments setzte sich durch. Evo übte Druck aus und sprach davon,

vor einem historischen Augenblick zu stehen. Morales und Del Granado führten ein persönliches Gespräch und entschieden sich für eine Neuauflage des »Bruder-Bündnisses«. Aber allem Anschein nach galt das nur für den 6. Dezember 2009. Mit Blick auf den 04. April 2010 marschierten sie getrennt.

Natürlich spielten beim überwältigenden Triumph der MAS die unbestreitbare politische Figur des Indigenen Evo Morales und sein programmatischer Diskurs eine vorwärtstreibende Rolle. Der »Evismus« wurde erfolgreich genutzt; Evo, der leidenschaftliche, unbestechliche Arbeiter behauptete sich. Aber dieses Mal bemühte sich der politische Akteur, als personifizierte Aussöhnung zu erscheinen. Über die Presse bat er seine ehemaligen Kampfgefährten (und späteren Konkurrenten) Felipe Quispe und Román Loaysa, in seine Reihen zurückzukehren. Die geschickte Nutzung der Massenmedien war bemerkenswert.

Zwischen dem politischen Programm und dem mündlichen Diskurs herrschte nicht immer Einklang. Jedoch machte die effektive öffentliche Verbreitung der dank der Sozialpolitik der Regierung erreichten realen Errungenschaften – Kindergeld (*bono juancito*), würdige Rente (*bono de dignidad*), Frauenförderung (*bono Juana Azurduy*) und Evo hält Wort (*Evo cumple*) – das Programm der MAS mit den alten Inhalten glaubwürdig. In der Tat wurde der »revolutionäre Nationalismus«³³ von 1952 als Pluralismus verkauft. Aber nicht nur das. Evo malte ihn als »kommunitären Sozialismus« aus und Linera als »demokratischen Sozialismus«. Aber es gibt noch einen Unterschied. Während der Vizepräsident ihm einen »reformistischen« Inhalt verleiht, den man als »historische Blutsverwandtschaft«³⁴ bezeichnen kann, gibt ihm der Präsident ein »Indio«-Antlitz.

4. Ende der Euphorie: Die Wahlen vom 4. April 2010

Am 4. April fanden in Bolivien Regionalwahlen statt, in denen neun Gouverneure und 337 Bürgermeister gewählt wurden. Die Regierungspartei MAS stellt nun in sechs Departements (Cochabamba, La Paz, Oruro, Potosí, Chuquisaca und Pando) den neuen Gouverneur, während in Santa Cruz, Beni und Tarija die altbekannten Politiker der Oligarchie weiterhin regieren werden. Von den neuen neun Bürgermeistern der Departementshauptstädte gehören nur zwei zur MAS. Mit großer Mühe gewann diese auch in El Alto.

33 Pablo Stefanoni spricht vom »populären Nationalismus«. Vgl.: Ebenda.

34 Pablo Stefanoni. *Le Monde diplomatique*. 20. November 2009.

Tabelle 6: Gouverneure (Wahl vom 4. April 2010)

Parteien	Beni	Chuqui- saca	Cocha- bamba	La Paz	Oruro	Pando	Potosi	Santa Cruz	Tarija
Chuisaca Somos Todos (CST)	-	35,5	-	-	-	-	-	-	-
MSM (Movimiento Sin Miedo)	-	-	-	23,2	29,4	-	-	-	-
MAS	40,1	53,6	61,9	50,0	59,6	49,7	66,8	38,2	44,1
UN (Frente de Unidad Nacional)	-	-	-	14,9	7,7	-	-	-	-
MPS (Movimiento por la Soberanía)	-	-	-	6,3	-	-	-	-	-
UN-CP	-	-	26,0	-	-	-	-	-	-
Alianza Social (AS)	-	-	-	-	-	-	12,9	-	-
ACU (Agrupación Ciudadana Uqharikuna)	-	-	-	-	-	-	11,4	-	-
FCRP (Frente Cívico Regional Potosinista)	-	-	-	-	-	-	6,5	-	-
Camino al Cambio Alianza Nacional (CC)	-	-	-	-	-	-	-	-	48,9
Verdes	-	-	-	-	-	-	-	52,6	-
EA (Frente Amplio)	-	-	-	-	-	-	-	2,6	-
Primero el Beni (Primero)	42,5	-	-	-	-	-	-	-	-
MNR-PUEBLO (Movimiento Nacionalista- Revolucionario)	12,1	-	-	-	-	-	-	-	-
PAN (Poder Autonómico Nacional)	-	-	-	-	-	-	-	-	7,0
Consenso Popular (CP)	-	-	-	-	-	48,4	-	-	-
Indigenen	-	-	-	-	-	-	-	-	-

* Anteil in Prozent.

Quelle der Information: Tabelle durch den Autor zusammen gestellt auf der Grundlage vom Bericht vom Corte Nacional Electoral des 03.05.2010 und La Razón(31-05-2010)

Tabelle 7: Abgeordnete (Wahl vom 4. April 2010)

Parteien	Beni	Chuqui- saca	Cocha- bamba	La Paz	Oruro	Pando	Potosi	Santa Cruz	Tarija
Chquisaca Somos Todos (CST)	-	4	-	-	-	-	-	-	-
MSM (Movimiento Sin Miedo)	-	-	-	6	6	-	-	-	-
MAS	10	15	27	30	25	7	27	9	11
UN (Frente de Unidad Nacional)	-	-	-	2	1	-	-	-	-
MPS (Movimiento por la Soberanía)	-	-	-	1	-	-	-	-	-
UN-CP	-	-	5	-	-	-	-	-	-
Alianza Social (AS)	-	-	-	-	-	-	3	-	-
ACU (Agrupación Ciudadana Uqharikuna)	-	-	-	-	-	-	1	-	-
FCRP (Frente Cívico Regional Potosiista)	-	-	-	-	-	-	1	-	-
Camino al Cambio Alianza Nacional (CC)	-	-	-	-	-	-	-	-	11
Verdes	-	-	-	-	-	-	-	12	-
FA (Frente Amplio)	-	-	-	-	-	-	-	2	-
Primero el Beni (Primero)	11	-	-	-	-	-	-	-	-
MNR-PEUEBLO (Movimiento Nacionalista - Revolucionario)	3	-	-	-	-	-	-	-	-
PAN (Poder Autonomico Nacional)	-	-	-	-	-	-	-	-	5
Consenso Popular (CP)	-	-	-	-	-	8	-	-	-
Indigenen	4	2	2	4	1	1	-	5	3
Total	28	21	34	43	33	16	32	28	30

Quelle der Information: Tabelle durch den Autor zusammen gestellt auf der Grundlage vom Bericht vom Corte Nacional Electoral des 03.05.2010 und La Razón(31-05-2010)

Insgesamt gewann die Regierungspartei zwei Drittel der 337 Bürgermeisterposten.

Das Resultat der Wahlen vom 04.04. 2010 versetzte der siegverwöhnten Regierungspartei einen Dämpfer. Es ist eine ungünstige und unangenehme politische Kräftekonstellation entstanden, die eine große Gefahr für die Fortsetzung der politischen Stabilisierung des Landes darstellen kann. Die Partei von Evo Morales und Linera konnte die Hochburgen der jetzt etablierten Opposition nicht erobern. National-politisch ist die rechte Opposition zwar geschwächt, aber ihre ökonomische Macht ist gewachsen. Das wird ihre regionale politische Macht und den national wachsenden Einfluss ihrer Medien und Banken zweifellos verstärken. Ein Beleg dafür ist die wachsende Rolle der Medien in den sozialen und ökonomischen Konflikten, die in den folgenden Monaten z. B. im Zusammenhang mit Caranavi, CIDOB und Potosí ausgebrochen sind. In selektiver Form verstärken sie die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung. Es besteht die Gefahr, dass die MAS von Politikern aus dem rechten Lager unterwandert wird, was inzwischen auch Evo Morales erkannt hat.

Es ist offensichtlich, dass die Gefährdung von der MAS selbst ausgeht. Sie ist keine traditionelle Partei. Man kann sie als Sammelsurium der wichtigsten sozialen Organisationen, vor allem indigenen Ursprungs, und von aus der Mittelschicht stammenden Intellektuellen bezeichnen. Die Machtinteressen der beiden Lager haben sich zu Gunsten der Mittelschichten verlagert. Politische Zugeständnisse an die Macht der Oligarchie setzten sich trotz der großen Wahlerfolge vom 06.12.2009 fort. Sie verspielen ihre zwei Drittel Mehrheit im Parlament. Es herrscht Unzufriedenheit im Lager der sozialen Bewegungen. Die Niederlage der MAS in Achacachi, der Hochburg der »Ponchos Rojos« und der faktische Austritt der CIDOB aus der Allianz mit der MAS belegen das. Doch damit verliert die MAS einen der wichtigsten Pfeiler für ihre Erfolge.

Die Parteienlandschaft in Bolivien scheint sich neu zu ordnen: Die MAS bleibt weiterhin die wichtigste Partei, aber sie wird vermutlich nicht mehr die allein bestimmende Partei sein. Andere, wie die MSM, werden an Stärke und Einfluss gewinnen, zudem könnten neue radikalisierte Parteien entstehen. Die rechten Parteien werden nicht mehr zu ihrem alten konfrontativen Stil zurückkehren, dafür haben sich die sozialen Bewegungen in ihren Forderungen stark radikalisiert. Sie werden auf jedem Fall ihre Einflußsphäre im Osten verteidigen. Die politisch treibende Kraft Boliviens bleiben die Indigenen, ohne sie ist es in Bolivien nicht mehr möglich Politik zu machen. Die Umsetzung der Autonomien und die gerechten Verteilung bzw. Umverteilung der aus dem Export von Naturressourcen erzielten finanziellen Einnah-

men des Staates bleibt als ungelöstes Problem bestehen. Dies birgt ein ernst zu nehmendes Konfliktpotential in sich.

Übersetzung aus dem Spanischen: Gerhard Mertschenk

Literatur

Corte Nacional Electoral: Acta de Computo Nacional Elecciones Generales y Referendos 2009.

Escobar, Filemón: De la Revolución al Pachakuti. La Paz 2008.

Ley No. 4021. Régimen Electoral Transitorio. U.P.S. Editorial. Abril del 2009. Bolivia.

Nueva Constitución Política del Estado Plurinacional de Bolivia.

Patzi Paco, Felix: Sistema Comunal Una Propuesta Alternativa al Sistema Liberal. La Paz 2004.

Poma, Muruchi: Evo Morales Die Biografie. Leipzig 2007.

II. Wirtschaft und Gesellschaft

GABRIELE TÖPFERWEIN

Bevölkerung, Migration und Regionen Soziodemographische Differenzierungsprozesse in Bolivien

Bolivien: Ein Binnenland in Südamerika, mit einer Fläche von 1.098.581 km² und inzwischen vermutlich 10,5 Millionen Einwohnern.¹ Ein plurikultureller Staat mit indigener Bevölkerungsmehrheit, arm, rückständig, jedoch mit großen natürlichen Reichtümern ausgestattet. So weit eine grundsätzliche und sehr kurze soziodemographische Beschreibung. Eine ausführliche Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung Boliviens enthüllt ein Land, das nicht nur politisch im Umbruch ist.

Im Jahre 2001 ermittelte die bisher letzte Bevölkerungszählung in Bolivien die Zahl von knapp 8,3 Millionen Bolivianern. Das waren dreimal so viele Einwohner wie ein halbes Jahrhundert zuvor bei der Zählung von 1950, als 2,7 Millionen Bewohner gezählt wurden. Und das Wachstum hält an, das beweist die Zahl von mehr als zehn Millionen Einwohnern, die das Land heute hat. Doch die Zunahme der Bevölkerungszahl verlangsamt sich, 2009 fiel die Wachstumsrate erstmals seit den fünfziger Jahren unter zwei Prozent. Es zeichnet sich langsam eine demographische Trendwende ab. Die projizierten Wachstumsraten werden weiter fallen, im Jahr 2035 wird der jährliche Anstieg der Bevölkerung die 1-Prozent-Grenze unterschreiten. Bolivien befindet sich offensichtlich in einem Prozess, den Demographen allgemein mit dem Begriff »demographischer Übergang« (oder auch »demographische Transition«) beschreiben.² Demographischer Übergang bezeichnet die Ent-

1 Vgl. Estadísticas e indicadores sociodemográficos del Estado Plurinacional de Bolivia. Actualidad estadística nacional. 6 de agosto de 2009.

2 Das Konzept des demographischen Übergangs ist ein Modell zur Beschreibung der Veränderung der Bevölkerungsbewegung. Entwickelt wurde es 1945 von F. Notestein zur Erklärung und Klassifizierung demographischer Veränderungen, die in Europa mit dem Übergang von

wicklung von hohen zu niedrigen Geburten- und Sterberaten. Im Verlauf dieses Prozesses kommt es meist infolge des Absinkens der Sterberaten zunächst zu einem starken Anstieg der Bevölkerung. Bolivien hat inzwischen jenes Stadium erreicht, in dem infolge des Sinkens der Fertilität die Rate des Bevölkerungswachstums abnimmt.

Gemäß dem Modell des demographischen Übergangs (fünf Phasen) befindet sich das Land derzeit in Phase 3 des Prozesses, es liegt allerdings hier in seiner Entwicklung noch deutlich unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt – Lebenserwartung, Geburten- und Sterberate sowie Fruchtbarkeit weisen schlechtere Werte auf. Auch in Bezug auf die demographische Entwicklung ist Bolivien eines der ärmsten und rückständigsten Länder Lateinamerikas. Zudem verläuft der Transitionsprozess nicht gleichförmig, es gibt Differenzen zwischen einzelnen Regionen und auch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Im Folgenden soll untersucht werden, wie der Prozess des demographischen Übergangs, den Bolivien seit fast einem halben Jahrhundert durchläuft, das Land prägt und welche Auswirkungen er auf die Struktur und auf die Differenzierungen des Landes hat. Bolivien war immer ein Land der Gegensätze, die sowohl ökonomischer als auch regionaler oder ethnischer Natur sein können: Arm – Reich, Indigene – Nicht-Indigene, Westen (Hochland) – Osten (Tiefeland), Stadt – Land. Wie beeinflusst die demographische Entwicklung diese gesellschaftlichen Verwerfungen, nivelliert sie diese oder vertieft sie sie eher noch? Und was bedeutet das für das Land?

der Agrar- zur Industriegesellschaft zu beobachten waren. Seitdem wurde immer wieder versucht, das Modell zu verfeinern, da man feststellte, dass die Veränderungen der Geburten- und Sterbeziffern selbst in den entwickelten europäischen Ländern nicht gleichförmig verliefen. In den Entwicklungsländern, wo die demographische Transition später einsetzte, sind die Unterschiede noch deutlicher, zumal dort der Übergang nicht selten ohne Industrialisierung erfolgte. Es existieren heute verschiedene Modelle, die die Entwicklung mit Hilfe von drei, vier und fünf Phasen charakterisieren. Das 5-Phasen-Modell beschreibt folgenden Ablauf der demographischen Transition: 1. Phase: Die Geburten- und Sterberaten sind hoch, wobei vor allem die Sterberate stark schwankt. Das Bevölkerungswachstum ist gering. 2. Phase: Die Sterberate sinkt. Die Bevölkerungszahl kann rasant steigen, da die Geburtenrate zunächst hoch bleibt. 3. Phase: Als Reaktion auf die geringere Sterblichkeit und die verbesserten Lebensbedingungen sinkt die Geburtenrate. Damit verlangsamt sich das Bevölkerungswachstum. 4. Phase: Geburten- und Sterberaten pendeln sich auf niedrigem Niveau ein. 5. Phase: Inzwischen zeichnet sich, zumindest in den Industriestaaten ab, dass sich Geburten und Sterbefälle nicht auf gleichem Niveau stabilisieren müssen. In einigen Ländern, wie z. B. in Deutschland, ist die Geburtenrate bereits niedriger als die der Sterbefälle – die Bevölkerungszahl sinkt. Vgl.: Katrina Löscher / Christina Lamberg: Geburten vor der demografischen Transition. Linz 2009; Rainer Münz / Ralf E. Ulrich: Demografischer Übergang – Theorie und Praxis. Online-Handbuch Demografie.

Tabelle 1: Bolivien: Ausgewählte demographische Daten

	1950-1955	2009**
Bevölkerung	2.704.165*	10.227.299
städtische Bevölkerung	708.568*	6.748.075
ländliche Bevölkerung	1.995.597*	3.479.224
Urbanisierungsgrad (in %)	26,2*	66,00
Bevölkerungsdichte (Einwohner pro km ²)	2,8*	9,34
Jährliches Wachstum (in %)	2,04***	1,97
Fruchtbarkeit (Kinder je Frau)	6,75***	3,37
Geburtenrate (pro 1.000 Bewohner)	47,0***	26,84
Sterberate (pro 1.000 Bewohner)	24,4***	7,39
Kindersterblichkeit (pro 1.000 Lebendgeborene)	175,7***	43,18
Lebenserwartung bei der Geburt (Jahre)	40,4***	66,01
Durchschnittsalter (Jahre)	19,2*	21,69
Quellen:		
* INE: Bolivia: Distribución de la Población. Censo Nacional de Población y Vivienda 2001. (Angabe für 1950)		
** INE Actualidad estadística nacional. Estadísticas e indicadores sociodemográficos del Estado Plurinacional de Bolivia. 6 de agosto de 2009.		
*** CEPAL: América Latina y el Caribe. Observatorio demográfico. Mortalidad. 2(2007)4.		

Die Bevölkerung

Das Gebiet des heutigen Boliviens zählt zu den Regionen in Lateinamerika, die in vorkolumbischer Zeit am stärksten besiedelt waren. Das Andenhochland bildete damals neben dem Hochland von Mexiko ein Zentrum der Besiedlung. Schätzungen veranschlagen für das Reich der Inkas, zu dem auch *Collasuyo* – Teile des heutigen Boliviens – gehörte, eine Bevölkerung zwischen sechs und zwölf Millionen. Ein Sechstel von ihnen lebte in *Collasuyo*, wobei das Gros der Bevölkerung auf dem Altiplano (im Wesentlichen Aymara) und in den Andentälern (vor allem Quechua) wohnte. Die übrigen Teile des Landes waren nur dünn besiedelt, im östlichen Tiefland lebten vor allem kleinere Gruppen von Jägern und Sammlern. Fünfzig Jahre nach Beginn der Konquista war die Bevölkerung im heutigen Bolivien auf 800.000 Menschen geschrumpft.³ Die Gründe für diesen starken Rückgang waren vielfältig:

3 Vgl.: Roberto Querejazu Calvo: Bolivia y su población. <http://www.bolivia.gov.bo>

eingeschleppte Krankheiten, Feuerwaffen sowie die Versklavung unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen.

In den folgenden Jahrhunderten wuchs die Bevölkerung des Landes nur langsam, bei der ersten demographischen Erhebung 1831 wurden 1.088.08 Einwohner gezählt. Sechs Jahre zuvor war die Republik Bolivien ausgerufen worden, der Zeitpunkt der ersten Volkszählung zeigt, wie sehr den Führern des jungen Staates an genauen Informationen über Land und Leute gelegen war. Allein im 19. Jahrhundert gab es sechs solcher Bevölkerungszählungen bzw. -schätzungen – 1831, 1835, 1845, 1854, 1882 und 1900. Die Ergebnisse dieser ersten demographischen Erhebungen dürften allerdings eher auf groben Schätzungen als auf exakten Untersuchungen beruhen. Als Quellen dienten die Bücher der katholischen Kirche, Rekrutierungsregister der Armee oder auch die Listen der Steuereinnahmer. Die Tribute der Indigenen waren bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein eine der wichtigsten Einnahmequellen des bolivianischen Staates, noch 1860 machten sie gut ein Drittel der Staatseinnahmen aus. Die Listen der Steuerbehörden dürften also recht genau gewesen sein, doch erfassten sie nur die Indigenen des Andenraums. Hinzu kommt, dass in den zugrunde liegenden Büchern und Listen weite Teile des Landes und ihre Bewohner überhaupt nicht erschienen, da sie kaum besiedelt und für die Weißen weitgehend eine Terra incognita waren. So wurde im Zensus von 1854 die Zahl von 760.000 »Wilden« ermittelt, die in den östlichen Regionen des Landes, in Beni, Santa Cruz und im Chaco, lebten. Die tatsächliche Zahl dieser indigenen Völker dürfte bei weniger als einem Siebentel der angegebenen Zahl gelegen haben. Gleichzeitig gab es aber Schätzungen, die von etwa einer Million Uros in den Küstenregionen der Atacamawüste ausgingen, die damals noch zu Bolivien gehörte.⁴ Diese Angabe taucht in keiner der Zählungen auf. Es ist deshalb fast unmöglich, die Anzahl der Indigenen und ihren Anteil an der Landesbevölkerung in dieser Zeit zu bestimmen. Der erste Zensus, der moderne Methoden der Demographie nutzte, fand in Bolivien im Jahr 1950 statt.

Gleich wie ungenau die Zählungen des 19. Jahrhunderts waren, auffällig ist, dass die Bevölkerungszahlen nur wenig variierten – die Zahl der Einwohner erhöhte sich offensichtlich nur langsam und erreichte nie mehr als 1,5 Millionen Menschen. Beim Zensus von 1882 zeigt sich allerdings ein deutlicher Rückgang der Bevölkerung um fast eine halbe Million, verglichen mit der vorhergehenden Zählung. Ein Grund für diesen Rückgang dürfte, neben den Ungenauigkeiten in der Datenerfassung, auch der Pazifikkrieg von 1879–83 gewesen sein, in dem Bolivien und Peru gegen Chile um die nitratreiche

⁴ Vgl.: Ebenda.

Provinz Antofagasta kämpften. Der Krieg kostete etwa 1.000 Bolivianer das Leben, weit mehr Opfer forderten jedoch die Seuchen und Hungersnöte, die ihn begleiteten. Zudem hatte Bolivien bereits in den 1860er Jahren Landabtretungen an Chile und Brasilien zustimmen müssen. Nach der Niederlage im Krieg mit Chile kamen weitere territoriale und damit Bevölkerungsverluste hinzu.

Tabelle 2: Bolivien: Bevölkerungszahl nach Departement und ausgewählten Zensus (in Tausend)

	1831	1854	1882	1900	1950	1976	1992	2001	2009
<i>Bolivien gesamt</i>	1.088,08	1.549,8	1.087,6	1.555,8	2.704,2	4.613,5	6.420,8	8.274,3	10.227,3*
<i>Chuquisaca</i>	112,8	189,5	113,3	187,1	260,5	358,5	453,8	531,5	640,8
<i>La Paz</i>	348,1	471,2	312,7	406,6	854,1	1.465,1	1.900,8	2.350,5	2.798,7
<i>Cochabamba</i>	226,7	322,9	176,8	310,6	452,1	721,0	1.110,2	1.455,7	1.824,1
<i>Oruro</i>	84,1	91,8	111,4	82,0	192,4	310,4	340,1	391,9	447,5
<i>Potosí</i>	192,2	250,7	234,0	310,1	509,1	657,7	645,9	709,0	784,3
<i>Tarija</i>	36,2	63,8	31,5	64,7	103,4	187,2	291,4	391,2	509,7
<i>Santa Cruz</i>	43,8	120,4	94,0	163,4	244,7	710,7	1.364,4	2.029,5	2.706,5
<i>Beni**</i>	-	33,4	16,7	24,5	71,6	168,4	276,2	362,5	437,6
<i>Pando**</i>	-	-	-	-	16,2	34,5	38,1	52,5	78,2

Quelle: INE: Bolivia: Distribución de la Población. Censo Nacional de Población y Vivienda 2001; Angaben für 2009: INE: Actualidad estadística departamental 2009.
* INE Actualidad estadística nacional 2009.
** Die Departements Beni und Pando wurden 1842 bzw. 1935 gegründet.

Von den Bevölkerungsverlusten hatte sich das Land auch bis zur nächsten Zählung im Jahr 1900 nicht erholt. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

stieg die Zahl der Bewohner signifikant an. Der Zensus von 1950 weist immerhin eine Verdoppelung der Bevölkerung seit 1900 aus. Wie Tabelle 2 zeigt, erfolgte die Besiedlung Boliviens zunächst weitgehend auf die gleiche Weise wie bereits im Inkareich: Die Bevölkerung konzentrierte sich vornehmlich im Westen des Landes, auf dem Altiplano und in den östlichen Ausläufern der Anden. Das Tiefland im Osten war fast menschenleer. Lebten im landesweiten Durchschnitt 2,5 Menschen auf einem Quadratkilometer, war es in den Tieflanddepartements, mit Ausnahme von Tarija, weniger als ein Bewohner pro km².

Neben der regional sehr akzentuierten Besiedlung weist Bolivien, verglichen mit seinen Nachbarländern, eine weitere Besonderheit auf: Das Land besaß und besitzt kein ausgeprägtes Zentrum. Vielmehr erfolgte die Bevölkerungsentwicklung entlang einer Nord-Süd-Achse, die von dem Departement La Paz über Cochabamba und Potosí nach Chuquisaca führte. Auf dieser Achse finden sich die administrativen und wirtschaftlichen Zentren des Landes – die Hauptstadt Sucre/ Chuquisaca, das traditionelle Bergbauzentrum Potosí, die landwirtschaftliche Region um Cochabamba und schließlich La Paz, das sich im ausgehenden 19. Jahrhundert immer mehr zum administrativen Zentrum Boliviens entwickelte.⁵ In dieser Region, weitgehend bestimmt von den Anden, waren an der Wende zum 20. Jahrhundert fast vier Fünftel der Landesbevölkerung konzentriert.

Ab Mitte des letzten Jahrhunderts erweiterte sich die von Nord nach Süd führende Achse der Besiedlung des Landes in Richtung Osten, hin zum Departement Santa Cruz. Santa Cruz, das von der Fläche her größte Departement, gehörte lange Zeit zu den kaum kolonisierten, weitgehend marginalen Regionen, deren Bewohner sich von der Regierung vergessen fühlten. Nach der Revolution von 1952 begann die National-Revolutionäre Bewegung (Movimiento Nacionalista Revolucionario – MNR) mit der planmäßigen Entwicklung dieser Tieflandregion. Der Aufschwung des einst »vergessenen« Departements zog sehr viele Migranten an, die hauptsächlich aus den Regionen des niedergehenden Bergbaus kamen und auf Arbeit sowie eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen hofften. Zwischen 1950 und 2001 stieg die Bevölkerung auf das Achtfache. Heute ist Santa Cruz – gemessen an der Zahl seiner Bewohner – nach La Paz das zweitgrößte Departement. 2001 lebte ein Viertel der Bolivianer in diesem Departement. Die bisherige Entwicklung deutet darauf hin, dass Santa Cruz dem Konkurrenten im Westen schon in den nächsten Jahren den Rang als bevölkerungsreichstes Departement ablaufen wird.

5 1899 wurde La Paz schließlich Regierungssitz.

Exkurs 1: Die Entwicklung im Osten – Der Aufschwung in Santa Cruz

Mit dem »Marsch nach Osten« begann in Santa Cruz ein für Bolivien beispielloser wirtschaftlicher Aufschwung, der einen nicht unwesentlichen Faktor für die demographische Modernisierung des Landes darstellte.

Santa Cruz war um die Mitte des 20. Jahrhunderts weitgehend isoliert und spielte für die Entwicklung des restlichen Landes kaum eine Rolle. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Bergbaugebieten in Chuquisaca, wohin u.a. Zucker, Melasse, Reis und gegerbte Tierhäute geliefert wurden, waren um die Jahrhundertwende gekappt worden. Die liberale Regierung hatte sich zum Pazifik hin orientiert, und nach dem Bau der Bahnstrecke von Cochabamba zum Pazifik konnte man billigen Zucker importieren⁶. Auch die Aufschwungsphasen, die mit der verstärkten Gewinnung von Chinarinde (1850-70) und Kautschuk (1880-1920) einhergingen, änderten an der Isolation nichts. Die Produktion erfolgte für den Export, in ausländischer Regie; Bolivien profitierte von dem Boom nicht. Das Departement selbst war geprägt von traditioneller Landwirtschaft, die fast ausschließlich für den kleinen regionalen Markt produzierte. Noch 1950 lebte weniger als ein Zehntel der Bolivianer im Departement Santa Cruz, dessen Hauptstadt gerade einmal 43.000 Einwohner zählte.

Ein Umdenken bei der Regierung in La Paz begann erst nach dem Chacokrieg, der nicht zuletzt auch die Nachteile der Isolation einzelner Landesteile deutlich machte. Der Krieg selbst hatte für das Departement einen Produktionsaufschwung gebracht. Da sich die Importe, insbesondere von Nahrungsmitteln, während des Krieges verringerten, musste die nationale Nahrungsmittelproduktion angekurbelt werden. Davon profitierte Santa Cruz mit seiner landwirtschaftlichen Produktion.⁷ Nach dem Krieg unternahm die Regierung in La Paz erste Anstrengungen zur Entwicklung des bis dahin vernachlässigten Departements. Bereits 1938 wurde mit Brasilien ein Vertrag über den Bau einer Eisenbahnlinie zwischen Santa Cruz und Corumbá geschlossen, die zehn Jahre später in Betrieb ging. Mit dem so genannten »Plan Bohan«⁸ begann dann in den vierziger Jahren die gezielte »Vorzugsbe-

6 So wurde 1910 geklagt: »Ist es im öffentlichen Bewusstsein, dass, seit die Bahnlinie von Antofagasta nach Oruro führt, eine ruinöse Konkurrenz ausländischer Produkte gegenüber solchen aus Santa Cruz einsetzte, wie z.B. Zucker, Reis und andere? Diese wurden völlig vom nationalen Markt verdrängt. Heute ist es nur mit Mühe möglich, Häute, Alkohol und Kaffee in sehr reduziertem Umfang nach Sucre und Cochabamba zu liefern.« Rossana Barragán: *Hegemonías y »Ejemonías«: las relaciones entre el Estado Central y las Regiones* (Bolivia, 1825-1952). In: *Íconos. Revista de Ciencias Sociales*. Quito 12(2009)34. S. 47.

7 Vgl.: Carmen Dunia Sandoval: *Santa Cruz: economía y poder, 1952-1993*. La Paz 2003. S. 13.

8 Der US-amerikanische Diplomat Merwin L. Bohan war Leiter einer Expertengruppe, die

handlung« von Santa Cruz. Ein wesentliches Ziel dieser Entwicklungspolitik bestand darin, die landwirtschaftliche Produktion so zu steigern, dass die Selbstversorgung Boliviens gewährleistet war. Möglichkeiten für einen solch umfangreichen Ausbau der Agrarproduktion bot allein Santa Cruz.

Nach der Revolution von 1952 wurde diese Entwicklung forciert. Die Zentralregierung in La Paz investierte in die Infrastruktur des Departements und schuf günstige Bedingungen für die Entwicklung einer modernen mechanisierten Landwirtschaft sowie einer verarbeitenden Industrie. Vor allem die Agrarreform trieb die landwirtschaftliche Entwicklung voran. Einerseits wurden Latifundien, die traditionell bewirtschaftet wurden – d. h. ohne Einsatz von Maschinen und Kapital – enteignet, aufgeteilt und an zugewanderte Hochlandbewohner vergeben. Latifundien bis zu einer Größe von 2.000 Hektar mit moderner Bewirtschaftung – d. h. mit Einsatz von Maschinen und Kapital – fielen nicht unter diese Bestimmungen. Das trieb die Mechanisierung der Landwirtschaft voran, da sich nicht wenige der betroffenen Grundbesitzer Maschinen anschafften, um ihren Besitz behalten zu können.⁹

Andererseits plante man, Migranten aus dem Westen sowie Ausländer gezielt anzusiedeln und so neues Land zu erschließen. Dieses Programm zur planmäßigen Kolonisation erreichte jedoch seine hochgesteckten Ziele nicht und hatte auch weit weniger Effekte auf die Entwicklung der Landwirtschaft als ursprünglich geplant.¹⁰ Weit größere Impulse als die Kolonisation erbrachten die Kommerzialisierung der Landwirtschaft, die Schaffung effektiver, moderner großer Wirtschaftseinheiten und deren Vernetzung mit der Agroindustrie. Im Jahr 2008 erwirtschaftete die Landwirtschaft von Santa Cruz zwei Fünftel der landwirtschaftlichen Produktion Boliviens.

1942 Empfehlungen zur Entwicklung Boliviens erarbeitete. Diese sahen die Zukunft des Landes vor allem in der Entwicklung der Landwirtschaft und der Ausbeutung der Erdöl- und Erdgaslagerstätten.

9 Vgl. Felix Monheim / Gerrit Köster: Die wirtschaftliche Erschließung des Departements Santa Cruz (Bolivien) seit der Mitte des 20. Jahrhunderts. Wiesbaden 1982. S. 10.

10 Verschiedene Studien belegen, dass vor allem bei der Ansiedlung von Hochlandbewohnern die Ziele des Programms nicht erreicht wurden. Es war nicht möglich, genügend Siedler anzuwerben und eine stabile Bevölkerung aufzubauen. Angesichts des enormen organisatorischen und finanziellen Aufwandes für das Programm erwies sich dieses letztlich als eher ineffektiv. Die Mehrzahl der Siedler in den Kolonien arbeitet heute in kleinen Einzelwirtschaften. Monheim / Köster schätzen ein, dass die wirtschaftliche Bedeutung der Ansiedlung von Ausländern (vornehmlich Mennoniten und Japaner) größer war, zumal diese aufgrund ihrer besseren Kapitalausstattung günstigere Startbedingungen hatten. Vgl.: Ebenda. S. 17. Vgl. auch: Allyn MacLean Stearmin: Colonization in Santa Cruz, Bolivia. A Comparative Study of Yapacaní and San Julián Projects. In: Schmink, Marianne / Wood, Charles H. (Hrsg.): Frontiers Expansion in Amazonia. Gainesville (Florida) 1984. Johannes Winter: Regionalentwicklung durch Agrarkolonisation? Erfahrungen aus Bolivien. In: Bolivia - Berichte und Analysen. Nr. 146. S. 42-45.

Einen weiteren wesentlichen Impuls für die Verlagerung der wirtschaftlichen und demographischen Dynamik in Richtung Santa Cruz in den 1940er/1950er Jahren lieferte der Ausbau der Erdölindustrie. Die Erdölvorkommen vor allem waren der Grund für das gestiegene Interesse, insbesondere auch ausländischer Investoren, an der Erschließung und Entwicklung des Departements. Der Ausbau der Infrastruktur, der Bau von Raffinerien und schließlich der Anschluss an das internationale Pipelinennetz schufen die Voraussetzungen für die Erhöhung der Erdölproduktion. Da zur gleichen Zeit infolge sinkender Weltmarktpreise die Bedeutung des Bergbaus zurückging, löste die verstärkte Konzentration auf die Ölförderung in Santa Cruz auch eine Verschiebung in der Bevölkerungsentwicklung aus. Der Westen mit den Regionen des Zinnbergbaus verlor an Bedeutung, während der Osten, besonders Santa Cruz, an Gewicht gewann. Das Departement entwickelte sich zu einem Banken- und Handelszentrum, es verfügt über eine vielseitige Landwirtschaft und, neben dem Erdöl- und Erdgassektor, über eine umfangreiche industrielle Produktion. Gut ein Drittel der industriellen Fabrikation Boliviens entfiel im Jahr 2008 auf Santa Cruz.

Seit 1950 hat sich die Bevölkerung des Departements verdreifacht, der Anteil am Bruttoinlandsprodukt versiebenfacht. Wurden dort 1952 noch ca. 4 Prozent¹¹ des Bruttoinlandsprodukts Boliviens produziert, so waren es im Jahre 2008 28 Prozent¹². Die Attraktivität des Tieflanddepartements ist nach wie vor ungebrochen und bis heute das Hauptziel der innerbolivianischen Wanderungsbewegungen.

* * *

In den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts zeichneten sich erste zaghafte Veränderungen in der demographischen Entwicklung Boliviens ab, von wirklichen Modernisierungsprozessen¹³ kann man allerdings erst ab den 1970er/1980er Jahren sprechen. Die Bevölkerungsstruktur hat sich seitdem grundlegend verändert, der Übergangsprozess ist aber bis heute nicht abgeschlossen. Setzt man die Ergebnisse des Zensus im Jahr 1950 als Referenzpunkt, dann startete Bolivien aufgrund seiner wirtschaftlichen Rückstän-

11 Vgl.: Felix Monheim / Gerrit Köster: Die wirtschaftliche Erschließung des Departements Santa Cruz. S. 4.

12 Vgl.: Instituto Nacional de Estadística (INE): Actualidad estadística departamental. Estadísticas e indicadores socioeconómicos del departamento de Santa Cruz. 24 de septiembre 2009. S. 13.

13 Die demographische Modernisierung findet ihren Ausdruck im Sinken von Geburten- und Sterberaten, in der Erhöhung der Lebenserwartung und einem Anstieg des Urbanisierungsgrades.

digkeit und der Dominanz agrarischer Strukturen mit sehr rückschrittlichen demographischen Ausgangszahlen (vgl. Tabelle 1), auch im Vergleich zu den Durchschnittswerten auf dem Kontinent. Zudem erfolgte dieser Start später als in den meisten anderen Ländern Lateinamerikas, und die Entwicklung verläuft auch deutlich langsamer. Das lateinamerikanische Mittel bei zahlreichen demographischen Kennziffern vom Beginn der 1950er Jahre erreichte Bolivien in der Regel in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren. Hinsichtlich der Fertilität waren die Unterschiede zu Beginn der fünfziger Jahre mit 6,63 (Lateinamerika) und 6,75 Geburten pro Frau (Bolivien) nur gering, doch wird Bolivien voraussichtlich erst im Jahr 2050 mit dem Durchschnitt gleichziehen. Bei wichtigen demographischen Parametern bleibt das Land nach wie vor hinter den lateinamerikanischen Trends in der Bevölkerungsentwicklung zurück. Nur Haiti schneidet schlechter ab.¹⁴

Mit der Revolution von 1952 wurden ökonomische und soziale Reformen eingeleitet, die den langsamen Beginn des demographischen Übergangs begünstigten. Die längst fällige Landreform hat zumindest partiell zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Land geführt. Eine Bildungsreform garantierte allgemeine Bildung und war auch darauf gerichtet, diese aufs Land zu bringen. Schul- und Gesundheitszentren wurden gegründet.

Zunächst ist ein langsames Absinken der Sterberate festzustellen. Das hat seinen Grund vornehmlich in der Senkung der Kindersterblichkeit¹⁵, die im ersten Jahrfünft der 1950er Jahre noch bei 175,7 Kindern pro Tausend Lebendgeborene lag, und damit deutlich über dem Durchschnittswert Lateinamerikas.¹⁶ Da sich die Fruchtbarkeit nur sehr langsam veränderte, beschleunigte sich das Bevölkerungswachstum. Gleichzeitig wurde die bolivianische Bevölkerung jünger, der Anteil der unter 15-Jährigen stieg und erreichte 1975 mit 43 Prozent seinen Höhepunkt. Zu dieser Zeit, Mitte der 1970er Jahre, prägte sich die demographische Transition deutlicher aus und nahm eine neue Qualität an. Das Sinken von Geburten- und Sterberate erreichte eine höhere Dynamik, gleiches trifft auf die Kindersterblichkeit zu. Da deutlich mehr Kinder überlebten, sank schließlich auch die Zahl der Geburten.¹⁷ Diese

14 Vgl.: Steffen Kröhnert: Bevölkerungsentwicklung in Lateinamerika. Online-Handbuch Demografie. <http://www.berlin-institut.org>

15 Die Kindersterblichkeit bezeichnet hier die Anzahl der Kinder, bezogen auf 1.000 Lebendgeburten, die vor Vollendung des 1. Lebensjahres sterben.

16 Vgl.: América Latina y el Caribe. Observatorio demográfico. Mortalidad. Santiago de Chile 2(2007)4. Der lateinamerikanische Durchschnittswert lag in dieser Zeit bei 127,7. Dieses Niveau erreichte Bolivien erst Anfang der 1980er Jahre.

17 Demographen ermittelten eine Reihe von Ursachen für die Beschränkung der Zahl der Kinder pro Familie als Folge der sinkenden Kindersterblichkeit. So ist der Erhalt der Familie nunmehr auch mit weniger Kindern gesichert, und da Kinder auch ein Kostenfaktor sind, er-

hat sich seit den späten fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts auf 3,37 Kinder pro Frau im Landesdurchschnitt halbiert.¹⁸ Die mittlere Lebenserwartung (bei der Geburt) erhöhte sich erst im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts in bemerkenswertem Umfang: Stieg die Lebenserwartung neugeborener Bolivianer in der Zeit von 1950-1975 um etwa sechs Jahre, betrug der Zuwachs im folgenden Vierteljahrhundert 15 Jahre. Mit inzwischen 66 Jahren ist die durchschnittliche Lebenserwartung in Bolivien immer noch verhältnismäßig niedrig.

Die bolivianische Gesellschaft ist mit einem Durchschnittsalter ihrer Bevölkerung von knapp 22 Jahren sehr jung, doch auch sie befindet sich inzwischen in einem Alterungsprozess: Der Anteil der unter 15-Jährigen Bolivianer sinkt, während der der Personen ab 60 Jahre langsam ansteigt. Mit einem Anteil von acht Prozent Personen ab 60 Jahre ist Bolivien weit von den Alterungswerten entwickelter Gesellschaft entfernt. Der Anteil liegt auch deutlich unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Die Bevölkerungszahl wächst nach wie vor, aber das Wachstum hat sich verlangsamt; es reduzierte sich von 2,44 Prozent jährlich im Zeitraum vom 1970-1975¹⁹ auf 1,97 Prozent im Jahre 2009.²⁰

Urbanisierung

Der demographische Übergang war in Bolivien von Beginn an von zwei Prozessen der Bevölkerungsentwicklung geprägt: der Urbanisierung und der internen Migration. Beide Prozesse sind eng miteinander verbunden und typisch für die Transition, doch verglichen mit dem Ablauf in den Industrieländern erfolgte diese (wie in anderen wenig entwickelten Ländern auch) ohne eine grundlegende Industrialisierung.

Bis ins 20. Jahrhundert hinein war Bolivien ein ausgeprägt agrarisches Land. Trotz der überragenden wirtschaftlichen Bedeutung des Bergbaus leb-

höhen weniger Kinder die Lebensqualität der Eltern. Vgl. Christos Bagavos/ Claude Martin: Sinkende Geburtenraten, Familienstrukturen und politische Reaktionen. ÖIF-Materialiensammlung Heft 10. Wien 2000. Münz, Rainer: Fertilität und Geburtenentwicklung. Online-Handbuch Demografie. <http://www.berlin-institut.org>

18 Vgl.: Estadísticas e indicadores sociodemográficos del Estado Plurinacional de Bolivia. Actualidad estadística nacional. 6 de agosto de 2009. S. 1.

19 Vgl.: Estudio de tendencias y perspectivas del sector forestal en América Latina. Informe de la subregión amazónica. Departamento de montes Organización de las Naciones Unidas para la agricultura y la alimentación. Roma 2005. S. 4.

20 Vgl.: Estadísticas e indicadores sociodemográficos del Estado Plurinacional de Bolivia. Actualidad estadística nacional. 6 de agosto de 2009. S. 1.

te die Mehrzahl der Bevölkerung auf dem Lande und zeigte die typischen demographischen Merkmale bäuerlicher Gesellschaften. Die Geburten- und Sterberate waren hoch. Nicht zuletzt aufgrund der hohen Kindersterblichkeit blieb die Lebenserwartung niedrig. Dementsprechend wuchs die Bevölkerung nur langsam. Im Jahre 1900, als die Bevölkerungszahl wieder das Niveau erreichte, das sie vor dem Pazifikkrieg hatte, siedelten lediglich 14 Prozent der Bevölkerung in städtischen Zentren. Entlang der urbanen Achse La Paz – Cochabamba – Sucre befanden sich mit La Paz (54.874 Einwohner), Cochabamba (21.886), Sucre (20.907) und Potosí (20.910) die größten Städte des Landes. Bis Mitte der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts verdoppelte sich die Einwohnerzahl nahezu, strukturelle Veränderungen waren damit allerdings nicht verbunden, das Verhältnis Stadt-Land änderte sich nur unwesentlich.

Die Entwicklung seit den Reformen von 1952 forcierte die weitere Verstädterung des Landes. Bereits beim Zensus von 1976 wird deutlich, dass sich das Land hinsichtlich seiner Bevölkerungsstruktur in einem Umwälzungsprozess befand. Der Grad der Urbanisierung hatte sich seit der letzten Bevölkerungszählung um 16 Prozent auf 42 Prozent erhöht²¹, das entsprach einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von zwei Prozent. In der folgenden Periode beschleunigte sich der Bedeutungsverlust des ländlichen Raumes weiter. Die Umkehrung des Verhältnisses von Land- und Stadtbevölkerung erfolgte in den Jahren 1984/ 1985.²²

Die Volkszählung von 1992 registrierte bereits einen Anteil der städtischen Bevölkerung von knapp 58 Prozent. Bis zum ersten Zensus des 21. Jahrhunderts (2001) erhöhte sich dieser Anteil auf 62 Prozent.²³ Gleichzeitig ist das Land eines der Länder Südamerikas mit der geringsten Bevölkerungsdichte²⁴; diese betrug im Jahr 2001 7,56 Einwohner pro Quadratkilometer. Aufgrund der sehr ungleichmäßigen Besiedlung bewegte sich die Besiedlungsdichte zwischen 26,17 Einwohner/ km² im Departement Cochabamba und 0,82 Ein-

21 Vgl.: José Blanes: Bolivia: las áreas metropolitanas en perspectiva de desarrollo regional. In: VillaLibre. Cochabamba 1(2007)1. S. 25ff.

22 Vgl.: Instituto Nacional de Estadística (INE) 2001.

23 INE schätzt die aktuelle Entwicklung mit einem Urbanisierungsgrad von 65,98 Prozent (2009) und einer Bevölkerungsdichte von 9,49 Einwohnern pro km² (2010). Vgl. Instituto Nacional de Estadística (INE): Actualidad estadística nacional. 6 de agosto de 2009 und 25 de mayo 2010.

24 Eine niedrigere Bevölkerungsdichte weisen in Südamerika nur Suriname, Französisch-Guayana und Guayana auf. Vgl. Boletín demográfico. Urbanización y evolución de la población urbana de América latina 1950-1990. Santiago de Chile 2001.

wohner/ km² in Pando. In Santa Cruz, dem nach La Paz bevölkerungsreichsten Departement lebten 5,48 Einwohner je km² (2001).²⁵

Insgesamt leben in den drei Departements La Paz, Cochabamba und Santa Cruz mehr als 70 Prozent der Bolivianer, allein auf die drei Departementhauptstädte entfallen 41 Prozent der Bevölkerung. Nach Hochrechnungen dürfte die Stadt Santa Cruz (mit Vororten) die Doppelstadt La Paz/ El Alto hinsichtlich der Einwohnerzahl inzwischen überflügelt haben. Das Departement im Osten und seine Hauptstadt sind die am stärksten wachsenden Regionen des Landes, die alten urbanen Zentren bleiben dahinter deutlich zurück. Generell verzeichnen die Departements des sogenannten »Halbmonds«, Beni, Pando, Santa Cruz und Tarija, ein überdurchschnittliches Wachstum der Bevölkerung, mit dem im Westen des Landes nur noch die Entwicklung Cochabambas vergleichbar ist

Tabelle 3: Jährliches Wachstum der Bevölkerung 1992-2001 nach Departements (in %)

Departement	Jährliches Wachstum	
	1992-2001*	2009**
Santa Cruz	4,29	2,99
Pando	3,48	3,80
Tarija	3,18	2,53
Beni	2,94	1,75
Cochabamba	2,93	2,11
nationaler Durchschnitt	2,74	1,97
La Paz	2,29	1,51
Chuquisaca	1,71	1,53
Oruro	1,53	0,76
Potosí	1,01	0,50

Quelle:
 * INE: Bolivia: Distribución de la Población. Censo Nacional de Población y Vivienda 2001.
 ** INE Actualidad estadística departamental 2009.

25 Vgl.: Instituto Nacional de Estadística (INE): Bolivia: Distribución de la Población. Censo Nacional de Población y Vivienda 2001.

Bolivien liegt mit einem Urbanisierungsgrad von 66 Prozent unter dem Durchschnitt in Lateinamerika und hat zudem eine Besonderheit aufzuweisen: Es gibt infolge der bevorzugten Ansiedlung entlang der Nord-Süd-Achse La Paz-Cochabamba-Chuquisaca und später der West-Ost-Achse La Paz-Cochabamba-Santa Cruz keine Megastädte wie in den Nachbarländern. Die Hauptstadt La Paz²⁶ zählt ca. 835.000 Einwohner, zusammen mit der Zwillingsstadt El Alto, mit der sie ein urbanes Konglomerat bildet, sind das 1.789.000 Einwohner. In beiden Städten zusammen leben 17 Prozent der Bolivianer. In anderen lateinamerikanischen Ländern hingegen leben ein Viertel bis ein Drittel der Landesbevölkerung in der Hauptstadtregion. In Uruguay betrifft das sogar fast die Hälfte. Die größte Stadt Boliviens, Santa Cruz de la Sierra, beherbergt nur etwas mehr als anderthalb Millionen Menschen. Damit lebt ein Drittel der Bolivianer in zwei großen urbanen Zentren mit jeweils mehr als 1 Million Einwohner. Weitere 17 Prozent leben in Großstädten ab 100.000 Einwohner. Der Rest der urbanen Bevölkerung, ca. 18 Prozent, siedelt in Klein- und Mittelstädten.

Damit sieht sich das Land bisher nicht mit den großen Problemen konfrontiert, die andere lateinamerikanische Staaten mit ihren riesigen städtischen Konglomeraten zu bewältigen haben.

Allerdings besteht kein Zweifel daran, dass auch in Bolivien die Situation in den schnell wachsenden Städten problematisch ist – vor allem hinsichtlich der Notwendigkeit, allen Bewohnern in ausreichendem Umfang Wohnraum und öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Kritiker beklagen daher die »ungeordnete und wachsende Urbanisierung in allen Städten und insbesondere in denen der Achse, mit ihren Einschränkungen in Gesundheit, Ausbildung, Wohnen«²⁷ Doch ein Stadt-Land-Vergleich macht deutlich, dass diese Klagen die Realität etwas verfehlen. Die Bedingungen in den Städten, insbesondere in den neu besiedelten Vierteln, sind zweifelsohne alles andere als gut. Aber stellen sie tatsächlich eine Einschränkung gegenüber dem Herkunftsort der Migranten dar, den ruralen Regionen? Dagegen spricht einiges. Wichtige moderne Errungenschaften und öffentliche Dienstleistungen wie Wasserleitungen, sauberes Trinkwasser überhaupt, Stromversorgung, Abfallentsorgung und Kanalisation sind in den Städten einfacher und in größerem Umfang verfügbar als auf dem Land.

26 Vgl.: Anuario Estadístico de 2008. La Paz 2009. Die Zahlen sind Vorausberechnungen.

27 Víctor Vacaflares: Migración interna e intraregional en Bolivia. Una de las caras del neoliberalismo. Revista Aportes Andinos N° 7. Globalización, migración y derechos humanos. Quito 2003. S. 2. (Eigene Übersetzung)

Tabelle 4: Öffentliche Dienstleistungen / Vergleich Stadt-Land (in %)

	Stadt	Land
Leitungswasser*	95	39
Elektrizität*	89	47
Kanalisation*	56	4
Trinkwasser**	96	69
Sanitäreanlagen**	54	22

Quelle: Anuario estadístico de América Latina y El Caribe, 2009. Santiago de Chile 2010.
 * Angabe für 2008.
 ** Angabe für 2006.

Studien belegen, dass auch die Armut in den Städten geringer ist. CEPAL ermittelte im Jahr 2007 für Bolivien 41 Prozent Arme in der Hauptstadtregion, 45 Prozent in den Städten insgesamt, und 76 Prozent im ländlichen Raum. Als extrem arm galten danach 15 Prozent der Hauptstädter (Städter insgesamt: 17 Prozent) und 59 Prozent der Landbewohner.²⁸ Mit der Migration wird ländliche Armut in die Städte verlagert, in der Tendenz nimmt diese dort aber offensichtlich ab. Absolut lebt die Mehrzahl der armen Bolivianer in den städtischen Zentren, doch ihr Anteil an der Bevölkerung ist dort geringer als auf dem Land. Zudem sinkt die Armut auf dem Land langsamer als in den Städten.²⁹ Anderson belegt anhand von Ergebnissen des MECOVI-Surveys 1999, dass es Zuwanderern in den Städten relativ schnell gelingt, wirtschaftlich Fuß zu fassen.

»Etwas weniger als ein Fünftel sagte, sie seien aus ländlichen in städtische Regionen migriert, weil sie nach Arbeit suchten. Sie schienen dabei

28 Der MECOVI-Survey von 2002 ermittelte für den ländlichen Raum ein jährliches Haushaltseinkommen von knapp 8.240 Bolivares, das entspricht einem Pro-Kopf-Einkommen von 1.898 Bolivares (277,90 US-\$). Die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen sind groß: Im Altiplano erreicht das jährliche Haushaltseinkommen weniger als 60 Prozent der Einnahmen in den Valles und in den Yungas. Dabei werden landesweit nur 52 Prozent des Einkommens durch die landwirtschaftliche Produktion erzielt, der Rest stammt aus anderen Quellen – Lohnarbeit, Handel, remesas. Je größer der Anteil des Einkommens aus der Landwirtschaft, desto ärmer ist der Haushalt. Im Altiplano mit seinem hohen Anteil an Indigenen ist die Bedeutung der Landwirtschaft als wichtigste Einnahmequelle größer als in den anderen Regionen, d. h. die Bauern dort sind ärmer. Vgl. Elisabeth Jimenez Zamora: La diversificación de los ingresos rurales en Bolivia. In: *Íconos. Revista de Ciencias Sociales*. Quito 10(2007)29.

29 Vgl.: José Blanes: Bolivia: las áreas metropolitanas en perspectiva de desarrollo regional. In: *VillaLibre*. Cochabamba 1(2007)1. S. 41.

recht erfolgreich zu sein, denn lediglich 4,8 Prozent von ihnen suchten eine Woche vor dem Survey immer noch nach Arbeit. Das durchschnittliche Monatseinkommen derjenigen, die arbeiteten, lag bei 1080 Bs. Das ist fast das gleiche wie die 1092 Bs., die städtische Arbeiter im Durchschnitt beziehen. Das ist ziemlich beeindruckend, wenn man bedenkt, dass die Migranten eine beachtlich geringe Bildung haben. Zum Beispiel hat keiner der Migranten einen Universitätsabschluss, während 14,1 Prozent aller städtischen Arbeiter einen solchen haben.«³⁰ Zumeist finden die neuen Stadtbewohner Arbeit im informellen Bereich. 2007 wies die Statistik ein Drittel der Beschäftigten als Selbständige aus, das ist die größte Gruppe unter den Berufstätigen.

Die Wohnverhältnisse, die Gesundheitsversorgung und auch die Bildungssituation sind in den Städten besser als auf dem Land. Hygiene, Medizin, Bildung bilden wesentliche Einflussfaktoren für die Bevölkerungsentwicklung, und für sozialen Fortschritt überhaupt. Es ist daher nicht überraschend, dass die Städte bei entscheidenden demographischen Kennziffern bessere Werte aufweisen als das Land: Die Säuglingssterblichkeit ist niedriger, ebenso die Fertilität, und die Lebenserwartung ist deutlich erhöht. Von 1950 bis 2009 stieg die durchschnittliche Lebenserwartung eines Neugeborenen um 26 Jahre.³¹ Dieser Anstieg findet seine Begründung hauptsächlich in der Verbesserung der hygienischen Bedingungen und der medizinischen Versorgung – und das trifft vor allem auf die Städte zu.

Andererseits konzentriert sich in den Städten auch die Bevölkerung mit der besten schulischen Ausbildung. Die Stadtbevölkerung hat weit bessere Bildungsmöglichkeiten, schon weil dort entsprechende Angebote leichter erreichbar sind. So dauert der Bildungsweg der Bewohner urbaner Zonen im Durchschnitt zehn Jahre, auf dem Land dagegen nur fünf.³² Es ist daher naheliegend, dass in besonderem Maße Landbewohner mit guter Schulbildung in die Städte migrieren, da der ländliche Raum kaum adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Die Alphabetisierungsquote hat sich in Bolivien in den letzten 35 Jahren kontinuierlich verbessert, doch ist auf dem Land der Anteil derjenigen, die nicht lesen und schreiben können, mit 18 Prozent immer noch dreimal so hoch wie in den Städten. Weit deutlicher ist diese Bildungsschere

30 Lykke E. Anderson: Rural-Urban Migration in Bolivia. Advantages and Disadvantages. La Paz 2002. S. 10. (Eigene Übersetzung)

31 Vgl.: América Latina y el Caribe. Observatorio demográfico. Mortalidad. Vol 2(2007)4.

32 Vgl.: Instituto Nacional de Estadística (INE): Actualidad estadística nacional. Estadísticas e indicadores sociodemográficos del Estado Plurinacional de Bolivia. 6 de agosto de 2009. Diese Zahlen umfassen sowohl die Schul- als auch die höhere Ausbildung.

zwischen Stadt und Land bei den Frauen: Unter den Landfrauen beträgt die Analphabetenquote 25 Prozent, gegenüber 8 Prozent der Städterinnen.³³

Die Migration vom Land in die Stadt bringt für die Mehrzahl der Migranten also einen Gewinn an Lebensqualität, und generell bescherte der Urbanisierungsprozess Bolivien einen Modernisierungszuwachs. Mit Blick auf diese Entwicklungsprozesse gelangt Lykke E. Anderson zu dem Schluss, dass die Urbanisierung die »Lösung für viele Probleme des Landes«³⁴ sein könnte und zitiert das »Das Kommunistische Manifest« als Beleg für die positiven Seiten der Verstädterung. »Die Bourgeoisie hat das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen. Sie hat enorme Städte geschaffen, sie hat die Zahl der städtischen Bevölkerung gegenüber der ländlichen in hohem Grade vermehrt und so einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dem Idiotismus des Landlebens entrisen.«³⁵ Andersen plädiert für eine forcierte Urbanisierung, die allerdings weit geplanter ablaufen müsste, als das bisher der Fall ist. Der gezielte Ausbau der Infrastruktur könne helfen, einige von Boliviens Problemen zu lösen. Eine moderne städtische Infrastruktur mit Elektrizität, Wasserversorgung, Schulen und Gesundheitsversorgung sei auf dem Lande nicht in diesem Maße umsetzbar.

Die interne Migration

Migration³⁶, d. h. der dauerhafte Wechsel des Wohnortes, ist in Bolivien mitnichten ein neues Phänomen, und schon gar keines des 20. Jahrhunderts. Die Inkas praktizierten ein *mitmaqkuna* genanntes System der planmäßigen Umsiedlung ganzer Ortschaften in neu eroberte Regionen ihres Reiches. Diese Umsiedlung war eine Maßnahme der altperuanischen Herrscher zur Verbreitung und Sicherung ihres Einflusses; sie sicherte die Kontrolle über Land

33 Vgl.: Ebenda.

34 Lykke E. Anderson: Rural-Urban Migration in Bolivia. Advantages and Disadvantages. La Paz 2002. S. 2.

35 Karl Marx / Friedrich Engels: Manifest der kommunistischen Partei. In: MEW. Bd. 4. Berlin 1959. S. 466.

36 Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Bolivien seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch von einer nennenswerten Emigration betroffen ist. Man schätzt, dass mittlerweile 2,5 Millionen Bolivianer außerhalb des Landes leben. Allein seit 2000 hat eine Million Menschen das Land verlassen. Die bolivianischen Emigranten leben vor allem in Argentinien, Spanien, den USA und Brasilien. Ihre Geldüberweisungen (*remesas*) stellen inzwischen eine wichtige Einnahmequelle für die Entwicklung des Landes dar. Die Höhe der jährlichen *remesas* wird mit einer Milliarde US-Dollar angegeben, 21 Prozent davon fließen in die schulische Ausbildung der Kinder. Vgl. Bolivia, Migración, Remesas y Desempleo. In: Comercio Exterior. Santa Cruz de la Sierra 16(2008)159.

und Untertanen und trieb zudem die Kolonisierung neuer Landstriche voran. Die Umgesiedelten hatten die Aufgabe, den Unterworfenen ihre Kultur und ihre Sprache, das *Quechua*, zu vermitteln. Bei der *Quechua* sprechenden Bevölkerung, die heute noch in der Andenregion siedelt, liegt die Vermutung nahe, dass es sich (zumindest zum Teil) um Nachfahren ursprünglich von den Inkas umgesiedelter Gruppen handelt.

Während der spanischen Kolonialherrschaft und später in der Republik Bolivien blieb die hohe Mobilität der indigenen Bevölkerung erhalten, auch wenn die spanische Kolonialverwaltung versuchte, diese einzuschränken. Der Silberbergbau um Potosí brauchte Arbeitskräfte, die im großen Umkreis der Bergwerke (zwangs)rekrutiert wurden. Die fruchtbaren Täler von Cochabamba zogen ebenso Umsiedler an – dort konzentrierte sich die landwirtschaftliche Produktion, die die Bergbauregionen mit Lebensmitteln versorgte. Nach Gründung der Republik gab es ähnliche Wanderungsbewegungen, je nachdem in welcher Region welche Ressourcen genutzt wurden: Zinnbergbau im Hochland (Oruro, Potosí), Chinarinde oder Gummi im tropischen Tiefland von Beni und Santa Cruz. Die Migrationsströme waren jedoch eher marginal und bewegten sich mehrheitlich in den Grenzen des *eje troncal*, der zentralen Besiedlungsachse. Die Tieflandzonen im Osten bildeten lange, wie schon zur Zeit der Inkas, eine Art natürliche Siedlungsgrenze und waren fast menschenleer. Noch 1950 lebte in den östlichen Departements Santa Cruz, Beni, Tarija und Pando, auf 62 Prozent des Territoriums, gerade einmal ein Sechstel der Bolivianer.

Nach der Revolution von 1952, aber vor allem ab den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts bekamen die Migrationsprozesse im Land eine neue Dynamik. Die Erschließung der Erdöl- und Erdgasindustrie und die Entwicklung einer modernen, leistungsfähigen Landwirtschaft in Santa Cruz zogen Arbeitskräfte an. Es gab des Weiteren Bemühungen, dieses Departement mittels einer planmäßigen landwirtschaftlichen Kolonisierung zu erschließen. Diese Umsiedlungen in neu erschlossene Regionen sollten auch helfen, Druck aus den landarmen Departements im Westen zu nehmen, wo die rückständige Landwirtschaft kaum noch in der Lage war, die Menschen zu ernähren.

Doch vor allem die strukturellen und wirtschaftlichen Veränderungen der 1980er Jahre haben die Migration in besonderem Maße forciert, die Schließung von Minen und anderen Betrieben infolge der sogenannten »Relokalisierung« setzte massenhaft Arbeitskräfte frei.³⁷ Beim Zensus 2001 stellte man

37 Vacaflores hat berechnet, dass bis 1990 160.000 Beschäftigte von Minen, Fabriken und öffentlichen Einrichtungen entlassen wurden. Víctor Vacaflores: Migración interna e intraregional en Bolivia. Una de las caras del neoliberalismo. Revista Aportes Andinos N° 7. Globalización, migración y derechos humanos. Quito 2003. S. 2.

fest, dass 15 Prozent der Bevölkerung von der Migration betroffen sind.³⁸ Angesichts der nach wie vor anhaltenden hohen Mobilität stellt sich die Frage nach grundlegenden Aussagen über die Akteure, Ursachen und Ziele der Binnenwanderung.

Hinsichtlich der Ziele der Migration wird im Allgemeinen ein einheitliches Szenarium der Bevölkerungsentwicklung in Bolivien gezeichnet, das vornehmlich als eine Binnenwanderung in West-Ost-Richtung, oder um präziser zu sein, vom Altiplano ins Tiefland, beschrieben wird. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass die Departements Pando, Santa Cruz, Tarija und Cochabamba einen Wanderungsgewinn verzeichnen, während Potosí, Oruro, Chuquisaca und Beni Einwohner an andere Departements verlieren. Damit scheint sich im Wesentlichen die These von der ausgeprägten West-Ost-Richtung der Migration zu bestätigen. Das Gros der Emigranten stellen La Paz und Cochabamba, gut ein Drittel aller Binnenwanderungen geht von diesen Departements aus. Andererseits zieht es auch zahlreiche Migranten nach Cochabamba, das an zweiter Stelle der aufnehmenden Departements steht.³⁹

Bei genauer Betrachtung lässt sich eine massive Wanderung vom Hochland ins östliche Tiefland jedoch nicht feststellen, die Wanderungsströme sind weit vielfältiger. Santa Cruz ist nach absoluten Zahlen zweifellos der Migrationsgewinner. Auf dieses Departement entfallen die mächtigsten Wanderungsströme. Beim Zensus von 2001 wurden mehr als 200.000 Migranten gezählt, von denen knapp drei Viertel immigrierten. In den Jahren von 1996 bis 2001 waren acht Prozent der Einwohner zugewandert. Ähnlich große Migrationsbewegungen hat nur noch Cochabamba zu verzeichnen und, wenn auch in etwas geringem Umfang, La Paz. Allerdings ist bei beiden Departements der Wanderungssaldo weniger ausgeprägt; im Fall von La Paz ist dieser außerdem negativ.

Zwar ist Santa Cruz das Departement, dessen Bevölkerung am stärksten wächst, was nicht zuletzt auf die Zuwanderung aus anderen Landesteilen zurückzuführen ist, die Mehrzahl seiner Immigranten kommt jedoch nicht aus dem Hochland im Westen. Lykke Andersen stellt in ihrer Studie zur Dynamik der Land-Stadt-Migration fest, dass im Jahr 1997 weniger als vier Prozent der Bewohner der Andentäler und des Tieflands Aymara sprachen.⁴⁰ Seit vorkolonialer Zeit dominieren die Aymara das Andenhochland, wäh-

38 Das war eine Steigerung um 6 Prozent, verglichen mit dem Zensus von 1976.

39 Vgl.: Los pueblos indígenas de Bolivia: diagnóstico sociodemográfico a partir del censo del 2001. Santiago de Chile 2005. S. 55f.

40 Vgl.: Lykke E. Andersen: Rural-Urban Migration in Bolivia. Advantages and Disadvantages. La Paz 2002. S. 3.

rend die Quechua bevorzugt die Andentäler besiedelten. Die Aymara haben offensichtlich ihr traditionelles Siedlungsgebiet nicht massenhaft in Richtung Osten verlassen. Auch Mazurek belegt, dass eine direkte Migrationsverbindung West-Ost kaum besteht.⁴¹

Vielmehr bestätigt auch das Migrationsgeschehen in Bolivien eine allgemeine Erkenntnis der einschlägigen Forschung: Je weiter ein Ort entfernt ist, desto seltener ist er Ziel der Abwanderung. Die interne Wanderung erfolgt daher vornehmlich in nahe gelegene Gemeinden und Departements. Die Mehrzahl der Hochlandbewohner wandert nicht nach Santa Cruz, sondern in andere Hochlandregionen bzw. in die tropischen Zonen von La Paz und Cochabamba. Eine weiträumige Migration ist eher die Ausnahme.

Die Tabelle 5 zeigt den dauerhaften Wohnsitz im Vergleich zum Wohnsitz vor fünf Jahren, erfasst also sowohl den Herkunftsort von Migranten als auch das Migrationsziel. So lebten z. B. von den 466.600 Menschen, die 1996 im Departement Chuquisaca wohnten, fünf Jahre später 421.896 immer noch dort. Knapp 45.000 Einwohner haben das Departement verlassen, davon 25.193 in Richtung Santa Cruz, mehr als 8.000 wanderten nach Tarija.

Zusammengefasst zeigt sich mit Blick auf die Wanderung über Departementengrenzen hinaus folgendes Bild: Vornehmlich wanderten Bewohner aus

- La Paz nach Santa Cruz, Cochabamba und Oruro,
- Chuquisaca nach Santa Cruz, Tarija und Cochabamba,
- Cochabamba nach Santa Cruz, La Paz und Oruro,
- Oruro nach Cochabamba, La Paz und Santa Cruz,
- Potosí nach Cochabamba, Santa Cruz, Chuquisaca und La Paz,
- Tarija nach Santa Cruz,
- Santa Cruz nach Cochabamba, La Paz und Tarija,
- Beni nach Santa Cruz, La Paz und Cochabamba,
- Pando nach Beni, La Paz, Santa Cruz.⁴²

Auch eine Differenzierung der Wanderung nach Provinzen zeigt deutlich, dass es in Bolivien keine eindeutige Wanderungsrichtung gibt, sondern die Migration geografisch recht differenziert verläuft.⁴³ Die zehn Provinzen mit

41 »Die interne Migration in Bolivien hat nicht viel zu tun mit einem Modell von »kommunizierenden Röhren« von Westen nach Osten. Viele Faktoren müssen in Betracht gezogen werden, um die dominierende Wanderung zu bestimmen.« Hubert Mazurek: Three pre-concepts regarding the internal migration in Bolivia. In: Revista de Humanidades y Ciencias Sociales. Santa Cruz de la Sierra 3(2007). S. 14.

42 Die Angaben aus dem Zensus von 2001 beziehen sich auf den aktuellen dauerhaften Wohnsitz der in den Herkunftsdepartements geborenen Personen. Die Reihenfolge der Zieldepartements ist auch die Rangfolge ihrer Bedeutung.

43 Die folgenden Angaben zu den Wanderungsbewegungen auf Provinzebene stützen sich auf die statistischen Daten von CELADE, Proyecto MIALC. 2004. <http://www.eclac.cl>

Tabelle 5: Migration zwischen den Departements (Zensus 2001)

aktueller Wohnsitz/ Departement	Wohnsitz vor 5 Jahren/ Departement										Total
	Chuquisaca	La Paz	Cochabamba	Oruro	Potosí	Tarija	Santa Cruz	Beni	Pando		
Chuquisaca	421.896	2.886	2.763	1.255	12.875	2.825	7.068	558	62	62	452.188
La Paz	2.391	2.004.482	12.702	8.677	6.181	2.722	11.019	6.481	746	746	2.055.401
Cochabamba	4.305	25.807	1.152.537	17.356	21.330	2.233	15.897	4.051	338	338	1.243.854
Oruro	724	7.866	6.011	321.140	6.021	567	2.536	259	37	37	345.161
Potosí	3.152	3.679	4.996	3.755	588.424	1.678	3.211	232	17	17	609.144
Tarija	8.376	4.099	2.655	1.214	7.056	300.585	6.769	424	35	35	331.213
Santa Cruz	25.193	30.387	43.753	6.916	13.204	8.446	1.573.251	18.251	377	377	1.719.778
Beni	428	6.976	3.179	401	611	288	8.182	284.524	2.067	2.067	306.656
Pando	135	1.382	553	126	135	137	574	5.073	34.081	34.081	42.196
Total	466.600	2.087.564	1.229.149	360.840	655.837	319.481	1.628.507	319.853	37.760	37.760	7.105.591

Quelle: CEPAL.

den in absoluten Zahlen höchsten Wanderungsgewinnen liegen in fünf verschiedenen Departements, die Hälfte davon im Westen. Die drei Provinzen mit dem größten absoluten Migrationszuwachs sind Andrés Ibañez (Santa Cruz), Quillacollo (Cochabamba) und Murillo (La Paz), wobei es sich bei Andrés Ibañez und Murillo⁴⁴ um die beiden Provinzen handelt, die mit 203.000 bzw. 185.000 Migranten die umfangreichsten Wanderungen zu verkraften haben.

Im Fall der Provinz Andrés Ibañez ergibt sich folgendes Bild: Die größte Immigrantengruppe, immerhin ein Viertel, wohnte früher in anderen Provinzen desselben Departements. Ein Fünftel wanderte aus Cochabamba zu, vor allem aus der Provinz Cercado, aus der 14 Prozent aller Migranten kommen. Bei knapp einem Fünftel handelt es sich um Paceños, vornehmlich aus Murillo (16 Prozent). Jeweils etwa 10 Prozent der Zuwanderer lebten vorher in den Nachbardepartements Chuquisaca und Beni.

Die Provinz Murillo in La Paz profitierte ebenfalls in hohem Maße von der Zuwanderung aus anderen Provinzen des eigenen Departements, aus denen ein Drittel aller Zuwanderer stammt. Andererseits gibt es auch eine nennenswerte Immigration aus Cochabamba und Oruro sowie aus Santa Cruz, nämlich aus Andrés Ibañez. Allerdings fällt der Migrationssaldo der beiden Provinzen zuungunsten Murillos aus: Die Provinz verliert fast dreimal so viele Bewohner an Andrés Ibañez wie sie von dort gewinnt. Es ist naheliegend, dass es sich bei den Auswanderern aus Murillo vor allem um Einwohner der Stadt La Paz handelt, wohingegen es die Einwanderer vornehmlich in die prosperierende Nachbarmetropole El Alto zieht.

Die Ströme der Binnenwanderungen führen in verschiedene Richtungen, es gibt nicht wenige Provinzen, die sowohl eine große Zahl von Migranten anziehen als auch abstoßen. Selbst Chuquisaca, Oruro und Potosí, die zu den Departements mit den größten Bevölkerungsverlusten durch Migration zählen, haben Provinzen, die in großem Umfang Einwanderer anziehen.⁴⁵ Die stärksten Wanderbewegungen weisen allerdings in Richtung Santa Cruz, und dort vornehmlich in die Provinz Andrés Ibañez, in der auch die Departementhauptstadt Santa Cruz de la Sierra liegt – das Hauptziel der Migranten. Man kann also schwerlich von einer eindeutigen West-Ost-Wanderung in Bolivien sprechen. Vielmehr verläuft der Hauptstrom der internen Migration nach Santa Cruz, und zwar aus allen Himmelsrichtungen.

44 In diesen beiden Provinzen befinden sich die Hauptstädte der jeweiligen Departements.

45 Dabei handelt es sich um Oropeza (Chuquisaca), Cercado (Oruro) und Tomás Frías (Potosí). Da in diesen Provinzen die Departementhauptstädte liegen, profitieren sie von der nach wie vor stark ausgeprägten Land-Stadt-Wanderung.

Mazurek weist anhand der Metropolen La Paz, El Alto, Cochabamba und Santa Cruz gleiche Tendenzen nach. So gewinnt Cochabamba Einwohner aus den benachbarten Hochlandgemeinden, verliert aber selbst an das Tiefland. La Paz ist die einzige der drei Städte, die absolut Einwohner verliert, was den geografischen und wirtschaftlichen Bedingungen geschuldet ist.⁴⁶ 51 Prozent der Paceños, die ihre Stadt verlassen, wandern in die Metropolen El Alto, Cochabamba und Santa Cruz. Die Hälfte der neuen Bewohner von Santa Cruz kommt wiederum aus den Städten La Paz, Cochabamba, Oruro, Sucre, Trinidad (Beni), Montero (Santa Cruz) und Camiri (Santa Cruz), also nicht ausschließlich aus dem Hochland. Die Stadt verliert selbst an nahe gelegene ländliche Gebiete und an El Alto.⁴⁷

Grundsätzlich folgt die Binnenwanderung einem recht einheitlichen Muster: Migranten zieht es vor allem in nahe Regionen, zudem bevorzugen sie ähnliche Orte. Städter zieht es häufiger in Städte, Landbewohner eher wieder aufs Land. Außerdem werden Orte und Regionen bevorzugt, die der eigenen Kultur zuzuordnen sind.⁴⁸

Die Land-Stadt-Wanderung vollzieht sich meist etappenweise:

- zunächst vom Land in die nächste Stadt
- und von dort in eine größere Stadt bzw. ein Kolonisierungsgebiet.

Die Wanderungen aus dem urbanen in den ländlichen Raum sind generell verhältnismäßig selten.

Es ist in Bolivien nicht ungewöhnlich, dass Migranten über mehrere Wohnsitze verfügen; sie halten also nicht selten auf diese Weise die Beziehung zu ihrer Herkunftsgemeinde und Kultur aufrecht.⁴⁹ Diese Praxis hat im Land eine lange Tradition.

Die Ursachen für den dauerhaften Wechsel des Wohnortes sind vielfältig. Andersen ermittelt den Wunsch nach einer besseren Beschäftigung, aber auch Bildungsabsichten, die in den Städten umgesetzt werden sollen. Zudem spielen familiäre Gründe eine Rolle.⁵⁰ Stearman weist in ihrer Untersuchung zu Santa Cruz darauf hin, dass Hochlandbewohner zu 50 Prozent des besseren Verdienstes wegen in die Stadt kommen, wohingegen für die Migranten

46 La Paz hat aufgrund seiner Lage keine Möglichkeit mehr, seine Fläche zu vergrößern. Darüber hinaus mangelt es der Stadt an Beschäftigungsmöglichkeiten.

47 Vgl.: Hubert Mazurek: Three pre-concepts regarding the internal migration in Bolivia. S. 6f.

48 Vgl.: Ebenda. S. 7; Ally MacLean Stearman: Camba and Kolla. Migration and Development in Santa Cruz. Orlando 1985. S. 190f.

49 Vgl.: Hubert Mazurek: Three pre-concepts regarding the internal migration in Bolivia. S. 7

50 Vgl.: Lykke E. Anderson: Rural-Urban Migration in Bolivia. Advantages and Disadvantages. La Paz 2002. S. 10ff.

aus dem Tiefland mitunter ebenso die urbane Struktur wichtig ist.⁵¹ Für das Municipio La Paz wird ebenfalls angenommen, dass gut ausgebildete Migranten zum einen auf eine Anstellung in der Verwaltung oder der Politik und zum anderen Zuwanderer aus armen Regionen auf bessere Beschäftigung hoffen. Letztere nutzen bei der Migration auch häufiger familiäre Netze.⁵²

Die Spezifik der Arbeitsangebote bedingt Unterschiede in den Migrationszielen von Männern und Frauen. Männer zieht es mehr ins Hochland oder in die neu kolonisierten Regionen. Frauen, die in stärkerem Maße im Dienstleistungssektor und im Handel tätig sind, bevorzugen die Städte.⁵³ Garfías/ Mazurek können ein solches Besiedlungsmuster selbst in der Metropole El Alto nachweisen. Dort leben Frauen häufiger in Zonen mit einem hohen Anteil von Beschäftigten im tertiären Sektor oder dort, wo eine Nachfrage nach Hausangestellten besteht. Die Männer siedeln sich dagegen überdurchschnittlich häufig an der Peripherie an, in Vierteln, die neu erschlossen sind bzw. über ein Angebot an industriellen Arbeitsplätzen verfügen.⁵⁴ Einen geschlechtsspezifischen Unterschied hinsichtlich der Mobilität gibt es nicht, lediglich die Richtung der Migration unterscheidet sich bei Männern und Frauen.

Diese geschlechtsspezifische Ansiedlung zeigt bereits Folgen: In den Kolonisierungsgebieten im Tiefland herrscht ein starker Männerüberschuss. Dagegen fehlen Männer in weiten Teilen des Hochlands.⁵⁵ Das könnte in der Zukunft zu einem Ungleichgewicht in der Bevölkerungsentwicklung führen.

Ähnliche Verzerrungen im Bevölkerungsaufbau der Departements gibt es auch hinsichtlich der Altersstruktur. Bei den Migranten handelt es sich vorwiegend um junge Menschen. Zwei Fünftel von ihnen sind zwischen 15 und 45 Jahre alt, hinzu kommen 30 Prozent Kinder von 5 bis 14 Jahren. Es wandern also vor allem junge Familien. Ältere sind unterdurchschnittlich vertreten. Das führt zu einer schrittweisen Alterung der Regionen, aus denen emigriert wird, wohingegen sich aufnehmende Regionen verjüngen. 64 Prozent der Migranten sind indigener Herkunft.

51 Vgl.: Allyn MacLean Stearman: Camba and Kolla. Migration and Development in Santa Cruz. Orlando 1985. S. 40ff.

52 Vgl.: Atlas Sociodemográfico del Municipio de La Paz. La Paz 2006. S. 21.

53 Vgl.: Ebenda. S. 12.

54 Vgl.: Sandra Garfías / Hubert Mazurek: El Alto desde una perspectiva poblacional. La Paz 2005. S. 28f.

55 Vgl.: Hubert Mazurek: Three pre-concepts regarding the internal migration in Bolivia. S. 12.

Exkurs 2: Indigene Völker

Der hohe Anteil der *indígenas* an der Bevölkerung bestimmt die Richtung und das Ausmaß der demographischen Entwicklung entscheidend mit. Allerdings gestaltet es sich bereits zum Problem, zu bestimmen, wer zu den indigenen Völkern gehört und, darauf aufbauend, wie hoch deren Anteil an der Bevölkerung tatsächlich ist. In Bolivien spricht man heute von den *pueblos indígenas y originarios*⁵⁶, den indigenen und ursprünglichen Völkern, und es scheint, als hätte sich ihre Zahl in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich verringert. Der Zensus von 2001 ermittelte ihren Anteil an der Bevölkerung mit 49,95 Prozent. Noch neun Jahre zuvor waren 11 Prozent mehr Indigene gezählt worden. Eine CEPAL-Studie ordnete die Ergebnisse des Zensus von 2001 neu und bestimmte den Anteil der Indigenen mit 66 Prozent.⁵⁷ Man muss also bei den Angaben der Volkszählung von 2001 in Betracht ziehen, dass die Zahl der Indigenen möglicherweise zu gering angegeben wurde. Es bleibt abzuwarten, welchen Einfluss die politischen Veränderungen in Bolivien auf die Selbstidentifikation der Befragten bei dem in diesem Jahr geplanten Zensus haben werden.

56 Unter den indigenen und ursprünglichen Völkern versteht man in Bolivien die Gruppen, die von Völkern abstammen, die bereits vor der Konquista innerhalb der Grenzen des heutigen Boliviens siedelten und die eine gemeinsame Geschichte, Sprache, gemeinsame Bräuche sowie gesellschaftliche Organisationsformen und andere kulturelle Merkmale besitzen. Sie sind mit ihren Siedlungsgebieten im Sinne sozialräumlicher Strukturen verbunden (ursprüngliche Völker) bzw. sie zeichnen sich durch soziale, kulturelle, politische und ökonomische Institutionen sowie eine enge Verbindung an ein Territorium (indigene Völker) aus. Vgl. Instituto Nacional de Estadística (INE): Bolivia: Características Sociodemográficas de la Población Indígena. La Paz 2003. S. 22. Nach dieser Definition gehören die Gruppen der Amazonasregion zu den indigenen und die des Andenraums und der Region Chaco-Amazonas zu den ursprünglichen Völkern.

57 Vgl.: CEPAL: Los pueblos indígenas de Bolivia: diagnóstico sociodemográfico a partir del censo del 2001. Santiago de Chile 2005. Der Zensus legte drei Kriterien fest, anhand derer die Bestimmung der Indigenen erfolgte: 1. Die Sprache, die gesprochen wird; 2. Die Sprache, in der man sprechen lernte; 3. Die Selbstzuordnung zu einem indigenen Volk. Die CEPAL-Studie stellte bei der Anwendung ihrer ethnisch-linguistischen Kriterien, die auf den INE-Daten beruhen, die gesellschaftliche Realität Boliviens in Rechnung. Bei der Selbstzuordnung zu einem kolonisierten, gesellschaftlich und sozial marginalisierten Volk spielen natürlich auch immer verschiedene psychologische und politische Aspekte eine Rolle, im positiven wie im negativen Sinne. So stellten die Autoren fest, dass Bolivianer indigener Herkunft, die in gemischten Haushalten leben, sich mehrheitlich nicht mehr zu den Indigenen zählen. Auch die Autoren des INE räumten ein, dass es eine »beachtliche Zahl in der indigenen Bevölkerung gibt, die sich selbst keinem ursprünglichen oder indigenen Volk zuordnet«. Diese Personen erscheinen in der Statistik dann als nichtindigen. Vgl. INE. Bolivia: Características Sociodemográficas de la Población Indígena. La Paz 2003. S. 145.

Von den 36 indigenen Völkern, die heute in Bolivien leben, sind die Quechua und Aymara die beiden größten Gruppen, deren Anteil an den Indigenen zusammen 90 Prozent ausmacht. Die Chiquitano, Guaraní und Mojeño als nächstgrößere Gruppen haben jeweils nur einen prozentualen Anteil an der indigenen Bevölkerung von weniger als fünf Prozent.

Tabelle 6: Anteil der indigenen Bevölkerung nach Departements (in Prozent)⁵⁸

Department	Anteil
Potosí	81
Cochabamba	69
Chuquisaca	65
Oruro	61
La Paz	60
Santa Cruz	22
Tarija	19
Beni	14
Pando	12

Quelle: INE. Bolivia: Características Sociodemográficas de la Población Indígena. La Paz 2003.

Die indigene Bevölkerung wuchs im letzten Jahrhundert langsamer als der bolivianische Durchschnitt: Von 1,51 Millionen im Jahr 1900 stieg ihre Zahl bis zum Jahr 2001 auf 4,13 Millionen.

Die Gruppe der *pueblos indígenas y originarios* lässt sich im Vergleich mit der nichtindigenen Bevölkerung folgendermaßen beschreiben:⁵⁹

Indigene leben seltener in Städten.

2001 lebten 45 Prozent von ihnen in urbanen Zentren. Der Urbanisierungsgrad variiert je nach Region sehr stark; die Spanne reicht von 62 Prozent in Santa Cruz bis zu 24 Prozent in Potosí.

⁵⁸ Zur Verteilung der verschiedenen indigenen Völker vgl. Karte 3 im Anhang.

⁵⁹ Vgl.: Instituto Nacional de Estadística (INE): Bolivia: Características Sociodemográficas de la Población Indígena. La Paz 2003; Instituto Nacional de Estadística (INE): Bolivia: Características Sociodemográficas de la Población. La Paz 2003.

Die Kindersterblichkeit und Fruchtbarkeit sind höher.

2001 bekamen indigene Frauen durchschnittlich 4,96 Kinder (Nichtindigene 3,56), im ländlichen Raum 6,29. Die Kindersterblichkeit war mit 75 je 1.000 Geburten ebenfalls überdurchschnittlich hoch (Nichtindigene: 52), im ruralen Raum lag der Wert sogar bei 94.

Die Schulbildung ist schlechter.

Ein Fünftel der *indigenas* konnte 2001 nicht lesen und schreiben, gegenüber 4,5 Prozent der Nichtindigenen. Der Bildungsweg von nichtindigen Bolivianern dauert fast doppelt so lange wie der von indigenen. Davon ausgehend, dass ein Schulbesuch von höchstens drei Jahren nur unzureichende Lese- und Schreibkenntnisse vermittelt, muss man den Anteil der funktionalen Analphabeten unter den Nachfahren der bolivianischen Ureinwohner mit 38 Prozent beziffern, wobei die Spanne zwischen Stadt und Land groß ist. Den höchsten Anteil an funktionalen Analphabeten wiesen 2001 mit fast zwei Dritteln die Frauen im ruralen Raum auf. Mit dem Alter einer Person steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie Analphabet ist.

Indigene sind älter.

Der Anteil der unter 15-Jährigen beträgt etwa 30 Prozent, gegenüber knapp 40 Prozent bei der Gesamtbevölkerung. Lediglich ein Fünftel der *indigenas* in den Städten ist jünger als 15 Jahre.

Im Wanderungsverhalten der beiden größten indigenen Gruppen lassen sich deutliche Unterschiede feststellen. Aymara siedeln vornehmlich in urbanen Regionen und wandern sowohl hauptsächlich in nahe Regionen als auch innerhalb des eigenen Kulturkreises. Sie weisen eine starke regionale Konzentration auf: Vier Fünftel von ihnen leben im Departement La Paz, weitere 13 Prozent in Cochabamba und Oruro.

Die Quechua haben dagegen ihr Siedlungsgebiet in den letzten Jahren erweitert. Jeder Achte von ihnen lebt heute in Santa Cruz, wo dieses Volk mittlerweile die größte indigene Gruppe bildet. Dabei ist festzustellen, dass Quechua im Gegensatz zu den Aymara bevorzugt im ruralen Raum siedeln.⁶⁰ Das lässt aufgrund des unterschiedlichen Altersaufbaus in den städtischen und ländlichen Gebieten den Schluss zu, dass die Gruppe der Quechua im Durchschnitt auch jünger ist als die der Aymara. Der französische Geograph Hubert Mazurek bestätigt das. Im Zusammenhang mit dem Migrationsverhal-

⁶⁰ Vgl.: CEPAL: Los pueblos indígenas de Bolivia: diagnóstico sociodemográfico a partir del censo del 2001. Santiago de Chile 2005. S. 47.

ten von Aymara und Quechua konstatiert er eine zunehmende Überalterung der Siedlungsgebiete der Aymara, während die Quechua in größerem Maße in »jungen« Regionen leben »Doch die kulturelle Konsequenz ist ebenfalls deutlich, (...). 56 Prozent der Aymara sprechenden Bevölkerung leben in dieser Zone mit einer starken Migration und einem Alterungsprozess, während Quechua und andere Indigene hauptsächlich in aufnehmenden Zonen mit einem ausgewogenen Anteil junger Menschen in den Municipios leben.«⁶¹ Das, so Mazurek, könnte in stark urbanisierten Zonen der Aymara Probleme für deren kulturelle Entwicklung bringen.

Unterschiedliche Entwicklung in den Regionen

Die Migration bedingt tief greifende Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung in den verschiedenen Regionen Boliviens.

Tabelle 7: Ausgewählte demographische Kennziffern nach Departements

	Jährl. Wachstum der Bevölkerung (in %)	Lebenserwartung bei der Geburt	Fertilität (Kinder je Frau)	Kindersterblichkeit (pro Tausend)
Potosí	0,50	60,56	4,32	61,66
Oruro	0,76	63,21	3,17	51,89
La Paz	1,51	66,43	3,11	42,78
Chuquisaca	1,53	65,15	3,85	45,66
Beni	1,75	67,22	4,05	39,40
Cochabamba	2,11	64,81	3,37	46,33
Tarija	2,53	68,69	3,07	35,45
Santa Cruz	2,99	68,44	3,27	36,05
Pando	3,80	66,63	4,22	41,07

Quelle: INE 2009. Die Angaben sind Vorausberechnungen für das Jahr 2009.

Die Ergebnisse der Tabelle 7 lassen sich vereinfachend zusammenfassen: Die Departements im Osten des Landes haben bessere demographische Kennziffern vorzuweisen: Die Kindersterblichkeit ist niedriger und die Lebenserwartung höher als im Westen. Zwar ist die Fruchtbarkeit unterschiedlich hoch – in Beni und Pando liegt sie über dem Landesdurchschnitt, in Santa Cruz und Tarija darunter – doch verdeutlicht das lediglich, dass die demo-

⁶¹ Hubert Mazurek: Three pre-concepts regarding the internal migration in Bolivia. S. 13.

graphische Transition auch im Osten Boliviens nicht gleichförmig verläuft. Eines haben diese vier Departements gemeinsam: Der Anteil der indigenen Bevölkerung ist eher gering. Das verschafft ihnen, neben der forcierten Wirtschaftsentwicklung mit der Öl- und Gasindustrie, einen weiteren Entwicklungsvorteil.

Worin dieser Vorteil besteht, lässt sich am Beispiel von Potosí verdeutlichen. Potosí ist offensichtlich in vielerlei Hinsicht – ökonomisch, sozial, demographisch – das Problemdepartement des Landes. Außer dem Bergbau, der seine Blütezeit lange hinter sich hat, und einer rückständigen, kärglichen Landwirtschaft bietet es kaum Beschäftigungsmöglichkeiten. Potosí hat das niedrigste jährliche Bevölkerungswachstum Boliviens, was vor allem in den großen Bevölkerungsverlusten infolge der hohen Emigration begründet liegt. Zwischen 1996 und 2001 hat ein Zehntel der Bevölkerung das Departement verlassen. Zwar gab es Zuwanderungen, aber die Zahl der Immigranten betrug nur ein Drittel der Emigranten. Das Departement weist den niedrigsten Urbanisierungsgrad und mit 81 Prozent den höchsten Prozentsatz der indigenen Bevölkerung auf. Diese beiden Kennziffern markieren zwei negative Einflussgrößen auf die Bevölkerungsentwicklung. Die ruralen Zonen zeigen generell rückständigere demographische Verhältnisse, was mit den ökonomischen und sozialen Entwicklungsrückständen korrespondiert: Eine meist wenig effektive landwirtschaftliche Produktion, schlechte Wohnverhältnisse (nicht selten ohne sanitäre Einrichtungen), ein eingeschränkter Zugang zu schulischer Ausbildung und zu medizinischer Betreuung. Diese Defizite sind in der indigenen Bevölkerung noch stärker ausgeprägt. Das Departement Potosí hat die höchste Fertilität, die höchste Kindersterblichkeit und die geringste Lebenserwartung sowie nach Chuquisaca die zweithöchste Analphabetenrate. Zudem ist in keinem Departement die Armut so groß wie dort. Einer Studie zufolge, die sich auf Daten des Zensus von 2001 stützt, gelten zwei Drittel der Bewohner Potosís als extrem arm.⁶²

Die Departements des sogenannten »Halbmonds« weisen sowohl in wirtschaftlichen als auch in sozialen Kenngrößen bessere Werte auf. Schoop kann mit Hilfe des Indexes der menschlichen Entwicklung (HDI) den Entwicklungsvorsprung dieser Departements belegen. So hatte der HDI in Tarija infolge der guten wirtschaftlichen Entwicklung bereits in den 1970er/ 1980er Jahren deutlich zugenommen. Auch ist der Anteil der Bevölkerung, deren Grundbedürfnisse nicht erfüllt werden können, in diesen Regionen geringer. Die kreolisch geprägten Zentren schneiden hier am besten ab.⁶³ Santa Cruz

62 Vgl.: Pobreza y desigualdad en municipios de Bolivia. Estimación del gasto combinando el Censo 2001 y las encuestas de hogares. La Paz 2006. S. 20ff.

63 Vgl.: Wolfgang Schoop: Regionale Disparitäten in Bolivien. Ausdruck einer unharmonischen

und Pando sind neben Cochabamba die Departements mit dem vergleichsweise geringsten Anteil an armer Bevölkerung. Für das Jahr 2001 heißt das, dass in diesen Departements jeweils mehr als 60 Prozent der Menschen in Armut leben.⁶⁴

Allerdings ist es grundsätzlich der Fall, dass die ruralen Zonen die geringste Entwicklung und die schlechtesten Werte der demographischen Struktur haben. Das gilt ausnahmslos für alle Departements. Jedoch zeigen sich deutliche Unterschiede bezüglich der Ungleichheit von Stadt und Land. Pando und Beni sind die beiden Departements mit der geringsten Ungleichheit. Gemessen an der extremen Armut beträgt die Differenz zwischen den urbanen und den ruralen Zonen »nur« 13 Prozent. Die größte Ungleichheit weisen die ärmsten (Chuquisaca, Potosí) und die reichsten (Cochabamba, Santa Cruz) Departements auf. So gelten 13 Prozent der Stadtbewohner in Santa Cruz als extrem arm, gegenüber 67 Prozent der Landbewohner des Departements.⁶⁵

Auf diese armen ländlichen Zonen wirken die städtischen Zentren wie ein Sog. Mit der Abwanderung junger, leistungsfähiger Leute vor allem aus den alten Bergbauregionen besteht die Gefahr einer weiteren Verzerrung der demographischen Struktur. Eine solche kündigt sich mit der Alterung ruraler Regionen im Andenraum, die vornehmlich von Indigenen bewohnt werden, bereits an. Eine Folge der Migration zeigt sich auch in Pando, dem Departement mit der höchsten Einwanderungsquote gemessen an der Zahl der Bevölkerung. In den letzten 25 Jahren hat sich die Bevölkerungszahl mehr als verdoppelt. Ein Ergebnis der Zuwanderung in die Kolonisierungsgebiete des Departements ist ein deutlicher Männerüberschuss, fast 55 Prozent der Bewohner Pandos sind Männer.⁶⁶

Entwicklung. In: Franziska Bopp / Georg Ismar: Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin 2006. S. 413ff.

64 Vgl.: Pobreza y desigualdad en municipios de Bolivia. Estimación del gasto combinando el Censo 2001 y las encuestas de hogares. La Paz 2006. S. 20ff. Tarija und Beni befinden sich hier im »Mittelfeld« mit mehr als 70 Prozent unter der Armutsgrenze. Die ärmsten Departements sind Chuquisaca und Potosí mit einem Anteil von mehr als 80 Prozent Armen.

65 Vgl.: Ebenda. Generell hat sich die Armut in Bolivien seit 2001 verringert. Für 2007 ermittelte die CEPAL 15 Prozent extreme Armut in den Metropolen (17 Prozent übrige urbane Regionen) und 59 Prozent im ländlichen Raum. Vgl. Panorama social de América Latina 2009. Santiago de Chile 2010.

66 Instituto Nacional de Estadística (INE): Actualidad estadística departamental. Estadísticas e indicadores socioeconómicos del departamento de Pando. 24 de septiembre 2009. S. 1.

Der demographische Umbruch dauert an

Der verspätete Beginn der demographischen Transition in Bolivien ist ein Ausdruck der wirtschaftlichen und sozialen Rückständigkeit des südamerikanischen Landes. Seit Mitte des letzten Jahrhunderts hat Bolivien entscheidende Schritte in der demographischen Modernisierung zurückgelegt, doch bleibt es in wichtigen Kennziffern nach wie vor hinter den meisten lateinamerikanischen Staaten zurück.

Daran hat auch die forcierte wirtschaftliche Entwicklung im Departement Santa Cruz ab den 1950er Jahren nicht viel geändert, da diese Industrialisierung für das gesamte Land nur punktuell blieb. Das Tempo und die Richtung der weiteren demographischen Veränderungen werden von dem ökonomischen Modernisierungspotential Boliviens abhängen. Die Regierung von Evo Morales hofft, mit der Rückgewinnung der Souveränität über den Ressourcenreichtum (Erze, Gas, Öl, Lithium) der Armut und der Rückständigkeit Paroli bieten zu können. Die Entwicklungsdynamik liegt weiterhin im Osten des Landes, der mit Santa Cruz das wirtschaftliche Zentrum stellt und Hauptziel innerer Wanderungsströme ist. Die Politik zur Kolonisierung des Tieflands verweist auf den offiziellen Willen, vor allem diese Landesteile zu entwickeln.⁶⁷ Das könnte aber bedeuten, dass der Westen Boliviens von dieser Förderung nicht in gleichem Maße profitiert. Insbesondere für den ländlichen Raum der Andenregionen hieße das, dass der Entwicklungsrückstand dieser heute schon wirtschaftlich und demographisch rückständigen

67 Die Regierung der Bewegung zum Sozialismus (*Movimiento al Socialismo* – MAS) hat ähnliche Umsiedlungen in Angriff genommen, wie es sie bereits in den 1950/1960er Jahren gab. Diese neuerliche Kolonisierungsanstrengungen werden in der bolivianischen Presse kontrovers diskutiert. Dabei spielen die Erfahrungen mit bisherigen Aktionen dieser Art eine Rolle, auch werden Umweltschäden durch die weitere Abholzung der Wälder befürchtet. Zudem unterstellen Kritiker der Regierung, mit der Ansiedlung von Hochlandbewohnern ihre politische Basis im Tiefland verbreitern zu wollen. Selbst wenn die Kolonisierungspläne auch einem solchen Kalkül folgen sollten, muss festgestellt werden, dass Migranten in den Tieflanddepartements keine homogene Gruppe sind. Wie Kirshner anhand der Haltung zur Autonomie für Santa Cruz de la Sierra nachweist, sind die politischen Auffassungen der so genannten Collas, d. h. der aus dem Hochland stammenden Cruzeños, durchaus sehr differenziert. Die Befürwortung bzw. Ablehnung einer Autonomie des Departements wird in nicht geringem Maße auch von der sozialen Stellung des Migranten bestimmt. Vgl. dazu: Joshua Kirshner: Migrants' Voices: Negotiating Autonomy in Santa Cruz. In: *Latin American Perspectives*. Riverside 37(2010)4. S. 108-124. Zu den aktuellen Umsiedlungen vgl.: Roberto Navia: La colonización causa heridas imborrables. <http://www.eldeber.com.bo/2009/2009-08-09/vernotaahora.php?id=090808200310>; Teresa Flores Bedregal: La colonización de Pando. http://www.diarionuevosur.com/index.php?option=com_content&view=article&id=6695&catid=3:opinion (Abruf 24.08.2010).

Bereiche sich weiter vergrößern würde. Letztlich würde das zur Entvölkerung dieser Landesteile führen.

Doch es bleibt festzuhalten, dass das größte Problem für das Land weiterhin in den enormen sozialen Unterschieden besteht; nicht allein zwischen den Departements, sondern auch zwischen Stadt und Land und den verschiedenen Völkern (Indigene – Nichtindigene). Es bleibt abzuwarten, wie sich die politischen Veränderungen im Land auf die wirtschaftliche Entwicklung der verschiedenen Regionen und damit auf die weitere Modernisierung in der Bevölkerungsentwicklung auswirken. Der demographische Umbruch in Bolivien steht erst an seinem Anfang.

Literatur

- Andersen, Lykke E.: Rural-Urban Migration in Bolivia. Advantages and Disadvantages. La Paz 2002.
- Anuario estadístico de América Latina y El Caribe, 2009. Santiago de Chile 2010.
- Atlas Sociodemográfico del Municipio de La Paz. Una lectura Sociodemográfica desde la Organizaciones de Territoriales de Base. La Paz 2006.
- Bagavos, Christos / Martin, Claude: Sinkende Geburtenraten, Familienstrukturen und politische Reaktionen. ÖIF-Materialiensammlung Heft 10. Wien 2000.
- Barragán, Rossana: Cuidanía y elecciones, convenciones y debates. In: Barragán, Rossana/ José Luis Roca: Regiones y poder constituyente en Bolivia. Una historia de pactos y disputas Cuaderno de Futuro N° 21. La Paz 2005.
- Barragán, Rossana: Hegemonías y »Ejemonías«: las relaciones entre el Estado Central y las Regiones (Bolivia, 1825-1952). In: Íconos. Revista de Ciencias Sociales. Quito 12(2009)34. S. 39-51.
- Barragán, Rossana: Oppressed or Privileged Regions? Some Historical Reflections on the Use of State Resources. In: John Crabtree/ Laurence Whitehead: Unresolved Tensions: Bolivia Past and Present. Pittsburgh 2008. S. 83-103.
- Blanes, José: Bolivia: las áreas metropolitanas en perspectiva de desarrollo regional. In: VillaLibre. Cochabamba 1(2007)1.
- Bolivia. Migración, Remesas y Desempleo. In: Comercio Exterior. Santa Cruz de la Sierra 16(2008)159.

Boletín demográfico. Urbanización y evolución de la población urbana de América Latina 1950-1990. Santiago de Chile 2001.

Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL): Boletín demográfico. América Latina y el Caribe: El envejecimiento de la población. Santiago de Chile 36(2003)72.

CEPAL: América Latina y el Caribe. Observatorio demográfico. Mortalidad. Santiago de Chile 2(2007)4.

CEPAL: CELADE, proyecto MIALC. 2004. <http://www.eclac.cl>

CEPAL: Los pueblos indígenas de Bolivia: diagnóstico sociodemográfico a partir del censo del 2001. Santiago de Chile 2005.

Estudio de tendencias y perspectivas del sector forestal en América Latina. Informe de la subregión amazónica. Departamento de montes, Organización de las Naciones Unidas para la agricultura y la alimentación. Roma 2005.

Flores Bedregal, Teresa: La colonización de Pando. http://www.diarionuevosur.com/index.php?option=com_content&view=article&id=6695&catid=3:opinion

Garfías, Sandra/ Mazurek, Hubert: El Alto desde una perspectiva poblacional. La Paz 2005.

Gray Molina, George: Ethnic Politics in Bolivia: 'Harmony of Inequalities' 1900-2000. Oxford 2007.

Gordon, Gretchen/ Luoma, Aaron: Petróleo y gas: la riqueza ilusoria debajo de sus pies. In: Jim Shultz/ Melissa Crane Draper (Hg.): Desafiando la globalización. La Paz 2008.

Haug, Sonja: Klassische und neuere Theorien der Migration. Arbeitspapiere Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Nr. 30/ 2000.

Instituto Nacional de Estadística (INE): Actualidad estadística nacional. Estadísticas e indicadores sociodemográficos del Estado Plurinacional de Bolivia. 6 de agosto de 2009.

Instituto Nacional de Estadística (INE): Actualidad estadística departamental. Estadísticas e indicadores socioeconómicos del departamento de Beni. 18 de noviembre 2009.

- Instituto Nacional de Estadística (INE): Actualidad estadística departamental. Estadísticas e indicadores socioeconómicos del departamento de Chuquisaca. 25 de mayo 2009.
- Instituto Nacional de Estadística (INE): Actualidad estadística departamental. Estadísticas e indicadores socioeconómicos del departamento de Cochabamba. 14. de septiembre 2009.
- Instituto Nacional de Estadística (INE): Actualidad estadística departamental. Estadísticas e indicadores socioeconómicos del departamento de La Paz. 16 de julio 2009.
- Instituto Nacional de Estadística (INE): Actualidad estadística departamental. Estadísticas e indicadores socioeconómicos del departamento de Oruro. 10 de febrero de 2009.
- Instituto Nacional de Estadística (INE): Actualidad estadística departamental. Estadísticas e indicadores socioeconómicos del departamento de Pando. 24 de septiembre 2009.
- Instituto Nacional de Estadística (INE): Actualidad departamental. Estadísticas e indicadores socioeconómicos del departamento de Potosí. 10 de noviembre 2009.
- Instituto Nacional de Estadística (INE): Actualidad estadística departamental. Estadísticas e indicadores socioeconómicos del departamento de Santa Cruz. 24 de septiembre 2009.
- Instituto Nacional de Estadística (INE): Actualidad estadística departamental. Estadísticas e indicadores socioeconómicos del departamento de Tarija. 14 de Abril 2009.
- Instituto Nacional de Estadística (INE): Anuario Estadístico de 2008. La Paz 2009.
- Instituto Nacional de Estadística (INE): Bolivia: Características Sociodemográficas de la Población. La Paz 2003.
- Instituto Nacional de Estadística (INE): Bolivia: Características Sociodemográficas de la Población Indígena. La Paz 2003.
- Instituto Nacional de Estadística (INE): Bolivia: Distribución de la Población. Censo Nacional de Población y Vivienda 2001.
- Jimenez Zamora, Elisabeth: La diversificación de los ingresos rurales en Bolivia. In: Íconos. Revista de Ciencias Sociales. Quito 10(2007)29. S. 63-76.
- Kirshner, Joshua: Migrants' Voices: Negotiating Autonomy in Santa Cruz. In: Latin American Perspectives. Riverside 37(2010)4. S. 108-124.
- Kröhnert, Steffen: Bevölkerungsentwicklung in Lateinamerika. Online-Handbuch Demografie. <http://www.berlin-institut.org>

- Kröhnert, Steffen: Migrationstheorien. Online-Handbuch Demografie. <http://www.berlin-institut.org>
- Lebhart, Gustav: Internationale Migration. Hypothesen, Perspektiven und Theorien. In: Demographie aktuell. Nr. 19. Berlin 2002.
- Leda García, Carmen: Urbanización, pobreza y redistribución espacial de la población boliviana. In: Nova Scripta. Revista Electrónica de Geografía y Ciencias Sociales. Universidad de Barcelona N° 45 (32). 1 de agosto de 1999.
- Lema Garrett, Ana María: A peripheral Country: North-South Internal Conflicts in Bolivia. In: Revista de Humanidades y Ciencias Sociales. Santa Cruz de la Sierra 4(1998)2. (Engl. von Julio H. Cole).
- Longhena, Maria / Alva, Walter: Die Inka und weitere bedeutende Kulturen des Andenraumes. Erlangen 1999.
- Löscher, Katrina / Lamberg, Christina: Geburten vor der demografischen Transition. Rückständigkeit im historischen Vergleich: Europa im 19. Jahrhundert und Entwicklungsländer nach 1950. Linz 2009. http://www.wsg-hist.uni-linz.ac.at/LVSandgruber/SS%202009/Seminar/Lamberg_Loescher.pdf
- MacLean Stearmin, Allyn: Camba and Kolla. Migration and Development in Santa Cruz. Orlando 1985.
- MacLean Stearmin, Allyn: Colonization in Santa Cruz, Bolivia. A Comparative Study of Yapacaní and San Julián Projects. In: Schmink, Marianne / Wood, Charles H. (Hrsg.): Frontiers Expansion in Amazonia- Gainesville (Florida) 1984. S. 231-260.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW. Bd. 4. Berlin 1959.
- Mazurek, Hubert: Three pre-concepts regarding the internal migration in Bolivia. In: Revista de Humanidades y Ciencias Sociales. Santa Cruz de la Sierra 3(2007). (Engl. von Jeremy Jordan)
- Monheim, Felix / Köster, Gerrit: Die wirtschaftliche Erschließung des Departements Santa Cruz (Bolivien) seit der Mitte des 20. Jahrhunderts. Wiesbaden 1982.
- Münz, Rainer / Ulrich, Ralf E.: Demografischer Übergang – Theorie und Praxis. Online-Handbuch Demografie. <http://www.berlin-institut.org>
- Münz, Rainer: Fertilität und Geburtenentwicklung. Online-Handbuch Demografie. <http://www.berlin-institut.org>

Navia, Roberto: La colonización causa heridas imborrables. <http://www.el-deber.com.bo/2009/2009-08-09/vernotaahora.php?id=090808200310>

Panorama social de América Latina 2009. Santiago de Chile 2010.

Pobreza y desigualdad en municipios de Bolivia. Estimación del gasto combinando el Censo 2001 y las encuestas de hogares. La Paz 2006.

Pueblos indígenas y originarios de Bolivia. <http://www.amazonia.bo>

Querejazu Calvo, Roberto: Bolivia y su población. <http://www.bolivia.gov.bo>

Roca, José Luis: Regionalism revisited. In: John Crabtree/ Laurence Whitehead: Unresolved Tensions: Bolivia Past and Present. Pittsburgh 2008. S. 65-82.

Respuestas al cuestionario del Comité de Protección de los Derechos de todos los trabajadores migratorios y de sus familiares (cmw/c/bol/1) sobre el informe inicial presentado por el Estado boliviano de conformidad con el artículo 73 de la convención. o.O. 2008.

Rodríguez, Jorge / Busso, Gustavo: Migración interna y desarrollo en América Latina entre 1980 y 2005 Un estudio comparativo con perspectiva regional basado en siete países. Santiago de Chile 2009.

Sandoval, Carmen Dunia: La migración interna y externa. o.O. o.J. http://pasoc.org.bo/index.php?option=com_docman&task=cat_view&Itemid=73&gid=41&limitstart=15

Sandoval, Carmen Dunia: Santa Cruz: economía y poder, 1952-1993. La Paz 2002.

Schoop, Wolfgang: Regionale Disparitäten in Bolivien. Ausdruck einer unharmonischen Entwicklung. In: Bopp, Franziska / Ismar, Georg: Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin 2006. S. 403-426.

Teijero V., José: Regionalización y diversidad étnica cultural en las tierras bajas y sectores del subandino amazónico y platense de Bolivia. La Paz 2007.

Urquiola, Miguel / Andersen, Lykke E. u.a.: Geography and Development in Bolivia. Migration, Urban and Industrial Concentration, Welfare and Convergence: 1959-1992. A Study for the Inter-American Bank Development Research Network. La Paz 1999.

Vacaflares, Víctor: Migración interna e intraregional en Bolivia. Una de las caras del neoliberalismo. Revista Aportes Andinos N° 7. Globalización, migración y derechos humanos. Quito 2003. <http://www.uasb.edu.ec/padh>

Vargas, Martín: Migración Municipal en Bolivia: Un Enfoque Espacial. München 2005. MPRA Paper No. 6109. <http://mpra.ub.uni-muenchen.de/6109/>

Winter, Johannes: Regionalentwicklung durch Agrarkolonisation? Erfahrungen aus Bolivien. In: Bolivia - Berichte und Analysen, Nr. 146, S. 42-45. http://www.ssoar.info/ssoar/files/2008/207/winterj_bolivia_agrarian%20colonization.pdf

SVEN SCHALLER

Ländliche Armut, Dualismen und die indigene Frage

Ein halbes Jahrhundert Agrarreform in Bolivien

Einleitung

Bolivien weist nach wie vor eine der höchsten Indizes ländlicher Armut in Lateinamerika aus. Im Jahr 2006 galten nach Angaben der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (*Comisión Económica para América Latina y el Caribe*, CEPAL) 76,6 Prozent der ländlichen Bevölkerung als arm. 62,3 Prozent der Landbevölkerung befanden sich gar in extremer Armut.¹ Die Ursachen dafür liegen vorwiegend in der niedrigen Produktivität der Landwirte, ihren geringen Kapitalreserven und in der Kleinstparzellenstruktur begründet. Dem gegenüber stehen einige einflussreiche Großgrundbesitzerfamilien, die mit ihrem Einkommen zu den reichsten Personen Boliviens gehören. Entsprechend ungleich ist die Besitzstruktur. Während 90 Prozent der Eigentümer weniger als elf Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Landes kontrollieren, besitzen die restlichen zehn Prozent der Eigentümer 89 Prozent des Bodens.²

Dieser Dualismus sowohl beim Landbesitz als auch bei den Einkommen kennzeichnet normalerweise frühkapitalistische Gesellschaften. Bolivien hingegen gilt als das Land, dessen 1953 begonnene Agrarreform bezogen auf die Umverteilungen von Boden als eine der weitreichendsten in ganz Lateinamerika angesehen wird. Durch ihren oftmals widersprüchlichen Cha-

1 Vgl.: Comisión Económica para América Latina (CEPAL): Panorama social de América Latina 2007. Santiago de Chile 2007. S. 317-318 und Tabelle 4 des statistischen Anhangs, zitiert in: Cristóbal Kay: La persistencia de la pobreza rural en Honduras, Nicaragua y Bolivia. Un fracaso del neoliberalismo. In: Nueva Sociedad Vol. 223, September-Oktober 2009. S. 106.

2 Vgl.: Cristóbal Kay: La persistencia de la pobreza rural en Honduras, Nicaragua y Bolivia. S. 108.

rakter setzte sie allerdings Prozesse in Gang, die bis heute die nationale Integrität gefährden. Vor allem im so genannten *Oriente* und hinsichtlich der Forderungen der Indigenen ist die Landfrage immer noch einer der zentralen Punkte auf der politischen Agenda Boliviens.

Obwohl die bolivianische Agrarreform in zahlreichen wissenschaftlichen Abhandlungen analysiert wurde³, ist es auch über ein halbes Jahrhundert später schwierig, einen Überblick über die Reform und deren Auswirkungen zu erhalten. Das liegt zum einen an der schlechten und oft widersprüchlichen statistischen Basis, zum anderen am relativ kleinen Zeitfenster, um die Langzeitfolgen bewerten zu können.

Dieser Artikel soll dazu beitragen, diese Lücke zumindest teilweise zu schließen und zugleich thematische Problemstellungen für weitere Forschungsarbeiten zu geben. Es werden in einem interdisziplinären Ansatz sowohl die Hintergründe der Reform von 1953 und deren Verlauf dargestellt, als auch auf die Ursachen und Folgen eingegangen. Dabei liegt ein Hauptaugenmerk auf der Frage, inwiefern sich die Struktur der bolivianischen Landwirtschaft durch die Reform geändert hat. Im Angesicht der aktuellen Probleme, die sich durch die hohe ländliche Armut bei gleichzeitig stark heterogener Besitzverteilung ergeben, analysiert der Text, warum die Agrarreform in Bolivien keine Lösung der seit Jahrhunderten bestehenden Agrarfrage brachte.

Drei Dualismen, die sich durch die gesamte Agrarpolitik Boliviens bis heute ziehen, stehen im Mittelpunkt der Untersuchung: 1) Groß- vs. Kleinbesitz; 2) *Sierra* vs. *Oriente*; 3) legaler vs. illegal erworbener Landbesitz.⁴ Es ist vor allem die Interrelation dieser drei gegensätzlichen Entwicklungen, die es praktisch unmöglich macht, die Gestaltung der Landwirtschaft in der Zukunft zu prognostizieren. Denn die gegensätzlichen Interessen von Minifundistas, indigenen Völkern und kapitalistischen Großbetrieben scheinen nur durch politische Entscheidungen zum Ausgleich gebracht werden zu können.

3 Vgl. z. B.: Danilo Paz Ballivián / Hernán Zaballos Hurtado: Diagnóstico de la reforma agraria boliviana. 50 años de reforma agraria en Bolivia. La Paz 2003; Jorge Echazú Alvarado: Los problemas agrario campesino de Bolivia. La Paz 1983; Shlomo Eckstein: Land Reform in Latin America. Bolivia, Chile, Mexico, Peru and Venezuela. Washington 1978; Dwight Braley Heath / Charles John Erasmus / Hans Christian Buechler: Land Reform and Social Revolution in Bolivia. New York 1969; Arturo Urquidi Morales: Bolivia y su reforma agraria. Cochabamba 1969; Raúl Alfonso García: Diez años de reforma agraria en Bolivia. 1953-1963. La Paz 1963; Roberto Pérez Patón: La reforma agraria en Bolivia. Sus resultados. La Paz 1961.

4 Es ließen sich weitere Dualismen wie traditionelle Landwirtschaft vs. moderne Bewirtschaftung, Subsistenzlandwirtschaft vs. Exportorientierung, Mischanbau vs. Monokultur, Landwirtschaft als Voll- bzw. Nebenbeschäftigung, Bewirtschaftung nach indigener Kosmovision vs. kapitalistische Marktlogik usw. anführen, die jedoch allesamt in eine der drei genannten Kategorien subsumiert werden können.

Entsprechend setzen sich die Konfliktlinien der Landwirtschaft, in der noch immer etwa 40 Prozent der bolivianischen arbeitsfähigen Bevölkerung beschäftigt sind, im politischen Diskurs fort. Während die Kleinlandwirte und indigenen Gemeinden die Bewegung zum Sozialismus (*Movimiento al Socialismo*, MAS) unterstützen, stehen die landwirtschaftlichen Großgrundbesitzer hinter der konservativen Bewegung. Im Ergebnis entwickelt sich ein Teufelskreis: Die Landwirtschaft wirkt stark auf die Politik, die ihrerseits wieder starken Einfluss auf die Landwirtschaft und ihre Struktur besitzt.

Nach dem Wahlerfolg von Evo Morales im Dezember 2005 und dem Amtsantritt im Januar 2006 lagen die Hoffnungen der armen Landwirte und indigenen Völker auf einer veränderten Agrarpolitik. Aber es zeigte sich bald, dass es auch unter der neuen Regierung keine radikale Enteignung des Großgrundbesitzes geben würde. Vielmehr fokussierte der MAS auf die Regulierung der Eigentumsrechte und eine (im makroökonomischen Sinne) unveränderte Fortsetzung der bisherigen Agrarpolitik. Beispielsweise plante die MAS-Regierung, nicht Großgrundbesitz als solchen, sondern nur »unproduktive Latifundien« zu enteignen. Dieses Ziel fand sich wortwörtlich bereits 1953 im Agrarreformgesetz der Nationalistischen Revolutionsbewegung (*Movimiento Nacionalista Revolucionario*, MNR). Zudem tragen zahlreiche Dekrete einen widersprüchlichen Charakter, überschneiden sich mit anderen Gesetzen oder laufen diesen direkt zuwider.

Die Hoffnungen der in Armut lebenden Landwirte auf eine neue Agrarreform zu ihren Gunsten schwanden mit der Annahme der neuen Verfassung, die das Privateigentum als unantastbar betrachtet. Auch das am 25. Januar 2009 abgehaltene Referendum über die Maximalgröße von landwirtschaftlichem Besitz wird zu keiner Strukturveränderung von Boliviens Landwirtschaft führen. Zwar entschied sich das bolivianische Volk mehrheitlich zugunsten der Variante, Landbesitz auf maximal 5000 Hektar zu begrenzen. Allerdings ist dieser Entscheid nicht rückwirkend. Nur zukünftig dürfe kein neuer Betrieb errichtet werden, dessen Ausmaße 5000 Hektar überschreiten. Es kommt hinzu, dass weiterhin ein Positivrecht zur Förderung der Landwirtschaft, vor allem der Minifundien fehlt. Das Agrarproblem harrt somit auch unter der MAS-Regierung einer Lösung.

Der Artikel ist wie folgt gegliedert. Im ersten Teil wird anhand eines theoretischen Modells aufgezeigt, wie die Struktur der Landwirtschaft die Produktivität und damit die Beschäftigung und die Einkommen bedingt. Das zweite Kapitel gibt einen Überblick über die Landwirtschaft Boliviens bis zur Agrarreform. Die Reform von 1953 wird im dritten Kapitel analysiert. Das vierte Kapitel untersucht die Auswirkungen der Umverteilungen und die weitere Entwicklung der Landwirtschaft bis etwa 1990. Die neoliberal-

len Strukturmaßnahmen im Landwirtschaftssektor werden im fünften Kapitel untersucht. Der sechste Teil widmet sich der aktuellen Entwicklung seit 2006.

1. Modell zur Besitzstruktur, Produktivität und Armut in der Landwirtschaft

Um ein Modell der Landwirtschaft Boliviens zu entwerfen, ist es wichtig, zunächst auf einige Besonderheiten im Zusammenhang mit den klassischen Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital näher einzugehen. Zum besseren Verständnis sollen die Variablen entsprechend der Situation vor der bolivianischen Agrarreform in der Sierra gewählt werden. Das heißt, folgende Annahmen liegen dem Modell zugrunde:

- Land ist knapp und sehr ungleich verteilt;
- Arbeit(skraft) ist nicht knapp;
- Technologie/Kapitalausstattung spielt eine untergeordnete Rolle.

Die erste Feststellung, dass gute, fruchtbare Böden nur begrenzt zur Verfügung stehen, hat direkte Konsequenzen, wenn die in einem gewissen Gebiet lebende Bevölkerung wächst. Denn durch den höheren Bedarf an Lebensmitteln müssen die neu hinzugekommenen Arbeiter immer neue, in der Regel weniger fruchtbare Böden erschließen. Da der zusätzliche Input an Arbeit auf den knapper werdenden Böden aber weniger zusätzlichen Output erzielt, sinkt zwangsläufig die Produktivität. Es wirkt sich das Gesetz abnehmender Grenzerträge⁵ aus, das besagt, dass ein zusätzlicher Arbeitseinsatz auf immer weniger fruchtbarem Land nicht zu parallelen Ertragssteigerungen führt.

Ist der Boden zudem sehr ungleich verteilt, weil wenige Grundbesitzer fast den gesamten Boden kontrollieren, die Mehrheit der Landbevölkerung dagegen nur kleinste Parzellen, dann erhöht sich der Druck auf den Faktor Boden weiter. Weil nämlich der Großgrundbesitzer in der Regel sein Land extensiv nutzt und nicht an einer Ausweitung seiner Produktion interessiert ist, sind die zusätzlichen Bevölkerungsteile gezwungen, auf immer kleineren und unfruchtbareren Flächen immer länger für ihr Überleben zu arbeiten. Entsprechend sinkt deren Produktivität.

5 Dieses Gesetz wird oft missverständlich »Gesetz der abnehmenden Erträge« genannt. Die hier verwendete Bezeichnung beschreibt jedoch genauer dessen Charakter.

Das Problem ließe sich zumindest teilweise lösen, indem durch Kapitaleinsatz neue Technologie eingesetzt wird, die die Produktionskurve und Produktivität erhöhen. Allerdings setzt der Großgrundbesitzer diese Technologien nicht ein, solange er über die Ausbeutung der lokalen Arbeitskraft ein ausreichend hohes Einkommen entsprechend seines Lebensstandards verdient. Er ist aufgrund fehlender Konkurrenz (alle Großgrundbesitzer des Landes handeln so) nicht zu solchen Investitionen gezwungen. Die Landwirte ihrerseits können sich diese Innovationen auf ihren Miniparzellen finanziell nicht leisten.

Es ergibt sich aus dem Dargelegten eine relativ stabile Situation mit hohen Einkommen (Renten⁶) auf der einen Seite und miserablen Lebensbedingungen auf der anderen. Erst mit einer Agrarreform besteht die Möglichkeit, die bisher vom Großgrundbesitzer erzielten Renten so umzuverteilen, dass (produktive) Beschäftigung, Ertrag und durchschnittliche Einkommen gesteigert werden.

Ohne näher auf die Herleitung des Modells einzugehen⁷, sei der Prozess einer Agrarreform an folgendem Beispiel erläutert (siehe Grafik 1): Gegeben ist eine Produktionsfunktion (rechts oben)⁸, die in ihrer Form dem Gesetz der abnehmenden Grenzerträge entspricht. Das heißt, bei einem stetig wachsenden Einsatz an Arbeitskräften (x-Achse) erhöht sich der Output (Y) entsprechend dem Graphen: Zunächst ist der zusätzliche Ertrag pro zusätzlich beschäftigten Arbeiter noch relativ hoch. Er flacht sich aber immer weiter ab.

Bei Kenntnis der Kosten der Produktionsfaktoren (Arbeit und Boden) so wie des Outputniveaus lässt sich daraus die Kostenfunktion herleiten.⁹

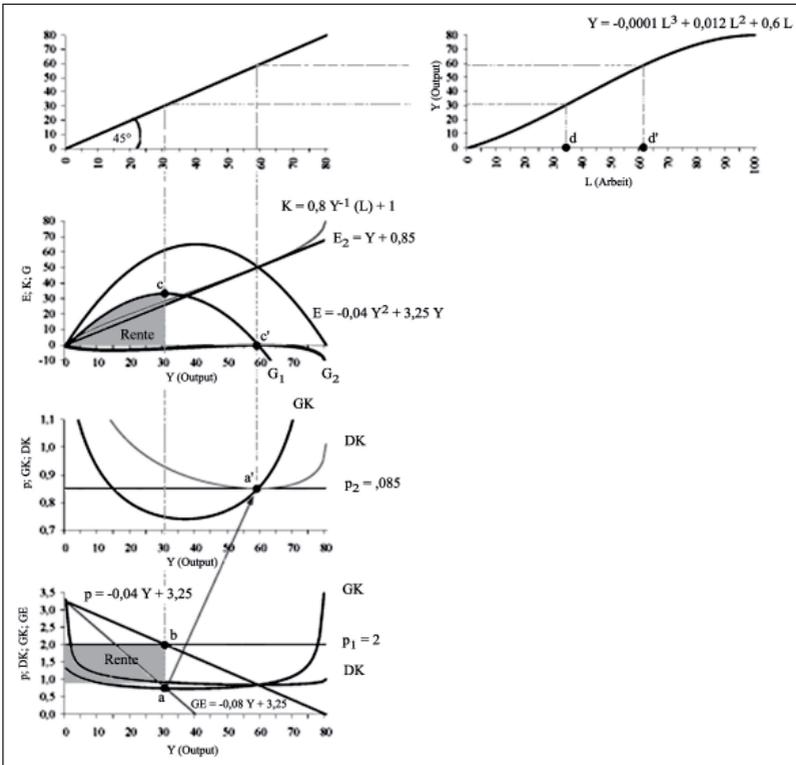
6 Rente ist eine Art Extraprofit aufgrund einer Monopolstellung. Als Rente wird gewöhnlich der Teil eines Einkommens eines Produktionsfaktors (hier Boden) definiert, der über dem Einkommen aus einer anderen Verwendung dieses Produktionsfaktors liegt. Sie wird dadurch erzielt, dass durch ein natürliches (z. B. höhere Bodenfruchtbarkeit) oder politisches Monopol (festgelegte Struktur der Landwirtschaft in Großgrundbesitz) andere Produktionsfaktoren daran gehindert werden, das gleiche Produkt auf gleiche Weise kostengünstig zu produzieren. Es lassen sich verschiedene Arten von Renten unterscheiden. Für die Landwirtschaft von Bedeutung sind vor allem die Differentialrente und die absolute Bodenrente. Vgl.: Sven Schaller: Marginalität und Agrarreform in Peru. Eine Kritik der Size-Yield-Inverse und der politischen Implikationen. Baden-Baden 2007. S. 29-36.

7 Siehe dazu im Detail: Sven Schaller: Marginalität und Agrarreform in Peru. S. 46ff.

8 Im Beispiel $Y = f(L) = -0,0001 L^3 + 0,012 L^2 + 0,6 L$, wobei L der eingesetzten Arbeit entspricht.

9 Für eine detaillierte Darstellung, wie die Kostenfunktion hergeleitet wird, siehe Sven Schaller: Marginalität und Agrarreform in Peru. S. 50-51. Im Beispiel handelt es sich um eine semikapitalistische Hacienda, in der bereits in Geldeinheiten kalkuliert wird.

Grafik 1: Agrarreform – Übergang von Großgrundbesitz zu polypolistischer Produktion



Quelle: Sven Schaller: Marginalität und Agrarreform in Peru. S. 80.

Ein *Hacendado* wird als (regionaler) Monopolist¹⁰ am Landbesitz seine Produktion nur bis zu dem Punkt ausweiten, an dem sich seine Grenzerlöse und seine Grenzkosten schneiden (Punkt a). D. h., obwohl er viel mehr produzieren könnte, wird er nicht mehr als Y_1 -Einheiten eines Produktes herstellen. Da er als einziger Anbieter die Nachfragefunktion kennt, also weiß, wie viele Einheiten er zu welchem Preis absetzen kann, wird er nun den Preis so wählen, dass sich sein Gewinn (grau unterlegte »Rente« in der Grafik unten)

10 Das Modell eines Monopols eignet sich für die Analyse daher am besten, weil die Grundbesitzer eines Landes eher eine einheitliche, z. T. miteinander verwandte Klasse als konkurrierende Oligopolisten darstellen.

maximiert. Das ist bei p_1 Geldeinheiten (Cournotscher Punkt b) der Fall. Er erzielt eine Rente von G_1 Geldeinheiten (Punkt c). Um die Y_1 -Einheiten zu produzieren, benötigt er L_1 -Beschäftigte (Punkt d).

Im Zuge einer Agrarreform wird das Land des Großgrundbesitzers an die Landarbeiter *als Ganzes* gegeben. Es findet also *keine* Parzellierung oder Aufteilung statt, sondern eine gemeinsame Bewirtschaftung des früheren Besitzes des *Hacendados*. Zudem wird unterstellt, dass es weder zu einer Entkapitalisierung (z. B. durch Verkauf von Vieh oder Geräten) noch zu einer Investition in die Produktion (z. B. durch ein Regierungsprogramm, das Hohertragssaatgut bereitstellt) kam. Auch die Technologie bleibt gleich. Das bedeutet, die Produktionsfunktion (rechts oben) ändert sich folglich durch die Agrarreform nicht.¹¹

Durch die Enteignung der Großgrundbesitzer, die ein politisches Monopol innehatten und durch ihre Macht im Land die quasi-feudale Bewirtschaftung gegen Konkurrenz von außen absichern konnten, ändert sich der Charakter der Landwirtschaft grundlegend. Ökonomisch bedeutsam ist der Übergang von einer Monopolstellung hin zu polypolistischer Konkurrenz.¹²

Infolge der neuen Konkurrenzsituation auf dem Markt verschieben sich die optimale Angebotsmenge (Punkt a) und der Monopolpreis (Punkt b) zum langfristigen Betriebsoptimum im Polypol (Punkt a'). Bei einem Output von Y_2 -Einheiten würden die Durchschnittskosten minimal, so dass sich der Marktpreis bei p_2 -Geldeinheiten einpendelt. Der Gewinn verringert sich vom Punkt c zum Punkt c', wo er sich auf null Geldeinheiten belieft.

Der Effekt der Agrarreform und die Aufbrechung des Monopols der Großgrundbesitzer werden sofort deutlich. Der Marktpreis (z. B. für Lebensmittel) hat sich verringert und die Produktion stark erhöht. Volkswirtschaftlich von Bedeutung ist jedoch vor allem der Anstieg der Beschäftigung (von d zu d') und damit der durchschnittlichen Einkommen.

Allerdings – und das wird häufig übersehen – kann es noch immer einen hohen Anteil an Arbeitern geben, die auch nach der Landreform in großer Armut leben, weil deren Wertgrenzprodukt unterhalb des Faktorpreises für Arbeit liegt (nicht dargestellt). Im Beispiel wären davon alle Landarbeiter über dem Optimum von d' Arbeitern betroffen. D. h., alle Arbeitskräfte rechts von d' hätten von der Reform (noch) nicht profitiert. Für diese »unproduktiven« Arbeiter besteht der einzige Ausweg darin, dass durch Kapitaleinsatz

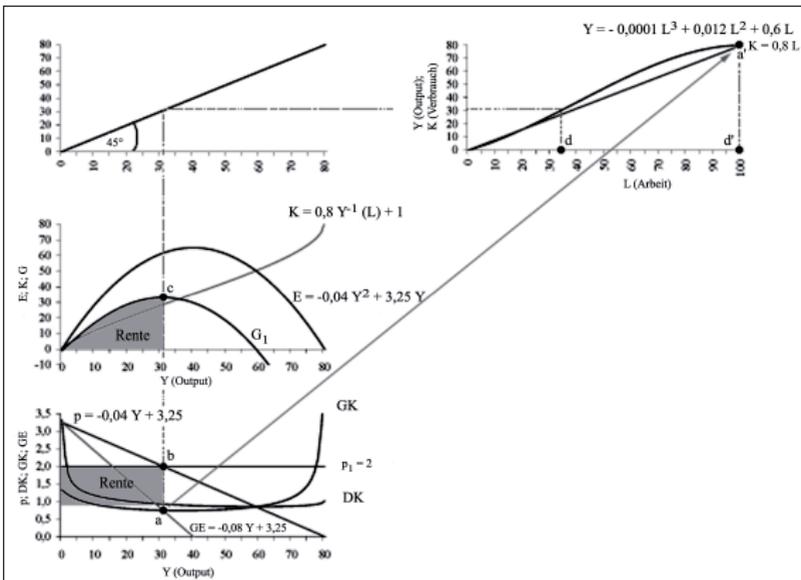
11 Eine wichtige Prämisse, die viele Ökonomen, die zum Thema Agrarreform gearbeitet haben, übersahen. Siehe dazu auch die Ausführungen weiter unten im Text.

12 Genau genommen ergäbe sich eine Konkurrenzsituation zwischen den verschiedenen Gruppen an Landwirten, die die einzelnen Haciendas im Stück übernommen haben.

für neue Technologien beziehungsweise agrobiologische Innovationen die Produktionskurve und somit die Produktivität erhöht wird.

Solange diese Investitionen ausbleiben, muss davon ausgegangen werden, dass im Ergebnis vieler Agrarreformen eher der Übergang von einer Monopolwirtschaft hin zu Subsistenzproduktion betreibenden Minifundistas, die vom Marktgeschehen ausgeschlossen sind, steht. Aufgrund des weltweit¹³ weiterhin hohen Anteils der Bevölkerung, der in der Landwirtschaft arbeitet, bei gleichzeitig extremer Armut in dieser Gruppe ist zu vermuten, dass dieses Szenario sogar überwiegt (siehe Grafik 2).

Grafik 2: Agrarreform – Übergang von Großgrundbesitz zu Subsistenzwirtschaft



Quelle: Sven Schaller: Marginalität und Agrarreform in Peru. S. 81.

Wie gesehen, stellt Punkt a die optimale Produktionsmenge für den Grundbesitzer dar. Im Zuge der Agrarreform werden die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen unter den Landwirten aufgeteilt. Die Rente verschwindet. Wichtig ist

13 Bis auf die historischen Beispiele Japan, Taiwan und Südkorea sind heute praktisch alle Entwicklungsländer – auch die, in denen eine Agrarreform stattfand – davon betroffen.

auch hier zu bemerken, dass die Kapitalausstattung konstant bleibt, weshalb sich die Produktionskurve ebenfalls nicht ändert. Diese Produktionskurve ist jedoch zu niedrig, weshalb im Zuge der Umverteilung nicht alle Landwirte »produktiv« arbeiten. Es gibt vielmehr noch immer einen großen Teil der Landwirte, deren in Geldeinheiten bewertetes Grenzprodukt unterhalb ihrer Subsistenzkosten (in Geldeinheiten) liegt. Da diese Menschen keinen geldwerten Überschuss erwirtschaften können, besteht ihr einziger Ausweg darin, zumindest das Überleben für sich und ihre Familie zu sichern. D. h., sie maximieren die Produktion bis zu dem Punkt, an dem alle Familienangehörigen genug zu essen haben. Der neue optimale Output verschiebt sich in der Grafik von a zu a' .

Das besondere an dieser Situation ist, dass die Produkte der Landwirte (zumindest der »unproduktiven«) nicht mehr gehandelt werden. In der Folge können diese Landwirte natürlich auch keine Geldmittel erwirtschaften, die für Investitionen in produktivitätssteigernde Maßnahmen notwendig wären. Sie bleiben in einer relativ stabilen Armutsfalle gefangen. Ihr Überleben ist durch den Autokonsum weitgehend (außer im Falle von Naturkatastrophen oder der zunehmenden Erosion ihrer Parzellen) gesichert. Aber es gibt kaum Möglichkeiten, aus dieser Situation zu entkommen. Das Problem könnte nur dadurch gelöst werden, dass Kapital in die Landwirtschaft fließt. Mit diesen Investitionen in produktivitätssteigernde Technologie ließe sich die Produktionskurve erhöhen und der Teufelskreis durchbrechen. Da offen ist, woher das Kapital kommen soll (private Investoren, Staat), bleibt als zweite Möglichkeit, die Schaffung von »Investitionen« durch eigene Arbeitsleistungen, wie z. B. das Graben eines Bewässerungskanals. Eine dritte Alternative wäre der Zusammenschluss der Landwirte zu Genossenschaften oder zu einer kommunitären Bewirtschaftung, um auf diese Weise Skaleneffekte zu nutzen. In der Praxis am häufigsten anzutreffen ist hingegen eine vierte Variante: Emigration.

Die vordergründig positive Wirkung der Agrarreform (Mehrbeschäftigung und Produktionserhöhung) erfährt durch die Etablierung eines großen Subsistenzsektors in der Bewertung eine Umkehrung. Das neue landwirtschaftliche System ist stagnierend, arm und rückständig in der Produktionsweise.¹⁴

¹⁴ Angesichts des weltweiten Scheiterns der meisten Agrarreformen, die nach der Enteignung der Großgrundbesitzer die Lösung der Agrarfrage darin sahen, kleine Familienbetriebe zu schaffen, bleibt die Frage offen, ob den Wissenschaftlern in den großen internationalen Entwicklungsorganisationen dieser Zusammenhang verborgen geblieben ist. Zwar gelangten viele Autoren zu der Schlussfolgerung, dass die Aufhebung der Monopolsituation beim Bodenbesitz und die Beseitigung von Renten zu einer Erhöhung der Produktion und der

Eine wichtige Bemerkung zum Schluss. Die Grafiken gehen davon aus, dass der Wandel *ceteris paribus*, d. h. ohne Änderung der anderen Variablen geschieht. Es bleibt also der Kapitalstock des Großgrundbesitzers *als Ganzes* erhalten (z. B. Wasserkanal, Ställe, Vieh) und die Landarbeiter bearbeiten *zusammen* die Flächen des *Ex-Hacendados*. In der Praxis kommt dieser Forderung lediglich eine genossenschaftliche oder kommunitäre Gemeinschaftsproduktion nach.

Im Falle einer Aufspaltung des Kapitalstocks (z. B. Aufteilung des Viehs unter den Landwirten, Zerstörung der Ställe bzw. Wasserkanäle zur Vermeidung von Übervorteilung) und bei der Etablierung kleiner, privater Parzellen statt der großen Felder, verliert das Modell seine Gültigkeit. Die Begründung ist darin zu sehen, dass sich die Produktionskurve (rechts oben) verändert, wegen Übernutzung der Minifundien bei gleichzeitig geringerer Kapitalausstattung erwartungsgemäß nach unten. Der Anteil der »unproduktiven Arbeiter« wäre in diesem Fall noch höher als in der Grafik.

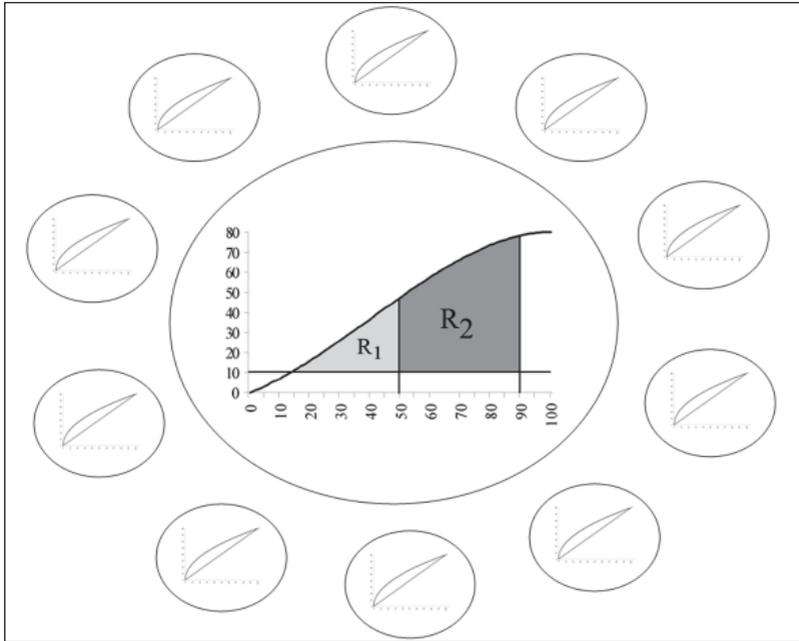
Ein drittes Modell bezieht sich nicht mehr auf Geldrenten abschöpfende Großgrundbesitzer, sondern auf eine feudale, im Produktionsprozess geldlose Gesellschaft. Grafik 3 verdeutlicht die feudale Produktionsweise. Auf einer *Hacienda* werden sämtliche Arbeitskräfte nicht entlohnt, sondern sie erhalten vom Großgrundbesitzer ein Stück Land zur Selbstversorgung. In der Grafik entspricht dies den vielen Subsistenzwirtschaften rings um den zentralen Betrieb des *Hacendados*.

Das Einkommen des Großgrundbesitzers (in Naturaleinheiten) hängt hauptsächlich von der Verfügbarkeit von Arbeitskraft und der Produktionsfunktion (v. a. bestimmt durch die Fruchtbarkeit des Bodens) ab. In der Grafik erzielt der Großgrundbesitzer, wenn er über 50 Arbeitskräfte verfügt, die für ihn einen Frondienst ableisten müssen, eine Rente in Naturalform von R_1 . Bei 90 Arbeitern hingegen erhöht sich die Rente auf R_2 . Entsprechend gäbe es 50 oder 90 kleine Subsistenzflächen für die Fronarbeiter.

Grafik: 3: Feudaler Großgrundbesitz mit Frondienst

Pro-Hektar-Erträge auf den neu geschaffenen Minifundien führen. Aber sie erwähnen erstens nicht, dass dies *ceteris paribus* erfolgen müsse (d. h. mit gleicher Kapitalausstattung wie früher), was häufig infolge von Entkapitalisierung oder Aufteilung nicht passiert. Zweitens ziehen sie nicht in Betracht, dass die Produktionskurve und damit die Produktivität zu niedrig sein könnten, um überhaupt einen Überschuss zu erwirtschaften. Drittens führt die Begründung, die Produktionserhöhung läge am vermehrten Arbeitseinsatz, dahin, dass aufgrund des oben dargelegten Gesetzes des abnehmenden Grenzertrages die Landwirte lediglich unter Selbstausbeutung ihr Überleben sichern können, aber in der Subsistenzproduktion gefangen bleiben. (Siehe mehr zur Debatte über die Größe von Produktionseinheiten, deren Produktivität und die sich daraus ergebenden politischen Implikationen bei Sven Schaller: Marginalität und Agrarreform in Peru.)

Grafik 3: Feudaler Großgrundbesitz mit Fronddienst



Quelle: Eigene Ausarbeitung.

Der Erlös des Grundbesitzers (als Ergebnis der Produktionsfunktion) wird lediglich durch die Kosten für einen Verwalter (parallele Linie, im Beispiel bei 10 Einheiten) geschmälert. Den Rest (graue Fläche) kann er sich in Naturalform aneignen und auf dem Markt (urbane Zentren, Bergwerke) verkaufen. Auf diese Weise monetarisiert er die Naturalrente und kann die dadurch entstandene Geldrente für sein Rentier-Dasein nutzen.

In einer Agrarreform würden die Flächen des Großgrundbesitzers (im Zentrum) enteignet. Den Betrieb als Ganzes könnte eine Genossenschaft oder eine Gruppe an Landwirten übernehmen. Wird er hingegen aufgespaltet, gilt das Gleiche wie in Grafik 2, dass dies eine Änderung der Produktionsfunktion (z. B. durch Entkapitalisierung oder den Verlust von Skaleneffekten etwa bei der Bewässerung) nach sich zieht.

Im Folgenden wird gezeigt, dass die bolivianische Agrarreform in der *Sierra* zu der geschilderten Armutsfalle in Grafik 2 führte, wobei es unwesent-

lich ist, ob eine semikapitalistische *Hacienda*¹⁵ (Grafik 2) oder ein feudaler Grundbesitz (Grafik 3) enteignet wurden, weil es in beiden Fällen zu keiner Erhöhung der Produktionskurve infolge von Investitionen kam. Im Ergebnis stand die Subsistenzproduktion der armen Landwirte. Zugleich brachte aber die Reform auch einen neuen Sektor an Großgrundbesitz wie in Grafik 1 hervor. Dieser befindet sich vorrangig im Oriente.

2. Die bolivianische Landwirtschaft Anfang des 20. Jahrhunderts

Obwohl das Thema des Aufsatzes auf die Entwicklung der Landwirtschaft Boliviens im 20. und 21. Jahrhundert fokussiert, sind ein paar historische Daten notwendig, um den Gesamtkontext besser zu erfassen. Nach der bolivianischen Unabhängigkeit 1825 kam es im Agrarsektor zu keiner Beendigung der (semi-)feudalen Produktionsverhältnisse auf den *Encomiendas* und *Haciendas*. Allerdings – und das ist ein interessanter Fakt – befanden sich in dieser Zeit noch schätzungsweise drei Viertel aller kultivierten Flächen des Landes im Besitz der *ayllus* (indigene Dorfgemeinschaften).¹⁶

Gemäß einer Schätzung lebten 1846 bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 1,37 Millionen Einwohnern noch zirka 620.000 Indigene in freien *comunidades*. Ungefähr 360.000 Indigene arbeiteten hingegen (meist als Fronarbeiter) im *Hacienda*-System (entsprechend Grafik 3). Dem gegenüber standen 5135 Familien mit ungefähr 23.100 Mitgliedern, die Eigentümer dieser *Haciendas* (vorrangig im Gebiet der interandinen Täler von Cochabamba, Chuquisaca und Tarija) waren.¹⁷

Mit dem Aufkommen der Bergbauaktivitäten um 1860 erfuhr die bolivianische Landwirtschaft große Veränderungen. Im Zentrum der Debatten stand die Frage nach der Rolle der indigenen Gemeinschaften, die sich bis dato im *Altiplano* erhalten konnten¹⁸, weil sie lediglich relativ unfruchtbares

15 Daniel Heyduk: The Hacienda-System and Agrarian Reform in Highland-Bolivia. A Re-evaluation. In: *Ethnology* Vol. 13, Nr. 1, Januar 1974. S. 71-81, zeigt auf, dass sich vor der Reform in den *Yungas* eher eine semi-kapitalistische Landwirtschaft herausgebildet hatte (Grafik 2), im *Altiplano* hingegen eine feudale (Grafik 3).

16 Vgl.: Liu Kohler: Unterdrückt aber nicht besiegt. Die bolivianische Bauernbewegung von den Anfängen bis 1981. Bonn 1981. S. 26.

17 Vgl.: José Maria Dalence: *Bosquejo Estadístico*. Sucre 1981. S. 234-235, zitiert in: Magda von der Heydt-Coca: Die bolivianische Revolution von 1952. Eine Analyse unter besonderer Berücksichtigung des Agrarsektors. Köln 1982. S. 14.

18 Laut eines Gesetzes aus dem Jahr 1847 wurde jedoch explizit festgestellt, dass das Gemeinland Eigentum des Staates sei und die *comunidades* lediglich Nutzungsrechte für dieses Land besitzen.

Land besaßen und weit weg vom damaligen wirtschaftlichen Zentrum um Potosí lagen. Zwei Dekrete erlangten in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung. Das erste verordnete am 20.03.1866, dass jeder Landwirt eine Bodensteuer von 100 Pesos innerhalb von 60 Tagen abzuführen habe. Da die Indigenen der *ayllus* nicht in der Lage waren, das Dekret zu lesen (Analphabeten) oder gar die Summe zu bezahlen, kam es zur Abtretung des Landes an den Staat.¹⁹ Allein zwischen 1866 und 1869 wurden mindestens 344 *comunidades* versteigert, vor allem an Politiker und Bergwerksbesitzer²⁰. Die Bewohner wurden durch militärisches Eingreifen vertrieben beziehungsweise zu Frondiensten für ihre neuen Herren gezwungen.

Mit dem zweiten Dekret, dem Gesetz der Loslösung von Gemeindeland (*Ley de exvinculación de tierras de comunidad*), vom 05. Oktober 1874 schuf die Regierung explizit die Rechtstitel für indigene Gemeinschaften ab und etablierte damit einen »freien« Markt für Ländereien. Das Gesetz erkannte somit nur noch Land mit individuellen Rechtstiteln als gültig an.²¹ Das heißt, alle Ländereien ohne individuelle Titel (vor allem also das vormalige Gemeindeland) fielen nun endgültig in Staatsbesitz unter der Kategorie »übrig

19 Vgl.: Liu Kohler: Unterdrückt aber nicht besiegt. S. 26. Nach einer anderen Quelle bezog sich das Dekret darauf, dass die Indigenen »ihr Privateigentum« an Land für 20 bis 100 Pesos (je nach Größe) beim Staat kaufen sollten. Das ändert allerdings nichts am Ergebnis, dass sie praktisch alle juristisch ihre Landrechte verloren (vgl. Instituto Nacional de Reforma Agraria: Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. De la titulación colonial a la reconducción comunitaria de la reforma agraria. La Paz 2008. S. 11).

20 Vgl.: Instituto Nacional de Reforma Agraria: Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. S. 12.

21 Juliana Ströbele-Gregor: Kampf um Land. In: Ernst, Tanja / Schmalz, Stefan (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Baden-Baden 2009. S. 144, verweist in diesem Kontext auf die interessante kulturelle Dimension dieser rechtlichen Grundlage. Denn in »der Kosmovision von indígenas existiert das Konzept ›Landbesitz‹ nicht. Vielmehr begreifen indigene Völker ein bestimmtes Gebiet als Territorium, dass sie seit jeher nutzen und das Teil ihres Lebens ist. Ihrem Weltbild zufolge besteht ein auf Gegenseitigkeit (reciprocidad) beruhendes Verhältnis zwischen den Bewohnern und ihrem Territorium. Beide sind aufs engste verbunden. [...] Land – oder richtiger: Territorium – ist für sie gleichermaßen ein Ort der kulturellen Zugehörigkeit wie der produktiven Nutzung [...]. Diese Auffassung steht der westlichen Vorstellung, die Land in erster Linie unter dem Aspekt der produktiven Nutzung, einschließlich dessen Veräußerbarkeit, und als Spekulationsobjekt sieht, entgegen.«

gebliebenes Land«. ²² Damit wurde der Grundstein für die flächendeckende Errichtung von Großgrundbesitz auch auf dem *Altiplano* gelegt. ²³

Nachdem die ursprüngliche Organisation der Landwirtschaft in Form des *ayllus* spätestens seit den 1870er Jahren dem *Hacienda*-System gewichen und die indigenen Kommunen Eigentum der Großgrundbesitzer geworden waren, prägte ein ausgesprochener Dualismus das Leben auf dem Lande: Auf der einen Seite kontrollierten ein paar wenige *Hacendados* fast den gesamten landwirtschaftlich nutzbaren Boden. Auf der anderen Seite waren die *Indigenas* fest in das System des *pongueaje* (Fronddienst) integriert (entsprechend Grafik 3). Das heißt, sie befanden sich in einem vertraglich festgelegtem Verhältnis der Knechtschaft, durch das sie recht- und schutzlos den neuen Herren Arbeitsdienste leisten mussten, um – und das ist das eigentliche Paradox – von diesen eine Parzelle ihres vormals eigenen Landes pachten zu können. Je nach Abhängigkeitskategorie mussten die Landwirte sechs bis acht »Mann-Tage« pro Woche, während der Aussaat und Ernte bis zu zwölf »Mann-Tage« auf der *Hacienda* arbeiten. D. h., auch die Frau und gegebenenfalls die Kinder waren gezwungen, diese Fronddienste zu leisten. ²⁴

Allein die 615 größten *Haciendas* mit einer durchschnittlichen Größe von 26.400 Hektar besaßen fast die Hälfte des Bodeneigentums Boliviens. ²⁵ Zusammen mit der Besitzkonzentration im Bergbausektor (»Zinnbarone«)

22 Wahrscheinlich bildet das Ley de exvinculación de tierras de comunidad aus dem Jahr 1874 lediglich den juristisch-formellen Abschluss eines länger währenden Prozesses. Denn die interessante These von Heydt-Coca lautet, dass der Verkauf von ayllu-Land durch den Staat eine direkte Folge des Peruanisch-Bolivianischen Konföderationskrieges 1836-1839 sei. Da sich der Staat zur Finanzierung der Militärausgaben (und Pensionsansprüche) nicht anders zu helfen wusste, als Anleihen aufzunehmen, die dann durch den Verkauf von Land eingelöst werden konnten (vgl. Magda von der Heydt-Coca: Die bolivianische Revolution von 1952. S. 16-24), war die Enteignung der ayllus – aus Sicht des etablierten Machtsystems – der konsequente nächste Schritt angesichts der unzureichenden Einnahmen aus der »Indigenen-Steuer« (»contribución indigenal«), um einem Staatsbankrott zu entgehen.

23 Vgl.: Diego Pacheco / Irene Hernaiz: La Ley INRA en el espejo de la historia. Propuestas de modificación. La Paz 2004. S. 8-9.

24 Vgl.: Magda von der Heydt-Coca: Die bolivianische Revolution von 1952. S. 16-24. S. 104. Zum Fronddienst gezwungene Landwirte der zweiten Kategorie erhielten vom Großgrundbesitzer weniger Land, mussten aber auch nur die Hälfte an Arbeit für den Hacendado leisten. War diese Parzellen hingegen zu klein, gaben sie sich ihrerseits wieder in ein Abhängigkeitsverhältnis von Frondbauern ersten Grades, von denen sie Land im Austausch zu Arbeitsdiensten gepachtet bekamen (vgl. ebenda. S.110)

25 Vgl.: Cristóbal Kay / Miguel Urioste Fernández de Córdova: Latifundios, avasallamientos y autonomías. La reforma agraria inconclusa en el Oriente. La Paz 2005. S. 23.

ergab sich eine Situation, die als die Herausbildung eines Staates im Staate bezeichnet wurde.²⁶

Der indigene Widerstand gegen die Enteignung ihres kommunalen Landbesitzes zog sich in verschiedenen Formen wie Aufständen, Boykotts von Lebensmittelmärkten bis hin zu gerichtlichen Auseinandersetzungen durch die ganze erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Großgrundbesitzer im Verbund mit dem Militär reagierten mit Repression und Massakern (z.B. 1921 in Jesús de Machaca, 1927 in Chayanta, 1933 in Waqi). Bedingt durch die Niederlage im Chaco-Krieg zwischen Bolivien und Paraguay (1936-1939) wurde die herrschende Klasse geschwächt. So kam es beispielsweise in der Provinz Cliza (Departement Cochabamba) zur Gründung der ersten Landarbeitergewerkschaft, mit dem Ziel der Befreiung von den feudalen Pflichten.²⁷ Die Spannungen im Land, speziell aber auch im landwirtschaftlichen Sektor, erreichten schließlich in den 1940er Jahren ihren Höhepunkt.

In diesen Jahren verfügten die obersten zwei Prozent der Bevölkerung über 91 Prozent des gesamten kultivierbaren Bodens. Entsprechend teilten sich über zwei Millionen Indigene die verbleibenden neun Prozent der kultivierbaren Flächen unter sich auf. Ähnlich sah das Verhältnis bei den Einkommen aus, das zu fast 90 Prozent den Besitzern von 3,5 Prozent der Betriebe zufloss.²⁸

Wie sehr sich die Lage der Indigenen vor allem in den zurückliegenden 100 Jahren verschlechtert hatte, zeigt sich auch am Rückgang der Zahl ihrer Gemeinden. Von den ursprünglich im Jahr der Unabhängigkeit existierenden 11.000 *ayllus* blieben lediglich 3783 übrig, nämlich die, die über das schlechteste Land verfügten. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Landbevölkerung lag bei 35 Jahren.²⁹

Alles in allem war Bolivien Mitte des 20. Jahrhunderts noch immer ein feudaler Agrarstaat. Es dominierte die Naturalrente (Grafik 3), während die Geldrente (Grafik 1 und 2) nur eine untergeordnete Rolle spielte. Entsprechend prägte ein feudales Fronsystem die Landwirtschaft. Lohnarbeit war kaum verbreitet. Diese Charakteristiken bewirkten, dass die bolivianische Landwirtschaft 1950 so unproduktiv war, dass sie lediglich 30 Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachte. Allerdings beschäftigte allein der Agrar-

26 Vgl.: Manuel Silverio Marquéz Tavera: Die Landwirtschaft im Entwicklungsprozess Boliviens. Göttingen 1979. S. 20.

27 Vgl.: Daniel Heyduk: The Hacienda-System and Agrarian Reform in Highland-Bolivia. S. 76.

28 Vgl.: Magda von der Heydt-Coca: Die bolivianische Revolution von 1952. S. 96.

29 Vgl.: Liu Kohler: Unterdrückt aber nicht besiegt. S. 29. Die Zahlen beziehen das nutzbare Potential an Ackerland des Oriente nicht mit ein.

sektor 974.000 von 1,35 Millionen Menschen der ökonomisch aktiven Bevölkerung des Landes. Die Landwirtschaft schaffte es nicht einmal, den internen Bedarf an Lebensmitteln zu decken. 1953 machten die landwirtschaftlichen Importe immerhin 38 Prozent der Gesamtimporte aus.³⁰ Zusammen mit der extrem ungleichen Besitzverteilung bildete dies den Rahmen für die Agrarreform.

3. Die Agrarreform von 1953

Die im Zuge der Revolution von 1952 durch die Nationalistische Revolutionsbewegung (*Movimiento Nacionalista Revolucionario*, MNR³¹) initiierte Agrarreform zielte trotz der jahrhundertelangen Unterdrückung der Indigenen nicht auf die Wiederherstellung der legitimen Rechte der indigenen Bevölkerung. Vielmehr fokussierte das am 02.08.1953 verkündete Agrarreformgesetz auf die Beseitigung des rückständigen Feudalsystems, das eine dynamische, kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft verhinderte, und auf die Modernisierung der traditionellen Produktionsweise.³² Außerdem sollte durch die *Landreform* eine mögliche *Agrarrevolution* in einen legalen Rahmen kanalisiert werden. Entsprechend verfolgte der MNR auch nie das Ziel, eine radikale Umgestaltung durchzuführen. Vielmehr wirkten bei der Vorbereitung, Planung und Durchführung schon bald Experten der Vereinten Nationen mit, die der Landreform einen bürgerlich-kapitalistischen Charakter verliehen. Die Agrarreform sollte Teil einer kapitalistischen Umwandlung im Land sein. So umfassten die wichtigsten makroökonomischen

30 Vgl.: Magda von der Heydt-Coca: Die bolivianische Revolution von 1952. S. 92. Allerdings scheint ein wesentlicher Faktor für diese Entwicklung gewesen zu sein, dass der Import an Nahrungsmitteln mit der Bahn aus Chile billiger als der traditionelle Transport mit Maultieren durch die Sierra war. Es finden sich dazu jedoch keine detaillierten Daten.

31 Es sei an dieser Stelle vermerkt, dass der MNR keineswegs nur versuchte, den Interessen von Arbeitern und der Landbevölkerung entgegen zu kommen. Er wurde Anfang 1951 auch von den Wahlberechtigten (etwa 20 Prozent der Bevölkerung, nämlich die lese- und schreibkundige Mittel- sowie Oberschicht) mit 47 Prozent aller gültigen Stimmen gewählt. Der MNR verstand sich in erster Linie als Sammelbecken aller antiimperialistischen, antifeudalistischen und nationalistischen Kräfte Boliviens. Als Träger der Industrialisierung im Land sah er eine Klasse nationalistischer Kapitalisten, mithin noch zu schaffende Privatunternehmer (vgl. Liu Kohler: Unterdrückt aber nicht besiegt. S. 39).

32 Vgl.: Enrique Ormachea Saavedra: Los obreros agrícolas temporales del algodón y la caña y sus derechos. In: *Debate Agrario* Vol. 8, 1987. La Paz. S. 12-13; vgl. Cristóbal Kay / Miguel Urioste Fernández de Córdova: Latifundios, avasallamientos y autonomías. S. 24; vgl. Peter Fellenberg: Kontinuität und Wandel der Agrarfrage in der jüngsten Geschichte Boliviens. In: *asien, afrika, lateinamerika* Vol. 13, Nr. 4, 1985. S. 696 ff.

Aspekte der Reform zum einen die Eingliederung der Landbevölkerung in die Geldwirtschaft zur Erweiterung des Binnenmarktes und zur Schaffung der Voraussetzungen einer Industrialisierung. Zum anderen plante man den Aufbau kapitalistischer Latifundien im Osten des Landes, um Devisen zu erwirtschaften, die Roherzeugnisse für die Industrie zu produzieren und den Bevölkerungsdruck des Hochlandes durch neue Arbeitsmöglichkeiten im *Oriente* zu mildern.³³

Allerdings war das Agrarreformgesetz so abgefasst, dass es keine klaren Definitionen dessen gab, was reformiert werden sollte. Die Wortwahl der Artikel bezog sich im Präsens auf Landgüter, die zu dem Zeitpunkt kaum oder gar nicht bestanden (»kapitalistische Latifundien«), sondern bestenfalls als Ergebnis der Reform zu gelten hätten. Viele Artikel benutzten das Futur. Außerdem wurden die Kriterien für Enteignungen von Latifundien (Größe *und / oder* Produktionsweise) ebenso wenig definiert wie die genaue Abgrenzung zwischen feudalistischem und kapitalistischem Latifundium. Vieles deutet gemäß Heydt-Coca darauf hin, dass der MNR den feudalistischen Grundbesitzern eine (letzte) Chance geben wollte, sich in kapitalistische Unternehmer à la »Junkerweg« zu verwandeln. Zudem äußert sie die Vermutung, hinter den oft zweideutigen Formulierungen steckte die Absicht, (zumindest nach außen) den Reformcharakter zu wahren, während zugleich für die Grundbesitzer viele juristische Hintertüren offen blieben.³⁴

Entsprechend diesem ideologischen Rahmen fokussierte die Agrarreform von 1953 zunächst unmittelbar auf die Abschaffung der Fronarbeit und die Enteignung von *unproduktivem* Großgrundbesitz. Der *Latifundio* wurde im Agrarreformgesetz im weitesten Sinne als der Besitz definiert, »der *hauptsächlich* vom Mehrwert abhängt, den die Bauern in ihrer Eigenschaft als Leibeigene oder Fronarbeiter erbringen und den sich der Grundbesitzer in Form der *Arbeitsrente*, die ein System feudaler Unterdrückung kennzeichnet, aneignet.«³⁵

Haciendas, bei denen ein großer Teil der Einkommen aus Familienarbeit entsprang oder auf denen Lohnarbeit vom Besitzer persönlich geleitet wurde, blieben unangetastet.³⁶ Auch Großgrundbesitzungen zwischen 100 ha und 1000 ha waren von vornherein vom Reformprozess ausgeschlossen.

33 Vgl.: Magda von der Heydt-Coca: Die bolivianische Revolution von 1952. S. 147-148.

34 Vgl.: Ebenda. S. 150-153.

35 Decreto Ley N° 3464 (Agrarreformgesetz) vom 02.08.1953, Art. 12 (Übersetzung und Hervorhebung des Verf.).

36 Vgl.: Liu Kohler: Unterdrückt aber nicht besiegt. S. 43; vgl. Enrique Ormachea Saavedra: Revolución agraria o consolidación de la vía terrateniente. El Gobierno del MAS y las políticas de tierras. La Paz 2007. S. 22.

Das heißt, als eine der Hauptgrenzen der Agrarreform kann in der Retrospektive der Fakt angesehen werden, dass sich der MNR von Anfang an nicht die »radikale Zerschlagung allen Großgrundbesitzes zum Ziel gestellt«³⁷ hat (analog Grafik 1). Im Gegenteil lief das Dekret »auf eine prinzipielle Erhaltung des Großgrundbesitzes hinaus.«³⁸ Das wird zum Beispiel im Artikel 36 des Agrarreformgesetzes deutlich. Demnach fielen Latifundien, die feudale Frondienste und Lohnarbeit benutzten, nicht unter dieses Gesetz, wenn sie nachwiesen, dass sie das Doppelte des Grundstückskapitals investieren und moderne Nutzungstechniken anwenden würden. Auch die Auslegung des Artikels 15 in Verbindung mit Artikel 17 läuft auf die Aufrechterhaltung des Dualismus zwischen Latifundien und Minifundien³⁹ hinaus. Denn während in diesem Artikel des Dekrets die maximale Ausdehnung für Kleinbesitz auf zehn Hektar bis 20 Hektar beziehungsweise 35 Hektar (je nach Region) beschränkt wurde, durften zugleich laut Artikel 17 Agrargroßbetriebe ein Ausmaß von 230 Hektar bis 2000 Hektar aufweisen. Viehzuchtwirtschaften in der *Selva* standen laut Gesetz sogar eine maximale Ausdehnung von bis zu 50.000 Hektar zu. Schon in der Gesetzgebung ist offensichtlich, dass der MNR plante, die Entwicklung in der Landwirtschaft den gleichen Linien wie der projizierten Entwicklung in der Industrie folgen zu lassen. Träger des wirtschaftlichen Wachstums sollten kapitalistische Unternehmer werden, während man die indigene Landbevölkerung aus ihren feudalen Abhängigkeitsverhältnissen zu erlösen und in eine Klasse »freier« potentieller Lohnarbeiter zu überführen gedachte.⁴⁰

Die Umsetzung des Agrarreformgesetzes von 1953 führte zu weiteren Verwässerungen des Reformgedankens. Denn es zeigte sich, dass das Dekret quasi nur die Veränderungen *de jure* anerkannte, die sich *de facto* in

37 Peter Fellenberg: Kontinuität und Wandel der Agrarfrage in der jüngsten Geschichte Boliviens. S. 696.

38 Ebenda.

39 Nur am Rande sei erwähnt, dass selbst die Kleinlandwirte der Sierra keineswegs eine homogene Klasse darstellen. Sie teilen sich in mindestens vier weitere Gruppen auf. Neben den bodenbesitzenden Kleinlandwirten, die ihren Betrieb in Vollzeit betreiben, gibt es die Minifundistas, deren Ertrag aus den eigenen Anbauflächen zu gering ist und die einen Teil ihrer Arbeitskraft verkaufen müssen, des weiteren die Klasse der Landlosen oder Landarbeiter, die ausschließlich vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, und schließlich die Landwirte in den Ayllu-Dorfgemeinschaften (*colonos*, *arrenderos*, *arrimantes*), die meist in traditionellen Strukturen und Subsistenzwirtschaft leben. Diese vier Gruppen weisen je spezifische Besonderheiten auf. Jede von ihnen hat entsprechend auch ihre eigenen Probleme und Interessen. Die Heterogenität in der Landwirtschaft Boliviens erfährt jedoch weitere Spaltungen innerhalb dieser Gruppen entlang regionaler, klimatischer, historischer, kultureller oder je nach Anbauprodukt spezifischer Linien.

40 Vgl.: Liu Kohler: Unterdrückt aber nicht besiegt. S. 39.

vielen Regionen bereits vollzogen hatten.⁴¹ Bis 1958 profitierten beispielsweise 13.777 Landwirte von den Umverteilungen, zwischen 1958 und 1963 weitere 72.147.⁴² Angesichts der großen Zahl an ehemaligen Fronarbeitern ist das sehr wenig, allerdings die logische Konsequenz der Art und Weise, wie der MNR die Reform umsetzte: Die Landvergabe war nämlich dort am größten, wo die einstigen *Hacienda*-Arbeiter am stärksten sozialen Druck ausübten. In Gebieten ohne oder nur mit schwachen revolutionären Bewegungen wie in Chuquisaca und Potosí entfaltete die Reform meist auch nur geringe Wirksamkeit. Von beispielsweise 25.300 Großgrundbesitzungen, die unter das Gesetz der Agrarreform fielen, waren bis 1964 lediglich 7300 ganz oder teilweise aufgeteilt worden – und zwar hauptsächlich in den Departements La Paz und Cochabamba, den Zentren der Agrarbewegung. Die umverteilten Böden, etwa 5,3 Millionen Hektar, machten lediglich 13 Prozent der landwirtschaftlichen Gesamtfläche aus, wenn man den Agrarzensus von 1950 zugrunde legt.⁴³

Wie unzureichend die Agrarreform für die armen Landwirte ausfiel, wird zudem daran deutlich, dass diese in den meisten Fällen lediglich den (unfruchtbaren) Boden zugeschrieben bekamen, den sie früher vom Großgrundbesitzer als »Gegenleistung« für ihre Frondienste und zur Sicherung ihrer Subsistenz erhalten hatten, den *pegujal* (siehe Grafik 3).⁴⁴ D.h., die ihnen durch das Agrarreformgesetz im Durchschnitt zugeteilten sechs bis zehn Hektar⁴⁵ erwiesen sich in der Realität als viel geringer. Auf nationaler

41 Vgl.: Ebenda. S. 42. Vgl.: Magda von der Heydt-Coca: Die bolivianische Revolution von 1952. S. 165. Dies betraf vor allem die Regionen des oberen Tals von Cochabamba um Ucreña und das Hochland von La Paz um Achacachi.

42 Vgl.: Instituto Nacional de Reforma Agraria: Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. S. 49.

43 Vgl.: Peter Fellenberg: Kontinuität und Wandel der Agrarfrage in der jüngsten Geschichte Boliviens. S. 698.

44 Vgl.: Liu Kohler: Unterdrückt aber nicht besiegt. S. 43. Für pegujales (in der Sierra auch *sayana* genannt) gibt es keine einheitliche Größe. In der Regel waren sie in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte wie im Tal von Cochabamba sehr klein, kaum mehr als ein bis zwei Hektar groß. Dagegen erreichten sie in den Tälern von Chuquisaca und Tarija beachtliche Größen. Außerdem differierte die Größe des pegujals nach dem Grad der Abhängigkeit. Arbeiter, die Frondienste direkt dem Hacendado leisteten, besaßen größere Parzellen als Landarbeiter, die wiederum für jene in ein Abhängigkeitsverhältnis getreten sind (vgl. Magda von der Heydt-Coca: Die bolivianische Revolution von 1952. S. 98).

45 Nach offiziellen Statistiken der individuellen Landzuteilungen bis 1975 erhielten die Begünstigten der Reform in den traditionellen Gebieten (alle Departements außer dem Oriente) im Durchschnitt lediglich 10,7 Hektar zugesprochen, in La Paz (9,5 Hektar), Cochabamba (5,7 Hektar) und in Potosí (6,4 Hektar) zum Teil deutlich weniger (zitiert in Magda von der Heydt-Coca: Die bolivianische Revolution von 1952. S. 182-185). Allerdings sagen diese Zahlen nichts über die Qualität des Bodens aus. So können 5,7 Hektar (bewässertes) Agrar-

Ebene waren die zugesprochenen Flächen nur fünf bis 25 Prozent größer als das *pegujal*.⁴⁶ Außerdem bedeutete die Übereignung von Land an die einstigen Fronarbeiter zugleich, dass die vor der Reform landlosen Agrararbeiter praktisch von der Umverteilung ausgeschlossen blieben. Ihnen wurde nur in wenigen Fällen Boden zuerkannt.⁴⁷

Die Durchführung der Agrarreform brachte einige Autoren daher zu der Schlussfolgerung, dass die Reform in Wirklichkeit »der vorbeugenden Eindämmung spontaner Bauernaufstände gegen die überlieferte Vorherrschaft der *Hacendados* und ihre damals noch informellen Interessengruppen«⁴⁸ diene. Zudem blieb »wegen der regional unterschiedlich einflussreichen Machtblöcke [...] die Bodenumverteilung hauptsächlich auf die Parzellierung von überausgebeutetem und daher bereits erschöpftem oder durch Erosion zerstörtem Boden in Regionen mit großer Bevölkerungsdichte beschränkt.«⁴⁹

Die Reform stellte für die indigene Bevölkerung lediglich insofern einen (kleinen) Erfolg dar, als sie sich wieder das Recht auf freien und direkten Zugang zu ihrem Grund und Boden erstritten hatte. Sie ermöglichte auch eine Rückkehr zur kommunalen Organisation der Landwirtschaft, und sie setzte gewisse soziale Prozesse auf dem Lande in Gang, die wiederum auf die Ebene des Nationalstaates rückwirkten, wozu vor allem das *empowerment* der Landbevölkerung und die Anerkennung verschiedener Formen von Kommunen durch den Staat zu zählen sind. Aber sie änderte wenig an der existierenden Agrarstruktur mit Kleinst- und Großgrundbesitz.

Der fortbestehende Dualismus hinsichtlich der Größe der Betriebseinheiten wird deutlich, wenn man die Besitzverteilung nach der Reform betrachtet. Denn die prinzipielle Erhaltung des Großgrundbesitzes führte zu einer Verschärfung der Lage im Minifundien-Sektor. Demnach zählten 1963 72 Prozent zu den Kleinstbetrieben bis fünf Hektar, die gerade einmal 8,2 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen kontrollierten. Demgegenüber bewirtschafteten 0,34 Prozent aller Bodeneigentümer fast drei Viertel

land (wie in Cochabamba) um ein Vielfaches wertvoller sein als 19,7 Hektar (unfruchtbare) Flächen (wie in Oruro).

46 Vgl.: Liu Kohler: Unterdrückt aber nicht besiegt. S. 48. Zu beachten gilt auch, dass es sich beim *pegujal* meist um qualitativ schlechten Boden handelte, der in vielen Fällen lediglich als Weideland geeignet war.

47 Vgl.: Magda von der Heydt-Coca: Die bolivianische Revolution von 1952. S. 187.

48 Manuel Silverio Marqu ez Tavera: Die Landwirtschaft im Entwicklungsprozess Boliviens. S. 22.

49 Ebenda. S. 22-23.

des Bodens.⁵⁰ D. h., im Zuge der Reform wurden die ungleichen Besitzverhältnisse zwar etwas relativiert, aber die Kleinbetriebe blieben weit unter der festgelegten Maximalgrenze von zehn bis 20 Hektar, so dass von einer Angleichung beim Landbesitz keine Rede sein kann. Diesen Aspekt gilt es zu beachten, wenn die bolivianische Agrarreform als diejenige mit der nach Mexiko am zweitmeisten verteilten Agrarflächen im lateinamerikanischen Maßstab dargestellt wird.

Die Ausgestaltung der Reform wies damit von Anfang an grundlegende Schwächen auf, die bis in die Gegenwart wirken. Neben der Frage, welche *Haciendas* enteignet werden, blieb auch offen, wer die Empfänger des Landes sein sollten. Obwohl es beispielsweise Einigkeit gab, die Ländereien der unproduktiven Großgrundbesitzer, die sich vornehmlich in den Bergregionen befanden, zu enteignen und neu zu verteilen, bestand zwischen den verschiedenen Akteuren kein Konsens über die Struktur der Landwirtschaft nach der Reform.

In der *Sierra* waren zunächst kleine Familienbetriebe Nutznießer der Umverteilung. Außerdem wurde ein so genannter *solar campesino*, ein Lebensraum zur Konstruktion des Wohnhauses, von Ställen und Speichern der Landwirte und ihrer Familien, gesetzlich festgeschrieben, der sich besonders schnell in der westlichen *Sierra* etablierte. Insgesamt machte diese Gruppe von Minifundistas etwa ein Drittel aller Nutznießer aus. Sie bekamen aber nur knapp sechs Prozent der umverteilten Flächen. Auch die Kommunen, die immerhin 40 Prozent aller Landempfänger darstellten, erhielten mit weniger als 14 Prozent einen unterproportionalen Anteil am Boden.

Dagegen profitierte eine Gruppe ganz besonders von den Enteignungen, namentlich die neu geschaffenen Unternehmen (*empresas*). Sie entsprachen zwar nur etwa zwei Prozent der Nutznießer, kontrollierten aber nach der Reform ein Drittel des verteilten Landes.⁵¹ Vor allem der MNR bevorzugte die Schaffung dieser großen Betriebe – vornehmlich im *Oriente* –, um damit die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft zu beschleunigen.

50 Vgl.: Peter Fellenberg: Kontinuität und Wandel der Agrarfrage in der jüngsten Geschichte Boliviens. S. 700.

51 Vgl.: Instituto Nacional de Reforma Agraria (INRA) / Embajada Real de Dinamarca: *Estadísticas agrarias. Tenencia de la tierra en Bolivia (1953-2002)*. La Paz 2002. S. 41. Bei den Zahlen gilt jedoch zu beachten, dass als Basis die landwirtschaftliche Fläche von 2002 genommen wurde. Es bleibt deshalb unklar, wer die Empfänger des Großgrundbesitzerlandes etwa im ersten Jahrzehnt der Reform waren und wie viel sie erhielten. Die Statistiken geben lediglich an, dass zwischen 1953 und 1963 in 3683 Verfahren knapp vier Millionen Hektar Land an etwa 85.000 Nutznießer vergeben wurden (vgl. ebenda. S. 30). Die Kolonisierung des Oriente, vor allem in den Jahren 1971-1978, 1990-1993 und 1998-2002, verfälscht somit die relativen Angaben zur Enteignung der *Haciendas*.

Die *empresas* gingen jedoch stets an nicht-indigene Eigentümer. Eine neue ländliche Elite bildete sich heraus – und ein System des Neolatifundismus. Das wird besonders deutlich im Departement Santa Cruz. Von den bis 1975 umverteilten Agrarflächen im Umfang von 4,8 Millionen Hektar entfielen 4,2 Millionen Hektar wieder auf Groß- und Mittelbetriebe⁵², wobei letztere laut Dekret maximale Ausmaße von 2500 Hektar annehmen durften.

Allerdings fehlen landesweite Statistiken für einen genauen Überblick über die Besitzverhältnisse und die Betriebsgrößen. Offensichtlich ist jedoch der auch nach der Agrarreform stetig steigende Bevölkerungsdruck auf den Faktor Boden. Durch Vererbung wurden die Anbauflächen der Landwirte so klein, dass auf ihnen kaum noch die zum Überleben der Familie notwendigen Nahrungsmittel produziert werden konnten. In der Region der *Valles* beispielsweise verminderte sich die mittlere Größe eines Familienbetriebes von 5,9 Hektar im Jahr 1953 auf 3,1 Hektar im Jahr 1973⁵³ beziehungsweise 1,5 kultivierte Hektar⁵⁴ – und das bei abnehmender Bodenqualität.

Auf der anderen Seite gab es 1975 in Santa Cruz 2065 Großbetriebe mit einer Gesamtfläche von 2,0 Millionen Hektar beziehungsweise im Durchschnitt 968,45 Hektar pro Betrieb, die zusammen etwa 40 Prozent der verfügbaren Ackerflächen kontrollierten. Zusätzlich weisen die Statistiken für diese Region 8748 Betriebe mit einer Gesamtfläche von 2,2 Millionen Hektar aus, entsprechend 255,86 Hektar pro Betrieb.⁵⁵

Neben der ungleichen Verteilung des Bodens fehlte eine begleitende öffentliche Agrarpolitik, die Unterstützung für die ländliche Entwicklung hätte geben können. Denn bald schon zeigte sich, dass die alleinige Umverteilung nicht dazu beitrug, weder auf der Mikroebene die Einkommen der Familien zu erhöhen und damit die Armut zu bekämpfen, noch auf der Makroebene die nationale Nahrungsmittelsicherheit zu gewährleisten. Durch die stagnierende ökonomische Entwicklung der neu geschaffenen Klein(st)betriebe blieb die Agrarfrage ungelöst.

Das wird zum Beispiel daran deutlich, dass der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten im Jahr 1975 noch immer 66 Prozent an den Ge-

52 Vgl.: Peter Fellenberg: Kontinuität und Wandel der Agrarfrage in der jüngsten Geschichte Boliviens. S. 698.

53 Vgl.: Manuel Silverio Marquéz Tavera: Die Landwirtschaft im Entwicklungsprozess Boliviens. S. 3. Andere von Márquez Tavera zitierte Quellen beziffern den Rückgang von 7,5 Hektar pro Familie im Jahr 1953 auf 2,9 Hektar im Jahr 1973 (vgl. ebenda. S. 57).

54 Vgl.: Miguel Urioste Fernández de Córdova / Rossana Barragán Romano / Gonzalo Colque Fernández: Los nietos de la reforma agraria. Tierra y comunidad en el altiplano de Bolivia. La Paz 2007. S. XV.

55 Vgl.: Manuel Silverio Marquéz Tavera: Die Landwirtschaft im Entwicklungsprozess Boliviens. S. 75.

samtbeschäftigten ausmachte. Ihr Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag hingegen bei nur 15 Prozent.⁵⁶ Zieht man zudem in Betracht, dass in diesen aggregierten Zahlen zur Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft der ergiebige Agrarsektor des *Oriente* einbezogen ist, kann abgeschätzt werden, wie »unproduktiv« die Mehrheit der Landwirte arbeitete.

Die Entwicklung der bolivianischen Landwirtschaft legt deshalb die Vermutung nahe, dass es sich bei der Agrarreform (in der *Sierra*) um den im theoretischen Teil behandelten Typ 2, mithin den Übergang von Großgrundbesitz zu subsistenzwirtschaftenden Kleinlandwirten, handelt. Angesichts eines Anteils der Nahrungsmittelimporte an den Gesamtimporten von elf bis 14 Prozent in den Jahren 1971/74⁵⁷ ist die Lage sogar noch schlimmer, weil die Minifundistas nicht einmal Punkt a' (in Grafik 2), d. h. die Selbstversorgung erreichten, sondern einen darunter liegenden Punkt. In einem geschlossenen System bedeutete dies das Verhungern eines Teils der Bevölkerung. So lässt sich letztlich konstatieren, dass im Zuge der Agrarreform zwar die einer Agrarentwicklung entgegen stehenden *Hacendados* enteignet wurden. Aber es etablierte sich ein neues, stagnierendes Agrarsystem von armen Minifundistas.

Schon vor 30 Jahren erkannte Márquez Tavera diesen Zusammenhang sehr genau. Durch die Loslösung der Landwirte aus der traditionellen, semi-feudalen Arbeitsverfassung im Zuge der Zuteilung von Parzellen konnte die ländliche Armut keineswegs entscheidend zurückgedrängt werden. Vielmehr setzte sich der Überlebenskampf der Minifundistas »im Elend der Subsistenzwirtschaft unter totaler Abhängigkeit von außerhalb der Landwirtschaft befindlichen Wirtschaftssubjekten fort.«⁵⁸

Indiz dafür ist auch, dass die Rate der Kapitalbildung in der Landwirtschaft unterhalb des Bevölkerungswachstums lag. So wuchs zwischen 1965 und 1972 die Kapitalakkumulation um 1,1 Prozent jährlich. Die Landbevölkerung wies hingegen ein Wachstum von 2,1 Prozent auf.⁵⁹ Das heißt, die Relation von Kapital pro Arbeitskraft hat sich im Landesdurchschnitt weiter verschlechtert. Es gilt zudem zu beachten, dass diese aggregierten Zahlen zur Kapitalakkumulation die Entwicklung im *Oriente* (relativ hohe Kapitalbildung) und die in der *Sierra* (Stagnation bzw. sogar Rückgang) kombinieren.

56 Vgl.: Ebenda. S. 56.

57 Vgl.: Ebenda. S. 4.

58 Ebenda. S. 146. Dies betrifft vor allem die Abhängigkeit von Zwischenhändlern oder Transportunternehmern sowie lokalen Geldverleihern (meist in Personalunion, vgl. Magda von der Heydt-Coca: Die bolivianische Revolution von 1952. S. 203 und S. 208).

59 Vgl.: Manuel Silverio Marquéz Tavera: Die Landwirtschaft im Entwicklungsprozess Boliviens. S. 54 in Verbindung mit S. 57.

Das Verhältnis von Kapital pro Arbeitskraft hat sich demnach in den Bergregionen viel schlechter als der landesweite Durchschnitt entwickelt.

Ebenso erwies sich in der Retrospektive als ein grundlegendes Problem, dass die an die Nutznießer der Reform verteilten Bodentitel keine stabilen Eigentumsrechte garantierten. Die Mehrheit der indigenen Kommunen gelangte in den Besitz von Land, für dessen rechtliche Absicherung die notwendigen Verwaltungsakte unvollständig blieben.⁶⁰ Zudem fehlte ein Überblick über die Landrechte, wie ihn ein Kataster hätte geben können.

Alles in allem lässt sich konstatieren, dass die Agrarreform durch die Entgegnung der feudalen *Haciendas* kapitalistische Mittelbetriebe (siehe Grafik 1) schaffen wollte, in der Praxis jedoch zu einer Ausweitung der Subsistenzwirtschaft (siehe Grafik 2 rechts bzw. in Grafik 3 den Subsistenzsektor um den Großbetrieb) führte. Das soll nicht heißen, dass es regionale Entwicklungen entlang dem Schema aus Grafik 1 überhaupt nicht gab. Aber sie blieben sehr beschränkt (z. B. auf das Cochabamba-Tal oder auf den nördlichen Teil des *Altiplanos* bei La Paz). Mehrheitlich bildeten sich subsistenzwirtschaftende Kleinstbetriebe jenseits der ökonomischen Überlebensfähigkeit.

Auf der anderen Seite kam es in einigen Gebieten (v.a. im *Oriente*) sogar wieder zur Herausbildung von Großgrundbesitz – jedoch unter »kapitalistischen« Charakteristiken wie dem Einsatz von Lohnarbeit oder modernen Anbautechniken. Die Rentenstruktur dieser Betriebe blieb dadurch erhalten (siehe Grafik 1 links).

4. Die staatliche Agrarpolitik nach der Reform

Die Gründe für die weiterhin hohe Armut unter den Landwirten der *Sierra* sind neben dem unzureichenden Zugang zu Grund und Boden darin zu sehen, dass der MNR und die öffentlichen Institutionen die knappen finanziellen Ressourcen nicht in die reformierte Landwirtschaft steckten. Statt Maßnahmen zu fördern, die die Erhöhung der Produktivität zum Ziel hatten, flossen immense Summen in die Erschließung der östlichen Provinzen für die nationale Entwicklung. Der Staat fokussierte auf Regionalpolitik und investierte in die Infrastruktur, um das Potential der Tieflandregionen des *Oriente* für die Viehzucht und Agrarproduktion, die Raffinierung von Zucker und

60 Vgl.: Instituto Nacional de Reforma Agraria (INRA) / Embajada Real de Dinamarca: Estadísticas agrarias. Tenencia de la tierra en Bolivia (1953-2002); vgl. Henry Oporto: ¿De la Reforma Agraria a la guerra por la tierra?, in: Opiniones y Análisis Vol. 65, 2003; vgl. Cristóbal Kay / Miguel Urioste Fernández de Córdova: Latifundios, avasallamientos y autonomías. S. 24.

Öl oder für die Forstwirtschaft nutzen zu können. Dazu zählte zum Beispiel die Straßenanbindung von Cochabamba nach Santa Cruz, die Errichtung der Eisenbahnstrecken von Santa Cruz nach Brasilien und nach Argentinien als Voraussetzung für den Export der Agrarprodukte sowie die Bereitstellung von technischer Hilfe und die Schaffung von Maschinenpools.⁶¹ Bis 1958 flossen 41,7 Prozent aller landwirtschaftlichen Kredite der Staatsbank nach Santa Cruz.⁶² In den Jahren 1961 bis 1974 vereinte Santa Cruz gar 75,1 Prozent der Gesamtagrarkredite auf sich und 84,7 Prozent der Sonderkredite des Programms für kommerzielle Agrarproduktion. Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl ergab sich somit ein Kreditverhältnis zwischen Santa Cruz und dem Hochland von 23,4:1.⁶³

Die Bevorzugung der Exportproduktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen gegenüber den traditionellen Anbauprodukten wird daran deutlich, dass die Programme zur Förderung der Kleinlandwirtschaft zwischen 1953 und 1963 etwa 155.000 US-Dollar für Investitionen bereithielten, während zugleich 17 Millionen US-Dollar in die Zuckerindustrie flossen.⁶⁴

Das durch die verschiedenen Maßnahmen entstandene relativ hohe Regionalwachstum im *Oriente* wurde von der Regierung als beispielgebend für die realen ökonomischen und sozialen Entwicklungsmöglichkeiten des Landes angeführt. Dabei blendete die Einschätzung der staatlichen Organe aus, dass eine innerbolivianische Integration der neu erschlossenen Regionen in die Gesamtwirtschaft unterblieb. Das heißt, dass sich die traditionellen regionalen Disparitäten weiter veränderten – und zwar dieses Mal zugunsten von Santa Cruz.

In den 1960er und 1970er Jahren legte die Regierung weitere wichtige Programme zur Förderung und Kolonisierung der *Selva*-Gebiete auf, bei denen indigene Gruppen der *Aymara* und *Quechua* in den östlichen Landesregionen angesiedelt wurden.⁶⁵ Sie sollten einerseits eine gleichmäßigere Bevölkerungsverteilung im Land ermöglichen⁶⁶ und andererseits die not-

61 Vgl.: Daniel Escobar / Carlos Samaniego: Agricultura, requerimientos y disponibilidad de fuerza de trabajo en Santa Cruz, Bolivia. La Paz 1981. S. 37.

62 Vgl.: Enrique Ormachea Saavedra: Revolución agraria o consolidación de la vía terrateniente. El Gobierno del MAS y las políticas de tierras. La Paz 2007. S. 26.

63 Vgl.: Manuel Silverio Marquéz Tavera: Die Landwirtschaft im Entwicklungsprozess Boliviens. S. 82.

64 Vgl.: Lesley Gill: La reforma agraria y el desarrollo del capitalismo en Santa Cruz, Bolivia (1952-1980). In: Historia Boliviana – Cochabamba Vol. 5, Nr. 1-2, 1985. S. 70.

65 Vgl.: E. Boyd Wennergren / Morris D. Whitaker: The Status of Bolivian Agriculture. New York 1975. Die umfassend erfolgte Ansiedlung von Ausländern, vor allem Mennoniten, Italienern und Japanern, soll an dieser Stelle nicht analysiert werden.

66 Vgl.: Lesley Gill: La reforma agraria y el desarrollo del capitalismo en Santa Cruz, Bolivia (1952-1980). S. 69.

wendige Arbeitskraft stellen, vor allem in Zeiten erhöhter Nachfrage (z.B. Aussaat, Ernte). Neben diesen »offiziellen« Programmen erlangte zudem die ungesteuerte Besiedlung des *Oriente* immer mehr an Bedeutung. Es wird geschätzt, dass bis 1975 etwa 250.000 Menschen vom Hochland in den *Oriente* abwanderten, davon jedoch 72 Prozent aus eigener Initiative und ohne staatliche Betreuung. Sie erhielten insgesamt 1,5 Millionen Hektar Land zugewiesen.⁶⁷

Wenngleich die statistischen Daten meist sehr ungenau sind, verdeutlichen Zahlen zum Departement Santa Cruz das Ausmaß der Kolonisierung. Während in den 1950er Jahren gerade einmal 60.000 Hektar in diesem Gebiet, das in etwa die Größe der Bundesrepublik Deutschland besitzt, landwirtschaftlich genutzt wurden, waren es Mitte der 1980er Jahre bereits mehr als eine Million Hektar.⁶⁸ Durch Zuwanderung wies das Gebiet ein durchschnittliches jährliches Bevölkerungswachstum von 4,1 Prozent zwischen 1950 und 1976 aus.⁶⁹

Die Erschließung neuer Landwirtschaftsgebiete im Osten Boliviens wirkte sich natürlich auch auf die Besitzstruktur aus. Unterstützt von der Regierung, die die riesigen Landflächen des *Oriente* dazu nutzte, politische Loyalität und Unterstützung mit kostenlosen Landzuteilungen zu honorieren, etablierte sich eine kleine Gruppe an Mestizen, die neue Agrarelite.⁷⁰ Das heißt, die Zuteilung von Boden kam nicht den Landarbeitern zugute, sondern mehrheitlich solchen sozialen Gruppen, die vorher nichts mit landwirtschaftlichen Aktivitäten zu tun hatten – vor allem Regierungsangestellte, Bergbauunternehmer, Händler, Armeeangehörige, Politiker und Angehörige selbständiger Berufe.⁷¹ Diese verkauften die ihnen gratis zugewiesenen Ländereien⁷² oftmals

67 Vgl.: Liu Kohler: Unterdrückt aber nicht besiegt. S. 46-47.

68 Vgl.: J. Demeure: Agricultura. De la subsistencia a la competencia internacional. In Campero, Fernando (Hg.): Bolivia en el siglo XX. La Formación de la Bolivia contemporánea. La Paz 1999.

69 Vgl.: Lesley Gill: La reforma agraria y el desarrollo del capitalismo en Santa Cruz, Bolivia (1952-1980). S. 70.

70 Vgl.: Lesley Gill: Peasants, Entrepreneurs, and Social Change: Frontier Development in Lowland Bolivia. Boulder 1987.

71 Vgl.: Manuel Silverio Marquéz Tavera: Die Landwirtschaft im Entwicklungsprozess Boliviens. S. 72-73. Vgl.: Instituto Nacional de Reforma Agraria: Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. S. 50 und S. 59.

72 Allein unter der Diktatur von Hugo Banzer Suárez (1971-1977) wurden knapp 23,5 Millionen Hektar gratis verteilt. Das entspricht 40,9 Prozent aller bis 1993 verteilten Ländereien (Eigene Kalkulation nach Daten aus Instituto Nacional de Reforma Agraria: Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. S. 58).

innerhalb von zwei Jahren an die bereits ansässige Agrarelite, wodurch diese in den Besitz riesiger Flächen gelangte.⁷³

Die Kolonisten aus der *Sierra* ihrerseits gerieten in ihrer neuen Heimat meist schnell wieder in Abhängigkeiten von Transportunternehmern oder Zwischenhändlern. Infolge von Verschuldung und der starken Konkurrenz der Agroindustrie sahen sie sich oft gezwungen, ihr Land an die Großunternehmen zu verkaufen. Schätzungen gehen davon aus, dass »80% der vom Hochland ins Tiefland umgesiedelten Campesinos sich nach drei bis vier Jahren als Subproletariat in den Städten Montero und Santa Cruz wiedergefunden haben.«⁷⁴ Gemäß anderen Quellen über die staatlich-geplante Kolonisierung haben rund 45 Prozent der Siedler ihr Land aufgegeben.⁷⁵

Der damit verbundene Rekonzentrationprozess lief auf eine Art Gegenlandreform⁷⁶ hinaus (Neuetablierung von Großgrundbesitz gemäß der Ausgangslage in Grafik 1). Ohnehin versandete die Agrarreform von 1953 immer mehr in staatlicher Bürokratie.⁷⁷ Weder gab die Regierung den Programmen die notwendige Rückendeckung, noch gar eine Orientierung. In zahlreichen Gebieten (etwa in den Departements Tarija, Potosí oder Chuquisaca) beschränkte sich deshalb die Wirkung der Agrarreform lediglich auf eine Ausweitung der Subsistenzwirtschaft (siehe Grafik 2).⁷⁸ Die Mehrheit der Landwirte blieb arm. Anstatt die intra- und interregionalen Disparitäten auf ökonomischer, sozialer, politischer und technologischer Ebene zu reduzieren, setzte der Staat die traditionelle Entwicklungspraxis, nämlich die Nutzung von natürlichen Ressourcen zur Erzielung von Exporterlösen, fort.⁷⁹

Es offenbarte sich infolge dieser Politik immer mehr, dass sich in Bolivien über die Jahre hinweg erneut eine dualistische Landwirtschaft wie vor

73 Vgl.: Lesley Gill: *La reforma agraria y el desarrollo del capitalismo en Santa Cruz, Bolivia (1952-1980)*. S. 74.

74 Liu Kohler: *Unterdrückt aber nicht besiegt*. S. 48.

75 Vgl.: Magda von der Heydt-Coca: *Die bolivianische Revolution von 1952*. S. 234.

76 Vgl.: Miguel Urioste Fernández de Córdova: *Bolivia. La reforma agraria abandonada. Los valles y el altiplano*. In: *Debate agrario*, Dezember 2004.

77 Nach Schätzung kostete der Verwaltungsaufwand in den umständlichen Verfahren der Umverteilung bis 1963 knapp 1,9 Millionen US-Dollar oder pro bis dato verteiltem Rechtstitel im Durchschnitt 837,78 US-Dollar (vgl. Magda von der Heydt-Coca: *Die bolivianische Revolution von 1952*. S. 162). Der Prozess der Enteignung und Distribution zog sich mindestens zwei, meist acht bis zehn Jahre hin. Sehr gut ist ein solcher Prozess für die Hacienda Patarani dokumentiert (vgl. Miguel Urioste Fernández de Córdova / Rossana Barragán Romano / Gonzalo Colque Fernández: *Los nietos de la reforma agraria*. S. 85-97).

78 Vgl.: Peter Fellenberg: *Kontinuität und Wandel der Agrarfrage in der jüngsten Geschichte Boliviens*. S. 702.

79 Vgl.: Manuel Silverio Marquéz Tavera: *Die Landwirtschaft im Entwicklungsprozess Boliviens*. S. 27.

der Reform herausgebildet hatte. In der (westlichen) *Sierra* produzierten Familienbetriebe auf kleinsten Flächen und mit althergebrachten kommunikativen Anbaumethoden für ihre Subsistenz, während in den erschlossenen *Selva*-Gebieten zunehmend kommerziell ausgerichtete Agrarindustrien entstanden. Diese großen landwirtschaftlichen Unternehmen expandierten immer weiter und stellten bald das Rückgrat der nationalen Vieh-, Forst- und Landwirtschaft dar. Hinzu kam, dass sie sich zu machtvollen Organisationen zusammenschlossen, zunächst je nach Produkt (vor allem Zuckerrohr, Viehzucht, Baumwolle und Soya), später im Dachverband der Landwirtschaftskammer des Ostens (*Cámara Agropecuaria del Oriente*, CAO).

Beide Systeme, die traditionelle Minifundienwirtschaft und der intensive, maschinisierte Flächenanbau, agierten dabei nebeneinander, ohne Ansätze einer Integration oder Interaktion. Das einzige, was sie verband, war ihre Konkurrenz um staatliche Zuwendung. Doch während die Kleinlandwirte der *Sierra* zunehmend an politischen Einfluss verloren, gelang es vor allem der CAO, nicht nur regional, sondern landesweit ihre Forderungen zu artikulieren und durchzusetzen. Dieser Dualismus zwischen *Oriente* und *Sierra* sollte sich bis ins neue Jahrtausend hinein sogar weiter verschärfen.

Ein deutliches Kennzeichen, dass es zu einer latenten Gegenreform im Agrarsektor kam, findet sich auch in den Arbeitsbeziehungen im *Oriente*. Wie vor der Reform von 1953 waren Boden und Arbeit in den 1980er Jahren wieder strikt getrennte Faktoren. Während das Land einer inzwischen wohlhabenden Minderheit gehörte, sorgten indigene Wanderarbeiter aus der westlichen *Sierra* mit ihrer Arbeitskraft dafür, dass dieser Reichtum vermehrt wurde. Etwa 50 Prozent der Tagelöhner in den neu erschlossenen *Selva*-Gebieten entstammten den Departements Cochabamba, Potosí und Chuquisaca. Die andere Hälfte bestand zu 40 Prozent (im Fall des Zuckerrohranbaus) beziehungsweise 18 Prozent (bei der Baumwollproduktion) aus landwirtschaftlichen Semi-Proletariern des *Oriente*.⁸⁰ Weder die Wanderarbeiter aus der *Sierra* noch die lokalen Tagelöhner erzielten jedoch Einkommen, die sie hätten ökonomisch besser stellen können.⁸¹ Beide Gruppen blieben trotz zweifacher Einkommen (*farm-* und *off-farm-income*) arm.

Zunehmende Korruption und ein stetig wachsender Schwarzmarkt für Bodenkäufe im Osten des Landes führten 1992 zur Intervention des Nationalen Rates der Agrarreform (*Consejo Nacional de Reforma Agraria*, CNRA) und des Nationalen Instituts der Kolonisierung (*Instituto Nacional de Colo-*

80 Vgl.: Enrique Ormachea Saavedra: Los obreros agrícolas temporales del algodón y la caña y sus derechos.

81 Vgl.: Lesley Gill: La reforma agraria y el desarrollo del capitalismo en Santa Cruz, Bolivia (1952-1980). S. 78-79.

nización, INC). Offiziell wurde damit die Landreform von 1953 beendet, um zugleich die Vorbereitungen für eine weitere Etappe der Umgestaltung der bolivianischen Landwirtschaft zu treffen.

5. Die bolivianische Landwirtschaft im neoliberalen Umfeld

Im Zuge der Strukturanpassungsmaßnahmen, mit denen die internationalen Währungs- und Entwicklungsorganisationen nach der Verabschiedung des *Washingtoner Konsensus* im Jahr 1990 ganz Lateinamerika überzogen, erfuhr die bolivianische Landwirtschaft dahingehend eine Neuausrichtung, dass sich nun ein institutionalisierter Bodenmarkt etablieren sollte. Nach der zum Teil ungeordneten Distribution von Land und der mangelhaften Katastrierung war die Regierung angehalten, die Landrechte zu regeln und das private Landeigentum zu schützen. Die dahinter steckende Logik gründete auf der Annahme, dass der durch diese Maßnahmen geschaffene Markt den Produktionsfaktor Boden viel effizienter zuweisen könne, als es vormals der Staat tat.⁸²

Doch die Regierung von Jaime Paz Zamora in Allianz mit Hugo Banzer Suárez erwies sich vor der juristischen Absicherung des Grundbesitzes erneut für loyale Unterstützer als sehr spendabel. Allein zwischen 1990 und 1992 wurden 12,3 Millionen Hektar kostenlos verteilt. Das waren 21,4 Prozent aller bis zu diesem Zeitpunkt umverteilten Flächen. Die Administrationen unter Hugo Banzer Suárez verteilten somit direkt (1971-1977) oder indirekt (1989-1993) zwei Drittel des Agrarreformlandes bis 1993.⁸³

Bolivien verabschiedete vor dem Hintergrund der durch die internationalen Entwicklungsorganisationen geforderten Legalisierung von Grundbesitz im Jahr 1996 ein neues Landgesetz (*Ley 1715* oder *Ley Instituto Nacional de Reforma Agraria*, INRA). Damit wurden ein Kataster geschaffen und die Prozesse zur Vergabe von Bodentiteln geregelt. Allerdings geht das bolivianische Gesetz über ähnliche Regelungen anderer Länder wie dem Speziellen Projekt zur Titulierung der Böden und ländliches Kataster (*Proyecto Especial de Titulación de Tierras y Catastro Rural*, PETT) in Peru hinaus. Das *Ley INRA* regelte nämlich die Vorzugsrechte für Landwirte und Indigene auf Landbesitz und führte das Konzept der gemeinschaftlichen ursprünglichen

82 Vgl.: Klaus Deininger / Hans Christoph Binswanger: The Evolution of the World Bank's Land Policy. In: Alain de Janvry / Gustavo Gordillo / Jean-Philippe Platteau / Elisabeth Sadoulet (Hg.): Access to Land, Rural Poverty, and Public Action. Oxford 2001.

83 Vgl.: Instituto Nacional de Reforma Agraria: Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. S. 58-59.

Ländereien der Ureinwohner (*Tierras Comunitarias de Origen*, TCO) ein. Weitläufige Territorien von indigenen Völkern bekamen Landtitel, die nicht auf den Staat, sondern auf deren Bewohner ausgestellt waren.

Dieser Prozess der Anerkennung der indigenen Territorien stellte ein Novum in der neueren Geschichte dar. Viel deutet darauf hin, dass vor allem der Marsch für Land und Würde (*Marcha por el territorio y la dignidad*⁸⁴) im Jahr 1990, bei dem indigene Völker aus dem Amazonas über 650 Kilometer bis nach La Paz zurücklegten, entscheidend dazu beitrug, die Frage der Indigenen und des Territoriums auf die politische Agenda zu setzen. Möglicherweise im Ergebnis des zweiten Marsches für Land, Entwicklung und politische Partizipation der indigenen Völker (*Marcha por el territorio, el desarrollo y la participación política de los pueblos indígenas*) im Jahr 1996 kam es zur Aufnahme des Konzepts der *Tierras Comunitarias de Origen* (TCO) in das *Ley INRA*.⁸⁵ Die TCO gelten demnach als kollektives, unteilbares, unveräußerbares, unpfändbares und unverjährbares Landeigentum. Sie sind somit nicht der Marktlogik unterworfen. Das Gesetz ermöglicht auf diese Weise den Schutz der traditionellen Formen des Zugangs und der Nutzung von Land.

Die kostenlose Landvergabe sollte fortan nur noch an Bauernkommunen, indigene Dörfer oder Gemeinschaften möglich sein. Wie gezeigt wird, kam diese gesetzliche Verankerung für die armen Landwirte in den *comunidades* und für die indigenen Völker des Amazonas zu spät, da kaum noch Flächen zur Umverteilung zur Verfügung standen. Für natürliche Personen (mithin genauso für Minifundistas als auch Agrarunternehmer) galt fortan, dass sie für Landzuteilungen den Marktwert an den Staat zu zahlen haben.

Eine weitere Regelung im *Ley INRA* zielte darauf ab, sämtliche Eigentumstitel seit der Agrarreform von 1953 auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Dieser Prozess wurde aufgrund der zahlreichen illegalen Landnahmen im *Oriente* notwendig. Jedoch schritt die gesetzlich festgeschriebene Regulierung der Agrartitel (*saneamiento*) wegen der damit verbundenen technischen Schwierigkeiten, vor allem aber wegen der politischen Differenzen zwischen verschiedenen Interessengruppen, nur sehr langsam voran.

Von etwa 107 Millionen Hektar zur »Sanierung« waren bis zum gesetzlich festgelegten Endzeitpunkt im Jahr 2006 (Art. 65 *Ley INRA*) gerade einmal 11,4 Millionen Hektar in ihren Besitztiteln reguliert, d.h. lediglich 10,7 Prozent.⁸⁶ Der zögerliche Fortschritt bei der Umsetzung des *Ley INRA* offenbarte

84 Siehe den Beitrag von Jhonny Lazo in diesem Band.

85 Vgl.: Instituto Nacional de Reforma Agraria: Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. S. 77

86 Vgl.: Ismael Guzmán / Eulogio Niñez / Pelagio Pati / Julio Urapotina / Miguel Valdez / Alf-

den seit mehr als 50 Jahren währenden Dauerkonflikt in der bolivianischen Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Zugang zu Boden und (juristisch) stabilen Eigentumsverhältnissen. Denn die Regulierung der Landtitel umfasste zu 90 Prozent die Minifundistas⁸⁷, während die »Sanierung« der neuen, meist illegal erworbenen Großgrundbesitzungen am Widerstand der Landelite weitgehend scheiterte. Sie teilten ihre Besitzungen unter Familienangehörigen auf, setzten Strohmänner als neue Eigentümer ein oder kooperierten mit ausländischen Firmen, um Kapital zu besorgen und ihre *Haciendas* »produktiv« zu machen. Dieser dritte Dualismus der bolivianischen Landwirtschaft zwischen legal und illegal erworbenem Grund und Boden trägt jedoch nur vordergründig juristischen Charakter. Vielmehr bedarf es für dessen Lösung einer klaren politischen Absicht, die korrupten Machenschaften der Staatsbürokratie und der Agrarelite historisch aufzuarbeiten. Während der neoliberalen Phase waren nicht einmal Ansätze für einen solchen Schritt feststellbar.

Bezogen auf die titulierten Böden entfielen aufgrund der geschilderten Unklarheiten 67 Prozent der regulierten Flächen auf die TCO, sprich die indigenen Gemeinschaften, und nur 20 Prozent auf die einfache Regulierung.⁸⁸ Es bleibt zu erwähnen, dass dieser zehnprozentige Fortschritt bei den Titulierungen bis 2004 etwa 70 Millionen US-Dollar gekostet hat.⁸⁹ Bis 2006 wird eine Summe von 88 Millionen US-Dollar genannt, was pro titulierten Hektar 7,70 US-Dollar entspricht.⁹⁰

Eine zweite direkte Folge der Liberalisierung in Bolivien, hier speziell bezogen auf den Agrarsektor, bestand darin, dass sich die Kluft zwischen der binnenorientierten Kleinlandwirtschaft in den Bergen und dem exportorien-

redo Montecinos: Saneamiento de la tierra en seis regiones de Bolivia, 1996-2007. S. 38. Nach einer anderen Quelle wurden 12,3 Millionen Hektar »saniert«, entsprechend 11,5 Prozent. Für 54,7 Prozent der Flächen war der Prozess der Regulierung noch nicht einmal begonnen (vgl. Instituto Nacional de Reforma Agraria: Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. S. 93).

87 Vgl.: Miguel Urioste Fernández de Córdova: Bolivia. La reforma agraria abandonada. S. 162. Die Eigentümer der *Solar Campesino* und die Gruppe der Kleinlandwirte machten bis 2006 sogar 93,9 Prozent aller Empfänger von regulierten Landtiteln aus (vgl. Instituto Nacional de Reforma Agraria: Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. S. 96).

88 Vgl.: Ismael Guzmán / Eulogio Niñez / Pelagio Patí / Julio Urapotina / Miguel Valdez / Alfredo Montecinos: Saneamiento de la tierra en seis regiones de Bolivia, 1996-2007. La Paz 2008. S. 39. Nach anderen Quellen entfielen auf die TCO 7,7 Millionen »sanierte« Hektar, entsprechend 62,8 Prozent aller Flächen (vgl. Instituto Nacional de Reforma Agraria: Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. S. 96).

89 Vgl.: Miguel Urioste Fernández de Córdova: Bolivia. La reforma agraria abandonada. S. 162.

90 Vgl.: Ismael Guzmán / Eulogio Niñez / Pelagio Patí / Julio Urapotina / Miguel Valdez / Alfredo Montecinos: Saneamiento de la tierra en seis regiones de Bolivia, 1996-2007. S. 40.

tierten Agrobusiness im *Oriente* weiter vergrößerte. Denn während billige Importe an Lebensmitteln die Möglichkeiten der Marktteilnahme der Minifundistas weiter verminderten, erlebten die landwirtschaftlichen Exportunternehmen in den östlichen Gebieten einen wahren Boom und expandierten sehr stark. Beispielsweise konzentrierten sich in den Departments des *Oriente* im Jahr 2004 bereits 96 Prozent aller für den Anbau von industriell verwertbaren Agrarprodukten (Baumwolle, Zuckerrohr, Sonnenblumen, Nüsse, Soja) genutzten Flächen des Landes.⁹¹

Das Ausmaß der wachsenden Ungleichheit wird auch deutlich, wenn man die Einkommen der Bevölkerung nach Dezilen vergleicht. Demnach verdienten die reichsten zehn Prozent das 90-fache dessen, was die ärmsten zehn Prozent einnehmen.⁹² Der Gini-Koeffizient der ländlichen Einkommen lag 2002 bei 0,632⁹³, eine der ungleichsten Verteilungen weltweit. Zahlen zur ländlichen Armut belegen zudem, dass es starke regionale Unterschiede gibt. Während 59,4 Prozent der Landwirte aus der *Sierra* als extrem arm gelten, leben im *Oriente* 32,2 Prozent in extremer Armut.⁹⁴

An dieser immer stärkeren Ausdifferenzierung der Landwirtschaft änderte auch das *Ley INRA* von 1996 nichts. Denn der Boden wurde nicht nach ökonomischen oder sozialen Kriterien umverteilt, sondern im Einvernehmen mit den Interessen einer kleinen mächtigen Agrarelite.⁹⁵ Nicht nur deshalb erlangte dieses Gesetz auch nie den formalen Status einer »zweiten Agrarreform«. Einige Autoren sehen vielmehr darin sogar die logische und konsequente Weiterverfolgung des Ziels, das seit 1953 die Agrarpolitik Boliviens bestimmt: die kapitalistische Modernisierung der Landwirtschaft mit Großbetrieben an der Spitze.⁹⁶ Die Festigung der Eigentumsrechte (der neuen Agrarelite) würde somit voll und ganz den unternehmerfreundlichen Geist der bisherigen Entwicklung unterstreichen.

91 Vgl.: Enrique Ormachea Saavedra: *Revolución agraria o consolidación de la vía terrateniente*. S. 33.

92 Vgl.: United Nations Development Programme (UNDP): *Human Development Report 2005*. New York 2005. S. 166.

93 Vgl.: Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC): *Social Panorama of Latin America, 2002-2003*. Santiago 2004. S. 301-305.

94 Vgl.: Cristóbal Kay / Miguel Urioste Fernández de Córdova: *Latifundios, avasallamientos y autonomías*. S. 12-13.

95 Vgl.: Ebenda. S. 28.

96 Vgl.: Enrique Ormachea Saavedra: *Revolución agraria o consolidación de la vía terrateniente*. S. 40.

6. Die Wahlen von 2005 und die aktuelle Entwicklung

Die Wahl von 2005 brachte das Problem der ländlichen Entwicklung, den Ausschluss der Indigenen und den ungleichen Zugang zu Boden, zurück auf die politische Agenda. Am 03. Juni 2006 erließ die neue MAS-Regierung sieben Dekrete, die manche als den Beginn der zweiten Agrarreform ansahen.⁹⁷ Die Regulierung der Eigentumsrechte erlangte höchste Priorität. Wie der MAS verkündete, war das Ziel dieser Maßnahme jedoch nicht die Errichtung eines Bodenmarktes (wie beim *Ley INRA* 1996), sondern die Ermittlung und Vergabe aller frei verfügbaren Böden ausschließlich an Kommunen. Dadurch erhofften sich viele arme Landwirte, dass das traditionelle Kollektiveigentum gefestigt und die Akkumulation von Reichtum in Händen einiger weniger Familien vermieden würde. In nur einem Jahr (von November 2006 bis November 2007) wurden mit 10,2 Millionen Hektar Land etwa genauso viele Hektar in den Registern reguliert wie in den zehn Jahren zuvor.⁹⁸

Der vordergründig radikale Ansatz der Dekrete entpuppte sich bald jedoch als offizielle Propaganda⁹⁹ und konservative Fortsetzung der bisherigen Agrarpolitik.¹⁰⁰ Einerseits führten die Dekrete zu einer weiteren Ausdifferenzierung der Besitzstruktur in Bolivien. Neben familiärem Kleinbesitz in der *Sierra* und Großbetrieb im *Oriente* wird es zukünftig bei den von Indigenen kontrollierten Böden den Familienbesitz (vornehmlich in den Bergen) und das reine Kommunaleigentum (vornehmlich in der *Selva*) geben. Die Ursache dafür liegt in der Bestimmung, dass nach der Neuvergabe von Landtiteln an Kommunen deren Mitglieder sämtliche Rechte auf Familieneigentum in diesen Gemeinden aufgeben müssen.¹⁰¹ Angesichts der dadurch entstehenden Vielfalt an landesweiten Organisationsformen der Produktionseinheiten erscheint eine einheitliche Agrarpolitik etwa auf dem Gebiet der Vermarktung, der Modernisierung oder der Kreditgewährung nahezu unmöglich. Unter Umständen liegen hier bereits die Wurzeln für einen weiteren Dualismus, der sich in den nächsten Jahren verstärken könnte.

97 Bedeutung erlangte in dem Zusammenhang vor allem das *Ley 3545 (Ley de Reconducción Comunitaria de la Reforma Agraria)*/Gesetz der gesellschaftlichen Fortsetzung der Agrarreform).

98 Vgl.: Guzmán, Ismael / Niñez, Eulogio / Patí, Pelagio / Urapotina, Julio / Valdez, Miguel / Montecinos, Alfredo: *Saneamiento de la tierra en seis regiones de Bolivia, 1996-2007*. La Paz 2008. S. 317.

99 Vgl.: Ormachea Saavedra: *Revolución agraria o consolidación de la vía terrateniente*. Auflage 2008. S. 19.

100 Das betrifft vor allem das *Ley 3545* als Modifikation des *Ley 1715 (Ley INRA)*.

101 Vgl. dazu auch Javo Ferreira: *Entre la hibridez del mundo agrario y su idealización populista*. In: *Estrategia Internacional* Vol. 26, März 2010. S. 267-284.

Andererseits kam es infolge der Dekrete bisher zu keinen tiefgreifenden Besitzveränderungen im Land. Weiterhin besitzen weniger als 100 Familien mehr als 25 Millionen Hektar Anbauflächen, während zwei Millionen (weitgehend indigene) Familien fünf Millionen Hektar Boden bearbeiten.¹⁰² Es ist deshalb zu fragen, inwiefern man überhaupt von einer neuen Etappe der Agrarreform sprechen kann. Die Fokussierung auf die Regulierung der Eigentumsrechte anstelle einer radikalen Umstrukturierung rückte bereits nach der Machtübernahme des MAS im Jahr 2006 eine Lösung der Landfrage in weite Ferne. Die Regierung plante beispielsweise, nicht Großgrundbesitz als solchen, sondern nur »unproduktive Latifundien« zu enteignen und umzuverteilen. Die Übereinstimmung der Ziele mit denen der Reform von 1953 ist offenkundig. Erneut implizieren diese Pläne demnach im Umkehrschluss, dass sämtliche produktive Besitzungen gleich welcher Ausdehnung, mithin die, die die sozialökonomische Funktion (*función económico-social*, FES) erfüllen, respektiert oder zum Marktwert entschädigt werden sollten.¹⁰³ Das gilt vor allem für den Extremfall einer Enteignung zugunsten indigener Gruppen.¹⁰⁴

Die FES scheint ein wieder belebtes Konzept zu sein, das sich allerdings auch schon im *Ley INRA* in Verbindung mit dem Art. 169 der Verfassung von 1995 fand. Im Art. 2 *Ley INRA* wird diese sozialökonomische Funktion folgendermaßen definiert:

»Die sozialökonomische Funktion auf dem Gebiet der Landwirtschaft, wie sie im Artikel 169 der Politischen Verfassung des Staates verankert ist, ist die nachhaltige Bewirtschaftung des Bodens in der Entwicklung von landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und anderen Aktivitäten mit produktivem Charakter ebenso wie denen der Konservierung und dem Schutz der

102 Vgl.: United Nations Development Programme (UNDP): Human Development Report 2005. S. 166.

103 Stellt eine Entschädigung als solche bereits eine tiefgreifende Umstrukturierung der Landwirtschaft aufgrund der damit verbundenen hohen Kosten in Frage, bedeutet die gesetzlich verankerte Entschädigung zum Marktwert gegenüber dem (oftmals viel) niedrigeren Wert im Kataster hohe Zusatzausgaben für den Staat.

104 Vgl.: Ismael Guzmán / Eulogio Niñez / Pelagio Patí / Julio Urapotina / Miguel Valdez / Alfredo Montecinos: Saneamiento de la tierra en seis regiones de Bolivia, 1996-2007. S. 44 und S. 290; vgl. Enrique Ormachea Saavedra: Revolución agraria o consolidación de la vía terrateniente. S. 86; vgl. Miguel Urioste Fernández de Córdova: La »revolución agraria« de Evo Morales. Desafíos de un proceso complejo. In: Nueva Sociedad Vol. 223, September-Oktober 2009. S. 120. Urioste fragt zudem zu Recht, wie genau die Agrarreform in der Praxis ausgestaltet sein soll. Denn das Gesetz lässt offen, ob der Staat, wenn er das Land der Grundbesitzer aufgekauft hat, Ländereien gratis verteilt oder an Kleinbesitzer verkauft. Wahrscheinlich gilt weiter die Regelung aus dem *Ley INRA* von 1996 (siehe weiter unten im Text).

Biodiversität, der Forschung und des Ökotourismus, im Einklang mit seinem hauptsächlichen Nutzungspotential, zum Nutzen der Gesellschaft, im kollektiven Interesse und dem seines Eigentümers.«¹⁰⁵

In der neuen Verfassung bestimmt der Art. 397, Abs. 3 die sozialökonomische Funktion

»als die nachhaltige Bewirtschaftung des Bodens in der Entwicklung von produktiven Tätigkeiten im Einklang mit seinem hauptsächlichen Nutzungspotential zum Nutzen der Gesellschaft, im kollektiven Interesse und dem seines Eigentümers. Das unternehmerische Eigentum ist Gegenstand einer Kontrolle über die Einhaltung dieses Gesetzes, um zu verifizieren, ob die sozialökonomische Funktion erfüllt wird.«¹⁰⁶

Obwohl die FES dezentral vor Ort festgestellt werden soll, dürfte in Zukunft über die Erfüllung der *sozialökonomischen* Funktion vor allem die jeweilige (zentrale) Interpretation je nach (politischer) Interessenlage ausschlaggebend sein. Denn jedes Unternehmen hat als Ziel die ökonomische Gewinnerzielung und nicht eine soziale Funktion. Die FES stellt somit den einzigen Mechanismus dar, produktiven Großgrundbesitz zukünftig enteignen zu können.¹⁰⁷

Die Bevorzugung des Kriteriums der FES gegenüber etwa der Legalität des Erwerbs oder der Größe, die Garantie von Eigentumsrechten und der Verzicht auf eine radikale Agrarreform lassen zudem vermuten, dass die MAS-Regierung zur Vermeidung eines Stillstandes im Reformprozess der (grundbesitzenden) Opposition zu weit entgegen kam. Immer wieder drohten die Departements im Osten (bzw. die dort herrschenden Eliten), die Integrität des Landes in Frage zu stellen, sollten ihre Forderungen nicht beachtet werden.

Wie die Analyse der Agrarreform von 1953 zeigte, basiert dieser Konflikt zwischen den Departements des *Oriente* mit dem Staat jedoch auf einem Paradox: Denn die Agrarelite – vor allem die in Santa Cruz – widersetzt sich heute dem Staat, dem sie einst ihren Reichtum verdankte, wenngleich unter anderen Regierungen. So bilden die direkte Nutzung und die Renteneinnahmen aus der Verpachtung der ihnen vormals kostenlos zugesprochenen Ländereien noch immer die finanzielle Basis für ihre Machtposition.¹⁰⁸

105 Vgl.: Ley N° 1715 vom 18. Oktober 1996, Titel 1, Kap. 1, Art. 2 (Übersetzung durch den Verf.). Die sozialökonomische Funktion in der Landwirtschaft findet sich auch im Art. 393 der neuen Verfassung.

106 Übersetzung durch den Verfasser.

107 Vgl.: Carlos Ricardo Valenzuela Castaños: *Tierra y territorio en Bolivia*. Cochabamba 2008. S. 70.

108 Vgl.: Miguel Urioste Fernández de Córdova: *Las sombras de un año de Revolución Agraria*. In: *Observatorio de la Revolución Agraria en Bolivia* Vol. 1, Juli 2007. S. 14.

Angesichts der (juristischen) Möglichkeiten einer Neubewertung dieser oftmals illegalen Landtransfers (gegenüber dem juristisch sehr umstrittenen Konzept der FES) und einer genauen Analyse der Agrarpolitik des MAS führen daher zu starken Zweifeln, ob die Politik der neuen Regierung überhaupt zu einer tiefgreifenden Änderung der Landwirtschaftsstruktur führen kann. Denn der MAS handelt vorrangig entlang der Linie einer Garantie der juristischen Sicherheit für Besitztümer. Wenngleich er betont, strikt auf den Nachweis, dass die *produktive* Funktion erfüllt wird, zu drängen, und Spekulation zu sanktionieren¹⁰⁹, ist völlig offen, wie er die sozialen Forderungen nach Land erfüllen und die Artikulation von Politiken der Landverteilung fördern will.

Vielmehr scheinen die Forderungen der armen Landbevölkerung nach (Klein-)Grundbesitz unter den Voraussetzungen der Besitzgarantie nur schwerlich Erfüllung finden zu können, zumal erschließbare landwirtschaftliche Flächen bei Beachtung ökologischer Belange (Schutz des Regenwaldes) kaum noch vorhanden sind. Eine Studie zur Landnutzung zeigt, dass derzeit 3,16 Millionen Hektar für hochgradig mechanisierten Anbau (agroindustrielle Großbetriebe), 4,6 Millionen Hektar in traditioneller Weise (indigene Gruppen und Kolonisten aus der *Sierra*), 26,9 Millionen Hektar für die Viehzucht und 43,8 Millionen Hektar für die Forstwirtschaft beziehungsweise Regenwaldschutz genutzt werden.¹¹⁰ Nimmt man als Indikator für zu verteilende Flächen die *tierras fiscales*, d. h. die Böden, bei denen Ungereimtheiten im Zuge der Regulierung auftraten, keine produktive Nutzung vorliegt o. a., dann blieben – je nach Quelle verschieden – lediglich 2,5 Millionen Hektar zur Redistribution.¹¹¹ Allerdings fordern allein die indigenen Völker 33 Mil-

109 Vgl.: Miguel Urioste Fernández de Córdova: La »revolución agraria« de Evo Morales. S. 117. Vgl. auch: Instituto Nacional de Reforma Agraria: Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. S. 162. Vgl.: Carlos Ricardo Valenzuela Castaños: Tierra y territorio en Bolivia. S. 69.

110 Vgl.: Timothy J. Killeen / Anna Guerra / Miki Calzada / Lisette Correa / Veronica Calderon / Liliana Soria / Belem Quezada / Marc K. Steininger: Total Historical Land-Use Change in Eastern Bolivia. Who, Where, When, and How Much?. In: Ecology and Society Vol. 13. Nr. 1/ 2008. Online-Publikation. URL: <http://www.ecologyandsociety.org/vol13/iss1/art36/> (Abruf 01.07.2010).

111 Vgl.: Ismael Guzmán / Eulogio Niñez / Pelagio Patí / Julio Urapotina / Miguel Valdez / Alfredo Montecinos: Saneamiento de la tierra en seis regiones de Bolivia, 1996-2007. S. 40. Allerdings weisen Ismael Guzmán et al. verschiedene Zahlen aus. Demnach wäre es auch möglich, dass die *tierras fiscales* insgesamt acht Millionen Hektar ausmachen, von denen 1,5 Millionen allein seit 2006 durch die neuen Dekrete identifiziert wurden. Miguel Urioste Fernández de Córdova nennt sechs Millionen Hektar als das konfiszierbare Potential an land- und viehwirtschaftlich nutzbaren Flächen (vgl. ders.: La »revolución agraria« de Evo Morales. S.116-117). INRA selbst führt 4,6 Millionen Hektar *tierras fiscales* an, von denen allerdings nur 1,5 Millionen Hektar für eine Umverteilung zur Verfügung stünden, da sich

lionen Hektar, davon 21 Millionen für TCO im Tiefland und 12 Millionen im Hochland, wovon aber erst 7,7 Millionen Hektar zugesprochen wurden.¹¹²

Über die bisherige Verteilung von *tierras fiscales* gibt es ebenfalls widersprüchliche Angaben. Demnach beliefen sich die Umverteilungen unter diesem Konzept im Jahr 2006 auf insgesamt 160.000 Hektar.¹¹³ Gemäß anderen Quellen hätten seit 2006 3015 Familien von der Zuteilung von knapp 700.000 Hektar profitiert.¹¹⁴ Allerdings zeigt sich, dass es kaum zu Enteignungen von Großgrundbesitz unter der MAS-Regierung kam. 2007 begann das INRA wegen der teilweisen oder vollständigen Verletzung der sozialökonomischen Funktion drei Prozesse zur Rückübertragung (*reversión*) von Latifundien in der Provinz Hernando Siles, Departement Chuquisaca, mit einer Gesamtfläche von 2686 Hektar.¹¹⁵ Enteignet wurden im gleichen Jahr durch das *Decreto Supremo* 29345 vom 28. November zudem 180.000 Hektar von 26 Gütern in den Provinzen Luis Calvo und Hernando Siles zugunsten des indigenen Volkes der Guarani¹¹⁶ – gegen Entschädigung zum Marktwert. Seitdem gab es jedoch keine weiteren Dekrete zu Enteignungen im Landwirtschaftssektor.

Trotz dieser Gratis-Übereignungen von Land an Kommunen oder indigene Völker beziehungsweise TCO¹¹⁷, die als Ausnahmen weiterhin möglich sein sollen, deutet vieles darauf hin, dass der Zugang zu Boden in Zukunft – analog der Rechtsprechung vom *Ley INRA* von 1996 und erweitert durch das *Ley* 3545 – nur noch durch Kauf und nicht mehr durch kostenlose Zuteilung (durch den Staat) erfolgt. In diese Richtung weisen auch verschiedene

viele Böden in geschützten Gebieten oder Forstreserven befinden (vgl. Instituto Nacional de Reforma Agraria: Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. S. 100). Im selben Dokument werden jedoch auch 3,5 Millionen Hektar beziehungsweise 2,1 Millionen Hektar als verteilbare *tierras fiscales* genannt (vgl. ebenda. S. 134-135). Umstritten ist nach wie vor, inwiefern Gebiete mit Forstkonzessionen unter die Agrargesetzgebung fallen.

112 Vgl.: Carlos Ricardo Valenzuela Castaños: Tierra y territorio en Bolivia. S. 37-38.

113 Vgl.: Instituto Nacional de Reforma Agraria: Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. S. 101.

114 Vgl.: Ismael Guzmán / Eulogio Niñez / Pelagio Patí / Julio Urapotina / Miguel Valdez / Alfredo Montecinos: Saneamiento de la tierra en seis regiones de Bolivia, 1996-2007. S. 40. Vgl.: Instituto Nacional de Reforma Agraria: Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. S. 136.

115 Vgl.: Instituto Nacional de Reforma Agraria: Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. S. 136-137.

116 Vgl.: Decreto Supremo N° 29354 vom 28.11.2007.

117 Selbst die neue Verfassung lässt diesen Punkt weitgehend offen. Der Art. 393 spricht von *dotación*, der Ausstattung von Empfängern mit Land, was genauso Verkauf wie kostenlose Übereignung sein kann. Ebenso sind die Empfänger stets im Plural (*campesinos, afrobolivianos*) aufgeführt, so dass unklar bleibt, ob es sich um Gruppen oder Individuen handelt. Im Decreto Supremo N° 28733 Art. 1 vom 02.06.2006 wurde allerdings festgelegt, dass die Verteilung der *tierras fiscales* ausschließlich zugunsten der kollektiven Eigentums erfolgt.

Maßnahmen der Regierung, etwa als Evo Morales 2007 ein Übereinkommen mit dem Vizeministerium für Ländereien unterzeichnete, das diesem 15 Millionen US-Dollar für das Regierungsprogramm PROTIERRA zur Verfügung stellte. Damit sollen Kleinlandwirte Kredite aufnehmen, um Land im Rahmen der »marktbegleitenden Agrarreform« kaufen zu können.

Da diese Entwicklung nicht den Interessen der armen Landlosen und Kleinlandwirte entsprach, legten diese große Hoffnungen auf die Konstituierende Versammlung.¹¹⁸ Sie erhofften sich von ihr neue Impulse, die Agrarfrage endlich zu lösen. Voraussetzung dafür wäre ein klares Modell zur Struktur der Landwirtschaft nach der Reform – beispielsweise mit Festlegung auf ausschließlich kooperative Bewirtschaftung – gewesen.¹¹⁹ Doch mit der Annahme des Verfassungsentwurfes in Oruro, der das Privateigentum als unantastbar betrachtet, schwanden die Hoffnungen auf eine neue Agrarreform zu ihren Gunsten. Denn es ist mehr als illusorisch anzunehmen, dass die Agrarbourgeoisie und die Großgrundbesitzer ihre Ländereien oder auch nur Teile davon freiwillig hergeben werden.

Der derzeitige Entwicklungsplan der Regierung weist entsprechend andere Kriterien auf, mit denen man sich erhofft, die ländliche Armut zu lindern: 1) die Schaffung von Einkommen und Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb des eigenen (Klein-)Betriebes; und 2) die Schaffung von Produktionsketten zur Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte mit dem Ziel des Exports und der Einbindung der Minifundistas in dieses System.¹²⁰

Sollten diese Maßnahmen Erfolg haben, wäre die kapitalistische Umgestaltung der bolivianischen Landwirtschaft, die mit der Agrarreform von 1953 begann, abgeschlossen. Im Ergebnis stünde die (vollständige) Proletarisierung der *Minifundistas*. Was im ersten Punkt des Entwicklungsplans noch ein langsamer Prozess wäre, würde im zweiten Fall schneller vonstatten gehen, da die Kleinstbetriebe nie auch nur annähernde Konkurrenten für die Großbetriebe darstellen könnten. Sie müssten die Produktion aufgeben und das Land verkaufen. Der zu Zeiten der neoliberalen Phase durch das *Ley*

118 Vgl.: Enrique Ormachea Saavedra: *Revolución agraria o consolidación de la vía terrateniente*. 2. Auflage 2008. S. 8-9.

119 Die Festlegung auf die Produktionsform hätte den Vorteil gegenüber einer Begrenzung des Landbesitzes, dass letztere leicht umgangen werden kann und im Zeitverlauf eine Rekonzentration nicht ausschließt. Wie Enrique Ormachea Saavedra zeigt, konnte eine Obergrenze für die Ausmaße von Ländereien weder in Mexiko noch Peru oder Chile die Frage der ländlichen Armut und des ungleichen Besitzes lösen. Vielmehr stellten sich in diesen Ländern bald neue Konzentrationsprozesse bei gleichzeitig zunehmendem Kleinbesitz ein (vgl. ders.: *Revolución agraria o consolidación de la vía terrateniente*. 2. Auflage 2008. S. 28-29).

120 Vgl.: Ebenda. S. 79.

INRA geschaffene Bodenmarkt würde so seinen Zweck im Agrarprogramm des MAS erfüllen.

Den letzten Versuch, die Landfrage auf die politische Agenda zu setzen, stellte die zeitgleich mit dem Referendum über die Annahme der neuen Verfassung am 05.01.2009 abgehaltene Volksbefragung über eine Begrenzung von Landbesitz dar. 79,62 Prozent der Wähler entschieden sich für eine maximale Grenze von 5000 Hektar. Offen bleibt, was die armen Landwirte dadurch gewannen. Die Anhäufung von (unproduktivem) Land ist mit dieser Festlegung zwar unmöglich geworden und findet nun Verfassungsrang. Allerdings ist eine über sieben Kilometer im Quadrat umfassende Fläche ohne Mechanisierung, d. h. ohne hohe Kapitalinvestitionen, nicht produktiv zu bewirtschaften. Hinzu kommt, dass 5000 Hektar ohnehin die ökonomisch rentable Grenze darstellen dürfte, weil ab ungefähr dieser Fläche für jede noch so große Maschine keine Kostendegression mehr eintritt. Jedenfalls brauchen sich die Besitzer solcher Ländereien keine Gedanken über unzureichende Maschinenausnutzung zu machen. Andererseits sagt diese Grenze nichts über unterschiedliche Bodenqualität oder Klimabedingungen aus. Hier wäre ebenfalls eine Spezifizierung notwendig gewesen. Als drittes sei noch einmal erwähnt, dass die Agrarreform von 1953 bereits in Artikel 17 eine Obergrenze von 2000 Hektar für Agrarbetriebe der *Selva* verfügt hatte. Von daher scheint es mehr als zweifelhaft, ob durch die Festlegung im Referendum über etwas Grundlegendes entschieden wurde. Der vierte Einwand wiegt jedoch am schwersten. Denn die 5000 Hektar Obergrenze gelten nur für Ländereien in der Zukunft, d. h. ab dem Tag der Verabschiedung der neuen Verfassung im Januar 2009. Für die bestehenden Großgrundbesitzungen hat die Norm folglich keine Auswirkungen.¹²¹ Das heißt, die einzige Möglichkeit zur Enteignung stellt die FES für jedes einzelne Gut dar. Diese wird wie in der Ausgestaltung der Reform von 1953 von lokalen Agrarrichtern bestimmt. Die tatsächliche Effektivität dieses Instruments in der Praxis scheint daher sehr niedrig zu bleiben.

Neben einer Gesetzesinitiative zu einer grundlegenden Strukturänderung im Landbesitz fehlt zudem bis heute ein Positiv-Recht zur Förderung der rückständigen Landwirtschaft. Denn selbst wenn es gelingen sollte, die Land- und Bodenbesitzfragen zu lösen, bleibt das Armutproblem auf dem Lande ohne weitere (staatliche) Maßnahmen bestehen. Der Zugang zu Boden bedeutet nicht automatisch, dass dieser sofort auch produktiv genutzt würde. Es fehlt den Landwirten und Indigenen an modernen (Kapital-)Inputs wie

121 Vgl.: Miguel Urioste Fernández de Córdova: La »revolución agraria« de Evo Morales. S. 123.

Hohertragssaatgut, Dünger oder Bewässerungstechnologie. Es fehlt ihnen an technischem und kaufmännischem Wissen. Sie haben keinen Marktzugang, weil sie häufig über keine Transportmittel verfügen. Der Staat wäre gefordert, dahingehende Programme aufzulegen, Investitionen zu tätigen und Agrarkredite zu vergeben.

Unter diesen Voraussetzungen ist sehr zu bezweifeln, dass die bisherige Agrarpolitik des MAS wesentlich zur Verbesserung der Lage der armen Landwirte beitragen kann. Vielmehr scheint der MAS auf eine kapitalistische Landwirtschaft mit indigen-kommunitären Enklaven zu zielen, ohne die wirtschaftliche Lage der Minifundistas nachhaltig zu ändern.

Zusammenfassung

Bolivians Landwirtschaft war und ist durch ausgeprägte Widersprüche gekennzeichnet. Die Agrarreform von 1953, die das System des Großgrundbesitzes hätte beseitigen sollen, begünstigte nicht die armen Landwirte, sondern manifestierte ihrerseits einen neuen Typus von Großbetrieb, die *empresa*. Statt ein einheitliches Produktionssystem auf genossenschaftlicher¹²² oder kommunitärer Basis zu schaffen, schuf der Staat somit erneut einen dualistischen Landwirtschaftssektor. D. h., die heute existierende zweigeteilte Landwirtschaft in Bolivien, die durch Kleinbetriebe mit Subsistenzproduktion in der *Sierra* und kapitalistische Großfarmen im *Oriente* gekennzeichnet ist, hat ihren Ursprung in einer fehlgeleiteten, oft widersprüchlichen Agrarpolitik des Staates im letzten halben Jahrhundert. Klientelismus und Korruption im Staatsapparat trugen durch die kostenlose Landvergabe an loyale Politiker oder Armeeangehörige ebenso zur Verschärfung der Lage auf dem Lande bei wie die einseitige finanzielle Unterstützung der neu erschlossenen Gebiete um Santa Cruz.

Die Ausrichtung des MNR auf eine kapitalistische Modernisierung der Landwirtschaft hat dazu geführt, dass sich im Zuge der Agrarreform eine

122 Zwar gab es in Bolivien im Jahr 1978 804 landwirtschaftliche Genossenschaften mit 32.850 Mitgliedern. Diese stellten jedoch nur 2,3 Prozent der ökonomisch aktiven Landbevölkerung dar (vgl. Liu Kohler: Unterdrückt aber nicht besiegt. S. 82.) Dazu waren viele Genossenschaften lediglich Scheingenossenschaften, um Zugang zu Krediten zu erhalten. Das größte Problem stellte hingegen dar, dass die staatlichen Organe versuchten, sofort Produktionsgenossenschaften zu etablieren, anstelle die genossenschaftliche Integration nach dem von Otto Schiller (vgl. ders.: Kooperation und Integration im landwirtschaftlichen Produktionsbereich. Eine internationale Übersicht als Beitrag zur Frage der neuen Unternehmensformen in der Landwirtschaft. Frankfurt 1970. S. 4) entworfenen Modell langsam steigern zu lassen.

Koexistenz von Neolatifundismus (im *Oriente*) und stagnierender Minifundien-Subsistenzwirtschaft (in der *Sierra*) herausbildete. Die Fokussierung auf die Legalisierung der Besitztitel stellt eine weitere Konstante in der bolivianischen Agrarpolitik seit 1953 dar. Speziell ab 1990 wurde im Rahmen der neoliberalen Wirtschaftsausrichtung versucht, einen Bodenmarkt zu etablieren. Land wurde katastriert und »saniert«, aber nicht umverteilt.

Große Hoffnungen legten die armen Kleinstandwirte daher auf die Regierung des MAS, die 2006 an die Macht kam. Doch der MAS strebte ebenfalls keine radikale Umstrukturierung an. Er zielte wieder nur auf die Enteignung *unproduktiven* Großgrundbesitzes gegen Entschädigung zum Marktwert. Die Politik der Katastrierung wurde fortgeführt. Zwar erhielten die indigenen Gemeinschaften bessere Möglichkeiten zum Zugang zu originärem, kommunitärem Land. Aber die makroökonomisch dominierende Agrarstruktur von Großgrundbesitz vs. Minifundienlandwirtschaft blieb ebenso bestehen wie die ungleiche Einkommensverteilung. Die Agrarfrage in Bolivien muss daher weiterhin als nicht gelöst angesehen werden. Auch stellen die hohe ländliche Armut und die stetig wachsende Kluft bei den Einkommen zwischen den verschiedenen Akteuren und auch den Regionen ein soziales Konfliktpotential dar, das für den MAS mit seiner bisherigen politischen Ausrichtung große Herausforderungen bedeuten.

Das am 05. Januar 2009 abgehaltene Referendum über eine (zukünftige) Maximalgröße von Landbesitz reicht nicht aus, die vielen Widersprüche in der bolivianischen Landwirtschaft, die wiederum stark auf das politische, gesellschaftliche und regionale System zurückwirken, zu lösen. Einzig eine konsequente Transformation der strukturellen Ursachen kann dazu beitragen, die für die hohe Armut angeführten Gründe wie unzureichender Bodenbesitz (vor allem von guter Qualität), niedrige Produktivität und fehlender Kapitalzugang zu überwinden.

Literatur

- Decreto Ley N° 3464 (Agrarreformgesetz) vom 02.08.1953. URL: <http://tan.poderjudicial.gob.bo/cuerpo.asp?TPagina=0&TContenido=1&TPaginaweb=3464> (Abruf 01.07.2010)
- Decreto Supremo N° 28733 vom 02.06.2006. URL: <http://www.constituyentesoberana.org/info/?q=decretos-tierra-28733-28735-28732-28734-28736-28738-reforma-agraria-revertidas-fiscales> (Abruf 01.07.2010).

- Decreto Supremo N° 29354 vom 28.11.2007. URL: <http://www.bancotematico.org/archivos/primeraMano/archivos/decretoguaranies.pdf> (Abruf 01.07.2010).
- Deininger, Klaus / Binswanger, Hans Christoph: The Evolution of the World Bank's Land Policy. In: Alain de Janvry / Gustavo Gordillo / Jean-Philippe Platteau / Elisabeth Sadoulet (Hg.): Access to Land, Rural Poverty, and Public Action. Oxford 2001. S. 406-440.
- Demeure, J.: Agricultura. De la subsistencia a la competencia internacional. In Campero, Fernando (Hg.): Bolivia en el siglo XX. La Formación de la Bolivia contemporánea. La Paz 1999. S. 269-290.
- Echazú Alvarado, Jorge: Los problemas agrario campesino de Bolivia. La Paz 1983.
- Eckstein, Shlomo: Land Reform in Latin America. Bolivia, Chile, Mexico, Peru and Venezuela. Washington 1978.
- Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC): Social Panorama of Latin America, 2002-2003. Santiago 2004.
- Escóbar, Daniel / Samaniego, Carlos: Agricultura, requerimientos y disponibilidad de fuerza de trabajo en Santa Cruz, Bolivia. La Paz 1981.
- Espinoza C., Jorge: Reforma agraria en Bolivia. Cochabamba 1984.
- Fellenberg, Peter: Kontinuität und Wandel der Agrarfrage in der jüngsten Geschichte Boliviens. In: asien, afrika, lateinamerika Vol. 13, Nr. 4, 1985. S. 693-703.
- Ferreira, Javo: Entre la hibridez del mundo agrario y su idealización populista. In: Estrategia Internacional Vol. 26, März 2010. S. 267-284.
- Fundación Tierra: II Censo Agropecuario de 1984. Resultados Departamentales. La Paz 1990.
- Fundación Tierra: I Censo Agropecuario de 1950. Versión reeditada y digitalizada por la Fundación Tierra. La Paz 2009.
- García, Raúl Alfonso: Diez años de reforma agraria en Bolivia. 1953-1963. La Paz 1963.
- Gill, Lesley: La reforma agraria y el desarrollo del capitalismo en Santa Cruz, Bolivia (1952-1980). In: Historia Boliviana – Cochabamba Vol. 5, Nr. 1-2, 1985. S. 67-85.
- Gill, Lesley: Peasants, Entrepreneurs, and Social Change: Frontier Development in Lowland Bolivia. Boulder 1987.

- Guzmán, Ismael / Niñez, Eulogio / Patí, Pelagio / Urapotina, Julio / Valdez, Miguel / Montecinos, Alfredo: Saneamiento de la tierra en seis regiones de Bolivia, 1996-2007. La Paz 2008.
- Heath, Dwight Braley / Erasmus, Charles John / Buechler, Hans Christian: Land Reform and Social Revolution in Bolivia. New York 1969.
- Heydt-Coca, Magda von der: Die bolivianische Revolution von 1952. Eine Analyse unter besonderer Berücksichtigung des Agrarsektors. Köln 1982.
- Heyduk, Daniel: The Hacienda-System and Agrarian Reform in Highland-Bolivia. A Re-evaluation. In: *Ethnology* Vol. 13, Nr. 1, Januar 1974. S. 71-81.
- Instituto Nacional de Reforma Agraria (INRA) / Embajada Real de Dinamarca: Estadísticas agrarias. Tenencia de la tierra en Bolivia (1953-2002). La Paz 2002.
- Instituto Nacional de Reforma Agraria (INRA): Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. De la titulación colonial a la reconducción comunitaria de la reforma agraria. La Paz 2008.
- Kay, Cristóbal / Urioste Fernández de Córdova, Miguel: Latifundios, avasallamientos y autonomías. La reforma agraria inconclusa en el Oriente. La Paz 2005.
- Kay, Cristóbal: La persistencia de la pobreza rural en Honduras, Nicaragua y Bolivia. Un fracaso del neoliberalismo. In: *Nueva Sociedad* Vol. 223, September-Oktober 2009. S. 94-112.
- Killeen, Timothy J. / Guerra, Anna / Calzada, Miki / Correa, Lisette / Calderon, Veronica / Soria, Liliana / Quezada, Belem / Steininger, Marc K.: Total Historical Land-Use Change in Eastern Bolivia. Who, Where, When, and How Much?. In: *Ecology and Society* Vol. 13, Nr. 1, 2008. Online-Publikation. URL: <http://www.ecologyandsociety.org/vol13/iss1/art36/> (Abruf 01.07.2010)
- Klein, Herbert S.: Haciendas and Ayllus. Rural Society in the Bolivian Andes in the Eighteenth and Nineteenth Centuries. Stanford 1993.
- Kohler, Liu: Unterdrückt aber nicht besiegt. Die bolivianische Bauernbewegung von den Anfängen bis 1981. Bonn 1981.
- Marquéz Tavera, Manuel Silverio: Die Landwirtschaft im Entwicklungsprozess Boliviens. Göttingen 1979.

- Oporto, Henry: ¿De la Reforma Agraria a la guerra por la tierra?. In: Opiniones y Análisis Vol. 65, 2003. S. 131-172.
- Ormachea Saavedra, Enrique: Los obreros agrícolas temporales del algodón y la caña y sus derechos. In: Debate Agrario Vol. 8, 1987. La Paz.
- Ormachea Saavedra, Enrique: Revolución agraria o consolidación de la vía terrateniente. El Gobierno del MAS y las políticas de tierras. La Paz 2007.
- Ormachea Saavedra, Enrique: Revolución agraria o consolidación de la vía terrateniente. El Gobierno del MAS y las políticas de tierras. 2. Auflage. La Paz 2008.
- Ortega, Guillermo / Pallau, Tomás: Reformas agrarias en América Latina. Asunción 2008.
- Pacheco, Diego / Hernaíz, Irene: La Ley INRA en el espejo de la historia. Propuestas de modificación. La Paz 2004.
- Paz Ballivián, Danilo / Zaballos Hurtado, Hernán: Diagnóstico de la reforma agraria boliviana. 50 años de reforma agraria en Bolivia. La Paz 2003.
- Pérez Patón, Roberto: La reforma agraria en Bolivia. Sus resultados. La Paz 1961.
- Romero, Carlos: El proceso constituyente boliviano. El hito de la cuarta marcha de tierras bajas, Santa Cruz 2005.
- Schaller, Sven: Marginalität und Agrarreform in Peru. Eine Kritik der Size-Yield-Inverse und der politischen Implikationen. Baden-Baden 2007.
- Schiller, Otto: Kooperation und Integration im landwirtschaftlichen Produktionsbereich. Eine internationale Übersicht als Beitrag zur Frage der neuen Unternehmensformen in der Landwirtschaft. Frankfurt 1970.
- Ströbele-Gregor, Juliana: Kampf um Land. In: Ernst, Tanja / Schmalz, Stefan (Hg.): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Baden-Baden 2009. S. 141-153.
- Suchanek, Wolfgang: Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Agrarreform in Bolivien. Schwerpunkt 1952. Hamburg 2001.
- United Nations Development Programme (UNDP): Human Development Report 2005. New York 2005.
- Urioste Fernández de Córdova, Miguel: Bolivia. La reforma agraria abandonada. Los valles y el altiplano. In: Debate agrario, Dezember 2004. S. 161-182.

Urioste Fernández de Córdova, Miguel / Barragán Romano, Rossana / Colque Fernández, Gonzalo: Los nietos de la reforma agraria. Tierra y comunidad en el altiplano de Bolivia. La Paz 2007.

Urioste Fernández de Córdova, Miguel: Las sombras de un año de Revolución Agraria. In: Observatorio de la Revolución Agraria en Bolivia Vol. 1, Juli 2007. S. 7-15.

Urioste Fernández de Córdova, Miguel: La »revolución agraria« de Evo Morales. Desafíos de un proceso complejo. In: Nueva Sociedad Vol. 223, September-Oktober 2009. S. 113-127.

Urquidí Morales, Arturo: Bolivia y su reforma agraria. Cochabamba 1969.

Valenzuela Castaños, Carlos Ricardo: Tierra y territorio en Bolivia. Cochabamba 2008.

Vargas Vega, John D. (Hg.): Proceso agrario en Bolivia y América Latina. La Paz 2003.

Vargas Vega, John D. (Hg.): La reforma agraria desde las regiones. Tierra y territorio. La Paz 2004.

Wennergren, E. Boyd / Whitaker, Morris D.: The Status of Bolivian Agriculture. New York 1975.

MURUCHI POMA

Qhapaq ñan und convivir bien

Eine Analyse des Wirtschaftsmodells der MAS

Einleitung

Wir stehen am Rande des Abgrunds. Das triumphierende kapitalistische System, das uns in diese prekäre Lage gebracht hat, scheint am Ende zu sein. Seinen Befürwortern¹ gehen die Argumente aus. So weitermachen wie bisher ist selbstmörderisch; umkehren will man aber auch nicht. Die Menschheit ist so sehr wie nie zuvor auf der Suche nach Alternativen, um nicht vom Strudel mit in die Tiefe gerissen zu werden. Viele hoffen noch immer darauf, dass die Verfechter des Kapitalismus die Wahrheit erkennen. Doch diese werden nicht müde, ihre immer gleichen Sprüche zu wiederholen. Kaum Jemand wagt sich an den gescheiterten Realsozialismus heran, der im Wettbewerb mit dem kapitalistischen System unterlag. Es wurden viele tödliche, vor allem politische, Fehler gemacht.

Angesichts dieser Situation bleibt uns nur die Möglichkeit, die Geschichte der Menschheit zu studieren und die althergebrachten Erfahrungen mit innovativen Ideen zu verknüpfen. Dazu will die vorliegende Arbeit einen Beitrag leisten. In diesem Zusammenhang ist besonders ein Blick auf die prä-hispanischen Kulturen des amerikanischen Kontinents lohnenswert, wobei das Augenmerk weniger auf den gleichwohl interessanten geschichtlichen Ereignissen liegen soll, sondern vielmehr auf dem Nutzen, der aus der Vergangenheit für die Gegenwart gezogen werden kann. Das geschieht völlig vorurteilsfrei. Die Erfahrungen, die die Menschheit im Laufe ihrer Geschichte mit den verschiedenen Systemen – auch mit dem Kapitalismus und dem

1 Financial Times Deutschland hat mehr als 1100 Experten die Frage gestellt: »Stecken die Wirtschaftswissenschaften in einer Legitimationskrise?« Darauf antworten mit »ja« 42 Prozent und mit »nein« 56,5 Prozent. 1,5 Prozent hatten keine Meinung. In: Financial Times Deutschland. 25.06.2010. S. 12.

Sozialismus – gemacht hat, sollen nicht dazu dienen, ein System dogmatisch abzulehnen, wie es die Verfechter des Kapitalismus tun, sondern dazu, ein neues Modell zu schaffen, das auf all diesen reichhaltigen Erfahrungen aufbaut.

Qhapaq ñan hatte als Lebensphilosophie und Wirtschaftsmodell des Inka-Reichs circa 100 Jahre lang Bestand. Die vorliegende Arbeit ist eine erste Annäherung an die grundlegenden Elemente des inkaischen Staates. Diese erfolgt im Rahmen einer Analyse des von der derzeitigen Regierung Boliviens präsentierten Wirtschaftsmodells, an das die ermittelten historischen Parameter angelegt wurden. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts fließt nicht etwa deshalb in die Analyse ein, weil er in Bolivien, Venezuela und anderen Ländern gerade in Mode ist, sondern weil er bis heute die beste, realistische Alternative darstellt. Nur so kann eine Zerstörung der finanzkapitalistischen Strukturen gelingen. Mit Sicherheit wird die Bekämpfung der Armut, einer der schlimmsten Makel des Kapitalismus, nur über eine Umsetzung der Erkenntnisse aus dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts und dem *Qhapaq ñan* gelingen. Ziel dieser Arbeit ist es auch, praktische Vorschläge in diesem Sinne zu bieten.

1. *Das Wirtschaftsmodell der MAS*

Das MAS-Programm² enthält eine Vielzahl von Wiederholungen, wodurch es an vielen Stellen beinahe unmöglich wird, die wesentlichen Vorschläge auszumachen. Allenthalben ist von »Säulen« die Rede. So basiert das Regierungsprogramm auf vier Säulen, und das vorgeschlagene Wirtschaftsmodell hat fünf weitere Säulen. In letzterem wird mit derart vielen Begriffen jongliert, dass dem Leser ganz schwindelig wird: Wirtschaftspluralismus, neues Wirtschaftsmodell, volkswirtschaftliches Produktionsmodell, neues Entwicklungsmodell, neue Wirtschaftsstrukturen – und nicht zu vergessen, das Konzept des plurinationalen autonomen Staates.

1.1. *Ein »nationales« Staats- und Wirtschaftsmodell*

Die wirtschaftspolitischen Kernaussagen des Regierungsprogrammes der MAS finden sich unter Punkt 13 der 30 aufgeführten Vorschläge. Überschriften ist das Kapitel mit: »Hergestellt in Bolivien für Bolivien und die ganze

2 Vgl.: MAS IPSP. Bolivia País Líder: 2010-2015. Programa de Gobierno.

Welt: Plan zur Förderung der Inlandsproduktion und des Binnenmarktes.« Das entsprechende Kapitel wird mit einigen historisch korrekten Aussagen eingeleitet. Bis heute, so kann dem Dokument entnommen werden, wurden in Bolivien verschiedene Wirtschaftsmodelle verfolgt: das liberale (1901-1951), das nationalstaatliche (1952-1984) und das neoliberal-privatwirtschaftliche Modell (1985-2005). So haben sich in Bolivien im Rahmen der verschiedenen Wirtschaftsmodelle Privatwirtschaft und Staat als treibende Kräfte für die Entwicklung abgewechselt.

Allerdings gelingt im Programm der MAS keine klare und präzise Unterscheidung der einzelnen, in der Vergangenheit oft schlecht umgesetzten Wirtschaftsmodelle. Dem Anschein nach hat man zwar eine Differenzierung vorgenommen, doch über diese hüllt man sich aus irgendeinem Grund lieber in Schweigen. Das neue Wirtschaftsmodell wird als ein »anderes Wirtschaftsmodell« vorgestellt, »das Impulse für Prozesse der Wertschöpfung und zum Aufbau einer rohstoffverarbeitenden Industrie gibt«. Im weiteren Verlauf ist die Rede von einer »effektiven Führungsrolle des Staates in der Wirtschaft«.³

Wie sieht also dieses andere Modell aus, dessen treibende Kraft sich von den genannten Wirtschaftsmodellen unterscheidet? Bisher haben Liberalismus beziehungsweise Neoliberalismus und Etatismus einander abgewechselt, wobei erstere für die Vertretung privater Interessen stehen und letzterer für den Staat, der im Rahmen der ihm verliehenen Legitimität die Interessen der Gesellschaft repräsentiert. Dahingehend enthält das Regierungsprogramm keine neuen Ansätze. Das vorgestellte, andere Modell basiert auf einem Vorschlag, der in ähnlicher Form bereits im Zuge der Revolution von 1952 als zentrales Element der Wirtschaft umgesetzt wurde: die Gründung staatlicher Unternehmen. Der Unterschied, wenn es überhaupt einen gibt, liegt darin, auf welche Art und Weise die Rolle des Staates ausgebaut werden soll. Diesen sind sich die Verfasser des Regierungsprogrammes allem Anschein nach sehr wohl bewusst, weshalb die Rede von einer »effektiven Führungsrolle des Staates« ist. Der Staat muss seine Aktivitäten auch auf andere Produktionsprozesse ausweiten, damit die derzeitigen Exportprodukte, d. h. die Rohstoffe, einen Wertzuwachs erfahren. Während das staatliche Modell von 1952 auf vom internationalen Markt abhängiger Importsubstitution basierte, setzt das neue Modell der MAS auf vom internationalen Markt abhängige Exportdiversifizierung. Es sollen also Industrieprodukte exportiert werden. Das führt zwar zu einer veränderten Exportpolitik, doch das staatliche Modell der einseitigen Abhängigkeit bleibt dem Grunde nach bestehen.

3 Ebenda.

Dennoch enthält das Regierungsprogramm der MAS einen Punkt, der sich als essentiell erweisen könnte. Das Modell von 1952 war, zumindest in der Theorie, nationalstaatlich: Es verfolgte den Anspruch der Bildung *einer* Nation. Die damaligen Nationalisten gehörten nicht zur feudalen Oberschicht der Minenbesitzer jener Zeit, der »Rosca«. Stattdessen kamen sie aus einer sozialen Schicht von Städtern, die mit dem herrschenden System unzufrieden waren. An der Spitze der Nationalistisch-Revolutionäre Bewegung (*Movimiento Nacionalista Revolucionario-MNR*) kamen sie an die Macht und versuchten, eine bolivianische Nation zu begründen. Das Ergebnis war eine Gesellschaft, die die Mehrheit der Nationalitäten ausschloss, ein Staat, der ausschließlich die Nationalitäten vertrat, die erst während und nach der Kolonialzeit nach Bolivien eingewandert sind, ein Staat also, der nur eine Minderheit repräsentierte.

Im Programm der MAS wird nun, zumindest *auf dem Papier*, ein anderes Staatsmodell vorgestellt. Ziel dieses neuen Modells ist die Schaffung eines plurinationalen autonomen Staates, in dem die verschiedenen Nationalitäten miteinander leben und an dem sie einen effektiven und realen Anteil haben sollen – ein rationaler Gedanke mit stark irrationalen Zügen. Da die Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung indigene Wurzeln hat und hauptsächlich von miteinander verwandten Kulturen wie den Quechua und den Aymaras abstammt, wäre es doch logisch, einen indigenen Staat zu schaffen. Das ist aber nicht der Fall. Die MAS stellt ein Modell vor, in dem die nicht-indigene Minderheit 96 Prozent der Vertreter in der plurinationalen gesetzgebenden Versammlung (*Asamblea Legislativa Plurinacional*) stellt und die indigene Mehrheit nur knapp 4 Prozent.⁴ Es handelt sich also um einen Staat, der sich auf dem Papier zwar plurinational nennt, aber die Realität sieht anders aus. Der Unterschied zum gescheiterten Staatsentwurf von 1952 liegt nur in der Formulierung. Die politische und wirtschaftliche Vormachtstellung nicht-indigener Nationalitäten bleibt also bestehen. Sehr wahrscheinlich haben die Verfasser des MAS-Programmes eigentlich das Ziel, eine Nation zu schaffen, die auf dieser Vorherrschaft fußt. Nur so lässt sich der bewusste oder unbewusste Gebrauch der Bezeichnung »nationales Wirtschaftsmodell« erklären. National scheint ein bevorzugter Begriff von Álvaro García Linera, dem Vizepräsidenten, zu sein, denn er spricht viel von »national-popular«.⁵ Es funktioniert nicht, dass der Staat plurinational, die Wirtschaft aber national

4 Die Asamblea Legislativa Plurinacional wird sich aus 166 Abgeordneten zusammensetzen, nur sieben von ihnen werden amtlich indigene Vertreter. Vgl.: Ley N° 4021 Régimen electoral Transitorio. Art. 32 und 39.

5 Maristella Svampa / Pablo Stefanoni / Bruno Fornillo: Balance y Perspectivas. Intelectuales en el primer gobierno de Evo Morales. La Paz 2010. S. 15.

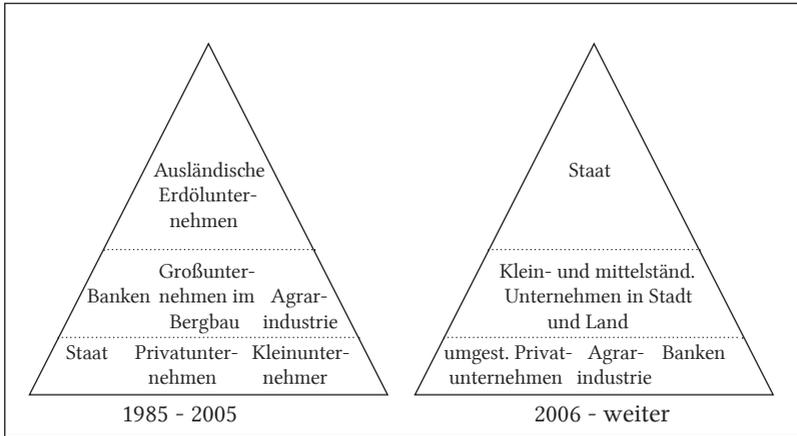
ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Korrekter wäre es gewesen, das neue Modell als »plurinationales Staats- und Wirtschaftsmodell« zu bezeichnen, was einen entscheidenden Unterschied zum Staatsentwurf von 1952 dargestellt hätte. So aber setzt man im Prinzip auf ein gescheitertes nationalstaatliches Modell. Auf politischer Ebene wird diese Irrationalität noch deutlicher. Der Marsch der Indigenen des Oriente, der von diesen im Juni 2010 begonnen wurde, hat diese Thematik auf der Tagesordnung gesetzt. Der Analytiker Rafael Bautista S. hat es auf dem Punkt gebracht: »Wie kann es einen Vielvölkerstaat ohne Vielfalt dieser Völker geben?«⁶

1.2. Eine pluralistische Wirtschaft mit dem Staat an der Spitze

Das Programm der MAS schlägt eine »effektive staatliche Führung« für die bestehende Wirtschaft vor. Neben staatlichem Eigentum soll es auch privates, kollektives und kommunitäres Eigentum geben. Bisher liegt in der nationalen Wirtschaft eine vertikale Verteilungsstruktur der Besitzverhältnisse vor – mit dem Privateigentum an der Spitze. Das soll sich mit dem neuen Modell ändern. Entsprechend seiner wirtschaftlichen Bedeutung soll das staatliche Eigentum an die Spitze treten. Nach Aussagen von García Linera⁷ kontrolliert der Staat derzeit 27 Prozent der Wirtschaft des Landes; während der neoliberalen Epoche lag dieser Anteil nur bei 8 Prozent. Im Grunde schlägt Linera eine Umkehrung des neoliberalen Modells vor. Dieses hatte dem ausländischen Privatbesitz höchste Priorität eingeräumt, gefolgt von privaten Bergbauunternehmen, der Agrarindustrie und den Banken. Staatliche und Kleinunternehmer bildeten bisher die Basissegmente des Pyramidenmodells. Dem Entwurf der MAS zufolge soll nun der staatliche Sektor an die Spitze rücken. Wie die Grafik zeigt, ist den mittelständigen Unternehmen in Stadt und Land der zweite Rang nach dem staatlichen Eigentum zugedacht. Das Basissegment bilden die Bereiche, die vormals eine mittlere Position in der bolivianischen Wirtschaft innehatten.

6 URL: <http://espanol.groups.yahoo.com/group/FOROBolivia/message/14953> (Abruf 02.07.2010).

7 Vgl.: La Prensa vom 12.10.2009. URL: http://www.laprensa.com.bo/noticias/12-10-09/noticias.php?nota=12_10_09_poli1.php.

Grafik 1⁸

Seltsamerweise tauchen in diesen beiden Pyramidenmodellen weder die Mikrounternehmen noch die Kommunen und Kooperativen auf. Im Regierungsprogramm ist jedoch die Rede von einer »aktiven Einbeziehung der einzelnen Wirtschaftsbereiche (öffentlich, privat, kommunitär und kollektiv) in das Produktionssystem«⁹. Unter dem Punkt der gemischten Unternehmen erwähnt das Dokument der MAS die Förderung der Veränderung der »landwirtschaftlichen, indigenen, originären und multikulturellen Organisationen der Kleinunternehmer und Handwerker«¹⁰. Auf diese Weise soll die landwirtschaftliche Produktion, die zu einem Großteil zur Ernährungssicherheit beiträgt, gefördert werden. Das sind genau die Produktionszweige, auf die sich die erwerbsfähige Bevölkerung Boliviens konzentriert.

Damit der Staat seine »effektiven Führungsrolle« in der Wirtschaft übernehmen kann, muss er seine Aktivitäten in zwei Richtungen (horizontal und vertikal) ausweiten. *In horizontaler Richtung* muss sich der Staat neue Branchen erschließen. Das betrifft zum Beispiel folgende Unternehmen: die Papier- und Kartonagenhersteller PAPELBOL in Villa Tunari (Cochabamba) und CARTONBOL in Vinto (Oruro), die Zementfabriken von ECEBOL in Oruro und Potosí, den Zuckerfabrikanten AZUCARBOL in Bermejo (Tarija), die Molkereibetriebe von *Lácteos de Bolivia* in Achacachi, Challapata und Ivirgarzama, die Mandelgesellschaft EBA in Sena (Pando) und die staatliche Gesellschaft zur Förderung der Nahrungsmittelproduktion EMAPA. Bei PA-

8 Vgl.: MAS IPSP: Bolivia País Líder. S. 108 (nach García Linera).

9 Ebenda. S. 109.

10 Ebenda. S. 88.

PELBOL, CARTONBOL und den Molkereien von *Lácteos de Bolivia* ist dieser Prozess bereits im Gange. Die genannten Unternehmen sind in ländlichen Gebieten angesiedelt, was der dortigen Bevölkerung zum Vorteil gereicht.

In diesem Zusammenhang ist auch die *Agencia Espacial de Bolivia*, die bolivianische Raumfahrtgesellschaft, mit ihrem Satellitenprojekt *Túpaq Katari* zu nennen. Ebenfalls in den Bereich des Ausbaus der Rolle des Staates in der Wirtschaft fällt die Schaffung eines nationalen Systems zur Entwicklungsfinanzierung (SINAFID). Dazu soll ein »Netzwerk aus Kooperativen und kommunalen Spar- und Finanzierungsbanken auf Grundlage von Aktieneinlagen der Produktionsentwicklungsbank (*Banco de Desarrollo Productivo*) und Einlagen regionaler Herkunft (aus dem *Municipio*, von Erzeugervereinigungen, Handwerkern, Mikro- und Kleinunternehmen, OECAs und Kooperativen)« aufgebaut werden.¹¹

In Anbetracht der Auflösung von circa 60 kleinen und mittelgroßen Staatsunternehmen in der Zeit des Neoliberalismus fallen die Pläne der MAS recht zurückhaltend aus. Trotz allem scheinen sie ein guter Anfang zu sein. Es ist zu hoffen, dass aus den guten und schlechten Erfahrungen mit diesen staatlichen Unternehmen die positiven ausgewählt und übernommen werden. Nur die Verfechter des Kapitalismus lernen nicht aus der Vergangenheit.

Interessant ist auch ein Blick auf die *vertikale Ausweitung* staatlicher Aufgaben. Hier spielt ein Aspekt hinein, der an dieser Stelle als *qualitative Exportdiversifikation* bezeichnet werden soll. Über den Aufbau einer rohstoffverarbeitenden Industrie, den anschließenden Export dieser Waren und der damit einhergehenden Wertschöpfung sollen höhere Einnahmen erzielt werden. Außerdem geht die Umsetzung dieses Zieles mit der Qualifizierung von Arbeitskräften, der Schaffung neuer Arbeitsplätze und einer Verbesserung der Investitionsfähigkeit einher. Die MAS bezeichnet diese Form der Wirtschaftspolitik als »großen industriellen Sprung« (*Gran Salto Industrial*).

1.3. Der »große industrielle Sprung«

Dieser modernisierte Ausdruck klingt zunächst neu und beeindruckend. Doch die dahinterstehende politische Forderung ist alt. Es handelt sich um eine Forderung, die »über Jahrzehnte, ja Jahrhunderte aufgeschoben wurde«¹², wie es im Programm der MAS heißt. Zum besseren Verständnis dieser uralten Forderung soll hier ein Beispiel angeführt werden. Die Minenarbeiter, an

¹¹ Ebenda. S. 111.

¹² Ebenda. S. 74.

deren Spitze damals Federico Escobar stand, forderten schon in den 1950er und 1960er Jahren den Aufbau einer zinnverarbeitenden Industrie. Und dieser Arbeiterführer hat sie sicherlich aus der Forderung der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts übernommen. In Bolivien kam es jedenfalls nach der Revolution von 1952 zur Gründung der Zinnhütte *Empresa Metalúrgica Vinto*, die zur staatlichen Bergbaugesellschaft COMIBOL gehörte. In der Zeit des Neoliberalismus wurde das Unternehmen privatisiert. Jetzt befindet es sich wieder in staatlicher Hand und trägt den Namen des inzwischen verstorbenen Gewerkschaftsführers Federico Escobar.

Der Aufbau einer rohstoffverarbeitenden Industrie wurde mit der »Oktober-Agenda«, der Erfüllung der Forderungen aus dem »Gaskrieg« im Jahre 2003, erneut zu einem brandaktuellen Thema. Damals lag der Fokus auf der Erdöl- und Erdgasindustrie (Kohlenwasserstoffindustrie). Die MAS hat nun diese nationale Forderung wieder aufgenommen. So bezog sich die erste der »zehn Forderungen«, die die MAS zu den Präsidentschaftswahlen 2005 aufgestellt hatte, auf die »Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasindustrie und der Aufbau einer entsprechenden Industrie«. ¹³

Das Herzstück des neuen Regierungsprogramms der MAS ist eine Art Neuauflage der wichtigsten Punkte der »Oktober-Agenda«. Der erste Schritt zum Aufbau einer rohstoffverarbeitenden Industrie bezieht sich jedoch nicht nur auf die Erdgasbranche, sondern auch auf die Lithium- und Eisenverarbeitung. Zum zweiten wird das Vorhaben durch eine Ausweitung des Industrialisierungsprozesses auf kleine und mittelständige Unternehmen vervollständigt. Dieser Plan – der erste Schritt mehr als der zweite – ist so wegweisend wie kein Vorhaben je zuvor in der Geschichte Boliviens. Hatte man früher beim Gedanken an Bolivien eher das Bild einer Fabrik vor Augen, denkt man heute an eine startbereite Rakete: ein eigener Satellit, die serielle Herstellung von Autos. Alles weitere erscheint fast wie Beiwerk, wie die Anwendung von Gas-to-Liquids-Verfahren (GtL), die Produktion mineralischer Dünger (hauptsächlich Ammoniak und Harnstoff), die Herstellung von Polyethylenen hoher (Kunststoffbehälter) und niedriger Dichte (Plastiktüten) sowie der Bau von »Erdöl-Häusern« (*Petrocasas*) aus PVC-Profilen.

Diese vor Optimismus überschäumenden Vorschläge sind meilenweit von der Realität und den bis heute erreichten Zielen entfernt. Und gerade das bolivianische staatliche Vorzeigeunternehmen YPFB ist das Unternehmen mit den häufigsten Wechseln auf der Führungsebene. Eine Korruption nie dagewesenen Ausmaßes, für die sich die Betroffenen aber verantworten mussten, war wie eine Ohrfeige gegen das Ansehen Boliviens. Derzeit deckt

13 Vgl.: Muruchi Poma: Evo Morales. Die Biografie. Leipzig 2007. S. 195.

Bolivien 25 Prozent seiner Nachfrage nach Flüssiggas über ständig steigende Importe.¹⁴ Mit anderen Worten: Der Erfolg der Politik zum Aufbau einer Erdöl- und Erdgasindustrie liegt – zumindest bis jetzt – bei fast Null, wobei »fast« die enormen Anstrengungen anerkennt, die trotz des von der Oberschicht ausgeübten politischen Drucks und trotz des Mangels an geeigneten Fachkräften und Erfahrung unternommen wurden.

Der »große industrielle Sprung«, das heißt, der Aufbau einer rohstoffverarbeitenden Industrie, ist in den Augen der MAS das »neue Entwicklungsmuster«. Mit diesem Programm wird allerdings genau der Weg eingeschlagen, den die kapitalistischen Länder, inklusive China, gegangen sind. China hat gezeigt, dass der Aufbau einer kapitalistischen Gesellschaft kein großes Problem darstellt. Nichts leichter als das, wie die Asiaten sagen würden. In nicht einmal 50 Jahren haben sie unter staatlicher Lenkung das erreicht, wozu die europäischen Staaten und die USA mehr als zwei Jahrhunderte gebraucht haben. Doch das Beispiel China hat noch etwas anderes bewiesen: Mit einer Kombination aus staatlicher Lenkung und privaten Interessen und Dank eines unvergleichbaren Wachstums der Bevölkerung, die einen riesigen Markt darstellt, haben sich die Chinesen als Weltmacht unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise etabliert. Zweifellos kann Bolivien ein solches Entwicklungskonzept verfolgen und es unter allerdings sehr ungünstigen Bedingungen wagen, den Sprung ins »Satelliten-Zeitalter« zu schaffen. Doch García Linera, der Erfinder des »Anden-Amazonas-Kapitalismus«¹⁵, ein Ausdruck, der – nebenbei bemerkt – aus der westlichen »deterministischen Geschichtsphilosophie«¹⁶ stammt, spricht nicht über die sozialen Kosten eines solchen Modells, die zum Beispiel bei den Chinesen sehr hoch sind, ganz zu schweigen von den Folgen für die Natur. Außerdem hat Bolivien einen viel kleineren Markt als China. Wenn man das Programm der MAS liest, hat man den Eindruck, es sei eine schlechte Kopie des chinesischen Modells. Die Verfasser des Programms und dessen Befürworter sind sich allem Anschein nach nicht der sozialen und ökonomischen Folgen bewusst, die dieses abhängige kapitalistische Entwicklungsmodell mit sich bringt.

Für die Umsetzung des vorgeschlagenen Industrialisierungsprozesses wird kein Weg an der Entwicklung von Maßnahmen vorbeiführen, die aus-

14 Vgl.: La Prensa vom 19.8.2009. URL: http://www.laprensa.com.bo/noticias/19-08-09/noticias.php?nota=19_08_09_nego1.php.

15 In einem kürzlich ausgestrahlten Fernsehinterview vermied Linera diesen Ausdruck. Vielmehr sprach er von der »Verankerung des Sozialismus als Epochenziel«. <http://www.evo.bo/>. (Abruf 02.12.2009).

16 Vgl.: Helge Buttke: Utopische Realpolitik: Die Neue Linke in Lateinamerika. Berlin 2010. S. 7.

ländisches Kapital ins Land locken sollen. »Dafür müssen möglicherweise größere Summen frischen Kapitals ins Land fließen«¹⁷, heißt es im Regierungsprogramm. In diesem Punkt herrscht offenbar Klarheit, auch wenn der Zusatz »möglicherweise« die Unausweichlichkeit dieser Tatsache abmildert. Glücklicherweise ist weiter von »strategischen Partnern, aber unter dem Prinzip der staatlichen Kontrolle«¹⁸ die Rede. Zwischen den Zeilen werden aber Geschäftsmodelle im Stile von Mischunternehmen vorgeschlagen, denn ausländisches Kapital wird nicht aus karitativen oder humanitären Gründen nach Bolivien strömen, sondern weil sich Unternehmer lukrative wirtschaftliche Vorteile erhoffen. Immerhin sind bereits Maßnahmen ergriffen worden, um sich gegen Risiken aus diesem Bereich zu wappnen. Bolivien hat sich zu gegebener Zeit aus dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) zurückgezogen. Man wollte die Erpressungsversuche des internationalen Kapitals durch internationale Schiedsgerichte nicht einfach hinnehmen. In der Morales-Regierung gibt es ein Ministerium für Juristischen Verteidigung des Staates (Ministerio de Defensa Legal del Estado), das sich nur um Fälle dieser Art kümmert. Die neue Staatsverfassung enthält Artikel zur Verteidigung staatlicher Interessen, und auch im Rahmen des neuen Wirtschaftsverbundes ALBA gibt es eine Initiative zur Gründung einer eigenen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass das Programm der MAS ohne Zweifel auf einer juristisch soliden Grundlage beruht. Dennoch müssten sie inzwischen gelernt haben, dass das internationale Kapital in allen Fällen in der Lage ist, zurückzuschlagen. Seine Vertreter haben einen anderen internationalen Gerichtshof aufgesucht, um ihre angebliche Interesse zu verteidigen. Plötzlich wird die ehemalige Ministerin für die Verteidigung des Staates der Korruption verdächtigt.

Der Aufbau einer rohstoffverarbeitenden Industrie ist eng mit dem Technologiebereich verbunden. Wie die aktuellen Erfahrungen der Industrienationen hinsichtlich des Klimawandels zeigen, der eine Folge der durch den selbstmörderischen Kapitalismus blind vorangetriebenen Industrialisierung ist, müssen unbedingt staatliche Richtlinien zur Art der zukünftig genutzten Technologie definiert werden.¹⁹ Derzeit zeichnet sich endlich eine, wenn auch noch schwache, Tendenz hin zur Nutzung umweltfreundlicherer Technologien ab. Länder wie Deutschland, die diesen Trend vorausgesehen und schon

17 MAS IPSP: Bolivia País Líder. S. 74.

18 Ebenda.

19 Dieses Thema wurde ausführlich im Sozialismus diskutiert, allerdings aus dem Blickwinkel des Systems. D.h., man diskutierte darüber, ob zwischen einer kapitalistischen und einer anderen sozialistischen Technologie zu unterscheiden war.

vor Jahrzehnten mit der Entwicklung »grüner Technologien« begonnen haben, verfügen heute über einen Wettbewerbsvorteil. Der deutsche EU-Energiekommissar Günther Oettinger sprach kürzlich von einem groß angelegten Projekt namens »Desertec«. »Desertec ist ein 400 Milliarden Euro teures Vorhaben der deutschen Industrie, das die Potenziale Nordafrikas und des Nahen Ostens an Solar- und Windenergie für die Wohlstandszentren der EU aufbereiten soll.«²⁰

Wer hofft, im Programm der MAS Informationen darüber zu finden, wie der Aufbau einer Industrie erfolgen soll, wird enttäuscht werden. Nicht ein Wort bezieht sich auf die technologische Entwicklung. Auch im Abschnitt zur Lithiumproduktion werden keine diesbezüglichen Maßnahmen erwähnt. Auf der letzten internationalen Lithium-Tagung bemerkte Yuko Yasunaga, der Vertreter der japanischen Natur- und Energieforschungsbehörde, dass Bolivien Spitzentechnologien erwerben müsse.²¹ Dieser Vorschlag ist nicht nur im Hinblick auf die Umweltverträglichkeit eines Produktes bedeutsam, sondern auch für dessen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt.

Wie bereits beschrieben, soll der Industrialisierungsprozess in zwei Schritten erfolgen. Allerdings fällt kein Wort darüber, auf welche Weise dieser erfolgen soll. Es bleibt zu hoffen, dass man auch in diesem Punkt aus den Fehlern in China²² oder Indien lernt. Die genannten Länder hatten die seit Jahrzehnten veralteten »Schrotttechnologien« der Industrienationen übernommen. Hoffentlich verläuft die Industrialisierung in Bolivien nicht ähnlich. Dennoch ist die Sorge nicht unbegründet, dass bestimmte Fehler wiederholt werden könnten. Es fehlt nicht nur an einem technischen Profil, sondern auch an Vorschlägen zur Wiederaufbereitung der Industrieabfälle. Was soll mit den Lithiumbatterien und den Polyethylen-Produkten geschehen, was hinsichtlich der Gewässerverunreinigungen etc.? Ganz zu schweigen vom »Entropie-Phänomen« bei Lithium und anderen Produkten – kurz gesagt: Deren »Wiederaufbereitung ist problematisch, denn sie kostet erneut Energie oder ist überhaupt nicht möglich, was weiter zur Umweltzerstörung (bzw. Umweltverschmutzung) beiträgt«.²³ Es wird Zeit, dass sich die Regierung mit der Erstellung eines technischen Profils für den gesamten Industrialisierungsprozess befasst. Eine Produktion, die ihren Müll in der Umwelt

20 URL: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57839> (Abruf 25.06.2010).

21 Vgl.: La Prensa vom 31.10.2009. URL: http://www.laprensa.com.bo/noticias/31-10-09/noticias.php?nota=31_10_09_nego2.php.

22 China gehört zu den Ländern mit dem derzeit höchsten CO₂-Ausstoß.

23 Gilbert Rist: El Desarrollo: Historia de una Creencia Occidental. URL: <http://books.google.de>. S. 25. (Abruf 27.10.2009).

entsorgt, widerspricht der Philosophie des *Convivir/Vivir Bien*²⁴. In diesem Zusammenhang formulierte Medina treffend: »Die Elite der bolivianischen Nation [...] will das Land industrialisieren, wenn die industrielle Revolution längst Vergangenheit ist ...«²⁵ In der Tat, in den Mutterländern der industrielle Revolution wird schon die »nächste industrielle Revolution«²⁶ in Angriff genommen. Braungart und McDonough, »ökologische Vordenker« und Berater von kleinen, mittleren und weltweit bekannten Unternehmen, sehen das Prinzip der »Ökoeffizienz«, welches das ökologisch nachteilige Grundkonzept der gegenwärtigen Industrieproduktion unverändert lässt und stattdessen nach der Maxime »Von der Wiege bis zur Bahre«²⁷ verfährt, als gescheitert an. Offen sprechen sie über das »Versagen des Recycling-Systems«²⁸. Sie plädieren stattdessen für das Konzept der »Ökoeffektivität«. Ein Teil ihres Vorschlags lautet: »Anders als die erste industrielle Revolution, die bei der Herstellung eines Produkts oder der Entwicklung eines Systems nur Kosten, Funktionen und Ästhetik als Kriterien kannte, fügt die nächste industrielle Revolution der Gleichung noch ökologische Intelligenz, Gerechtigkeit und sogar Spaß hinzu.«²⁹ Die Autoren sprechen zwar nicht wie die Quechua oder Aymara über den Erhalt der *Pachamama* (Mutter Erde), aber sie schreiben darüber, dass es möglich ist, »... Güter und Dienstleistungen zu entwerfen, die sich effektiv innerhalb von naturnahen Produktionssystemen bewegen und nach jedem Lebenszyklus entweder zu Nährstoffen in der Natur werden oder zu qualitativ hochwertigen Materialien für neue Produkte. Letztlich geht es um den Übergang von herkömmlichen Industriesystemen zu solchen, die den Kreislauf der Natur nicht unterbrechen ...«³⁰ Sie haben den Beweis erbracht, dass eine solche intelligente Industrie, Modernität mit dem ganzheitlichen Erhalt der Mutter Erde in der Praxis möglich ist. Daher ist es fehl am Platz, die Verteidiger der *Pachamama* als »Pachamamisten« zu bezeichnen und ihre Prinzipien einfach mit unterschweligen Begriffen wie »romantisierende Verklärung«, »Öko-Kommunitarismus«, »ethnophobischer Diskurs«³¹ abzutun. Die Kritiker müssen zunächst einmal den Beweis erbringen, dass ihre blinde und ungehemmte Industrieentwicklung die Erde

24 Siehe Kleines Bolivien-Lexikon im Anhang.

25 Javier Medina: *Suma Qamaña*. Por una convivencia postindustrial. La Paz 2006. S. 8.

26 Vgl.: Michael Braungart / William McDonough (Hrsg.): *Die nächste industrielle Revolution. Die Cradle to Cradle-Community*. Hamburg 2009.

27 Ebenda. S. 19. Meines Erachtens verkörpert diese Maxime das »Suizidprinzip« des Kapitalismus.

28 Ebenda. S. 21.

29 Ebenda. S. 34f.

30 Ebenda. S. 39.

31 Pablo Stefanoni: *Bolivien unter Evo Morales: Von der Mobilisierungslogik zur Entwick-*

nicht früher oder später in den Abgrund führt und damit die Lebensgrundlage der Bewohner unseres Planeten zerstört.

Dennoch enthält der Vorschlag der MAS zum Aufbau einer Industrie durchaus lobenswerte Elemente. Der bereits in Auftrag gegebene Bau des Kommunikationssatelliten »Tupaq Katari« ist beispielsweise revolutionär für Bolivien. Das ist eine Schlüsseltechnologie, die sogar zur sprunghaften Entwicklung einer organischen Landwirtschaft beitragen kann. In diesem Zusammenhang dürften unvorstellbare Erfolge zu erwarten sein. So können Gemeinden, die seit der Kolonialzeit isoliert sind, integriert werden und man wird Schul- und Berufsbildungsprogramme per E-Learning durchführen können – mit gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Auswirkung enormen Ausmaßes. Doch auch hier sollte man sich ehrlich fragen, was mit den Industrieabfällen, die auch im Telekommunikationsbereich anfallen, geschehen soll. Schon jetzt fliegt im Weltall massenhaft von Menschenhand erzeugter Müll umher.

Genau wie die Rohstoffe brauchen auch Industrieprodukte einen Absatzmarkt. Selbst ein Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens auf 15.000 € würde nicht ausreichen, um Bolivien mit seinen zehn Millionen Einwohnern als »*michi*«-Markt (eingeschränkter Markt) bezeichnen zu können. Deshalb sind die ALBA und die Märkte Brasiliens, Argentiniens und weiterer Nachbarländer von größter Bedeutung. Dahingehend enthält das MAS-Programm enormes Potential.

Aus dem Voranstehenden können folgende Schlüsse gezogen werden:

1. Die Vorschläge zum Aufbau einer rohstoffverarbeitenden Industrie sind unvollständig. Es fehlen Aussagen zum technischen Profil, zur Abfallwiederaufbereitung und zur Umweltverträglichkeit, ebenso wie zu den gesellschaftlichen und kulturellen Auswirkungen. Das widerspricht dem Prinzip des *suma qamaña* (*Buen Convivir*).³²
2. Im vorgestellten Wirtschaftsmodell soll dem Staat eine lenkende Rolle zukommen. Dazu äußerte García Linera in einem Fernsehinterview, dass »der Staat im Schnitt um 30 bis 35 Prozent des BIP wachsen müsse.« Das Staatseigentum soll innerhalb gewisser Grenzen ausgeweitet werden. Außerdem

lungsdisziplin? In: Internationale Politik und Gesellschaft (IPG) 3/ 2010. S. 63-76. URL: http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2010-3/2010-3__stefanoni_d.pdf (Abruf 22.08.2010).

32 Dazu heißt es bei Javier Medina: »Wenn der Kapitalismus Kapital erzeugt, wollen wir diesen quantitativen Aspekt (die Gewinne aus der die Erdgas-, Erdöl- und Bergbaubranche), nicht aber dessen neurotische Pathologien: Konkurrenz, Unsicherheit, Konsumrausch für wenige und Armut für viele, und so weiter und so fort ...; wenn der Ayllu Lebensqualität erzeugt, dann wollen wir auch das Suma Qamaña.« <http://lareciprocidad.blogspot.com/2008/11/el-inca-y-el-aprendiz-brujo.html>. (Abruf 18.11.2009).

wird ein Bruch mit der Politik der Monopol- und Oligopolbildung durch Privatunternehmen vorgeschlagen.

Die neuen staatlichen Unternehmen dringen jedoch nicht in Bereiche vor, in denen die bolivianische Oligarchie das Monopol innehat, wie die Viehzucht (Fleischproduktion) und der Anbau von Getreide (Weizen) und Soja. Der Plan zur Ausweitung der staatlichen Kontrolle reduziert sich auf das Erreichen eines quantitativ vergleichbaren Prozentsatzes; der qualitative Aspekt wird dabei völlig außer Acht gelassen. Ebenso wenig wird ein Modell zur Gestaltung der Staatsunternehmen vorgestellt. Ein solches Unternehmensmodell müsste den Staat, die Arbeiter und die Zivilgesellschaft mit einbeziehen. Jeder dieser drei Teilhaber sollte mit Rechten und Pflichten ausgestattet sein, um die Arbeit zu optimieren und Korruption zu verhindern. Hier sollte man Lehren aus den reichhaltigen Erfahrungen des kapitalistischen Systems in Europa und aus dem untergegangenen Sozialismus ziehen. Der Einbezug der Zivilgesellschaft, der schon in der neuen Staatsverfassung (NCPE) verankert ist, sollte über konkrete Organisationsformen und durch eine abwechselnde Beteiligung der Bürger Boliviens (Rotationsprinzip) erfolgen. Warum sollte man nicht auch an eine Art ökonomische und juristische Beteiligung bestimmter gesellschaftlicher Organisationen an staatlichen Unternehmen denken? In diesem Sinn ist sicherlich das Beteiligungssystem der Kantone und Kantonalkassen an der Schweizerischen Nationalbank von großem Interesse.³³ Jeder Möglichkeit, das Staatseigentum zu privatisieren oder politisch zu instrumentalisieren, muss ein Riegel vorgeschoben werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Erarbeitung eines neuen Gesetzes zur Teilhabe der Gesellschaft eine offene Diskussion in diesem Sinne anstößt.

3. Das vorgeschlagene Wirtschaftsmodell ist der Eigentumsentwicklung nach formal plurinational, bevorzugt aber hinsichtlich der dargestellten Inhalte das bestehende große private Agrarindustrieigentum und die neu entstehenden und von der Regierung direkt gelenkten Staatsunternehmen. Ein plurinationales Wirtschaftsmodell, das gleichzeitig zentralisiert und dezentralisiert (Autonomie) sein sollte und auch die kleinbäuerlichen und kommunalen Unternehmen fördern müsste, könnte ein realistischer Vorschlag sein.³⁴

4. Der sogenannte Verstaatlichungsprozess hat an Schwung verloren und läuft Gefahr, gestoppt zu werden. Privatunternehmen, vor allem im Bergbau,

33 »Die Schweizerische Nationalbank (SNB) ist eine Aktiengesellschaft. 53,5 Prozent der Aktien befinden sich im Besitz der Kantone oder Kantonalkassen, die übrigen hauptsächlich im Besitz von Privatpersonen.« In: Zeit-Fragen. Nr. 19 vom 10.05.2010.

34 In diesem Zusammenhang sind die Überlegungen von Helge Buttkeleit zur »utopischen Realpolitik« sehr interessant. Vgl.: Helge Buttkeleit: Utopische Realpolitik.

behalten ihren Status bei. Bei der Entscheidung, von den Verstaatlichungsplänen Abstand zu nehmen, spielten zwangsläufig Aspekte wie Technologie und Kapital eine Rolle. Hineingespielt hat wohl auch die Tatsache, dass die guten Ergebnisse des staatlichen Erdölunternehmens YPFB und der nationalen Telefongesellschaft ENTEL nur von kurzer Dauer waren. Andererseits wurden über eine höhere Besteuerung relativ positive Ergebnisse erzielt: Für Einnahmen sorgten die Lizenzabgaben und Steuern auf Erdöl- und Erdgasindustrie, eine zusätzliche Steuer für Bergbauunternehmen (*Impuesto Complementario Minero*) sowie der Surtax³⁵. Es ist also keineswegs verwunderlich, dass die Verträge mit internationalen Unternehmen aufrecht erhalten wurden. Auch das Hydrometallurgie-Projekt in Corocoro ist ein Beispiel dafür. Im Jahre 2008 hat die bolivianische Regierung einen Joint-Venture-Vertrag mit dem koreanischen Unternehmen KORES unterzeichnet, verbunden mit Investitionen in Höhe von 200 Millionen Dollar.³⁶ Geplant ist eine Produktion von 3.000 Tonnen elektrolytischen Kupfers. Hier teilt der Staat strategisch wichtige Rohstoffreserven mit internationalen Unternehmen, was die staatliche Führungsrolle in diesem Bereich relativiert.

5. Im Programm der MAS fehlen Aussagen zum Potential der Gemeinwirtschaft. Das Beispiel Corococo hat zu Interessenskonflikten zwischen Gemeinwesen, Staat und transnationalem Kapital geführt. Es scheint, als ob das Potential einer Gemeinwirtschaft absichtlich außer Acht gelassen wird, dabei sind bekanntermaßen 30 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in Bolivien in der Landwirtschaft tätig, für die die Gemeinwirtschaft von vitaler Bedeutung ist.

2. Das Inka System³⁷ – aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen

Glücklicherweise beginnt sich die historische Prozess- und Systemanalyse als wissenschaftliche Methode durchzusetzen. Im Verlauf der Geschichte hat die Menschheit reichhaltige Erfahrungen mit verschiedensten Wirtschaftssystemen gesammelt. Dazu zählen die noch frischen Erfahrungen mit dem sozialistischen Staatssystem, dem sogenannten Realsozialismus, aber auch

35 Der Surtax ist eine Gewinnsteuer in Höhe von 12,5 Prozent, die entsprechend des Weltmarktpreises auf bestimmte Bodenschätze erhoben wird. Vgl. MAS - IPSIS: Bolivia País Líder. S. 83.

36 Vgl.: Cambio vom 28.10.2009. URL: <http://www.cambio.bo/noticia.php?fecha=2009-10-28&idn=9870>.

37 Detaillierte Ausführungen über das Inka-Wirtschaftssystem findet man in der Monographie »Qhapaq Ñan y Socialismo« von Muruchi Poma und Günter Buhlke, die demnächst auf Spanisch in Bolivien erscheint.

die traditionellen Erkenntnisse aus dem Staatssystem der Inkas, das aus heutiger Perspektive als *qhapaq* (sein und besitzen) *ñan* (Weg)³⁸ bezeichnet werden kann. Im Folgenden wird es um einen Überblick dieses inkaische Wirtschaftsmodell gehen, das den Äquivalenzökonomien zugeordnet werden kann, die nach Dieterich 800.000 Jahre lang Bestand hatten.³⁹ Bei dem Modell geht es darum, es mit den eigenen Kategorien der Inkagesellschaft und nicht mit denen »... der ökonomischen und politischen Entwicklung Europas zu begreifen.«⁴⁰

Der gängige Begriff »*vivir bien*« (auf Spanisch), das *allin kawsay* und *qhapaq ñan* (auf Quechua) sowie *suma qamaña* (auf Aymara) sind eng miteinander verwandt. Im allgemeinen und übertragenen Sinne stehen sie für »gutes Zusammenleben« des Menschen mit der ihn umgebenden Natur- und Tierwelt. »*Vivir bien*« sollte daher richtig als *buen convivir* auf Spanisch verwendet werden. Entsprechend dieser Begriffsinterpretation handelt es sich beim *qhapaq ñan*⁴¹ um eine kommunitäre Lebensweise, ein Zusammenleben der Menschen im Einklang mit ihrer Spiritualität (Glaube, Rationalität und Emotionalität, menschliche *Energie*), der *materiellen* Welt (*Pachamama* und andere Lebewesen), der *Zeit* (*pacha*, die Zukunft der Vergangenheit⁴²) und dem *Raum* (*pacha*, Kosmologie). Anders ausgedrückt, es ist das Sein des Menschen in der Materie-Energie und dem Zeit-Raum. Es verkörpert eine vierseitige Auffassung des Lebens (die von Emilio Molina und Javier Amaru

38 Diese Bezeichnung ist ein Vorschlag des Verfassers dieser Arbeit. In der noch nicht veröffentlichten Fassung der Schrift »Qhapaq Ñan y Socialismo« gehe ich im Detail auf die Entstehung des historischen Begriffs *qhapaq ñan* ein.

39 Vgl.: Heinz Dieterich: *Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts: Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus*. Berlin 2006. S. 41.

40 Heinz Dieterich: *Produktionsverhältnisse in Lateinamerika. Inkareich, hispanoamerikanische Kolonisation und kapitalistische Entwicklung. Zur Kritik der Dependenz-Theorie*. Gießen 1981. S. 64.

41 *Qhapaq ñan* sollte nach meiner Auffassung *kapaq ñan* auf quechua geschrieben werden, dennoch werde ich im folgenden die bereits erwähnte gängige Schreibweise verwenden. Eine detaillierte Darstellung meiner Untersuchung über *vivir bien*, *sumaj kawsay*, *suma qhamaña* und *qhapaq ñan* erscheint demnächst unter dem bereits erwähnten Titel »Qhapaq Ñan y Socialismo«. Es ist interessant zu wissen, dass Peter Ulrich, Autor des Buches »Zivilisierte Marktwirtschaft«, über »gutes Leben und gerechtes Zusammenleben freier und gleicher Bürger« sagt (siehe *Zeit-Fragen* vom 20.09.2010. Nr. 37. S. 4). Auf diese systemkritische Stimme eines bürgerlichen Intellektuellen werde ich in meinem neuen Buch eingehen.

42 Diese andine Auffassung ähnelt meines Erachtens das Prinzip *Die Cradle to Cradle-Community* von Michael Braungart / William McDonough (Hrsg.): *Die nächste industrielle Revolution*. S. 22.

Garcia⁴³ vorgeschlagene tetralektische⁴⁴ Betrachtungsweise), welche schon bei den Inkas und ihren Vorfahren zu finden war.

Zufall oder nicht, fest steht, dass man heute ein Wirtschaftsmodell testen will, das sich vom kapitalistischen System unterscheiden soll – und das just in einem Gebiet, das einst zum Inkareich gehörte und in dem das *qhapaq ñan* erfolgreich praktiziert wurde. An dieser Stelle soll eine kurze Erörterung der bedeutendsten bisher erforschten Aspekte des inkaischen Systems erfolgen. Dabei ist nicht von Interesse, ob es sich um ein sozialistisches oder kommunistisches⁴⁵ System, einen Feudalstaat, eine Sklavengesellschaft oder asiatische Produktionsweise gehandelt hat. Eine solche wenig produktive Diskussion kann von meinem Standpunkt aus nur in eine Sackgasse führen. Im Mittelpunkt des Interesses dieser Arbeit stehen dagegen das konkrete und erfolgreiche Funktionieren des aus verschiedenen Teilsystemen zusammengesetzten inkaischen Wirtschaftsmodells sowie dessen tatsächliches Potential. Im Folgenden wird die Bezeichnung *qhapaq ñan* für das Wirtschaftssystem des *Tawantinsuyo*, des Inkareiches, verwendet.

2.1. Ein zentralistisches System mit dezentralisierten ethnischen Regionen

Louis Baudin lässt keinen Zweifel daran, dass die Inkas eine Wirtschaftsform errichtet hatten, die er als das »System des Inka«⁴⁶ bezeichnet. Darin herrschte kein Mangel, es gab Waren in Hülle und Fülle – ein Wirtschaftsleben, in dem »niemand arm sein konnte« (Cieza de León).⁴⁷

Korrekterweise spricht man von der Wirtschaftsweise des *Tawa ntin suyo* (Simón Yampara verwendet diese getrennte Schreibweise in der Bedeutung »Gesamtheit der vier Dimensionen«. Dabei steht *tawa* für »vier«, *ntin* für »Gesamtheit« und *suyo* für »Dimension«⁴⁸). Wir sehen uns also einer tetralektischen Wirtschaft gegenüber, einem System in vier ausgerichteten

43 http://www.amigo-latino.de/indigena/delusion_dialectica_11_10_09.pdf. (Abruf 28.11.2009).

44 Neologismus: Beschreibt eine vierseitige Betrachtungsweise. Mehr dazu in: Muruchi Poma / Günter Buhlke: *Qhapaq ñan y Socialismo*. i.E.

45 Obwohl der von Mariátegui gebrauchte, allgemeine Ausdruck »Agrarkommunismus« sehr anschaulich ist, ist er ohne weitere Konkretisierung bei der Erarbeitung von Vorschlägen wenig hilfreich. Vgl.: José Carlos Mariátegui: *Siete Ensayos de Interpretación de la Realidad Peruana*. Biblioteca Ayacucho 1979. S. 34.

46 Louis Baudin: *Der Sozialistische Staat der Inka*. Hamburg 1956. S. 84.

47 Pedro Cieza de León: *La Crónica del Perú: Las Guerras Civiles Peruanas*. Madrid 1984. S. 168.

48 Mamani Aruquipa übersetzt den Suffix *ntin* mit »con«, »todo entero« (»mit«, »die Gesamtheit«). Hugo Faustino Mamani Aruqipa: *Compendio de la Gramática Quechua*. Lima 2005. S. 72.

Regionen mit einer gemeinsamen, zentralen Wirtschaftspolitik. Diese vier Richtungen bergen in sich regional unterschiedliche ethnische Regionen. In der Literatur ist die Rede von 75 ethnischen Gruppen.⁴⁹ Zu einer solchen Wirtschaftsform passt das Bild eines Quipus mit vier Fransen, die ihrerseits in ihrer Länge unterschiedliche Knoten haben. Deshalb kann also von einer regional knotenartig dezentralisierten ethnischen Gemeinwirtschaft gesprochen werden. Das Gemeinsame stellen die Gegenseitigkeit (*reciprocidad*) und die Autarkie (*autosuficiencia*) dar, die zentral von aus Cuzco initiiert wurden.

Diese Aussagen sollen im Folgenden ansatzweise durch einige konkrete Fakten untermauert werden. Die Inkas und Amautas, die hochangesehenen Gelehrten des Inka-Reichs, lenkten und planten diese »gesellschaftliche Ingenieursleistung« (*Monasterios Márquez*)⁵⁰ oder »Verwaltungsmaschinerie« (*John Murra*)⁵¹ von der Stadt Cuzco aus, dem politischen und wirtschaftlichen Machtzentrum.

Die Gegenseitigkeit und Autarkie der verknoteten Gemeinwirtschaften entwickelten sich auf zwei Ebenen. Erstens gab es das regionale Territorium, das unterschiedliche klimatische Zonen umfasste. Eines der besten Vorzeigebispiele der regionalen Verwaltung sind die örtlichen Nahrungsmittelspeicher für die Produktion und – in ausreichender Zahl – auch für den regionalen Verbrauch. Die zweite Ebene stellt die Wirtschaft der familiären Produktionseinheiten (*unidades productivas familiares*) dar, die lokal und autark in *Ayllus* organisiert waren.⁵² Diese Einheiten waren autonom und dezentralisiert, unterhielten aber reziproke Beziehungen zur zentralen und regionalen Wirtschaft. Mit der Ankunft der Europäer und der nachfolgenden brutalen Ausbeutung wurde das Gemeinschaftssystem zerstört – zunächst auf zentraler und danach auf regionaler Ebene. Die autark wirtschaftenden familiären Produktionseinheiten blieben zwar erhalten, wurden aber während der Kolonialzeit und in der Zeit der Republik ausgebeutet. Derzeit dro-

Der Quechua-Ausdruck *suyu* wird von Jesús Lara mit »región, distrito, territorio dentro de un país y parcela« (Region, Distrikt, Gebiet innerhalb eines Landes, Parzelle) übersetzt. Vgl. Jesús Lara: *Diccionario Qheshwa-Castellano Castellano-Qheshwa*. La Paz 1991. S. 228.

Aufgrund der neuen Erkenntnisse der Tetralektik vertritt der Verfasser dieser Arbeit jedoch die Ansicht, dass sich *Tawa ntin suyo* auf die vier Himmelsrichtungen, und damit auf die vier Ausdehnungsrichtungen des Inka-Reiches bezieht.

49 Juan José R. Villarías Robels: *El sistema Económico del Imperio Inca*. *Historia Crítica de una Controversia*. Madrid 1998. S. 28.

50 URL: <http://espanol.groups.yahoo.com/group/fOROBolivia/message/4142> (Abruf 22.11.2009).

51 John Murra: *En torno a la Estructura Política de los Incas*. In: Waldemar Espinoza Soriano (Hrsg.): *Los Modos de Producción en el Imperio de los Incas*. Lima, 1978. S. 213.

52 Ebenda. S. 224.

hen sie ganz zu verschwinden. Es wird sich zeigen, ob es dem Aymara Morales gelingt, sie zu retten, oder ob er ihnen den Todesstoß versetzt.

2.2. Das System der Landnutzung

Wo die Inkas auch hinkamen, wurde das Land in drei Teile aufgeteilt. Der Chronist Garcilaso Inca de la Vega schrieb dazu: »Nachdem sie das Land vermehrt hatten, maßen sie das in der ganzen Provinz vorhandene, einen jeden Ort für sich, und teilten es in drei Teile: einen für die Sonne, einen für den König und einen für die Eingeborenen.«⁵³ Die Aufteilung des Landes zielte aus wirtschaftlicher Perspektive auf das Funktionieren des gleichzeitig zentralistischen und dezentralisierten Systems ab. Die Ländereien für die Sonne und den König waren für die Staatswirtschaft der Inkas vorgesehen, was allerdings nicht bedeutete, dass dieses Land nur der Versorgung der Bürokraten in Cuzco diene. Die dort betriebene Landwirtschaft bildete auch die Grundlage für die Versorgung der Regionen und der »*naturales*«, wie Garcilaso die ursprünglichen Bewohner dieser Gebiete bezeichnete. Das Land wurde jedoch nicht an Einzelpersonen vergeben, sondern den familiären Produktionseinheiten regional bestimmt zugeteilt. Eine solche Einheit wurde mindestens von »*chacha warmi*«, Ehemann und Ehefrau, gebildet, und nur diese Einheiten, nicht die Einzelpersonen selbst, hatte das Recht, Land zu besitzen. Für die Bewirtschaftung des von den ethnischen und regionalen Verwaltungen aufgeteilten Landes waren die Familienverbände, *Ayllus*, zuständig. Konflikte zwischen den ethnischen Regionen gab es immer wieder. Eine der Aufgaben der Inkas war es, sie zu schlichten.

2.3. Die Organisation der Arbeit

Die wichtigste Grundlage des inkaischen Wirtschaftssystems war die Arbeit. Das zeigt sich auch heute noch an den indigenen Gemeinschaften der Andenländer. Eines der Inka-Prinzipien lautete »*Ama qella*« – »Du sollst nicht faul sein.« Die Wirtschaft des Inkareiches stützte sich auf zwei Organisationsformen der Arbeit, die auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit (Reziprozität) be-

53 Garcilaso Inca de la Vega: *Comentarios Reales de los Incas*: Primera parte. Madrid 1960. S. 150.

Anm. d. Übers.: Die Übersetzung des Zitats wurde aus der deutschsprachigen Ausgabe der *Comentarios Reales* entnommen. Gleiches gilt für Fußnote 36. Thiemer-Sachse, Ursula (Hrsg.). Garcilaso de la Vega: *Wahrhaftige Kommentare zum Reich der Inka*. Berlin 1983, S. 177, 194.

ruhen: *Ayni* und *Mit'a*. *Mit'a* war, um es in heutigen Worten auszudrücken, eine Art obligatorischer Arbeitsdienst, den die Andenbauern auf dem Land des Staates verrichteten. Die staatlichen Ländereien des Inkareichs wurden also von den Familiengemeinschaften bestellt. Allerdings hatten die erbrachten Leistungen wechselseitigen Charakter – »*mit'a como reciprocidad*«, »die *Mit'a* als reziprokes System«, wie es bei Murra⁵⁴ heißt –, denn die Andenbewohner erwarteten als Entlohnung vom Staat die Vermittlung landwirtschaftlichen Wissens, die Weitergabe von Technologie, das kosmische Wissen für ihren Kult und nicht zuletzt die Lösung territorialer Streitigkeiten zwischen den Regionen.⁵⁵ Das Prinzip des *Ayni*⁵⁶ hat noch heute zwischen den Familien einer Dorfgemeinschaft Bestand. Auch hierbei handelt es sich um eine Form der Arbeit, die auf Reziprozität beruht. Im Unterschied zur solidarischen Arbeit der *Mit'a* erwartet der Arbeitende für die erbrachte Leistung jedoch eine baldige Gegenleistung. Solidarität – ein westlicher Begriff – ist dagegen einseitig gerichtet, sie braucht nicht notwendigerweise zurückgegeben werden.

2.4. Das System der Vorratsspeicherung

Wie die moderne Volkswirtschaft auch verfügten die Inkas über ein System der Vorratsspeicherung – heute würde man die entsprechenden Anlagen Silos nennen. Garcilaso schrieb dazu: »In jedem Ort, groß oder klein, gab es zwei Speicher; in dem einen wurden die Lebensmittel verwahrt, die zur Unterstützung von Eingeborenen in unfruchtbaren Jahren dienten, im anderen Speicher lagerte die Ernte der Sonne und des Inka. Weitere Speicher lagen an den Königsstraßen in Abständen von je drei Leguas, sie dienen den Spaniern jetzt als Gasthäuser und Herbergen.«⁵⁷ Damals gab es also drei Arten von Vorratsspeichern. Die ersten waren für die *Ayllus* (Familien) bestimmt, die zweite dem Inka-Staat (auch dem Gotteskult) vorbehalten. Diese beiden Speicherarten hatten regionale Bedeutung. Allein in der Sierra Central (das heutige Perú) soll es 2.000 Speicher gegeben haben.⁵⁸ Die dritte Art der Le-

54 John Murra: En torno a la Estructura Política de los Incas. S. 217.

55 John Murra V.: La Organización Económica del Estado Inca. Siglo Veintiuno 1989. S. 68.

56 Eine detaillierte Analyse über die unterschiedliche Formen von *ayni* und *m'ta* ist in der bereits erwähnten Monografie »*Qhapaq Nan y Socialismo*« nachzulesen.

57 Garcilaso Inca de la Vega: Comentarios Reales de los Incas. S. 158.

58 Flor de Maria Huaycochea / Nuñez De la Torre: *Qolqas*. Bancos de reserva andinos almacenados inkas aqueología de qolqas. Lima 1994. S. 20.

bensmittellager, die *Tampu*, waren entlang der Straßen verteilt und dienten als Herbergen.

Um sich eine Vorstellung von der Größe dieser Vorratsspeicher zu machen, genügt es zu wissen, dass die europäischen Invasoren sieben Wochen lang fast 2.000 Soldaten mit den dort gelagerten Lebensmitteln ernähren konnten.⁵⁹ Ausgehend von einer Tagesration von 600 Gramm Kartoffeln, 200 Gramm *Charqui* (Trockenfleisch) und 100 Gramm *Chuño* (durch Trocknen und Kälte haltbar gemachte Kartoffeln) pro Soldat müssen in diesen Speichern etwa 88 Tonnen Nahrungsmittel gelagert gewesen sein. Natürlich wurden die Speicher auch anderweitig genutzt, so waren sie auch »voller Kleidung.«⁶⁰ Angeblich hielten sich einige der dort gelagerten Nahrungsmittel zehn Jahre lang.⁶¹

Die *Tampu* waren offensichtlich von unschätzbare Bedeutung für die Mobilität der Inkas, später leider auch für die europäischen Invasoren. Der letzte Inka hat bei seiner ersten Begegnung mit seinen zukünftigen Entführern verlangt, sie sollen alles, was sie aus den *Tampu* genommen und verwendet hatten, bei seiner Ankunft in Kajamarca am nächsten Tag bezahlen. Und an jenem Tag, dem 16. November 1532, an dem er Pizarro und seinen Vandalen begegnet war, wiederholte er seine Forderung.⁶² Der gutgläubige Atawallpa kam nicht mehr dazu, sie erfüllen zu lassen. Etwa ein Jahr später wurde er von seinen Entführern umgebracht, nachdem sie sich die Beute des Goldes angeeignet hatte.

Es kann davon ausgegangen werden, dass man damals Techniken kannte, die den heutigen bei der Anwendung der natürlichen Energien weit überlegen sind. Möglicherweise hat es damals nicht so schwere Dürren gegeben, wie Bolivien sie heute erlebt⁶³, aber ähnliche Situationen sind dennoch zu vermuten. Darauf waren die Silos eine passende Antwort. Nachdem man diese Erkenntnisse heute wiedergewonnen hat, sollte man nicht nur die Silos wiedererrichten, sondern auch erneut natürliche Energien verwenden.

59 Vgl.: Pedro Cieza de León: La Crónica del Perú. S. 164.

60 Ebenda. S. 164.

61 Vgl.: Louis Baudin: Der Sozialistische Staat der Inka. S. 54.

62 John Murra V.: La Organización Económica. S. 184.

63 Etwa zwei Millionen Nutztiere sind durch Dürren gefährdet. Vgl.: <http://www.erbol.com.bo/noticia.php?identificador=2147483920640>. (Abruf 07.11.2009).

2.5. Das »kosmo«-ökologische Produktionssystem

Die Grundlage des *qhapaq ñan* bildete die Landwirtschaft, wobei allerdings mehr Ackerbau als Viehwirtschaft betrieben wurde.⁶⁴ Wenn man in Betracht zieht, dass die Inkas und ihre Vorfahren in einem Bereich, der von der Küste bis 4.700 m.ü.m. reichte, mehr als 140 domestizierte Pflanzen⁶⁵ kannten, scheint es verständlich, den von ihnen praktizierten Ackerbau als »Agrarrevolution«⁶⁶ zu bezeichnen. Es handelte sich einerseits um extensive Landwirtschaft im Sinne einer kontrollierten Erweiterung der bewirtschafteten Flächen durch die Dorfgemeinschaft (*ayllu*) und den Inka-Staat. Die Felder wurden im Rotationsprinzip (*aynuku*) bewirtschaftet, so dass die Böden viel Zeit hatten, sich zu erholen.⁶⁷ Eine übermäßige Ausbeutung von *Pachamama*⁶⁸, die als Teil des Kosmos angesehen wurde, hat es nicht gegeben. Die Inkas kannten andererseits das System der Intensivlandwirtschaft. Sie entwickelten ein effizientes Bewässerungssystem und intensivierten die landwirtschaftliche Produktion, in dem sie die berühmten Terrassenfelder anlegten, die noch heute genutzt werden. Bekannt ist auch, dass auf den Chinchán-Inseln, die zwischen den Regionen aufgeteilt waren, Guano (Vogelkot) abgebaut wurde. Unter Todesstrafe war es verboten, die dort lebenden Vögel zu jagen.⁶⁹ Es handelte sich um eine organische Landwirtschaft, da die Produkte unter Verwendung organischen Düngers angebaut wurden. Von dieser wertvollen Tradition ist das Programm der MAS nicht nur Lichtjahre entfernt, sondern stellt deren Gegenteil dar.⁷⁰

64 Hurtado spricht von 20 Arten von Tieren, die von den Inkas domestiziert wurden. Vgl.: Ciro Hurtado Fuentes: *La Alimentación en el Tahuantinsuyo*. Lima 2000. S. 112.

65 Ebenda. S. 107.

66 Bei Romero heißt es: »Es zeigt sich, dass die Agrarrevolution von der Urbevölkerung Amerikas und anderer Kontinente ausging.« Hugo Romero Bedregal: *Desafíos para articular la Modernización de la Agricultura, nueva Ruralidad, Agroecología y Desarrollo sostenible*. In: *Umbrales*. No. 8. CIDES-UMSA. La Paz Noviembre 2000.
URL: <http://bibliotecavirtual.clasco.org.ar/ar/libros/bolivia/cides/umbrales/umbrales8.pdf>.

67 http://www2.scielo.org.ve/scielo.php?script=sci_arttext&pid=S1315-36172006000100009&lng=es&nrm=iso. (Abruf 18.11. 2009).

68 *Pachamama* (pacha = Zeit, mama = Mutter) bezieht sich im Wesentlichen auf Mutter Erde im Kontext von Raum und Zeit.

69 Vgl.: Louis Baudin: *Der Sozialistische Staat der Inka*. S. 34.

70 Im Programm der MAS heißt es, dass wir nicht »die Möglichkeit verpassen dürfen, eine produktivere, wettbewerbsfähigere Landwirtschaft aufzubauen, um über mehr Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu verfügen. Allerdings hat Bolivien derzeit einen Wettbewerbsnachteil, da es das südamerikanische Land ist, das am wenigsten Dünger einsetzt und zudem die höchsten Preise für diesen bezahlt, weil es sämtliche Düngemittel importiert und als Spende erhält. Deshalb werden im Vergleich mit anderen Ländern der Region geringere Erträge erzielt.« MAS – IPSIS: *Bolivia País Líder*. S. 77.

2.6. Das Infrastruktursystem: Wegenetz und Nachrichtenübermittlung

Die Andenbewohner dachten an alles, was für ein optimales Funktionieren der Staatswirtschaft notwendig war. So legten sie zwei Wegenetze an, die sich vom Río Ancasmayo an der Grenze zum heutigen Kolumbien bis zum Río Maule im heutigen Chile erstreckten. Eines der beiden Wegenetze führte an der Pazifikküste entlang. Das zweite durchzog mit einer Gesamtlänge von 5.229,25 Kilometern den gesamten Altiplano.⁷¹ Auf diesen Wegen wurden Lamas transportiert, die wiederum selbst als Transportmittel genutzt wurden. Außerdem diente das Wegesystem, über das man heute sehr viel weiß, als Post- und Kommunikationssystem. Die Übermittlung von Nachrichten erfolgte durch Laufboten, die *Chasqui*.

2.7. Das Planungswesen

»*Diestros planificadores*«⁷², geschickte Planer – das ist die angemessene Bezeichnung für die Anführer und Ausführenden des inkaischen Wirtschaftssystems, die ihre Aufgabe in der Reihenfolge »Zuerst Produzieren, dann Verteilen«⁷³ sahen. Historiker betonen dabei die Vorreiterrolle von Pachakuti.⁷⁴ Möglicherweise trug er deshalb diesen Namen, der als »Rückkehr der Welt« verstanden werden kann. Die Großartigkeit des Planungswesens der Inkas zeigt sich in der Errichtung öffentlicher Bauten. Man weiß, dass die Inkas »von neuen Gebieten ebenso wie von Bauprojekten und Bewässerungssystemen maßstabsgetreue, reliefartige Modelle aus Ton« anfertigten.⁷⁵ Doch nicht nur die Infrastruktur wurde geplant. Auch die Erweiterung des nutzbaren Bodens in Verbindung mit der Umsiedlung der Einwohner sollte genau durchdacht sein. Es scheint nicht zufällig zu sein, dass Pachakuti und andere Inkas den Beginn der Anbausaison einweiheten. Offensichtlich nutzten sie dafür die aus den Beobachtungen der Erdumlaufbahn der Planeten

71 Morris A. Copeland: La Economía de dos Grandes Civilizaciones no-pecuniarias: El Antiguo Reino de Egipto y el Imperio de los Incas. In: Revista de Economía Latinoamericana. Banco Central de Venezuela. No. 51. S. 168.

72 Ebenda. S. 166 (Übersetzung durch den Autor dieser Arbeit).

73 »Sie wußten, dass man mit der Steigerung der Produktion beginnen muß, wenn man später eine größere Verteilung vornehmen will.« Louis Baudin: Der Sozialistische Staat der Inka. S. 34.

74 John V. Murra: La Organización Económica. S. 169; Maria Rostworoski: Pachacutec. Editara Fiat Luy. S. 27.

75 Morris A. Copeland: La Economía de dos Grandes Civilizaciones no-pecuniarias. S. 173.

gewonnenen Erkenntnisse.⁷⁶ Für den rechtzeitigen Anbau, die organisierte Ernte und die fachgerechten Lagerung der Nahrungsmittel in den Silos mussten Organisation und Kontrolle der Rotation der Arbeitskräfte geplant und verwaltet werden. Es ist bekannt, dass zwischen den *qhuraqas* (lokale Verwaltungsbehörden)⁷⁷ eine hierarchische Struktur bestand. Sicher war es notwendig, ihre Arbeit zu kontrollieren, dafür hatten sie die *tukuyricu* (Kontrollure des Staates). Wir wissen, dass die Inka keinen Markt und Geld – zumindest nach den heutigen Standards – kannten. Dennoch ist dem Historiker Murra zuzustimmen, wenn er behauptet, dass der Staat als Markt auftrat, in dem er die Übertproduktion abschöpfte und sie der Armee, der Aristokratie und den Landarbeitern zur Verfügung stellte.⁷⁸ Wir müssen davon ausgehen, dass man für ein derartiges Planungssystem Zahlen, Berechnungen und Statistiken benötigte. Kannten die Inkas diese Elemente des Planungswesens, obwohl sie doch nach bisherigem Erkenntnisstand keine Schriftsprache hatten?

2.8. Das inkaische Rechnungswesen

Natürlich sind nicht alle Errungenschaften der Inkas auf eigene Leistungen zurückzuführen. Die Inkas bedienten sich auch der Kenntnisse früherer Zivilisationen und entwickelten diese möglicherweise weiter. Beispiele hierfür sind die *Quipus* und *Yupanas*. Die *Quipus* (Knotenschnüre) dienten der Archivierung von Daten, die mit Hilfe der *Yupanas* verarbeitet wurden. Erstere wurden von speziell ausgebildeten Personen geknüpft, den *Quipucamayoc*. Gleiches galt für die *Yupanas*. Diese Rechengeräte wurden von den *Amautas* bedient, weisen Staatsmännern, die Vorhersagen auf allen Gebieten zu treffen hatten. Zu ihren Aufgaben gehörte nicht nur das Lesen der Zukunft aus den Kokablättern, sondern auch das Entschlüsseln von Zahlen. Falls ihre Vorhersagen nicht eintrafen, erwarteten sie harte Strafen.

Doch zunächst einmal mussten die zu verarbeitenden Daten gesammelt werden. Bei Murra heißt es dazu: »Einer der ersten und entscheidendsten Schritte war die Erfassung der Bevölkerung, der Felder für die Subsistenzwirtschaft (*chacras* bzw. *papacanchas*), der Viehherden und Hirten sowie der wirtschaftlichen Erträge des laufenden Jahres.«⁷⁹

76 Pachkuti wird die Errichtung von Säulen in der Umgebung von Cuzco für die Beobachtung der Sonnenumlauf zugeschrieben. Vgl.: John V. Murra: *La Organización Económica*. S. 41.

77 Louis Baudin: *Der Sozialistische Staat der Inka*. S. 100.

78 John V. Murra: *La Organización Económica*. S. 176.

79 Ebenda. S. 217.

Die Ergebnisse dieser Erhebungen – wie derartige Zählungen heute bezeichnet werden würden – wurden mit Hilfe von Knoten (*Quipus*) festgehalten, für weiterführende Berechnungen kam der *Yupana* zum Einsatz. Der bolivianische Mathematiker Javier Amaru Ruíz García hat sich mit diesem Thema beschäftigt und hat im Folgenden einige Fragen dazu beantwortet.⁸⁰

Könnte man es so ausdrücken, dass die Quipus die Datenspeicher und die Yupanas die Programme unserer Vorfahren waren, und somit zu den Vorläufern der modernen Informatik gezählt werden können?

»Das ist tatsächlich ein sehr guter Vergleich. In der Tat kopiert die Informatik das Binärsystem des Altertums. Sowohl das chinesische Orakelbuch I Ging als auch der Tzolkin-Kalender der Mayas basieren auf einem binären System.«

Wie kann man sich ein Yupana vorstellen?

»Es handelt sich um eines der am weitesten entwickelten mathematischen Geräte, dessen Leistungsfähigkeit ein mathematisches System basierend auf der Zahl 40 oder Tetragesimalssystem zu Grund liegt. In meiner Arbeit habe ich dieses System zum Beweis einer Erkenntnis angewandt, die als die bedeutendste mathematische Leistung des Jahrtausends gilt: Die Lösung eines Problems der Gruppentheorie, nämlich der Klassifizierung der 26 sporadischen, einfachen Gruppen (Mengen) beziehungsweise aller einfachen endlichen Gruppen. Mit dieser Entdeckung der modernen Mathematik schließt sich der Kreis ...«

Die Mayas hatten ein Vigesimalssystem, die westliche Welt das Dezimalsystem. Haben Sie das Tetragesimalssystem der Inkas entdeckt?

»Zu der Zeit, in der die Mayas das Vigesimalssystem nutzten, kannte die westliche Welt keine Zahlensysteme. Erst die Griechen führten das Dezimalsystem ein – ein vergleichsweise armes System. Da es »*chulla*«, unpaarig, ist, gelingt die Überwindung der dialektischen Barriere nicht. In Tiwanaku hatte man ein Tetragesimalssystem basierend auf der Zahl 40 entwickelt, ähnlich dem der Mayas. Allerdings verstehen wir den Zusammenhang noch

⁸⁰ Vgl. dazu das vollständige Interview mit Javier Amaru Ruíz García. In: Tani Tani, No.293, Jahrgang IV 26.11.2009. URL: http://www.amigo-latino.de/indigena/noticias/newsletter_4/276_yupana_ru.html. (Abruf 27.11.2009).

nicht. Ich habe ihn zwar bewiesen, aber um eine Entdeckung handelt es sich dabei nicht.«

Amaru Ruíz hat die Interpretation von Chronisten und Historikern ergänzt, die »etwas Ähnliches wie das Dezimalsystem gesucht haben. Trotzdem musste erst der Computer erfunden werden, um diesen Gelehrten zu zeigen, dass es Systeme gibt, die dem viel gepriesenen Dezimalsystem der Griechen überlegen sind. Gleichzeitig ist das ein Beweis dafür, dass die Philosophen aus Tiwanaku über ein viel weiter gefasstes Philosophieverständnis verfügten.«⁸¹

Die Verwendung von Quipu und Yupana scheint für das zentrale Rechnungswesen und die Planung der Wirtschaft von unschätzbarem Wert gewesen zu sein. Damit konnte man die Familienzahl (Einwohnerzahl) erheben sowie die Ländereien, die Produktion, die tatsächliche gelagerten Lebensmittel und Bekleidungen in den Speichern, den Bestand der Lamas usw. erfassen.⁸² Man berichtet, dass jeder große Speicher einen *quipucamayu* (Buchhalter) hatte und dass die Informationen über den Bestand in Form von *quipu* nach Cuzco geschickt wurden. Die Buchhalter mussten in der Lage sein, die Fülle der Zahlen zu berechnen. Die Gewohnheit der Buchführung der Lagerbestand nach Information der Historiker immer noch 15 Jahre nach der Invasion der Spanier.⁸³

2.9. Schlussfolgerungen aus dem *qhapaq ñan*

Die folgende interessante Schlussfolgerung des peruanischen Intellektuellen José Carlos Mariátegui über die inkaische Wirtschaft muss in zweierlei Hinsicht korrigiert werden. Bei Mariátegui heißt es: »Die Kolonialherrschaft hat die inkaischen Landwirtschaft zerrüttet und zugrunde gerichtet, ohne sie durch ein ertragreicheres Wirtschaftssystem zu ersetzen.«⁸⁴ Doch erstens geht es nicht nur um den – rein technischen – Aspekt des Ertrags; zur Diskussion steht ein komplexes System mit einer perfekt funktionierenden ökologischen Landwirtschaft; und zweitens ist nicht nur das Kolonialregime, sondern auch die aktuelle Wirtschaft in Lateinamerika, einschließlich der Regierung des *indígena* Evo Morales, in der Pflicht, ein System vorzuschlagen und umzusetzen, das dem System der Inkas überlegen ist: das *qhapaq ñan*.

81 Ebenda.

82 Vgl.: John V. Murra: *La Organización Económica*. S. 62, 166, 101.

83 Vgl.: Ebenda. S. 167.

84 José Carlos Mariátegui: *Siete Ensayos*. S. 34.

Die Inka haben ein »kosmo«-ökologische Produktionssystem des unvorstellbaren Produktionsüberflusses, der in unzähligen und noch nicht ausgegrabenen Speichern gelagert wurde, errichtet. Sie hatten eine Ökonomie des Überflusses (in diesem Sinne passt der Begriff *qhapaq*), die mit der Natur sowie dem vernünftigen und festlich-fröhlichen Leben der Menschen und ihrer Götter vereinbar war. Die unter damaligen Bedingungen erfolgreich bewährten Prinzipien einer solchen Ökonomie enthielten: *Gegenseitigkeit (ayni)* zwischen den Menschen und dieser mit der Natur, *Rotation (mit'a)* der Arbeit und der Verteilung des Ertrags an die Mitglieder der Gemeinschaft sowie *Eigenverantwortung* der *Ayllus* für die Versorgung ihrer Mitglieder. Die erwähnten Prinzipien waren an den allgemeinen Grundsatz gekoppelt: Stehle nicht (*ama sua*), Faulenze nicht (*ama qilla*) und Lüge nicht (*ama llulla*). Der Inkastaat hatte zwar die Entscheidungsgewalt über die Länderein in seinem Imperium, aber ohne die unbedingte Beachtung der Interessen der ethnischen Völker war dies, allem Anschein nach, nicht möglich. Das Eigentum an Grund und Boden lag in den Händen des Staates, aber dessen Nutzung in denen der *Ayllus*. Die Produktionsmittel wurden nach bestimmten Kriterien an die Familien verteilt. Die Konsummittel der *qulqa* (Speicher) wurden in der Art der Investition verwendet. Die *Ayllus* hatten die letztendliche Verantwortung über die Produktion. Die Kreativität blieb ihnen überlassen und die individuelle Motivation speiste sich in aus der Gemeinschaft.

3. »Plan Vida« – ein Programm zur Bekämpfung extremer Armut

Auf diesen kurzen historischen Abriss folgt nun eine ausführliche Betrachtung des von der MAS-Regierung vorgelegten »Plan Vida«⁸⁵ zur Bekämpfung der Armut. Zum ersten Mal in der Geschichte Boliviens wird eine Regierung aktiv und erstellt ein Programm zur Bekämpfung der Armut auf makroökonomischer Ebene – und füllt damit eine Leerstelle, die Kolonialismus und Neokolonialismus hinterlassen haben. Dabei sind vor allem zwei Aspekte von Bedeutung.

1. Das Programm sieht eine »gerechte Umverteilung des Reichtums und der Gewinne« vor. Schon im Vorfeld hatte die Regierung Morales dahingehende Maßnahmen ergriffen. Hierzu zählen die verschiedenen Sozialleistungen wie der *Bono Juancito Pinto* für Schulkinder, die *Renta Dignidad* für Senioren ab 60 Jahre und der *Bono Juana Azurduy* für Schwangere und Stillende. Diese Sozialleistungen, die Eingang in das Regierungsprogramm gefunden haben,

85 MAS IPSP. Bolivia País Líder. S. 120.

sind ein System der Minimalabsicherung für die gesamte Bevölkerung. In diesem Sinne sieht die Regierung sie als Maßnahmen zur Reduzierung der Armut an. Auf makroökonomischer Ebene müsste jedoch auch eine gerechte Verteilung der Lizenzgebühren erfolgen – ein Thema, das im Regierungsprogramm fehlt, das aber auf jeden Fall bei der Bildung der regionalen, kommunalen und indigenen Autonomien zur Sprache kommen wird.

2. Das Programm schlägt ein Ineinandergreifen der verschiedenen Wirtschaftsbereiche vor. Auf der Tagesordnung steht dabei die Verknüpfung des landwirtschaftlichen Sektors mit der städtischen Wirtschaft. Einige Bereiche wie die Bergbauzentren entwickeln sich derzeit rasant, aber isoliert wie Inseln. Das Produktionspotential der Landbevölkerung bleibt dabei ungenutzt. Um dies zu zeigen, genügt ein Beispiel: Das Bergbauzentrum Huanuni boomt wie nie zuvor. Statt auf die produktiven Ressourcen der im Umland lebenden, einheimischen Bevölkerung zurückzugreifen, importiert man lieber Lebensmittel von außerhalb. Das muss sich dem Regierungsprogramm der MAS zufolge ändern. Bleibt zu hoffen, dass dies auch tatsächlich geschieht.

Diese makroökonomischen Richtlinien sind gut, ihre Wirksamkeit ist jedoch begrenzt. Obwohl die verschiedenen *Bonos* zum Rückgang der extremen Armut um fünf Prozentpunkte beigetragen haben⁸⁶, steht auch fest, dass mit der Schaffung weiterer derartiger Sozialleistungen einzig und allein eine direkte Beeinflussung des Konsums möglich ist. Aus diesem Grunde könnten weitere Sozialleistungen dieser Art ungesunde inflationäre Tendenzen in der Volkswirtschaft hervorrufen. Die Nutzung der produktiven Kapazität der verarmten Bevölkerung bleibt aber dadurch unberührt. Mehr noch, weitere *Bonos* werden in der Tendenz zur Lähmung und dann zur entgeltigen Vernichtung der produktiven Fähigkeiten der bolivianischen Bevölkerung führen. Wenn man annimmt, dass die bäuerliche Landwirtschaft etwa 50 Prozent des Lebensmittelbedarfs der Städte deckt⁸⁷, können die Konsequenzen einer Politik der Vernichtung der kleinen Bauern verherrend sein. Deshalb ist die Verknüpfung der städtischen Wirtschaft mit der ländlichen von großer Bedeutung. Dabei handelt es sich allerdings um ein langfristiges wirtschaftspolitisches Ziel.

Bolivien befindet sich jedoch in einer Notsituation, und das Land braucht kurzfristige Maßnahmen. Die Mehrheit der zehn Millionen Einwohner Boliviens lebt in Armut. Sechs von zehn Bolivianern sind arm, drei von zehn

86 <http://www.cambio.bo/noticia.php?fecha=2009-11-02&idn=10150>. (Abruf 02.11.2009).

87 Pablo Regalsky: <http://www.cejis.org/pub/revsepcaart/cejis-articulo-primero-13-nuevo-orden-alca-y-bolivia.pdf> (Abruf 05.07.2010).

sogar extrem arm, sie leben von weniger als 1,25 Dollar am Tag.⁸⁸ »Vor allem die originäre Bevölkerung ist von extremer Armut betroffen; drei von fünf Personen, die in extremer Armut leben, sind *Indigenas*«⁸⁹, heißt es im Regierungsprogramm der MAS. Aus diesem Grund werden radikale und gut durchdachte Lösungen benötigt. Die Beseitigung des sozialen und wirtschaftlichen Desasters, ein Erbe der vergangenen 500 Jahre, ist keine leichte Aufgabe.

»Plan Vida«, der 2,9 Milliarden Dollar als Budget erhalten soll, ist das einzige Vorhaben innerhalb des Regierungsprogramms, das annähernd konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut beinhaltet. Dieses Programm besteht aus fünf Teilen: a) Wirtschaft und Produktion; b) Ernährung; c) Wohnen und Grundversorgung; d) Recht auf medizinische Versorgung und Bildung; e) Aufbau von sozialen und kommunitären Organisationen.

Bedauerlicherweise sind diese fünf Punkte vor allem von unterstützendem Charakter. Lediglich der erste Punkt stellt eine angemessene Ausgangsbasis für die tatsächliche Bekämpfung der Armut dar: »Wirtschaft und Produktion. Wasser und Boden, Nahrungsmittelproduktion und Aufbau eines Produktionspotentials, Vermarktung zu fairen Preisen und Schaffung einer gemeinwirtschaftlichen Basis«.⁹⁰

Allerdings werden keine Aussagen über konkrete Projekte getroffen. Enttäuschend ist, dass aus dem oben erwähnten Budget nur 18 Prozent für die »Entwicklung der ökonomisch produktiven Fähigkeiten« verwendet werden.⁹¹ Aus dem Überblick der einzelnen Punkte ergibt sich die Vermutung,

88 »Die Ermittlung der absoluten Armutsgrenze erfolgte anhand eines Warenkorb auf Grundlage einer Zusammenstellung von Produkten, die eine angemessene Zufuhr von Kalorien, Eiweiß und anderen Nährstoffen ermöglichen, ausgehend vom Durchschnittsgewicht und einer durchschnittlichen körperlichen Betätigung einer Person (CEPAL-UDAPSO 1995). Die genaue Zusammenstellung des Warenkorb für städtische Gebiete entspricht der Produktauswahl für den Verbraucherindex. Im Jahr 2008 lag der Wert des Warenkorb (absolute Armutsgrenze) für städtische Gebiete im Schnitt bei BOB 318,10 (USD 45) pro Person und Monat. Der Wert des Warenkorb für ländliche Gebiete betrug entsprechend BOB 260,30 (USD 37) pro Person und Monat.« MAS –IPSIS: Bolivia País Líder. S. 38, 120.

89 »Der Anteil extrem armer Menschen in ländlichen Gebieten ist von 62,9 Prozent im Jahr 2005 auf 49,2 Prozent im Jahr 2008 zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum konnte in städtischen Gebieten ein Rückgang von 24,3 Prozent auf 22,7 Prozent verzeichnet werden.« Ebenda.

90 Ebenda. S. 122.

91 Diese Information kann aus dem Vergleich der fünf Punkte und der Tabelle des Budgets entnommen werden. Eine direkte Bezugnahme der Tabelle auf die Punkte ist nicht zu finden. Inhalt der Tabelle: »Alimentación, Nutrición y Seguridad Alimentaria« mit 923 Millionen US-Dollar; »Servicios Sociales« mit 368 Millionen US-Dollar; »Servicios Básicos« mit 379 Millionen US-Dollar; »Desarrollo de Potencialidades económico productivas« mit 526 Millionen US-Dollar; »Gestión Integral Comunitaria« mit 673 Millionen US-Dollar; »Gestión

dass man kurzfristig die Problematik der Ernährung, für die 32,5 Prozent des genannten Budgets aufgewendet werden, lösen und den verständlicherweise anzunehmenden großen Bedarf an Geld für die Förderung der Produktion mit Krediten angehen möchte. Hier hege ich begründeten Zweifel an einer nachhaltigen Bekämpfung der Armut, da sich bis heute an der durchgeführten Kreditvergabepolitik der Regierung nichts geändert hat.

Dem Programm der MAS ist zu entnehmen, dass die *Banco de Desarrollo Productivo* (Produktionsentwicklungsbank) 146 Munizipien mit Armutsraten zwischen 17 und 94 Prozent sowie 61 Munizipien mit Armutsraten zwischen 95 und 100 Prozent berücksichtigen konnte.⁹² Das bedeutet, dass den Ärmsten Kredite gewährt wurden. Nun haben also diejenigen Schulden aufgenommen, die kaum ihr Grundbedürfnis nach Ernährung befriedigen können. Das kann nicht sein! Es wäre interessant abzuwarten, was bei so einer Politik herauskommt. Das Ergebnis ist jedoch schon jetzt absehbar. Regalsky hat nachgewiesen, dass durch Kredite keineswegs die Rentabilität des eingesetzten Kapitals erhöht wird, im Gegenteil: sie sinkt.⁹³ Daher können wir sagen, dass sie die Kredite nicht zurückzahlen werden. Es ist symptomatisch, dass Evo Morales die Kleinbauern zur Rückzahlung ihrer Kredite auffordert. Wer arm ist, wird seinen Kredit logischerweise zuerst dafür einsetzen, seine Grundbedürfnisse zu befriedigen. Geht man jedoch davon aus, dass der Betreffende sehr pflichtbewusst ist – und nach dem Prinzip des *Ama Sua, Aama Quella* und *Ama Llulla* lebt –, wird er seinen Hunger unterdrücken. In der Hoffnung auf bessere Zeiten entscheidet er sich dafür, das Geld zu investieren und etwas zu produzieren. Doch es stellt sich heraus, dass er sich nicht besser ernähren kann, denn der Kredit muss ja abbezahlt werden – und das muss in Form von Geld geschehen. Damit ist er gezwungen, seine Produkte zu verkaufen. Und schon ist die Falle zugeschnappt. Wird der Preis, den er für seine Produkte erzielt, die Rückzahlung seines Kredits ermöglichen? Bei weitem nicht. In vielen Fällen gelingt es dem Mittellosen nicht einmal, überhaupt etwas zu verkaufen. Dafür gibt es tausende Beispiele. In den Schränken europäischer und bolivianischer NGOs stapeln sich unzählige Akten, die dies bezeugen.

Die Wirtschaftswissenschaftler, die aus dem kapitalistische System hervorgegangen sind, wandten folgendes Rezept an: Man garantierte die Erträge, nicht aber den Zugang zum Markt. So wurden Unmengen an Düngemitt-

y Fortalecimiento« mit 14 Millionen US-Dollar. Das letztere Budget ist sicherlich für die Verwaltung des Programms. Ebenda. S. 122.

92 Ebenda. S. 27.

93 Pablo Regalsky: <http://www.cenda.org/publicaciones/artic/par/micririego-pocona.pdf> S. 3 (Abruf 05.07.2010).

teln, Pestiziden, Herbiziden und anderen -ziden importiert, um die Erträge zu erhöhen. Diese Mittel wurden den Landwirten in Form von Krediten zur Verfügung gestellt. Anschließend gab es eine Auswertung, bei der festgestellt wurde, dass die Erträge gestiegen sind. Über die verseuchten Böden hüllte man sich jedoch lieber in Schweigen. Man tat alles dafür, um mehr zu produzieren, aber nichts, um auch mehr zu verkaufen. Und der Markt? Man ging davon aus, dass sich dieser automatisch reguliert. Diese Annahme ist zu einer Art Dogma geworden. Zweifellos hat es auch andere Ansätze gegeben, wie die CORACAs (*Corporación Agropecuaria Campesina*, landwirtschaftliche Bauernverbände) und die APTs (*Asociación de Productores de Trigo*, die Vereinigungen der Weizenproduzenten) beweisen⁹⁴. Da diesen Vereinigungen aber die entsprechenden Mittel (Kapital für den Markt) und Befähigung (know how) fehlten und sie dem nationalen und privaten Kapital unterlegen waren, sind derartige Bemühungen auf halbem Wege im Sande verlaufen. Das Ende vom Lied war, dass einige Landwirte ihre Kredite auf Druck von NGOs mit Verlust zurückgezahlt haben. Viele aber blieben auf ihren Schulden sitzen. An der Armut hat sich nichts geändert, in vielen Fällen hat sich die Situation sogar verschärft. Warum sollte das jetzt anders werden?

Der erste Punkt des »Plan Vida«, insbesondere das Ziel der »Vermarktung zu fairen Preisen und die Schaffung einer gemeinwirtschaftlichen Basis«, verstärkt die Sorge, dass die bereits beschriebene Kreditpolitik weiterverfolgt wird. Man kann die Waren durchaus zu fairen Preisen anbieten, doch wer kauft sie dann?

Der Markt hat die »verknotete« Gemeinwirtschaft in den Ruin getrieben. Das ist die Wurzel allen Übels. Das will nicht heißen, dass derjenige, der einen günstigen Zugang zum Markt hat, sein Kredit nicht zurückzahlen kann. Es gibt dafür unzählige Beispiele. Aber das Problem bleibt, wenn man den Markt nicht bündigt. Denn wenn man ihn nicht annähernd kennt, wird man scheitern. Der freie kapitalistische Markt ist nicht für die kleinen armen Bauern geeignet. Die mittellosen Bauern Boliviens haben über den Markt die Preise der landwirtschaftlichen Produkte für den städtischen Konsum subventioniert – und so ist es noch heute. Außerdem verschlechtern sich die Terms of Trade⁹⁵ zusehends. Seit der Kolonialzeit haben sich Staat, Zwischen-

94 In diesem Zusammenhang ist die Synthese von Sven Schaller interessant: »Es wird [...] suggeriert, in Zukunft Agrarreformen auf Basis einer genossenschaftlicher Organisationen privatwirtschaftlicher Produktionseinheiten durchzuführen ...« Wobei das privat, meines Erachtens, nur eine Alternative ist. Sven Schaller: Marginalität und Agrarreform in Peru. Eine Kritik der Size-Yield-Inverse und der politischen Implikationen. Leipzig 2006. S. 18.

95 Regalsky, Pablo. <http://www.cejis.org/pub/revsepaart/cejis-articulo-primero-13-nuevo-orden-alca-y-bolivia.pdf>. S. 43. (Abruf 05.07.2010).

händler und Endverbraucher mit einem einzigen Ziel verbündet: niedrige Preise. Mit diesen Preisen wurde und wird die Armut der Produzierenden in Landwirtschaft und Handwerk aufrechterhalten.⁹⁶ Gleichzeitig sorgen diese Preise für stetige Gewinne bei Zwischenhändlern, Unternehmern und Konsumenten. Deshalb ist ein solcher Markt keine Lösung.

Wenn also der Markt die Ursache des Übels ist, gibt nur zwei Alternativen: den Markt abschaffen oder verändern. Ersteres ist nicht möglich, zumindest nicht unter den derzeitigen Bedingungen. Der zweite Vorschlag dagegen ist realistischer. Doch wie sieht eine solche Veränderung aus? Sie erfordert ein Eingreifen des Staates in die Mechanismen der Preisregulierung.

4. *Qhapaq ñan und der Sozialismus des 21. Jahrhunderts*

Im Anschluss an die Betrachtung der wichtigsten Marktelemente stellt sich nun die Frage, ob der *Plan Vida* Maßnahmen vorschlägt, mit denen Einfluss auf den Markt genommen werden kann. Hierauf ist keine eindeutige Antwort möglich, allerdings enthält das Programm durchaus einige nützliche und klärende Elemente. Zunächst einmal gibt es die EMAPA (*Empresa de Apoyo a la Producción de Alimentos*), die Gesellschaft zur Förderung der Nahrungsmittelproduktion, über die der Staat bestimmte Produkte direkt und zu fairen Preisen bei den Produzenten einkauft. Angaben führender Vertreter dieser staatlichen Einrichtung zufolge »wurden während der 2008-2009 durchgeführten Saatgut-Aktion (*campana de siembra*) 60.000 Hektar Weizen, Reis, Mais und Soja angebaut. Insgesamt konnten 198.000 Tonnen Nahrungsmittel, die im repräsentativen Warenkorb enthalten sind, produziert werden. Diese stehen zur Gewährleistung der Nahrungsmittelsicherheit für das Regierungsjahr 2010 zur Verfügung.«⁹⁷

Die Einkäufe der EMAPA weisen zwei Charakteristika auf: Erstens soll eine Preissteigerung auf dem Binnenmarkt verhindert werden, denn es handelt sich um Produkte, »die in der Vergangenheit einem unkontrollierten Preisanstieg unterlagen.«⁹⁸, und zweitens profitieren vor allem mittelgroße Landwirtschaftsunternehmen; arme Kleinbauern fallen nicht unter das Programm. Die Gründe, warum letzte nicht einbezogen werden, sind nicht bekannt. Möglicherweise geschieht dies längerfristig. Der Verfasser dieser

96 Es gibt circa 600 000 Mikro- und Kleinunternehmen (MYPEs) mit familiärem Charakter bzw. mit weniger als 10 Angestellten. Ebenda. S. 108.

97 http://www.la-razon.com/versiones/20091115_006912/nota_250_910045.htm. (Abruf 15.11.2009).

98 Agencia Boliviana de Información (ABI) vom 14.11.2009.

Arbeit ist allerdings der Ansicht, dass die Kleinbauern dringend in ein gut durchdachtes System integriert werden müssen. Bisher hat die Landwirtschaft den Zwischenhändlern und städtischen Unternehmern zu Gewinnen verholfen. Doch mit der Einführung der Einkäufe zu fairen Preisen werden die Landwirte wieder die Anerkennung erfahren, die ihrer tatsächlichen Leistung entspricht, ohne dass irgendjemand ausgebeutet wird. Wie kann das gelingen?

Nur ein Wirtschaftsmodell, das die grundlegenden Erkenntnisse des Sozialismus des 21. Jahrhunderts mit der Weisheit unserer Ahnen, dem *qhapaq ñan*, kombiniert, macht eine nachhaltige Überwindung der Armut, die dem in der Tradition des Kolonialismus stehenden, kapitalistischen System entspringt und die durch das heutige System aufrecht erhalten wird, möglich. Im Folgenden soll ein solches Modell, dessen konkrete Ausformulierung noch aussteht, skizzenhaft vorgestellt werden. Die wesentlichen Erkenntnisse aus dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts sind nach Dieterich: die »Berechnung des objektiven Wertes von Produkten« auf Grundlage der Arbeitswerttheorie, die »demokratische Mikro- und Makroplanung« und der »gerechte Austausch von Gütern und Dienstleistungen«. Diese Aspekte bilden die Grundpfeiler einer »gerechten Ökonomie«. ⁹⁹

Die überlieferten Weisheiten des *qhapaq ñan* wurden bereits vorgestellt. Einige dieser Erkenntnisse sind jedoch von besonderer Bedeutung: die Bereitschaft zu produktiver Arbeit im familiären und öffentlichen Umfeld für ein gutes Zusammenleben (*convivir bien*); die Optimierung von Freizeit und Arbeitszeit; das Bestehen von kommunitären Organisationsformen im Rahmen der bestehenden wechselseitigen Beziehungen (Reziprozität).

4.1. Die Arbeitszeit als Grundlage für realistische und gerechte Preise

Es muss von der nicht zu verleugnenden Tatsache ausgegangen werden, dass in die Produktion eines jeden Produktes Arbeitszeit investiert wurde. Das ist eine grundlegende Erkenntnis der Arbeitswerttheorie. Dazu soll ein Beispiel angeführt werden: Ein Landwirt, in diesem Falle ein mittelloser *indígena*, baut auf dem Land seiner Vorfahren Kartoffeln an. Vor der Durchführung irgendwelcher Berechnungen müssen zwei Faktoren bestimmt werden: Gewicht und Zeit. Ersteres bereitet keine großen Probleme. Die Bestimmung des zweiten Faktors, der die Berechnungsgrundlage für den Kartoffelanbau darstellt, gestaltet sich jedoch schwieriger. Die Berechnung steht und fällt mit

⁹⁹ Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. S. 165.

der Menge an Zeit, die für die Produktion eines entsprechenden Produkts benötigt wird.

Um herauszufinden, ob man zum Beispiel für die Produktion von einem Kilogramm Kartoffeln eine Stunde Zeit benötigt, muss auf einen Mechanismus zurückgegriffen werden, den Dieterich als »demokratische Mikro- und Makroplanung« bezeichnet¹⁰⁰, denn Faktoren wie die Topographie des zu bebauenden Landes, technische Voraussetzungen und Arbeiterfahrung des Landwirts können von hoher Relevanz für die benötigte Arbeitszeit sein. Mit Hilfe dieses Planungsmechanismus, der aus der Unterschiedlichkeit der Produkte – sprich: von Sortengruppen – das Gemeinsame ermitteln soll, werden ein oder mehrere Durchschnittswerte ermittelt. Der enorme Vorteil der *comunidades* besteht darin, dass sie kommunitär organisiert sind und so die Bestimmung der jeweiligen Arbeitszeit effizient und konsensual mitgestalten können. Somit werden die getroffenen Entscheidungen nicht nur demokratisch im Sinne einer Bildung von Mehrheiten und Minderheiten getroffen, sondern als Konsensentscheidungen. Demokratisch ist dieser Entscheidungsprozess, weil alle an ihm teilhaben und die Beschlüsse mittragen. Damit wird ausgeschlossen, dass es später zu Konflikten kommt.

Wenn der Zeitwert für die exakte Menge eines Produktes, in diesem Falle der der Kartoffel, bestimmt wurde, gibt es verschiedene Möglichkeiten, diesen buchhalterisch zu erfassen.

a) Es kann die Arbeitszeit erfasst werden, die in die Erzeugung eines Produkts investiert wurde. Das schlägt die Äquivalenzökonomie vor. Es ist anzumerken, dass nach diesem Modell der abstrakte Wert »Zeit« als Stundenpreis fungiert. Im hier aufgeführten Beispiel entspräche ein Kilogramm Kartoffeln einer Arbeitsstunde.

b) Die aufgewendete Zeit kann in Form von Geld ausgedrückt werden, in diesem Fall in der bolivianischen Währung, also in Bolivianos. Dabei darf nicht vergessen werden, dass der Preis der Zeit, und nicht der des Produktes gesucht ist. Wie wird also der monetäre Wert der Zeit ermittelt? Als Grundlage für die Berechnung des Preises einer Arbeitsstunde kann der nationale Mindestlohn dienen. Ausgehend von einem Preis von 4 Bolivianos pro Arbeitsstunde¹⁰¹ erhält man den Preis für die Zeit, die ein Landwirt für den Anbau von Kartoffeln aufwendet. Der Nettopreis für ein Kilo Kartoffeln läge

100 Ebenda.

101 Es handelt sich hier um einen ungefähren Preis basierend auf einer wöchentlichen Arbeitszeit von 44 Stunden (176 Stunden/Monat) und einem Mindestlohn von 700 Bolivianos. Derzeit liegt der Mindestlohn in Bolivien zwischen 577,50 und 647 Bolivianos (USD 82-92). Vgl. URL: <http://www.perspectivaciudadana.com/contenido.php?itemid=28194>. (Abruf 07.11.2009).

dann bei 4 Bolivianos. Interessanterweise beträgt der Marktpreis in La Paz für diese Menge Kartoffeln derzeit tatsächlich etwa 4 Bolivianos.¹⁰² Die in diesem Modell vorgestellten Zahlen sind ungefähre Werte. Der Bruttopreis¹⁰³ könnte sich demnach zwischen 5,20 und 6 Bolivianos pro Stunde bewegen. Dieses Modell setzt allerdings ein nationales Planungssystem voraus, in dem genau die entsprechende Orte und die Art der Produkte (Sortengruppe) für die Produktion des Markts festgelegt wird.

c) Es können auch beide Werte, also Zeit und Preis, erfasst werden. Dabei wäre eine getrennte Auswertung dieser beiden Werte enorm vorteilhaft. Eine Anwendung beider, vorstehend aufgezeigten Methoden brächte enorme Vorteile für die Binnenwirtschaft. So könnte ein Landwirt problemlos jedes Produkt »kaufen«, das auf diese Art und Weise berechnet wurde, und jeder städtische Produzent, der ebenso auf Zeitbasis arbeitet, hätte Zugang zu landwirtschaftlichen Produkten. Außerdem unterlägen Inflationselemente der volkswirtschaftlichen Kontrolle.

Eine im Hinblick auf das Ziel der Armutsbekämpfung nach Variante b) durchgeführte Berechnung käme zu einem überraschenden Ergebnis: Ein armer Landwirt, der jährlich 100 Kilogramm Kartoffeln auf den Markt bringt – eine durchaus realistischen Annahme –, erzielte durch den Verkauf seiner Kartoffeln Einnahmen von etwa 520 Bolivianos pro Jahr. Von den Zwischenhändlern erhält er derzeit kaum 200 Bolivianos, in vielen Fällen sogar weniger.

4.2. Regionale Planungsinstitutionen zur zentralen Vorratsspeicherung

Arno Peters, einer der Vordenker des Sozialismus des 21. Jahrhunderts, weist darauf hin, dass für den Aufbau einer Äquivalenzökonomie »regionale Planungsinstitutionen«¹⁰⁴ benötigt werden. Obwohl sich die Theorie von Peters auf die globale Wirtschaft bezieht, ist sie auch im kleinen Maßstab anwendbar, wie beispielsweise in Bolivien. Hier müssten die regionalen Planungsinstitutionen über eine Infrastruktur aus zentralen Ernteaufkaufstellen (*centros de acopio*) und Vorratslagern verfügen.

102 URL: <http://www.ine.gov.bo/ipc/ipcprecios.aspx>. (Abruf 07.11.2009).

103 Bei einer konkreten Berechnung müssten noch die variablen und fixen Kosten (Transport- und Abschreibungskosten, Saatgut, usw.) zum Nettopreis hinzuaddiert werden. Der Einfachheit halber wurde hier davon ausgegangen, dass diese bei ungefähr 30 Prozent liegen.

104 Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. S. 118.

Zentrale Vorratslagerung

Tatsächlich wurden schon entsprechende Zonen festgelegt. Des Weiteren hat die bolivianische Regierung bereits die armen und extrem armen Gegenden definiert. Nun müssen Kriterien zur Bestimmung der Munizipien oder *comunidades* aufgestellt werden, in denen regionale Planungsinstitutionen eingerichtet werden sollen. Dabei gilt es, nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern auch die klimatischen Bedingungen und die bestehende Infrastruktur mit einzubeziehen. Auch die Lage angemessener Vorratsspeicher ist von großer Bedeutung. Die vom Staat, beziehungsweise der EMAPA, gekauften Waren müssen adäquat gelagert werden – einige Produkte wie Kartoffeln sehr wahrscheinlich sogar über einen längeren Zeitraum. Dazu muss Bolivien Technologien entwickeln, die, anders als die elektrische Energie, keine Kosten verursachen. Dabei führt kein Weg an einer Beschäftigung mit den inkaischen Techniken des Baus von Siloanlagen vorbei. Wer sagt denn, dass die Silos der Inkas nicht schon optimal waren? Wir wissen es nicht¹⁰⁵, aber sie haben funktioniert. Es wird also Aufgabe der Ingenieure sein, die Geheimnisse der Inkas aufzudecken. An dieser Stelle muss erneut auf die Notwendigkeit eines adäquaten Infrastrukturmodells hingewiesen werden.

Zentren zur digitalen Datenerfassung

Eine weitere Funktion der regionalen Planungsinstitutionen wird die rechnergestützte Erfassung der Arbeitsstunden, Produkte, usw. sein. Natürlich würden Kostenkalkulationen und deren komplexe Erstellung und Erfassung zur Arbeit des mittellosen Landwirts gehören, der gerade erst lesen und schreiben gelernt hat. Dennoch wird es Zentren zur digitalen Datenerfassung geben, in denen die Daten zu den landwirtschaftlichen Produkten von qualifiziertem Personal verarbeitet werden. Diese Rechenzentren werden ähnlich wie die Rechenzentren der Banken funktionieren, was angesichts der Pläne zum Bau des Satelliten »Tupaq Katari« kein allzu großes Problem darstellen dürfte. Jede *comunidad* bzw. Familiengemeinschaft sollte ein digitales Bankkonto eröffnen können, ohne dass anfänglich Kosten anfallen. Darauf werden die Arbeitsstunden und die entsprechenden Preise auf der Haben-seite verbucht. Das Geld kann überall in Bolivien, ja sogar überall auf der Welt, abgehoben werden, um benötigte Waren zu kaufen. Beim »Kauf« von Produkten, die auf Arbeitszeitbasis hergestellt wurden, wird die Äquivalenzökonomie zum Einsatz kommen, ohne dass es der Verbraucher merkt. Erfolgt dann noch eine Kombination der Bankkarte mit der biometrischen Daten-

105 Vielleicht wissen es doch schon manche. Beispielsweise gibt es schon in La Paz - El Alto unterirdische Lagern für das aus Chile importierte Obst, welche keine traditionelle, sondern natürliche Energie verwenden.

speicherung, kann dem indigenen Landwirt eine hohe Sicherheit in städtischen Zentren geboten werden. Die Vertreter des Sozialismus des 21. Jahrhunderts haben durchaus Recht mit ihrer Behauptung, dass die Informatik die Voraussetzungen für eine gerechte Gesellschaft schafft. Was für die Inkas einst die *Quipus* und *Yupanas* waren, sind für uns heute die Computer.

Zentrale und dezentrale Planung

Natürlich müssen der Staat und die Autonomieverwaltungen über ein Planungs-, Leitungs- und Kontrollsystem verfügen. In direkter Zusammenarbeit mit den ländlichen Organisationen sollte der Staat die Bildung unabhängiger Institutionen, die die Produkte der armen Landwirte in den Städten und ländlichen Regionen vermarkten, fördern. Dies erfordert, bestimmte Richtlinien festzulegen wie beispielsweise die Bevorzugung von Produkten, für die es eine Nachfrage auf dem Markt gibt und deren Produktion sich nicht negativ auf andere Produzenten auswirkt, sowie von Produkten, die bestimmte Qualitätskriterien erfüllen (z. B. aus organischem Anbau). Bevorzugt werden sollten auch Produzenten aus extrem armen Regionen. Auf diese Weise nimmt der Staat planend Einfluss auf eine der zentralen Ursachen der Armut – den Preis.

Die Bekämpfung der Armut wird jedoch nur dann nachhaltig sein, wenn auch ein weiterer wichtiger Faktor Beachtung findet: die Bildung. »Je geringer der Bildungsstand, desto stärker ist die extreme Armut ausgeprägt«¹⁰⁶, heißt es im Programm der MAS – eine wertvolle Feststellung. Glücklicherweise hat die MAS erkannt, dass Bildung eine wesentliche Rolle bei der Bekämpfung der Armut spielt.¹⁰⁷ Doch auch das Wissen unserer Vorfahren muss in das bolivianische Bildungssystem Eingang finden. Universale Kenntnisse sind gefragt, ohne Ausschluss unserer tausend Jahre zurückreichenden Vergangenheit.

106 Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. S. 120.

107 Boliviens Planungsminister Noel Aguirre äußerte dazu: »Mit der Einführung des nationalen Entwicklungsplans (PND) hat sich enorm viel geändert. Früher verliefen zwischen den wirtschaftlichen und sozialen Aspekten der Volkswirtschaft tiefe Gräben. Die Wirtschaftspolitik hat die Sozialpolitik subventioniert. Heute sind beide Aspekte wichtig, wir arbeiten jetzt an beiden gleichzeitig und Gesundheit und Bildung haben Vorrang.« Agencia Boliviana de Información (ABI) vom 01.11.2009.

5. Schlussfolgerungen

Qhapaq ñan ist eine Form der Lebensführung, die auf Familie und Gemeinschaft, insofern auch auf das Individuum, gerichtet ist. Diese Reihenfolge ist wichtig. Während sich kapitalistische und sozialistische Theorien bei ihrer Gesellschaftsform vor allem auf das Individuum als Ausgangspunkt konzentrieren, geht der *qhapaq ñan* von der *comunidad* und der Familiengemeinschaft aus, um dann auf den Einzelnen zu kommen. Der Einzelne kann seine Fähigkeiten, Kreativität, Motivation und sein Glück nur in und durch die Gemeinschaft entfalten. Als Wirtschaftsmodell ist es wie eine verknotete Gemeinwirtschaft zu verstehen, die regional und verwandschaftlich die Eigenverantwortung fördert und fordert. Das Eigentum lag in den Händen des Staates, aber dessen unbedingte Nutzung und verantwortliche Verwaltung lag bei den Familien und den *Ayllus* auf regionaler und lokaler Ebene, wobei die einzelnen Familien soviel an Land bekamen, wie sie für ein würdiges Leben brauchten. Es war Pflicht, dass jede Familie ihre Abgabe an dem Staat leistete, aber jede erwartete vom ihm auch eine Gegenleistung.

Bolivien braucht ein gleichzeitig zentralisiertes und dezentralisiertes Wirtschaftssystem. Auf zentraler Ebene, die die strategisch wichtigen Staatsunternehmen umfasst, müssen die Interessen aller Bolivianer geschützt werden. Die Zivilgesellschaften aller Regionen Boliviens müssen über bestimmte Rechtsformen am staatlichen Eigentum beteiligt sein. Wie der Fall des Inkareiches im Jahre 1532, die Ereignisse von 1989 in Osteuropa¹⁰⁸ und die Erfahrungen in Bolivien beweisen, kann Staatsbesitz leicht zerschlagen werden. Die dezentralisierten und regionalen Ökonomien müssen auf öffentlich-staatlicher und privater Ebene sowie auf Ebene der *comunidades* und Kooperativen in ihrer Produktion autark sein sowie die Innovationsfähigkeit und Kreativität der Produktionseinheiten in Stadt und Land sicherstellen. Anstelle öffentlicher Ausschreibungen für staatswirtschaftliche Aktivitäten sollte das Prinzip der Gewinnrotation zum Einsatz kommen.¹⁰⁹

Ein Markt, der nur auf Spekulation und unermesslichen Gewinn eines Einzelnen baut, sollte keinen Platz finden. Jeder Bolivianer und jede Bolivianerin sollte auf Wunsch zwei verschiedene Bankkonten eröffnen können: ein Konto in der gängigen Geldwährung sowie ein Arbeitszeitkonto. Mit dem Geld wurde das Kapital geboren. Diese ursprüngliche Verbindung muss

108 In der DDR gab es gemeinschaftliches Eigentum.

109 Es gibt bestimmte wirtschaftliche Aktivitäten, die sich unvermittelt als sehr lukrativ erweisen, wie der Verkauf von Schulmaterial. Hier trägt eine öffentliche Ausschreibung nicht zur Ausrottung der Korruption bei. Das in den *comunidades* bekannte Prinzip der Gewinnrotation beteiligt dagegen jede Produktionseinheit turnusmäßig am Gewinn.

Schritt für Schritt entkoppelt werden. Von den Monopolunternehmen, die die regenerativen und nicht regenerativen natürlichen Reichtümer nutzen wollen, müsste verlangt werden, dass sie Bolivien nicht nur als Teilhaber an der Nutzung der natürlichen Ressourcen akzeptieren, sondern als Partner an internationalen Korporationen. Packen wir den Stier bei den Hörnern! China, mit seinem Giga-Markt, hat es geschafft, die Macht der Monopolunternehmen zu beschränken. Bolivien, mit seinem Giga-Reichtum an natürlichen Ressourcen, kann die Macht der Monopole brechen.

Übersetzung aus dem Spanischen: Franziska Pfab

Literatur

- Baudin, Louis. Der Sozialistische Staat der Inka. Hamburg: Rowohlt 1956.
- Braungart, Michael / McDonough, William. (Hrsg.): Die nächste industrielle Revolution. Die Cradle to Cradle-Community. Hamburg 2009.
- Buttkereit, Helge. Utopische Realpolitik: Die Neue Linke in Lateinamerika. Berlin 2010.
- Cieza de León, Pedro: La Crónica del Perú: Las Guerras Civiles Peruanas. Madrid 1984.
- Copeland, Morris A.: La Economía de dos Grandes Civilizaciones no-pecuniarias: El Antiguo Reino de Egipto y el Imperio de los Incas. In: Revista de Economía Latinoamericana. Banco Central de Venezuela. No. 51.
- Dieterich, Heinz: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts: Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus. Berlin 2006.
- Dieterich, Heinz: Produktionsverhältnisse in Lateinamerika. Inkareich, hispanoamerikanische Kolonisation und kapitalistische Entwicklung. Zur Kritik der Dependenz-Theorie. Giessen 1981.
- García Linera, Álvaro: La Potencia plebeya. Buenos Aires 2008.
- Lara, Jesús: Diccionario Qheshwa-Castellano Castellano-Qheshwa. La Paz 1991.
- Ley N° 4021 Régimen electoral Transitorio.
- Mamani Aruqipa, Hugo Faustino: Compendio de la Gramática Quechua. Lima 2005.

- Maria Huaycochea, Flor de / de la Torre, Nuñez: Qolqas. Bancos de reserva andinos almacenes inkas aqueología de qolqas. Lima 1994.
- Mariátegui, José Carlos: Siete Ensayos de Interpretación de la Realidad Peruana. Biblioteca Ayacucho 1979.
- MAS - IPSP. Bolivia País Líder: 2010-2015 Programa de Gobierno.
- Medina, Javier: Suma Qamaña. Por una convivencia postindustrial. La Paz 2006.
- Murra, John V.: La Organización Económica del Estado Inca. Siglo Veintiuno 1989.
- Murra, John: En torno a la Estructura Política de los Incas. In: Espinoza Soriano, Waldemar (Hg.). Los Modos de Producción en el Imperio de los Incas. Lima 1978.
- Poma, Muruchi: Evo Morales: Die Biografie. Leipzig 2007.
- Poma, Muruchi: Feliciano F. Muruchi P. María A. Morales H. Ernest I. Herrera L. Bolivia, 2008.
- Rapaille, Clotaire: Der Kultur-Code. Deutschland 2006.
- Schaller, Sven: Marginalität und Agrarreform in Peru Eine Kritik der Size-Yield-Inverse und der politischen Implikationen. Leipzig 2006.
- Stefanoni, Pablo: Bolivien unter Evo Morales: Von der Mobilisierungslogik zur Entwicklungsdisziplin? In: Internationale Politik und Gesellschaft (IPG) 3/2010. S. 63-76.
- Svampa, Maristella / Stefanoni, Pablo / Fornillo, Bruno: Balance y Perspectivas. Intelectuales en el primer gobierno de Evo Morales. La Paz 2010
- Vega, Garcilaso Inca de la: Comentarios Reales de los Incas. Primera parte. Madrid 1960.
- Villarías Robels, Juan José R. El sistema Económico del Imperio Inca. Historia Crítica de una Controversia. Madrid 1998.
- Yampara, Simón / Temple, Rominique: Matrices de Civilización. Altu Pata-El Alto 2008.

LUIS SANDOVAL
MARK WEISBROT

Naturressourcen, Zentralstaat und Regionen Autonomie- und Verteilungskonflikte in Bolivien

Während des letzten Jahres eskalierten in Bolivien die politischen Auseinandersetzungen zwischen der Regierung von Präsident Evo Morales und einer konservativen Opposition, die vorrangig in den Präfekturen bzw. Provinzen vertreten ist. Die oppositionellen Gruppen setzen sich für verschiedene Ziele ein, haben in letzter Zeit jedoch begonnen, sich vor allem auf das Thema »Autonomie« zu konzentrieren. Die Hintergründe der Autonomiebestrebungen sind zum Teil rechtlich komplex und widersprüchlich, zudem sind sie in jeder der Provinzen, deren Regierungen Autonomie fordern, verschieden. Seit Mai dieses Jahres haben vier Präfekturen – Santa Cruz, Beni, Pando und Tarija, die man oft als »Media Luna«¹ bezeichnet – Referenden abgehalten, welche von Boliviens Rechtsprechung für illegal befunden wurden.² Die Mehrheit der Referendumsteilnehmer stimmte für die Autonomiegesetze.

Der beschriebene Konflikt hat verschiedene politische und ideologische Aspekte. Diese Arbeit konzentriert sich auf seine wichtigste Ursache: die Verteilung der bedeutendsten natürlichen Ressourcen Boliviens. Aus Gründen, die nachfolgend erklärt werden, sind dies Anbauflächen sowie Kohlenwasserstoffe³.

Diese Arbeit zeigt, dass das Eigentum und die Verteilung dieser Schlüsselressourcen den Mittelpunkt des gegenwärtigen Konflikts bilden. Außerdem scheint eine Reform dieses Eigentums und seiner Verteilung notwendig, wenn die Regierung ihr Wahlversprechen halten will, den Lebensstandard

1 Die Bezeichnung »Media Luna« (Halbmond) bezieht sich auf die Form dieser vier im Osten Boliviens gelegenen Provinzen.

2 Vgl.: República de Bolivia: Resoluciones de la Corte Nacional Electoral. Resolución N° 014/2008. Cochabamba 2008. <http://www.cne.org.bo> (Abruf 28. Juli 2008).

3 Erdöl und Erdgas.

der armen Mehrheit des Landes, die zudem überwiegend aus Indigenen besteht, zu verbessern. Den aktuellsten Zahlen zufolge hat Bolivien eine Armutsquote von 60 Prozent. Die Anzahl der Menschen, die in extremer Armut leben, beträgt ca. 38 Prozent.⁴ Darunter versteht man, dass die Betroffenen keinen regelmäßigen Zugang zu grundlegenden, überlebensnotwendigen Gütern haben: Beispielsweise haben etwa 28 Prozent kein Trinkwasser und ca. 24 Prozent der Kinder unter 3 Jahren sind unterernährt. In ländlichen Gegenden ist die Armut noch viel stärker verbreitet, dort beträgt die Quote durchschnittlich 76,5 Prozent.⁵

Da 39,5 Prozent der Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt sind⁶, scheint es offensichtlich, dass die Neuverteilung des Landes nicht nur eine der wichtigsten Forderungen der Wählerschaft ist, die für die derzeitige Regierung gestimmt hat, sondern auch eine wichtige Maßnahme darstellt, um die Probleme der ländlichen Entwicklung und Armut zu bewältigen. Außerdem wurde die Regierung Boliviens wegen ihres Vorhabens gewählt, die Kontrolle über die Einnahmen aus den Kohlenwasserstoffen des Landes zu erlangen und diese für die Verringerung der Armut und für Entwicklungsmaßnahmen einzusetzen. Dieses Versprechen wird nur schwer oder unmöglich einzulösen sein, wenn die Regierung keine ausreichende Kontrolle über die genannten Schlüsselressourcen und -einnahmen besitzt.

Grundbesitz in Bolivien

Aktuelle Daten zum Grundbesitz (z.B. zur Zahl und Größe der Güter je Departement) gibt es nicht, die letzte umfassende landwirtschaftliche Datenerhebung fand 1984 statt.⁷ Wenn es in den vergangenen zwei Jahrzehnten auch wichtige Veränderungen gab, ist dennoch unwahrscheinlich, dass die Landverteilung viel gerechter geworden ist. Im Jahre 1953 wurde das Dekret zur

4 Vgl.: Unidad de Análisis de Políticas Sociales y Económicas (UDAPE). Dossier de estadísticas sociales y económicas de Bolivia. La Paz 2008.

5 Vgl.: Weltbank: Bolivia. Poverty Assessment: Establishing the Basis for Pro-Poor Growth, Report No. 28068-BO. Washington, DC 2005.

6 Vgl.: UDAPE: Dossier de estadísticas sociales y económicas de Bolivia. La Paz 2008.

7 Der Agrarzensus von 1984 (II Censo Nacional Agropecuario) war der zweite dieser Art in Bolivien und konnte, da er in einer Zeit politischen und wirtschaftlichen Aufbruchs durchgeführt wurde, die Provinzen La Paz und Oruro nicht vollständig erfassen. Der erste landwirtschaftliche Zensus fand 1950 statt. Die gegenwärtige Regierung hat der Durchführung eines dritten Zensus zugestimmt, der in zwei Etappen zwischen 2008 und 2009 stattfinden soll Vgl z.B.: Agencia Boliviana de Información (ABI): Gobierno autoriza realización de tercer censo agropecuario en dos etapas. 14. Mai 2008. <http://www.abi.bo>.

Tabella 1: Verteilung landwirtschaftlicher Farmen nach Größe

Größe des Guts in Hektar	Zahl	Zahl der Farmen		Hektar	Fläche Hektar kumulativ	% der Gesamtzahl	kumulativ in %
		Gesamtzahl der Farmen	% der Gesamtzahl				
0 - 0,5	58.319	58.319	18,5	290	290	0	0
0,5 - 1	26.969	85.288	8,6	26.071	26.361	0,1	0,1
1 - 2	50.970	136.258	16,2	65.460	91.821	0,3	0,4
2 - 5	78.179	214.437	24,9	231.553	323.374	1,0	1,4
5 - 10	37.100	251.537	11,8	243.699	567.073	1,1	2,5
10 - 20	20.778	272.315	6,6	272.586	839.659	1,2	3,7
20 - 50	18.622	290.937	5,9	551.363	1.391.022	2,4	6,1
50 - 100	11.503	302.440	3,7	661.656	2.052.677	2,9	9,1
100 - 500	6.300	308.740	2,0	1.266.486	1.319.164	5,6	14,6
500 - 1.000	1.876	310.616	0,6	1.191.552	4.510.716	5,3	19,9
1.000 - 2.500	1.997	312.613	0,6	3.101.277	7.611.993	3,7	33,6
2.500 - 5.000	1.301	313.914	0,4	4.010.350	11.622.343	17,7	51,3
über 5.000	686	314.600	0,2	11.047.809	22.670.152	48,7	100,0
Gesamt	314.600			22.670.152			

Quellen: Weltbank: Staff Appraisal Report. Bolivia. National Land Administration Project. Report No. 13560-BO. Washington, DC 1995.; Pacheco Balanza, Diego: Bolivia: Modelos de desarrollo y cambios en la sociedad rural y sector agropecuario. La Paz 1998. ; Unidad de Análisis de Políticas Sociales y Económicas (UDAPE): Sector Agropecuario Bolivia 1990-2004. La Paz 2006.

Agrarreform erlassen. Daraufhin kam es anfangs zu einer bemerkenswerten Umverteilung des Landes von Großgrundbesitzern an indigene Kleinbauern, doch etwa Ende der 1960er und 1970er sowie erneut in den 1990ern erhielt eine kleine Personengruppe im Osten des Landes große Flächen; was auch mit Korruption einherging. Gemäß dem ersten nationalen Agrarzensus von 1950 hatten 4 Prozent aller landwirtschaftlichen Einheiten die Kontrolle über mehr als 82 Prozent der untersuchten Landfläche.⁸ Drei Jahrzehnte später war das Land noch ungleicher verteilt als zuvor: Der zweite Zensus ergab, dass 1984 3,9 Prozent der landwirtschaftlichen Farmen über 100 Hektar groß waren und 91 Prozent der gesamten betrachteten Fläche ausmachten.

Der Zensus von 1984 wurde daher in den letzten zwei Jahrzehnten für Untersuchungen der Landverteilung in Bolivien herangezogen.⁹ Tabelle 1 zeigt die Verteilung nach landwirtschaftlichen Einheiten mit einer Größe von 0,5 bis 5.000 Hektar.¹⁰

Daraus ist erkennbar, dass der Landbesitz in Bolivien stark konzentriert ist. Nur 686 Einheiten bzw. 0,22 Prozent aller Grundeigentümer verfügen über die Mehrheit der Landfläche. Dazu gehören Farmen mit mehr als 5.000 Hektar, solche mit durchschnittlich mehr als 16.000 Hektar und einige Ländereien mit mehreren Hunderttausend Hektar. Rechnet man die zweite Gruppe, Farmen über 2.500 Hektar, hinzu, dann ergeben diese 1.300 zusammen mit den 686 der ersten Gruppe nur 0,63 Prozent aller Farmen. Sie verfügen jedoch über mehr als 66 Prozent der gesamten Landwirtschaftsfläche. Am anderen Ende des Spektrums stehen 86 Prozent der Farmen, die über lediglich 2,4 Prozent des Landes verfügen, und natürlich gibt es auf dem Land auch viele Familien, die gar kein Land besitzen.

Die Konzentration der Landfläche in den Händen einer sehr kleinen Gruppe von Eigentümern scheint weltweit betrachtet in Bolivien am stärksten zu sein, wenn man Chile außer Acht lässt. Der obere Teil von Tabelle 2 zeigt die Konzentration des Besitzes der größten Grundeigentümer in verschiedenen Ländern der westlichen Hemisphäre, für die Daten verfügbar sind. Verglichen mit den anderen Ländern in dieser Gruppe sticht Bolivien mit 66,4 Prozent der Landwirtschaftsfläche in den Händen von nur 0,63 Prozent der

8 Vgl.: Rolando Morales/ Erwin Galoppo/ Luis Carlos Jemio/ María Carmen Choque/ Natacha Morales: Bolivia: Geografía y Desarrollo Económico. Inter-American Development Bank. Washington, DC 2000.

9 Vgl.: Weltbank: Staff Appraisal Report. Bolivia. National Land Administration Project, Report No. 13560-BO. Washington, DC 1995.; Diego Pacheco Balanza: Bolivia: Modelos de desarrollo y cambios en la sociedad rural y sector agropecuario. La Paz 1998.; Unidad de Análisis de Políticas Sociales y Económicas(UDAPE): Sector Agropecuario Bolivia 1990-2004. La Paz 2006.

10 1 Hektar = 10.000 m²

Tabelle 2: Konzentration des Grundbesitzes ausgewählte Länder

Region/ Land	Jahr des Zensus	% aller Güter	% der Gesamtfläche
<i>westliche Hemisphäre</i>			
Argentinien	2001	0,94	35,93
Bolivien	1984	0,63	66,42
Brasilien	1996	1,02	45,10
Chile	2007	0,89	75,05
Kolumbien	2001	0,58	19,85
Dominica	1995	0,70	28,01
Ecuador	1999/ 2000	0,78	29,08
El Salvador	1987	1,11	29,26
Französisch-Guayana	1989	2,43	51,39
Grenada	1995	0,81	36,85
Guadeloupe	1989	0,90	25,64
Guatemala	2003	1,86	56,59
Honduras	1992	1,52	27,23
Jamaika	1996	0,76	53,52
Martinique	1989	1,44	43,63
Nicaragua	2000	0,80	19,80
Panama	1990	0,84	37,33
Paraguay	1991	1,05	77,08
Peru	1994	0,80	68,07
Puerto Rico	2002	2,76	40,81
St. Lucia	1996	1,17	34,15
St. Vincent & Grenadinen	2000	0,93	25,71
Trinidad & Tobago	2004	3,95	55,90
USA	2002	3,66	52,42
Uruguay	2000	1,96	32,03
Venezuela	1996/ 1997	0,99	46,45
<i>Afrika</i>			
Algerien	2001	1,91	22,72
Burkina Faso	1993	5,40	19,50
Dem. Rep. Congo	1990	2,87	14,02
Cote d'Ivoire	2001	2,90	25,17
Ägypten	1999/ 2000	1,46	29,30
Äthiopien	2001/ 2002	1,00	6,93
Guinea	2000/ 2001	1,56	11,98
Marokko	1996	0,74	15,40
Namibia	1996/ 1997	0,97	5,58
Réunion	1989	1,28	29,21
Senegal	1998/ 1999	1,39	8,60
Tunesien	1994/ 1995	0,89	25,08
Uganda	1991	3,52	30,21

Region/ Land	Jahr des Zensus	% aller Güter	% der Gesamtfläche
<i>Asien</i>			
Bangladesch	1996	0,84	10,80
Zypern	1994	1,89	29,18
Georgien	2003/ 2004	1,59	40,30
Indien	1995/ 1997	1,21	14,79
Indonesien	1993	1,37	11,84
Iran	2003	0,78	19,65
Japan	1995	1,05	22,45
Jordanien	1997	0,67	24,19
Republik Korea	1990	2,48	11,52
Kirgisische Republik	2002	0,73	54,44
Libanon	1998	1,61	30,41
Myanmar	2003	4,72	22,80
Nepal	2002	0,75	7,31
Pakiatan	2000	1,62	21,17
Philippinen	2002	2,08	21,32
Katar	2000/ 2001	2,22	54,60
Thailand	1993	1,27	12,14
Türkei	2001	0,71	11,35

Quellen: FAO, Weltagrarzensus, Tabelle 1 für Bolivien (siehe oben)

Landbesitzer deutlich heraus.¹¹ Zum Vergleich werden im Rest der Tabelle Länder Afrikas und Asiens aufgeführt. Evident ist, dass die Konzentration der Landflächen in Lateinamerika wesentlich stärker ist als in diesen Regionen.

Aufgrund dieser extremen Konzentration des Grundbesitzes, der hohen ländlichen Armut und einer Bevölkerung, die immer noch zu einem großen Teil auf dem Land lebt und in der Landwirtschaft arbeitet, ist es verständlich, dass die Agrarreform für die Wähler, für die sozialen Bewegungen und die bolivianische Regierung, die ihnen Rechenschaft schuldet, an vorderster Stelle steht. Doch wie aufgrund des derart konzentrierten Grundbesitzes zu erwarten ist, stehen der Reform machtvolle Interessen entgegen.

Zwar existieren zur Verteilung des Landes nach Präfekturen keine vergleichbaren, detaillierten Angaben, doch steht fest, dass sich viele der großen

11 Die Daten beziehen sich auf die Größe des Grundbesitzes, sodass es nicht möglich ist, z.B. die oberen 0,63 Prozent der Grundbesitzer in Bolivien mit denen in anderen Ländern zu vergleichen. Die Angaben in dieser Tabelle sind die genauesten, die sich zum Zweck des Vergleichs des oberen Bereiches finden lassen. Der Tabelle zufolge ist auch in Paraguay die Landkonzentration sehr hoch und scheint sogar schlimmer zu sein als in Bolivien, doch in Bolivien gehören den oberen 1,86 Prozent der Grundbesitzer 85,4 Prozent der Fläche, während in Paraguay 85,7 Prozent der Landes in der Hand von 2,69 Prozent der Grundbesitzer liegen.

Güter in Santa Cruz befinden. Dies ist die größte Präfektur, was Landfläche, Bevölkerungszahl und BIP angeht – in ihr wohnen 24,5 Prozent der Bevölkerung und sie erwirtschaftet 28,2 Prozent von Boliviens Bruttoinlandsprodukt (BIP) (siehe Tabelle 4). Santa Cruz befindet sich daher an der Spitze der in Opposition zur nationalen Regierung stehenden Provinzregierungen der Media-Luna-Gruppe.

Schätzungen des Landwirtschaftsministeriums aus dem Jahre 2005 zufolge befanden sich 37 Prozent der landwirtschaftlichen Einheiten Boliviens in der Region der Hochebene (Altiplano, v.a. La Paz, Oruro und Potosí) und machten 6 Prozent der kultivierten Landfläche aus. 46 Prozent lagen in den Andentälern (Cochabamba, Chuquisaca und Tarija) und bedeckten 17 Prozent der kultivierten Landfläche. Und 17 Prozent der landwirtschaftlichen Einheiten befanden sich in der Region Llanos (Santa Cruz, Beni und Pando) und nahmen 77 Prozent der kultivierten Landfläche ein.¹² Es ist also eindeutig, dass die Großgrundbesitzer dieser Media-Luna-Provinzen, besonders von Santa Cruz, den größten Anteil an der Konzentration der Anbauflächen haben und somit auch die triftigsten Gründe, jeder Landreform entgegenzutreten. In Tarija, der vierten Media-Luna-Provinz, befinden sich 60 Prozent der Erdgasproduktion des Landes. Einige der bedeutendsten Oppositionsführer in Santa Cruz sind Großgrundbesitzer. Branco Marinkovic z.B., der Präsident des mächtigen oppositionellen Wirtschaftsverbandes »Bürgerkomitee Pro Santa Cruz«, ist mit ca. 12.000 Hektar Land einer der größten Grundeigentümer in diesem Departement.¹³ Nach Angaben der Regierung gehören in Santa Cruz und Beni 14 Familien von Politikern und Geschäftsleuten ca. 313.000 Hektar Land.¹⁴ Außerdem gibt es noch einen weiteren Grund, weshalb Großgrundbesitzer und Vertreter landwirtschaftlicher Interessen eine Zentralregierung fürchten, die möglicherweise mehr Kontrolle über die Landnutzung ausüben will: Momentan importiert Bolivien Dieselmotorkraftstoff, der auf den großen Far-

12 International Fund for Agricultural Development (IFAD): Republic of Bolivia. Country Programme Evaluation. Rom 2005. S. 4.

13 Vgl.: BBC News: Struggle for Land in Bolivia. 14. September 2006. <http://search.bbc.co.uk/search?go=toolbar&q=Struggle+for+Land+in+Bolivia>. Andere Quellen behaupten, dass Marinkovics Familie etwa 27.000 ha Land gehören, die illegal erworben wurden und um die es Streitigkeiten gibt. Vgl.: Inter-Press Service: BOLIVIA: Guarayo Indians Struggle to Hold Onto Their Land. 27. Dezember 2007. <http://www.ips.org/institutional> (Abruf 28. Juli 2008); Bolpress: Reforma Agraria alista la reversión de tierras de Branco Marinkovic. 17. September 2007. <http://www.bolpress.com> (Abruf 28. Juli 2008). Marinkovic besaß auch Anteile an dem vor kurzem verstaatlichten Gastransportunternehmen Transredes.

14 Vgl.: Bolpress: 14 familias detentan 312.966 hectáreas de tierra en Santa Cruz y Beni. 23 November 2006. <http://www.bolpress.com> (Abruf 28. Juli 2008); Bolpress: Terratenientes forman un frente de defensa del latifundio. 17. November 2006. <http://www.bolpress.com> (Abruf 28. Juli 2008).

men in den Media-Luna-Provinzen und besonders in Santa Cruz verwendet wird, und subventioniert diesen massiv. Die Kosten der Subventionen betragen 2007 etwa 335 Millionen US-Dollar und liegen in diesem Jahr natürlich viel höher, da die Preise für Diesel gestiegen sind. Dies sind also relativ große Subventionen, sie machen 2,5 Prozent von Boliviens BIP und 6 Prozent des Staatshaushalts aus. Davon gehen 135 Millionen US-Dollar (40 Prozent des Gesamtbetrags) an Santa Cruz, wenn auch nicht alles davon für die Landwirtschaft verwendet wird. In Santa Cruz trägt die Landwirtschaft jedoch 15 Prozent zum BIP bei, und der subventionierte Diesel reduziert merklich die Kosten für den Transport des Getreides, das in Bolivien produziert wird – welches aufgrund des fehlenden Zugangs zum Meer hohe Transportkosten hat (siehe Tabelle 3).

Als Hauptargument gegen eine Umverteilung von Grund und Boden wird angeführt, große Farmen seien effizienter und produktiver als kleinere. Dieses ökonomische Argument wird jedoch dadurch entkräftet, dass die größten Landwirtschaftseinheiten in Santa Cruz Subventionen in der oben genannten Höhe erhalten. Zudem scheinen die großen Sojaproduzenten selbst mit Diesel-Subventionen derzeitigen Ausmaßes auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig zu sein, weshalb sie ihre Erzeugnisse in die geschützten Märkte der Andengemeinschaft exportieren (siehe Tabelle 3). Im April dieses Jahres gab das Finanzministerium die Gründung einer interministeriellen Kommission bekannt, die die Möglichkeit einer Abschaffung der Diesel-Subventionen untersuchen soll.¹⁵ Das unmittelbare Interesse der Großgrundbesitzer, besonders in Santa Cruz, an den extremeren Formen der Autonomie könnte also nicht nur darin begründet liegen, dass sie eine Landreform vermeiden möchten, sondern auch darin, dass sie sich der Subventionierung ihrer Produktion durch die Provinzregierung selbst in dem Fall sicher sein möchten, dass diese Geldmittel als ökonomisch verschwenderisch, ineffektiv und/ oder als der Einkommensumverteilung nicht förderlich eingestuft werden. Die Subventionen ließen sich entgegen den Entscheidungen der Zentralregierung beispielsweise dann aufrechterhalten, wenn die Provinzregierung die Kontrolle über Einnahmen erlangen könnte, die zurzeit der Kontrolle der Zentralregierung unterliegen.

¹⁵ Vgl.: La Prensa; El gobierno estudia eliminar subsidio a más de 700.000 litros de diesel que consume a diario el agro cruceño. 16. April 2008. <http://www.laprensa.com.bo> (Abruf 28. Juli 2008).

Tabelle 3: Kostenvergleich in der Sojabohnen-Produktion

	direkte Produktionskosten			Verwaltungs- Transport- kosten US-\$/t	Gesamt US-\$/t
	US-\$/ha	Ertrag/t	US-\$/t		
Argentinien	183,4	3,4	53,9	49,8	103,7
Bolivien	182,0	2,1	86,7	79,0	165,7
Brasilien	267,0	2,7	98,9	23,1	122,0
USA	221,0	2,4	92,1	18,0	110,1

Quelle: Kreidler et al.¹⁶

»Media Luna« und andere Provinzen – Ökonomische und demographische Besonderheiten

Vor einer Betrachtung der Verteilung der Einnahmen aus den Kohlenwasserstoffen sollte man einen Blick auf einige der ökonomischen und demographischen Unterschiede zwischen den Provinzen werfen.

Die Media-Luna-Provinzen (Santa Cruz, Tarija, Beni und Pando) haben einen viel geringeren Anteil an indigener Bevölkerung als der Rest Boliviens: Er reicht von 16,2 Prozent in Pando bis zu 37,5 in Santa Cruz, verglichen mit durchschnittlichen 62 Prozent im Rest des Landes. Dies ist eindeutig eine große demographische Lücke in einem Land mit einer indigenen Mehrheit, die jahrhundertlang diskriminiert wurde. Heute ist der Anteil der indigenen Bolivianer an den Armen, extrem Armen, Analphabeten und Unterernährten viel höher als der Anteil der nichtindigenen. Das Arbeitseinkommen der Nichtindigenen ist etwa 2,2 mal höher als das der Indigenen, und nichtindigene Bolivianer besuchen die Schule etwa 9,6 Jahre, während indigene nur 5,9 Jahre zur Schule gehen.¹⁷

Tabelle 4 zeigt die Bevölkerungszahl der Departements, den Anteil der indigenen Bevölkerung, das Pro-Kopf-Einkommen und die Armutsquote. In der Media-Luna-Gruppe dominiert Santa Cruz mit mehr als 2,5 Millionen Einwohnern, verglichen mit weniger als der Hälfte in den drei anderen Pro-

16 Vgl.: Alfonso Kreidler / Gary Rodríguez / Antonio Rocha / Eduardo Antelo: La soya boliviana hacia el mercado libre en las Américas, La Paz 2004. Zitiert in: Patricia Molina/ Sorka Copa: ¿La agricultura sojera en Bolivia, necesita transgénicos?. La Paz 2005.

17 Vgl.: Weltbank: Bolivia. Poverty Assessment: Establishing the Basis for Pro-Poor Growth, Report No. 28068-BO. Washington, DC 2005.

Tabelle 4: Departements in Bolivien

	Bevölkerung*	Anteil der indigenen Bevölkerung**	BIP/Kopf***	Armutsquote****	nominales BIP*****
Gesamt	9.827,5	62,0	1.363,0	58,6	100
Chuquisaca	621,4	65,6	957,5	70,1	4,4
La Paz	2.715,0	77,5	1.212,2	66,3	24,6
Cochabamba	1.747,9	74,4	1.217,8	54,9	15,9
Oruro	440,7	73,9	1.511,6	67,8	5,0
Potosí	776,6	83,9	933,9	79,7	5,4
Tarija	484,2	19,7	3.529,0	50,8	12,8
Santa Cruz	2.546,9	37,5	1.484,1	38,1	28,2
Beni	422,4	32,8	877,3	76,1	2,8
Pando	72,4	16,2	1.791,8	72,5	1,0

Quellen: INE, UDAPE.
 * Schätzungen des UDAPE für 2007, in Tausend.
 ** INE, Zensus von 2001. In Prozent der Gesamtbevölkerung jedes Departments.
 *** INE, für das Jahr 2007. In US-\$.
 **** Aktuellste Daten, die für jedes Department verfügbar waren (INE, Zensus von 2001). Bevölkerungsanteil unter der Armutsgrenze für jedes Department.
 ***** INE, für das Jahr 2007. In Prozent des Gesamt-BIP Boliviens.

vinzen zusammen. Santa Cruz nimmt 33,7 Prozent von Boliviens Fläche ein und hat einen Anteil von 28,2 Prozent an seinem BIP. Wie oben erwähnt, gibt es in Santa Cruz, Beni und Pando, drei der vier Media-Luna-Provinzen, Großgrundbesitzer, denen der Großteil von Boliviens Landwirtschaftsfläche gehört. In Pando leben lediglich 72.428 Menschen; diese Provinz verfügt über eine sehr schlechte Verkehrsinfrastruktur.

In Tarija, der vierten der Media-Luna-Provinzen, leben nur 4,9 Prozent der bolivianischen Bevölkerung, dort befinden sich jedoch 85 Prozent der Erdgasvorkommen des Landes. Tarija ist, wie in Tabelle 5 gezeigt (Erdgasförderung nach Provinz), mit 60 Prozent der Erdgasproduktion führend im Land. An zweiter Stelle rangiert Santa Cruz mit 22,3 Prozent. Folglich finden 82 Prozent der Erdgasproduktion in diesen beiden Media-Luna-Provinzen statt.

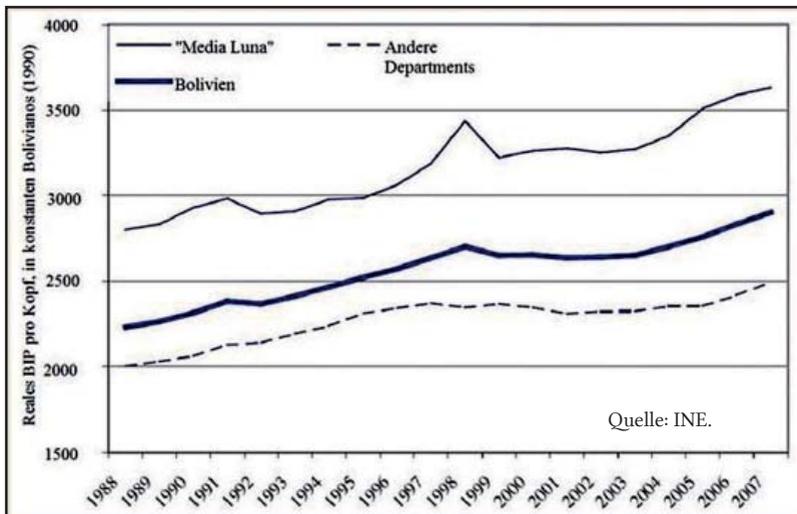
Wie man in Tabelle 4 und Abbildung 1 erkennen kann, haben die Media-Luna-Provinzen zusammengenommen auch ein viel höheres Pro-Kopf-

Tabelle 5: Erdgasförderung in Bolivien

	Erdgasförderung 2006	
	Mio Kubikfuß	Anteil an Gesamtmenge in %
Gesamt	518.733	100
Chuquisaca	30.071	5,8
La Paz	-	-
Cochabamba	61.417	11,8
Oruro	-	-
Potosí	-	-
Tarija	311.429	60,0
Santa Cruz	115.816	22,3
Beni	-	-
Pando	-	-

Quelle: INE.

Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf



Einkommen als die anderen Provinzen. Im Jahr 2007 lag es bei 1.698,58 US-Dollar und war damit 1,4-mal höher als das der anderen (1.175,28).

Tarija war in jenem Jahr bei Weitem die reichste Provinz, mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 3529,0 US-Dollar, 137,8 Prozent höher als das des Media-Luna-Spitzenreiters Santa Cruz. Ärmstes Mitglied der Media-Luna-Gruppe war Beni mit 877,3 US-Dollar pro Kopf.

Einnahmen aus den Kohlenwasserstoffen

Tabelle 6 zeigt die Pro-Kopf-Verteilung der Einnahmen aus den Kohlenwasserstoffen nach Provinzen. Von 2004 bis 2007 nahmen diese Einkünfte stark zu (um 1,3 Milliarden Dollar bzw. 10 Prozent des BIP), was zum einen dem Gesetz über die Kohlenwasserstoffe aus dem Jahr 2005 und der Wiederverstaatlichung von 2006 zuzuschreiben ist, die den Anteil der Regierung an den Einnahmen erheblich vergrößerten, und zum anderen den allgemein gestiegenen Energiepreisen. In Tabelle 6 werden die Einnahmen pro Kopf dargestellt: In ganz Bolivien erhöhten sich diese von 31,1 auf 160,2 US-Dollar, ein Anstieg um mehr als das Fünffache in drei Jahren.

Tabelle 6: Einnahmen aus den Kohlenwasserstoffen pro Kopf

	Einnahmen pro Kopf in US-\$	
	2004	2007*
Chuquisaca	7,8	93,4
La Paz	0	27,0
Cochabamba	18,0	49,6
Oruro	0	104,7
Potosí	0	59,4
Tarija	148,0	491,1
Santa Cruz	12,5	46,4
Beni	19,6	147,7
Pando	61,3	751,3
Förderabgaben und IDH-Einnahmen gesamt**	31,1	160,2

Quelle: Energieministerium (Ministerio de Hidrocarburos y Energía); INE.
 * Die Daten für 2007 sind Vorhersagen des Energieministeriums.
 ** Umfasst Förderabgaben und IDH-Einnahmen der Zentralregierung und der Departements.

Wie die Tabelle zeigt, bedeutete dies für alle Provinzen einen Gewinn, allerdings mit großen Unterschieden. Pando, das nichts von dem Erdgas produziert, führt mit 751 US-Dollar pro Kopf – obwohl es keinen großen Anteil der Einnahmen erhält, da dort nur 72.400 Menschen leben. Tarija, das 60 Prozent des Erdgases fördert, folgt mit 491 US-Dollar pro Kopf. Dies ist mehr als das 18-Fache des Pro-Kopf-Einkommens von La Paz (27 US-Dollar), wo zwei Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben. An dritter Stelle steht Beni, ein weitere Media-Luna-Provinz, mit 148 US-Dollar pro Kopf. Santa Cruz, sonst Spitzenreiter der Media-Luna-Gruppe, schneidet hier mit 46 US-Dollar relativ schlecht ab, obwohl es der zweitgrößte Erdgasproduzent ist. Trotzdem gehört der Media-Luna-Gruppe mit 30 Prozent der Löwenanteil der Einnahmen aus den Kohlenwasserstoffen, verglichen mit 19,7 Prozent für die anderen fünf Provinzen, deren Bevölkerungsanteil zusammengenommen 79 Prozent höher ist als der der Media-Luna-Gruppe. Dies ist Tabelle 7 zu entnehmen, welche die Verteilung der Gesamteinnahmen aus den Kohlenwasserstoffen auf die Provinzen sichtbar macht.

Auffälliger noch als die Unterschiede in der Verteilung der Einnahmen aus den Kohlenwasserstoffen zwischen den Provinzen ist der relativ kleine Anteil, der an die Zentralregierung geht. Wie Tabelle 7 zeigt, erhält diese nur ca. 25 Prozent der Gesamteinnahmen. Weitere 25,2 Prozent gehen an das staatliche Erdöl- und Erdgasunternehmen Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos (YPFB), und etwa die Hälfte (49,7 Prozent) an Präfekturen, Gemeinden und Universitäten.¹⁸

In wahrscheinlich keinem anderen Land der Welt, in dem die Erdöl- und Erdgasproduktion einen nennenswerten Anteil des nationalen Einkommens und/ oder der Exporteinkünfte ausmacht, erhalten die Regierungen der einzelnen Landesteile einen solch großen Anteil an den Einnahmen aus der Förderung dieser Rohstoffe. In den meisten Entwicklungsländern geht man davon aus, dass diese wertvollen Ressourcen der Nation als Ganzes gehören und nicht der Region, in der sich die Vorräte befinden. Für Entwicklungsländer ist dies besonders wichtig, da ihre Entwicklungsstrategie – die Maßnahmen, mit denen sie die extreme Armut bekämpfen und die Gesamtarmut verringern können – darauf basiert, die Einkünfte aus ihrem Reichtum an Bodenschätzen für eine Diversifizierung der Wirtschaft und für Investitionen in die ökonomische und soziale Infrastruktur zu verwenden. In Zeiten hoher Energiepreise ist dies natürlich noch bedeutender. Die Media-Luna-Provinzen setzen sich dagegen für ein anderes Vorgehen ein: In einem Land,

18 Genauere Informationen über die gegenwärtige Gewinnung und Verteilung der Einnahmen aus den Kohlenwasserstoffen sind Tabelle 7 und Abbildung 2 zu entnehmen.

das seine Einnahmen aus den Kohlenwasserstoffen bereits mehr als jedes andere in der Welt an Provinz- und Lokalregierungen verteilt, fordern sie, dass die Provinzregierungen noch mehr erhalten sollen. Dies würde es der Regierung Boliviens erschweren, eine wirtschaftliche Entwicklungsstrategie für das ganze Land zu verfolgen.

Fazit

Diese Arbeit untersuchte die beiden wichtigsten natürlichen Ressourcen Boliviens, Land und Kohlenwasserstoffe, im Kontext der politischen Auseinandersetzungen zwischen mehreren Provinzregierungen und der Nationalregierung. Zwar spielen dabei viele Faktoren eine Rolle – wie z.B. Rassenprobleme und ethnische Zugehörigkeit, der Konflikt zwischen Zentralismus und Föderalismus bzw. lokaler Kontrolle, oder die Frage, welches die Hauptstadt des Landes sein sollte – doch ist offensichtlich, dass die Verteilung von Grund und Boden sowie der Einnahmen aus den Kohlenwasserstoffen eine wichtige und möglicherweise zentrale Rolle einnimmt. Während in vielen Angelegenheiten, die die Autonomie und die Befugnisse der Provinz- und Lokalregierungen betreffen, Kompromisse möglich sind und einvernehmliche Lösungen gefunden werden können, könnte es für die Regierung schwierig oder sogar unmöglich werden, ihre Versprechen einzuhalten, ohne die Landverteilung grundlegend zu reformieren. Ebenso würde es das Regieren des Landes weiter erschweren, wenn man den Provinzregierungen noch mehr Kontrolle über die Kohlenwasserstoffe zusicherte, die ohnehin schon sehr ungleich verteilt ist.

Anhang: Gegenwärtige Gewinnung und Verteilung der Einnahmen aus Kohlenwasserstoffen

Die Einnahmen aus den Kohlenwasserstoffen Boliviens lassen sich in zwei Hauptgruppen einteilen: Die erste Gruppe sind die Einkünfte, die bei der Produktion gewonnen werden und umfassen derzeit Förderabgaben und die direkte Steuer auf Kohlenwasserstoffe (Impuesto Directo a los Hidrocarburos – IDH). Die zweite Gruppe sind direkte und indirekte Steuern, die während der Verteilung, Raffination und Vermarktung erhoben werden. Einige dieser Steuern, z.B. Verkaufs- und Einkommenssteuern, betreffen alle Firmen, die in

Bolivien tätig sind (sowohl ausländische als auch inländische), andere Steuern gelten nur für den Kohlenwasserstoffsektor.¹⁹ Die wichtigste von diesen ist hinsichtlich der Einnahmen die Sondersteuer auf Kohlenwasserstoffe und daraus gewonnene Produkte (Impuesto Especial a los Hidrocarburos y sus Derivados – IEHD), die auf den Verkauf von nationalen oder importierten Kohlenwasserstoffen auf dem inländischen Markt erhoben wird.

Zurzeit basiert die Struktur der Zahlungen von Förderabgaben für die Kohlenwasserstoffproduktion auf dem Gesetz über Kohlenwasserstoffe von 2005 und dem Dekret zur Verstaatlichung von 2006 (Decreto Supremo No. 28701). Die Grundlage für Zahlungen von Förderabgaben und IDH (Erläuterung siehe unten) ist die Netto-Kohlenwasserstoffproduktion, welche aus der monatlich geförderten Menge an Kohlenwasserstoffen abzüglich des für den Betrieb des Feldes verwendeten Erdöls oder Erdgases besteht.

Wird das Feld von einem privaten Unternehmen betrieben, dann liefert dieses die Netto-Produktion an die YPFB, die den Transport und Verkauf der Kohlenwasserstoffe verwaltet. Die YPFB nimmt die Zahlungen für Patente, Förderabgaben und die IDH an die Nationalregierung vor. Dann bezahlt sie die Betreiberfirma für die Gewinnung der Rohstoffe und teilt den Rest der Einnahmen auf, wobei die Anteile der YPFB nach einer bestimmten Formel berechnet werden. Diese setzt sich unter anderem zusammen aus der Menge, die in einem bestimmten Feld gefördert wird, den investierten Beträgen und einigen Steuern, die das Unternehmen zahlt.²⁰

Die Verteilung der Förderabgaben bringt den Departements, die Kohlenwasserstoffe produzieren, unverhältnismäßige Vorteile. Sie erhalten eine Förderabgabe von 11 Prozent der Gesamtproduktion in ihrem Departement. Zusätzlich erhalten die Gebiete Beni und Pando zwei Drittel bzw. ein Drittel einer gesetzlich festgelegten nationalen Kompensationsabgabe in Höhe von einem Prozent der nationalen Kohlenwasserstoffproduktion. Die Zentralregierung erhält schließlich (durch das Finanzministerium) eine Förderabgabe von 6 Prozent der gesamten Produktion des Landes.

Zusätzlich zu den Förderabgaben zahlt die YPFB eine direkte Steuer auf Kohlenwasserstoffe (IDH) in Höhe von 32 Prozent für die Produktion jedes Feldes. Diese wird dann in unterschiedlichen Ebenen auf die Departements,

19 Vgl.: Christian Velásquez-Donaldson: Analysis of the Hydrocarbon Sector in Bolivia: How are the Gas and Oil Revenues Distributed?. Institute for Advanced Development Studies, Development Research Working Paper Series. La Paz 5(2007)6.

20 Vgl.: Maria Victoria Vargas: Bolivia's New Contract Terms: Operating. Under the Nationalization Regime. In: Oil, Gas & Energy Law Intelligence (OGEL). Voorburg 4(2007)5.; República de Bolivia: Modelo Tipo de Contrato de Operación entre Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos, Matpetrol S.A. y Compañía Petrolera Orca S.A.. 2006.

Tabelle 7: Einnahmen aus den Kohlenwasserstoffen nach den Ebenen der Nationalregierung (in Mio US-Dollar)

	2004	2005	2006	2007*
<i>Chuquisaca</i>	4,6	16,9	51,0	58,1
Präfektur: Förderabg. u. IDH-Einnahmen	4,6	14,2	32,8	38,2
Gemeinden und Universitäten: IDH	-	2,7	18,4	19,9
<i>La Paz</i>	-	20,3	61,1	73,3
Präfektur: Förderabg. u. IDH-Einnahmen	-	14,1	24,3	26,2
Gemeinden und Universitäten: IDH	-	6,3	36,8	47,1
<i>Cochabamba</i>	29,4	40,5	80,5	86,7
Präfektur: Förderabg. u. IDH-Einnahmen	29,4	36,2	54,5	56,3
Gemeinden und Universitäten: IDH	-	4,3	26,0	30,4
<i>Oruro</i>	-	18,1	42,8	46,1
Präfektur: Förderabg. u. IDH-Einnahmen	-	14,1	24,3	26,2
Gemeinden und Universitäten: IDH	-	4,0	18,5	19,9
<i>Potosí</i>	-	18,1	42,8	46,1
Präfektur: Förderabg. u. IDH-Einnahmen	-	14,1	24,3	26,2
Gemeinden und Universitäten: IDH	-	4,0	18,5	19,9
<i>Tarija</i>	66,0	137,9	218,5	237,3
Präfektur: Förderabg. u. IDH-Einnahmen	66,0	132,6	194,9	210,7
Gemeinden und Universitäten: IDH	-	5,3	23,6	26,6
<i>Santa Cruz</i>	28,9	44,4	96,8	117,9
Präfektur: Förderabg. u. IDH-Einnahmen	28,9	38,6	63,1	76,8
Gemeinden und Universitäten: IDH	-	5,8	33,7	41,1
<i>Beni</i>	7,8	29,0	57,4	62,4
Präfektur: Förderabg. u. IDH-Einnahmen	7,8	25,0	38,9	42,5
Gemeinden und Universitäten: IDH	-	4,0	18,5	19,9
<i>Pando</i>	3,9	23,6	50,1	54,2
Präfektur: Förderabg. u. IDH-Einnahmen	3,9	19,6	31,6	34,3
Gemeinden und Universitäten: IDH	-	4,0	18,5	19,9
<i>Departements insgesamt</i>	140,6	348,8	701,0	782,1
Präfekturen	140,6	308,5	488,5	537,4
Gemeinden und Universitäten	-	40,3	212,5	244,7
<i>Zentralregierung</i>	147,0	259,2	377,8	394,0
YPFB	-	0	220,4	395,9
<i>Bolivien gesamt</i>	287,6	608,0	1.299,2	1.572,0

Quelle: Energieministerium.
* Die Daten für 2007 sind Schätzungen des Energieministeriums.

Gemeinden, Universitäten, die Zentralregierung und einige Sonderfonds aufgeteilt. Für die Fonds, die aus dieser Steuer entstehen, existieren besondere Ausgaberrichtlinien je nach Verwaltungsebene, im Allgemeinen gilt jedoch, dass sie für Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Förderung der Beschäftigung eingesetzt werden müssen.²¹

Auf der obersten Ebene werden die gesamten IDH-Einnahmen zwischen den Departements und der Zentralregierung aufgeteilt: 12,5 Prozent gehen an die produzierenden Departements (jedes erhält einen Anteil, der seiner Erdgasproduktion entspricht), 31,25 Prozent (je 6,25 Prozent) gehen an die nicht produzierenden Departements und der Rest (56,25 Prozent) an das nationale Finanzministerium (Zentralregierung). Erhält ein produzierendes Departement jedoch einen geringeren Betrag der Einnahmen als ein nicht produzierendes, dann muss das Finanzministerium die Differenz ausgleichen.

Auf der Ebene der Departements werden die IDH-Einnahmen auf die Präfektur (die Regierung des Departements), die Gemeinden (die Verwaltungseinheiten oder Distrikte des Departements) und die staatliche(n) Universität(en) aufgeteilt. Die Gemeinden erhalten 34,48 Prozent der Gesamteinnahmen aus der IDH, wobei der Anteil jeder Gemeinde von der Bevölkerungszahl abhängt. Die Universität erhält 8,62 Prozent; gibt es mehr als eine staatliche Universität auf dem Gebiet des Departements, so wird dieser Anteil gemäß einer Vereinbarung zwischen den Universitäten, dem Finanz- und dem Bildungsministerium sowie dem Führungsgremium der bolivianischen Universitäten aufgeteilt. Die restlichen 56,9 Prozent gehen an die Präfektur des Departements.

Neben der oben erwähnten Kompensation für produzierende Departements muss die Regierung auch für bestimmte Zuweisungen aufkommen, die ihren Anteil an den Gesamteinnahmen aus der IDH weiter verringern. Die erste dieser vorgeschriebenen Zuweisungen (5 Prozent der gesamten IDH-Einnahmen) wird auf die Gemeinden und Universitäten der drei Departements mit der größten Bevölkerungszahl verteilt: La Paz (46,19 Prozent), Santa Cruz (36,02 Prozent) und Cochabamba (17,79 Prozent). In jedem von ihnen erhalten die Gemeinden 80 Prozent (verteilt je nach ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung des Departements) und die staatliche(n) Universität(en) 20 Prozent. Des Weiteren muss die Zentralregierung weitere 5 Prozent der gesamten IDH-Einnahmen zahlen, die an einen Entwicklungsfonds für die indigene Bevölkerung und für ländliche Gemeinden gehen. Da-

21 Die Verteilung der IDH-Einnahmen wird durch das Decreto Supremo No. 28421 vom 21. Oktober 2005 geregelt.

mit sollen Projekte indigener Organisationen gefördert werden, die von den Präfekturen und Gemeindeverwaltungen umgesetzt werden.

Ein ähnlicher Betrag (ebenfalls 5 Prozent der gesamten IDH-Einnahmen) wird an einen Fonds gezahlt, der die breite Verwendung von Erdgas in Bolivien fördern soll.

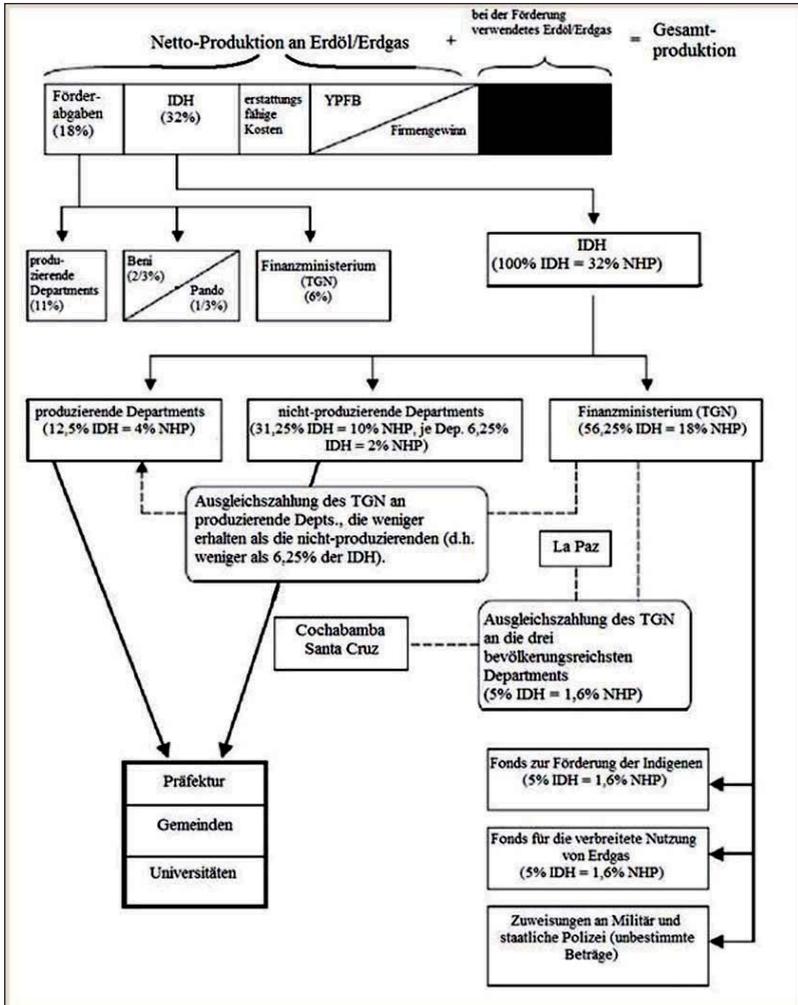


Abbildung 2: Verteilung der Einnahmen aus den Kohlenwasserstoffen

Schließlich erhalten auch die Armee und die Polizei bestimmte Zahlungen von der Regierung. Hier ist jedoch kein bestimmter Prozentsatz vorgesehen, sondern die Unterstützung geschieht durch Programme und Projekte, die in das Budget der Institutionen eingehen. Es lässt sich daher nicht sagen, wie sich diese Zahlungen auf den Endanteil der Regierung an den IDH-Einnahmen auswirken. Die Verteilung der Einnahmen ist in Abbildung 2 dargestellt.

Gemäß diesen Verteilungsregeln und den Angaben des Energieministeriums (siehe oben) beliefen sich die durch Förderabgaben und IDH gewonnenen Einnahmen aus den Kohlenwasserstoffen im Jahr 2007 auf 1,572 Milliarden US-Dollar, wovon die Nationalregierung über das Finanzministerium 25 Prozent erhielt. Der Großteil dieser Einnahmen ging an verschiedene Präfekturen, Gemeinden und Universitäten (49,7 Prozent) und weitere 25,2 Prozent an die YPFB.

Übersetzung aus dem Englischen: Anja Kanbach

Der Original-Bericht wurde im Juli 2008 vom Center for Economic and Policy Research Washington veröffentlicht. Die Veröffentlichung an dieser Stelle erfolgte mit freundlicher Genehmigung des CEPR.

Literatur

Agencia Boliviana de Información (ABI): Gobierno autoriza realización de tercer censo agropecuario en dos etapas. 14. Mai 2008. <http://www.abi.bo>

BBC News: Struggle for Land in Bolivia. 14. September 2006. <http://search.bbc.co.uk/search?go=toolbar&q=Struggle+for+Land+in+Bolivia>.

Bolpress: Reforma Agraria alista la reversión de tierras de Branco Marinkovic. 17. September 2007. <http://www.bolpress.com> (Abruf 28. Juli 2008).

Bolpress: 14 familias detentan 312.966 hectáreas de tierra en Santa Cruz y Beni. 23 November 2006. <http://www.bolpress.com> (Abruf 28. Juli 2008).

Bolpress: Terratenientes forman un frente de defensa del latifundio. 17. November 2006. <http://www.bolpress.com> (Abruf 28. Juli 2008).

International Fund for Agricultural Development (IFAD): Republic of Bolivia. Country Programme Evaluation. Rom 2005.

Inter-Press Service: BOLIVIA: Guarayo Indians Struggle to Hold Onto Their Land. 27. Dezember 2007. <http://www.ips.org/institutional> (Abruf 28. Juli 2008).

Molina, Patricia / Copa, Sorka: ¿La agricultura sojera en Bolivia, necesita transgénicos? La Paz 2005.

Morales, Rolando et.al.: Bolivia: Geografía y Desarrollo Económico. Washington, DC 2000.

Pacheco Balanza, Diego: Bolivia: Modelos de desarrollo y cambios en la sociedad rural y sector agropecuario. La Paz 1998.

República de Bolivia: Modelo Tipo de Contrato de Operación entre Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos, Matpetrol S.A. y Compañía Petrolera Orca S.A.. La Paz 2006.

República de Bolivia: Resoluciones de la Corte Nacional Electoral. Resolución N° 014/ 2008. Cochabamba 2008. <http://www.cne.org.bo> (Abruf 28. Juli 2008).

Unidad de Análisis de Políticas Sociales y Económicas (UDAPE): Sector Agropecuario Bolivia 1990-2004. La Paz 2006.

Unidad de Análisis de Políticas Sociales y Económicas (UDAPE). Dossier de estadísticas sociales y económicas de Bolivia. La Paz 2008.

Vargas, Maria Victoria: Bolivia's New Contract Terms: Operating. Under the Nationalization Regime. In: Oil, Gas & Energy Law Intelligence (OGEL). Voorburg 4(2007)5.

Velásquez-Donaldson, Christian: Analysis of the Hydrocarbon Sector in Bolivia: How are the Gas and Oil Revenues Distributed? Institute for Advanced Development Studies, Development Research Working Paper Series. La Paz 5(2007)6.

Weltbank: Staff Appraisal Report. Bolivia. National Land Administration Project. Report No. 13560-BO. Washington, DC 1995.

Weltbank: Bolivia. Poverty Assessment: Establishing the Basis for Pro-Poor Growth, Report No. 28068-BO. Washington, DC 2005.